Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3400**

17. Wahlperiode 22. 10. 2010

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Nationaler Bildungsbericht 2010 – Bildung in Deutschland

und

Stellungnahme der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 20. Oktober 2010 gemäß Beschluss vom 4. Juli 2002 (Bundestagsdrucksache 14/9665).

Seite

Stellungnahme der Bundesregierung

Der nationale Bildungsbericht liefert alle zwei Jahre einen differenzierten Überblick über das gesamte Bildungswesen. Dem Konzept von Bildung im Lebenslauf entsprechend erstreckt sich die Berichterstattung von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung und wird durch ein jeweils wechselndes Schwerpunktthema ergänzt. Der Bildungsbericht wird von einer unabhängigen wissenschaftlichen Autorengruppe erstellt. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK).

Der dritte nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2010“ wurde am 17. Juni 2010 veröffentlicht. Im Schwerpunkt widmet er sich der Fragestellung der „Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel“. Mit seiner Vorlage wird Beschlüssen des Deutschen Bundestages entsprochen[1].

I. Positive Entwicklungen und zentrale Herausforderungen

Durch die regelmäßige Berichterstattung ermöglicht der nationale Bildungsbericht, kontinuierlich Entwicklungen aufzuzeigen. Für die Bildungspolitik von Bund und Ländern ist er damit ein wichtiges Instrument, um Prozesse im Bildungswesen zu beobachten und Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Die generelle Feststellung, dass der Bildungsstand der Bevölkerung stetig ansteigt, dokumentiert sich in allen Bildungsbereichen durch eine Vielzahl positiver Entwicklungen:

– Immer mehr Kinder unter 3 Jahren können von einem Betreuungsangebot profitieren: Die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen stieg 2009 in den alten Ländern auf rund 15 Prozent und in den neuen Ländern auf 45 Prozent. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt inzwischen bundesweit bei über 95 Prozent.

– Immer mehr Schülerinnen und Schüler erhalten und nutzen Ganztagsschulangebote: Ihre Anzahl hat sich verdoppelt – auf 24 Prozent in 2008. Mittlerweile arbeitet fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb.

– Immer weniger Schülerinnen und Schüler gehen ohne Abschluss von der Schule: Im Jahr 2008 waren es 7,5 Prozent im Vergleich zu 8,5 Prozent in 2004.

– Immer mehr Schülerinnen und Schüler gehen auf das Gymnasium: 32 Prozent haben im Jahr 2008 mit der allgemeinen Hochschulreife abgeschlossen im Vergleich zu 28 Prozent in 2004.

– Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen finden einen Ausbildungsplatz: Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Das Übergangssystem ist erstmals seit 2000 deutlich rückläufig.

– Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen beginnen ein Studium: Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist mit 43 Prozent (2009) auf einem Höchststand.

Dies sind gute Voraussetzungen, damit Deutschland die prognostizierten demografischen Veränderungen bewältigen kann (vgl. Kapitel II). Zugleich gibt es fortbestehende Herausforderungen:

– Der nationale Bildungsbericht stellt nochmals dar, dass der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verbunden ist: Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolagen auf, die aus geringer Bildung, geringem Einkommen oder Erwerbslosigkeit der Eltern resultieren und die Bildungschancen der Kinder negativ beeinflussen. Besonders häufig sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund hiervon betroffen.

– Eine besondere politische Herausforderung sehen die Autoren des Berichtes darin, die aufgrund des demografischen Wandels frei werdenden finanziellen Ressourcen, die sich aus dem zu erwartenden Rückgang der Bildungsteilnehmerzahlen ergeben, für notwendige Strukturveränderungen, Modifikationen und Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungswesen zu nutzen.

II. Den demografischen Wandel meistern

Der demografische Wandel in Deutschland ist gravierend:

– Bei der Anzahl der Geburten ist die Tendenz weiter rückläufig. Der Trend eines ansteigenden Lebensalters setzt sich fort. Der Anteil der Bevölkerung in der Erwerbsphase geht weiter zurück.

– Die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Berufsbildung und Hochschulen wird vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2025 um 2,6 Millionen bzw. 15 Prozent auf 14,1 Millionen zurückgehen. Die regionalen Entwicklungen werden dabei sehr unterschiedlich ausfallen und sind eine Herausforderung für das Bildungssystem auf allen Ebenen. So ist in Westdeutschland mit einem Rückgang von 17 Prozent und in Ostdeutschland von 14 Prozent zu rechnen. Für die Stadtstaaten wird eine Zunahme der Bevölkerung und damit auch der Bildungsteilnehmerzahlen, in den ländlichen Regionen ein Rückgang erwartet.

Die Projektion zum Arbeitskräftebedarf bis 2025 zeigt zugleich, dass die Nachfrage nach un- und geringqualifizierter Arbeit weiterhin abnehmen, nach mittleren Qualifikationen relativ konstant bleiben bzw. gering zurückgehen und nach hohen Qualifikationen, die ein Hochschulstudium voraussetzen, zunehmen wird.

---

[1] Bundestagsdrucksache 14/9665 vom 2. Juli 2002 und Plenarprotokoll 14/248 des Deutschen Bundestages vom 4. Juli 2002 sowie Bundestagsdrucksache 16/6614 vom 10. Oktober 2007 und Plenarprotokoll 16/118 des Deutschen Bundestages vom 11. Oktober 2007.

Um den demografischen Wandel zu meistern, eröffnen sich zwei ergänzende und sich bedingende Wege:

– Der Bildungsstand der Bevölkerung muss weiter erhöht werden. Hier hat für die Bundesregierung insbesondere der Kampf gegen Bildungsarmut und die Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit sowie die Sicherung des Fachkräfteangebots durch Bildung und Qualifizierung Priorität. Dabei müssen potenzialfördernde Ansätze, die früh in der Bildungslaufbahn Kompetenzen und Abschlüsse fördern, Vorrang vor nachholender Qualifizierung haben. Auch die Durchlässigkeit der Bildungswege muss weiter gesteigert werden, um alle Potenziale auszuschöpfen. Darüber hinaus verfügt Deutschland auf dem Arbeitsmarkt über beträchtliche, noch ungenutzte Ressourcen. Dies sind insbesondere Frauen, die trotz eines inzwischen erreichten hohen Bildungsstands auf dem Arbeitsmarkt noch deutlich unterrepräsentiert sind und Nachteile haben. Auch bei gestiegener Erwerbsbeteiligung ist der Anteil erwerbstätiger Frauen in allen Qualifikationsgruppen noch immer niedriger als der der Männer. Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der Anfang 2011 veröffentlicht wird, wird sich in einem Kapitel mit geschlechtsspezifischen Benachteiligungen in Bildungsbiografien über den Lebenslauf hinweg auseinandersetzen und Empfehlungen zu ihrem Abbau aussprechen. Für Menschen mit Migrationshintergrund gilt es, das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die Erwerbstätigenquote zu erhöhen. Zudem muss es gelingen, Ältere besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
– Die Attraktivität Deutschlands für Fachkräfte aus aller Welt muss erhöht werden. Aufgrund des zunehmenden Bedarfs an qualifizierten Fachkräften gewinnen berufliche Qualifikationen und Kompetenzen, die Zuwanderer nach Deutschland mitbringen, an Bedeutung. Um diese Ressourcen besser als bisher ausschöpfen zu können, sollen die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert und – soweit erforderlich – auf weitere Gruppen von Zuwanderern erstreckt werden. Dies ist auch integrationspolitisch geboten. In ihrem Zuständigkeitsbereich schafft die Bundesregierung derzeit die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen und prüft Maßnahmen zur Verfahrensoptimierung und für verbesserte Möglichkeiten zur Anpassungs- und Nachqualifizierung.

Der Bildungsbericht zieht als Fazit: Bildung muss angesichts des demografischen Wandels dauerhaft hohe politische Priorität haben. Die demografiebedingten Veränderungen erfordern grundlegende strukturelle Anpassungen und Modifikationen im Bildungssystem, für die ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssen.

Die Bundesregierung schafft hierfür die Voraussetzungen und hat deshalb den Bereich Bildung und Forschung explizit aus den Sparmaßnahmen bei der Aufstellung des Bundeshaushaltentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 ausgenommen. Der Bund stellt bis 2013 zusätzliche 12 Mrd. Euro für Bildung und Forschung bereit. Mit dem Ziel, bis zum Jahr 2015 gesamtgesellschaftlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung aufzuwenden, will die Bundesregierung die Voraussetzungen für notwendige Investitionen schaffen, denn nur durch Bildung und Forschung lässt sich langfristig der Wohlstand unseres Landes erhalten.

III. Bildungsbereichsspezifische Ergebnisse und Schlussfolgerungen im Einzelnen

a) Frühkindliche Bildung ausbauen und Qualität verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Ausbau und Nutzung der Angebote zur frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung machen gute Fortschritte. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt bundesweit bei über 95 Prozent. Der Bericht konstatiert auch eine weiter steigende Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen, insbesondere in Westdeutschland. 2009 lag die Bildungsbeteiligung dieser Altersgruppe deutschlandweit bei 20 Prozent mit regional großen Unterschieden. Die Quote der Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen mit Migrationshintergrund lag 2009 in Westdeutschland im Durchschnitt bei nur 85 Prozent. Für die unter 3-Jährigen lag die Quote dort bei 9 Prozent und damit ebenfalls weit unter der der unter 3-Jährigen ohne Migrationshintergrund von 15 Prozent. Sprachstandserhebungen in den Ländern diagnostizieren einen Großteil der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache als förderbedürftig. Mit dem Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote geht ein neuer Personalhöchststand bei den pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen einher. Ausbaufähig sind der Anteil der akademisch ausgebildeten pädagogischen Fachkräfte und die Qualifizierung der Tagespflegepersonen.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Um das Ziel eines bundesdurchschnittlichen Platzangebotes von 35 Prozent für unter 3-Jährige bis 2013 zu erreichen, bedarf es noch erheblicher Anstrengungen vor allem in den westlichen Bundesländern, wo der Ausbaustand 2009 nur 15 Prozent betrug. Der Ausbau der frühkindlichen Förderung bedeutet auch eine Steigerung der Qualität von Tageseinrichtungen und Kindertagespflege und eine Erhöhung der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte. An dem 35-Prozent-Ziel hält die Bundesregierung fest. Die Qualität der Sprachförderung vor der Einschulung gilt es weiter zu verbessern. Eltern mit Migrationshintergrund müssen verstärkt über das System frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung sowie die Bedeutung der Sprachförderung mit Blick auf schulische Anforderungen informiert werden. Die Qualität der Sprachförderung vor der Einschulung gilt es weiter zu verbessern. Die Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern ist stetig an die gestiegenen Anforderungen anzupassen.

Maßnahmen

Für den bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung in guter Qualität stellt der Bund bis zur Einführung

des Rechtsanspruchs auf frühe Förderung ab vollendetem 1. Lebensjahr in 2013 insgesamt 4 Mrd. Euro zur Verfügung. 2,15 Mrd. Euro im Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013“ und 1,85 Mrd. Euro für Betriebskosten. Damit beteiligt sich der Bund bis 2013 mit mehr als der Hälfte an den Kosten für neue oder gesicherte Kindertagesbetreuungsplätze.

Um die Qualität der frühkindlichen Förderung weiter zu verbessern, wird der Bund darüber hinaus ab 2014 mit jährlich 770 Mio. Euro die Länder bei den Betriebskosten unterstützen.

Die Kindertagespflege spielt beim Ausbau eine entscheidende Rolle. Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege werden gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Tagespflegepersonen gewonnen, qualifiziert und die Kindertagespflege als Tätigkeitsbild etabliert. In bundesweit 161 Modellstandorten werden strukturelle Voraussetzungen für den regionalen Ausbau der Kindertagespflege geschaffen und die Vernetzung vor Ort befördert. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stellt für das Programm von 2008 bis 2013 insgesamt 35,5 Mio. Euro einschließlich ESF-Mitteln (Europäischer Sozialfonds für Deutschland) zur Verfügung.

Zur Verknüpfung von frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung und zur Steigerung der Qualität hat das BMBF gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung unter Beteiligung des Deutschen Jugendinstituts die Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte gestartet. Hierfür stellt der Bund rund 5 Mio. Euro einschließlich ESF-Mittel innerhalb von drei Jahren zur Verfügung. Zusätzliche Forschungskapazitäten im Umfeld des Projekts werden derzeit ausgebaut. Das BMBF fördert auch die Medienqualifizierung für Erzieherinnen und Erzieher mit 8,6 Mio. Euro einschließlich ESF-Mittel. Mit der vom Bund unterstützten Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ werden Erzieherinnen und Erzieher im Umgang mit MINT-Fragestellungen qualifiziert. Ziel ist es, in den nächsten Jahren mindestens 80 Prozent aller Kindertageseinrichtungen deutschlandweit zu erreichen.

In gleicher Weise ist angestrebt, den Anteil von Jungen und Männern in sozialen Berufen, wie dem des Erziehers, zu erhöhen. Mit dem ESF-Modellprogramm des BMFSFJ „MEHR Männer in Kitas“ sollen innovative Ideen zur Gewinnung von mehr Männern in Kitas ermittelt und erprobt werden (Laufzeit 2011 bis 2013). Hierfür stellt der Bund 13,2 Mio. Euro einschließlich ESF-Mittel innerhalb von drei Jahren zur Verfügung.

Frühe Sprachförderung ist der Schlüssel zu einer besseren Integration und schafft gleiche Startbedingungen für alle Kinder. Dies erfordert qualifiziertes, zusätzliches Personal. Deshalb wird das BMFSFJ in den nächsten vier Jahren insgesamt rund 400 Mio. Euro in eine bundesweite Sprach- und Integrationsförderung investieren. Die Mittel werden in bis zu 4 000 Schwerpunkt-Kindertageseinrichtungen fließen und sollen vor allem in sozialen Brennpunkten dazu beitragen, faire Chancen für alle Kinder zu schaffen.

Zur Qualifizierung des Personals trägt auch die vom BMBF innerhalb des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung geförderte Forschung zu Sprachdiagnostik und Sprachförderung bei, durch die u. a. auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, die diagnostische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher zu stärken. Darüber hinaus arbeitet das BMBF in Umsetzung des Koalitionsvertrages an der Konzeption eines Forschungsprogramms „Sprachförderung“. Mit diesen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Länder in ihrer Verantwortung, für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung Sorge zu tragen.

Das BMFSFJ plant darüber hinaus, Eltern frühzeitig und zielgruppengerecht für die Bildungsverläufe ihrer Kinder und die Übergänge im Bildungssystem zu sensibilisieren. Die Stärkung der allgemeinen Erziehungskompetenz von Familien ergänzend, sollen mit einem Bundesprogramm ab 2011 bis zum Jahr 2014 viele Angebote zur aufsuchenden Elternarbeit und Elternbildung initiiert werden. Daneben soll ein einzurichtender Modellverbund von „Netzwerken Bildungschancen“ entsprechende Angebote aufsuchender Familienarbeit zusammenführen und gemeinsam mit weiteren lokalen Akteuren niedrig-schwellige kita- und schulnahe Angebote zur Bildungsbegleitung von Kindern entwickeln und aus einer Hand anbieten.

b) Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wie PISA belegen eine leichte Verbesserung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern in Deutschland seit 2000 und damit positive Entwicklungstrends in wichtigen Lernbereichen. Unbefriedigend bleiben die hohe Leistungsstreuung sowie die noch immer starke Kopplung von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund mit dem Bildungserfolg, insbesondere im Sekundarbereich I. So lag 2006 die Gymnasialbesuchsquote 15-jähriger Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund bei 37 Prozent, bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund dagegen nur bei 22 Prozent. An Hauptschulen sind Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so stark vertreten wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund (36 gegenüber 16 Prozent). Ein positiver Trend zeigt sich bei den Schulabgängern ohne Abschluss: Ihr Anteil ist bei den 15- bis unter 17-Jährigen von 8,5 Prozent in 2004 auf 7,5 Prozent in 2008 gesunken. Die ganztägige Bildung und Betreuung im Schulalter wurde erheblich ausgeweitet. Mit einem Gesamtanteil von 42 Prozent arbeitet inzwischen fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb. Etwa ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich nutzt Angebote an Ganztagsschulen.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, frühzeitig die Weichen für mehr Qualifizierung und Bildungsgerechtigkeit zu stellen. Bildungsarmut gilt es frühzeitig zu bekämpfen und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Die Bildungschancen besonders derjenigen Kinder und Jugendlichen, die zu Hause nur wenig gefördert werden, müssen deutlich verbessert werden. Eine gute Schulbildung trägt wesentlich dazu bei, ebenso wie außerschulische Bildungsangebote im Bereich der Jugendhilfe und der kulturellen Bildung. Die Bundesregierung hält an dem Ziel aus der Qualifizierungsinitiative für Deutschland „Aufstieg durch Bildung“ von Bund und Ländern fest, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss bis 2015 auf insgesamt vier Prozent zu senken. Im Nationalen Integrationsplan erklären Bund und Länder darüber hinaus, die Abbrecher- und Wiederholerquoten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Gesamtdurchschnitt aller Schülerinnen und Schüler bis 2012 anzugleichen. Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es weiterer Anstrengungen.

Maßnahmen

Die Bundesregierung wird die Förderung lokaler Bündnisse vorbereiten, die sich um benachteiligte Kinder und Jugendliche kümmern und geeignet sind, gezielt Bildungsarmut zu bekämpfen. Starke Bündnisse in öffentlich-privaten Partnerschaften auf kommunaler Ebene können dazu beitragen, dass die Mittel, die benachteiligten Kindern den Zugang zu passgenauen Bildungsangeboten ermöglichen sollen, in möglichst effizienter Weise die Adressaten erreichen. Das BMBF wird an sein erfolgreiches Programm „Lernen vor Ort“ anknüpfen, um dieses Ziel zu erreichen. Unter Nutzung der im Rahmen dieses Programms entstandenen und entstehenden Strukturen für ein besseres Bildungsmanagement werden die Kommunen dabei unterstützt, tragfähige und nachhaltige Modelle und Instrumente für lokale Bündnisstrukturen zu entwickeln. Diese Modelle sollen anschließend in die Fläche transferiert werden, um allen von Bildungsarmutsrisiken betroffenen Kindern und Jugendlichen Zugang zu geeigneten Angeboten zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die eingesetzten Mittel auch die richtigen Adressaten erreichen.

Durch bessere Informationswege und Erprobung neuer Angebotsstrukturen soll die Jugendhilfe dabei unterstützt werden, ihre Aufgaben für eine ganzheitliche Bildung für alle Kinder und Jugendlichen optimal wahrnehmen zu können. Daher bereitet die Bundesregierung eine spezifische Stärkung der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit vor Ort vor. Es soll eine bessere Vernetzung, Aktivierung und Mobilisierung der Jugendhilfeangebote im Sozialraum erreicht werden, sowie eine Entsäulung der verschiedenen Bereiche Jugendsozialarbeit und außerschulische Jugendbildung.

Das BMBF wird seine Forschungsanstrengungen intensivieren, um die erfolgreiche Teilhabe am Bildungssystem von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Dazu dient u. a. der 2010 ausgeschriebene Forschungsschwerpunkt „Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Sozialer Wandel und Strategien der Förderung“ im Rahmenprogramm zur Förderung der empirischen Bildungsforschung. Ziel des interdisziplinären Forschungsprogramms ist die vertiefende Untersuchung der Erscheinungsformen und Ursachen ungleicher Bildungsteilhabe vor dem Hintergrund des sozialen und demografischen Wandels sowie die Wirkungsweise von Maßnahmen und Programmen zur Verringerung von Bildungsungleichheit, insbesondere zur Verringerung der „Risikogruppen“ im Bildungssystem, um zielgerichtet Förderstrategien weiterzuentwickeln.

Die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität der Ganztagsschulen unterstützt das BMBF durch das Programm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ sowie durch begleitende Forschung, insbesondere die bundesweite „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen – StEG“. Darüber hinaus werden Reformmaßnahmen der Länder zur Verbesserung der Unterrichts- und Schulqualität durch zielgerichtete Forschung flankiert.

Auch der kulturpolitische Schwerpunkt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), zu einer Intensivierung der kulturell-künstlerischen Vermittlungsarbeit von Kultureinrichtungen beizutragen, verbessert die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. In diesem Zusammenhang wurde 2010 ein neues Förderprogramm zur Unterstützung von Modellprojekten aufgelegt, das sich insbesondere an bislang unterrepräsentierte Zielgruppen richtet. Damit wird ein Anliegen des Koalitionsvertrags umgesetzt, dessen übergreifendes kulturpolitisches Ziel darin besteht, gemeinsam mit den Ländern den Zugang zu kulturellen Angeboten unabhängig von finanzieller Lage und sozialer Herkunft zu erleichtern. Der bereits seit 2009 vergebene und mit jährlich 60 000 Euro dotierte BKM-Preis Kulturelle Bildung würdigt ebenfalls nachhaltige und innovative Projekte, die sich an Menschen richten, die bislang nicht zur traditionellen Klientel von Kultureinrichtungen und -projekten zählen.

c) Mehr Jugendliche in Ausbildung bringen, Durchlässigkeit verbessern

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Das System der beruflichen Ausbildung in Deutschland ermöglicht der Mehrheit eines Altersjahrgangs einen qualifizierten Ausbildungsabschluss und ist damit auch im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig. 74 Prozent der 20- bis 25-Jährigen und 85 Prozent der 25 bis 35-Jährigen haben einen Abschluss des Sekundarbereichs II, zu dem die berufliche Bildung zählt. In der älteren Altersgruppe liegt Deutschland damit über dem EU-Mittel.

Die Ausbildungssituation verbessert sich kontinuierlich. Die rechnerische Ausbildungsplatzlücke hat sich seit 2006 weiter verringert. 2009 sank das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen um 10 Prozent gegenüber 2007, aber auch die Nachfrage verringerte sich demografiebedingt um 13 Prozent. Bei Einbezug der Altnachfrage zeigt sich jedoch nach wie vor in allen Regionen eine Unterdeckung im Ausbildungsplatzangebot, selbst in Regionen mit vergleichsweise günstigem Arbeitsmarkt. Der

Anteil der Neuzugänge im Übergangssystem ist seit 2007 deutlich unter 40 Prozent gesunken, liegt aber noch bei einem Drittel (34,1 Prozent in 2008). Insbesondere Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss kommen zunächst nur im Übergangssystem unter. Ausländische Jugendliche sind davon besonders häufig betroffen.

Weiterhin ist die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich ausbaufähig.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Mehr Jugendliche müssen unmittelbar nach der Schule im dualen System einen Ausbildungsplatz bekommen. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist die passgenaue Vermittlung von Schulabgängern, die eine duale Berufsausbildung anstreben, auf die vorhandenen Angebote. Aber auch die Vermittlung von Altbewerbern, die nicht direkt im Anschluss an die Schulzeit auf einen Ausbildungsplatz vermittelt werden konnten, bleibt eine wichtige Aufgabe.

Die Bundesregierung strebt eine stärkere Verzahnung und Erleichterung der Übergänge zwischen Schule, Übergangssystem und Ausbildung an. Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf sollen dabei frühzeitig, d. h. schon während der allgemein bildenden Schulzeit, identifiziert und dann entsprechend unterstützt werden.

Auch die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich gilt es durch passgenaue Angebote weiter zu verbessern – aufbauend auf der von den Ländern beschlossenen Öffnung der Hochschulzugangsbedingungen für beruflich Qualifizierte.

Maßnahmen

Um Schülerinnen und Schülern den Übergang in die Ausbildung zu erleichtern, bündelt das BMBF mit seiner Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Berufsabschluss“ neue und bestehende, in der Praxis erprobte Förderinstrumente zu einem Gesamtsystem. Diese Initiative richtet sich speziell an Hauptschülerinnen und Hauptschüler ab der 7. Klasse, die über Potenzialanalyse und gezielte Berufsorientierungsmaßnahmen und ggf. Betreuung durch hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiter und ehrenamtliche Bildungslotsen bis hinein in die Berufsausbildung unterstützt werden. In diesem Rahmen hat das BMBF zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die gesetzlich verankerte Berufseinstiegsbegleitung mit einem Sonderprogramm erweitert, welches ebenfalls von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt wird.

Zur gesetzlichen Erprobung der Berufseinstiegsbegleitung, die seit Februar 2009 förderungsbedürftigen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen zugute kommt, berichtet das BMAS dem Deutschen Bundestag erstmalig bis zum 31. Dezember 2010 von den Ergebnissen der Evaluation.

Die Bundesregierung hat die Verlängerung der erweiterten Berufsorientierung, mit der Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen auch über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und außerhalb der unterrichtsfreien Zeit durchgeführt werden können, um weitere drei Jahre bis Ende des Jahres 2013 beschlossen. Gleichzeitig wird das BMBF-Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ nach der Erprobungsphase ab 2010 verstetigt.

Das ESF-Bundesprogramm „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), mit dem bisher bereits rund 25 000 Ausbildungsplätze vermittelt wurden, wird über 2010 hinaus um zwei Jahre verlängert. Hierfür stehen einschließlich eines Eigenanteils der Kammern rd. 16 Mio. Euro bereit.

Der erfolgreiche „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“, der erstmalig 2004 zwischen der Wirtschaft und der Bundesregierung beschlossen und 2007 verlängert wurde, soll auch über das Jahr 2010 hinaus weiter fortgesetzt werden. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Jugendlichen gelegt werden, die es bislang nicht in Ausbildung geschafft haben (z. B. aus dem Kreis der benachteiligten Jugendlichen, Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Altbewerber). Aber auch leistungsstarke Jugendliche stehen für die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs im Fokus.

Darüber hinaus sieht der Koalitionsvertrag vor, den Übergang von der Schule in Ausbildung neu zu strukturieren und effizienter zu gestalten. In der Haushaltsklausur der Bundesregierung im Juni 2010 ist das BMAS beauftragt worden, dazu eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu leiten. Ziel der Arbeitsgruppe wird es sein, Vorschläge für eine bessere Abstimmung und – wo sinnvoll und möglich – Bündelung von Programmen und Förderinstrumenten für junge Menschen zur Eingliederung in Arbeit und Ausbildung zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im Jahr 2011 zusammen mit der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente umgesetzt werden.

Um insbesondere bildungsferne und schuldistanzierte Jugendliche aus benachteiligten Stadtquartieren beim Start in Beruf und Ausbildung zu unterstützen, fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) mit dem ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ passgenaue Projekte, die insbesondere die Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit sowie den verbesserten Übergang von der Schule in den Beruf zum Ziel haben. Von 2008 bis 2015 stehen insgesamt 184 Mio. Euro, davon 124 Mio. Euro aus ESF-Mitteln und 60 Mio. Euro BMVBS-Mittel, zur Verfügung. Eine zweite Förderrunde des Programms BIWAQ ist ab Herbst 2010 geplant.

Eine Berufsausbildung soll nicht an finanziellen Hürden scheitern. Im Rahmen des von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten und am 15. Oktober 2010 vom Bundesrat verabschiedeten 23. BAföG-Änderungsgesetzes werden u. a. auch die Bedarfssätze und Freibeträge für

die Berufsausbildungsbeihilfe und das Ausbildungsgeld erhöht. Hierfür sollen in den Jahren 2010 bis 2013 im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit und im Haushalt des BMAS insgesamt rund 105 Mio. Euro zusätzlich aufgebracht werden.

Um die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbereich zu verbessern, schafft das BMBF durch Aufstiegsstipendien Anreize zur Aufnahme eines Studiums für diejenigen, die eine berufliche Ausbildung mit hervorragenden Ergebnissen abgeschlossen haben. Seit der Programmeinführung im Jahr 2008 wurden bereits rund 2 000 Aufstiegsstipendien vergeben. Von allen beruflich qualifizierten Studienanfängern ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung erhält damit jeder achte ein Aufstiegsstipendium.

Mit dem Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“ stärken Bund und Länder in den nächsten Jahren gemeinsam die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Dafür stellt das BMBF 250 Mio. Euro zur Verfügung. Mit Blick auf die Umsetzung von Möglichkeiten für lebenslanges Lernen soll damit das derzeitige Angebot an praxisnahen sowie berufsbegleitenden, aber auch dualen Studienangeboten ausgeweitet werden. Derzeit werden die Vorbereitungen getroffen, damit die Förderung ab 2011 gestartet werden kann.

d) Bessere Studienqualität bei hoher Studienanfängerquote

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Studienanfängerzahl erreichte im Studienjahr 2009 einen neuen Höchststand. Die Studienanfängerquote von 43 Prozent liegt deutlich über der von der Bundesregierung angestrebten Marke von 40 Prozent. Der Bologna-Prozess ist weit vorangeschritten. Die Mehrheit der Studienanfänger beginnt ein Bachelorstudium. Verbesserungsfähig ist im Urteil der Studierenden jedoch die Studienqualität insbesondere in Studiengängen mit vielen Teilnehmern. Zudem ist wenig internationale Mobilität im Bachelorstudium zu verzeichnen. Die Entwicklung der Studienzeiten und des Studienabbruchs in den Bachelorstudiengängen zeigt eine positive Tendenz. Eine Herausforderung bleibt die Mobilisierung von Studierenden aus Elternhäusern ohne akademische Bildungstradition einschließlich derer mit Migrationshintergrund.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Ziele der ersten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 wurden mit den hohen Studienanfängerzahlen weit übertroffen. Eine steigende Bildungsbeteiligung und die bevorstehenden doppelten Abiturjahrgänge werden weiter zu hohen Studienanfängerzahlen führen. Nur in den neuen Ländern wird demografiebedingt die Studiennachfrage sinken. Die Länder müssen entsprechende Kapazitäten an den Hochschulen schaffen. Der Bund hat mit dem Hochschulpakt die im Rahmen der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit möglichen Maßnahmen eingeleitet. Die Kapazitäten können – mit der finanziellen Unterstützung des Bundes – nur die Länder schaffen. Zugleich müssen die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen weiter verbessert werden, damit mehr junge Menschen ihr Studium erfolgreich zum Abschluss bringen.

Maßnahmen

Hochschulabsolventinnen und -absolventen werden auf dem Arbeitsmarkt gegenwärtig und in den kommenden Jahren verstärkt und dringend gebraucht. Um die Kapazitäten der Hochschulen zu erweitern, hat der Bund mit den Ländern eine bedarfsgerechte Fortsetzung des Hochschulpakts für mehr Studienplätze beschlossen. In den Jahren 2011 bis 2015 sollen rund 275 000 zusätzliche Studienmöglichkeiten entstehen. Dafür stellt allein das BMBF rund 3,76 Mrd. Euro zur Verfügung, davon rund 180 Mio. Euro als Sonderzahlung für einen Kapazitätserhalt in den neuen Ländern. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung die neuen Länder mit einer Marketingkampagne dabei, Studieninteressierte über die guten Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen zu informieren.

Zur Verbesserung von Studienbedingungen und Lehrqualität haben die Regierungschefs von Bund und Ländern den erfolgreichen Hochschulpakt um eine dritte Säule als Qualitätspakt für die Lehre erweitert. Damit werden in der Breite der Hochschullandschaft Maßnahmen zur Personalgewinnung, -qualifizierung und zur Weiterentwicklung der Lehrqualität gefördert. Das BMBF wird für die dritte Säule des Hochschulpaktes bis 2020 rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Vor dem Hintergrund der globalen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft wird es immer wichtiger, dass Hochschulabsolventen internationale Erfahrungen sammeln. Der Bund wird deshalb die Förderung für die internationale Mobilität von Studierenden verbessern. Hierzu zählen ein Pilotprogramm für vierjährige Bachelorstudiengänge mit einem integrierten Auslandsaufenthalt (Bachelor Plus-Programm), der starke Ausbau von Doppeldiplom-Programmen sowie die Verstärkung von Mobilitäts- und Austauschprogrammen.

Damit das Studium nicht an finanziellen Hürden scheitert, wird das 23. BAföG-Änderungsgesetz spürbare Leistungsverbesserungen gewährleisten; u. a. eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge , aber auch dringliche strukturelle Änderungen bspw. zur besseren Anpassung an Erfordernisse des Bologna-Prozesses sowie auch der individuellen Familien-, Ausbildungs- und Erwerbstätigkeitsplanung werden hiermit umgesetzt. Das BMBF wird dafür von 2010 bis 2013 rund 635 Mio. Euro zusätzlich investieren.

Das Deutschland-Stipendium ergänzt die bestehende Studienfinanzierung mit einem neuen Ansatz. Ziel des Programms ist es, begabte Studierende an allen staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Deutschland durch ein Stipendium in Höhe von 300 Euro monatlich zu unterstützen. Finanzielle Hindernisse für die Aufnahme eines Studiums sollen so abgebaut und Anreize für Spitzenleistungen geschaffen werden. Die Stipendien werden

von privaten Geldgebern und dem Bund gemeinsam finanziert. Der private Teil der Stipendienmittel in Höhe von 150 Euro wird durch die Hochschulen eingeworben und vom Bund um 150 Euro aufgestockt. Damit kann das Programm der Einstieg in eine von breiter gesellschaftlicher Verantwortung getragene Stipendienkultur in Deutschland sein.

e) Weiterbildung im Zeichen des demografischen Wandels ausbauen

Ergebnisse des Bildungsberichts 2010

Die Weiterbildungsbeteiligung ist weiterhin auf einem verbesserungsfähigen Niveau. Personen mit geringer Qualifikation und Ältere beteiligen sich deutlich weniger an Weiterbildung als gut qualifizierte und jüngere Menschen. Es gibt eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen und älteren Arbeitskräften in der betrieblichen Weiterbildung. Bei der Teilnahme an Weiterbildung nimmt Deutschland im internationalen Vergleich einen Platz im Mittelfeld ein.

Schlussfolgerungen der Bundesregierung

Die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit Deutschlands hängt auch von der Steigerung der Weiterbildungsbeteiligung und von mehr passgenauen Weiterbildungsangeboten ab, denn nur so können Beschäftigungsfähigkeit erhalten und neue Qualifikationspotenziale erschlossen werden. Mit Blick auf die demografische Entwicklung muss es gelingen, die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland zu erhöhen. Die berufliche Weiterbildung insbesondere von älteren sowie weiblichen und gering qualifizierten Erwerbstätigen muss dabei Priorität erhalten. Zunehmende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben auch neben- und nachberufliche Qualifizierungsmaßnahmen für das bürgerschaftliche Engagement. Dessen Notwendigkeit und Wertschöpfung steigen kontinuierlich in einer Gesellschaft des langen Lebens.

Maßnahmen

Bund und Länder verfolgen das Ziel, gemeinsam mit den Sozialpartnern bis zum Jahr 2015 die Beteiligung der Erwerbsbevölkerung an formalisierter Weiterbildung von 43 auf 50 Prozent zu steigern. Hierzu fördert der Bund eine Vielzahl von Maßnahmen. Mit der Bildungsprämie bietet die Bundesregierung allen Erwerbstätigen mit niedrigen und mittleren Einkommen die Möglichkeit, Gebühren für Kurse und Prüfungen der beruflichen Weiterbildung durch den Erhalt von Prämiengutscheinen zu reduzieren. Die Bildungsprämie nutzen bislang zu 70 Prozent überwiegend Frauen. Bildungsferne Zielgruppen, darunter auch Menschen mit Migrationshintergrund, sind ebenfalls stärker repräsentiert als in sonstigen Maßnahmen.

Im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik wurde die berufliche Weiterbildungsförderung in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Im Jahr 2009 wurden hierfür rund 3,4 Mrd. Euro ausgegeben, mit denen die berufliche Weiterbildung von rd. 620 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefördert wurde. Damit wurden die Vorjahreszahlen deutlich übertroffen (2008: 463 000 Eintritte).

Das BMBF unterstützt eine strukturelle Neuorientierung des kommunalen Bildungssystems in der Weiterbildung und anderen Bildungsbereichen insbesondere durch das Programm „Lernen vor Ort“, das gemeinsam mit rund 120 Stiftungen umgesetzt wird und mit einem Volumen von 60 Mio. Euro inkl. ESF-Mitteln in 40 Kreisen und kreisfreien Städten modellhaft ein kohärentes Bildungsmanagement auf kommunaler Ebene etablieren wird.

Darüber hinaus fördert das BMBF mit den Weiterbildungsstipendien des Programms „Begabtenförderung berufliche Bildung“ die berufsbegleitende Weiterbildung von jungen Berufseinsteigern und gibt damit eine Anschubfinanzierung für die eigenständige Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens. Ende 2009 befanden sich rund 17 500 berufliche Talente als Stipendiatinnen und Stipendiaten in der Förderung.

Außerschulische Lernorte ermöglichen Bildungserfahrungen durch konkrete Beteiligung und Verantwortungsübernahme. Dies gilt beispielsweise auch für den Zivildienst, durch den Fachkenntnisse und soziale Kompetenzen erworben werden. Die Teilnahme an Freiwilligendiensten steigt weiter an. Sport, Kirche und Religion sind weitere wichtige Betätigungsfelder für freiwilliges Engagement von Kindern und Jugendlichen. Fragen der „Kulturell/musisch-ästhetischen Bildung im Lebenslauf“ wird der kommende Bildungsbericht 2012 im Schwerpunktkapitel vertieft darstellen.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung

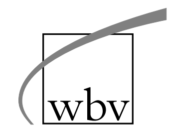
Bildung in Deutschland 2010

Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel

Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister
der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung







Der Bericht wurde unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung von einer Autorengruppe erstellt, deren Mitglieder den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern angehören:
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Deutsches Jugendinstitut (DJI), Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Destatis, StLÄ)

Autorengruppe Bildungsbericht-erstattung:
Prof. Dr. Horst Weishaupt *(DIPF), Sprecher der Autorengruppe*
Prof. Dr. Martin Baethge *(SOFI)*
Prof. Dr. Hans Döbert *(DIPF)*
Prof. Dr. Hans-Peter Füssel *(DIPF)*
Regierungsdirektor Heinz-Werner Hetmeier *(Destatis)*
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach *(DJI)*
Prof. Dr. Ulrike Rockmann *(StLÄ)*
Prof. Dr. Susan Seeber *(DIPF/Universität Göttingen)*
Prof. Dr. Andrä Wolter *(HIS/TU Dresden)*

unter Mitarbeit von:
Mariana Grgic *(DJI)*
Katrin Isermann *(DIPF)*
Dr. Christian Kerst *(HIS)*
Prof. Dr. Eckhard Klieme *(DIPF)*
Stefan Kühne *(DIPF)*
Dr. Hans Rudolf Leu *(DJI)*
Daniela Nold *(Destatis)*
Veronika Philipps *(SOFI)*
Prof. Dr. Klaus Rehkämper *(StLÄ)*
Dr. Matthias Schilling *(DJI/TU Dortmund)*
Dr. Jörg-Peter Schräpler *(StLÄ)*
Andreas Schulz *(Destatis)*
Dr. Thomas Wachtendorf *(StLÄ)*
Markus Wieck *(SOFI)*
Dr. Karin Zimmer *(DIPF)*

Aus den beteiligten Einrichtungen haben außerdem mitgearbeitet:
DIPF:
Dr. Stefan Brauckmann
Torsten Dietze
Prof. Dr. Gert Geißler
Dr. Silvia Hessel
Dr. Radoslav Huth
Caroline Kann
Thomas Kemper
Niels Laag
Bettina Neugebauer
Michaela Rentl
Marisa Richter
Lilly Roßkopf
Dr. Alexandra Schwarz
Uta Stäsche
Mareike Tarazona
PD Dr. Eveline Wittmann

Destatis und StLÄ:
Ruth Bamming
Thomas Baumann
Pia Brugger
Dr. Nicole Buschle
Andreas Büdinger
Hans-Werner Freitag
Christiane Krüger-Hemmer
Cornelia Leitner
Bettina Link
Dr. Peter Lohauß
Ricarda Nauenburg
Jürgen Paffhausen
Alexander Scharnagl
Ulrike Schedding-Kleis
Birgit Scheibe
Daniel Schmidt
Gerhard Schmidt
Wolfgang Schnabel-Sennewald
Frank Schüller
Elfriede Wambach
Dr. Rainer Wolf

DJI (einschließlich Forschungsverbund DJI/TU Dortmund):
Dr. Andrea G. Eckhardt
Dr. Kirsten Fuchs-Rechlin
Andrea Lisker
Josefin Lotte

HIS:
Michael Grotheer
Dr. Christoph Heine
Dr. Ulrich Heublein
Markus Lörz
Dr. Elke Middendorff
Heiko Quast
Torsten Rehn
Robert Schmelzer
Dieter Sommer
Andreas Woisch

SOFI:
Dr. Sabine Fromm
Jan Laging

Darüber hinaus wurden durch Sonder-auswertungen Beiträge geleistet:
von der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg
Wolfgang Menzl
Uwe Voigt

vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn
Ralf-Olaf Granath
Michael Tiemann
Dr. Alexandra Uhly

vom Deutschen Institut für Wirtschafts-forschung (DIW), Berlin
Dr. Silke Anger
Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg *(Universität Bremen)*
Dr. Henning Lohmann

von der FU Berlin
Michael Segeritz
Prof. Dr. Petra Stanat *(Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen)*

vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
Prof. Dr. Lutz Bellmann
Stefan Seth
Jens Stegmaier

vom Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der TU Dortmund
Kristina A. Frey
Magdalena E. Kowoll
Dr. Tobias C. Stubbe

vom Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN), Kiel
Dr. Andreas Frey
Dr. Mareike Kobarg
Dr. Silke Rönnebeck
Dr. Kerstin Schütte
Päivi Taskinen
Dr. Oliver Walter

von TNS Infratest Sozialforschung, München
Sabine Geiss
Dr. Thomas Gensicke

sowie von
Emmanuel Kailis *(Eurostat)*

Vorwort

Mit dem gemeinsam von Bund und Ländern in Auftrag gegebenen Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ wird nach 2006 und 2008 nun zum dritten Mal eine umfassende empirische Bestandsaufnahme vorgelegt, die das deutsche Bildungswesen als Ganzes abbildet und von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung im Erwachsenenalter reicht. Sie schließt auch jene Bildungsprozesse ein, die sich mit non-formaler Bildung und informellem Lernen beschreiben lassen.

Der Bericht wird von einer Autorengruppe vorgelegt, die ihn zusammen mit weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erarbeitet hat. Die Mitglieder der Autorengruppe gehören an verantwortlicher Stelle den folgenden wissenschaftlichen Einrichtungen und Statistischen Ämtern an: dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS), dem Soziologischen Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (Destatis und StLÄ).

Die Autorengruppe verantwortet den Bericht gemeinsam. Sie hat den Bericht unter Wahrung ihrer wissenschaftlichen Unabhängigkeit in Abstimmung mit einer Steuerungsgruppe erarbeitet, die für das Zusammenwirken von Bund und Ländern „zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen“ (Art. 91b Abs. 2 GG) eingerichtet wurde. Die Steuerungsgruppe wird von einem Wissenschaftlichen Beirat unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Jürgen Baumert beraten. Die Zusammenarbeit mit beiden Gremien hat sich für die Autorengruppe als sehr fruchtbar erwiesen.

Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben die Autorengruppe durch ihre Expertise bei der Erarbeitung der einzelnen Kapitel, durch kritische Beratung und durch konkrete Zuarbeit unterstützt. Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem die Professoren Dr. Hartmut Ditton (München), Dr. Dr. Dr. h. c. Rainer Lehmann (Berlin), Dr. Knut Schwippert (Hamburg) sowie Dr. Frank Multrus (Konstanz).

Im Rahmen des Schwerpunktthemas *Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel* haben Dr. Robert Helmrich (BIBB, Bonn) und Dr. Gerd Zika (IAB, Nürnberg) die Autorengruppe durch eine Expertise zur Projektion des Arbeitskräftebedarfs unterstützt.

Dank sagt die Autorengruppe auch Anja Quickert (Berlin) und Susanne Sachse (Berlin) für das Lektorat sowie in besonderer Weise Frau Katrin Isermann (DIPF) für die vielfältige Unterstützung aller Phasen der Entstehung dieses Berichts.

Allen Mitwirkenden – auch denen, die wegen der großen Zahl der Beteiligten hier nicht namentlich erwähnt werden können – spricht die Autorengruppe ihren Dank aus.

Berlin, Frankfurt am Main im Mai 2010

Die Autorengruppe

Hinweise für Leserinnen und Leser

Marginalien als kurze, zentrale Informationen

Die Kernaussagen jedes Indikators werden als blaue Textbausteine (Marginalien) rechts bzw. links neben dem zugehörigen Fließtext hervorgehoben.

Bei Verwendung grafischer Darstellungen wird im Fließtext auf die entsprechende Abbildung verwiesen.
Lesebeispiel: **Abb. B2-3** ist der Verweis auf die dritte Abbildung im zweiten Textabschnitt (Bildungsbeteiligung) des Kapitels B (Grundinformationen zu Bildung in Deutschland).

Zugleich wird stets die zugehörige Tabelle benannt, aus der die Datenwerte der entsprechenden Abbildung entnommen werden können. In der Regel sind Tabellen nicht im Fließtext integriert. Sie sind vorwiegend am Ende des Berichts im Anhang zu finden, auf welchen mit dem Zusatz „**A**“ verwiesen wird.
Lesebeispiel: **Tab. B2-5A** ist der Verweis auf die fünfte Tabelle im Tabellenanhang zum zweiten Textabschnitt (Bildungsbeteiligung) des Kapitels B (Grundinformationen zu Bildung in Deutschland).

Aufgrund der Fülle an Daten, die dem Bildungsbericht zugrunde liegen, erscheinen eine Reihe von Tabellen und Abbildungen nicht im Anhang des Bandes, sondern auf der Homepage **www.bildungsbericht.de**. Sie sind mit dem Zusatz „**web**“ gekennzeichnet, z. B. (**Tab. B2-9web**).

Ein hochgestelltes Ⓜ an der jeweiligen Textpassage verweist auf die „Methodenkästchen“, in denen am Ende jedes Abschnitts methodische und begriffliche Erläuterungen zusammengefasst werden. Nur in Ausnahmefällen werden methodische und datentechnische Anmerkungen in den Fließtext integriert.

Ⓜ **Methodische Erläuterungen**

Auf der Homepage **www.bildungsbericht.de** werden der Bericht, weitere konzeptionelle Informationen zur nationalen Bildungsberichterstattung sowie zu Bildungsberichten auf internationaler und regionaler Ebene bereitgestellt. Sie sind mit Links zu den entsprechenden Internetseiten versehen.

Glossar

AES
Adult Education Survey

ALLBUS
Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften

Ausländerinnen und Ausländer
Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen

BA
Bundesagentur für Arbeit

BAföG
Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz)

BBiG
Berufsbildungsgesetz

Bevölkerungsvorausberechnung
Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet.

Die aktuelle 12. koordinierte Vorausberechnung geht vom Jahr 2008 aus und reicht bis zum Jahr 2060. Sie umfasst insgesamt zwölf Varianten und drei Modellrechnungen. In diesem Bericht wird die Variante 1-W1 verwendet. Sie markiert die untere Grenze der „mittleren" Bevölkerungsentwicklung, welche sich bei Fortsetzung der aktuell beobachteten demografischen Trends ergeben würde: Die Geburtenhäufigkeit bleibt dabei stabil bei etwa 1,4 Kindern je Frau, während das Alter der Mütter bei der Geburt zunehmend steigt. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt steigt bis 2060 für Männer auf 85,0 und für Frauen auf 89,2 Jahre, was einem Zuwachs von 7,8 bzw. 6,8 Jahren im Vergleich zur Lebenserwartung im Zeitraum 2006 bis 2008 entspricht. Der Außenwanderungssaldo (Differenz der Zuzüge nach und Fortzüge aus Deutschland) steigt bis zum Jahr 2014 auf 100.000 Personen und bleibt dann auf diesem Niveau. Die Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung wird durch die Variante 1-W2 markiert, in welcher der jährliche Wanderungssaldo – bei gleichen Annahmen zur Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung – auf 200.000 Personen bis zum Jahr 2020 steigt und anschließend konstant bleibt. Aus den beiden Wanderungsannahmen ergibt sich ein Korridor, in dem sich das zukünftige Wanderungsgeschehen abspielen dürfte.

Zur Binnenwanderung zwischen den Bundesländern wird angenommen, dass der Anteil der Bevölkerung, der in ein anderes Land fortzieht, bis zum Jahr 2020 konstant bleibt und den durchschnittlichen altersspezifischen Fortzugsraten der Jahre 2005 bis 2007 entspricht. Der Wanderungsverlust der ost- an die westdeutschen Länder wird aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahl von aktuell etwa 48.000 auf etwa 14.000 bis zum Jahr 2020 sinken. Zwischen 2020 und 2030 nimmt im angewendeten Modell die Intensität der Binnenwanderung ab, danach werden keine Binnenwanderungen mehr angesetzt.

Bildungsbereiche
Der Bildungsbericht orientiert sich an der Binnenstruktur des Bildungswesens mit folgenden Bildungsbereichen:
- Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung
- Allgemeinbildende Schule und non-formale Lernwelten im Schulalter
- Berufliche Ausbildung (Duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem)
- Hochschule
- Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Bildungsgänge
Unter dem Begriff Bildungsgänge werden alle institutionalisierten Angebote innerhalb des formalen Bildungswesens zusammengefasst. Im Schulbereich ist zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Bildungsgängen zu unterscheiden (vgl. Klassifizierung im Abschnitt Institutionelle Kurzbezeichnungen).

BIBB
Bundesinstitut für Berufsbildung

BMBF
Bundesministerium für Bildung und Forschung

BSW
Berichtssystem Weiterbildung

CVTS
Continuing Vocational Training Survey (Europäische Erhebung zur beruflichen Weiterbildung)

DIW
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

DSW
Deutsches Studentenwerk

EU-15 / EU-19 / EU-27
Europäische Union. Die Zahlenangabe bezieht sich auf den jeweiligen Stand der EU-Erweiterung um neue Mitgliedstaaten (EU-15: Mitgliedstaaten vor dem 1. Mai 2004, also Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich; EU-19: die EU-15 Mitgliedsstaaten sowie Polen, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn). Gegenwärtig gehören der EU 27 Staaten an (die EU-19 Mitgliedsstaaten sowie Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien und Zypern).

EU-SILC
Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (Statistics on Income and Living Conditions)

Erwerbstätige, Erwerbslose, Nichterwerbspersonen
Erwerbstätige gehen einer Arbeit in einem Umfang von mindestens einer Stunde pro Woche nach. Erwerbslose haben keine Arbeit, möchten aber eine aufnehmen. Beide Gruppen zusammen bilden die Erwerbspersonen, also Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren, die arbeitsfähig sind und arbeiten bzw. Arbeit suchen. Nichterwerbspersonen sind Menschen, die keine Arbeit aufnehmen möchten. Potenziell Erwerbstätige sind alle 15- bis 65-jährigen Personen, also die Gruppe der Erwerbs- und Nichterwerbspersonen.

Formale Bildung
Formale Bildung findet in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen statt und führt zu anerkannten Abschlüssen.

Freie Trägerschaft
Bildungseinrichtungen können in öffentlicher oder freier Trägerschaft errichtet werden. Träger öffentlicher Einrichtungen sind in erster Linie Länder und Gemeinden; freie Träger können Vereine und Gesellschaften, kirchliche Organisationen und Privatpersonen sein. Auch Einrichtungen in freier Trägerschaft unterstehen staatlicher Aufsicht und können nach landesrechtlicher Regelung öffentliche Finanzzuschüsse erhalten.

G8 bzw. G9
Achtjähriges Gymnasium mit dem Abitur nach 12 Schuljahren bzw. neujähriges Gymnasium mit dem Abitur nach 13 Schuljahren

HISEI
Der International Socio-Economic Index of Occupational Status (ISEI) gruppiert Personen nach ihrer Berufsangabe unter den Aspekten der Ausbildungsdauer, des Einkommens sowie des sozialen Berufsprestiges und ordnet sie hierarchisch. Zur Ermittlung des sozioökonomischen Status wird in den vorliegenden Analysen jeder Person der jeweils höchste Index-Wert der Eltern HISEI (Highest ISEI) zugeordnet. Durch die Bildung von HISEI-Quartilen lassen sich folgende Statusgruppen gegenüberstellen: Niedrig (0 – 25% mit den niedrigsten HISEI-Werten), Mittel (25 – 50% sowie 50 – 75% mit mittleren Werten) und Hoch (75 – 100% mit den höchsten Werten).

HwO
Handwerksordnung

IAB
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

IEA
International Association for the Evaluation of Educational Achievement

IFS
Institut für Schulentwicklungsforschung an der Technischen Universität Dortmund

IGLU/PIRLS
Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung / Progress in International Reading Literacy Study

ILO-Konzept
Standardisiertes Konzept der International Labour Organisation zur Messung des Erwerbsstatus. Danach zählen zu den Arbeitslosen alle 15- bis 64-jährigen Personen, die a) während der Berichtswoche

ohne Arbeit waren; b) innerhalb der zwei folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit verfügbar waren; c) innerhalb der letzten vier Wochen aktiv eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit suchten oder einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später (in den folgenden drei Monaten) aufnehmen.

Informelles Lernen
Informelles Lernen wird als nicht didaktisch organisiertes Lernen in alltäglichen Lebenszusammenhängen begriffen, das von den Lernenden nicht immer als Erweiterung ihres Wissens und ihrer Kompetenzen wahrgenommen wird.

IPN
Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel

ISCED 1997
International Standard Classification of Education von 1997 (Tab. 1A)

Jg.
Jahrgangsstufe, gleichbedeutend mit Klasse oder Schuljahrgang

KMK
Kultusministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland)

Migrationshintergrund
Personen mit Migrationshintergrund sind jene, die selbst oder deren Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Staatsangehörigkeit. Damit wird ein weites Migrationsverständnis zugrunde gelegt, welches neben dem rechtlichen Status der Personen (deutsch vs. nichtdeutsch) auch die Zuwanderungskonstellation nach der individuellen (1. Generation) und familialen Migrationserfahrung (2. Generation) berücksichtigt. Da die meisten Datenquellen des Bildungsberichts zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aufgliederung nach diesem Konzept gestatten, werden abweichende Operationalisierungen an den entsprechenden Stellen erläutert.

MZ
Mikrozensus

Non-formale Bildung
Non-formale Bildung findet außerhalb der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen für die allgemeine und berufliche Bildung statt und führt nicht zum Erwerb eines anerkannten Abschlusses.

OECD
Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

OECD insgesamt
Gewichteter Mittelwert der OECD-Mitgliedsstaaten, zu dem jeder Staat proportional zur Anzahl der Personen in der Grundgesamtheit beiträgt

OECD-Mittel
Ungewichteter Mittelwert aller OECD-Mitgliedsstaaten, für die entsprechende Daten vorliegen. Die absoluten Populationsgrößen der einzelnen Staaten sind dabei nicht berücksichtigt.

PISA
Programme for International Student Assessment

SOEP
Sozioökonomisches Panel

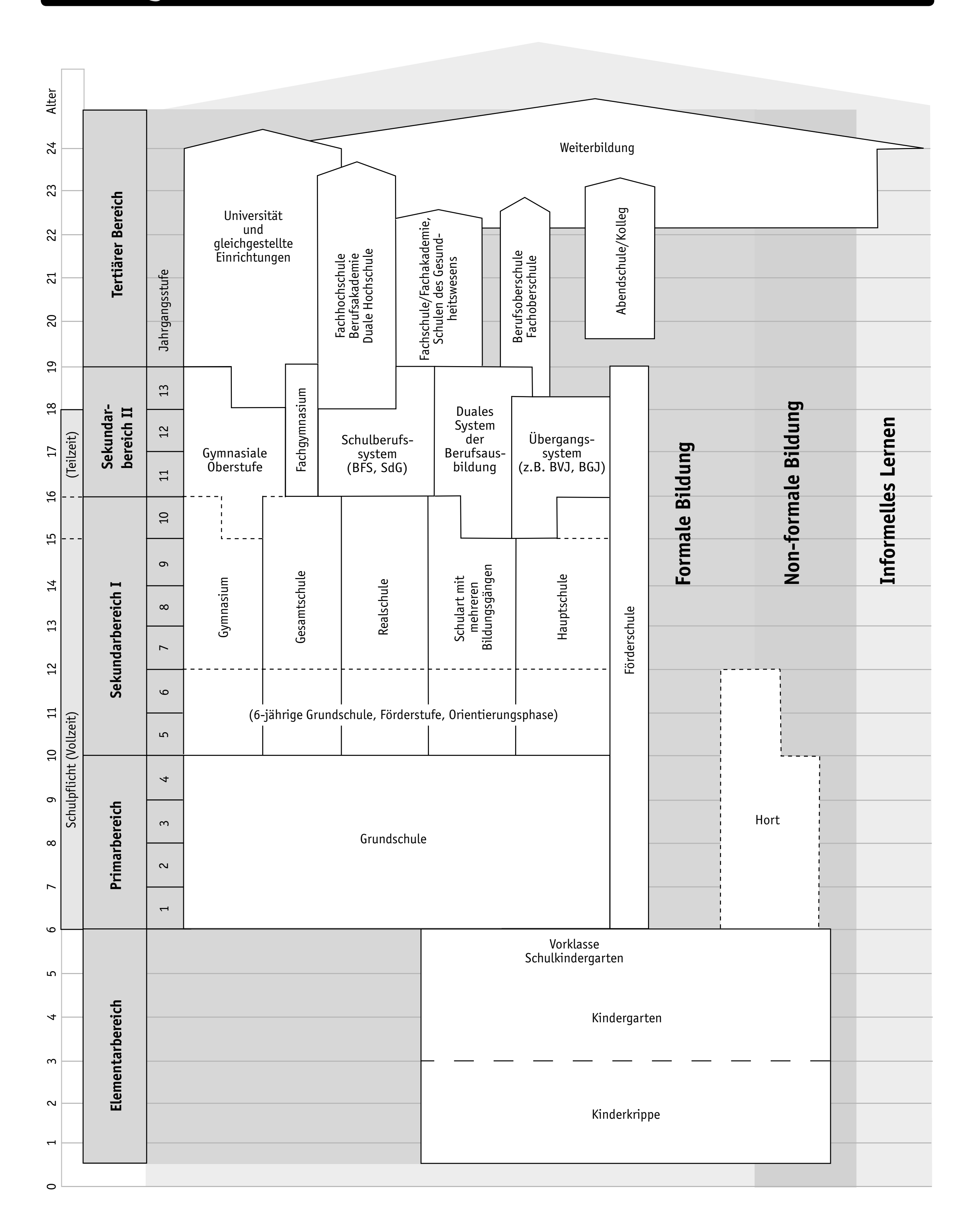
Sozioökonomischer Status
Aussagen über den sozioökonomischen Status einer Person basieren größtenteils auf dem International Socio-Economic Index of Occupational Status (Erläuterungen vgl. HISEI) aufgrund seiner breiten, internationalen Verwendung und Anwendbarkeit auf zahlreiche Datenquellen der Bildungsberichterstattung. Abweichende Operationalisierungen werden an den entsprechenden Stellen erläutert.

TIMSS
Trends in International Mathematics and Science Study

UN
United Nations (Vereinte Nationen)

Vollzeitäquivalent (VZÄ)
Relative Maßeinheit für die (theoretische) Anzahl Vollzeitbeschäftigter bei Umrechnung aller Teilzeit- in Vollzeitarbeitsverhältnisse

Bildungsorte und Lernwelten in Deutschland



Abschlüsse

Grundsätzlich kann zwischen allgemeinbildenden Schulabschlüssen und beruflichen Bildungsabschlüssen (Berufsausbildungs- bzw. Hochschulabschlüssen) unterschieden werden. Darüber hinaus sind je nach Bildungsbereich unterschiedliche Begrifflichkeiten zu unterscheiden:

Allgemeinbildendes Schulwesen: Absolventen, Abgänger, Abbrecher

Schulabsolventen sind Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit einem der folgenden Schulabschlüsse verlassen: Hauptschulabschluss, Mittlerer Schulabschluss (Realschul- oder vergleichbarer Abschluss) sowie Hochschulreife (Fach- oder allgemeine Hochschulreife).

Als *Schulabgänger* werden Schülerinnen und Schüler bezeichnet, die einen Bildungsgang nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht verlassen, ohne in einen anderen allgemeinbildenden Bildungsgang zu wechseln und ohne zumindest den Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Dies schließt auch Förderschülerinnen und -schüler ein, die die Schule mit einem spezifischen Abschluss der Förderschule (in den Förderschwerpunkten Lernen oder geistige Entwicklung) verlassen.

Als *Schulabbrecher* gelten Schülerinnen und Schüler, die noch vor Vollendung der Vollzeitschulpflicht und ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Darüber hinaus bezeichnet man in der Europäischen Union alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen und derzeit nicht an (Aus-)Bildung oder Weiterbildung teilnehmen, als *Frühzeitige Schulabgänger.*

Berufliche Ausbildung: Absolventen, Abbrecher

Ausbildungsabsolventen sind Personen, die einen beruflichen Bildungsgang mit Erfolg vollständig durchlaufen. Zu berücksichtigen ist, dass das Ziel der Bildungsgänge an beruflichen Schulen nicht in jedem Fall ein vollqualifizierender Berufsabschluss ist (vgl. E1).

Als *Ausbildungsabbrecher* werden Personen bezeichnet, die einen beruflichen Bildungsgang vorzeitig oder eine vollqualifizierende Ausbildung ohne Berufsabschluss verlassen haben. Sie können gleichwohl die Möglichkeit genutzt haben, einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachzuholen.

Hochschule: Absolventen, Abbrecher

Hochschulabsolventen sind Personen, die ein Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Unterschieden werden kann nach der Art des Hochschulabschlusses (z. B. Diplom, Bachelor, Master oder Promotion), nach der Art der Hochschule (Universität, Fachhochschule) sowie nach Erstabschluss und Abschluss eines weiteren Studiums.

Studienabbrecher sind Personen, die das Hochschulsystem ohne Abschluss verlassen. Studierende, die nach dem Wechsel des Studienfachs und/oder der Hochschule einen Abschluss erwerben, sind demnach keine Studienabbrecher.

Territoriale Kurzbezeichnungen

Länder

BW Baden-Württemberg
BY Bayern
BE Berlin
BB Brandenburg
HB Bremen
HH Hamburg
HE Hessen
MV Mecklenburg-Vorpommern
NI Niedersachsen
NW Nordrhein-Westfalen
RP Rheinland-Pfalz
SL Saarland
SN Sachsen
ST Sachsen-Anhalt
SH Schleswig-Holstein
TH Thüringen

Ländergruppen

WFL Flächenländer West (BW, BY, HE, NI, NW, RP, SL, SH)
ÖFL Flächenländer Ost (BB, MV, SN, ST, TH)
STA Stadtstaaten (BE, HB, HH)

D Deutschland (Bundesgebiet insgesamt)
W Westdeutschland (WFL, HB, HH)
O Ostdeutschland (ÖFL, BE)

Staaten

AUS Australien
AUT Österreich
BEL Belgien
BUL Bulgarien
CAN Kanada
CAN (O) Kanada (Ontario)
CAN (Q) Kanada (Quebec)
CHE Schweiz
CZE Tschechische Republik
DEU Deutschland
DNK Dänemark
ENG England
ESP Spanien
FIN Finnland
FRA Frankreich
GRC Griechenland
HUN Ungarn
IRL Irland
ISL Island
ITA Italien
JPN Japan
KOR Korea
LAT Lettland
LTU Litauen
LUX Luxemburg
MEX Mexiko
NLD Niederlande
NOR Norwegen
NZL Neuseeland
POL Polen
PRT Portugal
ROU Rumänien
SCO Schottland
SVK Slowakische Republik
SVN Slowenien
SWE Schweden
TUR Türkei
UKM Vereinigtes Königreich
USA Vereinigte Staaten

Institutionelle Kurzbezeichnungen

Allgemeinbildende Bildungsgänge

AHS Abendhauptschule
ARS Abendrealschule
AGY Abendgymnasium
FÖ Förderschule
FWS Freie Waldorfschule
GR Grundschule
GY Gymnasium
HS Hauptschule
IGS Integrierte Gesamtschule
KGS Kooperative Gesamtschule
KO Kolleg
OS Schulartunabhängige Orientierungsstufe
RS Realschule
SKG Schulkindergarten
SMBG Schulart mit mehreren Bildungsgängen
VK Vorklasse

Unter dem Begriff allgemeinbildender Bildungsgänge werden neben den genannten allgemeinbildenden Schulen auch berufliche Schulen mit primär allgemeinbildender Ausrichtung gefasst, die nicht der Vermittlung eines vollqualifizierenden Berufsabschlusses dienen, sondern dem (nachträglichen) Erwerb allgemeinbildender Schulabschlüsse:

BOS/TOS Berufsober-/Technische Oberschule
FGY Fach- bzw. Berufsgymnasium
FOS Fachoberschule

Allgemeinbildende Schulen im Bildungssystem der DDR:

EOS Erweiterte Oberschule
POS Polytechnische Oberschule

Berufliche Bildungsgänge

BAS Berufsaufbauschule
BFS Berufsfachschule
DS Berufsschule im dualen Ausbildungssystem
FA Fachakademie
FS Fachschule
SdG Schulen des Gesundheitswesens

Neben diesen beruflichen Schularten gibt es Maßnahmen an Berufsschulen, die der beruflichen Vorbereitung bzw. Grundbildung dienen und zu keinem beruflichen Abschluss führen:

BGJ Berufsgrundbildungsjahr
BVJ Berufsvorbereitungsjahr

Hochschulen

U Universität (einschließlich Gesamthochschulen, Kunsthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen)
FH Fachhochschule

Einleitung

Der Bericht „Bildung in Deutschland 2010" informiert in konzentrierter Form über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, über seine Leistungsfähigkeit und seine wichtigsten Problemlagen, über Bildungsprozesse im Lebenslauf und über die Entwicklung des deutschen Bildungswesens im internationalen Vergleich. Der Bericht wendet sich an unterschiedliche Zielgruppen in Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis, in Wissenschaft und Ausbildung sowie in der Öffentlichkeit.

Der Mehrwert des Bildungsberichts gegenüber vielen bereichsspezifischen Einzelberichten, auf die auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann, besteht darin, die verschiedenen Bildungsbereiche in ihrem Zusammenhang zu sehen und zu analysieren. So lassen sich übergreifende Entwicklungen und Herausforderungen im deutschen Bildungswesen für Bildungspolitik und Öffentlichkeit sichtbar machen sowie handlungs- und steuerungsrelevante Informationen für Politik und Verwaltung gewinnen.

Bildungsberichterstattung als Bestandteil eines umfassenden Bildungsmonitorings

Das Bildungsmonitoring ist ein international etablierter Bestandteil politischer Steuerung und stellt regelmäßig systematisiertes Wissen über das Bildungswesen und seine Entwicklungen bereit. Dies geschieht mithilfe kontinuierlicher, datengestützter Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Für den Schulbereich hat die Ständige Konferenz der Kultusminister in Deutschland (KMK) im Sommer 2006 eine Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring beschlossen. Deren Hauptkomponenten sind internationale Schulleistungsuntersuchungen (PISA, TIMSS, IGLU), zentrale Überprüfungen des Erreichens der Bildungsstandards in einem Ländervergleich (in der vierten, neunten und zehnten Jahrgangsstufe) sowie Vergleichsarbeiten in Anbindung an die Bildungsstandards zur landesweiten Überprüfung der Leistungsfähigkeit von Schulen. Als vierte Säule des Bildungsmonitorings benennt die KMK in ihrer Gesamtstrategie die gemeinsame Bildungsberichterstattung von Bund und Ländern mit dem „Bildungsbericht für Deutschland" als wichtigstem Produkt.

Konzeptionelle Grundlagen des Bildungsberichts

Der Bericht „Bildung in Deutschland" ist konzeptionell durch drei grundlegende Merkmale charakterisiert:

- Er orientiert sich an einem Bildungsverständnis, dessen Ziele sich in den drei Dimensionen *individuelle Regulationsfähigkeit*, *gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit* sowie *Humanressourcen* niederschlagen. Individuelle Regulationsfähigkeit beinhaltet die Fähigkeit des Individuums, sein Verhalten und sein Verhältnis zur Umwelt, die eigene Biografie und das Leben in der Gemeinschaft selbstständig zu planen und zu gestalten. Der Beitrag des Bildungswesens zu den Humanressourcen richtet sich

sowohl auf die Sicherstellung und Weiterentwicklung des quantitativen und qualitativen Arbeitskräftevolumens, als auch auf die Vermittlung von Kompetenzen, die den Menschen eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Erwerbsarbeit ermöglichen. Indem die Bildungseinrichtungen gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit fördern, wirken sie systematischer Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit entgegen.

- Über das Spektrum der Bildungsbereiche und -stufen hinweg werden unter der *Leitidee der Bildung im Lebenslauf* Umfang und Qualität der institutionellen Angebote, aber auch deren Nutzung durch die Individuen erfasst. Gegenwärtig kann die Perspektive von Bildung im Lebenslauf nur näherungsweise aufgegriffen werden, da die aktuelle Datenbasis eine Rekonstruktion individueller Bildungsverläufe nur sehr eingeschränkt ermöglicht.
- Die Bildungsberichterstattung erfolgt *indikatorengestützt über alle Bildungsbereiche* hinweg. Sie ist trotz der damit verbundenen Einschränkungen der sinnvollste Weg zur Präsentation systematischer, wiederholbarer und gesicherter Informationen. Damit wird keineswegs in Abrede gestellt, dass auch Aspekte, die sich nicht unmittelbar empirisch erfassen oder quantifizieren lassen, für das Bildungswesen wichtig sind. Wichtige Kriterien für die Indikatorenauswahl sind die national wie international verfolgten Ziele von Bildung (*benchmarks*), die Relevanz der jeweiligen Themen für bildungspolitische Steuerungsfragen, die vorliegenden Forschungsbefunde zu Problemlagen im Bildungswesen und kritischen Phasen bei den Bildungsverläufen sowie die Verfügbarkeit und Aussagefähigkeit von Daten.

Der Bildungsbericht ist von seinem Grundverständnis her eine problemorientierte Analyse von Bildung in Deutschland auf der Grundlage von Indikatoren und empirisch belastbaren Daten und verzichtet weitgehend auf Bewertungen. Problemorientierung heißt dabei, für Politik und Öffentlichkeit sensible Stellen im Bildungswesen transparent zu machen, Problemlagen und Herausforderungen aufzuzeigen, nicht aber politische Empfehlungen abzugeben.

Zur Struktur des Bildungsberichts

Der dritte Bildungsbericht folgt dem in den bisherigen Berichten 2006 und 2008 dargestellten Konzept, hat im Wesentlichen den gleichen Aufbau, stützt sich auf die gleichen Indikatorenbezeichnungen und führt eine Reihe von Darstellungen und Informationen – bis hin zu Abbildungen und Tabellen – weiter. Bildungsberichterstattung entwickelt ihre eigentliche Informationskraft vor allem aus dieser Fortschreibung wesentlicher Indikatoren und Aussagen. Auf die ausführliche Darstellung der Struktur und des Indikatorenverständnisses des Bildungsberichts wird hier verzichtet. Interessierte Leserinnen und Leser können dazu die Einleitung zum Bildungsbericht 2008 heranziehen. Alle Bildungsberichte und das zugrunde gelegte Indikatorenkonzept sind auf der Homepage **www.bildungsbericht.de** verfügbar.

Die Bildungsberichterstattung in Deutschland basiert auf einer Vielzahl von Datenquellen. Hierzu gehören der gesamte Bereich der amtlichen Statistik, neuerdings z. B. mit individualisierten Angaben zur Kinder- und Jugendhilfe, aber auch Untersuchungsreihen in einzelnen Bildungsbereichen wie z. B. die HIS-Studierendenbefragungen oder internationale Erhebungen wie der Adult Education Survey (AES). Erstmals werden auch differenzierte Aussagen über die Studienqualität auf Grundlage von Einschätzungen durch die Studierenden selbst getroffen. Außerdem werden aktuelle Daten zum Nachhilfeunterricht als Bereich non-formaler Bildung berücksichtigt und Ergebnisse zur Weiterbildungsbeteiligung von Lehrkräften aufgenommen.

In jedem Bericht wird ein besonders steuerungsrelevanter, in der Regel noch nicht mittels Indikatoren darstellbarer Problembereich als *Schwerpunktthema* in einem eigenständigen Kapitel (**H**) behandelt. In dieses Kapitel gehen auch Befunde aus wissenschaftlichen Studien oder andere Datengrundlagen ein. Auf der Basis der Bildungsvorausberechnung stellt der vorliegende Bildungsbericht 2010 im Kapitel *Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel* die Entwicklung von Bildungsteilnahme, Personal- und Finanzbedarf sowie Arbeitskräftebedarf unter veränderten demografischen Bedingungen bis zum Jahr 2025 dar und erörtert Konsequenzen für die einzelnen Bildungsbereiche und für Strukturentwicklungen des gesamten Bildungswesens.

Die Indikatoren der nationalen Bildungsberichterstattung müssen empirisch belastbare (d. h. objektive, reliable und valide) Informationen über einen relevanten Ausschnitt des Bildungswesens enthalten, sich auf regelmäßige (periodische) Erhebungen stützen und damit Änderungen im Zeitverlauf aufzeigen und bundesweite und – soweit möglich und sinnvoll – länderspezifisch vergleichbare, aber auch international vergleichende Aussagen zulassen. Angestrebt wird, bei den ausgewählten Indikatoren und Kennziffern nach sozioökonomischem Hintergrund, Migration, Geschlecht, Alter und Regionen (Ost- und Westdeutschland, Länder, regionale Gruppierungen) zu differenzieren und internationale Vergleiche einzubeziehen. Angestrebt wird weiterhin, Entwicklungen als Zeitreihe darzustellen.

Obwohl sich ein indikatorengestützter Bildungsbericht aus dem Dilemma aktuell nicht verfügbarer Daten nicht gänzlich befreien kann, wird folgendes Vorgehen gewählt, um den Anspruch der Kontinuität mit Aktualität zu verbinden:

- In den Darstellungen der einzelnen Indikatoren werden Bezüge zu relevanten Entwicklungen, für die noch keine Daten berichtet werden können, hergestellt und entsprechende Kontextualisierungen sichtbar gemacht.
- Jedes Kapitel wird mit einem Abschnitt Perspektiven abgerundet.
- Darüber hinaus hat das Schwerpunktthema des Bildungsberichts die Funktion, einen aktuell steuerungsrelevanten Problembereich aufzuarbeiten.

Forschungs- und Entwicklungsaufgaben

Wie bereits angesprochen, lassen sich auch mit der dritten Ausgabe des Bildungsberichts manche Anliegen noch nicht indikatorengestützt darstellen. Umso wichtiger ist eine dauerhafte Weiterarbeit an der Verbesserung der Berichte. Die Weiterentwicklung der Bildungsberichterstattung steht einerseits unter der Prämisse, Kontinuität und Vergleichbarkeit von Daten im Zeitverlauf – auch vor dem Hintergrund sich verändernder Statistiken und Erhebungskonzepte – zu gewährleisten, andererseits neue, bisher noch nicht hinreichend beleuchtete Aspekte des Bildungsgeschehens aufzugreifen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bildungsberichterstattung muss es in Zukunft noch mehr gelingen, individuelle Bildungsverläufe darzustellen. Bereits mit dem Schwerpunktthema des Bildungsberichts 2008 wurden hier durch die Betrachtung von Übergängen an verschiedenen Übergangsstellen innerhalb des Bildungswesens sowie zwischen Bildungswesen und Arbeitsmarkt erste Akzente gesetzt. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von der Bundesregierung geförderte nationale Bildungspanel wird dafür in Zukunft neue Möglichkeiten eröffnen. Dies bietet zudem die Chance, die Bezüge zwischen den Bildungsbereichen und damit die Perspektive der Bildung im Lebenslauf zu stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Zusammenhang von sozioökonomischem Status und Bildungsteilhabe bzw. Bildungserfolg.

Geplant ist ebenfalls die Ausdifferenzierung von Wirkungen der Bildungsprozesse. Bislang können sie meist nur über die erreichten Abschlüsse erfasst werden, allenfalls können für den Schulbereich Aussagen zu Kompetenzen in bestimmten Domänen getroffen werden. Jenseits der Vermittlung kognitiver Kompetenzen zielen Bildungssysteme auch auf die Vermittlung eines breiten Spektrums weiterer Kompetenzen und Orientierungen, an deren Erreichen oder Nicht-Erreichen man den Erfolg der Bildungsarbeit und damit ihre Wirkungsqualität ebenfalls messen kann. Dies sind z. B. leistungsbezogene Werthaltungen und Einstellungen und die damit verbundene Verhaltensbereitschaft im politischen und sozialen Bereich, die zukünftig stärker in den Blick genommen werden müssen.

Seit Beginn der Berichterstattung hat sich – nicht zuletzt auch durch die Autorengruppe angeregt und unterstützt – die Datenbasis für die Bildungsberichterstattung wesentlich verbessert. In einigen Teilbereichen des Bildungswesens ist die Schließung erheblicher Datenlücken allerdings noch nicht absehbar. Exemplarisch zu nennen ist die flächendeckende Umstellung der Schulstatistik für Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft auf Individualdaten. In Vorbereitung sind Piloterhebungen zu einer Trägerstatistik im Weiterbildungsbereich sowie Erhebungen zu den Einnahmen und Ausgaben der Schulen und Tageseinrichtungen in privater Trägerschaft.

Die wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung der Bildungsberichterstattung kann nicht als integrativer Bestandteil der Arbeit am jeweiligen Bildungsbericht geleistet werden. Vielmehr muss jene sich auf eine Reihe von „Vorleistungen" aus der empirischen Bildungsforschung stützen. Wo auf diese nicht zurückgegriffen werden kann, müssen sie in eigenständigen Forschungsprojekten parallel zu den Arbeiten am jeweiligen Bericht entwickelt werden. Forschungsarbeiten für die Bildungsberichterstattung aus den Jahren 2007 und 2008 sind im Herausgeberband „Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland". Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven" niedergelegt[1]. Parallel zu dieser Bilanz befindet sich eine weitere Veröffentlichung mit ergänzenden Forschungsarbeiten in Vorbereitung. Auch für die Zukunft sind solche ergänzenden Forschungsberichte geplant.

Insgesamt hat sich die Bildungsberichterstattung in Deutschland innerhalb weniger Jahre etabliert. Über den Bericht „Bildung in Deutschland" hinaus ist inzwischen die Mehrheit der Länder dazu übergegangen, Bildungsberichte zu erarbeiten. Auch auf kommunaler Ebene werden zunehmend regionale Bildungsberichte erstellt. Das indikatorengestützte Berichtskonzept vermittelt somit zunehmend Impulse für ein Bildungsmonitoring auf allen Verwaltungsebenen. Bildungsberichterstattung kann damit auch auf der Ebene der Länder und Kommunen inzwischen dazu beitragen, das Wissen über die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zu erhöhen und zugleich gezielt die Beseitigung von dabei sichtbar werdenden Defiziten und Problembereichen zu unterstützen.

1 Baethge, M./Döbert, H./Füssel, H.-P./Hetmeier, H.-W./Rauschenbach, T./Rockmann, U./Seeber, S./Weishaupt, H./Wolter, A. (Hrsg.) (2010): Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland". Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven – Bonn, Berlin

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Erstmals werden im Rahmen der Bildungsberichterstattung 2010 nicht nur aktuelle Entwicklungen und Konstellationen im deutschen Bildungswesen betrachtet, sondern auch Überlegungen zu den Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel angestellt. Diese Überlegungen fassen unterschiedliche Projektionen zu den erwartbaren Entwicklungen und Gestaltungsperspektiven in Bildung und Arbeitsmarkt in ihrer Bedeutung für Bildungsteilnehmer, Personal- und Finanzbedarf im Bildungswesen zusammen.

Der demografische Wandel wird für das Bildungswesen weitreichende Auswirkungen haben: Die für Kindertageseinrichtungen, Schule, Berufsbildung und Hochschule relevante Altersgruppe der unter 30-Jährigen wird von 25,5 Millionen auf 21,3 Millionen im Jahr 2025 zurückgehen. Damit wird sich die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer (einschließlich Kindertagespflege), die sich 2008 auf insgesamt 16,7 Millionen belief, bis 2025 um 2,6 Millionen und damit um 15% verringern. Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird bis 2025 von 54,1 Millionen um 10% auf 48,8 Millionen zurückgehen. Zugleich wird die Altersgruppe derjenigen, die 65 Jahre und älter sind, von 16,7 Millionen im Jahr 2008 auf 20,2 Millionen bzw. um 21% im Jahr 2025 anwachsen. Diese Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung werden sich in der gleichen Tendenz und teilweise noch verstärkt über 2025 hinaus fortsetzen. Sie beinhalten Herausforderungen und Chancen für das Bildungswesen, die im Rahmen einer vertiefenden Analyse zu den Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel in diesem Bericht (Kapitel **H**) analysiert wurden.

Bevor diese Befunde näher dargestellt werden, wird zunächst auf die wichtigsten Ergebnisse zu den aktuellen Entwicklungen und Konstellationen des Bildungswesens (Kapitel **A** bis **G** und **I**) unter vier Fragestellungen eingegangen:

- Wie haben sich die Rahmenbedingungen für Bildung (Bevölkerung und wirtschaftliche Entwicklung sowie die familiären Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen) verändert?
- Wie haben sich die für Bildung bereitgestellten Ressourcen (Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung/Bildungsteilnehmer, Bildungsangebote/Bildungseinrichtungen und Personalressourcen) entwickelt?
- Welche Entwicklungen zeigen sich auf der Prozessebene von Bildung (Übergänge, Qualitätssicherung/Evaluierung und Bildungszeit)?
- Welche Tendenzen lassen sich bei den Ergebnissen von Bildung (Abschlüsse, Kompetenzen und Bildungserträge) ausmachen?

Rahmenbedingungen für Bildung

- **Anzahl der Geburten weiter rückläufig; gleichzeitig Zuwachs bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund:** Während im Jahr 1991 noch 830.000 Kinder geboren wurden, waren es im Jahr 2008 nur noch 683.000. Dies entspricht einem Rückgang um 18%. Entgegen dieser Entwicklung wächst der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, besonders stark in den Ballungsräumen.

- **Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen oder/und kulturellen Risikolagen auf:** Im Jahr 2008 lebten insgesamt gut 29% der 13,6 Millionen Kinder unter 18 Jahren in mindestens einer Risikolage. Darunter waren 1,1 Millionen Kinder, die bei Alleinerziehenden lebten, womit in dieser Lebensform fast jedes zweite Kind von einer Risikolage betroffen ist. In Familien mit Migrationshintergrund sind es 1,7 Millionen Kinder (42%). Seit 2000 nahezu gleichbleibend sind 3,5% der Kinder – mit deutlichen Unterschieden zwischen den Ländern – von allen drei Risikolagen gleichzeitig betroffen. Es ist zu befürchten, dass diese Kinder und Jugendlichen insgesamt ungünstigere Bildungschancen haben.
- **Wirtschafts- und Finanzkrise schränkt Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte deutlich ein:** Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise führte in Deutschland im Jahr 2009 zu einem realen Rückgang der Wirtschaftsleistung von minus 5%. Der Staatssektor wies nach plus 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2007 im Jahr 2009 ein Minus von 79,3 Milliarden Euro aus. Damit drohen auch Einengungen der bildungspolitischen Handlungsmöglichkeiten.

Bildungsausgaben

- **Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bis 2007 weiter rückläufig, Anstieg in 2008:** In Deutschland wurden 2007 147,8 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben. Das waren nominal etwa 22 Milliarden Euro mehr als 1995. Da die Bildungsausgaben unterproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung gesteigert wurden, ist der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 6,8% in 1995 auf 6,2% in 2008 gesunken. Im internationalen Vergleich gibt Deutschland gemessen an der Wirtschaftskraft weniger für Bildung aus als der OECD-Durchschnitt.
- **Ausgaben je Bildungsteilnehmer steigen:** Zwischen 1995 und 2007 stiegen die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen von 4.300 auf 5.000 Euro. In konstanten Preisen gingen dabei die Ausgaben im früheren Bundesgebiet um 7% zurück, während sie in den östlichen Flächenländern real um 17% gesteigert wurden, da die Ausgaben unterproportional zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen reduziert worden sind.

Bildungsbeteiligung/Bildungsteilnehmer

- **Weiter steigende Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen; hohe Nutzungsquoten von Angeboten der Kindertagesbetreuung bei den 4- bis 5-Jährigen:** Die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen ist sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland von 2006 bis 2009 um 6 bzw. 7% gestiegen. Vor allem in Westdeutschland gab es bei den 2-Jährigen einen Anstieg von 17% auf 30%. Die Ost-West-Unterschiede (45% in Ost- und 15% in Westdeutschland) blieben bestehen. Diese steigende Bildungsbeteiligung wurde vor allem auf der Grundlage des Umbaus bestehender Einrichtungen realisiert. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt bundesweit seit 2008 bei über 95%.
- **Immer mehr Schülerinnen und Schüler werden außerhalb von Förderschulen integrativ gefördert, bei gleichzeitiger Zunahme der Schülerzahlen in Förderschulen:** Bei 1,1% aller Schülerinnen und Schüler im Primar- und Sekundarbereich I wurde 2008/09 deren sonderpädagogischer Förderbedarf in sonstigen allgemeinbildenden Schulen erfüllt, was gegenüber 1999 einer Steigerung von 0,5 Prozentpunkten entspricht. An den insgesamt 3.302 Förderschulen in Deutschland werden derzeit etwa 400.000 Schülerinnen und Schüler (4,9% aller Schüler) unterrichtet. Im Jahr 1999 waren es noch 0,4 Prozentpunkte weniger. Unter den EU-Staaten hat Deutschland damit den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schüler, die in Förderschulen unterrichtet werden. Vor allem Jungen sind an Förderschulen stark überrepräsentiert.

- **Aktivitäten in außerschulischen Lernorten weiterhin vom Migrationshintergrund und von der besuchten Schulart abhängig:** Die Quote der freiwillig Engagierten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren ist mit 36% im Jahr 2009 über die Jahre relativ konstant. Unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund bleibt dieser Anteil hingegen relativ niedrig (24%). Schüler in achtjährigen Gymnasien (G8) üben seltener eine freiwillige Tätigkeit aus als G9-Schüler. Niedriger fällt im Vergleich zu Schülern an Halbtagsschulen auch die Engagementquote der Ganztagsschüler aus.
- **Kontinuierliche Steigerung der Teilnehmeranzahl in Einrichtungen in freier Trägerschaft:** Die Anzahl der Bildungsteilnehmer in Einrichtungen freier Träger ist zwischen 1995/96 und 2008/09 von 2,2 Millionen auf 2,6 Millionen gestiegen. Das entspricht einer Steigerung um 22%. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Bildungsteilnehmer in öffentlichen Einrichtungen um knapp 720.000 zurückgegangen (minus 5%). Vor allem im Primarbereich, im Sekundarbereich II und im Tertiärbereich hat der Besuch von Einrichtungen in freier Trägerschaft zugenommen. Der Schüleranteil an Schulen in freier Trägerschaft erhöhte sich zwischen 2006/07 und 2008/09 von 6,9 auf 7,6% aller Schülerinnen und Schüler und der Anteil der Schulen in freier Trägerschaft von 7,9 auf 8,9% aller Schulen.
- **Fast 1,2 Millionen Neuzugänge in die berufliche Ausbildung:** 2008 nahmen etwa 560.000 junge Frauen und Männer eine Ausbildung im dualen System auf. Im Schulberufssystem stagniert die Zahl der Neuzugänge 2008 bei 211.000. Die Neuzugänge ins Übergangssystem verringerten sich auf 397.000 und blieben erstmals seit 2000 unter 400.0000 Jugendlichen.
- **Die Zielwerte des Hochschulpakts I wurden bereits im Jahr 2009 erreicht:** Die Studienanfängerquote lag 2009 bei 43,3% und überschritt damit den Zielwert von 40% deutlich. Bezogen auf die inländischen Studienanfänger ist die Quote um etwa sechs Prozentpunkte niedriger und liegt damit unter der Zielmarke.
- **Deutliche Unterrepräsentanz von Frauen und älteren Arbeitskräften in der betrieblichen Weiterbildung:** In der betrieblichen Weiterbildung, dem quantitativ bedeutendsten Sektor beruflicher Weiterbildung, sind Frauen und ältere Arbeitskräfte deutlich unterrepräsentiert. Bei den nicht betrieblichen Weiterbildungsangeboten nehmen Frauen aller Bildungsstufen und Altersgruppen mindestens gleich häufig teil wie Männer.

Bildungsangebote/Bildungseinrichtungen

- **Anhaltender Ausbau von Schulen mit Ganztagsbetrieb, allerdings überwiegend als offenes Organisationsmodell:** Etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler nutzen Angebote an Ganztagsschulen. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Mit einem Gesamtanteil von 42% aller schulischen Verwaltungseinheiten arbeitet inzwischen fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs I im Ganztagsbetrieb, allerdings vor allem in offener Form.
- **Trotz leichter Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt auch weiterhin Versorgungsengpässe; Schwankungen im Ausbildungsplatzangebot nach Wirtschaftszweigen:** Trotz eines 2008 und 2009 zu beobachtenden Rückgangs des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots bleibt die 2007 festgestellte leichte Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt bestehen, weil die Nachfrage – demografisch bedingt – noch stärker sinkt als das Ausbildungsplatzangebot. Zusammen mit der Altnachfrage zeigt sich allerdings eine Unterdeckung im Ausbildungsplatzangebot in allen Berufsgruppen. Die Gesamtentwicklung verläuft branchenspezifisch sehr unterschiedlich.

- **Studienstrukturreform weit vorangeschritten:** Die Einführung der gestuften Studienstruktur kann beim Studienbeginn als umgesetzt angesehen werden, abgesehen von den Bereichen, in denen das Studium weiterhin zum Staatsexamen führt. Wie hoch der Übergang in einen Masterstudiengang langfristig ausfallen wird, ist noch offen. Die Übergangsquoten in den ersten Bachelorjahrgängen waren sehr hoch.
- **Trotz deutlichen Wiederanstiegs der Weiterbildungsmaßnahmen der BA weiterhin Probleme mit Eingliederung in den Arbeitsmarkt:** Die Bundesagentur für Arbeit hat seit 2006 das Angebot an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung wieder deutlich erhöht, vor allem bei den kurzfristigen (unter 6 Monaten) Maßnahmen. Bei der Wiedereingliederung der Maßnahmeteilnehmer bleibt die Quote 2008 nach wie vor unter 50% und weist das traditionelle Ungleichheitsmuster auf: Frauen, Ältere und Teilnehmer in Ostdeutschland zeigen weniger Erfolge bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Personalressourcen

- **Großer Ersatzbedarf an qualifiziertem pädagogischen und wissenschaftlichen Personal:** 40% des gesamten Bildungspersonals in Deutschland und 50% der Lehrkräfte im Schulbereich sind 50 Jahre und älter. Im internationalen Vergleich verzeichnet Deutschland hinter Italien und Schweden den dritthöchsten Anteil an pädagogischem bzw. wissenschaftlichem Personal im Alter von 50 Jahren und älter. Dieser Anteil ist zudem deutlich höher als der Anteil dieser Altersgruppe an allen Erwerbstätigen (27%).
- **Geringer Anteil von pädagogischem Personal mit Migrationshintergrund:** 2007 hatte rund ein Viertel der Bildungsteilnehmer, aber nur 7% der pädagogisch tätigen Personen des formalen Bildungswesens einen Migrationshintergrund. Bei den vergleichbaren Erwerbstätigen mit (Fach-)Hochschulabschluss ist er etwa dreimal so hoch wie bei dem pädagogischen Personal.
- **Neuer Personalhöchststand bei den pädagogischen Fachkräften in Kindertageseinrichtungen, aber große Länderunterschiede beim Personalschlüssel:** Insgesamt waren 2009 ca. 360.000 pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen beschäftigt. Seit 2006 ist durch den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter 3-Jährige eine erhebliche Ausweitung des Personals zu beobachten – mit Unterschieden beim Personalschlüssel zwischen den Ländern. Nach wie vor besteht mit 3,2% ein geringer Akademisierungsgrad der pädagogischen Fachkräfte. Trotz des Anstiegs von Tagespflegepersonen, die zumindest einen Qualifizierungskurs von 160 Std. absolviert haben, verfügen immer noch 55% der Tagespflegepersonen in Westdeutschland und 36% in Ostdeutschland nicht über die geforderte Minimalqualifikation.
- **Arbeitszeiten der Lehrkräfte und Klassengrößen in Deutschland liegen im internationalen Mittel:** Im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland in allen drei Schulstufen eine relativ große Anzahl von Schülern je Lehrkraft. Demgegenüber weicht die Klassengröße in Deutschland kaum vom internationalen Durchschnitt ab. Im Primarbereich liegt auch die in Deutschland zu unterrichtende Stundenzahl von 806 Zeitstunden je Schuljahr nahe beim OECD- Mittel. Mit den in den Sekundarbereichen I und II zu erbringenden 758 bzw. 714 Zeitstunden sind in Deutschland etwa 7 bis 9% mehr Stunden zu leisten als im jeweiligen OECD-Durchschnitt.

Übergänge

- **Übergänge in höher qualifizierende Schularten nehmen zu, aber Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger an niedriger qualifizierenden Schularten:** Die Schülerzahlen an Hauptschulen sinken weiter, zugleich gibt es einen anhaltenden Trend zum Gymnasium. Mit dem Übergang von einer neunjährigen zu einer achtjährigen Gymnasialbesuchsdauer ist zudem ein tiefgreifender Umgestaltungsprozess des Gymnasiums eingeleitet worden. Die weiterhin bestehenden sozialen Disparitäten beim Übergang vom Primar- zum Sekundarbereich I zeigen sich insbesondere darin, dass Kinder mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem sozioökonomischen Status bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen zu finden sind wie Kinder ohne Migrationshintergrund.
- **Rückgang der Wiederholerquote:** Die Quote der Klassenwiederholungen konnte in allen drei Schulstufen von insgesamt 2,7% auf 2,2% gesenkt werden. Besonders beachtenswert ist dabei die Verringerung der Wiederholer im Sekundarbereich I von 3,6 auf 3,1%.
- **Erstmals seit 2000 ist das Übergangssystem deutlich rückläufig, aber weiterhin große Ausbildungsprobleme für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss und Migrationshintergrund:** Der Anteil des Übergangssystems an den Neuzugängen zur beruflichen Bildung war in den Jahren 2007 und 2008 deutlich rückläufig, es behält aber mit gut einem Drittel (34%) immer noch einen hohen Anteil. Trotz leichter Verbesserungen beim Zugang zur Berufsausbildung ist die Situation für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss weiterhin prekär, für ausländische Jugendliche mehr noch als für deutsche. Von den deutschen Ausbildungsinteressenten ohne Hauptschulabschluss münden 2008 drei Viertel ins Übergangssystem ein, von denen mit Hauptschulabschluss die Hälfte (48%); bei den ausländischen Jugendlichen sind es 88% und 67%.
- **Anstieg der Studienanfängerzahl 2009; größere Chancen auf ein Hochschulstudium für Kinder aus akademischen Elternhäusern:** Die Studienanfängerzahl hat 2009 einen neuen Höchststand erreicht, gegenüber dem Jahr 2006 hat sie um 23% zugenommen. Auch in den ostdeutschen Ländern, wo die Zahl der Studienberechtigten aus demografischen Gründen stark zurückgegangen ist, sind noch leicht steigende Anfängerzahlen zu verzeichnen. Die Studierneigung bleibt stabil; etwa drei Viertel eines Studienberechtigtenjahrgangs nehmen ein Studium auf. Die Wahrscheinlichkeit, ein Studium zu beginnen, ist (auch bei gleichen Abiturnoten) deutlich größer, wenn zumindest ein Elternteil bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hat. An diesem grundlegenden Befund hat sich seit mehr als einem Jahrzehnt nichts Wesentliches verändert.

Qualitätssicherung/Evaluierung

- **In 14 Ländern kommen insgesamt 17 Verfahren zur Sprachstandsmessung zum Einsatz:** Mittlerweile wird in 14 Ländern der Sprachstand von 4- bis 6-jährigen Kindern landesweit mit 17 unterschiedlichen Verfahren überprüft. Die als sprachförderbedürftig eingestuften Kinder werden in nahezu allen Ländern zur Teilnahme an zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen verpflichtet. Der zeitliche Umfang dieser Maßnahmen liegt zwischen 2 und 15 Stunden pro Woche über einen Zeitraum von 3 bis 18 Monaten. Empfehlungen, auf welche Weise Kinder in dieser Zeit durch Erzieherinnen, Grundschullehrerinnen oder andere Fachkräfte sprachlich gefördert werden sollen, sind bisher nur in einigen Ländern vorhanden.
- **Ein Fünftel bzw. 140.000 Ausbildungsverträge 2008 aufgelöst:** Die relative Konstanz der Vertragsauflösungen im Zeitverlauf, die allerdings nach Ausbildungsbereichen

in ihrer Größenordnung stark variieren (am meisten im Handwerk, am wenigsten im Öffentlichen Dienst), deutet darauf hin, dass nicht in erster Linie konjunkturelle und Angebots-Nachfrage-Relationen Auflösungen begründen. Von Auflösungen am stärksten betroffen sind (vor allem männliche) Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss.

- **Umsetzung der Studienstrukturreform teilweise kritisch beurteilt:** In der Beurteilung der Studienstrukturreform durch die Studierenden zeigt sich eine eher kritische Tendenz. Insbesondere Internationalisierungsaspekte werden von den Studierenden eher skeptisch beurteilt. Vor allem in den Bachelorstudiengängen hat bisher nur ein kleiner Teil einen Auslandsaufenthalt realisiert.
- **Studienabbruchquote in Bachelorstudiengängen leicht gesunken:** Die Studienabbruchquote insgesamt ist leicht auf 24% angestiegen. In den Bachelorstudiengängen ist sie von 30 auf 25% gesunken. Dort erfolgt der Studienabbruch bereits früh im Studienverlauf, wobei als Abbruchgründe vor allem Überforderung, Leistungs- und Motivationsprobleme eine Rolle spielen.

Abschlüsse und Zertifikate, Kompetenzen, Erträge von Bildung

- **Anhaltender Anstieg des Bildungsstandes, vor allem bei Frauen:** Der Trend zur Hochschulreife und zum Hochschulabschluss hält an, während der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss zurückgeht. Im Gegensatz zu den Frauen zeigt bei den Männern ein Vergleich der 30- bis unter 35-Jährigen mit den 60- bis unter 65-Jährigen eine Stagnation bei den Personen mit Hochschulabschluss (21,0 zu 20,3%) und in der jüngeren Altersgruppe einen Anstieg bei den Personen ohne beruflichen Abschluss (16,6 zu 11,8%). In der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen haben 39% die Hochschulreife aber nur 21% einen Hochschulabschluss.
- **Relativ konstante Abschlussquoten im Schulwesen bei zunehmendem Anteil aus beruflichen Schulen; Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss rückläufig:** Lediglich bei der allgemeinen Hochschulreife wird zwischen 2004 und 2008 eine Steigerung der Abschlussquoten von 28% auf 32% sichtbar, während jene des Mittleren Abschlusses (51%), des Hauptschulabschlusses (29%) und der Fachhochschulreife (14%) konstant bleiben. Unter den Absolventen sind immer mehr Jugendliche, die an beruflichen Schulen einen im allgemeinbildenden Schulwesen nicht erreichten bzw. einen höher qualifizierenden Schulabschluss nachholen. Die Quote der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss lag 2004 bei 8,5% und ging bis zum Jahr 2008 auf 7,5% der 15- bis unter 17-Jährigen zurück. Der Rückgang zeigt sich aber nur in den westdeutschen Ländern.
- **Höheres Kompetenzniveau bei geringem Einfluss der sozialen Herkunft bleibt eine Herausforderung:** Zwischen 2000 und 2006 hat sich das Kompetenzniveau von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern im PISA-Lesetest fast überall verbessert. Statistisch bedeutsam ist die Steigerung in fünf Ländern. Trotz der Kompetenzzuwächse bei Jugendlichen mit niedrigem sozioökonomischem Status bedarf es weiterer Anstrengungen zur Verringerung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb.
- **Hohe Zahl von Hochschulabsolventen mit guten Beschäftigungschancen; jede/r sechste Universitätsabsolvent/in promoviert:** Insgesamt haben 2008 mehr als 260.000 Absolventinnen und Absolventen die Hochschulen mit einem Erstabschluss verlassen, darunter 15% mit einem Bachelorabschluss. Analysen zeigten insgesamt gute Chancen auf, nach einem Hochschulstudium eine angemessene Beschäftigung zu finden. Seit 2005 liegt der Frauenanteil bei den Hochschulabsolventen über 50%, an den Universitäten beträgt er fast 60%. Unter den Promovierten steigt der Frauen-

anteil ebenfalls an, bleibt aber mit 42% immer noch deutlich hinter dem Anteil der Frauen an den Universitätsabsolventen zurück. In den letzten zehn Jahren wurden in Deutschland jährlich zwischen 23.000 und 26.000 Promotionen abgeschlossen. Die Zahl der Promotionen schwankt damit deutlich weniger als die Absolventenzahl.

- **Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in anderen EU-Staaten höher:** In Deutschland hatten 2008 28% der 30- bis unter 35-Jährigen einen Tertiärabschluss (Fachschul- oder Hochschulabschluss), weniger als im EU-Durchschnitt (31%). Auffallend ist, dass Deutschland in diesem Jahrzehnt den Anteil der Personen mit Tertiärabschluss deutlich weniger steigern konnte als viele andere EU-Staaten.
- **Ein hohes Bildungsniveau führt nicht nur zu größeren individuellen, sondern auch gesellschaftlichen Erträgen:** Insbesondere ein Hochschulstudium zahlt sich auch für die Gesellschaft über höhere Steuereinnahmen aus. Auch trägt ein höherer Bildungsstand zur gesellschaftlichen Integration bei. Dabei ist die ökonomische Lage in Form höherer Erwerbstätigenquoten, längerer Vollzeiterwerbstätigkeit und besserer Einkommensposition maßgeblich vom beruflichen Bildungsabschluss abhängig, während die Beteiligungsquoten im Bereich des politischen, sozialen und kulturellen Lebens eher von den allgemeinbildenden Abschlüssen beeinflusst sind.

Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel

Große regionale Unterschiede in den Auswirkungen des demografischen Wandels: Die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer entwickelt sich bis 2025 nach Ländergruppen und Bildungsbereichen sehr unterschiedlich. In Westdeutschland dürfte sie um 17% und in Ostdeutschland um 14% zurückgehen. Für die Stadtstaaten ergibt sich eine leichte Zunahme um 3%. Mit etwa 20% ist der Rückgang in den für den Sekundarbereich II und den für den Tertiärbereich relevanten Altersgruppen besonders groß. Neue Bedarfe in der Weiterbildung entstehen mit der Zunahme der Bevölkerung über 65 Jahre.

Rückläufiger Personal- und Finanzbedarf bei einer Status-quo-Vorausberechnung: Ausgehend von konstanten Relationen zwischen der Zahl der Bildungsteilnehmer und dem Personal- und Finanzbedarf innerhalb der Bildungsbereiche sind folgende Entwicklungen zu erwarten. Der Personalbestand[1] von 1,14 Millionen Vollzeitkräften 2008 wird sich bis 2025 auf eine Million Vollzeitkräfte verringern. Zu beachten ist dabei, dass der Rückgang wegen des hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigten mehr Personen betreffen und in den einzelnen Bildungsbereichen und Ländern unterschiedlich ausfallen wird. Nach dem Bildungsbudget wurden im Jahr 2007 147,8 Mrd. Euro für Bildung ausgeben. Unter den Status-quo-Annahmen eröffnet der demografische Wandel ein Gestaltungspotenzial von knapp 20 Mrd. Euro im Jahr 2025 im Vergleich zu 2007.

Projektionen zum Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2025 lassen insgesamt nur begrenzte Lücken im Arbeitskräfteangebot erwarten, aber deutliche Engpässe bei den personenbezogenen Dienstleistungen: Insgesamt wird es in etwa zu einem Ausgleich zwischen Arbeitskräfteangebot und -bedarf kommen, was aber größere Engpässe nach Qualifikationen oder in Berufsfeldern nicht ausschließt. Bei der qualifikationsniveauspezifischen Arbeitskräfteentwicklung wird es weiterhin zum Rückgang un- und geringqualifizierter Arbeit und zu einem Anstieg von hochqualifizierten Tätigkeiten kommen, die ein Hochschulstudium voraussetzen. Die mittlere Qualifikationsebene dürfte durch eine relative Konstanz oder geringe Rückgänge geprägt sein. Nach den Prognosen wird zwischen 2005 und 2025 der Anteil der Arbeitskräfte ohne berufliche

1 Ohne Berücksichtigung des Personals für Kindertagespflege, Hort sowie Krankenbehandlung an Hochschulkliniken

Ausbildung an den Erwerbstätigen weiter zurückgehen. Für Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung dürfte es in Zukunft noch schwerer werden, einen Arbeitsplatz zu finden, weil das Angebot dieser Arbeitskräfte den Bedarf bis 2025 um etwa 1,3 Millionen übersteigen wird. Nach Berufsfeldern sind die stärksten Personalengpässe bei den personenbezogenen Dienstleistungen zu erwarten. Qualifikationsbedarf entsteht insbesondere bei den Gesundheits- und Sozialberufen auf der mittleren und höchsten Qualifikationsebene.

Unter Berücksichtigung je spezifischer Entwicklungen und Veränderungsabsichten sind folgende zentrale Ergebnisse für die einzelnen Bildungsbereiche festzuhalten:

- **Rückgang des Platzbedarfs im Kindergartenalter zu erwarten; aber in den westlichen Flächenländern bis 2013 Verdopplung der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung:** Im Vorschulbereich wird der Geburtenrückgang durch den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige überlagert. Dennoch müssen die ostdeutschen Länder bis 2025 mit einem erheblichen Bedarfsrückgang bei Plätzen (um 19–21%) und Personal (um 20–25%) rechnen. Der entstehende Finanzierungsspielraum würde etwa ausreichen, um den sehr viel ungünstigeren Personalschlüssel an die Situation in Westdeutschland anzugleichen. In den westlichen Flächenländern wird über den Bedarfsrückgang im Kindergarten hinaus die Betreuung der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege ausgebaut werden müssen. Ein weiterer zusätzlicher Personal- und Finanzbedarf entstünde hier, wenn für mehr als 35% der unter 3-Jährigen Kinder Betreuungsangebote eingerichtet werden müssen. Die Stadtstaaten müssen wegen steigender Kinderzahlen sowohl ihre Angebote für unter 3-Jährige als auch für 3- bis 6-Jährige ausbauen. Um den vereinbarten Ausbau der Tagesbetreuung bis 2013 zu finanzieren, wird in den westdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten wenigstens eine Milliarde Euro zusätzlich benötigt; bei einem zusätzlichen Bedarf kann sich der Betrag bis 2025 noch mehr als verdoppeln.
- **Rückgang der Schülerzahlen im Schulbereich:** Bis 2025 wird die Anzahl aller Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen von 9 Millionen im Jahr 2008 auf 7,3 Millionen zurückgehen. Von dem Schülerrückgang werden insbesondere die westdeutschen Flächenländer betroffen sein. Unter Status-quo-Bedingungen ergibt sich im Schulbereich ein Bedarfsrückgang beim Personal und den finanziellen Mitteln bis 2025 um etwa ein Fünftel. Es war nicht Aufgabe des Schwerpunktkapitels, den zusätzlichen Finanzbedarf für Qualitätsverbesserungen im Schulwesen zu berechnen. Aus den Sieben Handlungsfeldern der KMK ergeben sich aber zahlreiche Maßnahmen, die bisher nur unzureichend verwirklicht werden konnten. Insofern werden die sich abzeichnenden finanziellen Spielräume insbesondere für Verbesserungen im Schulwesen benötigt.
- **Relative Konstanz des mittleren Berufsbildungssektors mit möglichen Umschichtungen vom dualen zum Schulberufssystem, Reduzierung des Übergangssystems:** Nach einer am Arbeitskräftebedarf orientierten Projektion werden die Neuzugänge zur dualen Ausbildung und zum Schulberufssystem im Jahr 2025 nur um vier Prozentpunkte unter ihrem gegenwärtigen Stand liegen. Bedingung dafür ist, dass sich – orientiert am Ziel des Bildungsgipfels von 2008, den Anteil Jugendlicher ohne Ausbildung auf 8,5% zu halbieren – Altnachfrage und Übergangssystem stark reduzieren lassen. Abweichend von der Status-quo-Vorausberechnung ist nach dieser Projektion 2025 mit Personalreduktionen und -einsparungen nur im Übergangssystem zu rechnen, die zur dauerhaften Verbesserung von Berufsorientierung und -vorbereitung in Schulen genutzt werden sollten.

- **Nachfrage nach Hochschulbildung wird mindestens noch bis zum Jahr 2025 auf einem sehr hohen Niveau bleiben:** Der für den Zeitraum 2010 bis 2020 fortgeschriebene Hochschulpakt plant bis 2015 zusätzliche 275.000 Studienanfängerinnen und -anfänger ein. Nach den Status-quo-Annahmen würden bis 2015 Kapazitäten für weitere ca. 64.000 Studienanfängerinnen und -anfänger benötigt. Die in den nächsten Jahren weiter steigenden Teilnehmerzahlen lassen auch den Personal- und Finanzbedarf des Hochschulsystems bis etwa 2018 auf dem heutigen Niveau oder darüber liegen. Erst danach könnte ein Rückgang einsetzen, sofern die als wichtig angesehenen neuen Aufgaben der Hochschulen im Bereich der akademischen Weiterbildung, der Studienangebote für ausländische Studierende und Senioren nicht als zusätzliche Aufgaben Berücksichtigung finden.
- **Veränderte Altersstruktur der Weiterbildungsteilnahme:** Mit dem Anwachsen der Gruppe der Älteren, die bisher eine geringere Weiterbildungsteilnahme aufweisen, würden bis zum Jahr 2025 die Teilnehmerzahlen stark zurückgehen, wenn nicht die Bemühungen um die Weiterbildung der älteren Arbeitnehmer und die Nachqualifizierung von Personen ohne Berufsabschluss verstärkt werden. Angesichts des zunehmenden gesellschaftlichen Bedarfs an Weiterbildung in allen Altersstufen jenseits der Erstausbildung ist ein weiterer Ausbau der Angebote mit einem steigenden Personalbedarf in der Weiterbildung anzustreben. Neben der Expansion scheint eine verstärkte Professionalisierung des Weiterbildungspersonals geboten.

Zentrale Herausforderungen

Sowohl die Befunde zu den aktuellen Entwicklungen und Konstellationen des Bildungswesens als auch die Resultate und Überlegungen zu den Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel verweisen auf eine Reihe von zentralen Herausforderungen, die maßgeblich über die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungswesens mitentscheiden.

Der zunehmenden Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich Benachteiligungen eher kumulieren, muss entschiedener begegnet werden: Die in unterschiedlichen Abschnitten einer Bildungsbiografie eingeschlagenen Wege unterscheiden sich insbesondere nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationsstatus. Sie führen zu Disparitäten der Bildungsbeteiligung und damit zu Unterschieden in den Bildungs- und Lebenschancen. Diese zunehmenden segregativen Erscheinungen stehen im Gegensatz zu der Inklusions- und Integrationsaufgabe des Bildungswesens. Eine zentrale Herausforderung besteht daher darin, allen jungen Menschen über ein dem gesellschaftlichen Entwicklungsniveau angemessenes Bildungsniveau die soziale und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Die Vermittlung von Wissen und Können und die zielgerichtete pädagogische Förderung, Unterstützung und Betreuung müssen in allen Bildungsbereichen stärker aufeinander bezogen werden: Zwischen der Bildungs- und der Förder- und Betreuungsfunktion des Bildungswesens besteht eine enge Wechselbeziehung, der derzeit noch nicht umfassend entsprochen wird. Insbesondere übernehmen mit der Ausweitung der öffentlich verantworteten Bildungszeiten die Bildungseinrichtungen verstärkt Aufgaben, die traditionell Familien erfüllten. Es gilt in allen Bildungsbereichen, sowohl den wachsenden kognitiven Anforderungen an eine wissensbasierte Gesellschaft gerecht zu werden, als auch den Erwartungen an eine kontinuierliche Förderung und Betreuung aller Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer zu entsprechen.

Das sich aus dem Rückgang der Bildungsteilnehmer ergebende Gestaltungspotenzial ist eine entscheidende Grundlage für die Bewältigung der aufgezeigten Problemlagen und Herausforderungen: Der demografische Wandel wird viele Entwicklungen und Reformprozesse im Bildungswesen beschleunigen. Hierin liegen Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten zugleich. So können Strukturen und Organisationsformen lebensbegleitenden Lernens weiterentwickelt oder neu konzipiert werden, um auf künftige Herausforderungen vorbereitet zu sein. Dafür müssen die Ressourcen für Bildung auf dem gegenwärtigen Niveau erhalten bleiben und für einzelne neue Aufgaben noch erhöht werden. Eine dauerhaft hohe politische Priorität für Bildung bei Bund, Ländern und Gemeinden ist die Voraussetzung, um diese Absichten umsetzen zu können.

Teil A
Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen

Das Bildungswesen ist von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst und wirkt auf diese zurück. Zu den bestimmenden Einflussgrößen gehören die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und der Lebensformen der Menschen sowie die gesamtwirtschaftliche Lage und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte.

Die demografische Entwicklung (**A1**) wird anhand der aktualisierten und bis zum Jahr 2060 fortgeschriebenen Bevölkerungsvorausberechnungen abgebildet. Deren Daten stellen – vor allem bis 2025 – eine wichtige Planungsgrundlage für das Bildungswesen dar. Betrachtet werden im Einzelnen die langfristige Bevölkerungsentwicklung, die Geburtenentwicklung sowie die Veränderungen innerhalb der Altersstruktur der Bevölkerung, deren absolute und relative Verschiebungen mit den daraus resultierenden Konsequenzen. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen der erwerbstätigen Bevölkerung und den von ihr wirtschaftlich abhängigen Personen in der Vor- und Nacherwerbsphase gelegt. Dargestellt wird zudem die Altersverteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Die Ressourcen, die dem Bildungswesen zur Verfügung stehen, hängen – neben dem politischen Handeln – wesentlich von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab (**A2**). Die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte spielt eine große Rolle, da das Bildungswesen überwiegend aus diesen Mitteln finanziert wird. Zwar sind die Folgen der 2008 einsetzenden weltweiten Finanzkrise noch nicht gänzlich abschätzbar bzw. quantifizierbar, die Politik versucht aber, den Auswirkungen der Krise entgegenzusteuern. Über Konjunkturprogramme werden auch dem Bildungsbereich Zusatzmittel zur Verfügung gestellt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen lässt sich allerdings anhand der vorliegenden Daten noch nicht erfassen. Auch aus dem Strukturwandel und der fortschreitenden Globalisierung resultieren Herausforderungen für das Bildungswesen, da sich Tätigkeitsfelder und somit die Anforderungsprofile an die Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern wandeln.

Schließlich wird der Wandel der individuellen Lebensformen mit dem zurückgehenden Anteil der Familien mit Kindern beschrieben (**A3**). Hierbei werden insbesondere die unterschiedliche regionale Herkunft der Personen und der Migrationshintergrund differenzierend in die Betrachtung mit einbezogen. Untersucht wird zudem, inwieweit die verschiedenen Formen des Zusammenlebens – und insbesondere das Zusammenleben mit Kindern – das Erwerbsverhalten von Frauen und Männern beeinflusst. Berücksichtigt werden auch die Unterschiede in Bezug auf den Migrationsstatus, das Alter des jüngsten Kindes und den Bildungsstand der Eltern. Ergänzt werden diese Darstellungen durch eine Analyse der Risikolagen, von denen Kinder durch fehlende Erwerbstätigkeit, schlechte finanzielle Lage oder geringen Bildungsstand der Eltern betroffen sind.

A1 Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung bildet für das Bildungswesen eine wesentliche Planungsgrundlage. Es wird Auskunft darüber gegeben, wie viele Personen sich gegenwärtig und zukünftig in einem Alter befinden, in dem üblicherweise bestimmte Bildungseinrichtungen besucht und Bildungsangebote nachgefragt werden. Die Unterscheidung der Altersgruppen in Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase zeigt auf, wie sich über die Zeit bis 2060 die Relationen deutlich verschieben. Die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund wird gesondert dargestellt, weil sich deren Altersstruktur und regionale Verteilung von derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet.

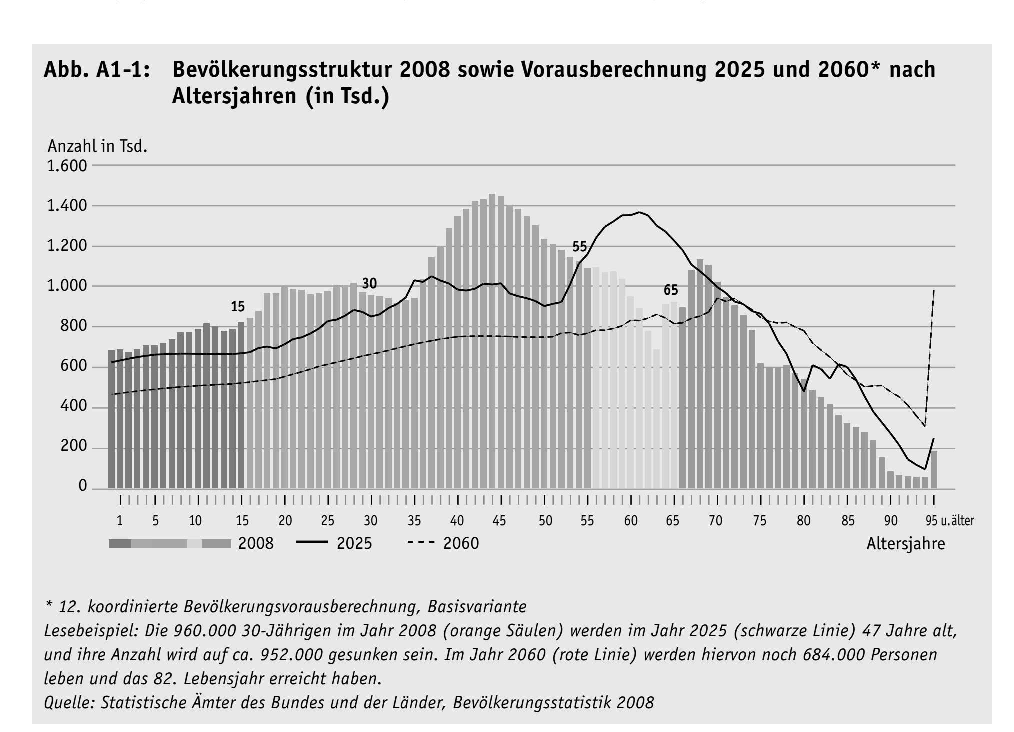
Langfristige Bevölkerungsentwicklung

Aufschluss über die künftige Zusammensetzung der Bevölkerung gibt die koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung(M), die alle drei Jahre durch die amtliche Statistik durchgeführt wird. Verschiedene Einflussfaktoren wie die Geburtenhäufigkeit(M), die Lebenserwartung und der durch Zu- und Fortzug erreichte Wanderungssaldo gehen in die Berechnung ein. Es werden mehrere Varianten berechnet, die auf unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Entwicklung der Einflussfaktoren beruhen. In diesem Bericht wird die derzeit aktuelle 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung in der Basisvariante verwendet.

Trend eines ansteigenden Lebensalters setzt sich fort

Die Basisvariante geht davon aus, dass Frauen weiterhin im Durchschnitt 1,4 Kinder bekommen, so dass die Anzahl der neugeborenen Kinder auch in Zukunft sinken wird. Gleichzeitig wird ein Anstieg des Gebäralters um 1,6 Jahre bis zum Ende des Prognosezeitraums 2060 unterstellt. Der aktuelle Trend des ansteigenden Lebensalters wird fortgeschrieben. Von diesen Randbedingungen ausgehend ergibt sich, dass in Zukunft immer weniger junge Menschen einem immer größeren Anteil älterer gegenüberstehen werden (**Abb. A1-1**, **Tab. A1-8web**). Im Jahr 2060 wird die Anzahl

Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur 2008 sowie Vorausberechnung 2025 und 2060* nach Altersjahren (in Tsd.)



** 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basisvariante*
Lesebeispiel: Die 960.000 30-Jährigen im Jahr 2008 (orange Säulen) werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 47 Jahre alt, und ihre Anzahl wird auf ca. 952.000 gesunken sein. Im Jahr 2060 (rote Linie) werden hiervon noch 684.000 Personen leben und das 82. Lebensjahr erreicht haben.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2008

der Personen in der Erwerbsphase (15 bis unter 65 Jahre) um rund ein Drittel kleiner als 2008 und die Altersstruktur insgesamt homogener sein. Die Jahrgangsstärken der nachwachsenden Generationen nehmen langsam weiter ab. 2060 ergibt sich eine Altersstruktur, bei der die stärksten Jahrgänge in der Gruppe der 70- bis 75-Jährigen zu finden sind. In der Bevölkerungszusammensetzung ist das Verhältnis zwischen Männern (49%) und Frauen (51%) relativ ausgeglichen.

Im Gegensatz zur Entwicklung in Deutschland ist in den anderen von der UN so genannten entwickelten Regionen bis 2035 mit einem Bevölkerungsanstieg zu rechnen, der sich dann allmählich umkehrt. In den am wenigsten entwickelten Regionen wird sich wiederum die Bevölkerung bis 2050 mehr als verdoppelt haben (**Tab. A1-1A**).

Geburtenentwicklung

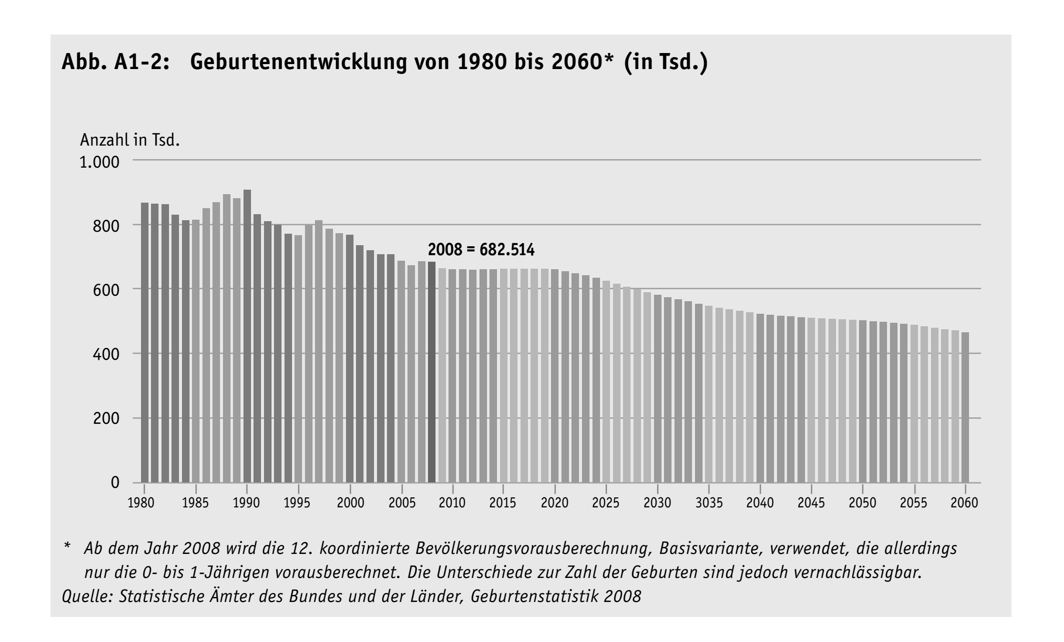
Anzahl der Geburten weiter mit rückläufiger Tendenz

Die Anzahl der in Deutschland geborenen Kinder ist seit 1980 im Trend rückläufig (**Abb. A1-2**, **Tab. A1-9web**). Anfang der 1950er Jahre betrug die Geburtenhäufigkeit noch etwa 2,5 Kinder je Frau, fiel dann in den Folgejahren und liegt seit 1991 bei ca. 1,4. Während 1991 noch 830.000 Kinder geboren wurden, waren es im Jahr 2008 683.000, was einem Rückgang um 18% entspricht. Bleibt die Geburtenziffer weiterhin konstant, wird die absolute Anzahl der Geburten immer weiter zurückgehen und im Jahr 2060 mit 465.000 nur noch etwas mehr als die Hälfte des Wertes von 1980 erreichen.

Die Geburtenentwicklung weist immer leichte Wellenbewegungen und Schwankungen auf. Die so genannte Baby-Boomer-Generation aus den 1960er Jahren brachte ihre Kinder um 1990 zur Welt, und diese werden ihrerseits um 2020 zu einem leichten Anstieg der Geburten beitragen. Der augenfällige Rückgang der Geburten ab 1991 ist nahezu ausschließlich auf die Entwicklung in Ostdeutschland zurückzuführen. Der Einfluss auf die langfristige Entwicklung ist jedoch minimal.

Sollte sich z. B. entgegen der Annahme der Basisvariante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die Geburtenziffer auf 1,6 Kinder je Frau erhöhen, dann würde sich das Absinken der Geburtenzahlen entsprechend verlangsamen. Allerdings geht man erst ab einem Wert von etwa 2,1 Kindern je Frau davon aus, dass sich eine Gesellschaft zahlenmäßig selbst reproduziert.

Abb. A1-2: Geburtenentwicklung von 1980 bis 2060* (in Tsd.)



Ab dem Jahr 2008 wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basisvariante, verwendet, die allerdings nur die 0- bis 1-Jährigen vorausberechnet. Die Unterschiede zur Zahl der Geburten sind jedoch vernachlässigbar.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Geburtenstatistik 2008

Zugewanderte seltener kinderlos …

… und mit durchschnittlich mehr als einem Kind

Von den im Jahr 2008 in Deutschland lebenden 20,9 Millionen Frauen im Alter von 16 bis 54 Jahren sind 58% Mütter, die übrigen sind (noch) kinderlos. Aus dem Ausland zugezogene Frauen haben mit 70% deutlich häufiger Kinder als Frauen, die in Deutschland zur Welt gekommen sind (56%). Davon haben zudem 70% der Zugewanderten mehr als ein Kind, während dies bei in Deutschland Geborenen knapp 62% sind. In beiden Gruppen haben die meisten Frauen zwei Kinder (**Tab. A1-2A**).

In Ehen variiert die Kinderzahl in Abhängigkeit vom Erwerbs- und Migrationsstatus Ⓜ, Familieneinkommen, Bildungsstand und Alter der Frau. Ehefrauen, die älter als 45 Jahre sind, haben überwiegend mehr Kinder, wenn sie einen Migrationshintergrund und einen niedrigen Bildungsstand aufweisen. Markante Effekte der finanziellen und der Erwerbssituation sowie des Migrationsstatus sind bei mittlerem und hohem Bildungsstand nicht festzustellen (**Tab. A1-3A**).

Je höher der Bildungsstand, desto höher das Alter bei der Geburt des ersten Kindes

Bei Frauen über 45 Jahren, die in diesem Alter überwiegend ihren höchsten Bildungsstand Ⓜ erreicht und das erste Kind bekommen haben, war das Alter bei der Geburt des ersten Kindes umso höher, je höher ihr Bildungsstand ist. Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes betrug 23,5 Jahre bei niedrigem Bildungsstand ohne abgeschlossene Berufsbildung und ohne (Fach-)Hochschulreife; im Durchschnitt 26,2 Jahre alt waren Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, wenn sie einen Hochschul- oder anderen Abschluss im Tertiärbereich erworben hatten (**Tab. A1-10web**).

Altersstruktur

Die Altersstruktur der Bevölkerung kann im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit in Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase gegliedert werden. Bis 2060 verändert sich das Verhältnis von Personen in der Vorerwerbsphase (Kinder, Schülerinnen und Schüler) und Nacherwerbsphase (z. B. Rentner, Pensionäre) deutlich (vgl. **H**). Während der Anteil der Personen in der Vorerwerbs- und Erwerbsphase zurückgeht, nimmt der Anteil der Personen in der Nacherwerbsphase zu (**Abb. A1-3**, **Tab. A1-4A**). Gegenwärtig befindet sich ein Fünftel der Bevölkerung in der Nacherwerbsphase. Bis 2060 steigt der Anteil auf ca. ein Drittel. Eine Verschiebung des Beginns der Nacherwerbsphase auf 67 Jahre erhöht den Anteil der Personen in der Erwerbsphase im Jahr 2025 um 3%, im Jahr 2060 um 2,5%.

2060: ein Drittel der Bevölkerung in der Nacherwerbsphase

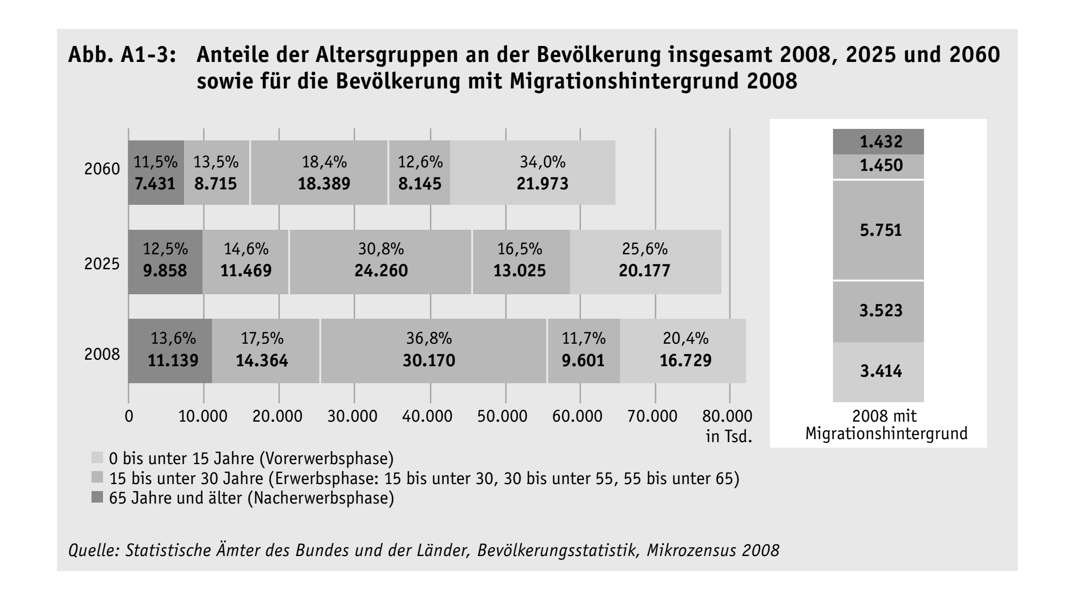
Von den 15- bis unter 30-Jährigen waren im Jahr 2008 63% (9,05 Millionen) Erwerbspersonen. Bei den 30- bis unter 55-Jährigen sind dies 88% (26,5 Millionen), bei der Gruppe der 55- bis unter 65-Jährigen noch knapp 60% (5,7 Millionen). Überträgt man diese Verhältnisse auf die Bevölkerung im Jahr 2060 und nimmt an, dass auch dann 88% der 30- bis unter 55-Jährigen Erwerbspersonen sind, entspricht dies nur noch 16,1 Millionen Menschen. D.h. diese Gruppe umfasst dann weniger als zwei Drittel der Personen des Jahres 2008.

Im Jahr 2008 unterscheidet sich die Altersstruktur der 15,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund erkennbar von derjenigen der Personen ohne (**Abb. A1-3**). In der Gruppe der Migranten ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen, verglichen mit der entsprechenden Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund, deutlich größer. Der Anteil der Personen in der Nacherwerbsphase ist merklich geringer.

In Ballungsräumen bis zu 72% der Kleinkinder mit Migrationshintergrund

Ein überproportional starker Zuwachs von Personen mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren in den Ballungsräumen Ⓜ zu verzeichnen. Dort hat die Gruppe der unter 3-Jährigen mit Migrationshintergrund am stärksten zugenommen (**Tab. A1-5A**). Trotz eines hohen Ausgangsniveaus ist deren Anteil z. B. in Frankfurt seit 2005 um 28 Prozentpunkte gestiegen und liegt jetzt bei 72% aller unter 3-Jährigen. In Frankfurt, München und Stuttgart haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren einen Migrationshintergrund.

Abb. A1-3: Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt 2008, 2025 und 2060 sowie für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2008



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, Mikrozensus 2008

Die Gruppen, die für den vorschulischen und den schulischen Teil des Bildungssystems von großer Relevanz sind, weisen somit einen immer größer werdenden Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf.



Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung
Erläuterungen vgl. Glossar

Geburtenhäufigkeit
Geburtenhäufigkeit oder zusammengefasste Geburtenziffer (engl.: Total Fertility Rate: TFR): Für alle Frauen unter 50 gilt die Kinderzahl als durchschnittlich kumulierter Wert. Sie bezeichnet eine Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen müsste, wenn ihr Geburtenverhalten sich wie das der übrigen 15- bis 49-Jährigen desselben Kalenderjahres verhielte. Diese durchschnittliche Kinderzahl unterscheidet sich oftmals von der tatsächlichen. Die endgültigen Werte liegen von allen Frauen vor, die vor 1960 geboren und daher bereits 50 Jahre alt sind.

Bildungsstand
Es wird unterschieden zwischen niedrigem Bildungsstand: ISCED 0–2, Grundbildung, Abschluss der Schulpflicht; mittlerem Bildungsstand: ISCED 3–4, Berufsausbildung, schulische Bildung, die den Zugang zu ISCED 5 ermöglicht; hohem Bildungsstand: ISCED 5–6, weiterführende (Fach-)Hochschulbildung, Promotion.

Migrationsstatus
Innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund werden zwei Untergruppen unterschieden. Eigene Migrationserfahrung haben alle Personen, die selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen sind. Personen mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung sind z.B. in Deutschland Geborene mit ausländischen Eltern.

Ballungsräume
Ballungsräume sind stark verdichtete Großstadtregionen von hoher nationaler Bedeutung. Hier werden die Ballungsräume Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, das Ruhrgebiet und Stuttgart betrachtet. Das Ruhrgebiet umfasst hierbei die kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel.

A2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Strukturwandel stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen z. B. auf die Ausstattung des Bildungswesens haben und aus denen sich Anforderungen an die Qualifizierungsfunktion des Bildungswesens ableiten lassen. Wie im Bildungsbericht 2008 werden neben dem Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte überblicksartig dargestellt. Hierbei wird in Anbetracht der öffentlichen Diskussion erstmals auch auf die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zins- und Versorgungszahlungen eingegangen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Weltweiter Rückgang der Wirtschaftsleistung

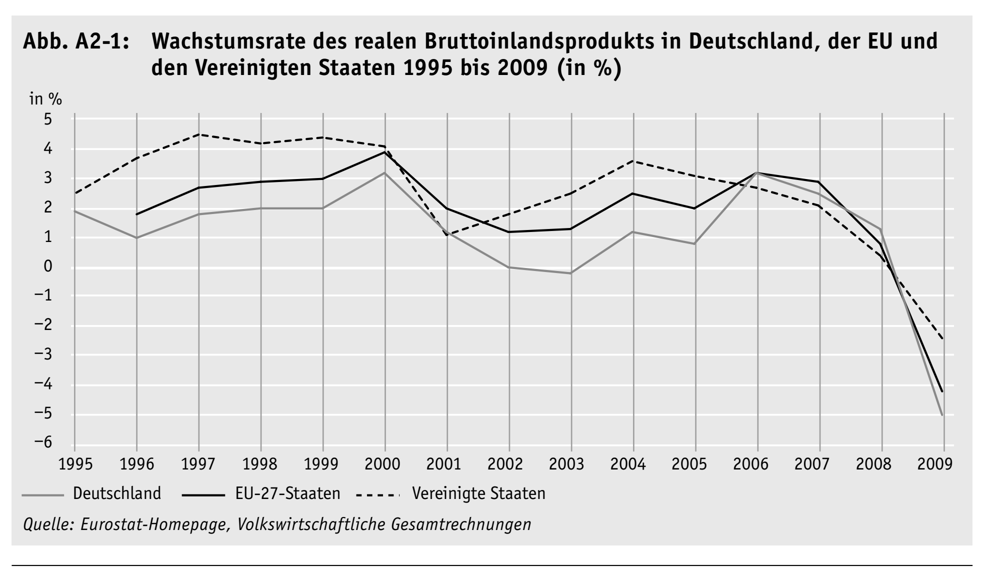
Im Jahr 2007 wuchs das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) real um +2,5%. Die Wachstumsrate lag damit unter dem Niveau der EU-27-Staaten und oberhalb des Niveaus der Vereinigten Staaten (**Abb. A2-1**). Anschließend ging die Wachstumsrate in Deutschland auf +1,3% im Jahr 2008 zurück. Angesichts der 2008 beginnenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichnet Eurostat für das Jahr 2009 einen realen Rückgang der Wirtschaftsleistung von –4,2% für die EU-27-Staaten, von –5,0% für Deutschland sowie von –2,4% für die Vereinigten Staaten.

Nach wie vor besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb Deutschlands ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. Das BIP je Einwohner in den westlichen Flächenländern überstieg mit 30.500 Euro den Wert in den östlichen Flächenländern (21.800 Euro) im Jahr 2009 um 40% (**Tab. A2-3web**).

Auf den Arbeitsmarkt hat der wirtschaftliche Einbruch aufgrund der Regelung zur Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nur teilweise durchgeschlagen. So lag die Arbeitslosenquote Ⓜ in Deutschland mit 8,2% im Jahr 2009 deutlich unter dem Wert von 2006 (10,8%), aber über dem Wert von 2008 (7,8%) (**Tab. A2-1A**).

Der Bildungsbereich hat an der wirtschaftlichen Entwicklung nur unterproportional partizipiert. So ging der Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben Ⓜ am BIP (Abgrenzung des nationalen Bildungsbudgets, vgl. **B1**) von 6,8% im Jahr 1995 auf 6,2% im Jahr 2008 zurück.[1] Die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern,

Abb. A2-1: Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland, der EU und den Vereinigten Staaten 1995 bis 2009 (in %)



Quelle: Eurostat-Homepage, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

*1 Erläuterungen zu den Unterschieden bei den Abgrenzungen der OECD und des Bildungsfinanzberichts vgl. **B1** (insbesondere **Abb. B1-5A**)*

zusätzliche Bildungsausgaben aus Konjunkturprogrammen von Bund und Ländern sowie der Rückgang des BIP im Jahr 2009 tragen dazu bei, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP wieder ansteigen wird.

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte finanzieren rund vier Fünftel der Bildungsausgaben in Deutschland. Für eine realistische Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung. In den letzten Jahren ist die Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts Ⓜ weitgehend unverändert geblieben. Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben zwischen 2000 und 2007 um 6% an. Der mit Abstand höchste Ausgabenanteil entfiel mit 55% auch im Haushaltsjahr 2007 auf die soziale Sicherung (**Abb. A2-2**). Der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben erhöhte sich von 8,1% im Jahr 2000 auf 9% im Jahr 2007 (**Tab. A2-4web**).

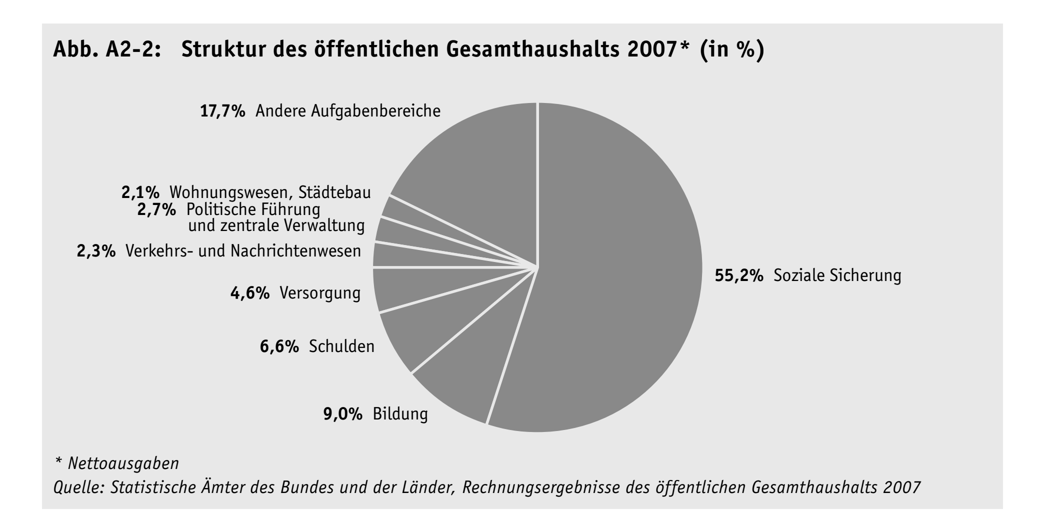
In den Flächenländern West waren die Ausgabenanteile für Bildung an den Haushalten von Ländern und Gemeinden 2007 mit durchschnittlich 24,6% am höchsten. Dieser Anteil lag in den Flächenländern Ost bei 22,2% und in den Stadtstaaten bei 21,2%. Wenn man zwischen Ländern und Gemeinden unterscheidet, so wurden in den Ländern durchschnittlich 33,2% (1995: 29,2%) und in den Gemeinden 12,4% (1995: 9,8%) für Bildung verausgabt. Der Anteil des Bundes betrug demgegenüber nur 3,4% (**Tab. A2-5web**).

Sinkende Steuereinnahmen könnten finanziellen Spielraum für Bildungspolitik verringern

In den letzten Jahren sind die Einnahmen des Sektors Staat in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stärker gestiegen als die Ausgaben. Dennoch konnten die Haushalte nicht vollständig ausgeglichen werden, was zu einer weiteren Erhöhung des Schuldenstandes geführt hat. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist die Haushaltskonsolidierung 2009 abrupt unterbrochen worden. In den ersten Quartalen des Jahres 2009 sind die Steuereinnahmen drastisch zurückgegangen, während die Ausgaben aufgrund von Konjunkturprogrammen antizyklisch erhöht wurden. Der Staatssektor verzeichnete im Jahr 2007 einen Finanzierungssaldo Ⓜ von +4,7 Milliarden Euro, 2009 dagegen von –79,3 Milliarden Euro.

Der Schuldendienst und die Versorgungszahlungen an pensionierte Beamte werden die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren stark belasten. Schon 2007 wandten die Gebietskörperschaften mehr Mittel für Schulden und die Versorgung von im Ruhestand befindlichen Beamten auf als für Bildung (**Abb. A2-2**). Die finanzielle

Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts 2007* (in %)



** Nettoausgaben*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts 2007

Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungs- und Zinszahlungen ist zwischen 1995 und 2008 insgesamt um rund 18% gestiegen (**Tab. A2-6web**). Der Zuwachs war bei den Ländern mit 45% besonders hoch. Längerfristig werden die Versorgungs- und Zinszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte – insbesondere der Länder – stark einschränken.

Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

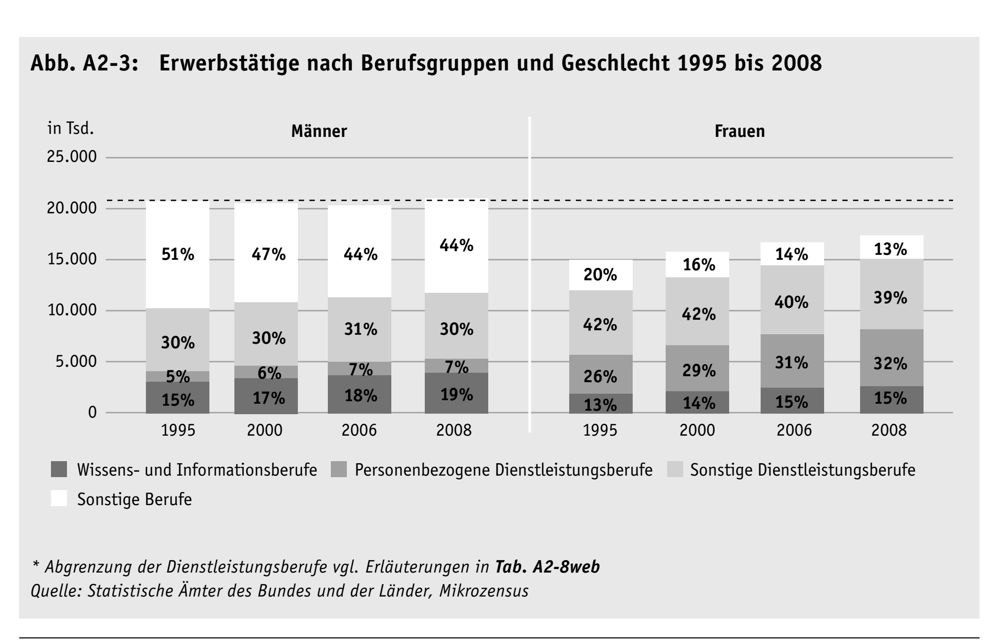
In den vergangenen Jahrzehnten waren in der deutschen Volkswirtschaft im Hinblick auf die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in einen primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), einen sekundären (produzierendes Gewerbe) und einen tertiären Sektor (Dienstleistungen) tief greifende Strukturveränderungen zu beobachten. Der Dienstleistungssektor dehnte sich aus, während die wirtschaftliche Bedeutung der anderen Bereiche zurückging. Im Jahr 2009 entfielen auf den Dienstleistungssektor 73% der Bruttowertschöpfung, 1970 waren es nur rund 48% (**Tab. A2-7web**).

Rund 70% aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen beschäftigt

70% aller Erwerbstätigen waren 2008 in Dienstleistungsberufen beschäftigt, wobei deutliche Geschlechterunterschiede bestehen: 87% der weiblichen Erwerbstätigen, aber nur 56% der männlichen Erwerbstätigen waren in Dienstleistungsberufen tätig. Insbesondere bei den personenbezogenen Dienstleistungen ist der Anteil von Frauen fast fünfmal so hoch wie von Männern. Dagegen arbeiten mehr Männer als Frauen in Wissens- und Informationsberufen (**Abb. A2-3**, **Tab. A2-8web**). Insgesamt hat sich die Kluft zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Anzahl der Erwerbstätigen seit 1995 deutlich verringert. Gerade in den von Frauen dominierten, personenbezogenen Dienstleistungsberufen ist die Anzahl der Erwerbstätigen am stärksten gestiegen. Angesichts des Rückgangs der Erwerbstätigenzahlen in typischen Männerberufen und des Anstiegs in typischen Frauenberufen sollte auch die Ausbildung von Männern in von Frauen dominierten Bereichen gezielt gefördert werden.[2]

Infolge des Strukturwandels und des technologischen Fortschritts verändern sich die Tätigkeitsfelder und somit die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern. Während manuelle Fertigkeiten an Bedeutung verlieren, werden in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft z.B. analytisches

Abb. A2-3: Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 1995 bis 2008



** Abgrenzung der Dienstleistungsberufe vgl. Erläuterungen in **Tab. A2-8web***
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

2 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 22ff.

Denken, Kommunikations- und Problemlösungskompetenzen stärker gefordert. Hierauf muss das (Aus-)Bildungssystem reagieren. Insgesamt ist der Anteil der Erwerbstätigen mit hohem Bildungsstand (M) seit 1995 gestiegen, während sich der Anteil der Erwerbstätigen mit niedrigem Bildungsstand kaum verändert hat. In Dienstleistungsberufen ist diese Entwicklung sehr deutlich zu beobachten (**Tab. A2-8web**).

Anteil der Personen mit hoher Qualifkation in Dienstleistungsberufen deutlich gestiegen

Internationalisierungs- und Globalisierungstrends

Globalisierung ist charakterisiert durch die weltweite Verteilung und Organisation von Wertschöpfungsketten. Sie betrifft nicht nur die Industrie, sondern in den letzten Jahren zunehmend auch Dienstleistungen. Der globale Wettbewerb erreicht somit einen Großteil der Unternehmen und Arbeitskräfte und ist nicht auf bestimmte Branchen oder Beschäftigtengruppen beschränkt.

Die deutsche Wirtschaft ist in Relation zur Wirtschaftsleistung stärker in den Weltmarkt eingebunden, als es bei den meisten anderen Industriestaaten der Fall ist (**Tab. A2-9web**). Im Jahr 2007 nahm Deutschland mit einem Anteil von rund 10% am Weltwarenexport die erste Position unter den Exportstaaten ein. Auch 2009 zählte Deutschland mit China zu den führenden Warenexporteuren.

Ein Viertel der Arbeitsplätze exportabhängig

Rund ein Viertel aller in Deutschland beschäftigten Erwerbstätigen ist vom Export abhängig, etwa zu gleichen Teilen in der Warenproduktion und im Dienstleistungssektor. In den letzten Jahren ist insbesondere die Anzahl der exportabhängigen Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gestiegen. In diesem Wirtschaftsbereich ist der Anteil der Hochqualifizierten höher und in den letzten zwölf Jahren stärker gestiegen als im Sekundärsektor (verarbeitendes Gewerbe). Internationalisierung und Globalisierung haben Rückwirkungen auf das Bildungssystem, da sie ebenso wie der technologische Fortschritt und der Strukturwandel zu veränderten Tätigkeitsstrukturen und Anforderungsprofilen (vor allem in wissensintensiven Branchen) führen. Diese Entwicklungen führen zu einem niedrigeren Bedarf an gering qualifizierten Beschäftigten und verstärken die Notwendigkeit einer guten Erstausbildung und insbesondere der lebenslangen Weiterqualifizierung.

Internationalisierung und Globalisierung beeinflussen Tätigkeitsstrukturen und Anforderungsprofile

(M) Methodische Erläuterungen

Arbeitslosenquote
Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige). Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit gemeldet haben.

Bildungsausgaben
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **B1**

Öffentlicher Gesamthaushalt
Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten). In den Darstellungen des Bildungsfinanzberichts ist dagegen die Sozialversicherung nicht enthalten.

Finanzierungssaldo
Finanzierungssaldo (Einnahmen abzüglich Ausgaben) des Sektors Staat in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Hoher Bildungsstand
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **A1**

A3 Wandel der Familien- und Lebensformen

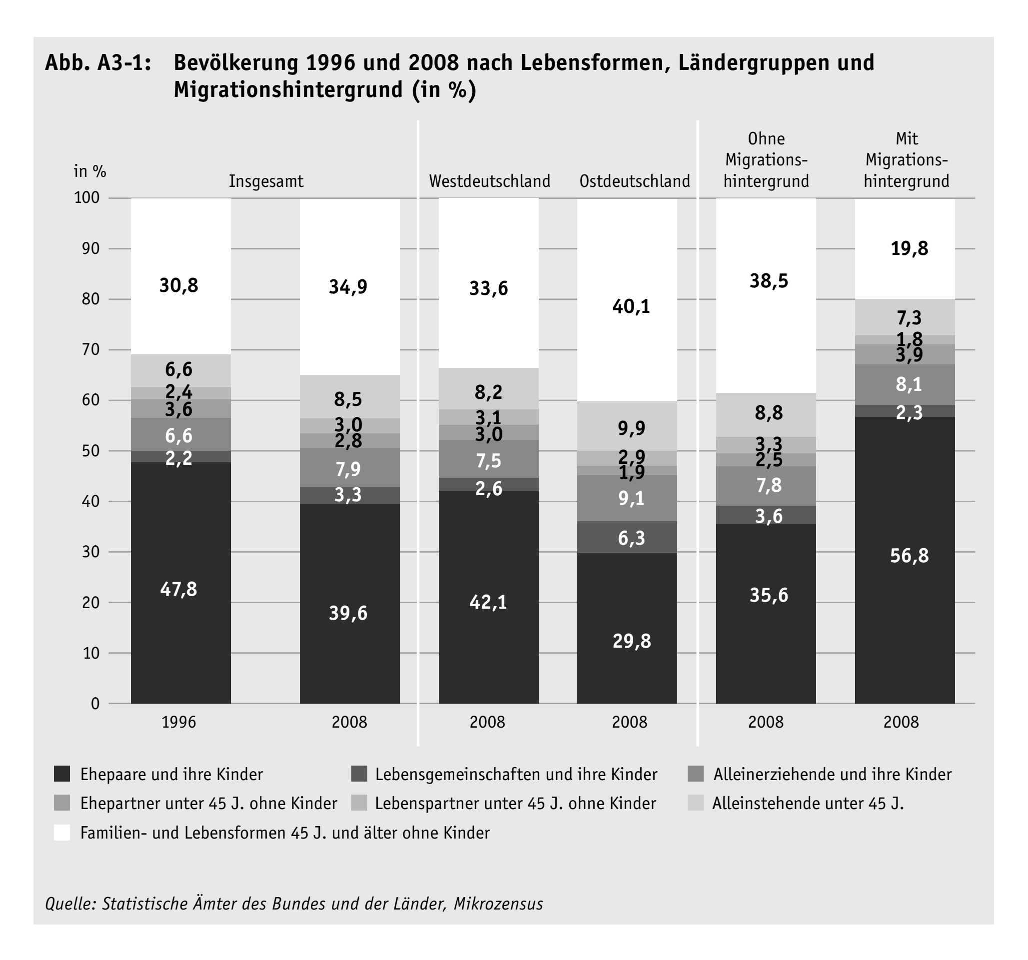
Das soziale und familiäre Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, hat entscheidenden Einfluss auf einen erfolgreichen Erwerb von Bildung. Kinder und Jugendliche können durch wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Risikolagen geraten, die ihre erfolgreiche Teilnahme am Bildungssystem negativ beeinflussen. Die bereits in den vorangegangenen Bildungsberichten beschriebene Veränderung der Familien- und Lebensformen Ⓜ wie auch die verschiedenen Formen der Erwerbsbeteiligung haben Einfluss auf die Bildungsbedarfe. Neue Angebote verändern ihrerseits das Zusammenwirken von Familien und Bildungseinrichtungen.

Familien- und Lebensformen

Immer weniger Familien mit Kindern

Die immer noch bei weitem überwiegende Lebensform ist trotz Rückgang seit 1996 die Ehe (**Abb. A3-1A**, **Tab. A3-8web**). Gleichzeitig nimmt der Anteil von Personen, die ohne Kinder leben, in allen Lebensformen zu, was auf die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung zurückzuführen ist. Mit Kindern lebt etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (51%), in Ostdeutschland sind es nur noch 45%; dabei ist im Vergleich zu Westdeutschland der Anteil an Lebensgemeinschaften höher (**A1**). In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Lebensformen mit Kindern deutlich größer als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In dem hohen Anteil der Ehepaare mit Kindern schlägt sich die von Personen mit Migrationshintergrund häufiger gewählte Lebensform der Ehe und deren niedrigeres Durchschnittsalter

Abb. A3-1: Bevölkerung 1996 und 2008 nach Lebensformen, Ländergruppen und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

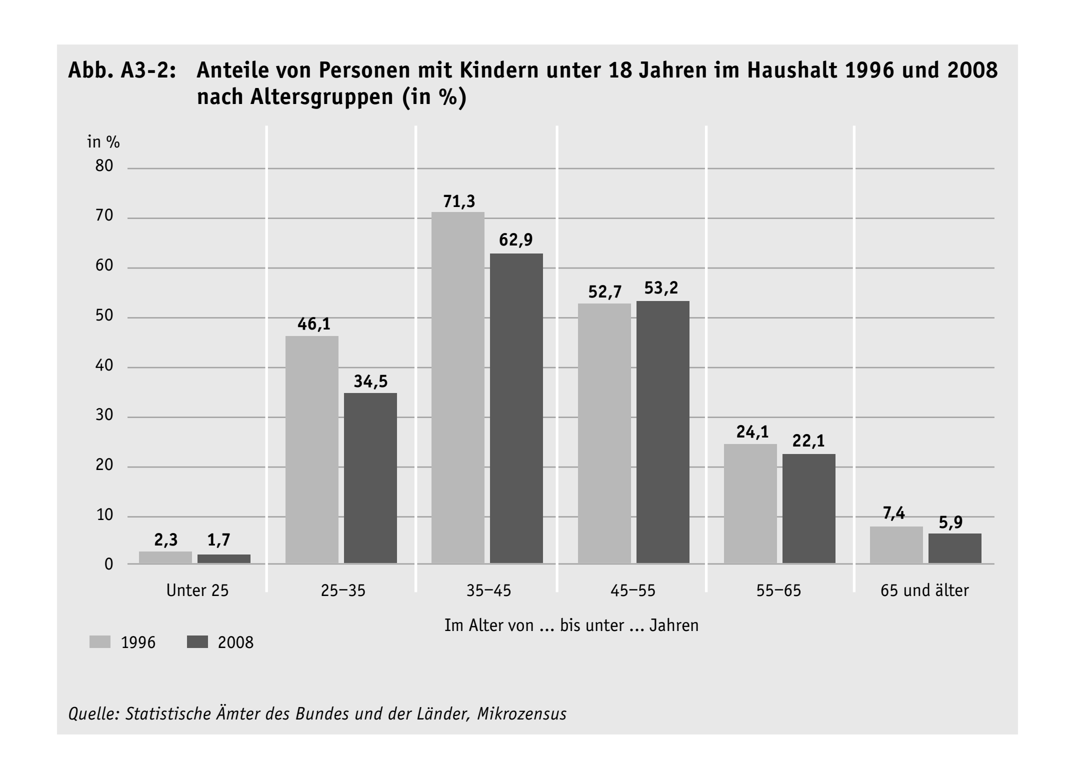


Abb. A3-2: Anteile von Personen mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt 1996 und 2008 nach Altersgruppen (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

nieder. Unter 18-Jährige wachsen zu einem überwiegenden Teil bei verheirateten Eltern auf, auch wenn gegenüber 1996 ein Rückgang zu beobachten ist (**Tab. A3-9web**).

Der Anteil der Familien mit Kindern ist in den Altersgruppen von 25 bis unter 45 Jahren seit 1996 deutlich zurückgegangen, während er in den höheren Altersgruppen nahezu unverändert blieb. Lebten 1996 noch 71% der 35- bis unter 45-Jährigen als Familie mit Kindern im Haushalt, sind dies im Jahr 2008 nicht einmal mehr 63% (**Abb. A3-2**).

Lebensformen und Erwerbstätigkeit

Seit 1996 hat sich die Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Deutschland um rund 6 Prozentpunkte erhöht (Westdeutschland 6,5, Ostdeutschland 1,8 Prozentpunkte), bei den Männern ging der Anteil um rund 2 Prozentpunkte zurück (Westdeutschland –1,9 Prozentpunkte, Ostdeutschland –3 Prozentpunkte). Im Jahr 2008 sind somit 62% der Frauen und 75% der Männer einer Beschäftigung nachgegangen (**Tab. A3-10web**).

Rückgang der Vollzeiterwerbsquote bei Frauen im Osten Deutschlands stärker als im Westen

Frauen mit Kindern sind zu 58% erwerbstätig, Frauen ohne Kinder zu 62% (**Tab. A3-10web**). Im Osten Deutschlands waren 1996 drei Viertel der erwerbstätigen Frauen mit Kindern vollzeitbeschäftigt, im Jahr 2008 ist es nur noch gut die Hälfte. Auch im Westen Deutschlands fiel diese Quote, und zwar von 38 auf 25%. Erwerbstätige Frauen ohne Kinder sind hingegen in West- wie auch Ostdeutschland zu gut zwei Dritteln vollzeitbeschäftigt.

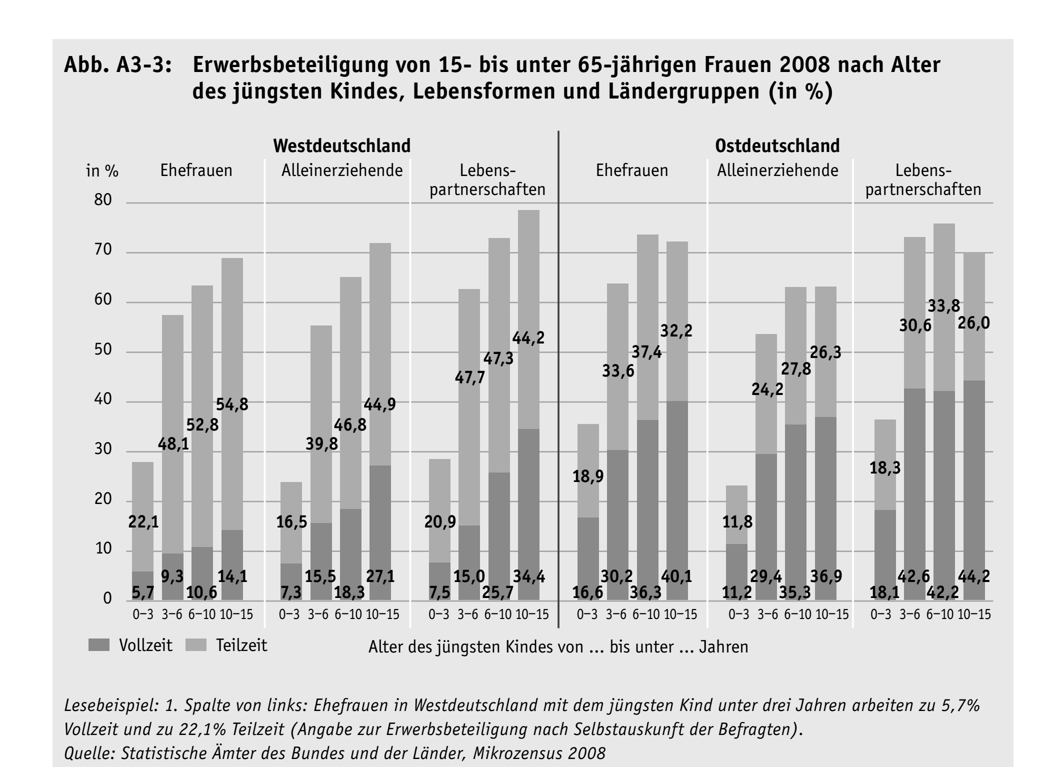
Die Anzahl der Kinder hat einen Einfluss auf die Art der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Bei drei und mehr Kindern sind Frauen in zunehmendem Maße nicht erwerbstätig. In Teilzeit arbeiten Frauen am häufigsten, wenn sie zwei Kinder haben (**Tab. A3-2A**). Zudem wechseln Frauen mit einem oder zwei Kindern, wenn sie vollzeitbeschäftigt waren, zunächst in die Teilzeiterwerbstätigkeit.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt mit dem Alter des jüngsten Kindes (**Abb. A3-3**, **Tab. A3-10web**). In Westdeutschland sind die Mütter von 10- bis unter 15-jährigen Kindern zu 75% erwerbstätig. In Ostdeutschland wird dieser Wert bei den Müttern

von 6- bis unter 10-jährigen Kindern erreicht. Die Frauen in Ostdeutschland arbeiten verstärkt Vollzeit, wenn das jüngste Kind das Kindergartenalter erreicht hat.

Einfluss auf die Erwerbstätigenquote haben nicht nur Kinder, sondern auch der Bildungsstand. Bei den 30- bis unter 50-Jährigen ist die Erwerbstätigenquote bei Männern und Frauen umso höher, je höher der Bildungsstand ist (**Abb. A3-4**, **Tab. A3-3A**). Der Effekt ist bei Frauen deutlich größer als bei Männern. Während Männer mit Kindern unabhängig vom Bildungsstand häufiger erwerbstätig sind, verhält es sich bei den Frauen umgekehrt: Bei Männern mit Kindern und eigener Migrationser-

Abb. A3-3: Erwerbsbeteiligung von 15- bis unter 65-jährigen Frauen 2008 nach Alter des jüngsten Kindes, Lebensformen und Ländergruppen (in %)



Lesebeispiel: 1. Spalte von links: Ehefrauen in Westdeutschland mit dem jüngsten Kind unter drei Jahren arbeiten zu 5,7% Vollzeit und zu 22,1% Teilzeit (Angabe zur Erwerbsbeteiligung nach Selbstauskunft der Befragten).
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Abb. A3-4: Erwerbstätige Personen 2008 zwischen 30 und unter 50 Jahren in Abhängigkeit von Migrationsstatus, Bildungsstand und Elternschaft nach Geschlecht (in %)

in %

Männer

Frauen

100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0

ISCED 0–2 ISCED 3–4 ISCED 5–6 ISCED 0–2 ISCED 3–4 ISCED 5–6

Mit Kindern:
- Ohne Migrationshintergrund
- Mit eigener Migrationserfahrung
- Mit Migrationshintergrund/ ohne eigene Migrationserfahrung

Ohne Kinder:
- Ohne Migrationshintergrund
- Mit eigener Migrationserfahrung
- Mit Migrationshintergrund/ ohne eigene Migrationserfahrung

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

fahrung führt der höhere Bildungsstand nicht zu einer höheren Erwerbstätigenquote als beim mittleren Bildungsstand. Dieser Effekt zeigt sich auch bei Frauen mit eigener Migrationserfahrung – unabhängig davon, ob sie Kinder haben oder nicht.

Migrationsstatus mit Auswirkungen auf Erwerbstätigkeit

Risikolagen Ⓜ von Kindern

Es lassen sich drei Risikolagen beschreiben, durch die die Bildungschancen der Kinder beeinträchtigt sein können: wenn die Eltern nicht in das Erwerbsleben integriert sind (soziales Risiko), ein geringes Einkommen haben (finanzielles Risiko) oder über eine geringe Ausbildung verfügen (Risiko der Bildungsferne).

Mehr als ein Viertel aller Kinder unter 18 Jahren von mindestens einer Risikolage betroffen

Im Jahr 2008 wuchsen insgesamt 29% der 13,6 Millionen Kinder unter 18 Jahren mit mindestens einer Risikolage auf (**Tab. A3-4A**). Darunter waren 1,1 Millionen Kinder, die bei Alleinerziehenden lebten, d.h. in dieser Lebensform fast jedes zweite Kind (**Tab. A3-11web**). In Familien mit Migrationshintergrund waren es 1,7 Millionen Kinder (42,2%).

Etwas weniger als 11% der Kinder waren, ebenso wie im Jahr 2000, von einem sozialen Risiko betroffen, weil kein Elternteil erwerbstätig war. Bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund galt dies für 8%, bei den übrigen für 16%.

Ein finanzielles Risiko liegt vor, wenn das Einkommen der Familie weniger als 60% des Familienäquivalenzeinkommens beträgt (Armutsgefährdungsgrenze Ⓜ). Dieses Risiko betraf insgesamt knapp 25% der Kinder, ein Zuwachs von 1,8 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2000. Bei Kindern mit Migrationshintergrund lag das Risiko mit rund 35% deutlich höher (**Tab. A3-5A**). Das finanzielle Risiko hängt eng mit dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit zusammen. Zwar ist der Anteil der Haushalte, die ihr Einkommen überwiegend aus Erwerbstätigkeit beziehen, seit 2000 um 2 Prozentpunkte auf 78% gestiegen. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Haushalte, die Transfereinkommen beziehen, von 7,5 auf 10% angewachsen. Bei Alleinerziehenden lag 2008 der Anteil der Transferleistungsbezieher bei 23% und war damit viermal so hoch wie bei Paaren mit Kindern (**Tab. A3-12web**). Die Häufigkeit, mit der Kinder in Risikolagen aufwachsen, hängt stark von der Lebensform der Eltern ab (**Tab. A3-11web**).

13% der Kinder wuchsen 2008 bei Eltern auf, die keine abgeschlossene Berufsausbildung (ISCED 3B) oder keinen höheren Schulabschluss (von mindestens ISCED 3A) haben (Risiko der Bildungsferne). Auch hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied bei den Kindern und Jugendlichen mit bzw. ohne Migrationshintergrund. Während 6% der zweiten Gruppe von diesem Risiko betroffen waren, waren dies 28% der ersten Gruppe (**Tab. A3-5A**).

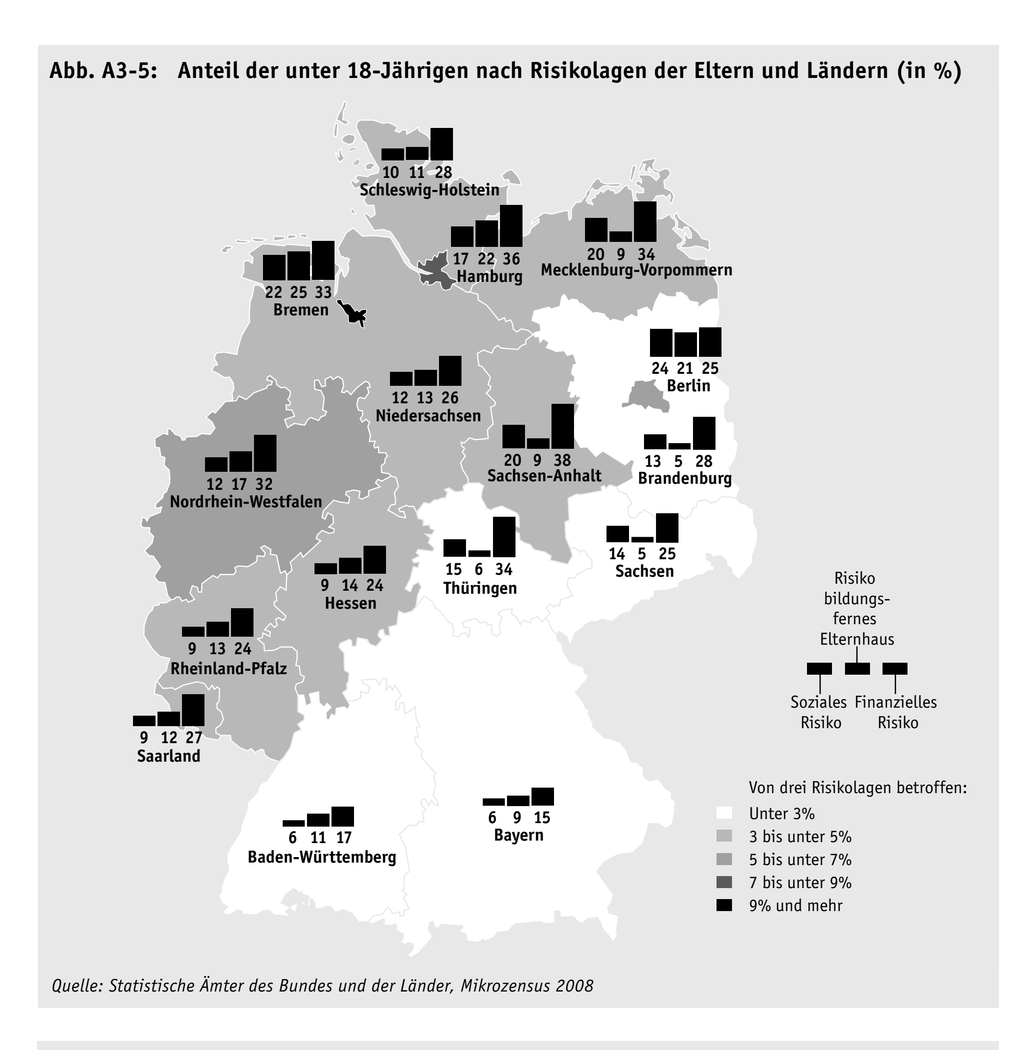
3,5% der Kinder von allen drei Risikolagen betroffen

Insgesamt hat sich die Situation bezüglich der Risikolagen von Kindern seit 2000 kaum verändert. Weiterhin waren 3,5% der Kinder unter 18 Jahren von allen drei Risikolagen gleichzeitig betroffen (**Tab. A3-4A**).

Risikolagen waren regional unterschiedlich verteilt (**Abb. A3-5**, **Tab. A3-4A**). In den Stadtstaaten leben ungefähr 40% der Kinder in mindestens einer Risikolage, in Bayern dagegen nur etwa 20%. Um die regionale Problematik der Folgen der sozialen Risikolage weiter differenzieren zu können, wird als Kennzahl der Anteil der Kinder in Haushalten mit Arbeitslosengeld-Bezug Ⓜ herangezogen.

2008 variierte der Anteil der Kinder im Alter von unter 15 Jahren, deren Mütter und/oder Väter auf Arbeitslosengeld II angewiesen waren, zwischen 38% in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) sowie in der Stadt Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) und 2% im Landkreis Eichstätt (Bayern) (**Abb. A3-13web**).

Abb. A3-5: Anteil der unter 18-Jährigen nach Risikolagen der Eltern und Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Familien- und Lebensform

Als Familien unterscheidet der Mikrozensus nach dem Lebensformenkonzept zwischen den Familienformen Ehepaar (mit Kindern), Lebensgemeinschaft (mit Kindern) und Alleinerziehende/Alleinerziehender (mit Kindern). Lebensformen werden nach Elternschaft und Partnerschaft unterschieden: Paare mit und ohne Kinder, alleinerziehende Elternteile mit Kindern sowie alleinstehende Personen ohne Partner/in und ohne Kinder im Haushalt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, und Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung bleiben unberücksichtigt.

Risikolagen

Es werden drei Risikolagen definiert: erstens eine soziale, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist, d.h. beide Eltern bzw. der alleinerziehende Elternteil erwerbslos oder Nichterwerbspersonen sind; zweitens eine der Bildungsferne des Elternhauses, wenn kein Elternteil über einen Abschluss der Sekundarstufe II oder höher verfügt, und drittens eine finanzielle, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegt.

Armutsgefährdungsgrenze/Äquivalenzeinkommen

Als Einkommen werden hier nicht die Haushaltseinkommen, sondern die Familienäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen der Familie ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Familienmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Familien unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Analog zu der entsprechenden Berechnung auf der Basis von Haushaltseinkommen kann bei weniger als 60% des Medians des Familienäquivalenzeinkommens Armutsgefährdung angenommen werden.

Arbeitslosengeld II

Arbeitslosengeld II fasst die ehemalige Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Transferleistung zusammen, die erwerbsfähigen Personen zwischen 15 und 65 Jahren gezahlt wird, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Arbeitslosengeld II wird umgangssprachlich auch als „Hartz IV“ oder SGB II bezeichnet. *Sozialgeld* wird Personen gezahlt, die nicht erwerbsfähig sind oder mit einer Person, die zwar erwerbsfähig ist, aber Anspruch auf Arbeitslosengeld II hat, in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Davon zu unterscheiden ist das *Arbeitslosengeld* (umgangssprachlich: Arbeitslosengeld I), das eine Leistung der Arbeitslosenversicherung darstellt.

Teil B Grundinformationen zu Bildung in Deutschland

Politische Zielvorstellungen werden in den letzten Jahren verstärkt bildungsbereichsübergreifend formuliert. Aspekte, die bildungsbereichsübergreifend für das Bildungswesen relevant sind oder das gesamte Bildungswesen betreffen, werden in diesem Kapitel dargestellt. Dabei wird an den Bildungsbericht 2008 angeknüpft, in dem Grundinformationen zu Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung, Bildungsstand der Bevölkerung und Bildungspersonal gegeben wurden. Im Bildungsbericht 2010 werden diese Indikatoren mit neuen Akzentuierungen fortgeschrieben, um Veränderungen bei diesen Strukturmerkmalen aufzuzeigen. Die Indikatoren werden sowohl im Vergleich zwischen den Bildungsbereichen als auch im internationalen Vergleich betrachtet.

Der Indikator zu Bildungsausgaben (**B1**) zeigt die Finanzausstattung des Bildungswesens im Zeitverlauf sowie die Beiträge der verschiedenen Mittelgeber (öffentliche Haushalte, privatwirtschaftliche Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Privathaushalte) zur Bildungsfinanzierung. Für die Beobachtung der Finanzausstattung der Bildungsbereiche, der Fortschritte bei der Erreichung des politisch gesetzten Zieles, 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung und Forschung aufzuwenden, und der Förderung der Bildungsinvestitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme ist die Fortschreibung des Bildungsbudgets von zentraler Bedeutung. Neben dem Bildungsbudget werden auch Kennzahlen zu den Ausgaben je Bildungsteilnehmer fortgeschrieben.

Die Entwicklung der Bildungsbeteiligung ist ein Schlüsselfaktor für das künftig zu erwartende Qualifikations- und Absolventenangebot. Der Indikator zur Bildungsbeteiligung (**B2**) zeigt, in welchem Umfang unterschiedliche Personen- und Altersgruppen die Bildungsangebote nutzen bzw. wo noch Mobilisierungsreserven liegen.

Der Bildungsstand der Bevölkerung (**B3**) drückt sich insbesondere im Grad der erreichten Kompetenzen und in den erworbenen Abschlüssen aus. Der Indikator Bildungsstand der Bevölkerung stellt die erreichten allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüsse in den Vordergrund, da gegenwärtig keine kompetenzbasierten Aussagen möglich sind. Der Indikator zeigt näherungsweise, über welche Humanressourcen die Gesellschaft insgesamt verfügt. Besondere Aufmerksamkeit gilt hier z. B. jungen Erwachsenen ohne beruflichen Abschluss oder Personen mit Migrationshintergrund. Die Betrachtung des Bildungsstands der Eltern schulpflichtiger Kinder im Zeitverlauf gibt Aufschluss über den Wandel im familiären Umfeld, in dem Bildung stattfindet.

Das Bildungspersonal hat eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Gestaltung von Bildungsprozessen bzw. für deren Ergebnisse sowie für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems. Außerdem stellt das Bildungswesen einen wichtigen Teilbereich des Arbeitsmarkts dar, der sich durch spezielle Personalstrukturen im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen auszeichnet. Im Indikator Bildungspersonal (**B4**) werden bereichsübergreifend Informationen zu Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang des pädagogischen Personals dargestellt. Ein Vergleich mit der Erwerbsbevölkerung macht die Besonderheiten des Bildungswesens deutlich. Um Strukturunterschiede zwischen den Bildungsbereichen aufzuzeigen, wird erstmals die Entwicklung der Betreuungsrelation in ausgewählten Bildungsbereichen betrachtet. Zudem wird auf überwiegend pädagogisch tätige Personen in Wirtschaftszweigen außerhalb des formalen Bildungswesens eingegangen, um Hinweise zur Bedeutung pädagogischer Tätigkeiten in anderen Gesellschaftsbereichen zu geben.

B1 Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben Ⓜ sind ein Indikator für die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. An ihrer Höhe lässt sich der Stellenwert ablesen, welcher der Bildung in einer Gesellschaft beigemessen wird. Die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wird in einem beträchtlichen Maße von den Ausgaben für Bildung und Forschung beeinflusst. Die Verbesserung der Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und deren Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden und den privaten Bereich sind daher wichtige Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion.

Bildungsausgaben im Überblick

Die Bildungsausgaben werden im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ⓜ zusammengefasst und nach Teilbudgets gegliedert. Je nach Betrachtungsebene ergeben sich jeweils unterschiedliche Anteile am BIP (**Abb. B1- 5A**).

8,4% des BIP für Bildung, Forschung, Wissenschaft

Nach dem Budget wurden in Deutschland 2007 204,1 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Das waren 8,4% des BIP. Davon entfielen 147,8 Milliarden Euro auf Bildung (**Tab. B1-1A**, **Tab. B1-2A**). In der Gesamtbetrachtung stiegen die Bildungsausgaben unterproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung. Während 1995 6,8% des BIP für Bildung aufgewendet wurden, entsprachen die Bildungsausgaben 2007 noch 6,1% des BIP. Wären auch im Jahr 2007 wie 1995 6,8% des BIP für Bildung aufgewendet worden, hätten dem Bildungsbereich rund 13 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestanden.

Steigerung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP auf 6,2% im Jahr 2008

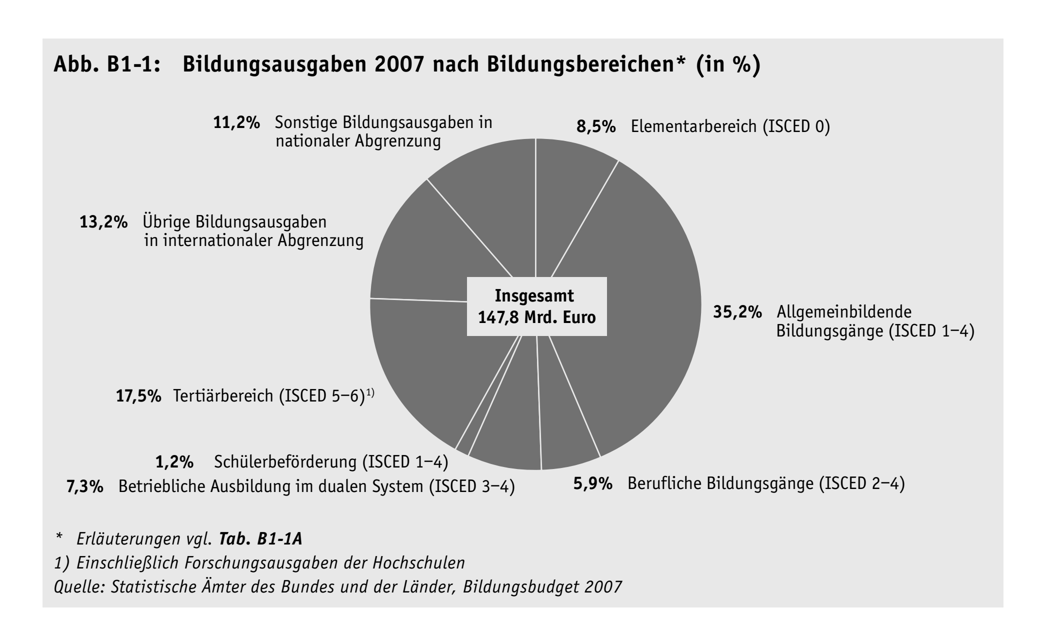
Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Bildungsausgaben 2008 überproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung. Mit 155,0 Milliarden Euro wurden 6,2% des BIP für Bildung verwendet. Aufgrund der Haushaltsplanungen des öffentlichen Bereichs und der Konjunkturprogramme werden die Bildungsausgaben weiter steigen. Da das BIP 2009 durch die Wirtschaftskrise um 5% zurückging, ist damit zu rechnen, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP 2009 deutlich über dem von 2008 liegen wird.

Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen

Bei den Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen dominiert mit großem Abstand der Schulbereich (**Abb. B1-1**, **Tab. B1-1A**). Im Jahr 2007 wurden für allgemeinbildende Bildungsgänge 52,0 Milliarden Euro, für berufliche Bildungsgänge (ohne Fachschulen, Fachakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich und ohne betriebliche Ausgaben) 8,7 Milliarden Euro aufgewendet, für den Elementarbereich 12,6 Milliarden Euro.

In den einzelnen Bildungsbereichen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Während für Kindergärten, Schulen und Hochschulen das Ausgabenvolumen zwischen 1995 und 2007 gestiegen ist, wurden insbesondere die Ausgaben für Weiterbildung reduziert (**Tab. B1-2A**). In den Jahren 2007 und 2008 sind jedoch die Weiterbildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wieder um 6 bzw. 20% angestiegen (**Tab. B1-3web**).

Abb. B1-1: Bildungsausgaben 2007 nach Bildungsbereichen* (in %)



** Erläuterungen vgl.* ***Tab. B1-1A***
1) Einschließlich Forschungsausgaben der Hochschulen
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2007

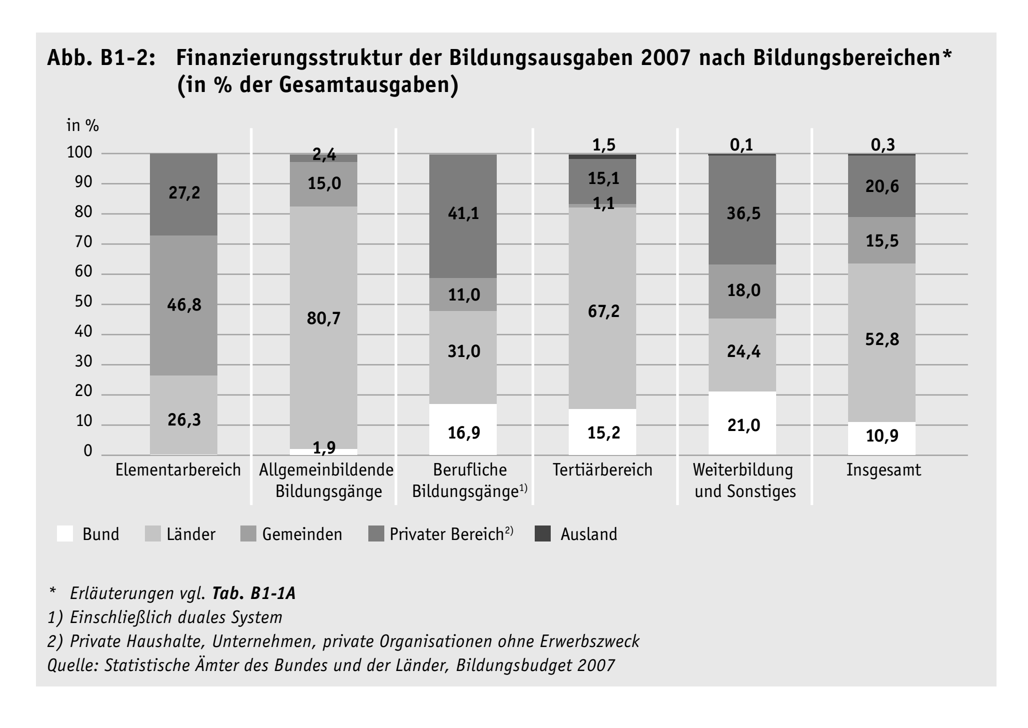
Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich geprägt durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot, während im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt sind.

Öffentliche Haushalte finanzieren vier Fünftel der Bildungsausgaben

Rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben wurden 2007 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Fünftel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland. Der Bund finanzierte verteilt über alle Bildungsbereiche 11% der Bildungsausgaben. Auf die Länder entfielen 53%, auf die Gemeinden 15% (**Abb. B1-2**, **Tab. B1-1A**). Vor allem im Elementarbereich spielt die Finanzierung durch die Gemeinden mit 47% eine große Rolle. Während Schulen und Hochschulen in erster Linie vom Staat finanziert werden, ist die Weiterbildung in wesentlichen Teilen privat finanziert. Die für Teilbereiche

Abb. B1-2: Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben 2007 nach Bildungsbereichen* (in % der Gesamtausgaben)



** Erläuterungen vgl.* ***Tab. B1-1A***
1) Einschließlich duales System
2) Private Haushalte, Unternehmen, private Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2007

verfügbaren Informationen zeigen, dass die Weiterbildungsbudgets Anfang des Jahrzehnts deutlich gekürzt wurden, sich in den letzten Jahren aber stabilisiert haben.

Weiterbildungsausgaben nach SGB II und SGB III 2008 bei 2,7 Milliarden Euro

So werden mit der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ab 2005 bildungsbezogene Maßnahmen zum einen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (SGB II) und zum anderen durch die Bundesagentur für Arbeit (SGB III)Ⓜ finanziert. Gemeinsam gaben sie im Jahr 2006 für berufliche Weiterbildung 2,2 Milliarden Euro aus. In den Jahren 2007 und 2008 wurden 2,3 bzw. 2,7 Milliarden Euro bereitgestellt (**Tab. B1-3web**). Die direkten Ausgaben der UnternehmenⓂ, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften für betriebliche Weiterbildung beliefen sich in den Jahren 2007 und 2008 auf jeweils rund 8,3 Milliarden Euro (**Tab. B1-1A**). Auch die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für WeiterbildungⓂ stagnierten in den letzten Jahren (**Tab. B1-4web**).

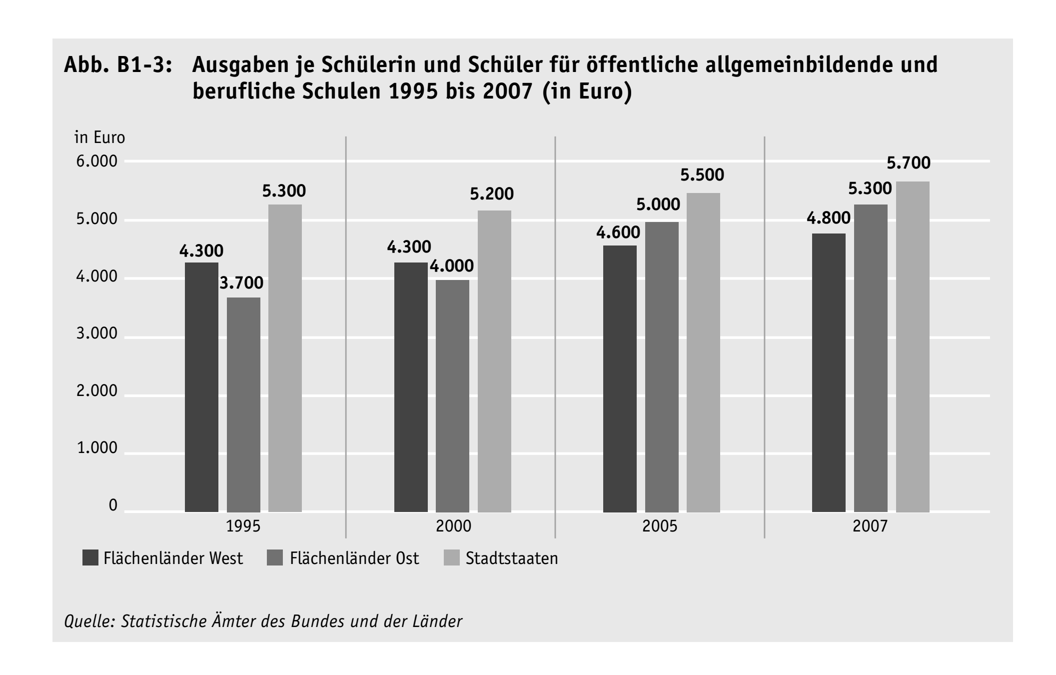
Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Die jährlichen Ausgaben je BildungsteilnehmerⓂ unterscheiden sich zwischen den Bildungseinrichtungen erheblich. In der dualen Ausbildung wurde 2007 je Teilnehmer im Bundesdurchschnitt mit 8.200 Euro rund doppelt so viel aufgewendet wie für einen Grundschüler (4.200 Euro) (**Tab. B1-5web**). Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Kosten der dualen Ausbildung sowohl die Kosten der berufsschulischen als auch der betrieblichen Ausbildung enthalten, und dass die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer in den einzelnen Bereichen von den jeweiligen Besoldungs- und Gehaltsstrukturen der Lehrenden, den Betreuungsrelationen, der Unterrichtsdauer, dem Betreuungsumfang sowie den Unterschieden in den Lehrverpflichtungen der Lehrkräfte und der Entwicklung der Teilnehmerzahlen beeinflusst werden.

Ausgaben je Schüler in Ostdeutschland deutlich gestiegen

Aufgrund der demografischen Entwicklung sowie bildungs- und finanzpolitischer Entscheidungen stiegen die Ausgaben je Schüler von 4.300 Euro im Jahr 1995 auf 5.000 Euro im Jahr 2007 (**Tab. B1-6web**). Während in den Flächenländern West und in den Stadtstaaten nicht einmal die Preisveränderungen ausgeglichen wurden, erhöhten sich die durchschnittlichen Ausgaben je Schülerin und Schüler wegen der deutlich geringeren Schülerzahlen in den östlichen Flächenländern von 3.700 Euro 1995 auf 5.300 Euro im Jahr 2007 (**Abb. B1-3**). In konstanten Preisen gingen die Ausgaben

Abb. B1-3: Ausgaben je Schülerin und Schüler für öffentliche allgemeinbildende und berufliche Schulen 1995 bis 2007 (in Euro)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

je Schülerin und Schüler im früheren Bundesgebiet um 7% zurück, während sie in den östlichen Flächenländern real um 17% gesteigert wurden. Die Steigerung in Ostdeutschland ist primär darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben unterproportional zur Entwicklung der Schülerzahlen reduziert worden sind.

Finanzausstattung im internationalen Vergleich

Aufwendungen je Bildungsteilnehmer insgesamt über OECD-Durchschnitt

Die aktuellsten Vergleichsdaten zu den Bildungsfinanzen der OECD-Staaten beziehen sich auf das Jahr 2006. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2006 mit einem BIP-Anteil von 4,8% weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten (OECD-Durchschnitt 5,7%)[1] (**Tab. B1-7web**). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anteil der jüngeren Altersgruppen, die üblicherweise Schulen und Hochschulen besuchen, in Deutschland geringer ist als in vielen anderen OECD-Staaten.

Die absoluten Bildungsausgaben pro Teilnehmer vom Primar- bis Tertiärbereich lagen 2006 in Deutschland kaufkraftbereinigt mit 7.900 US-Dollar leicht über dem OECD-Durchschnitt (7.800 US-Dollar) (**Tab. B1-8web**).

Allerdings bestanden zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede. Die Ausgaben je Teilnehmer im Primarbereich und im allgemeinbildenden Sekundarbereich I waren niedriger als im OECD-Durchschnitt, während in den beruflichen Bildungsgängen und im Tertiärbereich je Bildungsteilnehmer in Deutschland mehr ausgegeben wurde.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben
Bildungsausgaben umfassen Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträgen), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich aktiven Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft
Das Bildungsbudget betrachtet in einer Gesamtschau Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche in nationaler Abgrenzung (Änderung der Methodik gegenüber dem Bildungsbericht 2008). Im Bildungsbericht werden die Finanzierungsbeiträge der Gebietskörperschaften unter Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs („Initial Funds“) dargestellt – siehe Details dazu im Bildungsfinanzbericht 2009.

Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales umfassen insbesondere die Zuschüsse an Träger von Bildungsmaßnahmen zu den Kosten der beruflichen Weiterbildung sowie die Zahlungen von Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld an Teilnehmer von Weiterbildungsmaßnahmen.

Ausgaben der Unternehmen (für betriebliche Weiterbildung)
Datenquelle ist die CVTS. Einbezogen werden die Kosten der internen und externen Weiterbildungskurse abzüglich der Zuwendungen durch öffentliche oder andere Einrichtungen. Nicht einbezogen werden die Personalausfallkosten (Arbeitskosten durch die Teilnahme bzw. Teilnehmer an Weiterbildungskursen).

Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Weiterbildung
Die Ausgaben umfassen die des Bundes (ohne Bundesagentur für Arbeit), der Länder und der Gemeinden und sind entsprechend den Aufgabenbereichen der Haushaltssystematiken abgegrenzt. Als Grundmittel werden diejenigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte bezeichnet, die den Einrichtungen oder Bereichen von ihrem Träger zur Verfügung gestellt werden.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer in ausgewählten Bildungseinrichtungen
Vgl. Erläuterungen zu **Tab. B1-5web**

---

1 *In dieser Kennzahl werden nur direkte Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, betriebliche Ausbildung, Hochschulen) abgebildet. Nicht Gegenstand dieser Kennzahl sind somit die Ausgaben für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen (0,2% des BIP), die öffentlichen Ausgaben für BAföG, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmer und dergleichen (BIP-Anteil 0,5%) sowie die Ausgaben für Weiterbildung, Krippen, Horte und weitere Bildungsangebote (BIP-Anteil 0,7%).*

B2 Bildungsbeteiligung

Bildung bzw. Lernen kann in verschiedenen Formen an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Lebensabschnitten stattfinden. Wie im Bildungsbericht 2008 wird zunächst die Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht dargestellt. Der internationale Vergleich geht vor allem auf das Erreichen der EU-Benchmark bezüglich der frühen Schulabgänger ein.

Struktur der Bildungsbeteiligung in Deutschland

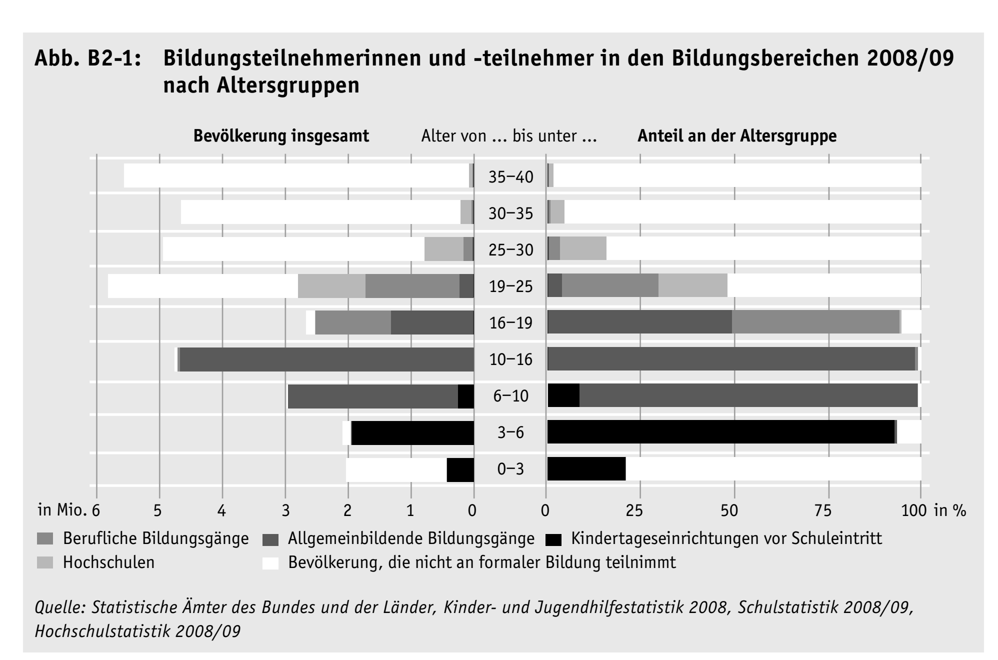
Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer weiterhin rückläufig, steigende Teilnehmerzahl bei den unter 3-Jährigen

Rund 16,6 Millionen Personen besuchten im Schuljahr 2008/09 Bildungsangebote in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen Ⓜ sowie Hochschulen. Das waren im Vergleich zum Schuljahr 2005/06 rund 370.000 Personen weniger. Allerdings hat sich die Teilnehmerzahl in den einzelnen Bildungsbereichen aufgrund der demografischen Entwicklung und politischer Maßnahmen unterschiedlich entwickelt (**Abb. B2-1**, **Tab. B2-1A**, **Tab. B2-3A**). So ist z. B. im Vergleichszeitraum die Anzahl der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen deutlich gestiegen (vgl. **C**).

Kontinuierlicher Anstieg in privaten Bildungseinrichtungen, vor allem im Primar- und Tertiärbereich

Die Entwicklung der Anzahl der Bildungsteilnehmer spielt eine wichtige Rolle für Kapazitätsplanungen und für die Verteilung der Mittel zwischen den Bildungsbereichen. Insgesamt besuchten 2008/09 weniger Personen eine Bildungseinrichtung als 1995/96. Die Teilnehmerzahlen des Primar- und Sekundarbereichs I gingen aufgrund der demografischen Entwicklung zurück, während mehr Personen infolge von Änderungen im Bildungsverhalten Einrichtungen des Sekundarbereichs II und des Tertiärbereichs besuchten. Bemerkenswert ist, dass die Teilnehmerzahl in Einrichtungen in freier Trägerschaft seit 1995/96 um rund 470.000 (+22%) gestiegen ist, während im gleichen Zeitraum die Anzahl der Personen in öffentlichen Bildungseinrichtungen um fast 720.000 zurückging. Vor allem im Tertiärbereich (+80%) und im Primarbereich (+72%) hat der Besuch von Einrichtungen in freier Trägerschaft zugenommen. Der Primarbereich verzeichnet gleichzeitig den stärksten Rückgang der Teilnehmerzahl in öffentlichen Bildungseinrichtungen (**Abb. B2-2**, **Tab. B2-2A**).

Abb. B2-1: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Bildungsbereichen 2008/09 nach Altersgruppen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2008, Schulstatistik 2008/09, Hochschulstatistik 2008/09

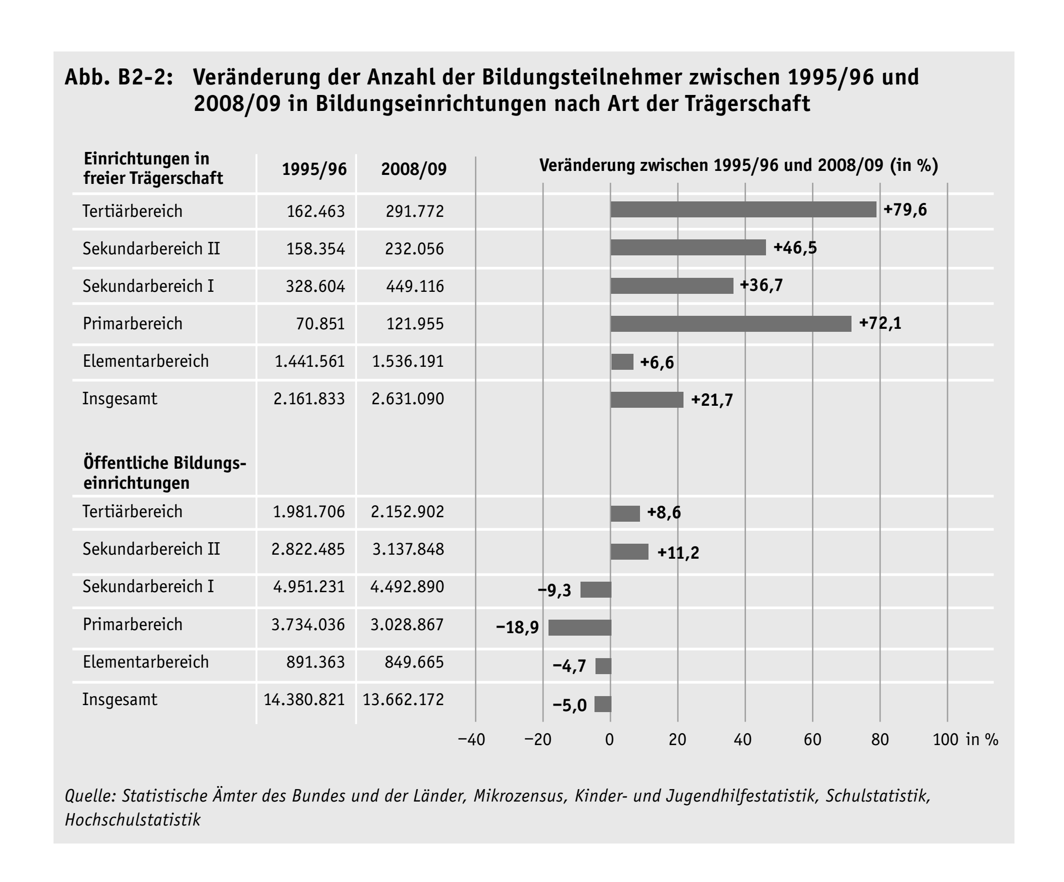


Abb. B2-2: Veränderung der Anzahl der Bildungsteilnehmer zwischen 1995/96 und 2008/09 in Bildungseinrichtungen nach Art der Trägerschaft

Einrichtungen in freier Trägerschaft	1995/96	2008/09	Veränderung zwischen 1995/96 und 2008/09 (in %)
Tertiärbereich	162.463	291.772	+79,6
Sekundarbereich II	158.354	232.056	+46,5
Sekundarbereich I	328.604	449.116	+36,7
Primarbereich	70.851	121.955	+72,1
Elementarbereich	1.441.561	1.536.191	+6,6
Insgesamt	2.161.833	2.631.090	+21,7
Öffentliche Bildungseinrichtungen			
Tertiärbereich	1.981.706	2.152.902	+8,6
Sekundarbereich II	2.822.485	3.137.848	+11,2
Sekundarbereich I	4.951.231	4.492.890	–9,3
Primarbereich	3.734.036	3.028.867	–18,9
Elementarbereich	891.363	849.665	–4,7
Insgesamt	14.380.821	13.662.172	–5,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik

Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund

Mit Blick auf die Integration von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland kommt einer qualifizierten Ausbildung eine wichtige Rolle zu. Es zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund in den Altersjahren gegen und nach Ende der Schulpflicht fast genauso häufig an Bildungsmaßnahmen teilnehmen wie Personen ohne Migrationshintergrund (**Abb. B2-3**, **Tab. B2-4web**). Allerdings sind Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen festzustellen. So weisen türkischstämmige Personen eine geringere Bildungsbeteiligung auf, vor allem in der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen.



Abb. B2-3: Bildungsbeteiligungsquoten M 2008 nach ausgewählten Altersgruppen und Migrationshintergrund (in %)

	16 bis unter 20 Jahre	20 bis unter 25 Jahre	25 bis unter 30 Jahre
Ohne Migrationshintergrund	90,3	46,8	19,0
Mit Migrationshintergrund	88,4	45,4	18,0
Nach Herkunftsregion			
Deutsche m. Migrationshintergrund[1)]	90,0	48,1	20,6
Türkei	85,4	37,1	9,0
Sonstige ehemalige Anwerbestaaten	88,7	40,6	12,7
Sonstige EU-27-Staaten	90,6	49,8	20,8
Sonstige europäische Staaten	88,4	45,4	17,7
Sonstige Nicht-EU-Staaten	89,2	50,6	26,7

1) Z.B. Spätaussiedler
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich

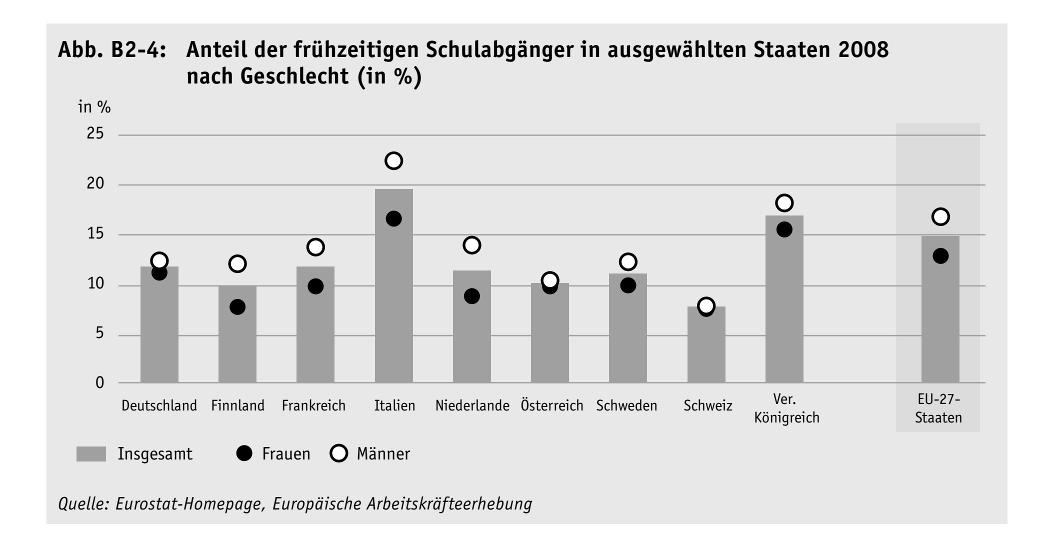
Überdurchschnittliche Bildungsbeteiligung der 15- bis unter 25-Jährigen in Deutschland im internationalen Vergleich

Der internationale Vergleich zeigt, dass in Deutschland sowohl die 15-bis unter 20-Jährigen als auch die 20-bis unter 25-Jährigen eine hohe Bildungsbeteiligung aufweisen. Bei den 15- bis unter 20-Jährigen können nur die Niederlande eine höhere Bildungsbeteiligung verzeichnen. Diese hohe Teilnahmequote in Deutschland ist wesentlich auf das duale Berufsbildungssystem zurückzuführen. Die Bildungsbeteiligung der 20- bis unter 25-Jährigen nimmt abweichend vom europäischen Trend seit 2005 in Deutschland weiter zu. Sie wird im Wesentlichen durch die relative Bedeutung der Hochschulausbildung sowie der beruflichen Bildung geprägt, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten vielfach später abgeschlossen wird. Nur Finnland, die Niederlande und Schweden können eine höhere Teilnahmequote verzeichnen. Während sich die Quoten für Männer und Frauen in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz kaum unterscheiden, haben Frauen in den meisten Vergleichsstaaten eine deutlich höhere Bildungsbeteiligung als Männer (**Tab. B2-5web**).

Frühzeitige Schulabgänger: Deutschland weiterhin auf geringem Niveau, Zielwert aber noch nicht erreicht

Hohe Bildungsbeteiligungsquoten gehen tendenziell mit einem niedrigen Anteil an frühzeitigen Schulabgängern Ⓜ einher. Frühzeitige Schulabgänger gelten als potenzielle Risikogruppe im Hinblick auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre Teilhabe in der Wissensgesellschaft. Das Ziel, im Jahr 2010 auf EU-Ebene höchstens 10% frühzeitige Schulabgänger zu haben, wurde bisher nicht erreicht und wird jetzt für 2020 angestrebt. Es ist daher wichtig, die Gruppe der frühzeitigen Schulabgänger wieder am Bildungsprozess zu beteiligen, damit sie mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II erwerben. Der Anteil der frühzeitigen Schulabgänger liegt in Deutschland bei 12% und damit deutlich unter dem EU-Mittelwert von 15% (**Abb. B2-4**, **Tab. B2-6web**).

Abb. B2-4: Anteil der frühzeitigen Schulabgänger in ausgewählten Staaten 2008 nach Geschlecht (in %)



Quelle: Eurostat-Homepage, Europäische Arbeitskräfteerhebung

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Allgemeinbildende und berufliche Bildungsgänge
Zu den allgemeinbildenden Bildungsgängen zählen allgemeinbildende Schularten sowie berufliche Schularten, an denen primär allgemeinbildende Schulabschlüsse erworben werden (vgl. Glossar).

Bildungsbeteiligungsquote
Für diese Quote wird die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in einer bestimmten Altersgruppe auf die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe bezogen.

Frühzeitige Schulabgänger
In der Europäischen Union bezeichnet man als frühzeitige Schulabgänger alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungen teilnehmen (vgl. Glossar: Abschlüsse).

B3 Bildungsstand der Bevölkerung

Der Bildungsstand der Bevölkerung wird anhand von erreichten Bildungsabschlüssen betrachtet, welche die Zugangsmöglichkeiten zu weiterführenden Ausbildungsgängen sowie die Erwerbschancen und beruflichen Entwicklungswege maßgeblich bestimmen. Ein hoher Bildungsstand verbessert die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Darstellung knüpft an den Bildungsbericht 2008 an, die Entwicklung des Bildungsstands der Eltern schulpflichtiger Kinder wird als neue Akzentuierung aufgenommen.

Bildungsabschlüsse in ausgewählten Altersgruppen

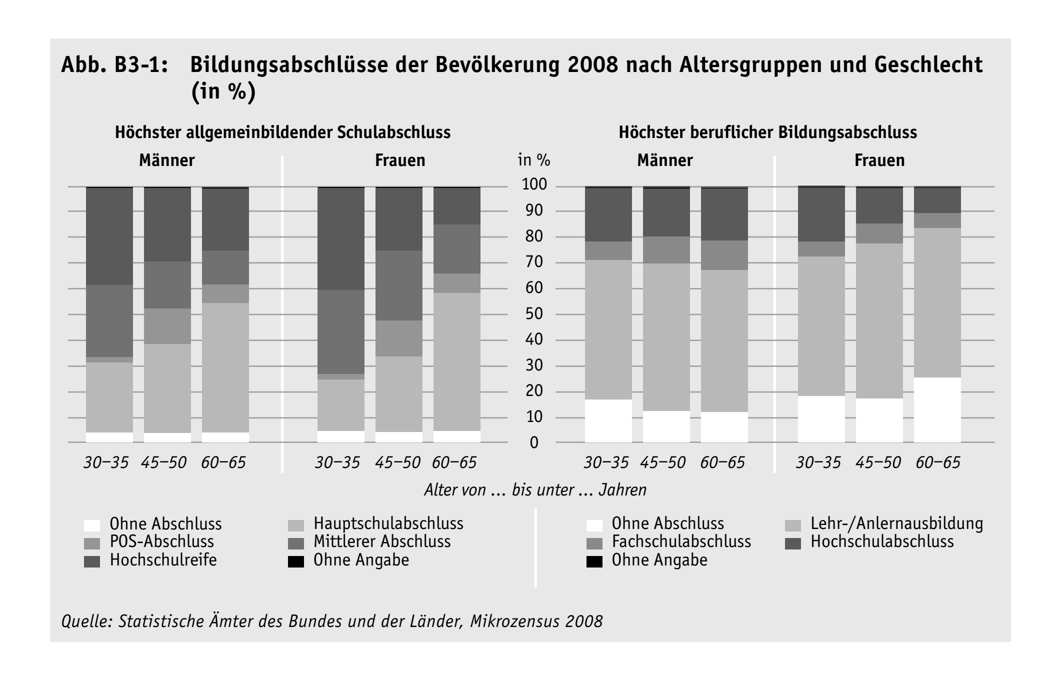
Trend zur Hochschulreife hält an

Ein Kohortenvergleich zwischen drei Altersgruppen zeigt die Entwicklung des Bildungsstands im Zeitverlauf, wobei sich die bereits im Bildungsbericht 2008 dargestellten Trends weiter fortsetzen (**Abb. B3-1**, **Tab. B3-1A**). Die jüngeren Alterskohorten erwerben häufiger die Hochschulreife als ältere. Dagegen verliert der Hauptschulabschluss deutlich an Bedeutung. So hatten 2008 39% der 30- bis unter 35-Jährigen die Hochschulreife und 24% einen Hauptschulabschluss. Bei den 60- bis unter 65-Jährigen sind es 19 bzw. 52%. Eine Erhöhung des Bildungsstands nach Altersgruppen ist insbesondere bei Frauen zu beobachten: Der Anteil der Frauen mit Hochschulreife steigt fast doppelt so stark wie bei den Männern. Im Ländervergleich weisen die ostdeutschen Länder die geringsten Anteile, die Stadtstaaten die höchsten Anteile von Personen mit Hochschulreife auf (**Tab. B3-3A**).

Starker Anstieg der Hochschulabschlüsse bei Frauen

Der Vergleich der beruflichen Abschlüsse der Bevölkerung zeigt zwischen den 30- bis unter 35-Jährigen und den 60- bis unter 65-Jährigen einen Anstieg des Anteils der Personen mit Hochschulabschluss um 6 Prozentpunkte (**Tab. B3-2A**). Dies ist insbesondere auf das veränderte Bildungsverhalten von Frauen zurückzuführen. 30- bis unter 35-jährige Frauen haben mehr als doppelt so häufig einen Hochschulabschluss wie 60- bis unter 65-jährige, während bei Männern kaum ein Anstieg zu beobachten ist. 2008 verfügten in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen jeweils 21% der Frauen und 21% der Männer über einen Hochschulabschluss. Auffallend ist, dass in der

Abb. B3-1: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung 2008 nach Altersgruppen und Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Nur etwa die Hälfte der Studienberechtigten erreicht einen Studienabschluss

Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen 39% der Personen die Hochschulreife, aber nur 21% einen Hochschulabschluss erreicht haben. Ein großer Teil der 30-bis unter 35-Jährigen hat also trotz Studienberechtigung kein Hochschulstudium aufgenommen bzw. erfolgreich beendet. Gleichzeitig liegt der Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss bei den jüngeren Alterskohorten deutlich über dem der Personen im mittleren Alter. Bei den 30- bis unter 35-Jährigen ist der Anteil der Männer ohne beruflichen Bildungsabschluss mit 17% 2008 deutlich höher als bei den 60- bis unter 65-Jährigen (12%). Bei Frauen zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Hier weisen 60- bis unter 65-Jährige einen deutlich höheren Anteil ohne beruflichen Abschluss auf als 30- bis unter 35-Jährige. In Ostdeutschland ist der Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss deutlich niedriger als in Westdeutschland (**Tab. B3-4A**).

Anteil der Männer ohne beruflichen Abschluss in jüngeren Altersgruppen deutlich höher

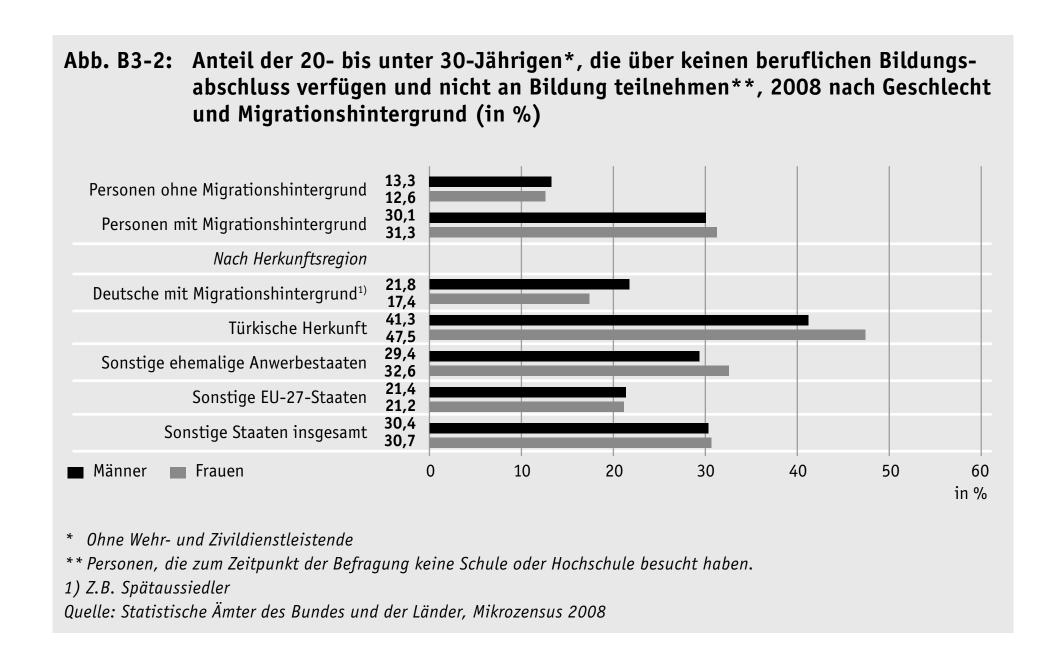
Bildungsabschlüsse nach Migrationshintergrund

Wie schon im Bildungsbericht 2008 dargestellt, weisen Personen ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt einen höheren Bildungsstand auf als Personen mit Migrationshintergrund (**Tab. B3-5web**, **Tab. B3-6web**). Am deutlichsten ist der Unterschied bei Personen ohne allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschluss. Während 1,5% der Personen ohne Migrationshintergrund über keinen allgemeinen Abschluss verfügen, sind es bei Personen mit Migrationshintergrund 13%. Beim beruflichen Bildungsabschluss ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die keinen beruflichen Abschluss haben, mit 39% sogar gut 27 Prozentpunkte höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Große Unterschiede des Bildungsstands von Personen mit Migrationshintergrund zwischen den Herkunftsregionen

Bei den 20- bis unter 30-Jährigen verfügten 2008 17 % weder über einen beruflichen Bildungsabschluss, noch nahmen sie an Bildungsmaßnahmen teil. Unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es sogar 31% (**Tab. B3-7web**, **Tab B3-8web**). Dieser hohe Anteil ist vor allem auf die Herkunftsregionen Türkei und sonstige ehemalige Anwerbestaaten zurückzuführen, und hierbei insbesondere auf Frauen (**Abb. B3-2**). Im Vergleich zum Bildungsbericht 2008 ist zu beobachten, dass der Anteil der 20-bis unter 30-Jährigen mit Migrationshintergrund, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen und sich nicht in Bildung befinden, abgenommen hat, insbesondere bei türkischstämmigen Migranten.

Abb. B3-2: Anteil der 20- bis unter 30-Jährigen*, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen und nicht an Bildung teilnehmen, 2008 nach Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)**



* Ohne Wehr- und Zivildienstleistende
** Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung keine Schule oder Hochschule besucht haben.
1) Z.B. Spätaussiedler
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Der Bildungsstand der Elterngeneration im Zeitvergleich

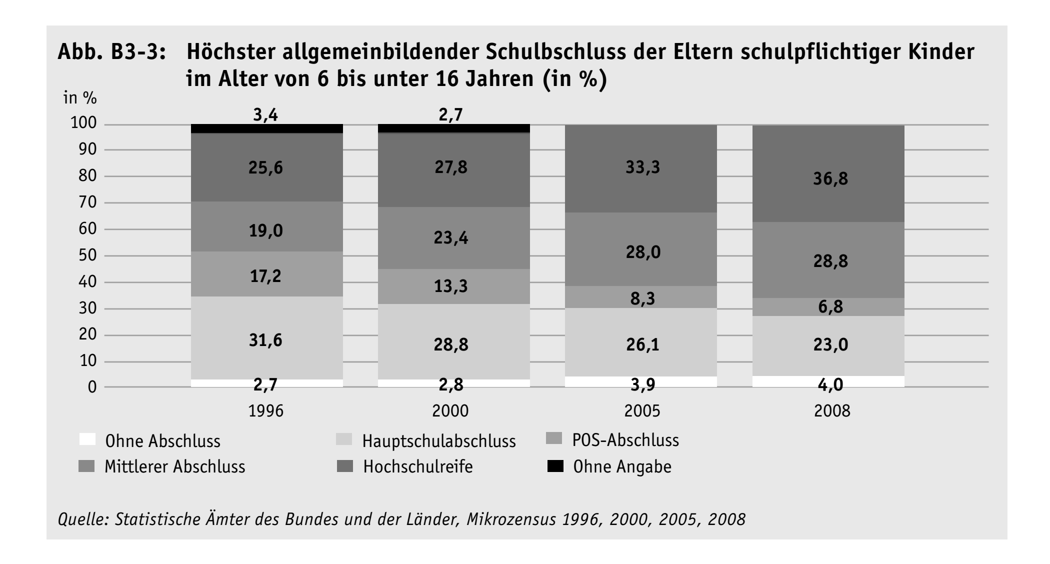
Im Vergleich zu 1996: höherer Anteil von Kindern in Familien mit Hochschulreife ...

Der Bildungsstand der Eltern schulpflichtiger Kinder Ⓜ ist 2008 deutlich höher als 1996 (**Abb. B3-3**, **Tab. B3-9web**). 2008 leben über ein Drittel der schulpflichtigen Kinder in Familien, in denen ein Elternteil die Hochschulreife besitzt, während ein Viertel in Familien lebt, in denen kein Elternteil einen höheren Bildungsabschluss als den Hauptschulabschluss aufweist. Dies bedeutet eine Umkehr der Verhältnisse von 1996. Ursächlich hierfür ist der anhaltende Anstieg des Bildungsstands der jüngeren Bevölkerungsgruppen.

... aber steigender Anteil von Kindern, die in Familien ohne Schulabschluss aufwachsen, vor allem in den Ballungsräumen

Auffallend ist allerdings, dass im gleichen Zeitraum der Anteil der Kinder in Familien ohne allgemeinen Schulabschluss von 2,7 auf 4% gestiegen ist. Dieser Anstieg ist vor allem in den Ballungsräumen zu beobachten. Während 1996 in den Ballungsräumen 5,7% der Kinder in Familien lebten, in denen kein Elternteil einen Schulabschluss erworben hatte, waren dies 2008 8,3%. Die Steigerung dieses Anteils ist zwischen 1996 und 2008 in den Ballungsräumen mehr als 2,5-mal so hoch wie in den übrigen Stadt- bzw. Landkreisen.

Abb. B3-3: Höchster allgemeinbildender Schulbschluss der Eltern schulpflichtiger Kinder im Alter von 6 bis unter 16 Jahren (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 1996, 2000, 2005, 2008

Bildungsabschlüsse im internationalen Vergleich

Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem Tertiärabschluss im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich

Während 74% der 20- bis unter 25-Jährigen einen Abschluss des Sekundarbereichs II besitzen, sind es in der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen 85%. Damit liegt Deutschland 2008 bei den Jüngeren unter dem EU-Mittel, in der älteren Gruppe darüber (**Tab. B3-10web**, **Tab. B3-11web**). Einen Tertiärabschluss erreichten in Deutschland 28% und im EU-Durchschnitt 31% der 30- bis unter 35-Jährigen. Angesichts der geringen Steigerung in Deutschland seit 2002 bedarf es besonderer Anstrengungen, um den EU-Zielwert von 40% bis 2020 zu erreichen (**Abb. B3-4web**).

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Bildungsstand von Eltern schulpflichtiger Kinder

Betrachtet werden ledige Kinder in der Familie bzw. Lebensform zwischen 6 und unter 16 Jahren in den Erhebungen des Mikrozensus 1996, 2000, 2005 und 2008. Betrachtet wird hierbei der höchste allgemeinbildene Abschluss in der Familie/Lebensform. Die Untersuchung stützt sich auf das Konzept der Lebensformen, das seit 1996 im Mikrozensus verfolgt wird. Datensatzerweiterungen, die in den Jahren 1996 und 2000 noch nicht vorlagen, wurden nachträglich konstruiert.

B4 Bildungspersonal

Dem Bildungspersonal(M) kommt für die erfolgreiche Gestaltung von Bildungsprozessen, für die damit verbundenen Ergebnisse (erworbene Abschlüsse, Kompetenzen) sowie für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems eine entscheidende Bedeutung zu. Um das im Bildungswesen tätige Personal über die Bildungsbereiche hinweg vergleichbar darstellen zu können, wurde eine Bildungspersonalrechnung(M) aufgebaut.

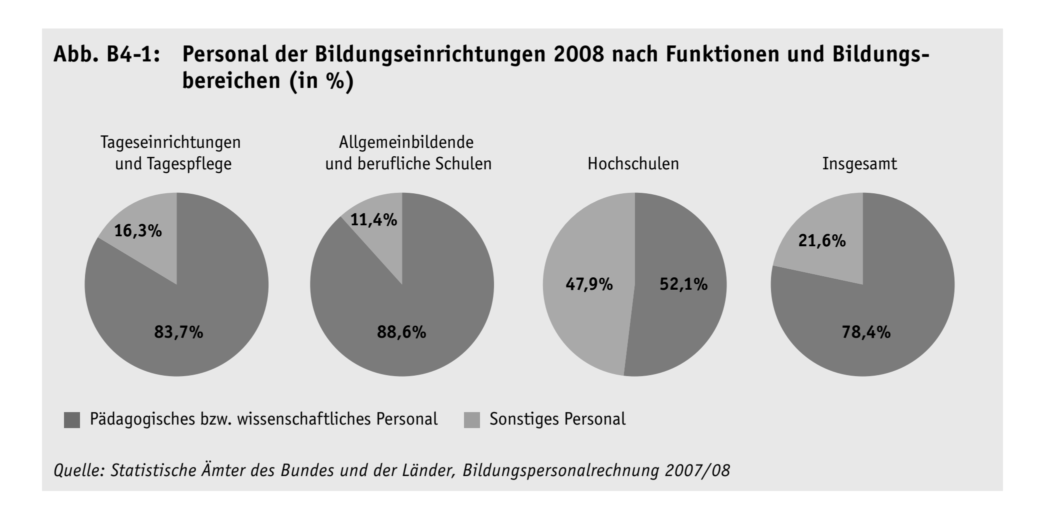
Im Folgenden wird zunächst die Verteilung des Bildungspersonals nach Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang dargestellt. Um Strukturunterschiede aufzuzeigen, wird erstmals die Entwicklung der Betreuungsrelation in ausgewählten Bildungsbereichen betrachtet. Zudem wird auf überwiegend pädagogisch tätige Personen außerhalb des formalen Bildungswesens eingegangen, um die Pädagogisierung dieser Bereiche zu erfassen.

Personal der Bildungseinrichtungen im Überblick

Gut zwei Millionen Beschäftigte an Kindertageseinrichtungen, Schulen und Hochschulen

Gut zwei Millionen Personen waren im Jahr 2008 in Kindertageseinrichtungen, als Tagespflegepersonen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (einschließlich Schulen des Gesundheitswesens) sowie an Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) beschäftigt (**Tab. B4-1A**). Das waren 5,2% aller Erwerbstätigen. 22% der Beschäftigten von Bildungseinrichtungen sind nicht als pädagogisches bzw. wissenschaftliches Personal tätig (**Abb. B4-1**). Dieser Anteil reduzierte sich im Vergleich zu 2006 geringfügig, vor allem im Hochschulbereich, der mit fast 50% den höchsten Anteil von sonstigem Personal verzeichnet. Dieser hohe Anteil ist insbesondere auf das Pflegepersonal an Universitätskliniken zurückzuführen. Während das pädagogische Personal in Kindertageseinrichtungen und Schulen nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben erfüllt, nimmt das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen in beträchtlichem Umfang Forschungsaufgaben wahr.

Abb. B4-1: Personal der Bildungseinrichtungen 2008 nach Funktionen und Bildungsbereichen (in %)

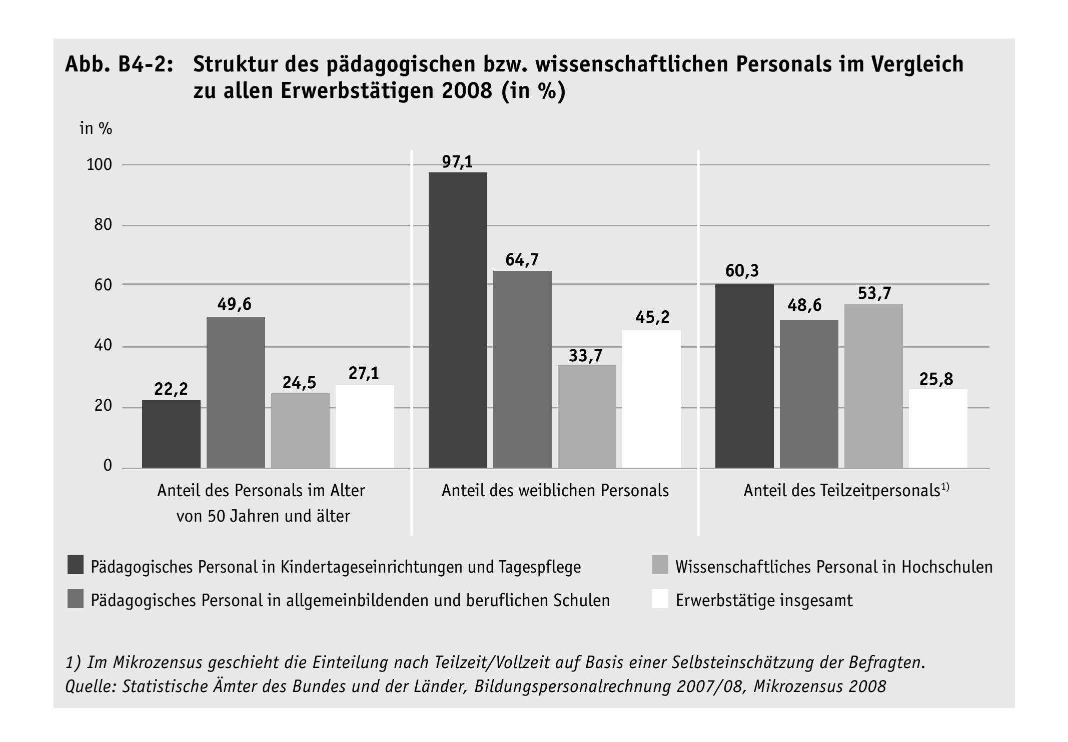


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08

Altersstruktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals

Der Anteil des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals im Alter von 50 Jahren und älter ist mit knapp 40% deutlich höher als der Anteil dieser Altersgruppe an allen Erwerbstätigen (27%) (**Abb. B4-2**, **Tab. B4-2A**).

Abb. B4-2: Struktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2008 (in %)



1) Im Mikrozensus geschieht die Einteilung nach Teilzeit/Vollzeit auf Basis einer Selbsteinschätzung der Befragten.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08, Mikrozensus 2008

Hoher Ersatzbedarf an Personal für Schulen in Ost und West

Mit dem altersbedingten Ausscheiden eines erheblichen Teils des pädagogischen Personals aus dem aktiven Dienst entsteht in den nächsten Jahren beträchtlicher Ersatzbedarf bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an denen die Hälfte des pädagogischen Personals 50 Jahre und älter ist. Dabei ist auch der demografiebedingte Rückgang der Schülerschaft zu berücksichtigen (vgl. **H**). Der altersbedingte Ersatzbedarf in den Schulen ist in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland, wobei der Anteil der Altersgruppe 50 Jahre und älter seit 2006 im Osten zugenommen hat, während im Westen der Anteil zurückgegangen ist. In den Kindertageseinrichtungen ist der Anteil dieser Altersgruppe am pädagogischen Personal mit 22% im Vergleich zu allen Erwerbstätigen (27%) und vor allem im Vergleich zum Schulbereich (50%) deutlich geringer. Allerdings ist hier seit Jahren eine Steigerung des Anteils an älterem Personal in allen Ländern zu beobachten.

Im gesamten Bildungswesen verzeichnet Deutschland im internationalen Vergleich hinter Italien (52%) und Schweden (43%) mit 42% im Jahr 2007 den dritthöchsten Anteil von pädagogischem bzw. wissenschaftlichem Personal im Alter von 50 Jahren und älter (**Tab. B4-4web**). Während in Italien nahezu alle Bildungsbereiche einen Anteil von 50% oder mehr an älterem Personal aufweisen, ist die Situation in Deutschland im Elementar- (20%) und Tertiärbereich (29%) deutlich günstiger. Neben Unterschieden in der Einstellungspolitik für Lehrkräfte wirken sich unterschiedliche Ausbildungszeiten und das damit einhergehende Eintrittsalter ins Erwerbsleben sowie unterschiedliche Altersgrenzen und Regelungen für den Renteneintritt auf die Altersstruktur aus.

Pädagogisches bzw. wissenschaftliches Personal nach Geschlecht

Rund 68% des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals waren 2008 Frauen, im Vergleich zu 45% an den Erwerbstätigen insgesamt (**Abb. B4-2**, **Tab. B4-3A**). Die mit Abstand höchsten Frauenanteile finden sich im Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege, wo fast ausschließlich Frauen tätig sind. Seit 2006 ist dieser Anteil allerdings in fast allen Bundesländern rückläufig. Im Bereich der allgemeinbildenden

Trotz Steigerung des Anteils: beim Hochschulpersonal sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert

und beruflichen Schulen sind zwei Drittel des Personals weiblich. Im Hochschulbereich ist das Verhältnis der Geschlechter umgekehrt, wobei seit Jahren in allen Ländern eine Steigerung des Frauenanteils feststellbar ist.

Im internationalen Vergleich haben die meisten Staaten beim pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal insgesamt höhere Frauenanteile als Deutschland. Das Muster, das sich für Deutschland abzeichnet, findet sich auch international: Je älter die Bildungsteilnehmer, desto niedriger die Frauenanteile (**Tab. B4-5web**).

Beschäftigungsumfang des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals

In Deutschland war 2008 über die Hälfte des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals in Teilzeit beschäftigt. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Bildungswesen ist im Vergleich zu allen Erwerbstätigen (26%) doppelt so hoch (**Abb. B4-2**, **Tab. B4-6web**). In Kindertageseinrichtungen ist die Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung deutlicher ausgeprägt als im Bereich der Schulen oder Hochschulen. Im Vergleich zu 2006 hat in allen Bildungsbereichen die Teilzeitbeschäftigung zugenommen (im Gegensatz zu ihrem Anteil bei allen Erwerbstätigen), am deutlichsten bei den Hochschulen. Die Teilzeitbeschäftigung in Tageseinrichtungen und Schulen hat zum Teil bereichsspezifische Ursachen (z. B. Halbtagskindergärten, Anpassung des Personals an Schülerrückgang). Aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und andere persönliche Aspekte sind wichtige Gründe für die Übernahme einer Teilzeitbeschäftigung.

Steigender Anteil an Teilzeitbeschäftigung im Bildungswesen

Im internationalen Vergleich gehört Deutschland mit über 50% zur Gruppe der Staaten mit den höchsten Anteilen an Teilzeitbeschäftigten im Bildungsbereich. Nur die Schweiz und die Niederlande verzeichnen höhere Niveaus. Dagegen sind in Portugal, Zypern, der Türkei und Italien mindestens 90% der im Bildungswesen tätigen Personen vollzeitbeschäftigt (**Tab. B4-7web**).

Betreuungsrelationen in Schule und Hochschule

Betreuungsrelationen Ⓜ verdeutlichen die Ausstattung der Bildungsbereiche mit Personalressourcen in Relation zur Anzahl der Bildungsteilnehmer. Sie lassen sich auch als wichtige Prozessindikatoren verstehen, da die Bildungsteilnehmer in der Regel bei einem niedrigen Betreuungsverhältnis bessere Möglichkeiten der individuellen Förderung haben. Zu beachten ist, dass die Betreuungsintensität bei jungen Bildungsteilnehmern altersbedingt höher ist und dass die Betreuungsrelation vom Umfang der Bildungszeit (z. B. Ganztags- oder Halbtagsunterricht, Zahl der Unterrichtsstunden), der Art der Bildungseinrichtung, der Klassengröße und insbesondere im Hochschulbereich von der Fächerstruktur beeinflusst wird.

Betreuungsrelation im Primar- und Sekundarbereich im Osten günstiger als im Westen

Im Zeitvergleich hat sich die Betreuungsrelation in fast allen betrachteten Bildungsbereichen leicht verringert bzw. wenig verändert (**Tab. B4-8web**). Generell ist die Betreuungsrelation im Primarbereich (18) höher als im Sekundarbereich I (15) und II (14). Dabei sind in diesen Bereichen in Ostdeutschland die Verhältnisse durchweg günstiger als in Westdeutschland. Der Rückgang der Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs und der Abwanderung zu Beginn der 1990er Jahre hat in Ostdeutschland nur zu einem unterproportionalen Abbau der Personalkapazität geführt (vgl. **H**). Im Tertiärbereich haben die ostdeutschen Länder seit 2002 ihre bessere Situation sowohl an den Universitäten als auch an Fachhochschulen weitgehend eingebüßt, da eine erhebliche Steigerung der Studierendenzahlen bei gleichzeitig im Durchschnitt nur geringem Personalzuwachs stattfand.

Pädagogische Tätigkeiten außerhalb des Bildungswesens

34% der pädagogisch tätigen Personen arbeiten außerhalb des formalen Bildungswesens

Pädagogische Tätigkeiten (M) sind nicht auf Einrichtungen des formalen Bildungswesens beschränkt. Im Jahr 2007 führten rund 2,1 Millionen Personen – ca. 5,5% aller Erwerbstätigen – überwiegend Erziehungs-, Ausbildungs- und Lehrtätigkeiten aus. Davon waren rund 724.000 (34%) außerhalb des formalen Bildungswesens tätig (**Tab. B4-9web**, **B4-10web**). Neben dem Wirtschaftszweig Erziehung und Unterricht, zu dem neben dem formalen Bildungswesen auch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung zählen, entfällt ein Großteil der pädagogisch Tätigen auf den Wirtschaftszweig Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, der teilweise ebenfalls Einrichtungen des Bildungswesens enthält. Hier sind beispielsweise zahlreiche Erzieher und Sozialpädagogen in Kinderkrippen, der Tagespflege oder in Jugend- und Behinderteneinrichtungen tätig. Die Frauenanteile und die Anteile der pädagogisch tätigen Personen im Alter von 50 Jahren und älter sind in Wirtschaftszweigen außerhalb von Erziehung und Unterricht geringer.

Pädagogisch tätige Personen mit Migrationshintergrund

Nur 7% der pädagogisch Tätigen im formalen Bildungswesen haben einen Migrationshintergrund

Von den Personen, die pädagogische Tätigkeiten ausüben, haben 9% einen Migrationshintergrund, während 17% aller Erwerbstätigen einen Migrationshintergrund aufweisen (**Tab. B4-10web**). Bei den pädagogisch Tätigen des formalen Bildungswesens sind es 7%. Dagegen weisen rund ein Viertel der Bildungsteilnehmer einen Migrationshintergrund auf. Pädagogisch tätige Personen mit Migrationshintergrund stammen sowohl in den Wirtschaftszweigen Erziehung und Unterricht als auch in den übrigen Wirtschaftszweigen zum größten Teil aus den EU-27-Staaten. Die Herkunftsregion Türkei spielt mit 0,6% im Vergleich zu den Erwerbstätigen insgesamt (2,5%) eine deutlich geringere Rolle.

(M) Methodische Erläuterungen

Bildungspersonal

Bildungspersonal wird verstanden als das in Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal. Dies umfasst sowohl das pädagogische bzw. wissenschaftliche als auch das sonstige Personal.

Zum pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte in Schulen sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal in Hochschulen. Für den internationalen Vergleich (Elementarbereich) sind Zweitkräfte an Kindertageseinrichtungen, die über keinen Abschluss des Tertiärbereichs verfügen, nicht einbezogen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal in Kindertageseinrichtungen, Personal in Schulen im mittleren und einfachen Dienst sowie das Verwaltungs- und technische Personal in Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung).

Bildungspersonalrechnung

In der Bildungspersonalrechnung werden Angaben zum Bildungspersonal in einer für alle Bildungsbereiche einheitlichen und überschneidungsfreien Darstellung nachgewiesen. Derzeit umfassen die Daten das Personal in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Schulen des Gesundheitswesens, Hochschulen sowie Tagespflegepersonen. Hierfür werden Angaben aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schulstatistik, der Hochschulstatistik, der Personalstandsstatistik des öffentlichen Dienstes sowie Angaben der KMK zusammengeführt.

Betreuungsrelationen

Die Betreuungsrelationen werden berechnet, indem die Zahl der Teilnehmer an einem bestimmten Bildungsgang durch die Zahl der Betreuer (gemessen in Vollzeitäquivalenten) dividiert wird. Im Sekundarbereich II werden Schüler bzw. Lehrer an Berufsschulen einbezogen, der betriebliche Teil der dualen Ausbildung bleibt unberücksichtigt. Dementsprechend gehen die Schüler der Berufsschulen zu 40% in die Berechnung ein. Im Tertiärbereich muss die unterschiedliche Bedeutung des wissenschaftlichen Mittelbaus an Universitäten und Fachhochschulen beachtet werden. Wegen des weitgehend fehlenden akademischen Mittelbaus an Fachhochschulen fallen die Relationen deutlich ungünstiger aus. Außerdem wirken sich Unterschiede in der Fächerstruktur auf die Betreuungsrelationen aus.

Pädagogische Tätigkeiten

Im Mikrozensus wird alle vier Jahre (zuletzt 2007) erhoben, welche Tätigkeit die Erwerbstätigen schwerpunktmäßig ausüben, darunter die Kategorie „Erziehen, Ausbilden, Lehren“. Diese individuelle Perspektive ergänzt die institutionelle Perspektive der Bildungspersonalrechnung. Im Mikrozensus 2007 folgt die Zuordnung der Erwerbstätigen nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003. Die Kinderkrippen sowie die Tagespflege werden nicht dem Wirtschaftszweig „Erziehung und Unterricht“ zugeordnet, sondern dem Wirtschaftszweig „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“.

B Perspektiven

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Deutschland durch eine hohe Bildungsbeteiligung der jungen Erwachsenen aus. Dadurch werden der Bildungsstand und das Kompetenzniveau der Bevölkerung erhöht und wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Vor allem vor dem Hintergrund der sich wandelnden Anforderungsprofile und Tätigkeitsfelder durch fortschreitenden Strukturwandel und internationale Verflechtungen sollte der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss gesteigert werden.

Allerdings haben in Deutschland weniger Personen in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen einen Tertiärabschluss erworben als in vergleichbaren EU-Staaten. Dieser Anteil konnte in Deutschland in den letzten Jahren im Gegensatz zu anderen EU-Staaten nur geringfügig erhöht werden. In Deutschland schließt lediglich die Hälfte der Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung auch tatsächlich ein Hochschulstudium erfolgreich ab. Es ist daher nicht nur in einem besonderen Maße die Studierbereitschaft zu fördern, sondern auch die Studienorganisation so zu verbessern, dass ein begonnenes Studium häufiger erfolgreich abgeschlossen wird.

Da Personen ohne allgemeinbildenden oder beruflichen Abschluss in einem größeren Umfang Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, sowie auch aus Gründen der Chancengleichheit und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist es anzustreben, dass die eingeleiteten Maßnahmen zur Senkung der Schulabbrecherquote und zum Erreichen eines beruflichen Bildungsabschlusses erfolgreich weitergeführt werden.

Vor allem bildungsferne Schichten sowie Personen mit Migrationshintergrund weisen niedrigere Bildungsabschlüsse auf und erreichen häufiger keinen allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschluss. Um das Bildungspotenzial in Deutschland besser auszuschöpfen und die Anteile der Hochqualifizierten zu steigern, sind deshalb besondere Anstrengungen erforderlich, um den Bildungsstand und die Bildungsbeteiligung dieser Bevölkerungsgruppen anzuheben.

Für die Bildungsberichterstattung wird daher die Beobachtung der Chancengleichheit im Bildungswesen auch in Zukunft eine besondere Bedeutung haben.

Da die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in einem beträchtlichen Maße von den Ausgaben für Bildung und Forschung beeinflusst wird, wurde von den Regierungschefs des Bundes und der Länder beschlossen, dass bis zum Jahr 2015 in Deutschland der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10% des BIP gesteigert werden soll. In der Gesamtbetrachtung stiegen in den letzten Jahren die Bildungsausgaben unterproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung. Aufgrund der Haushaltsplanungen des öffentlichen Bereichs, der Konjunkturprogramme und des zu erwartenden Rückgangs des BIP durch die Wirtschaftskrise ist allerdings damit zu rechnen, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP steigen wird. Um die eingeleiteten Reformmaßnahmen und Ausbauprogramme (z.B. Betreuung der unter 3-Jährigen, Ganztagsschulen, Erweiterung der Hochschulkapazitäten) umzusetzen, ist es bedeutsam, dass – trotz der Budgetprobleme und der hohen Staatsverschuldung – Bund, Länder und Gemeinden die Mittel für den Bildungsbereich weiter erhöhen.

Insbesondere bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ergibt sich in den nächsten Jahren durch das altersbedingte Ausscheiden von etwa der Hälfte des pädagogischen Personals beträchtlicher Ersatzbedarf. Ob im erforderlichen Umfang qualifiziertes Personal gewonnen werden kann, hängt u.a. von der Neugestaltung der Ausbildungssysteme für das pädagogische Personal und von der Attraktivität der pädagogischen Berufe für junge Menschen, insbesondere für junge Männer, ab. Auch die Steigerung des bislang geringen Anteils der pädagogisch tätigen Personen mit Migrationshintergrund im formalen Bildungswesen sollte in Zukunft gezielter angestrebt werden, da schon heute etwa ein Viertel der Bildungsteilnehmer einen Migrationshintergrund aufweist.

Teil C Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Im letzten Jahrzehnt wurde die politische Aufmerksamkeit von Bund, Ländern und Gemeinden mit Blick auf die Kindertageseinrichtungen unübersehbar auf die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder in den ersten drei Lebensjahren gerichtet, während in den 1990er Jahren der Ausbau von Betreuungsangeboten im Kindergartenalter das alles dominierende Thema in diesem Bereich war. Im Fokus steht die Aufgabe, die Anzahl der Angebote für unter 3-Jährige (U3) in Westdeutschland deutlich zu erhöhen. In welcher Form dies geschieht, ob in Tageseinrichtungen oder Tagespflege, ist ebenso Thema dieses Kapitels wie der dafür notwendige Personaleinsatz.

Im Vergleich mit anderen Bereichen des Bildungswesens ist gegenwärtig eine besonders starke Dynamik im Kontext des U3-Ausbaus zu beobachten. Zugleich wird die Kindertagesbetreuung mit vielfältigen Erwartungen einer stärkeren frühkindlichen Bildungsförderung, insbesondere mit Blick auf den Spracherwerb, konfrontiert. Dies gilt vor allem für die wachsende Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund. Aber auch die Integration und Förderung von Kindern mit Behinderung hat in jüngster Zeit neue Bedeutung erlangt.

Neben dem Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige muss sich die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung auch der Qualifizierung des Personals stellen. Die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte sowie die Qualifizierung des zusätzlich benötigten Tagespflegepersonals rückt dabei ebenso verstärkt ins Blickfeld der öffentlichen Diskussion wie der Personalschlüssel in den Tageseinrichtungen oder die vielfältigen Herausforderungen im Kontext der frühkindlichen Sprachförderung.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Plätze für unter 3-Jährige wird die aktuell unterschiedliche Zunahme des Platzangebots in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege thematisiert (**C1**). Dazu gehören auch die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, die sich vor allem am Umfang des Platzangebots festmachen lassen. Mit Blick auf das Angebot in der Kindertagespflege wird beobachtet, wie viele Kinder von einer Tagespflegeperson betreut werden.

Im Fokus der Informationen zur Bildungsbeteiligung (**C2**) steht die Entwicklung der Inanspruchnahme durch Kinder unter drei Jahren. Bei Kindern mit Behinderungen interessiert angesichts der breiten Debatte um Inklusion die Frage, wie sich der Anteil von Kindern in integrativen Einrichtungen im Vergleich zu Sondereinrichtungen entwickelt. Für Kinder mit Migrationshintergrund können aufgrund eines Abgleichs der Definition des Migrationsstatus im Mikrozensus und in der Kinder- und Jugendhilfestatistik erstmals Unterschiede in den Quoten der Bildungsbeteiligung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund und damit auch Unterschiede zwischen den Ländern dargestellt werden.

Im Vordergrund der Darstellung der Personalstruktur (**C3**) steht die Frage, mit welchen Qualifikationsprofilen der Personalzuwachs in den vergangenen Jahren einhergegangen ist und wie sich die Lage aktuell darstellt, besonders auch beim Tagespflegepersonal. Als weiterer Aspekt wird der Personalschlüssel in Gruppen mit Kindern unter drei Jahren dargestellt, der als ein wichtiger Qualitätsindikator gilt.

Die Darstellung von Daten zu vorzeitiger, fristgerechter und verspäteter Einschulung (**C4**) wird ergänzt durch Ergebnisse zur Bedeutung des sozioökonomischen Kontextes der Herkunftsfamilie sowie zu den schulischen Leistungen unterschiedlich eingeschulter Kinder. Außerdem werden die Ergebnisse umfangreicher Recherchen zu den Maßnahmen der Sprachstandsfeststellung und der darauf bezogenen Sprachförderung berichtet.

C1 Angebote frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung

In der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zeigen sich zwei gegenläufige Tendenzen, die Auswirkungen auf die Art der Angebote haben. Einerseits geht die Kinderzahl im Kindergartenalter in Westdeutschland in den nächsten Jahren weiter zurück, und andererseits muss das Angebot für die unter 3-Jährigen massiv ausgebaut werden. Welche Auswirkungen die Bewältigung dieser Herausforderungen auf der Ebene der Angebote der Kindertagesbetreuung hat, wird in diesem Abschnitt thematisiert. Dabei ist zu beachten, dass der Ausbau sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch in Form der Kindertagespflege erfolgt, wobei hier nur die öffentlich geförderte Tagespflege einbezogen wird.

Anzahl und Art der Angebote

In Deutschland standen im Jahr 2009 insgesamt fast 47.000 Tageseinrichtungen für Kinder zur Verfügung, die noch nicht die Schule besuchen. Im Vergleich zum Jahr 2008 hat die Anzahl der Einrichtungen in West- und Ostdeutschland nur um 1% zugenommen und sich damit kaum verändert (**Tab. C1-1A**).

Veränderung der Angebotsformen in Westdeutschland

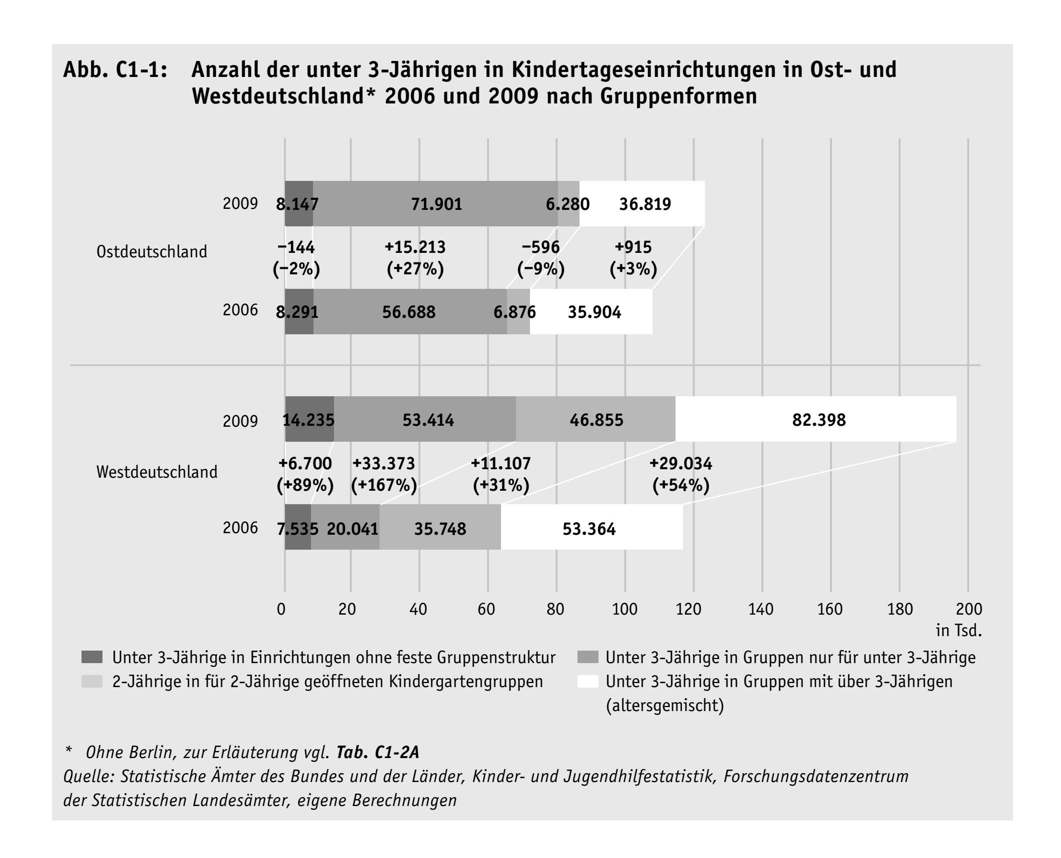
Erheblich verändert hat sich hingegen in den letzten Jahren in Westdeutschland das Angebotsprofil der Tageseinrichtungen. So ist die Anzahl der Einrichtungen, die vor allem Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren aufnehmen, deutschlandweit von über 28.000 im Jahr 2002 auf ca. 24.000 im Jahr 2009 gesunken – zugunsten von Einrichtungen, die Angebote für unterschiedliche Altersgruppen anbieten (**Tab. C1-1A**). Ausschlaggebend für diese Umwandlung sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung in Westdeutschland (vgl. **H2**) und der von der Politik geförderte Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige. Beides zusammen hat dazu beigetragen, in den vorhandenen Einrichtungen im Zuge einer Flexibilisierung entweder neue, eigenständige Gruppen für unter 3-Jährige zu schaffen, bereits bestehende altersgemischte Gruppen für unter und über 3-Jährige auszuweiten oder Kindergartengruppen für 2-Jährige**Ⓜ** zu öffnen.

Gruppen für unter 3-Jährige am stärksten ausgebaut

Im Vergleich der Jahre 2006 und 2009 wird deutlich, dass eigenständige Gruppen für unter 3-jährige Kinder den größten Zuwachs zu verzeichnen haben. Wurden 2006 in dieser Gruppenform in Westdeutschland erst 20.000 unter 3-Jährige betreut, so waren es drei Jahre später bereits 53.000 Kinder, was einer Steigerung um 167% entspricht. Die Anzahl der 2-Jährigen in für 2-Jährige geöffneten Kindergartengruppen hat indessen lediglich um 31% zugenommen (**Abb. C1-1**).

Die Öffnung der Kindergartengruppen für 2-Jährige ist dabei durchaus ambivalent zu sehen. Als fachlich akzeptabel erscheint es, wenn mehrere 2-Jährige gemeinsam aufgenommen und das pädagogische Konzept sowie die Personalausstattung dem Alter der Kinder angepasst werden. Von den 47.000 2-Jährigen, die in Westdeutschland geöffnete Kindergartengruppen besuchen (**Abb. C1-1**), sind 24.000 in Gruppen untergebracht, in denen entweder nur ein oder zwei 2-Jährige mit über 20 weiteren Kindern im Alter von über drei Jahren betreut werden (**Tab. C1-2A**). Insgesamt sind ca. 12% der betreuten unter 3-Jährigen in Gruppen untergebracht, in denen sie kaum mit Kindern in Kontakt kommen, die sich in der gleichen Alters- und auf einer ähnlichen Entwicklungsstufe befinden. In Ostdeutschland spielt diese Gruppenform mit einem Anteil von 1,6% so gut wie keine Rolle.

Abb. C1-1: Anzahl der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen in Ost- und Westdeutschland* 2006 und 2009 nach Gruppenformen



* *Ohne Berlin, zur Erläuterung vgl.* ***Tab. C1-2A***
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Bedeutung freier Träger nimmt in Ostdeutschland weiter zu

Die Dominanz der freien gemeinnützigen Träger ist auch 2009 konstant geblieben: Fast zwei Drittel der Plätze in Kindertageseinrichtungen in Westdeutschland werden von ihnen angeboten, privatgewerbliche Anbieter erreichen hingegen nur einen Anteil von 0,7%. In Ostdeutschland hat sich die Expansion der freien Träger weiter fortgesetzt. Ihr Anteil stieg von weniger als 5% Anfang der 1990er Jahre über 45% (2002) auf zuletzt 60% (2009) (**Tab. C1-4web**).

Tagespflegepersonen nach Anzahl der Kinder und Ländern

Zu einer vollständigen Übersicht über die Angebote der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung gehört neben den Tageseinrichtungen auch die Tagespflege, auch wenn sie sich mit Blick auf Qualifikation, Einkommen und Organisationsgrad erheblich von den Kindertageseinrichtungen unterscheidet. Im Jahr 2009 gab es in Deutschland fast 39.000 öffentlich geförderte Tagespflegepersonen, die insgesamt rund 99.000 Kinder betreuten. Unter strukturellen Gesichtspunkten können dabei zwei Grundformen der Tagespflege identifiziert werden: einerseits die als Haupttätigkeit ausgeübte Tagespflege, andererseits die eher in Form einer Nebentätigkeit betriebene mit oft fließenden Grenzen zum ehrenamtlichen Engagement. Tendenziell lassen sich diese beiden Grundformen an der Zahl der betreuten Kinder festmachen. Geht man davon aus, dass ab einer Zahl von vier betreuten Kindern das Tagespflegepersonal diese Tätigkeit berufsähnlich ausübt, so trifft dies in Ostdeutschland für 54% des gesamten Tagespflegepersonals zu (**Tab. C1-3A**). In Westdeutschland hingegen spielen die berufsähnlichen Formen nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 21% des Tagespflegepersonals betreuen vier und mehr Kinder, so dass mit 79% die Tagespflege hier als Nebentätigkeit vorherrschend ist.

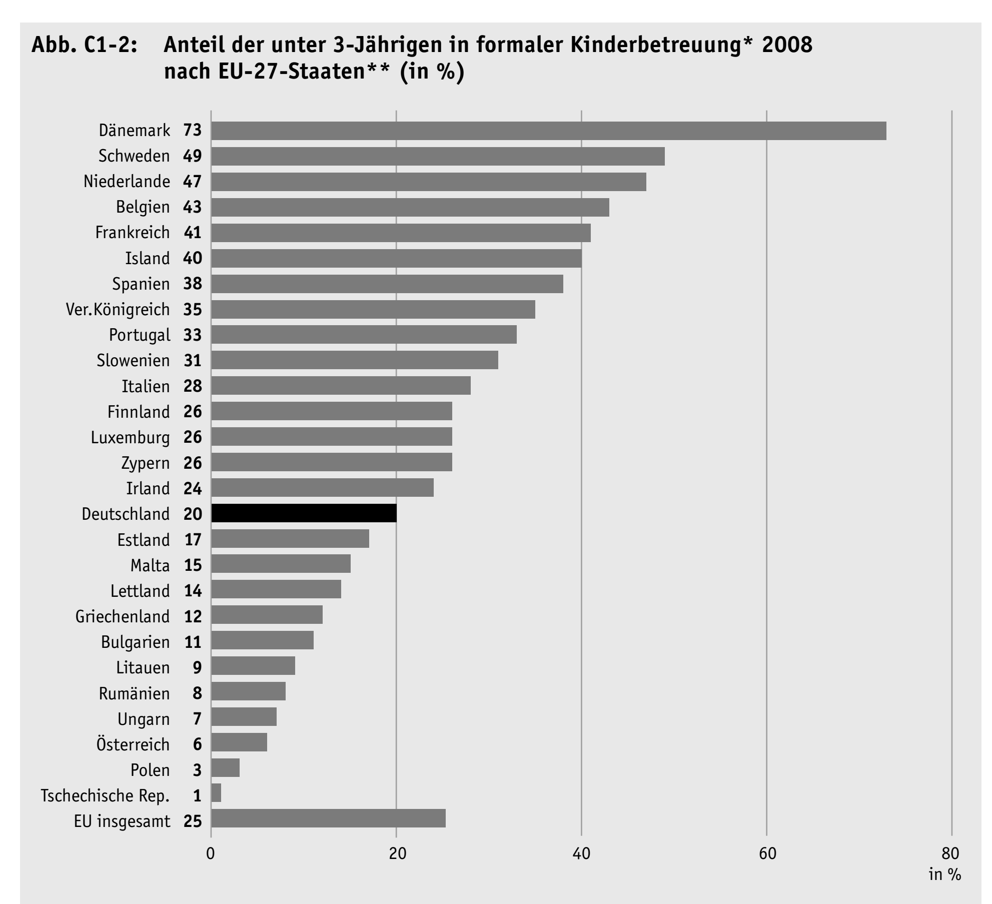
Mehr als die Hälfte der Tagespflegepersonen in Ostdeutschland betreut vier und mehr Kinder

Angebote für unter 3-Jährige im europäischen Vergleich

Angebote für unter 3-Jährige in Deutschland unter europäischem Durchschnitt

Gemäß der repräsentativ angelegten europäischen Haushaltsbefragung EU-SILC nahmen 2008 in Deutschland 20% der unter 3-Jährigen öffentlich geförderte Angebote der Betreuung in Tageseinrichtungen in Anspruch. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich unter dem Durchschnitt von 25%. Zehn Staaten haben ihre Angebotsstruktur so weit ausgebaut, dass für mehr als 30% der unter 3-Jährigen Plätze zur Verfügung stehen (**Abb. C1-2**, **Tab. C1-6web**). Der Vergleich zu anderen europäischen Ländern macht deutlich, dass Betreuungsquoten über 30% nichts Ungewöhnliches sind.

Abb. C1-2: Anteil der unter 3-Jährigen in formaler Kinderbetreuung* 2008 nach EU-27-Staaten (in %)**



** Formale Kinderbetreuung in EU-SILC alle Arten „strukturell kontrollierter" privater und öffentlicher Formen der organisierten Betreuung: Krippe, Kindertagesstätte, Kindergarten, Kinderladen und vorschulische Einrichtungen (Schulkindergarten und Vorklasse). Dies impliziert, dass es keine direkten Arrangements zwischen den Betreuern und den Eltern gibt, sondern dass das Betreuungsverhältnis durch eine Organisationsstruktur (z. B. Träger, Kindergartenleitung) vermittelt wird. Die Tagespflege wird neben der Betreuung durch Babysitter, Verwandte, Freunde und Nachbarn in EU-SILC der Kategorie „Andere Kinderbetreuungsmöglichkeiten" zugeordnet. Die erhobenen Daten zur Kindertagesbetreuung sind nach Angaben des EU-SILC zum Teil noch unzuverlässig.*

***Für 2008 liegen für Norwegen und die Slowakische Republik keine Daten vor.*

Quelle: Eurostat, EU-SILC 2008

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Altersgemischte Gruppen und für 2-Jährige geöffnete Kindergartengruppen

In altersgemischten Gruppen werden in der Regel Kinder im Alter von 4 Monaten bis zum Schuleintritt betreut. Für 2-Jährige geöffnete Kindergartengruppen sind klassische Kindergartengruppen, in denen bis zu sechs 2-Jährige aufgenommen werden können. Üblicherweise werden die Gruppen für jedes 2-jährige Kind um einen Platz reduziert.

C2 Bildungsbeteiligung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Die Bildungsbeteiligung von Kindern im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ist im letzten Jahrzehnt bundesweit zur Regel geworden. Das fachliche und politische Augenmerk liegt daher vor allem auf der verstärkten Förderung von Kindern unter drei Jahren sowie auf den Kindern mit Behinderungen.

Bildungsbeteiligungsquoten Ⓜ nach Alter

Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-Jährigen liegt bundesweit seit 2008 bei über 95% (**Tab. C2-1A**). Damit nehmen nahezu alle Eltern von Kindern in diesem Alter die Angebote der Kindertagesbetreuung – also Tageseinrichtungen oder die öffentlich geförderte Tagespflege – freiwillig in Anspruch. Eine schulähnliche Teilnahmepflicht würde daher zu keinen nennenswerten zusätzlichen Wirkungen führen.

Deutliche Steigerung der Bildungsbeteiligung bei westdeutschen Kindern im Alter von 3 Jahren

Unterschiede zeigen sich jedoch bei der Bildungsbeteiligung der Kinder im ersten Kindergartenjahr, also bei den 3-Jährigen. Während in Ostdeutschland zuletzt eine Quote von 92% erreicht wurde, lag die Bildungsbeteiligung der 3-Jährigen in Westdeutschland 2009 bei 83%. Bei dieser Altersgruppe hat sich dennoch viel getan: So besuchte im Jahr 2000 erst jedes zweite 3-jährige Kind den Kindergarten – ein Wert, der bis 2006 auf einen Anteil von 74% gesteigert werden konnte. Im Ergebnis wird damit auch im Westen Deutschlands spätestens der dritte Geburtstag mehrheitlich zum Regelbeginn des Kindergartens. Allerdings bestehen noch deutliche Länderdifferenzen. Die Spanne reicht hier von einem Anteil von 73% in Schleswig-Holstein bis zu 93% in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz (**Tab. C2-11web**). Im Zeitvergleich ist zu beobachten, dass sich die Beteiligungsquoten bei den 3-Jährigen seit 2006 in allen Ländern erhöht und sich damit die relativen Länderdifferenzen verringert haben.

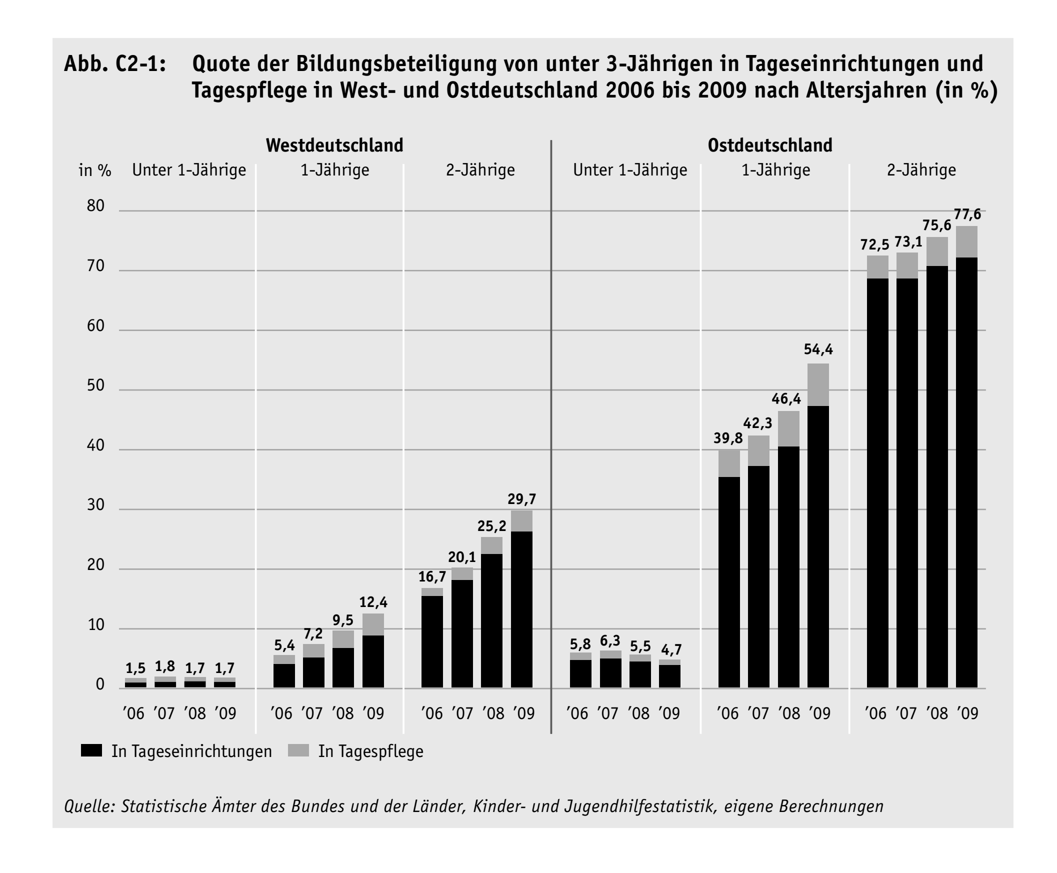
Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen im Westen bis 2009 auf 15% gestiegen

Im Unterschied zum Kindergartenalter weisen die Quoten der Bildungsbeteiligung von Kindern im Alter von unter drei Jahren, wie mehrfach berichtet, zwischen West- und Ostdeutschland deutliche Unterschiede auf. Im Westen stieg die Quote der Bildungsbeteiligung von 8% (2006) auf knapp 15% bzw. auf rund 242.000 Kinder (2009) (**Abb. C2-1**, **Tab. C2-2A**). Es wurden hier innerhalb von drei Jahren über 100.000 Plätze zusätzlich geschaffen. Trotz dieses erheblichen Anstiegs der Angebote stellt der weitere Ausbau für unter 3-Jährige auch in Zukunft eine große Herausforderung dar, da sich Bund, Länder und Kommunen nicht nur auf die Bereitstellung von Betreuungsplätzen für ca. 35% der unter 3-Jährigen geeinigt, sondern mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) auch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für 1- und 2-Jährige ab dem Jahr 2013 beschlossen haben. Dabei wird angestrebt, die zusätzlichen Betreuungsangebote zu 70% in Tageseinrichtungen und zu 30% in Tagespflege zu schaffen. Somit würde sich der Anteil der Tagespflege an allen Angeboten für unter 3-Jährige in Westdeutschland im Jahr 2009 von 18% – mit erheblichen Länderunterschieden (**Tab. C2-2A**) – im Durchschnitt auf ca. 24% in 2013 erhöhen.

Auch im Osten steigt die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen

In Ostdeutschland nahm die Bildungsbeteiligung von Kindern unter drei Jahren zwischen 2006 und 2009 von 39 auf 45% zu. Damit stieg die Quote trotz deutlich höherer Anteile von über 35% in einem ähnlichen Umfang wie in Westdeutschland. Die Steigerung im Osten fand jedoch nicht wie im Westen bei den 2-Jährigen, sondern überwiegend bei den 1-Jährigen statt. Deren Quote stieg von 40 auf 54%. Mögliche Ursachen für diese Entwicklung könnten in dem 2007 eingeführten Elterngeld liegen, das maximal 14 Monate gezahlt wird. Aber auch intensivierte Arbeitsvermittlun-

Abb. C2-1: Quote der Bildungsbeteiligung von unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen und Tagespflege in West- und Ostdeutschland 2006 bis 2009 nach Altersjahren (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

gen der Bundesagentur für Arbeit sowie der verstärkte Wunsch nach gleichzeitiger Erwerbsarbeit beider Elternteile könnten zu der gestiegenen Inanspruchnahme geführt haben. Demgegenüber war die Platznachfrage für Kinder im ersten Lebensjahr gegenüber 2007 leicht rückläufig (von 6,3 auf 4,7%) (**Tab. C2-1A**). Tagespflege nehmen in Ostdeutschland 4,4% aller unter 3-Jährigen und damit fast doppelt so viele wie im Westen (2,6%) in Anspruch.

Bei den vertraglich vereinbarten Betreuungszeiten reicht das Spektrum der Angebote von bis zu fünf Stunden am Vormittag (halbtags) über die Betreuung zwischen sechs und sieben Stunden täglich, teilweise mit Mittagsunterbrechung (dreivierteltags), bis hin zu über siebenstündigen ganztägigen Angeboten mit Mittagessen (ganztags). Bei den unter 3-Jährigen lag 2009 der Anteil mit einer ganztägigen Nutzung im Osten bei 67% und im Westen bei 35%. Bei den über 3-jährigen Kindern werden in Ostdeutschland mehr als zwei Drittel ganztags betreut, während der Anteil in Westdeutschland nur bei einem Viertel liegt (**Tab C2-3A**). Für beide Altersgruppen gilt: Im Vergleich zum Jahr 2006 wurden die Ganztagsangebote sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ausgeweitet, die Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland sind jedoch weiterhin erheblich. Zurückgegangen von 33 (2006) auf 27% (2009) sind in Westdeutschland die Halbtagsangebote für 3- bis 6-Jährige. Dreivierteltagsangebote wurden 2009 vor allem im Westen in Anspruch genommen; hier liegt der Anteil bei nahezu 50%, im Osten sind dies lediglich 22%. Mit 12% in Baden-Württemberg bis hin zu 90% in Thüringen sind die Unterschiede beim Anteil der Ganztagsangebote zwischen den Ländern nach wie vor groß (**Tab. C2-12web**, **Tab. C2-13web**).

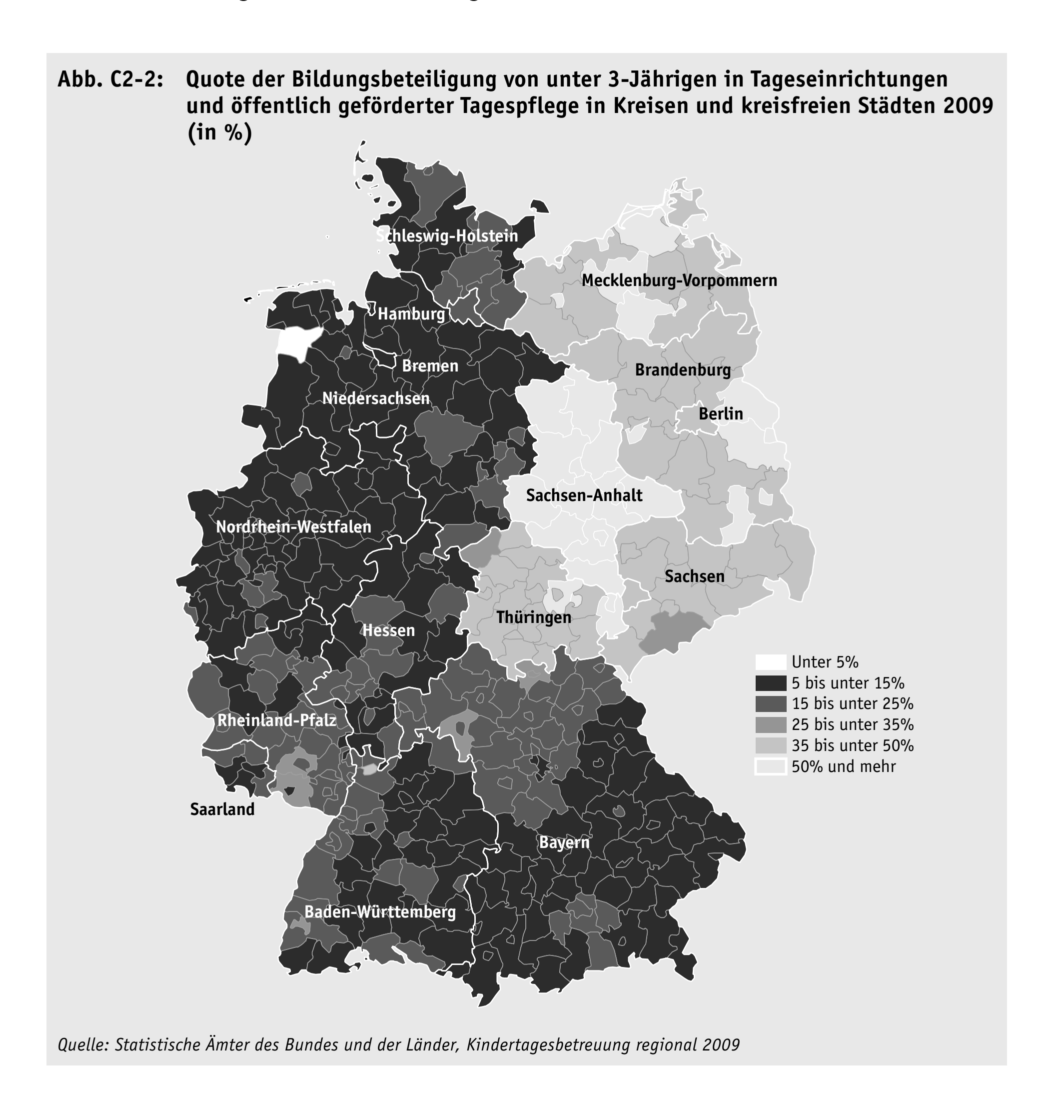
Ganztägige Angebote nehmen zu

Regionale Bildungsbeteiligungsquoten bei unter 3-Jährigen

Hinter dem Durchschnittswert der Bildungsbeteiligungsquote von fast 15% (2009) bei den unter 3-Jährigen in Westdeutschland verbirgt sich eine Spannweite zwischen 4 und 36%. Stark gesunken seit 2006 ist die Anzahl der Regionen mit einer Bildungsbeteiligung von unter 5% auf lediglich einen Landkreis in Niedersachsen (Leer). Quoten von unter 10% finden sich vor allem in den ländlichen Regionen Südbayerns und Niedersachsens sowie in Nordrhein-Westfalen. Verhältnismäßig hohe Quoten gibt es demgegenüber in Universitätsstädten (z. B. Heidelberg 36%; Freiburg 27%). In Ostdeutschland betrug die Durchschnittsquote der Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen im Jahr 2009 45% (**Abb. C2-2**). Dabei findet sich eine Spannweite zwischen 32 und 62%, die sich aus regionalen Gegebenheiten sowie landespolitischen Schwerpunktsetzungen erklärt. Diese Zahlen machen deutlich, dass trotz des politisch vereinbarten Ziels von 35% nach wie vor große regionale Unterschiede bestehen.

Mit Blick auf die Ausbaubemühungen der Kindertagesbetreuung von Städten und Kreisen zwischen 2006 und 2009 zeigt sich ebenfalls eine große Breite, die von einem Zuwachs von unter einem Prozentpunkt bis hin zu 16 Prozentpunkten reicht. Innerhalb der meisten Länder ist der Ausbau prozentual breit gestreut, was darauf hindeutet, dass es in den Ländern keine einheitlichen Ausbaustrategien gibt. Die gleichläufigste Entwicklung ist in Baden-Württemberg festzustellen, die größten Unterschiede zeigen sich in Schleswig-Holstein.

Abb. C2-2: Quote der Bildungsbeteiligung von unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege in Kreisen und kreisfreien Städten 2009 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kindertagesbetreuung regional 2009

Bildungsbeteiligung von Kindern mit Behinderungen Ⓜ

Die Datenlage zur Beteiligung von Kindern mit Behinderungen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ermöglicht Aussagen über diejenigen Kinder, die aufgrund einer durch das Gesundheitsamt (geistige und körperliche Behinderung) bzw. einen Arzt oder Therapeuten (seelische Behinderung) festgestellten oder drohenden Behinderung Eingliederungshilfe in Tageseinrichtungen oder Tagespflege erhalten sowie über Kinder in schulischen Fördereinrichtungen.

Integrative Angebote nehmen zu

Anhand der amtlichen Statistiken lassen sich eindeutige Tendenzen in der Betreuungsentwicklung von Kindern mit Behinderungen erkennen. Wie schon im Bildungsbericht 2008 dargestellt, ist vor allem eine stete Zunahme der Anzahl integrativer Kindertageseinrichtungen zu beobachten, die sich zwischen 1998 und 2009 von knapp 7.800 auf 14.300 nahezu verdoppelt haben (**Tab. C2-4A**). Die Zahl der Tageseinrichtungen für behinderte Kinder, die in der Kinder- und Jugendhilfestatistik nachgewiesen werden, ist von 1998 bis 2002 deutlich gesunken und bewegt sich seither relativ konstant bei rund 350. Die Anzahl der Kinder in Förderschulkindergärten hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre leicht erhöht (**Tab. C2-14web**). Die integrative Betreuung von Kindern mit Behinderungen erfolgt entweder wohnortnah in Form einer Einzelintegration oder in integrativen Gruppen mit bis zu fünf Kindern mit Behinderungen. 2009 wurden 26% der Kinder, die eine Eingliederungshilfe in einer Einrichtung mit Gruppenstruktur erhielten, in Gruppen mit ein oder zwei Kindern mit Behinderungen betreut, bei ca. 37% befanden sich drei bis fünf Kinder mit Behinderungen in der Gruppe (**Tab. C2-5A**). Somit wird etwa ein Drittel der Kinder mit Behinderungen in Gruppen betreut, in denen sich sechs und mehr Kinder mit Behinderungen befinden.

Mit dem Alter steigt die Anzahl der Kinder erkennbar an, die eine einrichtungsgebundene Eingliederungshilfe erhalten. 2009 waren dies bei den 3-Jährigen 8.100 und bei den 5-Jährigen immerhin 20.200 Kinder. Kinder, die diese Hilfe erhalten, machen bei den 3-Jährigen bundesweit einen Anteil von 1,2%, bei den 4-Jährigen von 2,3% und bei den 5-Jährigen von 2,9% an der altersgleichen Bevölkerung aus (ohne Berücksichtigung der Kinder in Förderschulkindergärten und schulvorbereitenden Einrichtungen) (**Tab. C2-6A**).

Unklar ist, ob alle Kinder mit einer Behinderung im Kindergartenalter erfasst werden. Wenn man als Orientierungswert hierfür den Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf (ohne den schulbezogenen Förderschwerpunkt Lernen) an der Gesamtschülerzahl in Höhe von 3,4% heranzieht, dann deutet dies darauf hin, dass das vorhandene Angebot in Tageseinrichtungen für 5-Jährige diesem Anteil im Schulalter auffällig nahekommt.

Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund Ⓜ

Die Quote der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im Kindergartenalter, die auf der Grundlage einer Sonderauswertung des Mikrozensus mit dem Herkunftskonzept der Kinder- und Jugendhilfestatistik Ⓜ abgeschätzt wurde, lag im Jahr 2009 in Westdeutschland bei 85% und ist somit erkennbar niedriger als die Quote bei den Kindern ohne Migrationshintergrund (95%) (**Tab. C2-7A**). Die durchschnittliche Differenz von 10 Prozentpunkten weist erhebliche Länderunterschiede auf und reicht von einer fast unterschiedslosen Quote in Baden-Württemberg bis zu Unterschieden von über 20 Prozentpunkten in Bayern und Schleswig-Holstein. Bei den unter 3-Jährigen in Westdeutschland ist ebenfalls eine große Abweichung in den Beteiligungsquoten zu beobachten. Für unter 3-Jährige mit Migrationshintergrund liegt die Quote bei 9%, für diejenigen ohne Migrationshintergrund bei 18% (**Tab. C2-16web**).

Kinder mit Migrationshintergrund besuchen seltener Tageseinrichtungen

Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung von Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund durch eine frühzeitige Unterstützung in Tageseinrichtungen ist es notwendig, Eltern noch stärker zu motivieren, ihren Kindern den Besuch einer Tageseinrichtung möglichst früh zu ermöglichen.

Allerdings verteilen sich die Kinder mit Migrationshintergrund nicht entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung gleichmäßig auf die einzelnen Einrichtungen. Vor allem für die sprachliche Entwicklung der Kinder kann dies von Bedeutung sein. Es gibt Einrichtungen, in denen mehr als 75% der betreuten Kinder zu Hause als Familiensprache nicht Deutsch sprechen. Von allen Kindern mit nicht deutscher Familiensprache in Tageseinrichtungen sind in Westdeutschland immerhin 11% mit dieser Situation konfrontiert. Weitere 23% der Kinder mit nicht deutscher Familiensprache besuchen Tageseinrichtungen, in denen 50 bis 75% der Kinder nicht Deutsch als Familiensprache sprechen (**Tab. C2-8A**). Somit wird jedes dritte Kind, das zu Hause vermutlich wenig Deutsch spricht, in einem Umfeld betreut, in dem die Deutsch sprechenden gleichaltrigen Kinder in der Minderheit sind. Eine alltagsnahe Sprachförderung wird dadurch erheblich erschwert. Da diese Segregationstendenzen zumeist ein Abbild der nahräumlichen Wohnumwelt der Familien und ihrer Kinder sind, lässt sich eine stärkere Durchmischung der Einrichtungen nur selten realisieren. In diesen Situationen ist eine gezielte Sprachförderung erforderlich, die mit einem erhöhten Personaleinsatz in den Alltag der Kinder integriert ist. Die Segregationstendenzen können auch noch stärker ausfallen als das Wohnumfeld es erwarten lässt, da die Eltern die Tageseinrichtung frei wählen können und die Träger der Einrichtungen ihrerseits Kriterien für die Aufnahme festlegen können.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Bildungsbeteiligungsquote
Zur Berechnung der altersspezifischen Quote wird die Zahl der Bildungsteilnehmer auf die altersentsprechende Bevölkerung am 31. Dezember des vorherigen Jahres bezogen. Die hier dargestellte Quote bezieht sich nur auf die 3- bis unter 6-Jährigen, da mit den vorliegenden Schulstatistiken noch keine verlässlichen Abschätzungen über die Anzahl der 6-jährigen Schulkinder zum Stichtag 01.03.2009 vorgenommen werden können.

Kinder mit Behinderungen
Berücksichtigt werden diejenigen Kinder, die laut Kinder- und Jugendhilfestatistik eine an die Einrichtung bzw. Kindertagespflege gebundene Eingliederungshilfe gemäß §§ 53, 54 SGB XII (wegen körperlicher/geistiger Behinderungen) oder gemäß § 35a SGB VIII (wegen seelischer Behinderungen) erhalten und Kinder in Förderschulkindergärten nach der KMK-Statistik oder entsprechenden Länderstatistiken.

Kinder mit Migrationshintergrund
Der Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst. Seit 2006 erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik den Migrationshintergrund der Kinder in Kindertagesbetreuung mit der Frage, ob mindestens ein Elternteil des Kindes ausländischer Herkunft ist. Der Geburtsort bzw. die Zuwanderung des Kindes selbst oder die Zuwanderung der Großeltern spielen hingegen keine Rolle.

Abschätzung der migrationsspezifischen Bildungsbeteiligungsquote
Da die Standardauswertungen des Mikrozensus zum Migrationshintergrund ein etwas anderes Konzept als die Kinder- und Jugendhilfestatistik verwenden, wurde für die Bestimmung der Beteiligungsquote eine Sonderauswertung des Mikrozensus vorgenommen. Dabei wurde die Anzahl der Kinder bestimmt, die mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft haben, und auf die Anzahl der entsprechend bestimmten Kinder in der Kinder- und Jugendhilfestatistik bezogen (vgl. Fußnote **Tab. C2-8A**).

C3 Pädagogisches Personal im frühkindlichen Bereich

Zur Gewährleistung der pädagogischen Qualität ist es notwendig, dass ausreichend Personal in den Gruppen eingesetzt wird und dieses gut qualifiziert ist. Deshalb wird in diesem Abschnitt – neben der Fortführung der bisherigen Kennzahlen – der Personalschlüssel und die Qualifikation des Personals in Einrichtungen und bei den Tagespflegepersonen thematisiert.

Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen nach Alter und Geschlecht

Ausweitung des Personals zwischen 2006 und 2009 um 42.000 Personen

Die Anzahl des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen (ohne Personal in Horten)Ⓜ hat im Jahr 2009 mit knapp 360.000 Personen (286.000 Vollzeitäquivalente) seinen vorläufigen Höchststand erreicht (**Abb. C3-1**, **Tab. C3-1A**). Seit 2006 ist mit einem Anstieg von 42.000 Personen eine erhebliche Ausweitung des Personals zu verzeichnen. In West- und Ostdeutschland ist der Zuwachs von 35.000 bzw. 7.000 Personen (entsprechend 14% bzw. 10%) zu großen Teilen auf den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige zurückzuführen, wobei im Osten auch leicht steigende Kinderzahlen hinzukommen. Im Unterschied zu den Vorjahren stagniert seit 2006 hingegen die Teilzeitarbeit auf einem anhaltend hohen Niveau (**Tab. C3-2A**, **Tab. C3-9web**). Auch weiterhin sind Kindertageseinrichtungen ein Berufssegment, in dem fast ausschließlich Frauen erwerbstätig sind. Ihr Anteil beläuft sich im Durchschnitt auf 97%; bei den freigestellten Leitungskräften liegt der Anteil mit 94% geringfügig niedriger (**Tab. C3-11web**).

Abb. C3-1: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen in Ost- und Westdeutschland zwischen 2006 und 2009



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Die Veränderungen in der Altersstruktur lassen erkennen, dass sich das Alter der Fachkräfte weiter erhöht. So ist seit 2006 der Anteil des Personals im Alter von 50 Jahren und älter in Westdeutschland von 15 auf 20% angestiegen, in Ostdeutschland von 30 auf 34% (**Tab. C3-3A**).

Qualifikation des pädagogischen Personals und der Tagespflegepersonen

In Westdeutschland verfügt die überwiegende Mehrheit des pädagogischen Personals (68%) über die Qualifikation der Erzieherin (**Tab. C3-4A**). Die zweitgrößte Gruppe sind die Kinderpflegerinnen mit einem Anteil von 18%, welcher sich zwischen den Ländern weiterhin erheblich unterscheidet und von 9% in Bremen bis zu 39% in Bayern

reicht (**Tab. C3-12web**). In Ostdeutschland verfügt mit rund 89% der Großteil des pädagogischen Personals über die Qualifikation der Erzieherin.

Seit Jahren fällt im Vergleich zu den anderen Bildungsbereichen der geringe Akademisierungsgrad Ⓜ auf, der sich zwischen 2006 und 2009 von 2,8% auf 3,2% nur geringfügig erhöht hat (**Tab. C3-5A**, **Tab C3-13web**). Ein höherer Anteil der Hochschulausgebildeten ist nur bei den vom Gruppendienst freigestellten Leitungskräften zu beobachten. Hier liegt der Anteil im Bundesdurchschnitt bei 22%, variiert in den Ländern aber zwischen 9% in Sachsen-Anhalt und 57% in Hamburg (**Tab. C3-14web**). Für Westdeutschland zeigt sich indessen, dass der Anteil der an Hochschulen ausgebildeten Leitungskräfte in sechs von neun Ländern zwischen 2006 und 2009 zurückgegangen ist. Dies weist auf eine auffällige Kluft zwischen der fachpolitischen und öffentlichen Debatte sowie den Realitäten in den Einrichtungen hin.

Hochschulausgebildete Fachkräfte sind immer noch die Ausnahme

Das Qualifikationsniveau des Tagespflegepersonals entspricht, insbesondere in Westdeutschland, häufig nicht den fachlichen Anforderungen. Die Anzahl der Tagespflegepersonen, die über einen Berufsausbildungsabschluss und/oder einen Qualifizierungskurs von mindestens 160 Stunden verfügen, konnte bis 2009 in Westdeutschland zwar auf einen Anteil von 45% erhöht werden (2007: 37%). Dies bedeutet, dass immer noch 55% des Tagespflegepersonals nicht einmal über die Minimalqualifizierung eines 160-Stunden-Kurses verfügen (**Tab. C3-6A**). Für Ostdeutschland ist dieser Anteil deutlich geringer und liegt bei 36%.

Mehr als die Hälfte des westdeutschen Tagespflegepersonals ohne Minimalqualifikation

Personalschlüssel Ⓜ in Kindertageseinrichtungen

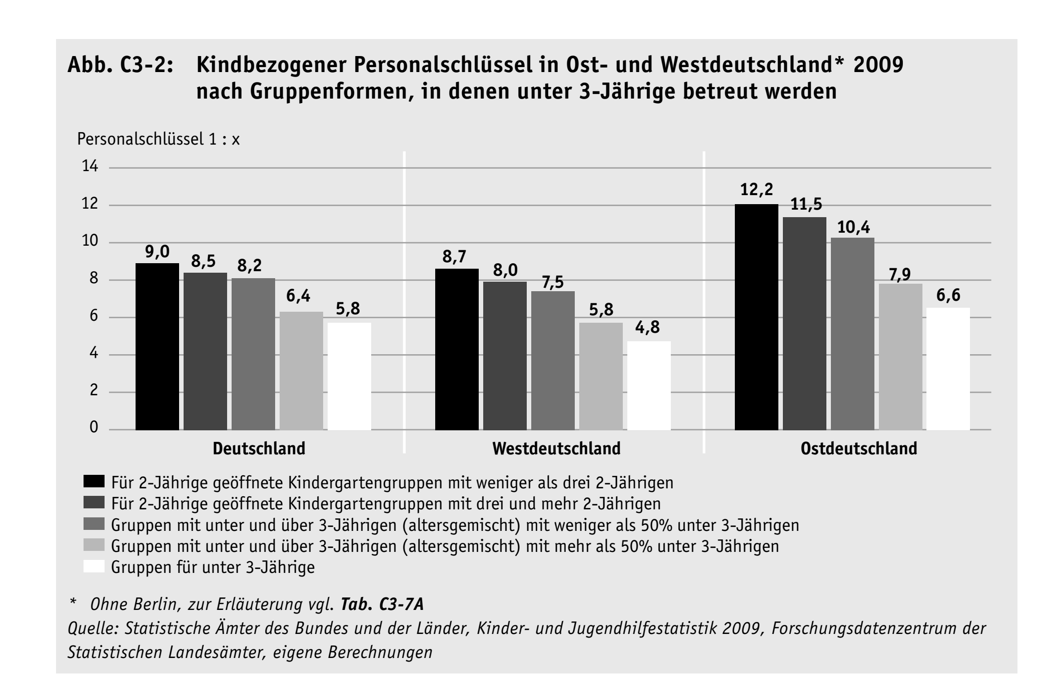
Ein wichtiges Strukturmerkmal der Kindertageseinrichtungen stellt die kindbezogene Personalausstattung dar, also die Anzahl der Kinder pro pädagogisch tätiger Fachkraft. Dieser Personalschlüssel gilt in der internationalen Diskussion als ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Im Bildungsbericht 2008 wurde ein Personalschlüssel als Kennzahl eingeführt, bei dem unterschiedliche tägliche Betreuungszeiten und Beschäftigungszeiten des Personals berücksichtigt werden.

Bundesweit ergibt sich 2009 auf dieser Basis bezüglich der überwiegenden Angebotsform der Kindertageseinrichtungen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt ein durchschnittlicher Personalschlüssel von 1 : 9,6, also von einer pädagogisch tätigen Person (standardisiert als Vollzeitäquivalent) für 9,6 Kinder (standardisiert als Ganztagsäquivalent) (**Tab. C3-15web**). Der Personalschlüssel hat sich zwischen 2006 und 2009 leicht verbessert; 2006 wurde ein Wert von 1 : 10 errechnet. Die erheblichen Länderdifferenzen haben auch weiterhin Bestand, obwohl es in einigen Ländern Veränderungen gegeben hat. So hat sich z. B. der Personalschlüssel in Schleswig-Holstein von 1 : 10,5 auf 1 : 9,3 verbessert. Bestehen bleiben die erheblichen Differenzen zwischen dem Durchschnittswert für Westdeutschland mit 1 : 8,9 und Ostdeutschland mit 1 : 12,3.

Erhebliche Unterschiede beim Personalschlüssel

In der aktuellen Debatte um den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige spielt die Qualität eine wichtige Rolle. Da unter 3-Jährige in sehr unterschiedlichen Gruppenformen betreut werden, ergeben sich auch variierende Personalschlüssel. Der günstigste Personalschlüssel ergibt sich für die Gruppen, in denen nur unter 3-Jährige betreut werden. Dieser liegt im Bundesdurchschnitt bei 1 : 5,8 (**Abb. C3-2**, **Tab. C3-7A**). Im Vergleich zu diesen altershomogenen Gruppen besitzen die anderen Gruppentypen, in denen unter 3-Jährige mitbetreut werden, durchweg ungünstigere Personalschlüssel. Dies erklärt sich dadurch, dass in diesen Gruppen gleichzeitig Kindergartenkinder betreut werden, für die grundsätzlich eine geringere Personalausstattung vorgesehen ist.

Abb. C3-2: Kindbezogener Personalschlüssel in Ost- und Westdeutschland* 2009 nach Gruppenformen, in denen unter 3-Jährige betreut werden



** Ohne Berlin, zur Erläuterung vgl.* ***Tab. C3-7A***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Die erheblichen Unterschiede zwischen den Personalschlüsseln der Länder – so reicht der Personalschlüssel z. B. in reinen Gruppen für unter 3-Jährige von 1 : 3,5 bis zu 1 : 7,5 – machen deutlich, dass von annähernd vergleichbaren pädagogischen Bedingungen in Kindertageseinrichtungen für diese Altersgruppe gegenwärtig nicht die Rede sein kann (**Tab. C3-7A**).

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personal in Horten)

Das pädagogische Personal in Horten wird in diesem Kapitel grundsätzlich nicht berücksichtigt, da lediglich die Betreuung von Kindern im frühkindlichen Alter betrachtet wird. An dieser Stelle gibt es jedoch eine Ausnahme: Im Unterschied zum in **B4** ausgewiesenen Personal in Kindertageseinrichtungen gemäß ISCED 0 sind hier die Beschäftigten, die sich noch anderweitig in Ausbildung befinden und die Beschäftigten, die für die pädagogische Arbeit mit Schulkindern in altersgemischten Gruppen eingesetzt werden, nicht herausgerechnet. Die Auswertung der Standardtabellen lässt diese Bereinigung nicht zu.

Akademisierungs-, Verfachlichungs- und Professionalisierungsgrad

Die Fachschulausbildung zur Erzieherin zählt international zwar zur Tertiärausbildung, liegt jedoch unterhalb von Hochschul- und Fachhochschulabschlüssen. Unter dem Begriff „Verfachlichung" werden im Rahmen des Bildungsberichts Ausbildungsabschlüsse an Fachschulen und Fachakademien zusammengefasst (vgl. **Tab. C3-5A**), also auch die Ausbildung zur Erzieherin. Als Akademisierungsgrad wird im Unterschied zur Verfachlichung der Anteil des pädagogischen Personals mit Fachhochschul- oder Universitätsabschlüssen, unabhängig von der Fachrichtung, bezeichnet. Das Ausmaß der Professionalisierung schließlich bezieht sich allein auf den Anteil pädagogisch einschlägiger Hochschulabschlüsse (Diplome in Sozialpädagogik, Pädagogik, Heilpädagogik etc.).

Personalschlüssel

Um Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher zeitlicher Nutzung durch die Kinder (zwischen fünf und zwölf Stunden täglich) auszuschließen, werden alle Betreuungszeiten pro Gruppe zu einem Ganztagsbetreuungsäquivalent zusammengefasst (Summe aller täglichen Betreuungszeiten dividiert durch acht Stunden). Analog wird beim Personal die Teilzeitarbeitszeit zu einem Vollzeitäquivalent umgerechnet (38,5 Wochenarbeitsstunden). Dadurch entstehen vergleichbare Größenverhältnisse. Zur besseren Vergleichbarkeit werden zudem Leitungskräfte und gruppenübergreifendes pädagogisches Personal anteilsmäßig eingerechnet. Um Verzerrungen aufgrund von besonderen Aufgaben in einzelnen Gruppen auszuschließen, z. B. die Förderung von Kindern mit Behinderung, werden für die vergleichende Betrachtung nur Gruppen mit einer klar abgegrenzten Altersstruktur und ohne besondere Förderbedarfe der Kinder herangezogen (vgl. Fuchs-Rechlin, K. [2010]: Erkenntnispotenziale der neuen Kinder- und Jugendhilfestatistik. In: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland" – Berlin, S. 55–77). Auf einen internationalen Vergleich mit OECD-Daten wird verzichtet, da hier beträchtliche Unterschiede in den Berechnungsgrundlagen, insbesondere hinsichtlich der Zuordnung der Beschäftigten zum pädagogischen Personal, bestehen.

C4 Übergang in die Schule

Das öffentliche Interesse an Bildungsverläufen setzte lange Zeit mit dem Schuleintritt ein. Da in jüngerer Zeit aber Studien wiederholt auf die hohe Bedeutung frühkindlicher Bildungsprozesse hingewiesen haben, rücken diese seit einigen Jahren verstärkt ins Blickfeld. Die Folge ist, dass nicht nur Kindertageseinrichtungen zunehmend als Bildungsinstitutionen charakterisiert werden, sondern dass auch dem Übergang in die Schule mehr Aufmerksamkeit zuteil wird. Als eine zentrale Grundlage hierfür gilt die sprachliche Ausdrucksfähigkeit der Kinder zu Beginn der Schule, auf die zunächst eingegangen wird.

Vorschulische Sprachstandserhebungen und Sprachförderung

In 14 Ländern insgesamt 17 Verfahren zur Sprachstandsmessung

Um zu vermeiden, dass mangelnde Sprachfähigkeiten beim Übergang in die Schule langfristige Nachteile im weiteren Bildungsverlauf nach sich ziehen, wird in mittlerweile 14 Ländern der Sprachstand von 4- bis 6-jährigen Kindern mit insgesamt 17 Verfahren landesweit überprüft (**Tab. C4-1A**). Dabei hat seit 2008 die Heterogenität der eingesetzten standardisierten und nicht standardisierten Verfahren zugenommen, da einige Länder mittlerweile neue Verfahren anwenden. Drei Länder wiederum erheben ausschließlich den Sprachstand von Kindern nichtdeutscher Herkunft oder von Kindern, die keine Kindertageseinrichtung besuchen.

Sprachförderempfehlungen für einen Großteil der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache

Der Anteil der Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf variierte im Jahr 2009 zwischen knapp 13% in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Saarland und 53% in der Stadt Bremen. Allerdings sind die angewendeten Verfahren nicht direkt vergleichbar, da sie nicht das Gleiche messen.[1] Zudem werden in einigen Ländern bereits 4-Jährige getestet (**Tab. C4-1A**, **Tab. C4-6web**). In Bayern werden zwei Drittel der Kinder nicht deutscher Herkunftssprache als förderbedürftig diagnostiziert.

Die als sprachförderbedürftig eingestuften Kinder werden in nahezu allen Ländern zur Teilnahme an zusätzlichen Sprachfördermaßnahmen verpflichtet. Der zeitliche Umfang dieser Maßnahmen liegt zwischen 2 und 15 Stunden pro Woche über einen Zeitraum von 3 bis 18 Monaten (**Tab. C4-1A**, **Tab. C4-7web**). Empfehlungen der Länder, auf welche Weise Kinder in dieser Zeit durch Erzieherinnen, Grundschullehrerinnen oder andere Fachkräfte sprachlich gefördert werden sollen, sind bisher nur in einigen Ländern vorhanden, so dass die inhaltliche Gestaltung der Förderung im Ermessen der Träger liegt. Erste Evaluationen[2] zeigen zwar eine Verbesserung der Sprachfähigkeiten aufgrund der Fördermaßnahmen. Bis zum Schulbeginn bleibt eine Differenz zu den Kindern ohne Förderbedarf aber bestehen.

Durch die Verpflichtung in den Bildungsplänen der Länder, die Beobachtung und Dokumentation des Sprachstandes in den Kindergartenalltag zu integrieren, sind die Anforderungen an pädagogische Fachkräfte gestiegen. Um diese weiterzubilden, arbeiten die Länder mit ausgewählten Fortbildungsinstituten zusammen oder bilden Multiplikatoren zur Schulung der Fachkräfte im Bereich Sprachförderung aus (**Tab. C4-8web**).

---

1 *List, G. (2010): Expertise zu Qualifikationsanforderungen an frühpädagogische Fachkräfte im Arbeitsfeld Sprachförderung – München*

2 *Einen Überblick dazu liefert Lisker, A. (2010): Sprachförderung vor der Einschulung. Expertise für das Deutsche Jugendinstitut – München. Die bisher durchgeführten Evaluationen der Sprachförderprogramme unterscheiden sich jedoch erheblich danach, ob sie den wissenschaftlichen Kriterien einer Evaluation genügen.*

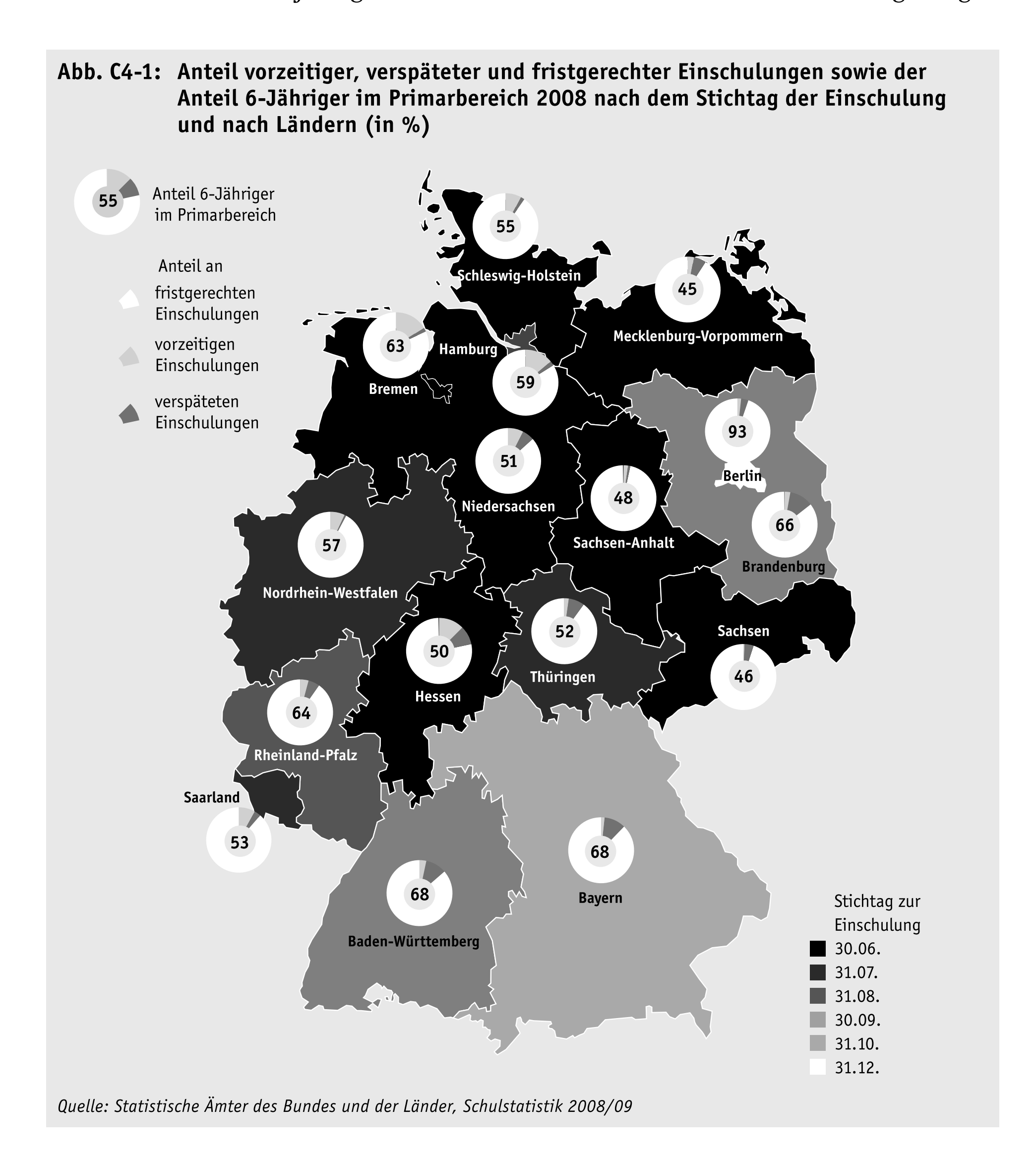
Vorzeitige und verspätete Einschulungen Ⓜ

Fristgerechte Einschulungen nehmen zu

Nicht zuletzt als Folge der bildungspolitischen Intention, eine frühere schulische Förderung von 6-Jährigen zu bewirken, ist deren Anteil im Schulsystem gestiegen. Zugleich ist die Quote verspätet eingeschulter Kinder seit 1995 bis 2005 kontinuierlich auf 4,8% gesunken, danach allerdings wieder auf 6% gestiegen (**Tab. C4-2A**). Gleichzeitig ist der Anteil der vorzeitigen Einschulungen zwischen 2004 und 2008 von 9,1 auf 5,4% zurückgegangen (**Tab. C4-3A**). Die Entwicklung der Einschulungen in Ländern, die den Beginn der Schulpflicht vorverlegt haben, macht deutlich, dass dadurch vorzeitige Einschulungen stark zurückgehen und es so zu einem Anstieg fristgerechter Einschulungen auf knapp 90% kommt (**Abb. C4-1**, **Tab. C4-9web**). Zugleich führt dies allerdings auch zu einer Zunahme verspätet Eingeschulter (mit einem Plus von 4% in Brandenburg bis zu 6% in Bayern seit 2004) (**Tab. C4-10web**).

Ob der Anstieg der Zurückstellungen ausschließlich auf in den betreffenden Monaten geborene Kinder zurückzuführen ist, kann mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Es zeigt sich aber, dass nur ein kleiner Teil der Kinder, die nach dem neuen Regelstichtag früher eingeschult werden müssten, zurückgestellt wird, so dass bis 2008 der Anteil 6-Jähriger im Primarbereich in Deutschland auf 60% gestiegen

Abb. C4-1: Anteil vorzeitiger, verspäteter und fristgerechter Einschulungen sowie der Anteil 6-Jähriger im Primarbereich 2008 nach dem Stichtag der Einschulung und nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09

ist (**Tab. C4-4A**). Im internationalen Vergleich liegt Deutschland damit weiter hinter Staaten wie Großbritannien und Irland, in denen im Jahr 2007 bereits alle 5-Jährigen eingeschult waren, gleichzeitig aber deutlich vor Staaten wie Finnland und Schweden, in denen kaum 6-Jährige die Schule besuchen (**Tab. C4-11web**). Weiterhin werden Mädchen häufiger vorzeitig und seltener verspätet eingeschult (**Tab. C4-12web**).

Aufgrund vorgezogener Einschulung Schüler in Primarstufe im Schnitt jünger

Neben der Vorverlegung des Einschulungsalters in vielen Ländern wurde in den letzten Jahren auch die Schuleingangsphase in elf Ländern insofern flexibilisiert, als die Kinder nun die ersten beiden Jahrgangsstufen in ein bis drei Schuljahren durchlaufen können. Zwar liegen zur faktischen Verweildauer im Grundschulbereich keine bundesweiten Daten vor, doch lassen sich anhand altersspezifischer Bildungsbeteiligungsquoten im Primarbereich zumindest Entwicklungstendenzen aufzeigen (**Abb. C4-2A**, **Tab. C4-14web**). So weist der abnehmende Anteil der 10-, 11-und 12-Jährigen im Primarbereich in Ländern mit vierjähriger Grundschule auf ein sinkendes Alter der Schüler beim Übergang in die weiterführenden Schulen hin.

Einschulung nach sozioökonomischem Status, Migrationshintergrund und Schulleistungen

Kinder mit hohem sozioökonomischem Status der Eltern werden häufiger vorzeitig eingeschult (**Tab. C4-15web**). Während Eltern bei der Entscheidung für einen vorzeitigen Schulbeginn ihrer Kinder eine wichtige Rolle spielen, gilt dies kaum bei Rückstellungen, die auf der Grundlage der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung entschieden werden. Überproportional davon betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund Ⓜ und/oder Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status. Daher ist es notwendig, diesen Kindern frühzeitig altersgerechte Bildungsangebote zu unterbreiten, um ihre Entwicklung durch gezielte Förderung bis zur Einschulung zu unterstützen.

Sozioökonomischer Status beeinflusst sowohl Zeitpunkt der Einschulung als auch Schulleistung

Betrachtet man die Leistungen der Schüler in Abhängigkeit von der Art der Einschulung, so zeigt sich, dass sich die durchschnittlichen Kompetenzen von Viertklässlern in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften von vorzeitig und fristgerecht Eingeschulten nicht merklich unterscheiden. Zudem zeigen sich keine Hinweise, dass vorzeitig Eingeschulte länger in der Grundschule verweilen. Bei verspätet eingeschulten Kindern wurde im Rahmen von TIMSS 2007 im Durchschnitt eine um 35 Punkte geringere Mathematikkompetenz und eine um 33 Punkte geringere naturwissenschaftliche Kompetenz gemessen, was etwa dem Lernrückstand eines Schuljahres entspricht (**Tab. C4-5A**). Multivariate Analysen zeigen jedoch, dass dies allein auf den häufig niedrigen sozioökonomischen Status von verspätet Eingeschulten zurückzuführen ist. Dieser wirkt sich demnach bereits auf den Zeitpunkt der Einschulung und auf die späteren Schulleistungen aus. Dies weist auf den besonderen Förderbedarf dieser Kinder sowohl in Vorbereitung auf die Einschulung als auch in den ersten Schuljahren hin.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Vorzeitige und verspätete Einschulungen

Als vorzeitige Einschulungen werden in den Schulstatistiken der Länder die Kinder erfasst, die nach dem landesspezifischen Regelstichtag geboren sind und eingeschult werden. Eingeschulte Kinder, die im Vorjahr vor dem jeweiligen Stichtag geboren sind, werden im Einschulungsjahr als verspätete Einschulung geführt. Die Prozentangaben beziehen sich auf alle Einschulungen (vorzeitige, fristgemäße, verspätete, Einschulung geistig Behinderter und sonstige Einschulungen) ohne Nichteinschulungen (Zurückstellung und Befreiung).

Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund wird aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst und bezeichnet hier Kinder mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil.

C Perspektiven

Im Zuge des Ausbaus der Plätze für unter 3-Jährige wurden in Westdeutschland zwischen 2006 und 2009 mehr als 100.000 Plätze neu geschaffen. Dies hat zur Folge, dass die Bildungsbeteiligung in diesem Zeitraum bundesweit von 14 auf 20% gestiegen ist, wenngleich mit deutlichen regionalen Unterschieden. Um das Ziel eines bundesdurchschnittlichen Platzangebots von 35% für unter 3-Jährige bis 2013 zu erreichen, sind allerdings noch erhebliche Anstrengungen notwendig, dies ist durch die Auswirkungen der Finanzkrise auf die kommunalen Haushalte nicht einfacher geworden. Ob das zur Verfügung stehende Platzangebot in Anbetracht des ab 2013 geltenden Rechtsanspruchs für die 1- und 2-Jährigen auf lokaler Ebene ausreicht, muss vorerst ebenso offen bleiben, wie die Frage, ob der damit einhergehende Personalbedarf mit den zu erwartenden Ausbildungskapazitäten gedeckt werden kann (vgl. **H2** und **H4.1**).

Auch wenn der mit dem U3-Ausbau einhergehende Personal- und Finanzbedarf unübersehbar einer politischen Kraftanstrengung bedarf, müssen aufgrund der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Erwartungen an die Bildungsleistungen der Kindertageseinrichtungen diese in die Lage versetzt werden, den Ansprüchen gerecht zu werden. In altersgemischten Gruppen sowie in Einrichtungen mit Kindern aus überwiegend benachteiligten Milieus erscheinen die Personalressourcen im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen und die notwendige Nachhaltigkeit der Arbeit zu gering. Die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in altersgemischten Gruppen erfordert einen erhöhten personellen Aufwand, um die angemessene Förderung und Bildung auch der jüngeren Kinder zu gewährleisten. Für Kinder, die zu Hause kein oder nur wenig Deutsch sprechen und in der Kindertageseinrichtung ganz überwiegend auf Kinder treffen, für die das ebenfalls zutrifft, ist es zudem unerlässlich, ausreichend Gelegenheiten einer alltagsnahen Sprachförderung zu schaffen. Insgesamt müssen daher mit Blick auf die sich abzeichnenden Veränderungen und die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Gestaltungschancen weitere Qualitätsverbesserungen der Kindertageseinrichtungen erreicht werden.

Eine weitere Entwicklungsperspektive ist mit einer verbesserten Qualifizierung des Personals verbunden. Auf der einen Seite hat sich zwar die Anzahl an Personen, deren Ausbildungsabschluss unterhalb dem der Erzieherin liegt, im Laufe der Jahre erfreulich verringert; jedoch bestehen hier weiterhin deutliche Länderdifferenzen. Der Akademisierungsgrad des Personals hat sich nur unwesentlich erhöht. Dies gilt es in Anbetracht der vielen Qualifizierungsinitiativen weiterhin zu beachten. In Folge der allgemein gewachsenen Anforderungen an das frühpädagogische Personal kommt daher der Weiterbildung eine wichtige Bedeutung zu. Besondere Aufmerksamkeit muss darüber hinaus der Qualifizierung des Tagespflegepersonals gewidmet werden. Mehr als die Hälfte dieser Personen haben weder eine formale Qualifikation noch einen Qualifizierungskurs im Umfang von mindestens 160 Stunden vorzuweisen. Dieses Qualifikationsdefizit, das vor allem in den westdeutschen Flächenländern anzutreffen ist, gilt es deutlich zu reduzieren.

Angesichts der Erwartung, dass Kindertageseinrichtungen künftig einen größeren Beitrag zum allgemeinen Bildungserfolg der Kinder leisten werden, erhält der Übergang in die Schule zusätzliches Gewicht. Ein Großteil der Kinder mit nicht deutscher Herkunftssprache wurde im Zuge der eingeführten Sprachstandserhebungen im Kindergarten als förderbedürftig diagnostiziert. Zudem werden Kinder mit Migrationshintergrund häufiger verspätet eingeschult. Beide Befunde weisen auf die unabweisbar zentrale Bedeutung einer gezielten Förderung dieser Kinder im Rahmen einer guten Kindertagesbetreuung hin. Die Qualität des Angebots muss über alle kurzfristigen Anstrengungen des Ausbaus hinaus Maßstab für die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder in den ersten Lebensjahren sein.

Teil D
Allgemeinbildende Schule und non-formale Lernwelten im Schulalter

Schulische und außerschulische Bildung im Kindes- und Jugendalter stehen seit Jahren vor großen Herausforderungen: Internationale Schulleistungsuntersuchungen haben nicht nur auf Kompetenzdefizite, sondern vor allem auf die enge Kopplung von Schulleistungen und sozialer Herkunft der Schülerinnen und Schüler aufmerksam gemacht. Zwar ist die Bildungsbeteiligung mit dem Trend zu höherwertigen Abschlüssen gestiegen, zugleich ist es bislang aber nur unzureichend gelungen, den Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren. Auch der in den bisherigen PISA-Studien sichtbar gewordene Anteil junger Menschen, die das Mindestniveau in den Basiskompetenzen und in der Lernmotivation unterschreiten, ist kaum geringer geworden. Zu diesen schon seit Längerem bekannten Problemlagen treten neue Herausforderungen vor allem auch aus aktuellen schulstrukturellen Veränderungen hinzu. In allen Ländern zeichnet sich ein Übergang von der traditionellen Halbtagsschule zur Ganztagsschule ab. Die Bildungsberichte 2006 und 2008 zeigen, dass ganztägige Förder- und Betreuungsangebote deutlich ausgebaut wurden, während nun die Frage der Nutzung stärker in den Blick genommen wird. In den letzten Jahren gab es hinsichtlich des Angebots an Schularten in den Ländern eine Reihe von Neuerungen. Auch der Frage, wie sich die Schulstruktur weiterentwickelt hat, soll deshalb im Folgenden nachgegangen werden.

Diese Herausforderungen und Problemlagen strukturieren das Kapitel D von seiner inhaltlichen Systematik und von der Auswahl der Indikatoren her. Auf der Grundlage von kontinuierlich berichteten Themen wie Übergänge vom Primar- bis in den Sekundarbereich II, sonderpädagogische Förderung, Entwicklung der Ganztagsangebote, Situation des pädagogischen Personals im Schulwesen, Engagement in außerschulischen Lernorten, Entwicklung kognitiver Kompetenzen und Schulabgänger mit und ohne Abschluss wird die Bewältigung der genannten Herausforderungen unter drei Perspektiven nachzuzeichnen versucht:

- Die Auswahl und Darstellung der Indikatoren erfolgt zum einen auf der Grundlage des so genannten Input-Prozess-Output-Modells. Als wichtige Aspekte des Inputs werden Schülerzahl und -verteilung in den Sekundarbereichen I und II (**D1**) sowie die Situation der Lehrkräfte in den allgemeinbildenden Schulen (**D4**) dargestellt. Über die Gestaltung von Bildungsprozessen geben die Indikatoren zur sonderpädagogischen Förderung (**D2**), zu den ganztagsschulischen Angeboten (**D3**) und zu den außerschulischen Aktivitäten (**D5**) Auskunft. Die Indikatoren zur Entwicklung kognitiver Kompetenzen (**D6**) und zu den Schulabgängern mit und ohne Abschluss (**D7**) informieren über die erreichten Ergebnisse.
- In Umsetzung bildungspolitischer Akzentuierungen wird zum Zweiten verdeutlicht, dass der allgemeinbildenden Schule nicht nur eine wichtige Bildungsfunktion zukommt, sondern dass auch die Erwartungen an eine kontinuierliche Förderung und Betreuung aller Schülerinnen und Schüler wachsen. Das Kapitel versucht dies in allen Indikatoren immanent sichtbar zu machen. Explizit wird dem vor allem in den Indikatoren **D2**, **D3** und **D5** nachgegangen.
- Schließlich wird auf neue, bisher im Bildungsbericht noch nicht dargestellte Aspekte eingegangen. Sie betreffen insbesondere die Einführung des achtjährigen Gymnasiums mit dem Abitur nach zwölf Schuljahren, die Vielfalt des Schulangebots in freier Trägerschaft (**D1**) sowie Fragen der Weiterbildung des pädagogischen Personals (**D4**). Klassenwiederholungen werden als nicht bewältigte Übergänge zwischen den Jahrgangsstufen in **D1** dargestellt. Erstmals wird die Situation von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf im Bildungswesen in einem eigenen Indikator vertiefend behandelt (**D2**).

D1 Übergänge und Wechsel im Schulwesen

Nach dem Übergang in die Schule (vgl. **C4**) müssen alle Kinder und Jugendlichen am Ende der Grundschulzeit den Übergang in eine der weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I sowie den Übergang vom Sekundarbereich I in den allgemein- oder berufsbildenden Teil des Sekundarbereichs II bewältigen. Durch Wechsel während der Schullaufbahn können ursprüngliche Schulart- oder Bildungsgangentscheidungen auch nachträglich revidiert werden.

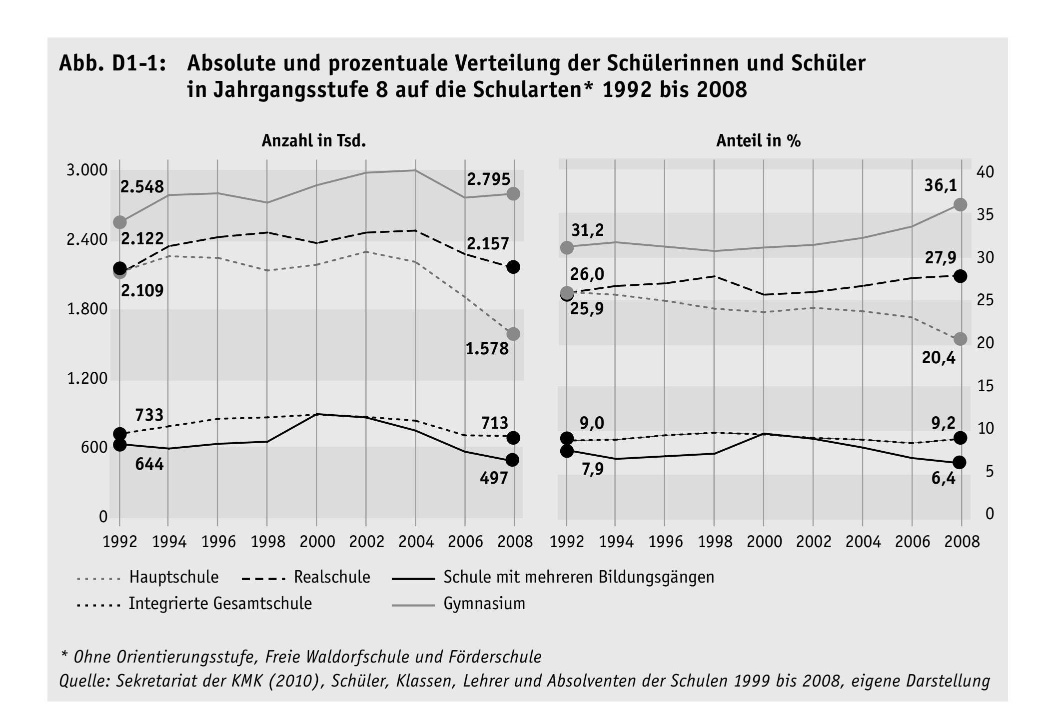
Neben der Fortschreibung der Übergangsmuster nach der Grundschule und den Übergangswegen in den allgemeinbildenden Teil des Sekundarbereichs II wird nachfolgend erstmals über den Stand der Einführung der achtjährigen Gymnasialbildungsgänge (G8) und die Trägerstruktur von Schulen in freier Trägerschaft informiert. Daten zu Schulartwechseln werden indes nicht fortgeschrieben, denn ihre Aussagekraft für die Durchlässigkeit des Schulwesens wird durch die zunehmende Entkopplung von Schularten und Abschlussarten (**D7**) sowie eine Reihe landes-spezifischer Umstrukturierungen des Schulartangebots im Sekundarbereich I auf nationaler Ebene erheblich eingeschränkt. Nachfolgend wird zunächst den Entwicklungen und Veränderungen im Sekundarbereich I nachgegangen.

Entwicklungen im Sekundarbereich I in den Ländern

Struktur des Sekundarbereichs I als Dauerthema im öffentlichen Diskurs

Seit mehr als drei Jahrzehnten konzentriert sich die Schuldiskussion auf den Sekundarbereich I und die Frage nach dem Verhältnis von gemeinsamer Förderung und Integration von Schülern sowie einer sachgerechten Differenzierung nach Befähigung und Leistung. Neue Impulse bekam die Diskussion durch die strukturellen Neuerungen in den ostdeutschen Ländern, die seit der Wiedervereinigung ein Schulwesen gestalten, das in der Regel aus dem Gymnasium und einer weiteren Schulart mit Haupt- und Realschulbildungsgang besteht. In jüngster Zeit brachen Diskussionen um die Gestaltung des Sekundarbereichs I erneut auf, wobei die Hintergründe von

Abb. D1-1: Absolute und prozentuale Verteilung der Schülerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 8 auf die Schularten* 1992 bis 2008



** Ohne Orientierungsstufe, Freie Waldorfschule und Förderschule*
Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1999 bis 2008, eigene Darstellung

Land zu Land sehr verschieden sind. In einer jeweils spezifischen Konfiguration wirken Faktoren wie bildungspolitische Ziele, Akzeptanz einzelner Schularten, Rahmenbedingungen für Qualitätssicherung an der Einzelschule, demografische Entwicklung (vgl. **H**) und Finanzsituation zusammen.

Sinkende Schülerzahl an Hauptschulen, ...

Trotz unterschiedlicher Ausgangslage in den einzelnen Ländern lassen sich doch einige übergreifende Trends hinsichtlich der Entwicklungen im Sekundarbereich I identifizieren: Ein erster Trend besteht offenbar darin, dass die Hauptschule auch unter Berücksichtigung der insgesamt rückläufigen Schülerzahlen überproportionale Rückgänge zu verzeichnen hat (**Abb. D1-1**).

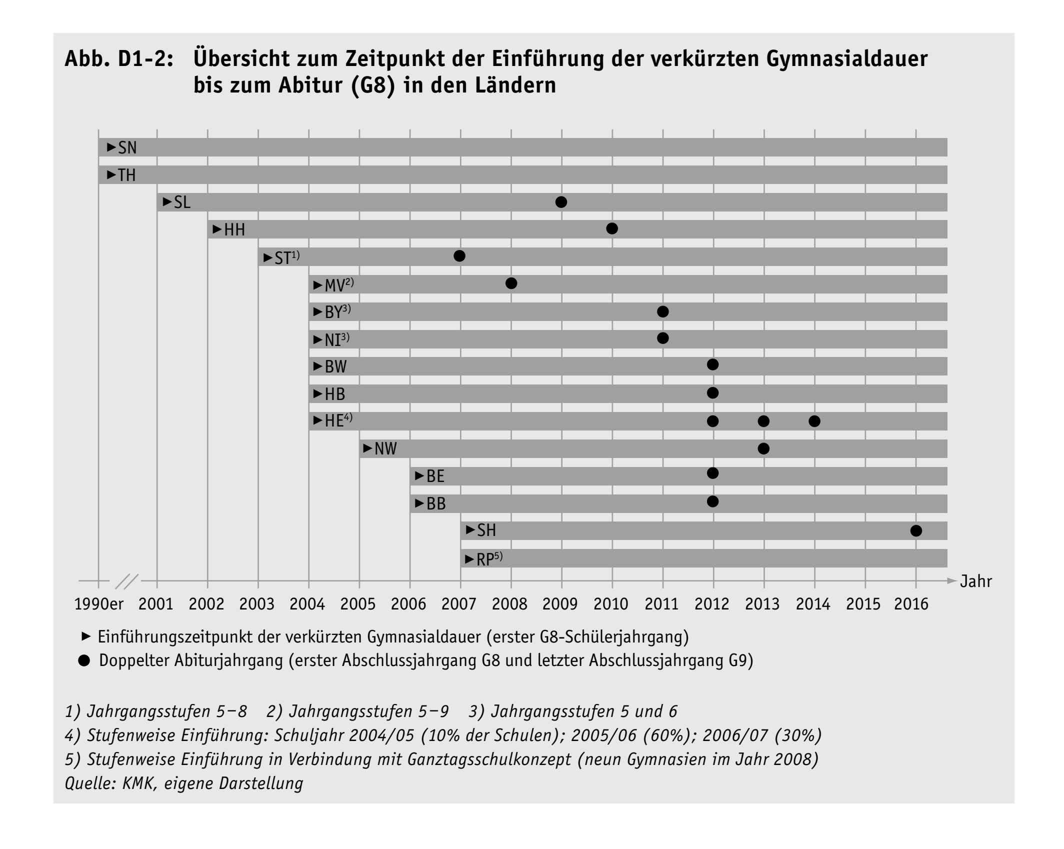
... anhaltender Trend zum Gymnasium ...

Zugleich gibt es einen anhaltenden Trend zum Gymnasium (**Abb. D1-1**), der einzigen durchgängig in allen Ländern anzutreffenden Schulart. Das Gymnasium befindet sich derzeit in einem Umgestaltungsprozess. So vollzieht sich in den letzten Jahren ein zumeist schrittweiser Übergang vom neun- zum achtjährigen Gymnasium (G8). Dies führt zum einen dazu, dass für eine Übergangszeit gleichermaßen G8- und G9-Schüler im Schulwesen sind. Zum anderen kommt es zu einem „doppelten Abiturjahrgang“, jedoch aufgrund des unterschiedlichen Einführungszeitpunktes des G8 in den einzelnen Ländern zeitversetzt (**Abb. D1-2**). Für die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler ist die G8-Umstellung mit einer zeitlichen Mehrbelastung verbunden, die sich auch auf außerschulische Aktivitäten auswirken könnte (**D5**). Es bleibt abzuwarten, ob der Trend zum Gymnasium weiter anhält oder sich ein Ausweichen auf andere Schularten, die das Abitur nach 13 Schuljahren anbieten, zeigt.

... und Neuordnung des Schulartangebots

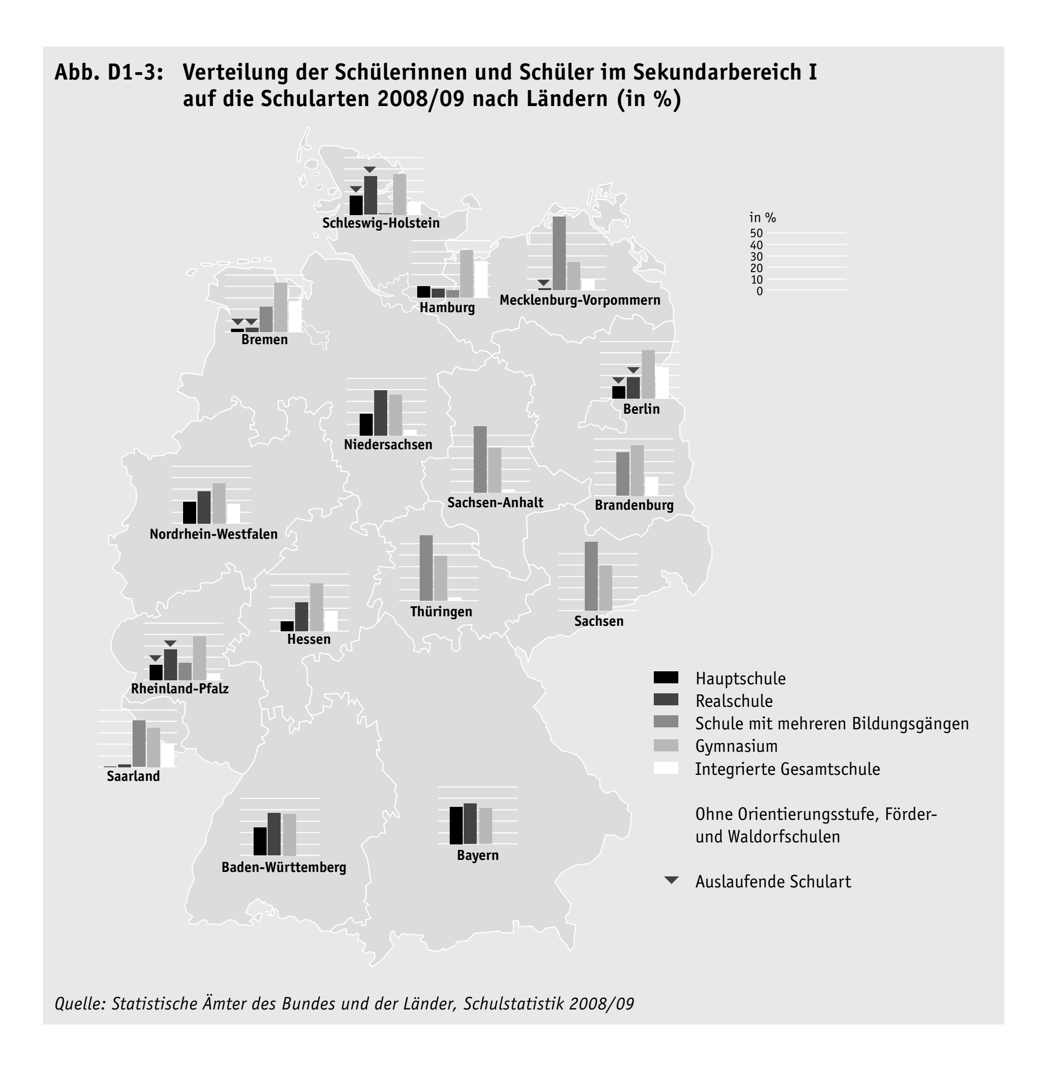
Ein dritter Entwicklungstrend im Sekundarbereich I ist die Neuordnung des nichtgymnasialen Schulartangebots; sie hängt auch mit dem Schülerrückgang an der Hauptschule zusammen. Davon nicht betroffen sind die ostdeutschen Flächenstaaten und das Saarland, wo jeweils eine Schule mit mehreren Bildungsgängen den Haupt- und den Realschulbildungsgang innerhalb einer Schulart vereint (**Abb. D1-3**, **Tab. D1-6web**). Für die übrigen Länder lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden, um der

Abb. D1-2: Übersicht zum Zeitpunkt der Einführung der verkürzten Gymnasialdauer bis zum Abitur (G8) in den Ländern



1) Jahrgangsstufen 5–8 2) Jahrgangsstufen 5–9 3) Jahrgangsstufen 5 und 6
4) Stufenweise Einführung: Schuljahr 2004/05 (10% der Schulen); 2005/06 (60%); 2006/07 (30%)
5) Stufenweise Einführung in Verbindung mit Ganztagsschulkonzept (neun Gymnasien im Jahr 2008)
Quelle: KMK, eigene Darstellung

Abb. D1-3: Verteilung der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I auf die Schularten 2008/09 nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09

oben beschriebenen Situation an der Hauptschule zu begegnen: Während in Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die flächendeckende Zusammenlegung von Haupt- und Realschule (teilweise mit Gesamtschulen) beschlossen oder bereits erfolgt ist, halten Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an der eigenständigen Hauptschule fest. Dort setzt man auf regionalspezifische Lösungen, die engere Kooperationen bzw. lokale Verbünde von Haupt- und Real- bzw. Gesamtschulen unter Wahrung der schulartspezifischen Teilstandorte ermöglichen. Zudem soll die Hauptschule durch verstärkte Berufsorientierung und Zusammenarbeit mit Berufsschulen und Betrieben aufgewertet werden.

Mittelfristig wird damit in elf der sechzehn Länder im Sinne eines „Zwei-Säulen-Modells“ neben dem Gymnasium (mit dem Abitur nach 12 Schuljahren) nur noch eine Schulart mit mehreren Bildungsgängen (zum Teil mit dem Abitur nach 13 Jahren) sowie in einer Reihe von Ländern die Integrierte Gesamtschule (überwiegend mit dem Abitur nach 13 Jahren) existieren.

Übergang vom Primarbereich in den Sekundarbereich I

Der Übergang in die weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs I erfolgt in der Regel nach einer vierjährigen Grundschulzeit (sechs Schuljahre in Berlin und Brandenburg). Die Übergangsquoten auf die weiterführenden Schularten nach der Grundschule bestätigen auch für die Fünftklässler 2008/09 den oben beschriebenen

Trend steigender Gymnasial- und sinkender Hauptschulanteile (**Tab. D1-1A**, **Abb. D1-6web**). In zwölf Ländern besucht der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Grundschule das Gymnasium. Auch in Bayern gingen erstmals mehr Grundschüler auf ein Gymnasium über als auf eine Hauptschule. Nur noch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verzeichnet die jeweilige Schulart mit mehreren Bildungsgängen die meisten Übergänge. In den drei Stadtstaaten entfällt inzwischen die Hälfte aller Grundschulübergänge auf den gymnasialen Bildungsweg.

In zwölf Ländern gehen die meisten Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule zum Gymnasium

Soziale Disparitäten beim Schulartbesuch

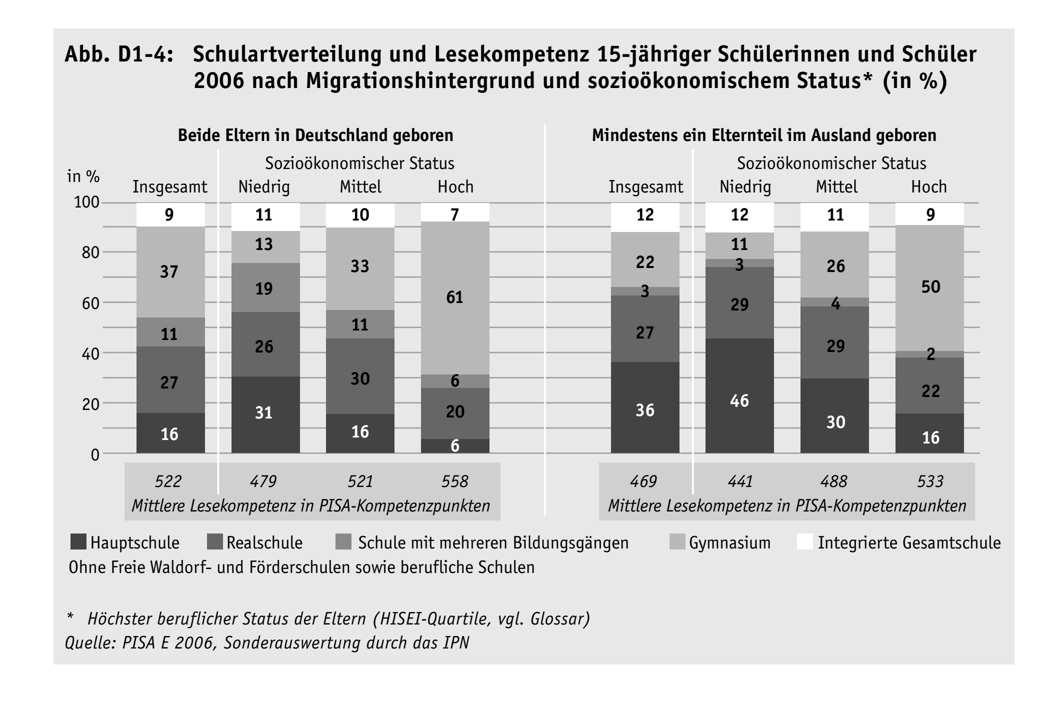
Anhand der Schulartverteilung im Sekundarbereich I lassen sich ethnische und soziale Segregationstendenzen aufzeigen, die durch selektive Übergangsentscheidungen und Wechsel bis zum Alter von 15 Jahren entstanden sind (**Abb. D1-4**, **Tab. D1-2A**).

Für 15-jährige Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund (M) war 2006 die Gymnasialbesuchsquote mit 37% deutlich höher als für diejenigen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil (22%). Letztere waren hingegen mehr als doppelt so häufig in Hauptschulen zu finden (16 gegenüber 36%). Diese Disparitäten sind eng mit der sozialen Lage der Herkunftsfamilien verknüpft, denn fast die Hälfte der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aber nur ein Fünftel der Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund stammt aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status. Gleichwohl hat der Migrationshintergrund einen eigenen Effekt auf den Schulartbesuch, da selbst unter Beachtung des sozioökonomischen Status migrationsspezifische Unterschiede bestehen bleiben: Die Schulartverteilung ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund in allen Statusgruppen ungünstiger als für diejenigen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden. Da die Jugendlichen mit Migrationshintergrund wiederum bei gleichem sozioökonomischem Status auch niedrigere PISA-Testleistungen (hier Lesekompetenz) erreicht haben, scheint die ungleiche Verteilung auf die Schularten in erster Linie Ungleichheiten in den erworbenen Kompetenzen widerzuspiegeln (primäre Disparitäten). In welchem Ausmaß darüber hinaus auch unterschiedliche Übergangsentscheidungen je nach ethnisch-

Jugendliche mit Migrationshintergrund häufiger an niedriger qualifizierenden Schularten ...

... selbst bei gleichem sozioökonomischem Status

Abb. D1-4: Schulartverteilung und Lesekompetenz 15-jähriger Schülerinnen und Schüler 2006 nach Migrationshintergrund und sozioökonomischem Status* (in %)



** Höchster beruflicher Status der Eltern (HISEI-Quartile, vgl. Glossar)*
Quelle: PISA E 2006, Sonderauswertung durch das IPN

kultureller Orientierung und sozioökonomischer Lage der Familien getroffen wurden (sekundäre Disparitäten), bleibt hingegen in dieser Analyse des Schulartbesuchs 15-jähriger Schülerinnen und Schüler offen.[1]

Klassenwiederholungen

Rückgang der Wiederholerquote, vor allem im Sekundarbereich I

In den Bildungsberichten 2006 und 2008 wurde aufgezeigt, dass trotz der auf Leistungshomogenisierung der Lerngruppen abzielenden Mehrgliedrigkeit des Schulwesens viele Schülerinnen und Schüler im Verlauf ihrer Schulzeit eine Klasse wiederholen. Im Schuljahr 2008/09 waren 184.000 Schülerinnen und Schüler davon betroffen (**Tab. D1-3A**). Die Wiederholerquote(M) hat sich damit insgesamt von 2,7% im Schuljahr 2006/07 auf 2,2% reduziert, was auf Rückgänge in allen drei Schulstufen zurückzuführen ist. Auch wenn es im Sekundarbereich I gelungen ist, die Wiederholerquote von 3,6 auf 3,1% zu verringern, und Rückgänge in allen Ländern erreicht wurden, zeigen sich nach wie vor große Unterschiede zwischen den Ländern.

Übergang in einen allgemeinbildenden Bildungsgang des Sekundarbereichs II

Am Ende der Jahrgangsstufe 9 oder 10 der allgemeinbildenden Schule können die Schülerinnen und Schüler je nach erworbenem Abschluss entweder in den allgemeinbildenden Sekundarbereich II, in eine berufliche Ausbildung (vgl. **E**) oder in Ausnahmefällen auch direkt in den Arbeitsmarkt übergehen. Einen allgemeinbildenden Bildungsgang des Sekundarbereichs II(M) haben im Schuljahr 2008/09 ca. 517.000 Schülerinnen und Schüler begonnen (**Tab. D1-7web**). Fast zwei Drittel dieser Übergänge entfielen auf Gymnasien, 7% gingen in den Sekundarbereich II einer anderen allgemeinbildenden Schule über, und 30% waren Neuanfänger an Fachgymnasien, Fachoberschulen und Berufs- bzw. Technischen Oberschulen.

Kaum Quereinsteiger in die gymnasiale Oberstufe des G8

Mit Blick auf die gymnasiale Oberstufe gingen 2008/09 in sechs Ländern nach wie vor alle Schülerinnen und Schüler in die Jahrgangsstufe 11 des neunjährigen Gymnasiums (G9) über (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz), in fünf Ländern traten bereits alle Schüler mit der Jahrgangsstufe 10 des G8 in die Eingangsphase des Sekundarbereichs II ein (Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Beide Zugangsarten verzeichneten Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Insgesamt entfiel damit 2008/09 gut jeder dritte Übergang in die Oberstufe an Gymnasien auf das G8 (**Tab. D1-4A**). Mit 97% besuchten fast all diese G8-Schülerinnen und -Schüler bereits im vorangegangenen Schuljahr das Gymnasium. Größer war die Durchlässigkeit des G9 mit immerhin 9% an Übergängen aus anderen Schularten, vor allem der Realschule. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die gymnasiale Oberstufe an Integrierten Gesamtschulen an Bedeutung. Fast ein Drittel der Elftklässler in gymnasialen Oberstufen an Gesamtschulen besuchte zuvor eine andere Schulart.

Andere Wege zum Abitur gewinnen an Bedeutung

Angesichts der in den nächsten Jahren vielerorts auslaufenden neunjährigen Gymnasien könnten neben der Gesamtschule auch Berufs- und Fachgymnasien immer wichtiger werden, um jenen Schülerinnen und Schülern, die zunächst eine Schule mit Haupt- bzw. Realschulbildungsgang absolvieren, den Weg zur allgemeinen Hochschulreife zu eröffnen (**D7**).

---

1 Für aktuelle Forschungsbefunde zu primären und sekundären Herkunftseffekten vgl. Baumert, J./Maaz, K./Trautwein, U. (2010): Bildungsentscheidungen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009; Ditton, H. (2010): Schullaufbahnen und soziale Herkunft – eine Frage von Leistung oder Diskriminierung? In: Aufenanger, St. u.a. (Hrsg.): Bildung in der Demokratie. Beiträge zum 22. Kongress der DGfE – Opladen & Farmington

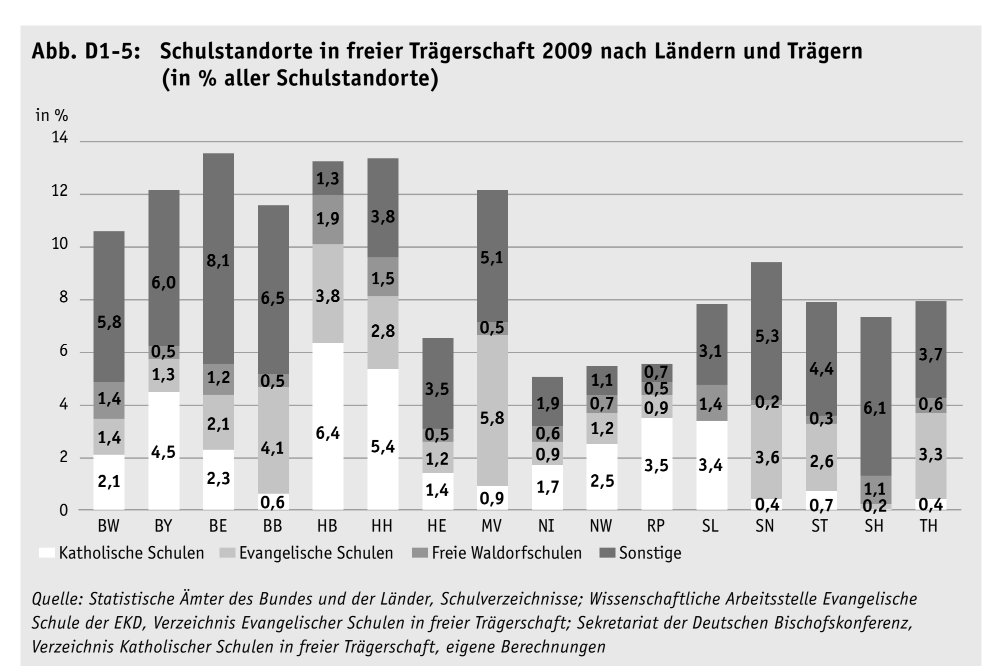
Besuch von Schulen in freier Trägerschaft

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten spielen private Schulen bzw. Schulen in freier Trägerschaft Ⓜ in Deutschland eine eher nachrangige Rolle. Im Bildungsbericht 2008 wurde allerdings verdeutlicht, dass hier die Schülerzahlen zwischen 1996/97 und 2006/07 um 25% angestiegen sind, während das öffentliche Schulwesen im gleichen Zeitraum einen Schülerrückgang um knapp 9% verzeichnete. Diese Entwicklung hat sich weiter fortgesetzt (**Tab. D1-5A**, vgl. **B2**). Der Schüleranteil an Schulen in freier Trägerschaft erhöhte sich zwischen 2006/07 und 2008/09 von 6,9 auf 7,6% aller Schülerinnen und Schüler. Der Anteil der Schulen in freier Trägerschaft stieg von 7,9 auf 8,9%. Den größten Zuwachs an schulartspezifischen Einrichtungen weisen Schulen mit mehreren Bildungsgängen und Integrierte Gesamtschulen auf, jedoch liegt der Schwerpunkt der Privatschulangebote weiterhin im Bereich der Förderschulen, Gymnasien sowie Grundschulen.

Jede elfte Schule in freier Trägerschaft

Im Ländervergleich variiert nicht nur der Anteil der Schulen in freier Trägerschaft, sondern auch deren Zusammensetzung nach Trägern (**Abb. D1-5, Tab. D1-8web**). Ein Großteil der Schulen in freier Trägerschaft wird von kirchlichen Stiftungen und Verbänden unterhalten, wobei die katholischen Schulen mit 601 Schulstandorten Ⓜ und die evangelischen Schulen (430) die beiden größten Gruppen bilden. Ein ebenfalls bundesweit vertretener Schulträger ist der Bund der Freien Waldorfschulen mit insgesamt 204 Standorten. Neben den katholischen, den evangelischen und den Freien Waldorfschulen haben in einer Reihe von Ländern auch sonstige Träger starkes Gewicht. Hierzu zählen unter anderem auch jene Angebote, die auf Mehrsprachigkeit und internationale Zertifizierungen ausgerichtete Konzepte verfolgen und sogenannte alternative Schulen. Sonstige Träger sind aber z.B. auch Vereinigungen, die mit dem Ziel der Aufrechterhaltung eines wohnortnahen Schulangebots in dünner besiedelten Regionen gegründet wurden.

Abb. D1-5: Schulstandorte in freier Trägerschaft 2009 nach Ländern und Trägern (in % aller Schulstandorte)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulverzeichnisse; Wissenschaftliche Arbeitsstelle Evangelische Schule der EKD, Verzeichnis Evangelischer Schulen in freier Trägerschaft; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Verzeichnis Katholischer Schulen in freier Trägerschaft, eigene Berechnungen

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Migrationshintergrund
Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst. Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

Wiederholerquote
Die Wiederholerquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im vorangegangenen Schuljahr dieselbe Jahrgangsstufe besucht haben, bezogen auf die Schülergesamtzahl in der betrachteten Jahrgangsstufe. Als Wiederholer können auch Schülerinnen und Schüler gelten, die freiwillig eine Jahrgangsstufe wiederholen, sowie jene, die Zugänge aus dem Ausland oder sonstige Seiteneinsteiger sind. Schülerinnen und Schüler, die nach dem Stichtag der amtlichen Schulstatistik im Verlauf des betrachteten Schuljahres zurückgestellt werden, gehen nicht als Wiederholer ein.
Aufgrund der Einführung der flexiblen Schuleingangsstufe in vielen Ländern werden Wiederholer erst ab der 3. Jahrgangsstufe statistisch ausgewiesen.

Allgemeinbildender Sekundarbereich II
Zum allgemeinbildenden Teil des Sekundarbereichs II werden hier neben der gymnasialen Oberstufe (an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Förderschulen und Freien Waldorfschulen) auch die Fachoberschulen, Fachgymnasien und Berufs-/Technischen Oberschulen gezählt (vgl. Glossar).

Private Schulen/Schulen in freier Trägerschaft
Erläuterung vgl. Glossar: Freie Trägerschaft

Schulstandorte
Für die Analyse der Trägerstruktur von Schulen in freier Trägerschaft musste auf umfangreiche, tief gegliederte Schulverzeichnisse zurückgegriffen werden. Dies ermöglicht den Ausweis von Schulstandorten anstelle der in der amtlichen Statistik erfassten schulartspezifischen Einrichtungen, welche Mehrfachzählungen von Schulzentren mit mehreren Schularten und gleicher Trägerschaft beinhalten.

D2 Sonderpädagogische Förderung

Sonderpädagogischer Förderbedarf ist bei Kindern und Jugendlichen anzunehmen, die in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so weit beeinträchtigt sind, dass ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft wesentlich erschwert ist. Schon in ihrer Empfehlung zur sonderpädagogischen Förderung von 1994 hatte die Kultusministerkonferenz die Wahl des geeigneten Förderorts von der Art des sonderpädagogischen Förderbedarfs und den schulischen Bedingungen abhängig gemacht: „Die Erfüllung sonderpädagogischen Förderbedarfs ist nicht an Sonderschulen gebunden; ihm kann auch in allgemeinen Schulen, zu denen auch berufliche Schulen zählen, vermehrt entsprochen werden. Die Bildung behinderter junger Menschen ist verstärkt als gemeinsame Aufgabe für grundsätzlich alle Schulen anzustreben“.[2]

Unterstützt durch eine Grundgesetzänderung, die explizit ein Benachteiligungsverbot wegen einer Behinderung aufnahm, geben die Schulgesetze aller Länder einer integrativen Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Vorrang vor einer sonderschulischen Förderung, sofern die organisatorischen, personellen und sächlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Das 2009 in Kraft getretene Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat in allen Ländern Impulse zur Überprüfung der bisherigen Praxis sonderpädagogischer Förderung ausgelöst. Vor diesem Hintergrund werden die in den bisherigen Bildungsberichten in mehreren Indikatoren angesprochenen Aspekte der schulischen Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zusammengefasst. Aktuelle Förderquoten und gruppenspezifische Besuchsquoten von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden dargestellt, um die Ausgangslage für die neu einsetzenden Veränderungsbestrebungen darzustellen.

Sonderpädagogische Förderquoten (M) in Förderschulen und sonstigen allgemeinbildenden Schulen

Gegenwärtig bestehen in Deutschland insgesamt 3.302 Förderschulen. Sie wurden 2008/09 von etwa 400.000 Schülerinnen und Schülern besucht. Im Jahr 1999 wurden 4,5% aller Schülerinnen und Schüler des Primar- und Sekundarbereichs I in Förderschulen unterrichtet. Bis 2008 hat sich dieser Anteil auf 4,9% erhöht. Hinzu kommen 1,1% aller Schülerinnen und Schüler, deren sonderpädagogischer Förderbedarf in sonstigen allgemeinbildenden Schulen erfüllt wird; bundesweit hat sich seit 1999 auch dieser Anteil um 0,5 Prozentpunkte erhöht. Eine Senkung der Förderschulbesuchsquote (M) zugunsten einer Förderung in sonstigen allgemeinbildenden Schulen ist nicht beobachtbar. Zu dem weiteren Anstieg des Förderschulbesuchs hat auch beigetragen, dass die Schüler immer früher auf Förderschulen überwiesen werden und sich dadurch die durchschnittliche Zeit des Förderschulbesuchs verlängert hat (**Tab. D2-1A**).

Förderquoten zwischen den Ländern unterscheiden sich um das Zweieinhalbfache

Zwischen den Ländern bestehen große Unterschiede in den sonderpädagogischen Förderquoten und dem Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an sonstigen allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden. Die Differenz zwischen Rheinland-Pfalz mit einer sonderpädagogischen Förderquote von 4,3% und Mecklenburg-Vorpommern mit 11,7% beträgt mehr als das 2,5-fache (**Abb. D2-1**, **Tab. D2-7web**). Ähnliche Unterschiede zeigen sich, wenn die Förder-

2 *Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland – Beschluss der KMK vom 6.5.1994*

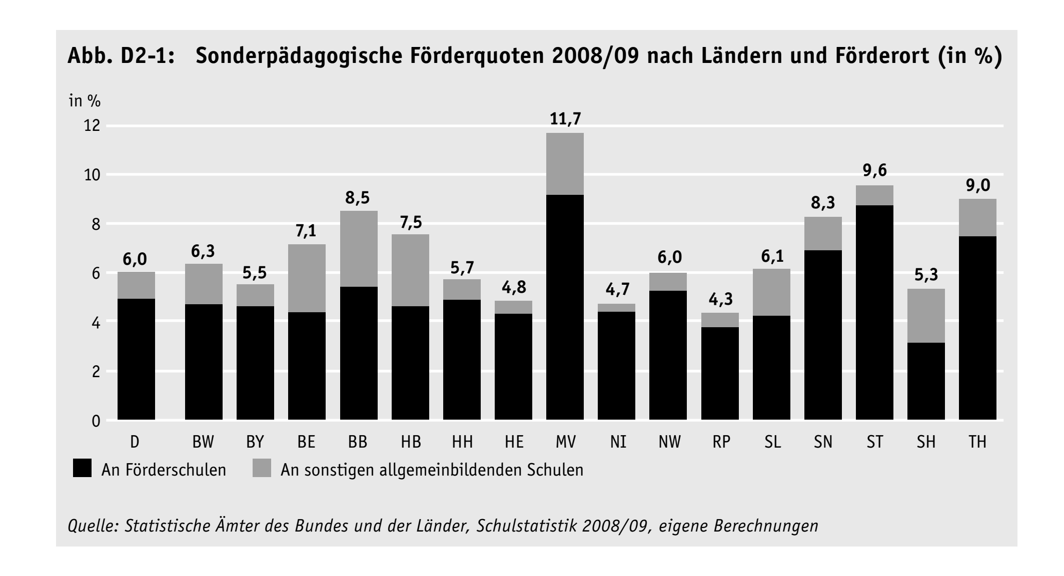


Abb. D2-1: Sonderpädagogische Förderquoten 2008/09 nach Ländern und Förderort (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

schulbesuchsquoten nach den einzelnen Förderschwerpunkten im Ländervergleich betrachtet werden (**Tab. D2-2A**). Diese Differenzen in den Förderquoten ergeben sich aus unterschiedlichen Kriterien und Verfahren für die Bestimmung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs und weiteren Faktoren (z. B. rechtlichen Regelungen, präventiven Maßnahmen zur Vermeidung einer sonderpädagogischen Förderdiagnose, dem Interesse am Erhalt institutioneller Differenzierungen im Schulwesen). Sie führen zu sehr unterschiedlichen Voraussetzungen für eine sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern und damit zu ungleichen Lebenschancen, was sich beispielsweise darin zeigt, dass 2008 fast drei Viertel der Förderschüler die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen haben.

Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an sonstigen allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden, beträgt 2008 insgesamt 19%. Zwischen den Ländern variiert dieser Anteil ebenfalls erheblich zwischen 57% im Saarland und 6% in Niedersachsen. Neben dem Saarland haben insbesondere Berlin, Brandenburg und Bremen die integrative Förderung ausgebaut (**Tab. D2-7web**). Allerdings sind die Angaben zwischen den Ländern nicht direkt vergleichbar, denn die in der Schulstatistik an sonstigen allgemeinbildenden Schulen erfassten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf befinden sich in sehr unterschiedlichen Lernsituationen. Die Praxis reicht von Sonderklassen an sonstigen allgemeinbildenden Schulen über kooperative Modelle bis zur Integration einzelner Schülerinnen und Schüler in Regelklassen mit landesspezifisch unterschiedlichen Förderschwerpunkten. Kaum erfasst werden präventive Maßnahmen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Im internationalen Vergleich hohe Quote von Schülerinnen und Schülern in Förderschulen

Im internationalen Vergleich hat Deutschland einen insgesamt überdurchschnittlichen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Unter den EU-Staaten hat Deutschland die höchste Förderquote von Schülern, die in Förderschulen unterrichtet werden. Und zugleich hat Deutschland einen der niedrigsten Anteile an integrativ geförderten Schülerinnen und Schülern (**Abb. D2-3A**, **Tab. D2-8web**). Eine Bewertung dieses Befundes muss die grundsätzlichen Unterschiede des Umgangs mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schulsystemen unterschiedlicher Staaten berücksichtigen.

Die Entwicklung sonderpädagogischer Förderung nach Förderschwerpunkt

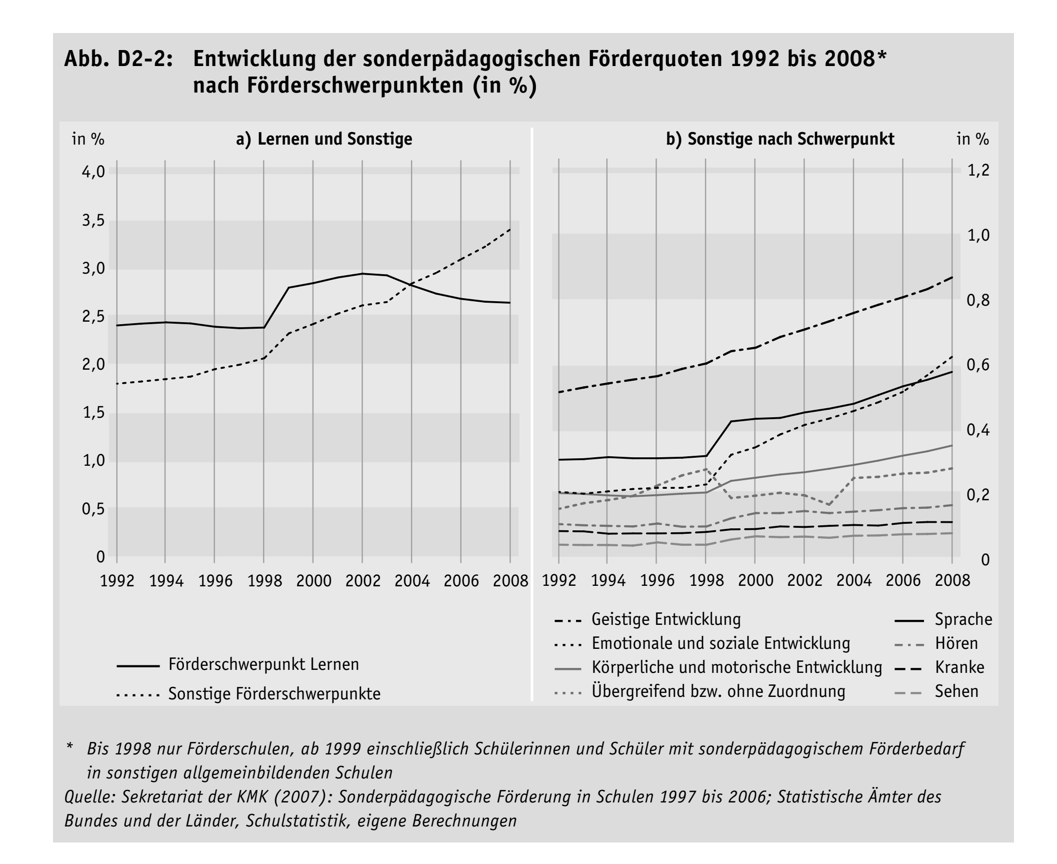
Bei dem sonderpädagogischen Förderbedarf von Kindern und Jugendlichen ist zu unterscheiden zwischen Sinnesschädigungen, einer körperlichen Beeinträchtigung oder geistigen Behinderung sowie jenen Schülerinnen und Schülern, die wegen Lern- und Sprachstörungen oder emotionalen und sozialen Problemen im Verlauf der Schulzeit als sonderpädagogisch förderungsbedürftig diagnostiziert werden. Fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen wird gegenwärtig im Förderschwerpunkt Lernen unterrichtet (**Abb. D2-2**, **Tab. D2-9web**). Zusammen mit den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Förderschwerpunkten Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung beträgt der Anteil dieser Schüler etwa zwei Drittel aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Zunahme der Förderquoten in den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung

In den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung haben in den letzten 15 Jahren die Förderquoten zugenommen (**Abb. D2-2**, **Tab. D2-9web**). Die Erklärungen für diese Entwicklung sind sehr vielfältig und reichen beispielsweise von Hinweisen auf den medizinischen Fortschritt über geänderte Kriterien der sonderpädagogischen Begutachtung, ein verbessertes förderschulisches Angebot bis zu dem Interesse am Bestand von Förderschulen.

Der Schüleranteil mit sonderpädagogischem Förderbedarf an sonstigen allgemeinbildenden Schulen von 19% variiert erheblich nach Förderschwerpunkt (**Tab. D2-7web**). Am häufigsten (zu etwa einem Drittel) erhalten Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung an sonstigen allgemeinbildenden Schulen Unterricht, während jene mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung nur in Ausnahmefällen (4,0%) außerhalb der Förderschule unterrichtet werden. Zwischen den ost- und westdeutschen Ländern gibt es im Anteil der Schülerinnen und Schüler in sonstigen allgemeinbildenden Schulen nach Förderschwerpunkten teilweise große Unterschiede (**Tab. D2-3A**).

Abb. D2-2: Entwicklung der sonderpädagogischen Förderquoten 1992 bis 2008* nach Förderschwerpunkten (in %)



* *Bis 1998 nur Förderschulen, ab 1999 einschließlich Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in sonstigen allgemeinbildenden Schulen*

Quelle: Sekretariat der KMK (2007): Sonderpädagogische Förderung in Schulen 1997 bis 2006; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik, eigene Berechnungen

Unterschiede des Förderschulbesuchs nach Geschlecht, sozialer Lage und Nationalität Ⓜ

Die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Geschlecht, sozialer Lage und Nationalität zeigt im Vergleich zu den Schülerinnen und Schülern an sonstigen allgemeinbildenden Schulen charakteristische Abweichungen.

Männliche Schüler an Förderschulen stark überrepräsentiert

Über alle Förderschwerpunkte hinweg fallen markante Unterschiede in der Zusammensetzung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Geschlecht auf, die zwischen den Ländern nur unbedeutend variieren. Nur 37% der Förderschüler sind weiblich (**Tab. D2-4A**). In keinem Förderbereich wird der weibliche Anteil unter den Schülern allgemeinbildender Schulen von insgesamt 49% erreicht. Im Förderschwerpunkt Sprache beträgt der Mädchenanteil nur 30% und unter den Schülern mit emotionalen und sozialen Entwicklungsstörungen sogar nur 14%.

Niedriger Bildungsstand der Eltern von Förderschüler-innen und -schülern

Der Bildungsstand der Eltern von Förderschülerinnen und -schülern ist niedriger als bei den Eltern der Schülerschaft insgesamt, denn mehr als die Hälfte der Eltern der Schülerinnen und Schüler an Förderschulen haben höchstens einen Hauptschulabschluss (52%), während dies nur für gut ein Viertel (27%) der sonstigen Schüler an allgemeinbildenden Schulen zutrifft (**Tab. D2-5A**). Auch der Anteil der Eltern ohne Berufsabschluss ist mit 28% mehr als doppelt so hoch wie bei den sonstigen Schülern allgemeinbildender Schulen (13%). Ein Drittel der Familienbezugspersonen ist nicht erwerbstätig (34%), eine Erwerbssituation, die nur 12% der sonstigen Schüler allgemeinbildender Schulen betrifft.

Große Unterschiede in den Förderschulbesuchsquoten nach Nationalität

Zunehmend wird in den letzten Jahren der hohe Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler unter der Schülerschaft an Förderschulen kritisiert. Diese Aussage ist jedoch zu differenzieren, denn unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern finden sich einzelne Nationalitäten, deren Förderschulbesuchsquote unter der der deutschen Schülerschaft liegt (Vietnam, Ukraine, Russische Föderation, Polen und Iran). Demgegenüber fallen die Schülerinnen und Schüler anderer Nationalitäten mit Förderschulbesuchsquoten von 13% und mehr auf (Albanien und Libanon). In der zeitlichen Betrachtung ist die Konstanz des Förderschüleranteils nach Nationalitäten auffällig (**Tab. D2-6A**). Insbesondere bei den ausländischen Kindern aus Griechenland, Italien, Marokko, Portugal und der Türkei zeigen sich keine rückläufigen Förderschulbesuchsquoten, obwohl diese Kinder überwiegend in Deutschland aufgewachsen sind. Längere Zeitreihen zeigen ähnliche Förderschulbesuchsquoten bis zurück in die 1970er Jahre. Da keine Leistungsinformationen über die Förderschüler nach Nationalität vorliegen, sind die Befunde als Hinweise anzusehen, die Prozesse der Förderschulbegutachtung, die individuellen Leistungsvoraussetzungen und sozioökonomischen Lebensumstände der Förderschüler nach Nationalität genauer zu untersuchen.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Förderquote
Die Förderquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).

Förderschulbesuchsquote
Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem prozentualen Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).

Förderschulbesuch nach Geschlecht, sozialer Lage und Nationalität
Anhand der Daten des Mikrozensus ist es für 2008 möglich, die Abhängigkeit des Förderschulbesuchs von der sozioökonomischen Lage der Familie zu erfassen. Der Mikrozensus gestattet aber nicht die wünschenswerte Differenzierung nach Förderschwerpunkt. Außerdem werden die Schüler in Förderschulen untererfasst, denn nur 2,5% der Eltern geben an, dass ein Kind eine Förderschule besucht. Analysen zu Unterschieden der sonderpädagogischen Förderung nach soziodemografischen Merkmalen sind anhand des Mikrozensus und der Schulstatistik nur für Schülerinnen und Schüler an Förderschulen, nicht jedoch für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an sonstigen allgemeinbildenden Schulen möglich.

D3 Ganztägige Bildung und Betreuung im Schulalter

In den letzten Jahren haben Bund und Länder erhebliche finanzielle Ressourcen in eine erweiterte Infrastruktur für ganztägige Bildung und Betreuung investiert. An den Auf- und Ausbau von Ganztagsangeboten richtet sich die Erwartung, die Rahmenbedingungen für schulisches und unterrichtsergänzendes Lernen gerade bei Kindern aus sozial schwachen Familien zu verbessern und auch die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu fördern (vgl. **A3**). Ganztägige Bildung und Betreuung folgt dabei in den Ländern unterschiedlichen organisatorischen und inhaltlichen Konzepten. So verteilen sich die Angebote zum einen auf Einrichtungen wie Ganztagsschulen**Ⓜ** oder Horte**Ⓜ**, zum anderen reicht das unterrichtsergänzende Programm an Ganztagsschulen von Hausaufgabenbetreuung bis hin zu breit gefächerten Kurs- und Förderangeboten. Im Folgenden wird wie in den vorangegangenen Bildungsberichten zunächst der Auf- und Ausbau von Ganztagsbetreuung aus der Angebotsperspektive und anschließend unter dem Blickwinkel der Nutzung durch die Schülerinnen und Schüler weiterverfolgt.

Quantitativer Ausbau der Schulen mit Ganztagsbetrieb

Mehr als jede dritte Schule des Primar- und Sekundarbereichs I mit Ganztagsbetrieb …

Nachdem sich die Zahl der schulischen Verwaltungseinheiten**Ⓜ** mit Ganztagsbetrieb zwischen 2002 und 2006 auf ca. 10.000 Schulen bereits verdoppelt hatte, kamen bis zum Jahr 2008 weitere 2.000 Ganztagseinrichtungen hinzu (**Abb. D3-1**, **Tab. D3-1A**, **Tab. D3-5web**). Mit einem Gesamtanteil von 42% an allen schulischen Verwaltungseinheiten des Primar- und Sekundarbereichs I wird damit mittlerweile an mehr als jedem dritten Schulstandort in Deutschland Ganztagsbetrieb angeboten (**Tab. D3-2A**).

… bei überwiegendem Ausbau des offenen Organisationsmodells

Das erweiterte Ganztagsschulangebot ist vor dem Hintergrund unterschiedlicher Organisationsformen zu betrachten. So unterscheidet die KMK drei Modelle mit unterschiedlichem Grad der Verbindlichkeit der Teilnahme: Beim voll gebundenen Modell sind alle Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme verpflichtet, beim teilweise gebundenen Modell nur ein Teil (z. B. einzelne Klassen), und in der offenen Form nehmen einzelne Kinder auf Wunsch an den ganztägigen Angeboten teil. Verfolgt

Abb. D3-1: Quantitativer Ausbau des Ganztagsschulangebots im Primar- und Sekundarbereich I 2002 bis 2008 nach Schularten*



* *Ohne schulartunabhängige Orientierungsstufe und Freie Waldorfschulen*
Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik

man die Entwicklung der Ganztagsangebote seit 2002 in einer Differenzierung nach diesen Organisationsmodellen, wird deutlich, dass der Ausbau vor allem auf die Einrichtung von Ganztagsschulen in offener Form zurückzuführen ist (**Abb. D3-1**, **Tab. D3-1A**). Der offene Ganztagsbetrieb überwiegt insbesondere innerhalb der Angebote von Grundschulen (88%), Realschulen (79%) und Gymnasien (76%). Auch Schulen mit mehreren Bildungsgängen haben mit 59% vornehmlich offene Ganztagsangebote; diese Schulart ist jedoch die einzige mit einem Anstieg des Anteils voll gebundener bzw. teilweise gebundener Ganztagsangebote (1 bzw. 6% im Jahr 2002 gegenüber 13 bzw. 28% 2008). In den übrigen Schularten hat sich das relative Gewicht des offenen Modells zum Teil deutlich erhöht.

Große Länderunterschiede im Ganztagsschulanteil bei Grund-, Förderschulen und Gymnasien

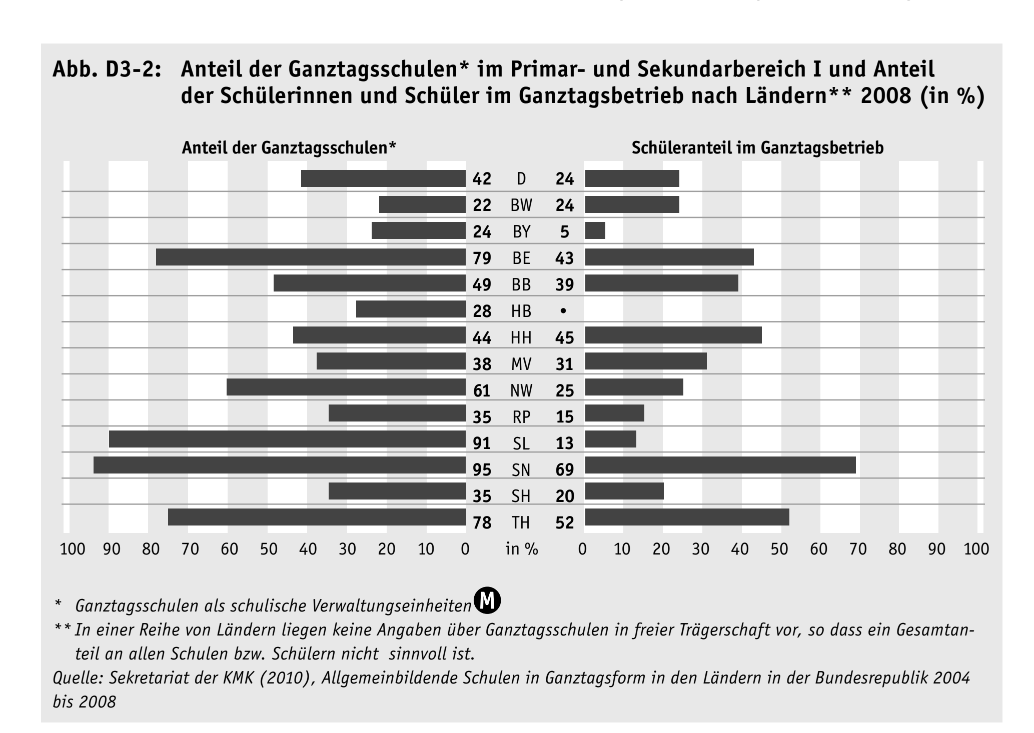
Im Schulartvergleich finden sich die höchsten Anteile an Schulen mit Ganztagsbetrieb nicht mehr allein bei den Integrierten Gesamtschulen (82%) und Förderschulen (59%), die bereits vor den jüngeren Reformbemühungen zu einem hohen Prozentsatz Ganztagsangebote machten (**Tab. D3-3A**). Mit 62% lässt sich inzwischen ein ebenfalls hoher Anteil für die Schulart mit mehreren Bildungsgängen beobachten, deren Ganztagsangebote insbesondere zwischen 2006 und 2008 nochmals deutlich ausgebaut wurden. Der Anteil der Ganztagsschulen an der jeweiligen Schulart variiert jedoch erheblich zwischen den Ländern. Im Grundschulbereich streuen die Ganztagsschulanteile am stärksten um den Bundesdurchschnitt von 37%. Eine hohe Spannweite ist auch für Ganztagsschulangebote an Förderschulen und an Gymnasien zu konstatieren.

Nutzung der ganztagsschulischen Angebote

Regional unterschiedlich hohe Schülerbeteiligung an den Ganztagsangeboten

Nicht nur der Ausbau der Angebote ist seit 2002 deutlich vorangeschritten. Verdoppelt hat sich auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler in diesen Angeboten. Die Beteiligungsquote von Schülerinnen und Schülern liegt allerdings 2008 mit 24% nach wie vor weit unter dem Anteil der Schulen mit Ganztagsbetrieb (42% an allen Verwaltungseinheiten des Primar- und Sekundarbereichs I). Eine ausgeglichene Relation der Schul- und Schüleranteile im Ganztagsbetrieb ergibt sich lediglich für

Abb. D3-2: Anteil der Ganztagsschulen* im Primar- und Sekundarbereich I und Anteil der Schülerinnen und Schüler im Ganztagsbetrieb nach Ländern 2008 (in %)**



* *Ganztagsschulen als schulische Verwaltungseinheiten*

** *In einer Reihe von Ländern liegen keine Angaben über Ganztagsschulen in freier Trägerschaft vor, so dass ein Gesamtanteil an allen Schulen bzw. Schülern nicht sinnvoll ist.*

Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik 2004 bis 2008

Baden-Württemberg und Hamburg (**Abb. D3-2**, **Tab. D3-2A**, **Tab. D3-4A**). Dies sagt jedoch noch nichts über die Bedarfsgerechtigkeit der Ganztagsangebote in diesen Ländern aus. Ein bedarfsgerechter Ausbau kann sich je nach regionalem Kontext auch in einer partiellen Inanspruchnahme der Ganztagsangebote ausdrücken. Fraglich bleibt aber selbst bei einem nahezu flächendeckenden Angebot an (vornehmlich offenen) Ganztagsschulen, wie im Saarland und in Sachsen, ob damit jene Schülerinnen und Schüler erreicht werden, die aufgrund ihrer familiären Lebenssituation besonderer Förderung bedürfen.

Horte als ergänzende Ganztagsangebote

Da die bisherige Darstellung außer Acht lässt, dass Horte unterschiedlicher Träger wesentlicher Bestandteil ganztägiger Bildung und Betreuung sind, ergibt sich – insbesondere mit Blick auf die ostdeutschen Länder – bislang ein unvollständiges Bild. Vor allem für Schülerinnen und Schüler des Primarbereichs stellt das über Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe organisierte Hortangebot eine zahlenmäßig bedeutsame Bildungs- und Betreuungsvariante dar. Ganztagsschulen und Horte können dabei in unterschiedlicher Beziehung zueinander stehen. In einigen Regionen existieren sie nebeneinander, andernorts kooperieren sie oder wurden zusammengeführt. Teilweise beinhalten daher auch die oben aufgeführten Daten zu Ganztagsschulen Angebotszahlen für Schulkinder in außerschulischen Angeboten, die in enger Kooperation mit der Schule durchgeführt werden.

Steigende Gesamtbetreuungsquote: Jedes vierte Kind im Grundschulalter nutzt Ganztagsangebote

Eine Zusammenführung der Schülerzahlen in Ganztagsgrundschulen und der unter 11-jährigen Hortkinder in Kindertageseinrichtungen ermöglicht die Berechnung einer Gesamtbetreuungsquote für Kinder im Grundschulalter Ⓜ. Danach nahm im Schuljahr 2007/08 mehr als jedes vierte Grundschulkind ganztägige Bildung und Betreuung in Anspruch, 2006/07 war es nur jedes Fünfte (**Abb. D3-3A**, **Tab. D3-6web**). Aufgrund des in Ostdeutschland breiteren Hortangebots bleibt in Westdeutschland die Gesamtbetreuungsquote von knapp 20% weiterhin deutlich unter dem Wert für Ostdeutschland mit rund 74%.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Ganztagsschulen (als Verwaltungseinheiten oder schulartspezifische Einrichtungen)
Laut KMK-Definition sind Ganztagsschulen solche Schulen, die an mindestens drei Tagen in der Woche ein mindestens sieben Zeitstunden umfassendes Angebot zur Verfügung stellen, an denen ein Mittagessen bereitgestellt, ein außerunterrichtliches Angebot organisiert wird und bei denen dieses Angebot in einem konzeptionellen Zusammenhang mit dem Unterricht steht. Sofern nicht explizit ausgewiesen, werden Ganztagsschulen hier als schulartspezifische Einrichtungen dargestellt. Für Ganztagsangebote, die an Schulzentren mit mehreren Schularten vorgehalten werden (so genannte Verwaltungseinheiten), werden also die einzelnen Schularten gesondert gezählt. Nicht schulartbezogene Aussagen sind hingegen auf die Verwaltungseinheiten zu beziehen, um Doppelzählungen von Ganztagsschulen zu vermeiden. In Mecklenburg-Vorpommern können aber generell nur Verwaltungseinheiten und nicht schulartspezifische Einrichtungen ausgewiesen werden.

Horte
Der Begriff Horte bezeichnet Kindertageseinrichtungen, die sich ausschließlich auf Kinder im Schulalter beziehen. Hinzu kommen können darüber hinaus noch Plätze für Kinder im Schulalter in altersübergreifenden Kindertageseinrichtungen, die hier ebenfalls mit eingerechnet werden.

Gesamtbetreuungsquoten für Kinder im Grundschulalter
Eine bloße Addition der Nutzungszahlen zu Schulkindern in Kindertageseinrichtungen und in Ganztagsschulen führt in einigen Ländern zu Doppelzählungen, da Angebote für Schulkinder in außerschulischen Angeboten, die in enger Kooperation mit der Schule durchgeführt werden, zum Teil in beiden Statistiken gemeldet werden. Auf Basis umfangreicher Recherchen konnte die Anzahl der doppelt erfassten Kinder eingegrenzt und eine Gesamtbetreuungsquote abgeschätzt werden.

D4 Pädagogisches Personal im Schulwesen

Ein gut qualifiziertes, engagiertes und ausreichend vorhandenes pädagogisches Personal gilt als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung und Sicherung der Qualität von Schule und Unterricht sowie für die Gestaltung erfolgreicher schulischer Lehr- und Lernprozesse. Wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen zeigen gleichermaßen, dass dabei auch solche Aspekte wie die Zusammensetzung der Lehrerschaft sowie günstige Rahmenbedingungen für ihr pädagogisches Handeln und ihre wissenschaftlich-praktische Weiterbildung von hoher Steuerungsrelevanz sind. Bei der Darstellung dieser Aspekte wird an Informationen zur Alters- und Geschlechtsstruktur sowie zum Beschäftigungsumfang der Lehrkräfte, die in allgemeinbildenden Bildungsgängen Ⓜ unterrichten, im Bildungsbericht 2008 angeknüpft. Dargestellt werden zudem die Arbeitszeit der Lehrkräfte und die Klassengrößen im internationalen Vergleich. Erstmals informiert wird über den Migrationshintergrund der Lehrkräfte sowie über Fragen zu ihrer Fortbildung.

Lehrkräfte nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsumfang und Migrationshintergrund

Deutschland besitzt neben Italien im internationalen Vergleich den mit Abstand größten Anteil von Lehrkräften im Alter über 50 Jahren und zugleich den geringsten Anteil von Lehrkräften unter 30 Jahren (**Abb. D4-4A**, **Tab. D4-6web**, **Tab. D4-7web**). Anders als in fast allen anderen OECD-Staaten gibt es in Deutschland zudem einen geringen Anteil von Lehrkräften im Alter von 30 bis 50 Jahren. Von einer ausgewogenen Altersverteilung in der Lehrerschaft kann daher nicht die Rede sein.

Zunehmender Fehlbedarf an qualifiziertem Lehrernachwuchs in den nächsten Jahren

Große Unterschiede gibt es zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Ländern. Der in den ostdeutschen Ländern schon seit Jahren deutlich spürbare Schülerrückgang hat nicht nur zu einem Überhang an Lehrkräften geführt, sondern auch dazu, dass sich der Anteil der über 50-jährigen Lehrkräfte tendenziell vergrößert hat und der Anteil der unter 30-jährigen Lehrkräfte sehr gering ist, da es nur einen kleinen Einstellungskorridor für junge Lehrkräfte gab (**Tab. D4-1A**). Im Unterschied dazu verfügen vor allem Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Ländervergleich über relativ hohe Anteile unter 30-jähriger Lehrkräfte. Gleichwohl besteht eine Überalterung der Lehrerschaft in Deutschland mit allen damit verbundenen Folgen. Da zugleich ausreichend qualifizierter Nachwuchs fehlt,[3] ist trotz zunehmender Quereinsteiger in den nächsten Jahren mit einem ernsthaften Fehlbedarf an Lehrernachwuchs für einzelne Lehrämter und Unterrichtsfächer zu rechnen.

Der Frauenanteil bei den Lehrkräften bewegt sich in den meisten Schularten im Schuljahr 2008/09 zwischen 55% (an Gymnasien) und 86% (an Grundschulen). In Förderschulen sind drei Viertel aller Lehrkräfte Frauen (**Tab. D4-8web**). Allerdings sind Frauen in fast allen allgemeinbildenden Schularten (außer in den Förderschulen) in deutlich höherem Maße teilzeit- oder stundenweise beschäftigt als Männer (**Abb. D4-1**, **Tab. D4-8web**).

Lehrer überwiegend vollzeitbeschäftigt; fast die Hälfte aller Lehrerinnen teilzeitbeschäftigt

In allen Schularten sind zwei Drittel bis drei Viertel aller Männer vollzeitbeschäftigt. Frauen sind hingegen in erheblichem Umfang teilzeitbeschäftigt. Anteile von 45% und mehr finden sich in den Grundschulen, den Realschulen und den Gymnasien. Seit 1996/97 ist zudem eine Zunahme nicht vollzeitbeschäftigter Lehrkräfte zu verzeichnen (**Tab. D4-9web**).

3 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 202 f.

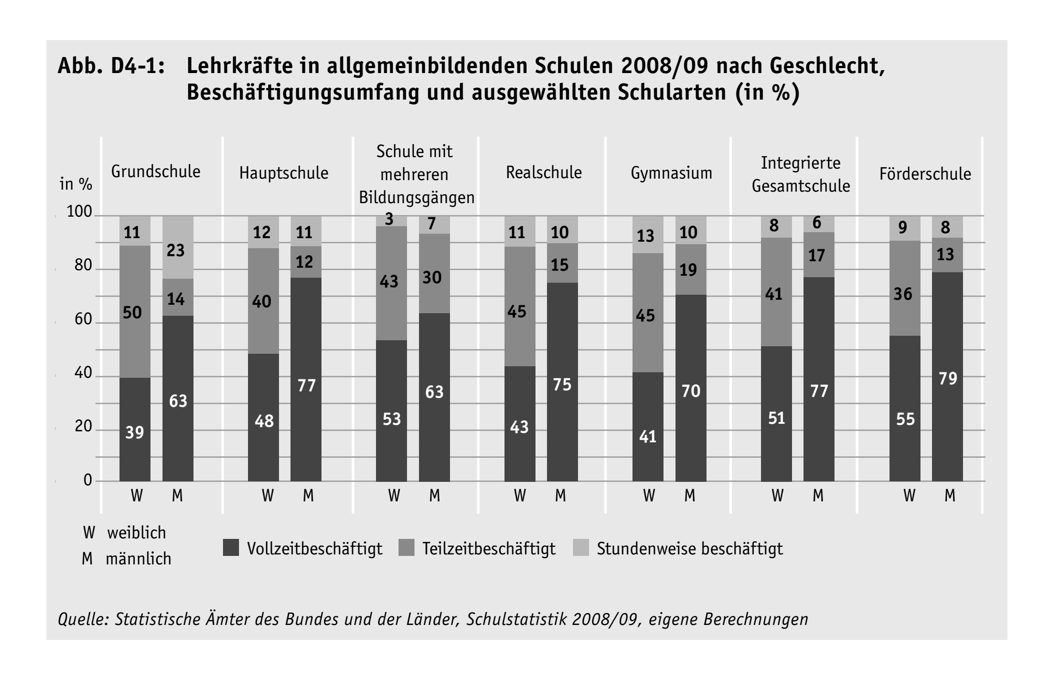


Abb. D4-1: Lehrkräfte in allgemeinbildenden Schulen 2008/09 nach Geschlecht, Beschäftigungsumfang und ausgewählten Schularten (in %)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Die Zusammensetzung des pädagogischen Personals in allgemeinbildenden Bildungsgängen variiert nicht nur nach Schularten, sondern auch unter regionalen Aspekten. Insbesondere zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede: In den ostdeutschen Ländern sind nicht nur mehr Lehrkräfte vollzeitbeschäftigt, der Frauenanteil ist dort noch höher als in den westdeutschen (**Tab. D4-2A**). Auch bei den Teilzeitbeschäftigten ist der Frauenanteil in den ostdeutschen Ländern höher. In den westdeutschen Ländern ist hingegen der Anteil stundenweise beschäftigter Lehrkräfte mehr als doppelt so hoch wie in den ostdeutschen Ländern.

Sehr geringer Anteil an Lehrkräften mit Migrationshintergrund

Die Daten des Mikrozensus 2008 zeigen, dass der Anteil der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund im Schulsystem insgesamt wie auch in allen Schulstufen sehr gering ist und stark von der Zusammensetzung der Schülerschaft abweicht. Mit knapp 5% ist dieser Anteil zudem deutlich geringer als bei den vergleichbaren Erwerbstätigen mit (Fach-)Hochschulabschluss, bei denen er etwa dreimal so hoch wie bei den Lehrkräften ist (**Tab. D4-3A**).

Arbeitszeit der Lehrkräfte und Klassengröße

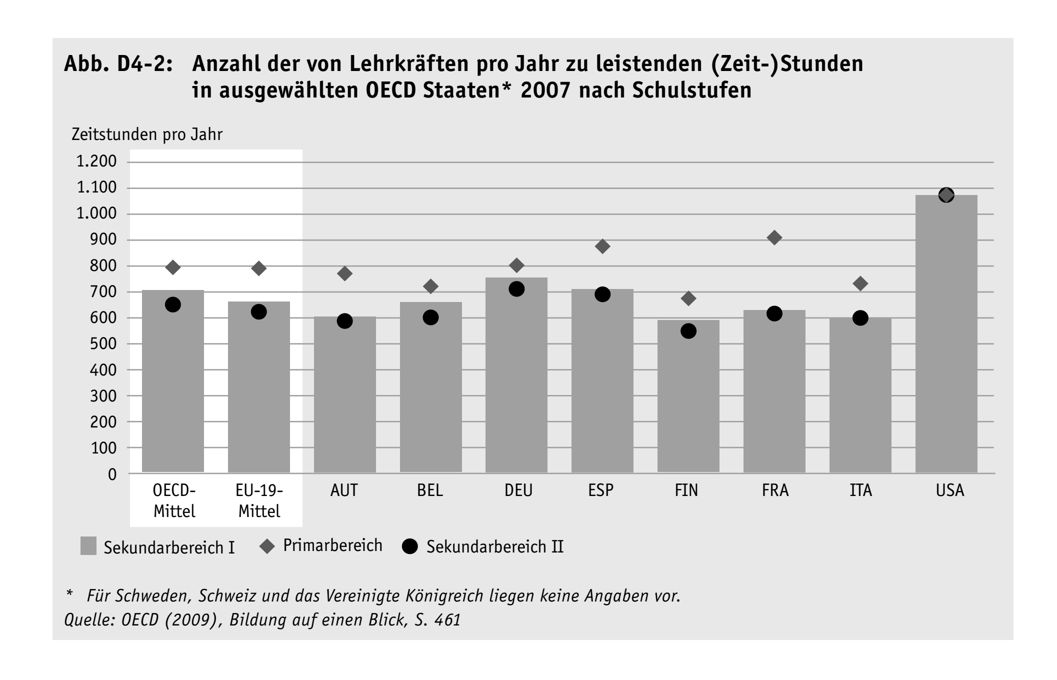
Im internationalen Vergleich: Die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Deutschland sowie ...

Die Arbeitszeit der Lehrkräfte wird im internationalen Vergleich als Gesamtzahl der im Durchschnitt in einem Schuljahr zu unterrichtenden Stunden erfasst. Im Primarbereich liegt die in Deutschland zu unterrichtende Stundenzahl von 806 Zeitstunden je Schuljahr nahe beim OECD- und EU-19-Mittel. Mit den in den Sekundarbereichen I und II zu erbringenden 758 bzw. 714 Zeitstunden sind in Deutschland etwa 7 bis 9% mehr Stunden zu leisten als im jeweiligen OECD-Durchschnitt (**Abb. D4-2**, **Tab. D4-10web**). Innerhalb Deutschlands ist jedoch die Situation aufgrund unterschiedlicher Arbeitszeitmodelle und einer Vielzahl von Sonderregelungen und Ausnahmen sehr heterogen und kaum vergleichbar (**Tab. D4-11web**).

... die Klassengrößen im OECD-Durchschnitt

Während in **B4** die Betreuungsrelation als das zahlenmäßige Lehrer-Schüler-Verhältnis Ⓜ im innerdeutschen und im Zeitvergleich dargestellt wurde, zeigt sich im internationalen Vergleich für Deutschland in allen drei Schulstufen eine relativ große Anzahl von Schülern je Lehrkraft (**Tab. D4-12web**). Etwas anders sieht die Situation in Bezug auf die durchschnittlichen Klassengrößen Ⓜ aus. Der internationale Vergleich (**Abb. D4-3**, **Tab. D4-13web**) zeigt, dass die Klassengröße in Deutschland

Abb. D4-2: Anzahl der von Lehrkräften pro Jahr zu leistenden (Zeit-)Stunden in ausgewählten OECD Staaten* 2007 nach Schulstufen

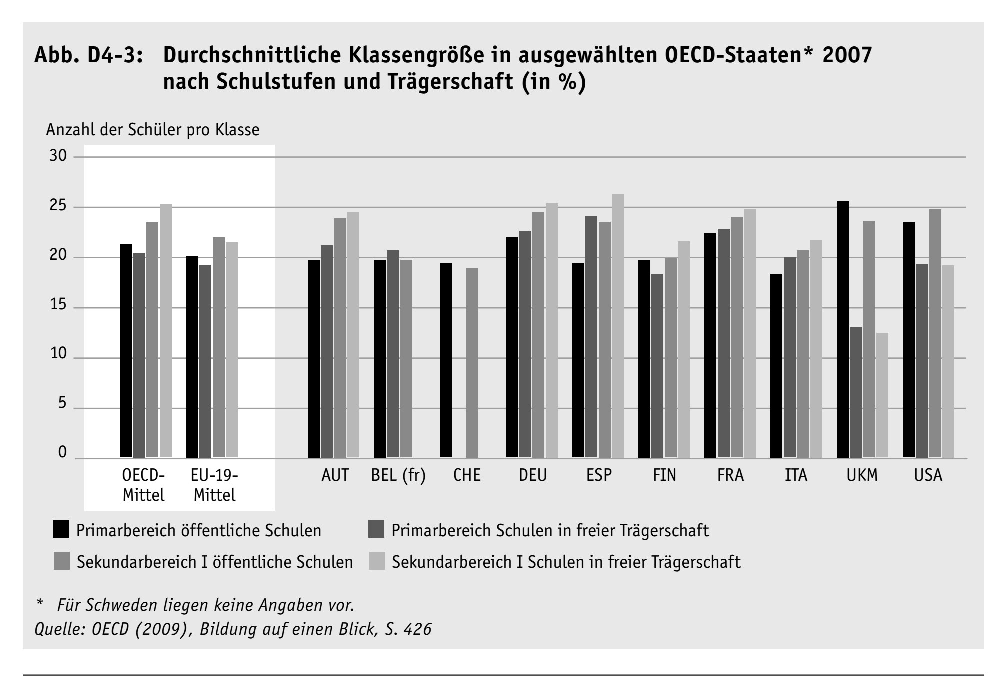


** Für Schweden, Schweiz und das Vereinigte Königreich liegen keine Angaben vor.*
Quelle: OECD (2009), Bildung auf einen Blick, S. 461

sowohl im Primarbereich als auch im Sekundarbereich I kaum vom internationalen Durchschnitt abweicht.[4]

Innerhalb der Länder und Schularten in Deutschland zeigen sich hinsichtlich der Klassengröße deutliche Unterschiede (**Tab. D4-14web**). In den ostdeutschen Ländern ist die Klassengröße über alle Schularten hinweg kleiner als in den westdeutschen. Betrachtet man die Schularten, so schwankt die Klassengröße bei der Grundschule zwischen 21 (Hessen und Niedersachsen) und 24 (Hamburg). Erhebliche Unterschiede gibt es auch bei der Hauptschule, etwa zwischen Berlin (17) und Hessen sowie Nordrhein-Westfalen (je 22). Bei der Realschule schwankt die Klassengröße zwischen 23 in Schleswig-Holstein und 28 in Bayern. Die Schulart mit mehreren Bildungsgängen,

Abb. D4-3: Durchschnittliche Klassengröße in ausgewählten OECD-Staaten* 2007 nach Schulstufen und Trägerschaft (in %)



** Für Schweden liegen keine Angaben vor.*
Quelle: OECD (2009), Bildung auf einen Blick, S. 426

4 Für den Sekundarbereich II liegen keine internationalen Vergleichsdaten vor.

die verbreitet in den ostdeutschen Ländern existiert und die es in einer Reihe westdeutscher Länder nicht gibt (**D1**), weist die geringste Klassengröße auf. Deutliche Unterschiede zeigen sich beim Gymnasium: etwa zwischen 26 in Schleswig-Holstein und 32 in Hamburg.

Fortbildungsaktivitäten aus der Sicht von Lehrkräften

Da erstmals Daten aus einer repräsentativen Befragung zu den Fortbildungsaktivitäten Ⓜ der Lehrkräfte für die Fächer Deutsch und Englisch vorliegen, soll darauf eingegangen werden, wie die Lehrkräfte ihre Fortbildungsaktivitäten selbst beurteilen. Die Befragung zeigt, dass die große Mehrheit der Lehrkräfte der beiden Fächer nach eigener Einschätzung Veranstaltungen zu pädagogisch-psychologischen, fachdidaktischen und Managementthemen nutzt (**Tab. D4-4A**). Von mehr als 50% der befragten Lehrkräfte beider Fächer wurden in den letzten 18 Monaten nach eigener Einschätzung Fortbildungsveranstaltungen im Umfang zwischen einem und zehn Tagen besucht. Deutlich weniger als 10% haben keinen Tag für Fortbildung genutzt. Der Anteil von 13%, die angeben, mehr als 50 Tage für Fortbildung aufgewandt zu haben, verweist auf einen nicht geringen Teil der Lehrkräfte, die sich offenbar in längerfristigen Qualifizierungsvorhaben befinden. Die Befragung zeigt, dass junge Lehrkräfte und solche mit weniger als fünf Jahren Berufstätigkeit seltener an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Innerhalb der ansonsten kleinen Gruppe, die im genannten Zeitraum kein Veranstaltungsangebot genutzt hat, finden sich überwiegend männliche Lehrkräfte. Kaum Unterschiede lassen sich zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräften ausmachen. Mit Blick auf die gewählten Themenbereiche für Fortbildung (**Tab. D4-5A**) fällt auf, dass es eine nicht geringe Gruppe von Lehrkräften gibt, die nach eigener Einschätzung in den letzten fünf Jahren keine Fortbildung zu zentralen Fragen der Unterrichtsgestaltung wie neue Lehr- und Lernformen, Arbeit mit leistungsheterogenen Gruppen und differenzierter Unterricht oder Aufstellen von individuellen Förderplänen und Fördermaßnahmen besucht haben. Von den Befragten wurden mehrfach vor allem Angebote zur Teilnahme an einem Mentorenprogramm, an Programmen der kollegialen Supervision bzw. an Coachingveranstaltungen genutzt.

Große Mehrheit der Lehrkräfte nutzt nach eigenen Angaben regelmäßig Fortbildungsangebote, …

… relativ große Gruppe von Lehrern hat keine Fortbildung zu zentralen Unterrichtsthemen besucht

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Pädagogisches Personal in allgemeinbildenden Bildungsgängen
Datengrundlage sind die Personenangaben der amtlichen Schulstatistik sowie die in der KMK-Statistik verfügbaren Angaben zu Lehrer-Vollzeitäquivalenten (vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte zuzüglich der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Teilzeitlehrer, der stundenweise beschäftigten Lehrkräfte, des selbstständigen Unterrichts der Anwärter und Referendare und des Mehrunterrichts). Betrachtet werden neben Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen – von Vorklassen bis zu Kollegs – auch jene an Fachgymnasien, Fachoberschulen und Berufs-/Technischen Oberschulen (vgl. Glossar). Sonstiges pädagogisches Personal wird dabei nicht erfasst.

Zahlenmäßiges Lehrer-Schüler-Verhältnis
Das Lehrer-Schüler-Verhältnis ergibt sich, wenn man die Zahl der Schülerinnen und Schüler eines bestimmten Bildungsbereichs oder von Bildungseinrichtungen durch die Zahl der Lehrkräfte (gemessen in Vollzeitäquivalenten) des gleichen Bildungsbereichs oder der gleichen Bildungseinrichtungen dividiert. Dieses Verhältnis berücksichtigt weder die Unterrichtszeit im Verhältnis zur Länge des Arbeitstages einer Lehrkraft, noch wie viel Zeit eine Lehrkraft für das Unterrichten verwendet.

Klassengröße
Die Klassengröße stellt einen rechnerischen Durchschnittswert als Quotient aus der Anzahl der Schülerinnen und Schüler und der Anzahl der Klassen dar.

Befragung zu den Fortbildungsaktivitäten
Im Kontext der Überprüfung der Bildungsstandards in den Fächern Deutsch und Englisch aus dem Jahr 2009 wurde in einem Lehrerfragebogen die Weiterbildungsaktivität erfasst. Hier wird sich auf eine erste Auswertung dieses Lehrerfragebogens bezogen. Entsprechende Angaben (N = 2.076) liegen für 14 der 16 Länder (außer Bayern und Nordrhein-Westfalen) vor. Den dargestellten Ergebnissen entsprechen im Wesentlichen auch die Befunde der deutschen TALIS-Erhebung (vgl. Demmer, M./von Saldern, M. (Hrsg.) (2010): Helden des Alltags. Erste Ergebnisse der Schulleitungs- und Lehrkräftebefragung (TALIS) in Deutschland. In: Die Deutsche Schule, 11. Beiheft, S. 52 ff.

D5 Aktivitäten in außerschulischen Lernorten

Lernprozesse im Kindes- und Jugendalter finden neben der Schule vor allem in der Familie, im Kontext der Kinder- und Jugendarbeit und im freiwilligen Engagement statt. Letzteres beinhaltet die freiwillige Übernahme von Aufgaben und Tätigkeiten in einem Verein, Projekt oder einer Gruppe. In diesem Engagement in non-formalen Lernumgebungen werden Bildungsprozesse auf der Basis von konkreter Beteiligung und Verantwortungsübernahme ermöglicht, aber auch durch fachliche und pädagogische Begleitung der Jugendlichen sowie ihre Teilnahme an Weiterbildungskursen.

Gemeinsam ist allen non-formalen Lernorten, dass die Teilnahme an diesen organisierten Formen freiwilliger Natur ist. Während für das freiwillige Engagement offene Lernformen und eine breite Palette von Lerninhalten charakteristisch sind, gibt es an der Grenze zum formalen Lernen auch non-formale Lernsettings, etwa in Form von Nachhilfeunterricht oder Zusatzkursen außerhalb der Schule, in denen Lerninhalte vermittelt werden, die größtenteils den Inhalten formaler Bildung entsprechen. Diese stärker strukturierten Lernangebote, die schulische Unterstützungsleistungen der Familie ergänzen, haben sich in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die Nutzung dieser non-formalen Angebote kann die schulischen Leistungen verbessern und daher bedeutungsvoll für die erfolgreiche Bewältigung von Übergangsprozessen im Schulsystem und für den formalen Bildungserfolg werden.

Der Indikator konzentriert sich vor diesem Hintergrund in Erweiterung der Analysen aus den Jahren 2006 und 2008 auf die Darstellung der Partizipation in Formen des freiwilligen Engagements sowie auf die außerschulische Nachhilfe.

Freiwilliges Engagement nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergund und Schulart

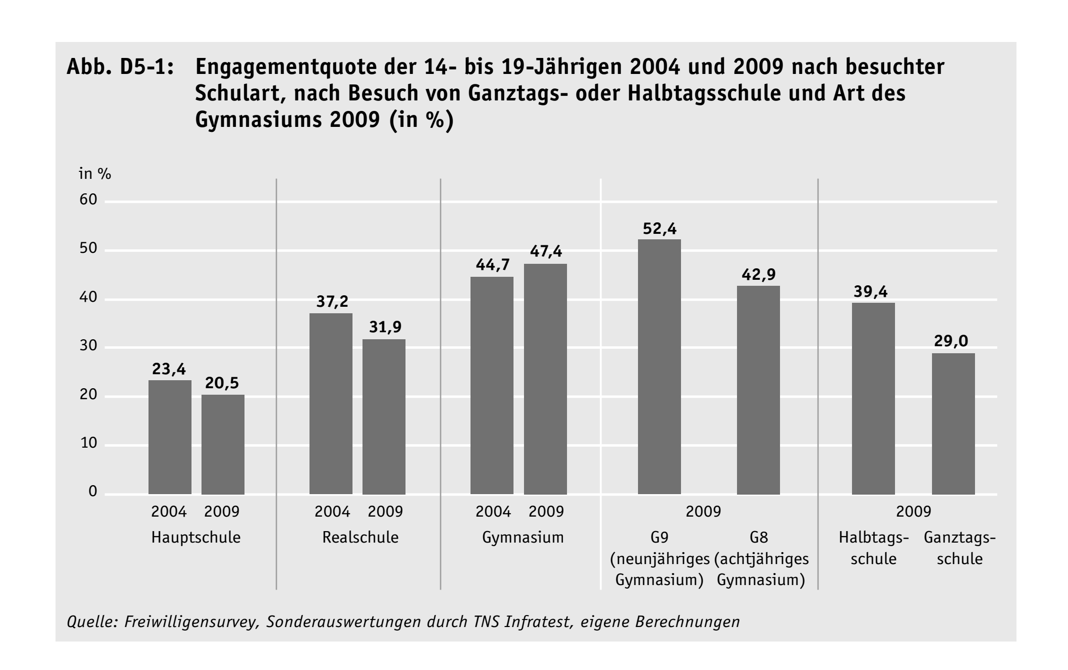
Die Quote der freiwillig Engagierten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren ist im letzten Jahrzehnt mit 36% im Jahr 2009 relativ konstant geblieben (**Tab. D5-1A**). Da freiwilliges Engagement ab dem Alter von 16 Jahren nach den Kinder- und Jugendplänen gefördert werden kann, steigt die Engagementquote mit dem Alter bis auf 42% bei den 18- und 19-Jährigen. Der Anteil freiwillig Engagierter unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund Ⓜ fällt dagegen mit 24% niedrig, nach Maßgabe des Freiwilligensurveys Ⓜ allerdings immer noch um zehn Prozentpunkte höher aus als in vergleichbaren Studien. Dieser geringere Wert gegenüber jungen Menschen ohne Migrationshintergrund fällt insofern auf, als Jugendliche mit Migrationshintergrund ansonsten in vergleichbarem Ausmaß Angebote in Vereinen und Organisationen wahrnehmen. Somit scheint es Gründe zu geben, die sich als Hürde für die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit erweisen. Die Folge ist, dass die darin liegenden Bildungspotenziale ebenso ungenutzt bleiben wie die damit verbundenen Möglichkeiten sozialer Integration.

Geringeres freiwilliges Engagement bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2009 zeigt sich erneut ein hoher Engagiertenanteil bei den 14- bis 19-jährigen Gymnasiasten. Bemerkenswert ist dabei, dass das Engagement dieser Gruppe im Vergleich zu 2004 noch einmal zugenommen hat (+3 Prozentpunkte), während es zugleich unter Real- und Hauptschülern um fünf bzw. um drei Prozentpunkte gesunken ist (**Abb. D5-1**, **Tab. D5-2A**). Diese Unterschiede gelten auch, wenn nur die 14- bis 17-jährigen Schüler betrachtet werden, womit der nach Schulform unterschiedlichen Altersstruktur Rechnung getragen wird. Jugendliche mit erhöhter Bildungsaspiration nehmen somit auch im Bereich non-formaler Lernorte häufiger die sich ihnen bietenden Bildungschancen wahr, was bestehende soziale Ungleichheiten eher verstärkt.

Beim freiwilligen Engagement weiterhin Unterschiede nach besuchter Schulart

Abb. D5-1: Engagementquote der 14- bis 19-Jährigen 2004 und 2009 nach besuchter Schulart, nach Besuch von Ganztags- oder Halbtagsschule und Art des Gymnasiums 2009 (in %)



Quelle: Freiwilligensurvey, Sonderauswertungen durch TNS Infratest, eigene Berechnungen

Tendenz zu geringerem freiwilligen Engagement bei G8-Schülern und Ganztagsschülern

Mögliche Auswirkungen von Reformen des Schulsystems werden künftig stärker zu beachten sein, sei es die Verkürzung der Gymnasialzeit (**D1**) oder der Ausbau von Ganztagsschulen (**D3**). Während 52% der G9-Schüler eine freiwillige Tätigkeit ausüben, ist dies nur bei 43% der G8-Schüler der Fall, was nicht dadurch erklärt werden kann, dass sich G8-Schüler überproportional auf Ganztagsschulen verteilen (**Tab. D5-2A**). Dieser niedrige Wert gilt auch für G8-Halbtagsschüler.

Zugleich ist auch die Engagementquote von Ganztagsschülern 2009 mit 29% um 10 Prozentpunkte niedriger als bei den Halbtagsschülern mit 39% (**Tab. D5-2A**). Dieser Unterschied bleibt vor allem für die überdurchschnittlich engagierte Altersgruppe der 16- bis 19-Jährigen signifikant. Es konnte bislang kein Hinweis dafür gefunden werden, dass sich das Engagement von Ganztagsschülern aufgrund längerer Anwesenheitszeiten in der Schule in den schulischen Bereich verlagert. Dies deutet darauf hin, dass bei den Jugendlichen die Abnahme disponibler Zeiten sowie Prozesse schulischer Verdichtung zulasten der Beteiligung an Bildungsgelegenheiten im freiwilligen Engagement gehen könnten. Da sich dieser gesamte Prozess noch in der Umstellung befindet, gilt es, diese Entwicklung in den nächsten Jahren zu beobachten und zu prüfen, inwieweit sich zukünftig schulinterne Engagementformen verbreiten.

Tätigkeitsbereiche, struktureller Rahmen des Engagements und Fähigkeitserwerb

Wichtigste Engagementbereiche der Jugendlichen bleiben Sport, Schule/Kindergarten und Kirche/Religion

Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche, in denen 14- bis 19-Jährige freiwilige Aufgaben übernehmen, stellen weiterhin die Bereiche „Sport" (12%), „Schule/Kindergarten" (10%) und „Kirche/Religion" (9%) dar (**Tab. D5-3A**). Mit 75% findet die Mehrheit des Engagements in Organisationen und Einrichtungen statt (**Tab. D5-7web**).

21% der 14- bis 19-jährigen Engagierten waren 2009 wöchentlich mehr als 5 Stunden ehrenamtlich aktiv, wobei der Anteil an Jugendlichen deutlich zugenommen hat, der sich weniger als zwei Stunden pro Woche freiwillig engagiert (**Abb. D5-2**, **Tab. D5-9web**). Trotz ähnlich hoher Engagementquoten nach Geschlecht zeigen sich Unterschiede im Zeitaufwand: 27% der männlichen Jugendlichen wenden mehr als fünf Stunden pro Woche für ihr Engagement auf, während dies nur 16% der jungen Frauen tun.

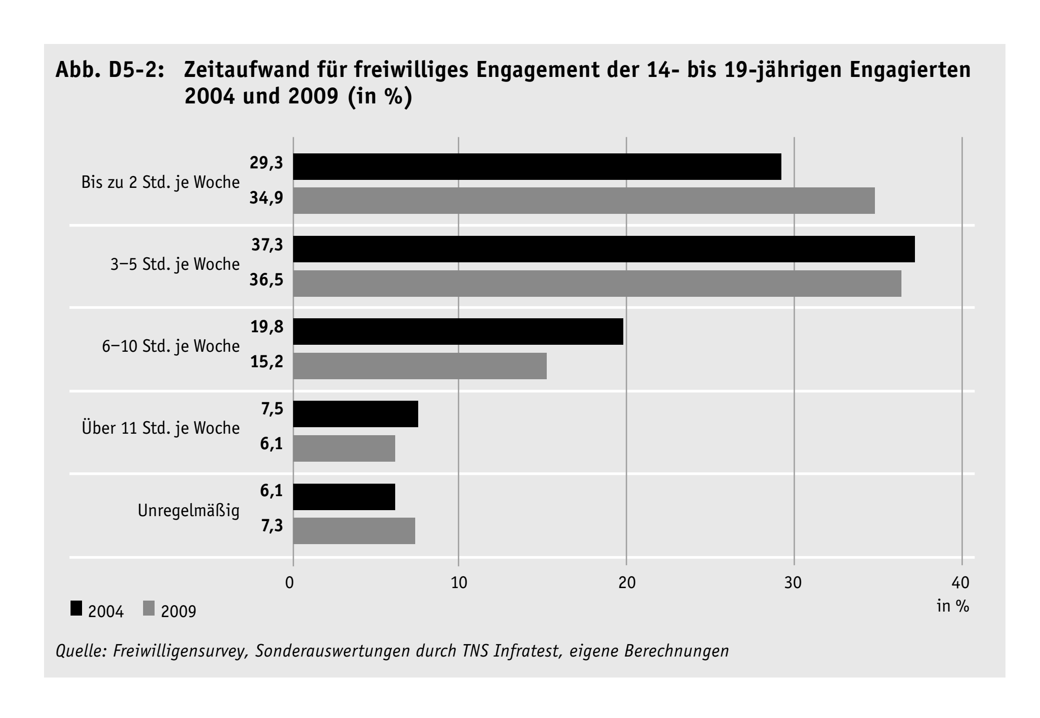


Abb. D5-2: Zeitaufwand für freiwilliges Engagement der 14- bis 19-jährigen Engagierten 2004 und 2009 (in %)

Quelle: Freiwilligensurvey, Sonderauswertungen durch TNS Infratest, eigene Berechnungen

Weiterbildungsteilnahme durch 44% der Engagierten

Als wichtig für ihr freiwilliges Engagement schätzen die 14- bis 19-Jährigen wie in früheren Jahren das Vorhandensein sozialer Kompetenz, hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und Führungsqualität ein, was in etwa den Kompetenzen entspricht, die vor allem aktiver Verantwortungsübernahme zugeschrieben werden (**Tab. D5-10web**). 44% der Jugendlichen haben während ihres Engagements mindestens einmal an einem Weiterbildungskurs teilgenommen (**Tab. D5-11web**). Diese ein- oder mehrtägigen Weiterbildungsangebote sollen Kenntnisse vermitteln, die für die durchgeführte freiwillige Tätigkeit relevant sind. Über alle Tätigkeitsbereiche hinweg geben 60% der Engagierten an, durch ihr freiwilliges Engagement in hohem bzw. sehr hohem Umfang Fähigkeiten erworben zu haben, die ihnen wichtig sind (**Tab. D5-12web**). Fachliche und pädagogische Begleitung durch spezielle Ansprechpartner für Freiwillige oder fest angestellte Mitarbeiter erfahren 67 bzw. 52% der Freiwilligen (**Tab. D5-11web**), was auf lernförderliche Rahmenbedingungen im freiwilligen Engagement hinweist.

Teilnahme an Freiwilligendiensten

Weiter steigende Teilnahme an Freiwilligendiensten

Eine gesetzlich geregelte Form des freiwilligen Engagements stellen die Freiwilligendienste**(M)** dar, in denen sowohl durch Verantwortungsübernahme im Alltagshandeln als auch in begleitenden Seminaren oder Sprachkursen gelernt wird. Insgesamt waren 2009 ca. 40.000 junge Menschen in organisierten Freiwilligendiensten engagiert. Die Nachfrage nach der Teilnahme an einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) hält weiter an (**Tab. D5-4A**). 37.700 Jugendliche haben 2008 ein FSJ begonnen und 2.200 Jugendliche ein FÖJ. Die Anzahl von Zivildienstleistenden, die ersatzweise einen Freiwilligendienst ableisten, ist seit 2002 kontinuierlich von 1.200 auf 6.000 bis 2008 gestiegen. Zudem leisten im Jahr 2009 3.500 Jugendliche im Rahmen des neu geschaffenen Programms „weltwärts" zwischen 12 und 24 Monaten freiwillige Arbeit in Entwicklungsländern ab (**Tab. D5-13web**). 70% der Jugendlichen sind dabei in den Bereichen Jugendarbeit und Bildung tätig. Die erworbenen internationalen Erfahrungen und Qualifikationen fließen in die berufliche und gesellschaftliche Orientierung der Jugendlichen in einer zunehmend globalisierten Arbeitswelt ein.

Selektive Beteiligung an Freiwilligendiensten nach Geschlecht und Bildungsstand

Der Anteil der männlichen Jugendlichen im FSJ beträgt im Jahr 2008/09 20%. Von ihnen leisten mehr als die Hälfte in diesem Rahmen ihren Zivildienst ab (**Tab. D5-14web**). Diese auffällig ungleiche Verteilung deutet auf ein geschlechtsspezifisches Muster hin, das damit zusammenhängt, dass junge Männer vom Grundsatz her wehrpflichtig sind. Diese Ungleichheit wird noch dadurch verstärkt, dass Zivildienstleistende, die ein FSJ oder FÖJ ableisten, aufgrund des gesetzlichen Rahmens eine höhere Entlohnung erhalten. Unter den Freiwilligen des Programms „weltwärts" ist der Männeranteil 2009 auf 40% gestiegen (**Tab. D5-13web**). Junge Menschen nichtdeutscher Herkunft sowie jene mit Hauptschulabschluss sind in den Freiwilligendiensten deutlich unterrepräsentiert, was gleichermaßen auf eine selektive Nutzung dieser non-formalen Lerngelegenheiten hindeutet.

Nutzung außerschulischer Nachhilfe

Die Nutzung von zusätzlichen non-formalen Lernangeboten außerhalb von Schule und Unterricht in Form von Nachhilfe hat sich als Ergänzung zu schulischer Bildung etabliert. Nach unterschiedlichen Schätzungen belaufen sich die Gesamtausgaben für Nachhilfe jährlich auf 0,94 bis 1,5 Milliarden Euro.[5] Als Gründe für eine verstärkte Inanspruchnahme werden unter anderem Veränderungen in der Familie genannt, die es den Eltern erschweren, ihre Kinder selbst schulisch zu unterstützen. Dabei liegt das Motiv der Nutzung solcher Angebote nicht ausschließlich im Ausgleich von Leistungsschwächen, sondern auch in der generellen Steigerung der durchschnittlichen Leistungen von Heranwachsenden.

Über 80% der Viertklässler bekommen Unterstützung zur Leistungsverbesserung

Im Wesentlichen lassen sich im Bereich des non-formalen Zusatzunterrichts kostenpflichtige Angebote durch Nachhilfeinstitute und Privatlehrer von nichtkommerziellen Unterstützungsangeboten durch Familienangehörige, Freunde und öffentliche Angebote unterscheiden. Der individuellen Lernförderung durch Nachhilfe wird unterstellt, dass sie zu einer Verbesserung der schulischen Leistung und zu einer Erhöhung der individuellen Bildungschancen beiträgt. Der Umstand, dass mehr als 80% der Kinder am Ende der Grundschule bereits zusätzlich gezielt durch ihre Eltern oder durch ergänzende Nachhilfe Ⓜ schulisch gefördert werden, kann auch als ein Indiz für den öffentlich gestiegenen Druck auf die Bildungsleistungen der Heranwachsenden betrachtet werden.

Weitgehend unabhängig vom sozioökonomischen Status und dem Migrationshintergrund scheinen Eltern nach eigenen Angaben in hohem Maße mit ihren Kindern zu üben. Darüber hinaus bekommen immerhin 13% der Viertklässler zusätzliche Unterstützung durch Nachhilfeinstitute oder Privatlehrer (**Abb. D5-3**, **Tab. D5-5A**). Diese Angebote werden vermehrt von Kindern mit niedrigem sozialem Status und nicht deutscher Familiensprache genutzt.

13% der Viertklässler erhalten Nachhilfe, 28% der 15-Jährigen

Der Anteil der Nachhilfenutzung war bei älteren Kindern höher. Danach nahmen im Jahr 2006 28% der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland Nachhilfeangebote außerhalb der Schule in Anspruch (**Tab. D5-6A**). Damit gehört Deutschland im internationalen Vergleich mit Blick auf das Ausmaß an Nachhilfe zu den Ländern im Mittelfeld (**Tab. D5-15web**). Verschiebungen zeigen sich bei dieser Altersgruppe in sozialer Hinsicht: Während nur 23% der Schülerinnen und Schüler mit niedrigem sozioökonomischen Status Nachhilfeangebote nutzen, trifft dies für immerhin 30% derjenigen mit hohem sozioökonomischen Status zu, was auf eine selektive Nutzung privat organisierter Bildungsangebote hinweist. Der höchste Anteil an Schülern, die außerunterrichtliche Angebote nutzen, ist unter Realschülern und Gymnasiasten zu

5 Dohmen, D./Erbes, A./Fuchs, K./Günzel, J. (2008): Was wissen wir über Nachhilfe? – Sachstand und Auswertung der Forschungsliteratur zu Angebot, Nachfrage und Auswirkungen – Berlin

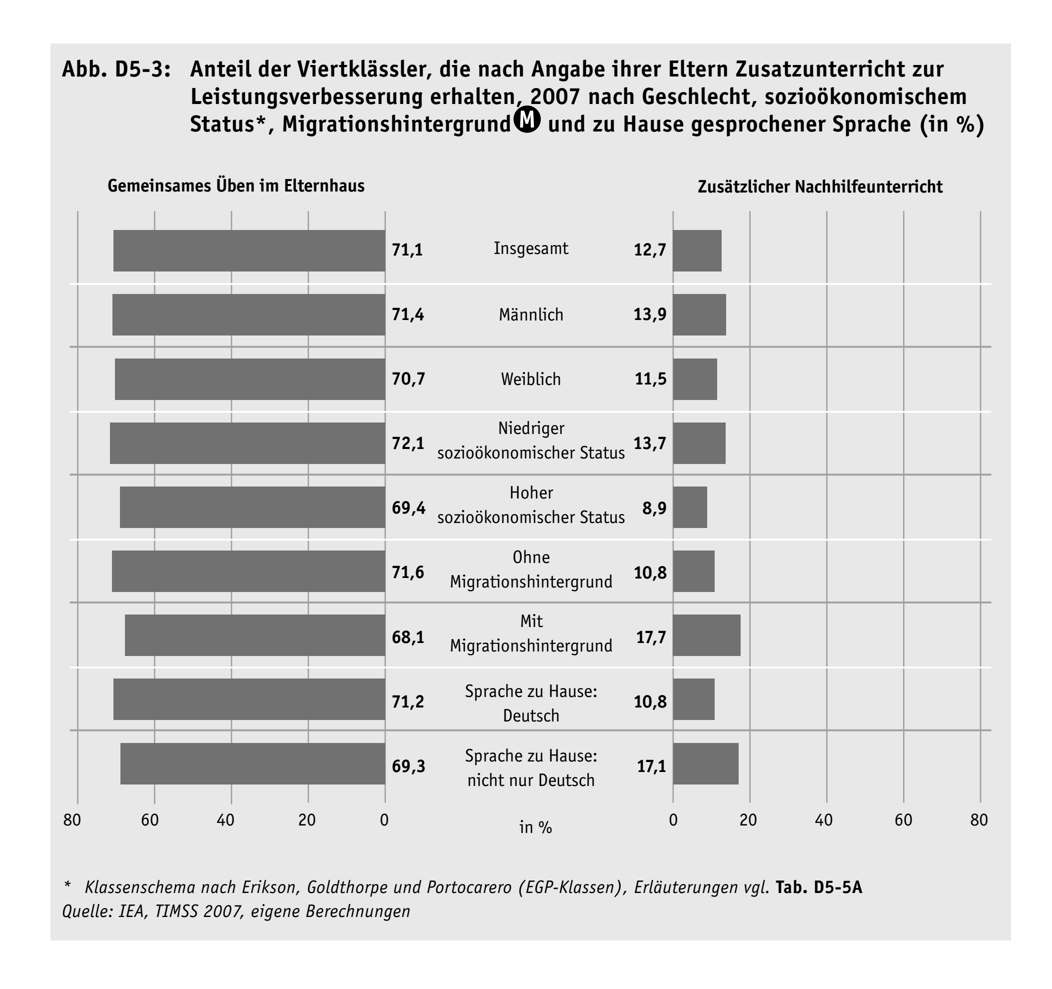


Abb. D5-3: Anteil der Viertklässler, die nach Angabe ihrer Eltern Zusatzunterricht zur Leistungsverbesserung erhalten, 2007 nach Geschlecht, sozioökonomischem Status*, Migrationshintergrund und zu Hause gesprochener Sprache (in %)

* *Klassenschema nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP-Klassen), Erläuterungen vgl.* **Tab. D5-5A**

Quelle: IEA, TIMSS 2007, eigene Berechnungen

finden. Der Migrationshintergrund scheint keinen eigenen Effekt auf die Nutzung von Nachhilfeangeboten zu haben, wobei die damit verbundenen Kosten nicht kontrolliert werden können.

Häufigere Nutzung von Einzelunterricht durch Schüler mit hohem sozioökonomischen Status

Thematisch wird Nachhilfe überwiegend im Fach Mathematik genutzt, und dies größtenteils im Umfang von unter zwei Stunden pro Woche (**Tab. D5-16web**). Die Differenzierung nach der Größe der Gruppe, in der die Zusatzschulung stattfindet, zeigt, dass Nachhilfe durch externe Lehrer überwiegend als Einzelunterricht durchgeführt wird (**Tab. D5-17web**), wobei Schüler mit hohem sozioökonomischen Status diesen häufiger nutzen, während sie Fördergruppen mit mehr als acht Schülern seltener besuchen. Nicht nur das Ausmaß der Teilnahme an Nachhilfe ist demnach statusspezifisch, sondern auch die Art der genutzten Angebote.

Methodische Erläuterungen

Migrationshintergrund im Freiwilligensurvey, in TIMSS 2007 und PISA 2006
Der Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst. Er umfasst hier Kinder und Jugendliche mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil.

Freiwilligensurvey
Der Freiwilligensurvey ist ein öffentliches Informationssystem zum Engagement der deutschen Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahren. Grundlage dieser regelmäßigen Erhebung sind telefonische Befragungen, die 1999, 2004 und 2009 im Auftrag des BMFSFJ durchgeführt wurden. Der Freiwilligensurvey informiert alle fünf Jahre über Umfang und Struktur des Engagements, Tätigkeitsbereiche und über das Engagementpotenzial bei Nichtengagierten. 2009 wurden rund 20.000 Personen befragt.

Freiwilligendienste
Beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und beim Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) handelt es sich um freiwillige zwölfmonatige Vollzeittätigkeiten in einem sozialen, umweltbezogenen oder bildungsbezogenen Aufgabenfeld im In- oder Ausland, die in einem eigenen Gesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten geregelt sind. Dabei steht Bildung durch praktische Tätigkeiten und Verantwortungsübernahme im Mittelpunkt. FSJ und FÖJ werden pädagogisch begleitet. Zudem gibt es für die Teilnehmenden verpflichtende Vorbereitungs-, Mittel- und Abschlussseminare, die zur Aufarbeitung der Erfahrungen und zur (Weiter-)Qualifizierung dienen.
Über diese beiden Dienste hinaus gibt es das Programm „weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das als Lerndienst junge Erwachsene für die Arbeit in Entwicklungsländern zu gewinnen versucht. Voraussetzung für die Teilnahme an „weltwärts“ ist ein Alter von 18 bis 28 Jahren, ein Haupt- oder Realschulabschluss mit Berufsausbildung oder Abitur. Die Jugendlichen werden während ihres Einsatzes durch einen Mentor betreut und absolvieren mindestens 25 Seminartage vor, während und nach ihrem Einsatz. Zudem können die Jugendlichen vorbereitend und begleitend an Sprachkursen teilnehmen. Aufgrund großer Nachfrage wird die Anzahl an „weltwärts“-Plätzen kontinuierlich ausgebaut.

Nachhilfe im PISA- und TIMSS-Fragebogen
In PISA 2006 wird gefragt, ob Schülerinnen und Schüler gegenwärtig Nachhilfe nutzen. Nachhilfeunterricht wird definiert als Unterricht, der sich ausschließlich auf Schulfächer bezieht und durch einen Lehrer gegeben wird, der nicht an der Schule unterrichtet. Dieser Unterricht kann zu Hause oder an anderen Orten stattfinden. In TIMSS 2007 wurde demgegenüber gefragt, ob im Kalenderjahr 2006 zusätzlicher Unterricht zur Verbesserung der Leistungen in Anspruch genommen wurde. Neben Förderkursen (in der Grundschule) werden u. a. Unterricht in einer Nachhilfeschule, private Nachhilfestunden und gemeinsames Üben im Elternhaus differenziert. In den Analysen wurden hier der Besuch der Nachhilfeschule sowie die Nutzung von privaten Nachhilfestunden als Nachhilfe definiert.

D6 Kognitive Kompetenzen

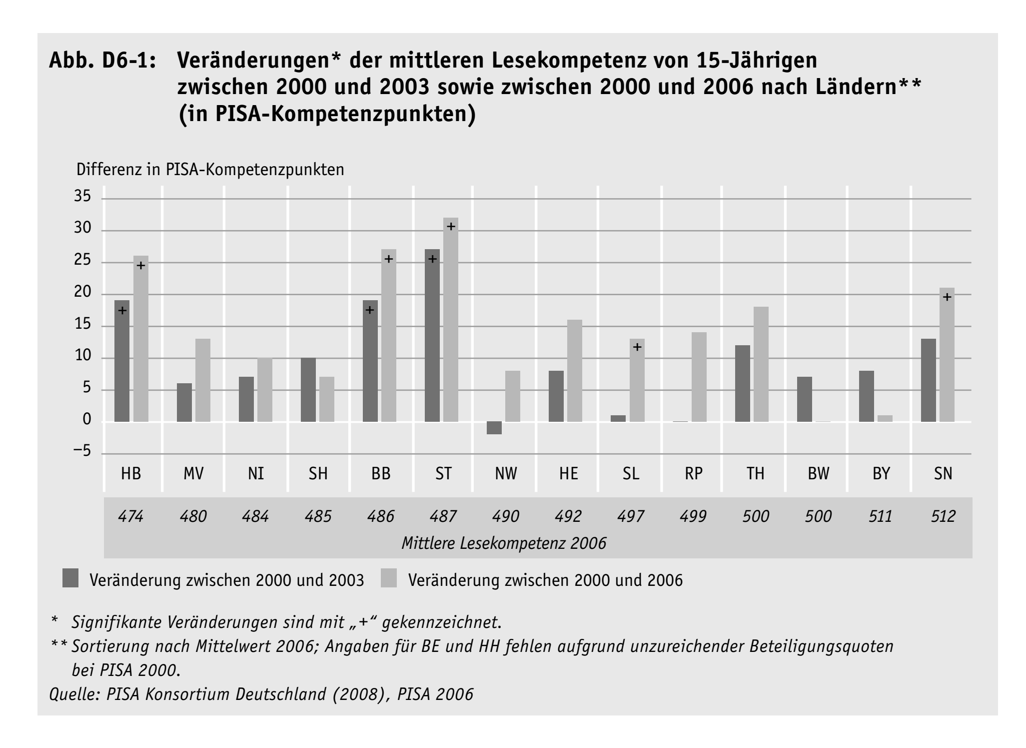
Im Jahr 2006 wurden sowohl die PISA-Studie – sie misst Lese-, mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen bei 15-Jährigen – als auch die IGLU-Studie – sie erfasst Lesekompetenz bei Viertklässlern – letztmalig so erweitert, dass Vergleiche zwischen den einzelnen Ländern möglich sind. Nachdem die Entwicklung der kognitiven Kompetenzen bereits im Bildungsbericht 2008 bundesweit sowie international vergleichend berichtet wurde, steht im Folgenden der Ländervergleich im Zentrum. Das Hauptaugenmerk richtet sich wiederum auf die Entwicklung der Lesekompetenz seit PISA 2000, auf sozial- und migrationsbedingte Disparitäten sowie auf Leistungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen.

Veränderungen zwischen 2000 und 2006 im Ländervergleich

Tendenziell Verbesserung der mittleren Lesekompetenz

Betrachtet man die Veränderungen der Kompetenzniveaus von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern zwischen 2000 und 2003 bzw. 2003 und 2006, so ergeben sich in der Mehrzahl der Länder Verbesserungen (**Abb. D6-1**, **Tab. D6-1A**). Statistisch bedeutsam sind die Zuwächse in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen sowie im Saarland und in Bremen. Nicht nur im Leseverständnis, sondern auch in den anderen untersuchten Kompetenzbereichen liegen Sachsen und Bayern beim PISA-Ländervergleich des Jahres 2006 an der Spitze, während die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg jeweils die niedrigsten Werte aufweisen (**Tab. D6-5web**). Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in diesen vier Ländern unterscheiden sich durchweg signifikant vom Bundesdurchschnitt.

Abb. D6-1: Veränderungen* der mittleren Lesekompetenz von 15-Jährigen zwischen 2000 und 2003 sowie zwischen 2000 und 2006 nach Ländern (in PISA-Kompetenzpunkten)**

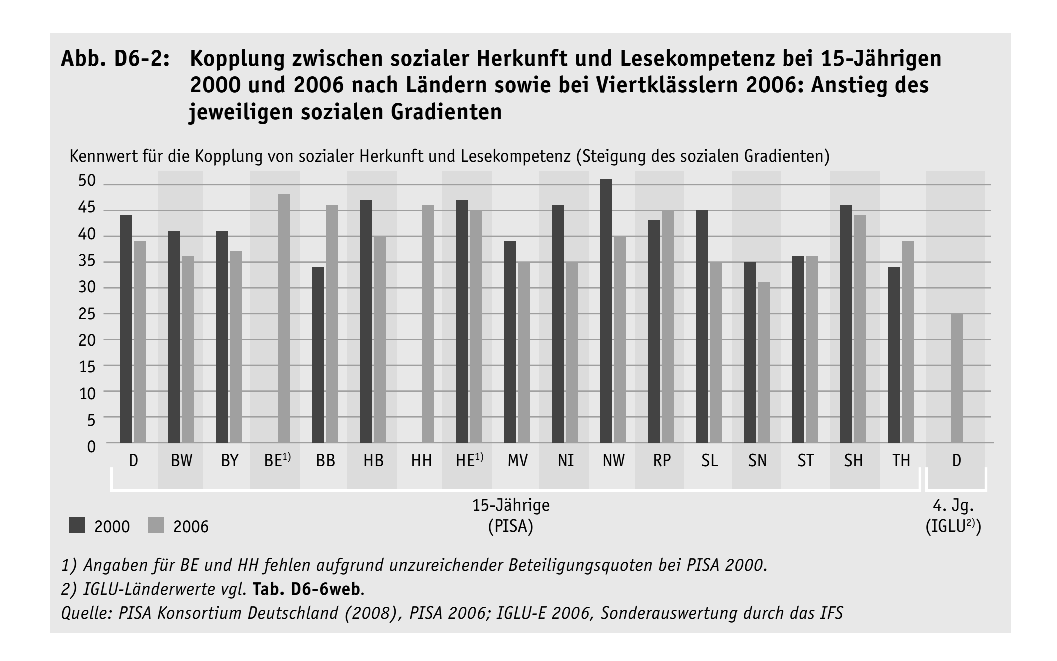


* *Signifikante Veränderungen sind mit „+“ gekennzeichnet.*
** *Sortierung nach Mittelwert 2006; Angaben für BE und HH fehlen aufgrund unzureichender Beteiligungsquoten bei PISA 2000.*
Quelle: PISA Konsortium Deutschland (2008), PISA 2006

Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Schülerkompetenzen

Der enge Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status des Elternhauses und dem Kompetenzerwerb der Jugendlichen in Deutschland gehörte zu den zentralen

Abb. D6-2: Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz bei 15-Jährigen 2000 und 2006 nach Ländern sowie bei Viertklässlern 2006: Anstieg des jeweiligen sozialen Gradienten



1) Angaben für BE und HH fehlen aufgrund unzureichender Beteiligungsquoten bei PISA 2000.
2) IGLU-Länderwerte vgl. **Tab. D6-6web**.
Quelle: PISA Konsortium Deutschland (2008), PISA 2006; IGLU-E 2006, Sonderauswertung durch das IFS

Ein höheres Kompetenzniveau bei geringem Einfluss der sozialen Herkunft bleibt eine zentrale Herausforderung

und alarmierenden Befunden von PISA 2000. Zwar zeigt sich im Trend zwischen 2000 und 2006 ein geringerer Zusammenhang, aber dennoch bleibt es eine Herausforderung, ein hohes Kompetenzniveau bei geringerem Einfluss der sozialen Lage der Herkunftsfamilie zu erreichen. Als anhand der PISA-Erhebung des Jahres 2000 zum ersten Mal Ländervergleiche publiziert wurden, war einer der bemerkenswerten Befunde, dass in Ostdeutschland durchweg niedrigere soziale Gradienten Ⓜ zu verzeichnen waren als in Westdeutschland, d.h., dass die erreichten Kompetenzen dort weniger stark an die soziale Herkunft gekoppelt waren. In einer Gegenüberstellung der sozialen Gradienten der Lesekompetenz aus PISA 2000 und 2006 ergeben sich allerdings deutliche Veränderungen (**Abb. D6-2**, **Tab. D6-6web**).

Soziale Disparitäten nicht mehr so stark ein Ost-West-Problem, aber deutliche Länderunterschiede

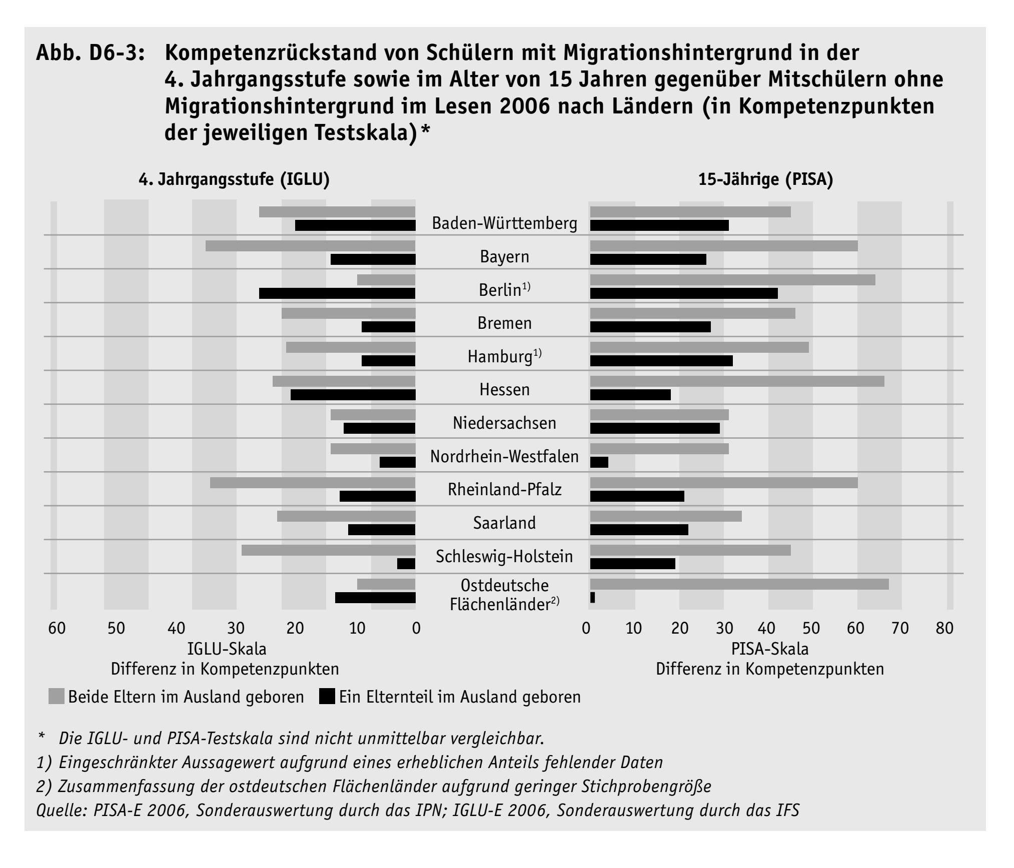
In Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist der Einfluss der sozialen Herkunft relativ niedrig. Demgegenüber ist die Kopplung zwischen sozioökonomischem Status und Kompetenzen in Brandenburg sowie tendenziell in Thüringen enger geworden. In Westdeutschland verringert sich teilweise die Stärke dieses Zusammenhangs; statistisch auffällig ist dies in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Hier zeigen sich also geringere West-Ost-Unterschiede als noch im Jahr 2000.

Schülerkompetenzen und Migration

Kinder zugewanderter Eltern mit mehr als einem Jahr Leistungsrückstand im Lesen

Wie der Bildungsbericht 2006 durch seine Schwerpunktanalysen gezeigt hat, bilden mangelnde Erfolge bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte ein zentrales Problem gerade des deutschen Bildungswesens. Entsprechende Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund Ⓜ lassen sich anhand aktueller IGLU- und PISA-Länderdaten für die Lesekompetenzen dokumentieren (**Abb. D6-3**, **Tab D6-2A**). Der Kompetenzrückstand von Schülerinnen und Schülern, deren Eltern zugewandert sind, entspricht sowohl in der Grundschule als auch in den weiterführenden Schularten in der Mehrzahl der Länder einem Lernrückstand von mehr als einem Schuljahr. Insbesondere Kinder und Jugendliche, deren Eltern beide im Ausland geboren wurden, schneiden deutlich schlechter ab als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund.

Abb. D6-3: Kompetenzrückstand von Schülern mit Migrationshintergrund in der 4. Jahrgangsstufe sowie im Alter von 15 Jahren gegenüber Mitschülern ohne Migrationshintergrund im Lesen 2006 nach Ländern (in Kompetenzpunkten der jeweiligen Testskala)*



** Die IGLU- und PISA-Testskala sind nicht unmittelbar vergleichbar.*
1) Eingeschränkter Aussagewert aufgrund eines erheblichen Anteils fehlender Daten
2) Zusammenfassung der ostdeutschen Flächenländer aufgrund geringer Stichprobengröße
Quelle: PISA-E 2006, Sonderauswertung durch das IPN; IGLU-E 2006, Sonderauswertung durch das IFS

Kompetenzen von Jungen und Mädchen

Vorsprung der Mädchen in der Lesekompetenz im Primarbereich geringer als im Sekundarbereich I

Mädchen haben hinsichtlich der Lesekompetenz bundesweit einen relativen Leistungsvorsprung in der Grundschule, der sich jedoch zwischen 2001 und 2006 verringert hat. So war der Leistungszuwachs bei den Jungen wesentlich verantwortlich für den insgesamt positiven Trend bei IGLU. Der Leistungsvorsprung von Mädchen fiel 2006 in kaum einem Staat schwächer aus als in Deutschland. Im Alter von 15 Jahren allerdings ist der Leistungsvorsprung der Mädchen beim Lesen größer als in Jahrgangsstufe 4 – und zwar in allen Ländern (**Tab. D6-1A**, **Tab. D6-3A**). Ergänzend zeigt nun TIMSS 2007, eine Untersuchung, in der mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen bei Viertklässlern gemessen werden und an der sich Deutschland 2007 erstmals beteiligte, dass kaum ein anderer Staat in Mathematik und Naturwissenschaften so starke Leistungsunterschiede zugunsten von Jungen zu verzeichnen hat wie Deutschland (**Tab. D6-4A**).

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Steigung des sozialen Gradienten

Die Steigung des sozialen Gradienten ist ein Kennwert für die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Kompetenz bei PISA. Er beschreibt, um wie viele Testpunkte die Schülerleistung wächst, wenn der Index für den höchsten sozioökonomischen Status in der Herkunftsfamilie (HISEI) um eine Standardabweichung steigt. Der Kennwert wurde für PISA 2000 entwickelt und kann im Rahmen der IGLU-2006-Erweiterungsstudie erstmals auch für Schulleistungsvergleiche im Primarbereich berichtet werden.

Migrationshintergrund

Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst. Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn ein oder beide Elternteile im Ausland geboren wurden.

D7 Schulabgänge mit und ohne Abschluss

Die Bildungsberichte 2006 und 2008 haben gezeigt, dass von den vielfältigen weiterführenden Bildungsangeboten nach der Schule in erster Linie Jugendliche mit höheren schulischen Abschlüssen profitieren. Der Erwerb eines allgemeinbildenden Schulabschlusses wird damit zur entscheidenden Voraussetzung und zugleich Weichenstellung für die weitere Bildungs- und Erwerbsbiografie. Abschlüsse können erstmals am Ende des Sekundarbereichs I erworben werden: der Hauptschulabschluss (nach der 9./10. Jahrgangsstufe) und der höher qualifizierende Mittlere Abschluss (nach der 10. Jahrgangsstufe). Als allgemeinbildende Schulabschlüsse des Sekundarbereichs II sind auch die Fachhochschulreife sowie die allgemeine Hochschulreife nach der 12. bzw. 13. Jahrgangsstufe durch KMK-Vereinbarungen weitgehend einheitlich geregelt.

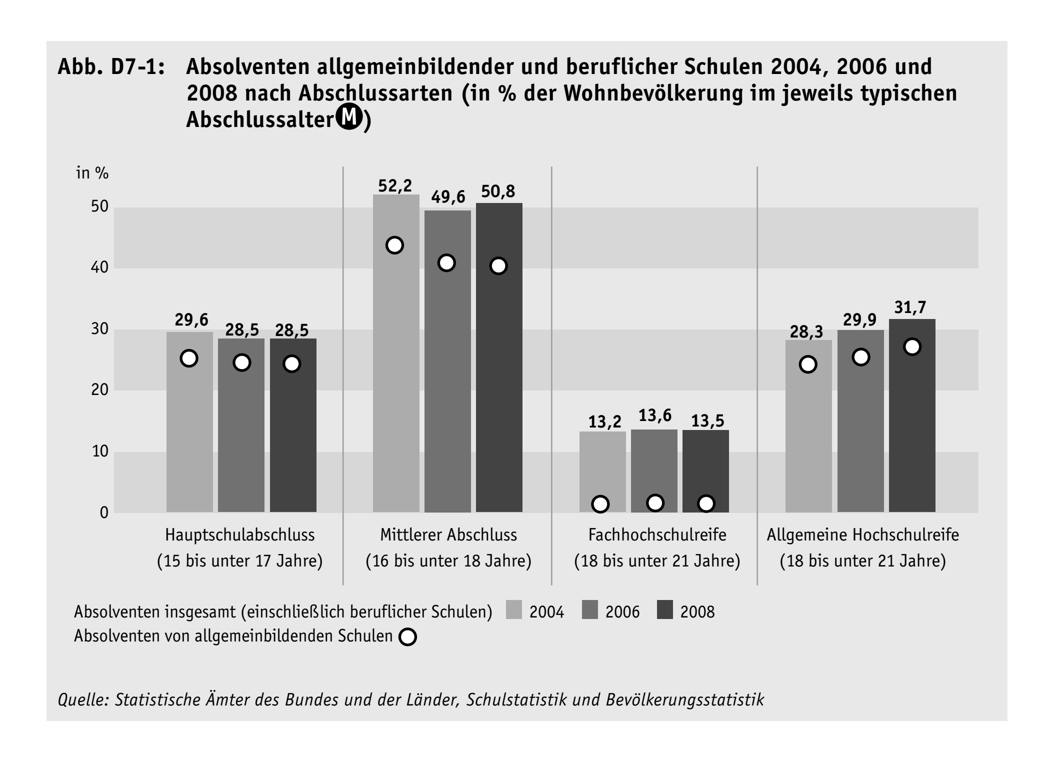
Wie sich die Anteile der Absolventinnen und Absolventen sowie der Abgängerinnen und Abgänger nach Abschlussarten in den letzten Jahren entwickelt haben, steht im Zentrum der folgenden Darstellung. Um den Differenzen in den erreichten Schulabschlüssen unterschiedlicher sozialer Herkunftsgruppen nachzugehen, erfolgt erstmals eine gleichzeitige Aufschlüsselung nach Migrations- und sozioökonomischem Hintergrund der Jugendlichen.

Entwicklung der Abschlussquoten

Steigender Absolventenanteil mit allgemeiner Hochschulreife in allen Ländern

Eine Betrachtung der Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen zeigt für das Bundesgebiet insgesamt eine kaum veränderte Abschlusskonstellation in der Zeitreihe (**Abb. D7-1**, **Tab. D7-1A**). Bezogen auf die Bevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter bleibt der Mittlere Abschluss mit 51% der häufigste Schulabschluss. Auch Hauptschulabschluss und Fachhochschulreife werden mit 29 bzw. 14% der alterstypischen Bevölkerung zu ähnlichen Anteilen erworben wie in den Vorjahren. Lediglich bei der allgemeinen Hochschulreife wird zwischen 2004 und 2008 eine Steigerung von 28 auf 32% sichtbar. Diese Entwicklung ist nicht allein auf

Abb. D7-1: Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen 2004, 2006 und 2008 nach Abschlussarten (in % der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter Ⓜ)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik und Bevölkerungsstatistik

den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2008 in Mecklenburg-Vorpommern zurückzuführen. In allen Ländern steigt die Zahl der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (**Tab. D7-5web**), wofür nicht zuletzt eine seit Jahren steigende Übergangsquote zum Gymnasium am Ende der Grundschulzeit ausschlaggebend sein dürfte (**D1**).

Dass Schulabschlüsse nicht mehr an den Besuch einer bestimmten Schulart gebunden sind, sondern auf vielfältigen Wegen erworben werden können, wurde bereits in den vorangegangenen Bildungsberichten veranschaulicht. Als Trend zeigte sich, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler die Chance nutzen, an beruflichen Schulen einen im allgemeinbildenden Schulwesen nicht erreichten bzw. einen höher qualifizierenden Schulabschluss nachzuholen. Zwischen 2006 und 2008 hat sich dieser Anteil nochmals leicht erhöht (**Tab. D7-6web**). Dies betrifft vor allem den Mittleren Abschluss, der inzwischen zu 20% an beruflichen Schulen erworben wird.

Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss

Wenngleich die Gelegenheit, Schulabschlüsse auf unterschiedlichen Bildungswegen nachzuholen, zunehmend in Anspruch genommen wird, bleibt es problematisch, dass jedes Jahr viele Jugendliche die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen. Ca. 65.000 Schülerinnen und Schüler beendeten 2008 die Schule, ohne zumindest über den Hauptschulabschluss zu verfügen (**Tab. D7-2A**). 2006 waren es 76.000, 2004 noch 82.000. Dieser Rückgang zeigt sich auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung: Bezogen auf die alterstypische Bevölkerung lag die Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss 2004 bei 8,5% und ging im Jahr 2006 auf 7,9% und 2008 auf 7,5% der 15- bis unter 17-Jährigen zurück. Dennoch bleibt ein relativ großer Anteil von Schülerinnen und Schülern, die ohne Abschluss das allgemeinbildende Schulwesen verlassen.

Trotz Rückgang weiterhin viele Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss

In den einzelnen Ländern verlief die Entwicklung seit 2006 unterschiedlich (**Abb. D7-2**, **Tab. D7-2A**). Ein Rückgang der Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss ist nur in Westdeutschland festzustellen, während in allen ostdeutschen Ländern die Anteile gestiegen sind. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die Abgängerquote bezogen auf alle 15- bis unter 17-Jährigen der tatsächlichen Alterszusammensetzung nicht in jedem Fall gerecht wird. Da die hier zugrunde gelegten Geburtsjahrgänge 1991/92 in Ostdeutschland sehr schwach besetzt waren, jedoch anzunehmen ist, dass einige Abgänger aus den geburtenstärkeren Jahren 1990 und früher stammen, könnte die Abgängerquote statistisch überschätzt sein. Insofern bleibt zu beobachten, ob sich hier tatsächlich ein Negativtrend abzeichnet.

Sinkende Abgängerquote in Westdeutschland, Anstieg in Ostdeutschland

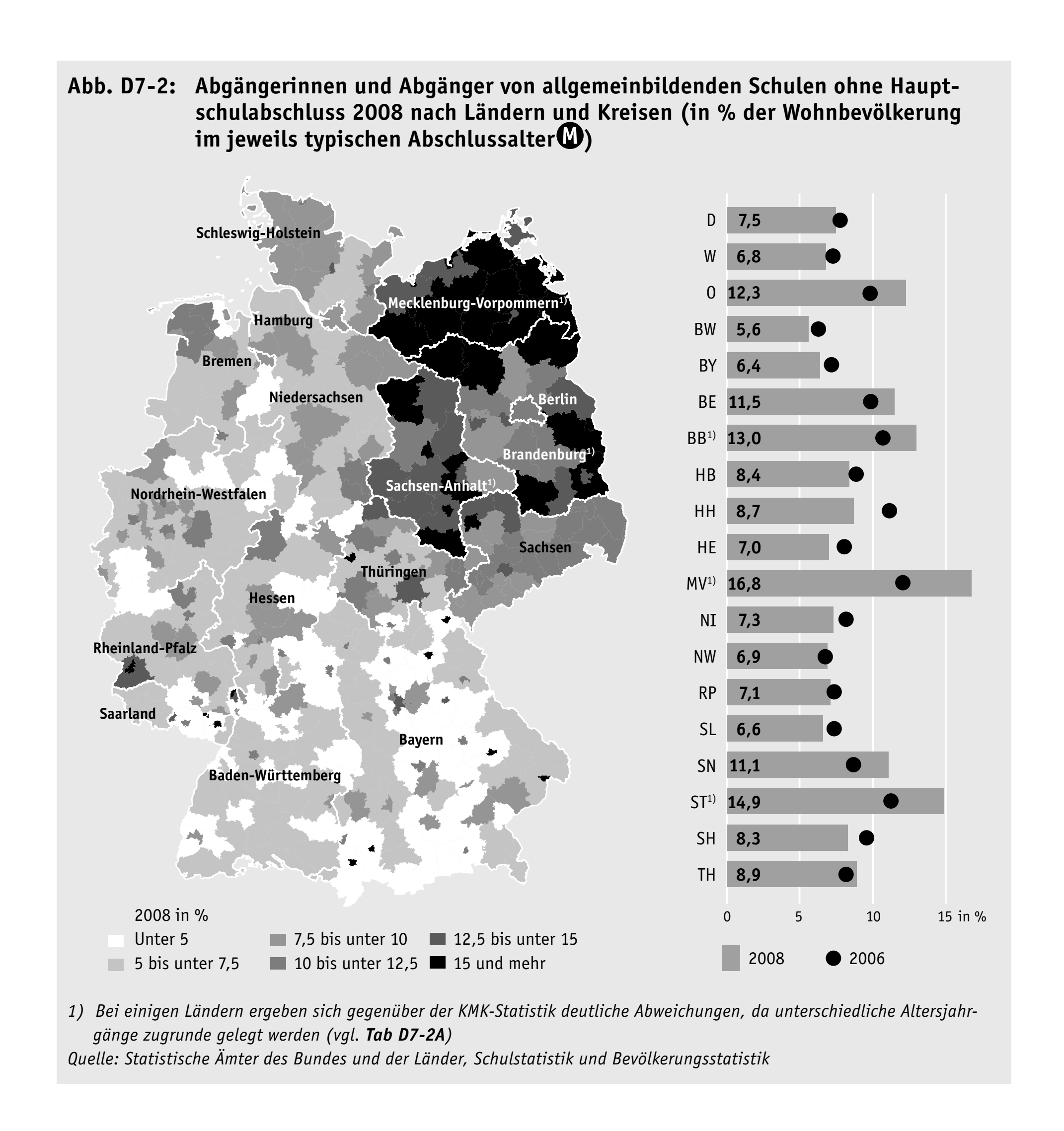
Unstrittig sind indes die großen regionalen Disparitäten innerhalb der Länder. Die Spannbreite der Abgängerquote ohne Hauptschulabschuss reicht von 3% bis zu 22% der 15- bis unter 17-jährigen Bevölkerung eines Kreises (**Abb. D7-2**, **Tab. D7-7web**). Hierbei weisen vor allem die ländlichen Regionen innerhalb eines Landes überdurchschnittlich hohe Abgängerzahlen ohne Hauptschulabschluss auf. So besteht auch ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Höhe der Abgängerquote und der Stadt-/Landkreiszugehörigkeit. Dieses Stadt-Land-Gefälle ist in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland (**Tab. D7-3A**, **Tab. D7-7web**).

In manchen Regionen geht jeder fünfte Schüler ohne Abschluss ab

Jugendliche ohne Hauptschulabschluss werden in der öffentlichen Diskussion häufig als Hauptschüler ohne Abschluss wahrgenommen. Mit ca. 55% stammt aber die Mehrheit derjenigen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen, an denen ein Hauptschulabschluss nicht immer erworben werden kann (**Tab. D7-2A**). Nur in Berlin entfällt der größte Anteil tatsächlich auf Hauptschulen. Die meisten Förderschulabgänger ohne Hauptschulabschluss sind wiederum dem Förderschwerpunkt Lernen zuzuordnen. In einigen Ländern besuchte fast die Hälfte aller Abgänger, die

Ein Großteil derjenigen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen

Abb. D7-2: Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss 2008 nach Ländern und Kreisen (in % der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter M)



1) Bei einigen Ländern ergeben sich gegenüber der KMK-Statistik deutliche Abweichungen, da unterschiedliche Altersjahrgänge zugrunde gelegt werden (vgl. ***Tab D7-2A****)*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik und Bevölkerungsstatistik

2008 die Schule ohne Hauptschulabschluss verließen, zuvor eine Förderschulklasse mit dem Schwerpunkt Lernen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass sich der Lehrplan in den Förderschwerpunkten Lernen und geistige Entwicklung nicht an den Unterrichtsinhalten und -anforderungen der übrigen allgemeinbildenden Schulen orientiert. Schüler mit entsprechendem Förderbedarf werden nicht nur nach eigenen Richtlinien unterrichtet, nach erfolgreichem Schulbesuch kann ihnen auch ein spezifisches Abschlusszertifikat für den jeweiligen Förderschwerpunkt zuerkannt werden. Dies trifft auf den Großteil der Abgänger mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich Lernen auch zu (**Tab. D7-2A**). Es bleibt jedoch fraglich, welche Perspektiven ein solcher Abschluss für Lernbehinderte den betroffenen Jugendlichen eröffnet, wenn es selbst mit einem Hauptschulabschluss Probleme beim Zugang zur Berufsausbildung gibt (vgl. **E1**).

Schulabschlüsse in Abhängigkeit von Geschlecht, Migrationshintergrund und sozialem Status

Vergleicht man die Schulabgänger und -absolventen 2008 nach Geschlecht, so schneiden die weiblichen Jugendlichen nach wie vor besser ab als die männlichen (**Tab. D7-4A**). Jungen erreichen häufiger den Hauptschulabschluss als die allgemeine Hochschul-

reife (32 zu 28%), während es sich bei den Mädchen umgekehrt verhält (25 zu 36%).

Positive Entwicklungen bei deutschen wie bei ausländischen Absolventen, Unterschiede bleiben aber in ihrer Relation bestehen

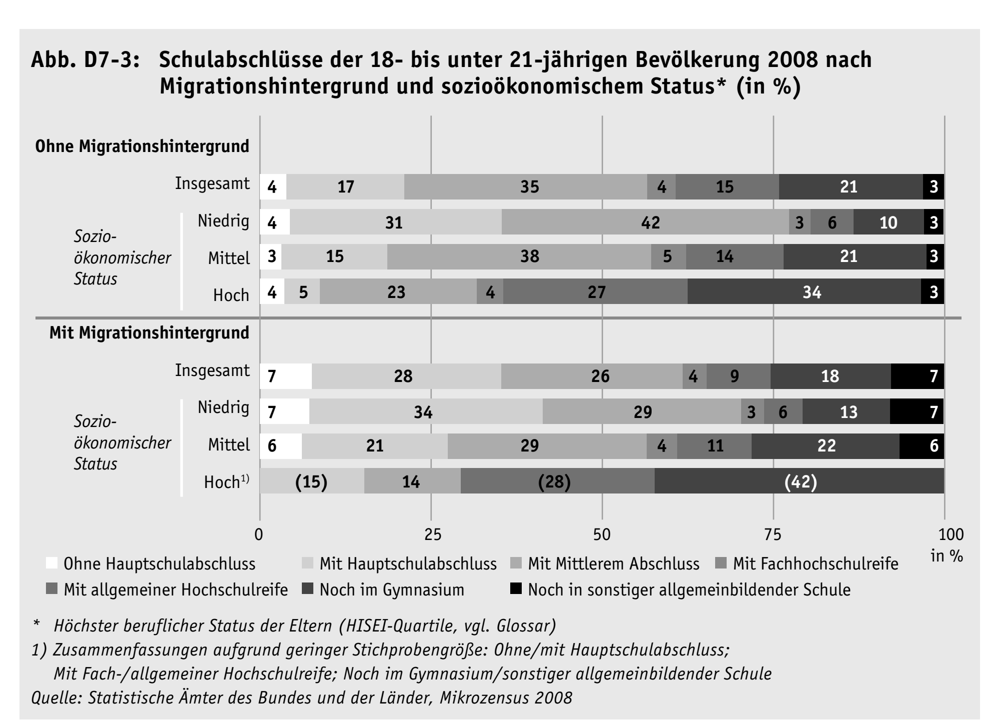
Eine zusätzliche Aufschlüsselung nach Ausländerstatus zeigt zwischen 2004 und 2008 positive Entwicklungen sowohl bei den deutschen als auch bei den ausländischen Jungen und Mädchen: eine Steigerung des Anteils mit allgemeiner Hochschulreife und rückläufige Anteile ohne Hauptschulabschluss. Damit bleiben die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern jedoch in ihrer Relation bestehen. Bei männlichen wie weiblichen Jugendlichen verlassen Ausländer mehr als doppelt so häufig ohne Hauptschulabschluss die Schule wie Deutsche, während Letztere dreimal häufiger die allgemeine Hochschulreife erwerben.

Für eine differenziertere Analyse der Abschlüsse unterschiedlicher Herkunftsgruppen werden anstelle von Absolventinnen und Absolventen nachfolgend Personen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach ihrem höchsten (bisher erreichten) Schulabschluss betrachtet. In Anlehnung an die Analysen zum Schulartbesuch der 15-Jährigen (**D1**) sind dabei der Migrationshintergrund sowie der sozioökonomische Status der Jugendlichen parallel in den Blick zu nehmen. Insgesamt verfügt ein Drittel der 18- bis unter 21-Jährigen über den Mittleren Schulabschluss, ein weiteres Drittel hat bereits die allgemeine Hochschulreife erworben (14%) bzw. besucht noch das Gymnasium (20%) (**Tab. D7-8web**). Der Anteil ohne Hauptschulabschluss fällt mit 5% deutlich niedriger aus als die zuvor dargestellte, auf die 15- bis unter 17-Jährigen bezogene Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss (2004: 8,5%). Dies verdeutlicht, dass eine große Zahl von Jugendlichen einen zuvor nicht erreichten Schulabschluss bis zum 21. Lebensjahr nachholt.

Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen auch bei gleichem sozioökonomischen Status häufiger nur den Hauptschulabschluss oder keinen Abschluss

Nach Migrationshintergrund bestätigen sich die bereits im Vergleich zwischen Deutschen und Ausländern festgestellten Disparitäten, d.h. Jugendliche ohne Zuwanderungshintergrund besitzen öfter das Abitur oder besuchen noch das Gymnasium und verfügen seltener über den Hauptschul- oder keinen Abschluss als jene mit Migrationshintergrund (**Abb. D7-3**, **Tab. D7-8web**). Aus vielen Studien ist bekannt, dass sich hier Ungleichheiten in den erworbenen Kompetenzen niederschlagen, jedoch ermöglicht der Mikrozensus keine Kontrolle der Fachleistungen (**D1**). Es kann jedoch gezeigt werden, dass mit Blick auf den Anteil derjenigen mit

Abb. D7-3: Schulabschlüsse der 18- bis unter 21-jährigen Bevölkerung 2008 nach Migrationshintergrund und sozioökonomischem Status* (in %)



** Höchster beruflicher Status der Eltern (HISEI-Quartile, vgl. Glossar)*
1) Zusammenfassungen aufgrund geringer Stichprobengröße: Ohne/mit Hauptschulabschluss; Mit Fach-/allgemeiner Hochschulreife; Noch im Gymnasium/sonstiger allgemeinbildender Schule
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Abitur bzw. Gymnasialbesuch bei gleichem sozioökonomischem Status keine nennenswerten Migrationsunterschiede mehr bestehen. Unterhalb der Hochschulreife aber fallen die Abschlusskonstellationen für Jugendliche mit Migrationshintergrund auch unter Beachtung des sozioökonomischen Status durchweg ungünstiger aus.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Abschlussquote/Abgängerquote in % der Wohnbevölkerung im typischen Abschlussalter

Die Abschluss-/Abgängerquote bezeichnet den Quotienten aus der Zahl der Absolventen bzw. Abgänger und der jeweils alterstypischen Bevölkerung am 31.12. des Vorjahres. Die Quoten summieren sich nicht auf 100%, da das tatsächliche Alter der Absolventen nicht in jedem Fall dem typischen Altersjahrgang entspricht und es bei nachgeholten Abschlüssen zu zeitversetzten Doppelzählungen kommt. Die dargestellten Werte weichen von jenen in Veröffentlichungen der KMK ab, da deren Quoten auf länderspezifischen Altersjahrgängen basieren. Demgegenüber werden hier aus Gründen der inneren Konsistenz wie in den Bildungsberichten 2006 und 2008 länderübergreifend folgende Altersjahrgänge zugrunde gelegt: Hauptschulabschluss: 15 bis unter 17 Jahre; Mittlerer Abschluss: 16 bis unter 18 Jahre; Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre.

Für die Abgänger ohne Hauptschulabschluss waren dies 2008 die in Ostdeutschland sehr schwach besetzten Geburtsjahrgänge 1991/92. Geht man davon aus, dass ein Teil aus den geburtenstärkeren Jahrgängen vor 1991 stammt, könnte die Abgängerquote überschätzt sein. Auch die länderspezifischen Daten der KMK-Berechnungsvariante dokumentieren allerdings einen Anstieg der ostdeutschen und einen Rückgang der westdeutschen Abgängerquoten (vgl. **Tab. D7-2A**).

D Perspektiven

Das Schulwesen befindet sich derzeit in einem beachtenswerten Entwicklungs- und Veränderungsprozess: Durch die Flexibilisierung der Eingangsphase im Primarbereich sowie inhaltliche und strukturelle Reformmaßnahmen in den Sekundarbereichen I und II ist eine neue Dynamik entstanden: Für das Gymnasium ist mit dem Übergang von einer neunjährigen zu einer achtjährigen Besuchsdauer (G8) ein tief greifender Umgestaltungsprozess eingeleitet worden. Auch wenn dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, hält bislang der Trend zum Gymnasium weiter an. Im Unterschied dazu gibt es bei der Hauptschule weiter sinkende Schüleranteile. Offen ist allerdings, wie sich Maßnahmen zur Aufwertung der Hauptschule künftig auswirken werden. Absehbar ist, dass mittelfristig in der Mehrheit der Länder neben dem Gymnasium (G8) überwiegend nur noch Schularten mit mehreren Bildungsgängen (zum Teil mit dem Abitur nach 13 Schuljahren) existieren werden. Diese Entwicklungstrends sind künftig weiter zu beobachten.

Die Ergebnisse internationaler Schulleistungsuntersuchungen zeigen für die letzten Jahre in Deutschland positive Trends, z.B. hinsichtlich des Lesens und der naturwissenschaftlichen Kompetenzen sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen, machen aber auch auf zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern aufmerksam. Weiterhin Interventionsbedarf besteht vor allem im Hinblick auf die Verminderung der großen Leistungsstreuungen, auf die Reduzierung der Kopplung von Kompetenz und sozialer Herkunft sowie auf den Ausgleich migrationsbedingter Disparitäten. Eine zentrale Herausforderung bleibt der nach wie vor zu hohe Anteil an Schülerinnen und Schülern, die ohne Abschluss die Schule verlassen.

Der Ersatzbedarf an qualifiziertem Lehrernachwuchs, das relativ hohe Durchschnittsalter der Lehrkräfte, der hohe Anteil Teilzeitbeschäftigter im Schulbereich sowie der geringe Anteil an Lehrkräften mit Migrationshintergrund stellen nach wie vor nicht geringe Herausforderungen an Schulpolitik, Schulorganisation und pädagogische Praxis dar. Auch wenn erstmals auf Informationen zur Fortbildung der Lehrkräfte zurückgegriffen werden konnte, fehlen dennoch belastbare Daten zum Grad der Professionalisierung der Lehrkräfte und den damit verbundenen bildungspolitischen und -praktischen Folgerungen. Dieser Problematik ist nicht zuletzt wegen ihrer Steuerungsrelevanz künftig verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Umgestaltung der traditionellen Halbtags- zur Ganztagsschule hält weiter an. In allen Ländern und für alle Schularten wurden ganztägige Förder- und Betreuungsangebote zum Teil deutlich ausgebaut. Inzwischen verfügt jede dritte Schule im Primar- und Sekundarbereich I über ein Ganztagsangebot, allerdings überwiegend in offener Form mit Teilnahme auf eigenen Wunsch. Offen bleibt dabei, ob die wichtige fördernde Funktion, die von der Ganztagsschule erwartet wird, auch in diesem Umfang zum Tragen kommt, zumal im überwiegend offenen Ganztagsbetrieb nicht sichergestellt werden kann, dass vor allem jene Schülerinnen und Schüler, bei denen es einen besonderen Förderbedarf gibt, die Ganztagsangebote auch nutzen.

Lernprozesse im Kindes- und Jugendalter finden auch außerhalb der Schule im Kontext des freiwilligen Engagements und der Freiwilligendienste statt. Auch hier sind differenzierte Förderangebote nötig, da die Analysen auf ein eher niedriges Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie auf die soziale Selektion nach Bildungsstand aufmerksam machen.

Der Betreuungs- und Förderfunktion der Schule wurde unter dem Aspekt der sonderpädagogischen Förderung nachgegangen. Die Bildung junger Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird in allen Ländern verstärkt als Aufgabe für grundsätzlich alle Schulen angestrebt, was sich auch in einer Zunahme derjenigen zeigt, die integrativ außerhalb von Förderschulen gefördert werden. Zugleich wächst der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule besuchen. Unter den EU-Staaten hat Deutschland den höchsten Anteil von Schülerinnen und Schüler, die in Förderschulen unterrichtet werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte künftig den Jungen zukommen, die an Förderschulen stark überrepräsentiert sind. Da sich der Bereich der sonderpädagogischen Förderung durch eine fortdauernde Weiterentwicklung auszeichnet, sind diese Entwicklungen regelmäßig zu beobachten und zu analysieren. Das schließt auch genauere Analysen des nach Nationalitäten sehr unterschiedlichen Besuchs von Förderschulen ein.

Teil E
Berufliche Ausbildung

Das deutsche Berufsbildungssystem hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter ausdifferenziert. Es wird in drei große Sektoren untergliedert, die sich in Zielsetzungen und institutionellen Ordnungen unterscheiden: das duale System der Berufsausbildung aus (schwerpunktmäßig) betrieblicher und schulischer Unterweisung, das seit Langem das internationale Ansehen der deutschen Berufsausbildung begründet hat und in dem der Hauptteil der Jugendlichen seine Ausbildung erfährt; das Schulberufssystem, in dem in vollzeitschulischer Form vor allem auf Berufe des Dienstleistungssektors hin ausgebildet wird; schließlich das Übergangssystem, das im Gegensatz zu den beiden anderen Sektoren keinen vollqualifizierenden Abschluss, sondern berufsvorbereitende individuelle Kompetenzen zur Aufnahme einer Ausbildung vermittelt und das aufgrund seiner institutionellen Heterogenität und fehlenden Koordinierung zwischen den Maßnahmetypen besser als Sektor denn als System zu bezeichnen ist.

Anders als die allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sind die Einrichtungen der Berufsausbildung in ihren Curricula und ihrer institutionellen Ausgestaltung sehr eng, oft unmittelbar mit dem Beschäftigungssystem und dem Arbeitsmarkt verbunden. Dies gilt in Sonderheit für die duale Ausbildung, in der der Hauptteil der Ausbildung arbeitsintegriert in Betrieben stattfindet, jedoch auch für die meisten Teile des Schulberufssystems, die große Anteile praktischer Unterweisung in Erwerbsorganisationen vorsehen. Die institutionelle Nähe zum Arbeitsmarkt überträgt dessen Dynamik – strukturelle Verschiebungen und konjunkturelle Schwankungen – auf das Ausbildungssystem. Hierauf wird Bezug genommen, indem in kontinuierlich berichteten Indikatoren sektorale Verschiebungen im Ausbildungssystem (**E1**), zeitnahe Angebots-Nachfrage-Schwankungen in der (dualen) Ausbildung (**E2**) sowie berufsstrukturelle Veränderungen (**E3**) und Arbeitsmarkterträge der Ausbildung (**E5**) mit Blick auf Bildungschancen und Berufsbiografien Jugendlicher thematisiert werden.

Das letzte Jahrzehnt stand im Zeichen von großen Ungleichgewichten zwischen zu geringem Angebot und einer zum Teil demografisch bedingt hohen Nachfrage. Diese führen am Ausbildungsstellenmarkt auch zu sozialen und regionalen Disparitäten. Ob und wie weit sich die Ungleichgewichte am Ausbildungsstellenmarkt unter dem doppelten Einfluss von Demografie und ökonomischer Krise verschieben und welche Wirkungen für Auszubildende und Ausbildung sie zeitigen, sind aktuell zentrale Fragen (**E2**).

Neben den auf die aktuellen Fragen bezogenen Kernindikatoren setzt der Bildungsbericht auch neue Akzente in drei Aspekten:

- In einer stärkeren Berücksichtigung der Altbewerber, d.h. jener Jugendlichen, die in den Vorjahren keinen Ausbildungsplatz erhalten, ihren Ausbildungswunsch aber aufrechterhalten haben (**E1**, **E2**): Deren Anteil an gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern lag bei 50%, so dass erst der systematische Einbezug dieser Gruppe ein realistisches Bild über die Situation von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt verschafft.
- Im Aufgreifen berufsspezifischer Differenzen bei Angeboten an und Nachfrage nach Ausbildung (**E2**, **E3**): Mit Blick auf den künftigen Arbeitskräftebedarf erscheint vor allem die Frage wichtig, wo sich berufliche Angebots- und Nachfrageengpässe andeuten könnten (**E2**, vgl. **H4.3**).
- In der Frage danach, welche Kontinuität bzw. Diskontinuität vor allem am Beginn der Ausbildung zu beobachten ist (**E4**).

Gegenüber dem Bildungsbericht 2008 wird der Indikator zum vollzeitschulischen Ausbildungsangebot hier verkürzt in E1 einbezogen und auf den Indikator zum schulischen Vorbildungsniveau der Ausbildungsberufe verzichtet.

E1 Ausbildungsanfänge – Strukturentwicklung in der beruflichen Bildung

Die Verteilung der Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger auf die drei großen Sektoren der beruflichen Ausbildung Ⓜ unterhalb des Hochschulbereichs – duales System, Schulberufssystem, Übergangssystem – gibt zum einen Auskunft über Wahlpräferenzen von Schulabgängern und -absolventen, zum anderen über die Entwicklung in der Angebotsstruktur von Ausbildungsmöglichkeiten, auf die sich die Berufswahlentscheidungen der Jugendlichen beziehen. Beide Aspekte sind wegen der Wechselbeziehungen zwischen der Spezifik von Angeboten und den individuellen Nachfrageinteressen nicht eindeutig voneinander zu trennen.

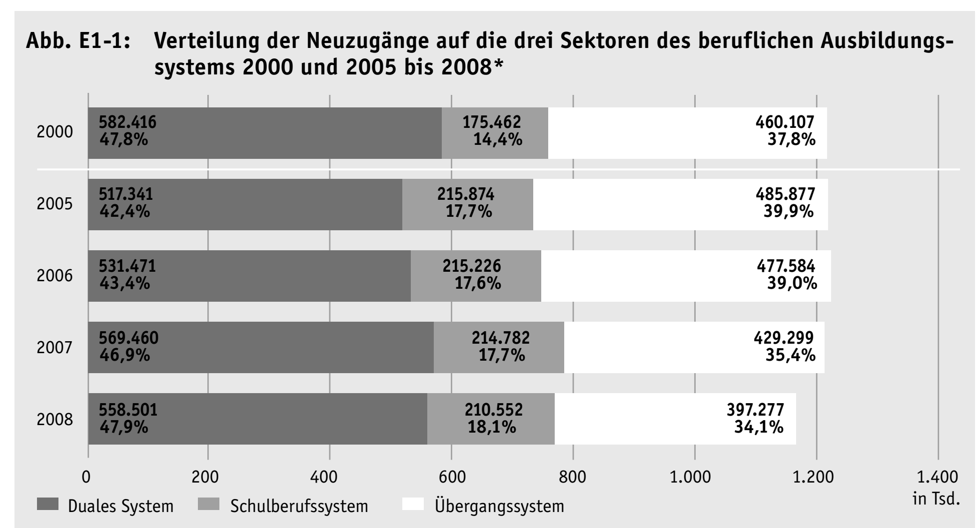
Trotz deutlicher Rückläufigkeit Anteil des Übergangssystems noch bei über einem Drittel der Neuzugänge

Vor dem Hintergrund demografisch bedingt rückläufiger Zahlen von Absolventen allgemeinbildender Schulen (2008 gegenüber 2006 –4,3% oder 40.000 weniger, **Tab. E1-1A**) hat sich gegenüber dem letzten Bildungsbericht eine Verschiebung in der Verteilung der Neuzugänge auf die drei Ausbildungssektoren vollzogen. Zum ersten Mal seit 2000 sinkt der Anteil der Neuzugänge im Übergangssystem 2007 deutlich unter 40% (**Abb. E1-1**), übersteigt 2008 mit 34% aber immer noch den Anteil von Mitte der 1990er Jahre.[1] Dagegen erhöht sich der Anteil der Neuzugänge im dualen System gegenüber 2006 um 4,5 Prozentpunkte auf 48%, obwohl 2008 die absolute Zahl der Neuzugänge gegenüber 2007 wieder leicht gefallen ist. Das Schulberufssystem hält seinen Anteil von 18% stabil, auch wenn hier absolut ein leichter Rückgang der Neuzugänge zu konstatieren ist. Der Rückgang im Schulberufssystem geht vor allem zu

Schulische Ausbildungsangebote in BBiG-/HwO-Berufen weiter auf niedrigem Niveau

Lasten geringerer Neuzugänge bei den schulischen Ausbildungsgängen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) und in den Berufen, die nicht zur Gruppe der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsausbildungen gehören (**Tab. E1-1A**). Wie viel dieser Rückläufigkeit durch Angebotsengpässe, wie viel durch Entscheidungen der Jugendlichen bedingt ist, lässt sich nicht eindeutig entscheiden,

Abb. E1-1: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2000 und 2005 bis 2008*

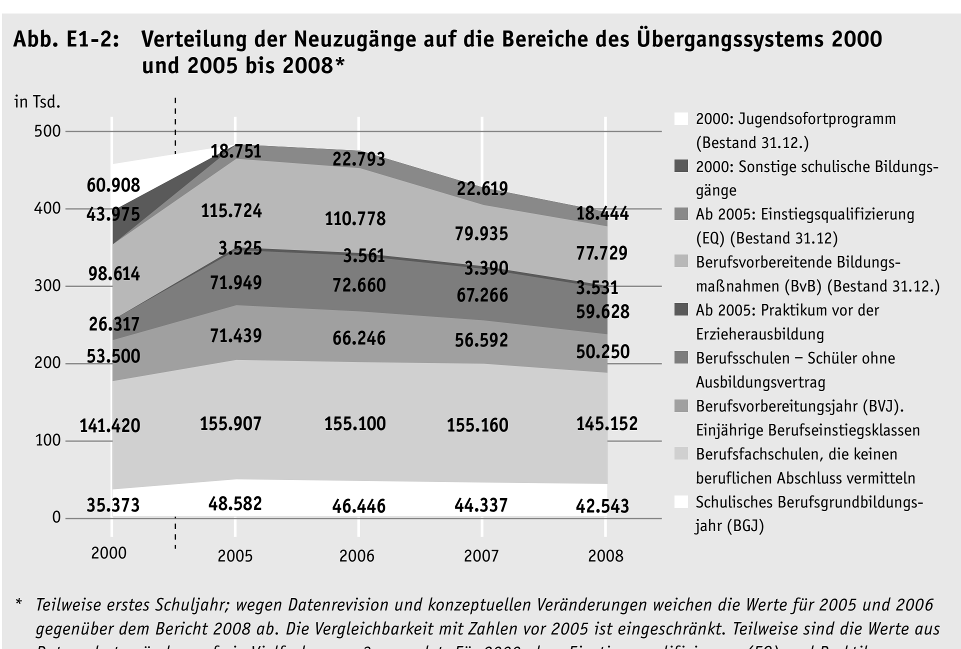


* *Teilweise erstes Schuljahr; wegen Datenrevision und konzeptuellen Veränderungen weichen die Werte für 2005 und 2006 gegenüber dem Bericht 2008 ab. Die Vergleichbarkeit mit Zahlen vor 2005 ist eingeschränkt. Teilweise sind die Werte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Erläuterungen vgl.* ***Tab. E1-1A***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: Dezember 2007 (2000–2006) bzw. März 2010 (Daten 2007–2008)

1 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 96

Abb. E1-2: Verteilung der Neuzugänge auf die Bereiche des Übergangssystems 2000 und 2005 bis 2008*



** Teilweise erstes Schuljahr; wegen Datenrevision und konzeptuellen Veränderungen weichen die Werte für 2005 und 2006 gegenüber dem Bericht 2008 ab. Die Vergleichbarkeit mit Zahlen vor 2005 ist eingeschränkt. Teilweise sind die Werte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Für 2000 ohne Einstiegsqualifizierung (EQ) und Praktikum vor Erzieherausbildung, mit Jugendsofortprogramm und sonstigen schulischen Bildungsgängen.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: Dezember 2007 (2000–2006) bzw. März 2010 (Daten 2007–2008)

da keine Angebotsdaten zum Schulberufssystem existieren. Im Bildungsbericht 2008 (vgl. dort **E3**) war bezogen auf die Ausbildungsgänge nach BBiG/HwO aber bereits darauf hingewiesen worden, dass die Länder trotz der Ausbildungskrise ihre Kapazitäten in den entsprechenden Berufsfachschulen seit 2000 nicht ausgeweitet haben. Ob die veränderten Anteile von Übergangs- und dualem System eine temporäre oder stabile neue Verteilungstendenz signalisieren, muss zurzeit offen bleiben, da mit den verfügbaren Daten von 2008 der Einfluss der ökonomischen Krise noch nicht geprüft werden kann.

Altbewerber unter den Neuzugängen mit schlechteren Ausbildungschancen als sonstige Bewerber

Unter den Neuzugängen befinden sich viele Altbewerber. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) lag der Anteil der Altbewerber an allen Lehrstellenbewerbern bei der BA auch 2008 noch bei 52%.[2] Das Problem dieser Altbewerber, deren schulisches Vorbildungsniveau dem anderer Bewerber entspricht, liegt darin, dass sie bei der erneuten Bewerbung schlechtere Chancen für eine Vermittlung in eine Ausbildungsstelle haben als sonstige Bewerber. Nur knapp der Hälfte von ihnen mit maximal Hauptschul- oder Mittlerem Abschluss gelingt der Schritt in eine Ausbildung, häufiger als sonstige Bewerber nehmen sie eine Ausbildung ein, die nicht ihrem Ausbildungswunsch entspricht.[3]

Nur geringe Veränderungen in der Struktur des Übergangssystems, …

Die Struktur des Übergangssystems hat sich nach den Ergebnissen der Schul- und Maßnahmestatistiken Ⓜ in den letzten Jahren nur geringfügig verändert (**Abb. E1-2**). Die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsangebote wie auch ihre Trägerschaft variieren zwischen den einzelnen Maßnahmen erheblich. Gemeinsam ist allen, dass sie den Jugendlichen keinen qualifizierten Ausbildungsabschluss vermitteln, der ihnen verlässliche Anrechenbarkeit in der Berufsausbildung oder auf dem Arbeitsmarkt sichert.

2 Vgl. BiBB, Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, S. 37
3 Vgl. ebenda, S. 91 f.

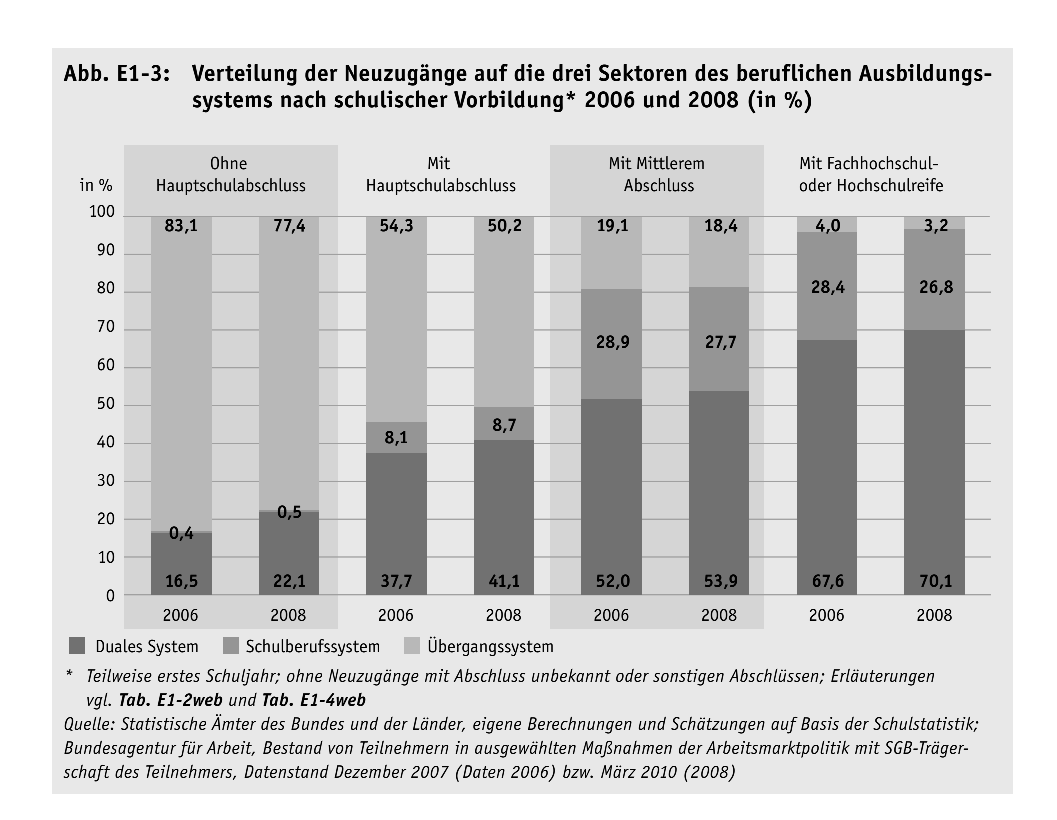
... aber Reduzierung der berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA um ein Drittel

Den Hauptanteil der Angebote stellen nach wie vor mit über 145.000 Neuzugängen (bzw. 36,5% der Gesamtheit) die ein- und zweijährigen Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, von denen einige aber, neben dem Erwerb beruflicher Grundkenntnisse, die Chance zum Nachholen eines allgemeinbildenden Abschlusses eröffnen. Sie haben von allen Maßnahmen den geringsten Rückgang erfahren (sieht man von den quantitativ bedeutungslosen Praktika vor der Erzieherausbildung ab, **Tab. E1-1A**). Die deutlichsten Abstriche verzeichnen die berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA, die die individuellen Voraussetzungen der Teilnehmer für die Aufnahme einer Berufsausbildung verbessern sollten. Sie sind seit 2006 um etwa ein Drittel zurückgegangen, stellen gleichwohl immer noch den zweitwichtigsten Maßnahmetyp dar. Berufsvorbereitungsjahr (13% Anteil) und schulisches Berufsgrundbildungsjahr (11% Anteil) haben beide relativ große Einbußen erfahren, das erste um 24%, das zweite um 9%. Gegenüber dem Stand von 2006 büßt auch die Einstiegsqualifizierung, die nach dem Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft vor allem marktbenachteiligten Jugendlichen einen Übergang in Ausbildung über betriebliche Praxiserfahrung ermöglichen soll, etwa ein Sechstel an Zugängen ein. Es bleibt ein Manko, dass über die Gründe für die Bewegungen im Übergangssystem genauso wenig Transparenz besteht wie über seine genauen Wirkungen.

Sozialstrukturelle Aspekte des Übergangs in die Berufsausbildung

Wie in der Regel bei Übergängen zwischen Bildungsgängen oder -stufen vollziehen sich auch beim Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung soziale Selektionsprozesse bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen nach schulischer Vorbildung, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Bewerber. Die Ausbildungsplätze differieren zudem nach regionalen Zugehörigkeiten.

Abb. E1-3: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems nach schulischer Vorbildung* 2006 und 2008 (in %)



* *Teilweise erstes Schuljahr; ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen; Erläuterungen vgl.* ***Tab. E1-2web*** *und* ***Tab. E1-4web***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand Dezember 2007 (Daten 2006) bzw. März 2010 (2008)

Leichte Verbesserungen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss ...

... aber immer noch über die Hälfte im Übergangssystem

Das seit dem Jahr 2000 beobachtbare Muster der Verteilung der Neuzugänge zur Berufsausbildung nach sozialstrukturellen Merkmalen erweist sich über das ganze Jahrzehnt hinweg als relativ stabil in seiner Grundstruktur, auch wenn es seit 2006 zu Verbesserungen für die Schulabsolventen mit maximal Hauptschulabschluss gekommen ist: Jugendliche ohne Hauptschulabschluss erreichen 2008 zu gut einem Fünftel einen dualen Ausbildungsplatz (fast 6 Prozentpunkte mehr als 2006), die mit Hauptschulabschluss können 2008 zur Hälfte in eine vollqualifizierende Ausbildung des Schulberufs- (ca. 9%) oder des dualen Systems einmünden. Umgekehrt heißt das auch, dass trotz eines vor allem demografisch bedingt etwas entspannteren Ausbildungsstellenmarktes (**E2**) die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und mehr als drei Viertel von denen ohne Hauptschulabschluss ins Übergangssystem gehen (**Abb. E1-3**, **Tab. E1-2web**). Bei den beiden höher qualifizierten Gruppen (mit Mittlerem Abschluss und mit Hochschulreife) änderte sich in den letzten Jahren wenig.

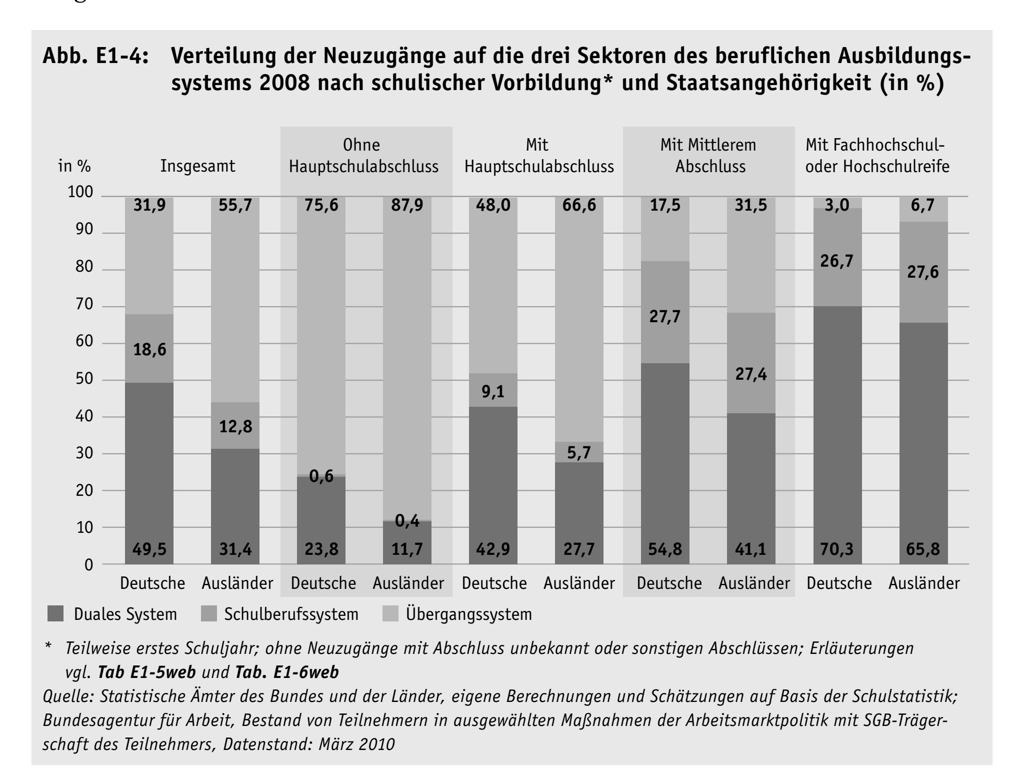
Junge Männer mit größeren Übergangsproblemen

An den geschlechtsspezifischen Verteilungsrelationen hat sich auch im jüngsten Betrachtungszeitraum gegenüber 2000 nichts verändert. Männliche Jugendliche dominieren nach wie vor im dualen System (58% in 2008), junge Frauen im Schulberufssystem (72%). Die weiterhin größeren Übergangsschwierigkeiten der jungen Männer drücken sich darin aus, dass ihr Anteil am Übergangssystem auch 2008 noch deutlich höher ist als der von jungen Frauen (56% zu 44%, **Abb. E1-5A**).

Starke Benachteiligung von ausländischen Jugendlichen

Betrachtet man die Einmündungsprozesse in die Berufsausbildung nach Staatsangehörigkeit und schulischer Vorbildung, so zeigt sich insgesamt, besonders aber bei den Neuzugängen mit maximal Hauptschulabschluss eine gravierende Benachteiligung der jugendlichen Ausländerinnen und Ausländer.[4] Bei den höher qualifizierenden Schulabschlüssen mildert sie sich ab, ohne dass sie aber aufgelöst würde (**Abb. E1-4**, **Tab. E1-5web** und **E1-6web**). Sowohl unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit als auch der Sicherung des Arbeitskräftepotenzials liegt in dieser Disparität ein großes Problem.

Abb. E1-4: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2008 nach schulischer Vorbildung* und Staatsangehörigkeit (in %)



* *Teilweise erstes Schuljahr; ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen; Erläuterungen vgl. **Tab E1-5web** und **Tab. E1-6web***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: März 2010

4 *Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 158 ff.*

Regionale Differenzen bei den Neuzugängen

50% höherer Anteil im Übergangssystem in westlichen im Vergleich zu ostdeutschen Flächenländern

Entsprechend den Verschiebungen zwischen den drei Sektoren auf Bundesebene (**Abb. E1-1**) verändern sich auch die regionalen Verteilungen auf die drei Ausbildungssektoren nach Ländern, allerdings bleiben die regionalen Disparitäten in der Tendenz den im letzten Bildungsbericht (vgl. **A**) dargestellten Unterschieden sehr ähnlich: Die Flächenländer insgesamt spiegeln fast genau die Relationen auf Bundesebene – mit einer allerdings beträchtlichen Differenz zwischen den Flächenländern Ost und West. In den westlichen Flächenländern ist der Anteil von Jugendlichen, die ins Übergangssystem einmünden, um die Hälfte größer als im Osten, während vor allem der Anteil im Schulberufssystem erheblich kleiner ist (**Abb. E1-6A**). In den Stadtstaaten ist der Anteil der Ausbildungsanfänger im Übergangssystem von 34% im Jahr 2006 auf 27% im Jahr 2008 gefallen (**Tab. E1-3web**).

Stärkste Verbesserungen in Stadtstaaten und ostdeutschen Flächenländern

Sieht man die Anteile des Übergangssystems an den Neuzugängen als Maßstab für mehr oder weniger große Passungsprobleme auf den regionalen Ausbildungsmärkten an, so zeigen sich in einigen Ländern überdurchschnittliche Verbesserungen. Zu diesen Ländern zählen vor allem die Stadtstaaten sowie die ostdeutschen Flächenländer, in denen der Anteil der Ausbildungsanfänger am Übergangssystem innerhalb von zwei Jahren über 6 Prozentpunkte zurückging, während gleichzeitig der Anteil an der dualen Ausbildung um 5 Prozentpunkte anstieg (**Abb. E1-6A** und **Tab. E1-3web**). Nur in einem Land (Schleswig-Holstein) hat sich die Ausbildungssituation insgesamt etwas verschlechtert.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Sektoren der beruflichen Ausbildung

Die beruflichen Bildungsteilsysteme (Sektoren) sind nach Bildungsziel und rechtlichem Status der Teilnehmer und Teilnehmerinnen unterschieden. Bildungsgänge, die einen qualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln, finden sich im *dualen System* (Teilzeitberufsschule, außerbetriebliche Ausbildung und kooperatives Berufsgrundbildungsjahr), im *Schulberufssystem* (vollzeitschulische Ausbildung) und in der *Beamtenausbildung* (mittlerer Dienst).
Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge, sofern sie keinen qualifizierenden Berufsabschluss anbieten, sind dem *Übergangssystem* zugeordnet. Hierunter fallen auch teilqualifizierende Angebote, die auf eine anschließende Ausbildung als erstes Jahr angerechnet werden können oder Voraussetzung zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung sind.

Schul- und Maßnahmestatistiken

Durch eine Umstellung in der Sonderauswertung der Bildungsgänge sind die Daten ab 2005 hinsichtlich der verwendeten Kategorien nur eingeschränkt mit den Daten bis 2004 vergleichbar. Auch weichen im Bildungsbericht 2008 ausgewiesene Daten der Jahre 2005 und 2006 von den hier berichteten ab.
Für das duale System sind das kooperative BGJ hinzu-, Schüler ohne Ausbildungsvertrag herausgerechnet. Bei Fachschulen sind Neuzugänge in Erstausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung, nicht aber Fortbildungen (z. B. Meister/Techniker) ausgewiesen. Sonstige Bildungsgänge (berichtet bis 2004) enthalten Berufsaufbauschulen, einen Teil der Fördermaßnahmen der Berufsausbildung Benachteiligter, besondere Bildungsgänge in Teilzeit für Personen ohne Berufstätigkeit und Arbeitslose sowie Lehrgänge und Maßnahmen der Arbeitsverwaltung. Aufgrund verbesserter Zuordnungsmöglichkeiten entfällt diese Kategorie ab 2005. Statistiken zu berufsvorbereitenden Maßnahmen und zum Jugendsofortprogramm der BA weisen keine vergleichbaren Neuzugänge aus; näherungsweise wurde der Bestand zum 31.12. verwendet.
Die hier vorgelegten Daten basieren auf Quellen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und der BA. Überschneidungen zwischen Schulstatistik und der Statistik zu berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA konnten nicht herausgerechnet werden. Die hier ausgewiesenen Daten sind nicht identisch mit den bekannten Daten für Neuzugänge im Berufsbildungsbericht, der für das duale System zumeist Neuverträge (Erhebung zum 30.09.; Berufsbildungsstatistik) ausweist. Mögliche Differenzen in den Größenordnungen einzelner Ausbildungsformen beeinträchtigen nicht die Aussagekraft zur Richtung der Entwicklung in beiden Berichten.

E2 Angebot und Nachfrage in der dualen Ausbildung

Der größte Sektor des deutschen Berufsbildungssystems, die duale Berufsausbildung, ist über den Markt organisiert und unterliegt damit der Dynamik von Angebot und Nachfrage. Das Verhältnis von Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gibt Auskunft zum einen darüber, wie günstig die Chancen von Jugendlichen sind, eine qualifizierte Ausbildung in einem Beruf ihrer Wahl zu finden, zum anderen darüber, wie viele Jugendliche den Unternehmen und anderen Ausbildungseinrichtungen für eine Ausbildung zur Verfügung stehen. In der ersten Hälfte des Jahrzehnts stand wegen eines chronisch starken Unterangebots an Ausbildung in Relation zur Nachfrage vor allem der erste Aspekt, die Chancen von Jugendlichen auf eine Ausbildung, im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Diese Perspektive bleibt auch weiterhin aktuell, auch wenn sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage 2006 und 2007 aufgrund der Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots etwas verringert hat (**Abb. E2-1** und **Tab. E2-1A**).

Angebots-Nachfrage-Relation nur für duales System erfassbar

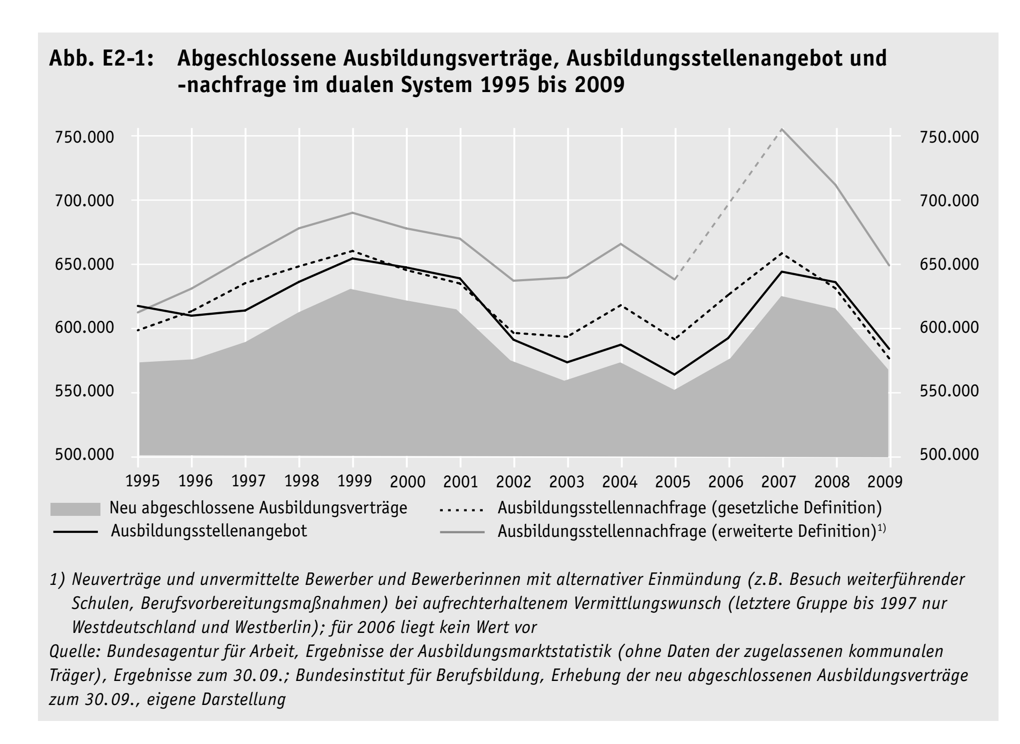
Nach wie vor ist eine annäherungsweise Erfassung von Angebot an und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nur für das duale Ausbildungssystem bzw. für die nach BBiG und HwO geregelten Ausbildungsverhältnisse möglich, nicht für das Schulberufssystem.

Es besteht weitgehend Übereinstimmung in Wissenschaft und großen Teilen der Praxis (einschließlich des Berufsbildungsberichts), dass die gesetzliche Definition die Angebots-Nachfrage-Relation Ⓜ (ANR) im dualen System nicht erschöpfend erfasst. Deswegen wird in der Darstellung (**Abb. E2-1**) die ANR nach der gesetzlichen Definition um eine Variante mit jenen Jugendlichen ergänzt, die nach zunächst gescheitertem Ausbildungszugang von der Bundesagentur für Arbeit oder aus eigenem Antrieb in eine alternative Maßnahme vermittelt wurden, ihren Vermittlungswunsch aber aufrechterhielten (erweiterte Definition).

10% Angebotsrückgang in der Krise, ...

Die Verringerung der Ausbildungsplatzlücke von 2006 und 2007 setzt sich 2008 und 2009 fort, obwohl das betriebliche Ausbildungsplatzangebot 2008 leicht, 2009

Abb. E2-1: Abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage im dualen System 1995 bis 2009



1) Neuverträge und unvermittelte Bewerber und Bewerberinnen mit alternativer Einmündung (z.B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch (letztere Gruppe bis 1997 nur Westdeutschland und Westberlin); für 2006 liegt kein Wert vor

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09., eigene Darstellung

... aber demografiebedingt keine Verschlechterung der Lehrstellenbilanz, ...

... jedoch kein ausgeglichener Ausbildungsstellenmarkt

aber – vermutlich verursacht durch die Wirtschaftskrise – erheblich (um etwa 10% gegenüber 2007) zurückgeht. Da aber gleichzeitig die Nachfrage demografisch bedingt um 13% (gesetzliche Definition) bzw. 14% (erweiterte Definition) abnimmt (**Abb. E2-1**), verschärft die Krise die bundesweite Lehrstellenbilanz gegenüber den Vorjahren nicht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es 2009 einen ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt oder sogar ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot gegeben hätte. Berücksichtigt man den Teil der Jugendlichen, die ihren Ausbildungsplatzwunsch trotz Einmündung in eine Alternative aufrechterhalten, so bleibt eine Ausbildungsplatzlücke von gut 60.000 Plätzen bzw. 10% (**Tab. E2-1A**).

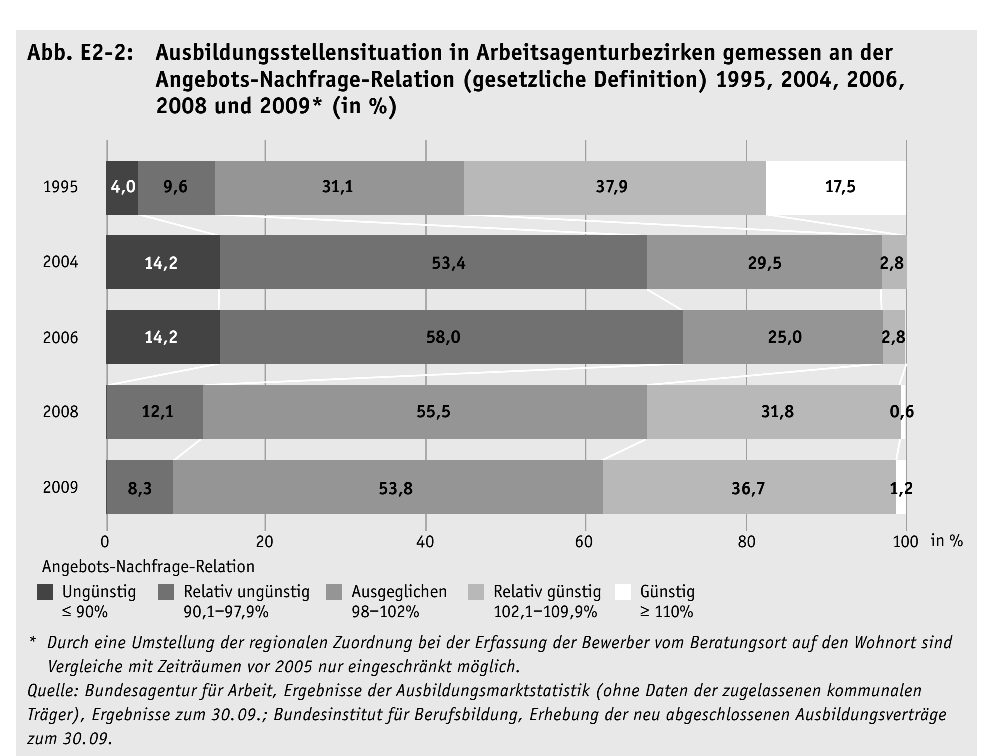
Regionale Disparitäten in der Ausbildung

Verringerung der regionalen Disparitäten in der Angebots-Nachfrage-Relation

Ost-West-Gefälle aufgelöst wegen demografisch bedingtem starken Nachfragerückgang (25%) im Osten

Sowohl im Angebot an als auch in der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gibt es beträchtliche regionale Unterschiede, die auch regionale Versorgungsdisparitäten, die in der ANR abgebildet sind, nach sich ziehen.[5] In den bisherigen Bildungsberichten sind sie mithilfe einer fünfstufigen Skala, die von „günstigen“ bis zu „ungünstigen“ Angebots-Nachfrage-Relationen reicht, abgebildet (**Abb. E2-2**). In diesem Fall ist nur die gesetzlich definierte Nachfrage ohne die alternativ Eingemündeten erfasst, so dass man von einer systematischen Untererfassung des tatsächlichen Ausbildungsstellenbedarfs ausgehen muss. Nach diesem Maßstab haben sich die regionalen Versorgungsdisparitäten zwischen 2006 und 2009 deutlich zwischen den Arbeitsagenturbezirken verringert. Hatten 2006 noch zwei Drittel der Arbeitsagenturbezirke eine (relativ) ungünstige Angebots-Nachfrage-Situation, so sind es 2009 nur noch knapp ein Zehntel. 2009 weist über die Hälfte der Bezirke eine rechnerisch ausgeglichene ANR auf und knapp zwei Fünftel eine relativ günstige Relation (**Abb. E2-2**). Dabei scheint sich das früher konstatierbare West-Ost-Gefälle zunehmend aufzulösen: Unter den ungünsti-

Abb. E2-2: Ausbildungsstellensituation in Arbeitsagenturbezirken gemessen an der Angebots-Nachfrage-Relation (gesetzliche Definition) 1995, 2004, 2006, 2008 und 2009* (in %)



* *Durch eine Umstellung der regionalen Zuordnung bei der Erfassung der Bewerber vom Beratungsort auf den Wohnort sind Vergleiche mit Zeiträumen vor 2005 nur eingeschränkt möglich.*

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.

---

5 *Die Skalierung orientiert sich an dem vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Kriterium des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes (APlFG von 1976) für ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Lehrstellenangebot von 12,5% bundesweitem Angebotsüberhang gegenüber der Nachfrage.*

gen Arbeitsagenturbezirken ist nur ein ostdeutscher zu finden (**Tab. E2-3web**). Dies ist in erster Linie der demografiebedingt stark – gegenüber 2007 um über 25% – sinkenden Nachfrage im Osten geschuldet (**Tab. E2-4web**).

Fasst man die Arbeitsagenturbezirke nach sozioökonomischen Merkmalen zu fünf regionalen Strukturtypen Ⓜ nach dem Modell des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zusammen, zeigt sich folgendes Bild (**Abb. E2-4A**, **Tab. E2-5web**):

Bei Einbezug der Altnachfrage starke Unterdeckung an Ausbildungsplätzen gegenüber Nachfrage …

Die ANR nach gesetzlicher Definition liegt in allen fünf Clustern nahe dem Gleichstand, was realistischerweise als Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen zu betrachten ist.[6] Blickt man auf die erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation, so zeigt sich auch in den beiden günstigsten Arbeitsmarktstrukturtypen eine starke Unterdeckung. Ihr Ausmaß ist in den mittelstädtischen und ländlichen Gebieten in Westdeutschland mit durchschnittlicher Arbeitslosigkeit, die über ein Drittel der Gesamtnachfrage in Deutschland (**Abb. E2-4A**) repräsentieren, mit 14% am größten. Doch auch die großstädtisch geprägten Bezirke in Westdeutschland mit hoher Arbeitslosigkeit und selbst die Bezirke in Westdeutschland mit guter Arbeitsmarktlage und hoher Dynamik haben eine Angebotslücke von ca. 10%. Die in einigen Arbeitsmarkttypen extrem starke Streuung (Typ II, III und V) deckt auf, dass in einzelnen Regionen dieser Arbeitsmarkttypen die Unterdeckung an Angeboten bis zu 25% der Nachfrage beträgt (**Abb. E2-4A**, **Tab. E2-4web**).

… selbst in Arbeitsmarktregionen mit durchschnittlichen ökonomischen Bedingungen in Westdeutschland

Angebots-Nachfrage-Relation nach Berufsgruppen

In der regionalen Analyse von Angebot und Nachfrage bleiben berufliche Differenzierungen der Ausbildung unberücksichtigt. In der öffentlichen Diskussion werden Berufe aber insofern auch im Zusammenhang von Angebot und Nachfrage ins Spiel gebracht, als unterstellt wird, Ungleichgewichte würden dadurch verstärkt, dass es Ausbildungsberufe gäbe, die nicht nachgefragt würden und deswegen hohe Angebotsüberhänge aufwiesen.

Keine Angebotsüberhänge in Berufen oder Berufsgruppen nach alternativen Angebots-Nachfrage-Relationen

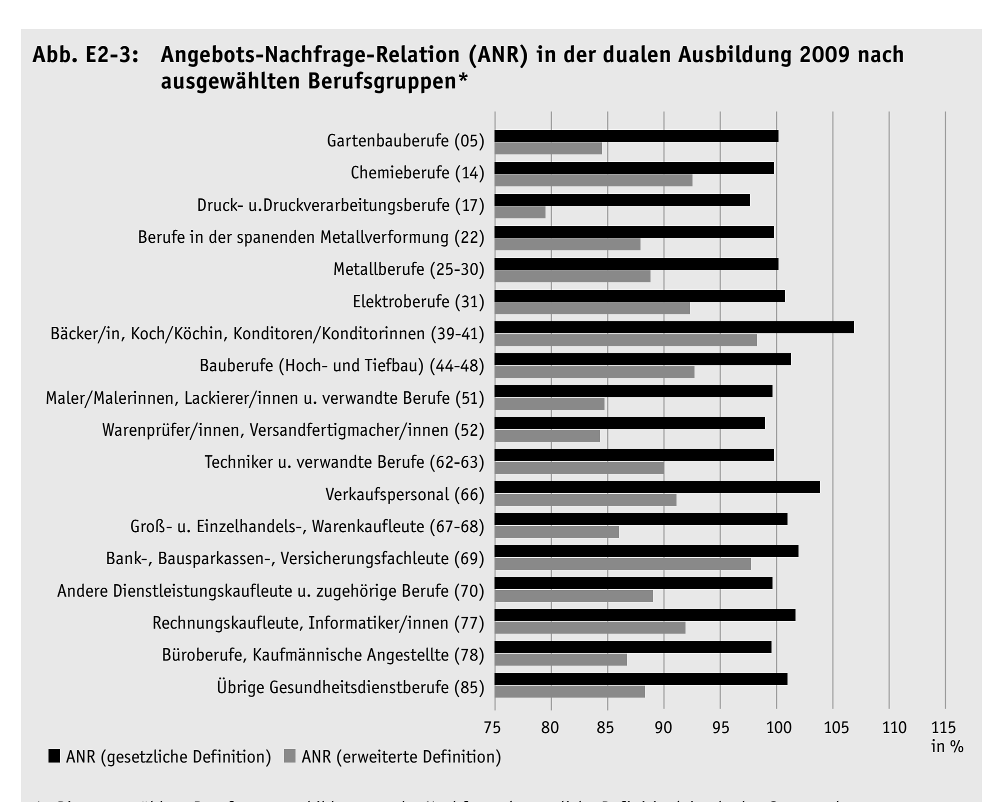
Solche Annahmen werden bei einer Prüfung von berufsspezifischen ANR bis heute nicht bestätigt. In kaum einem der geprüften Berufe und keiner geprüften Berufsgruppe Ⓜ, die immerhin über vier Fünftel der dualen Ausbildungsberufe und alle quantitativ relevanten repräsentieren, lässt sich 2009 ein nennenswerter Angebotsüberhang konstatieren, selbst wenn man nur die gesetzliche Nachfragedefinition zugrunde legt. Bezieht man die bei der BA aufrechterhaltene Altnachfrage mit ein und gewinnt damit eine realistische Nachfragedefinition, dann zeigt sich bei allen ausgewählten Berufen/Berufsgruppen eine zumeist erhebliche Unterdeckung der Nachfrage um oder über 10% (**Abb. E2-3**) Dies ist umso bemerkenswerter, als die Nachfrage zwischen 2007 und 2009 – mit Ausnahme der Finanzdienstleistungsberufe – stark zurückgegangen ist (zwischen 2 und 23%, im Durchschnitt über 10%, **Tab. E2-2A**) und sich die ANR durchgängig – bis auf eine Ausnahme: Berufe in der spanenden Metallverformung – verbessert hat.

Unterdeckung im Angebot in Metallberufen und bei Warenkaufleuten, Büro- und Gesundheitsdienstberufen

Nach Berufen weisen insbesondere im gewerblich-technischen Bereich die quantitativ starken Berufsfelder der Metallbe- und -verarbeitung sowie im Handwerk Maler und verwandte Berufe, die bisher noch Hauptschülern offenstanden, eine starke Unterdeckung auf. Sie betreffen im Produktionsbereich die Kernsektoren der deutschen Industrie (Fahrzeugbau, Maschinenbau, Elektroindustrie). Bei den Dienstleistungsberufen findet man eine ähnliche Relation bei Warenkaufleuten, Büroberufen und Gesundheitsdienstberufen, in die vor allem weibliche Jugendliche mit Mittlerem oder Hauptschulabschluss eingemündet sind.[7]

6 Dies wäre nur dann nicht der Fall, wenn man von unbegrenzter Mobilität auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgehen könnte.
7 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 285.

Abb. E2-3: Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in der dualen Ausbildung 2009 nach ausgewählten Berufsgruppen*



** Die ausgewählten Berufsgruppen bilden 82% der Nachfrage (gesetzliche Definition) im dualen System ab.*
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09, eigene Berechnungen

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Angebots-Nachfrage-Relation (ANR)
Die ANR ist eine Näherung an die tatsächlichen Marktverhältnisse. Sie kann für das duale Ausbildungssystem berechnet werden, für das Schulberufssystem fehlen entsprechende Daten. Nach gesetzlicher Definition, gemäß § 86 BBiG, ist das Angebot definiert als die Summe der bis zum 30.09. eines Jahres abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse (Neuverträge) und bei der BA gemeldeten, aber unbesetzt gebliebenen Stellen. Die Nachfrage beinhaltet Neuverträge und von der BA noch nicht vermittelte/versorgte Bewerber. Das Angebot und stärker noch die Nachfrage sind mit diesem Verfahren systematisch untererfasst. Daneben wird eine erweiterte Definition verwendet, in der die Nachfrage um Bewerber mit alternativer Einmündung (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch ergänzt ist. Für Bewerber, die nicht bei der BA gemeldet sind, liegen keine Daten vor. Die dargestellten Ergebnisse enthalten nicht jene unbesetzten Ausbildungsstellen, die für die BA regional nicht zuzuordnen sind; auch nicht die Bewerber, die von den Vermittlern nicht als ausbildungsreif registriert werden (vgl. Berufsbildungsbericht 2008, S. 26). Änderungen der Geschäftsprozesse der BA sowie die Umstellung des IT-Fachverfahrens von Compas auf VerBIS im Berichtsjahr 2005/06 erschweren die Vergleichbarkeit der derzeit verfügbaren Ergebnisse zu den Werten vor 2006.

Strukturtypen der Arbeitsagenturbezirke
Für den regionalen Vergleich von Angebots-Nachfrage-Relation und Arbeitsmarktbedingungen wurde eine Typisierung des IAB verwendet. Sie basiert auf sieben Indikatoren zu Arbeitsmarktlage und Raumstruktur der Bezirke (vgl. Blien U./Hirschenauer, F. [2005]: Vergleichstypen 2005. Neufassung der Regionaltypisierung für Vergleiche zwischen Agenturbezirken, IAB-Forschungsbericht, Nr. 24).

Berufsgruppen der Ausbildungsberufe
Die Darstellung der Berufsgruppen basiert auf der Systematik „Klassifikation der Berufe (KldB)" des Statistischen Bundesamtes. Die verwendeten Daten folgen jeweils eigenen Berufsklassifikationen und sind über einen Zuordnungsschlüssel auf die KldB umgerechnet.

E3 Betriebliches Ausbildungsplatzangebot

Begründungsfaktoren nur für betriebliches Ausbildungsplatzangebot möglich

Betriebe sind nach wie vor die größte Anbietergruppe von Ausbildungsplätzen im Bereich einer vollqualifizierenden Berufsausbildung unterhalb der Hochschulebene. Wegen dieser zentralen Stellung der Betriebe im deutschen Ausbildungssystem bleibt die Frage aktuell, von welchen Faktoren das betriebliche Ausbildungsplatzangebot abhängig ist: eher von langfristig wirkenden wirtschaftsstrukturellen oder von konjunkturzyklischen Faktoren oder auch von politischen Interventionen und Regulationen. Unter den langfristigen Strukturveränderungen kommt den Merkmalen der Branchen- und Berufsfeldzugehörigkeit, der Unternehmensgröße, der Wissensintensität des Wertschöpfungsprozesses (Qualifikationsstruktur der Belegschaft), der Innovationsaktivität und der Exportabhängigkeit besondere Relevanz zu. Bei den kurzfristigen Faktoren ist es vor allem die Ertragssituation, die berücksichtigt werden sollte. Bezogen auf politische Einflussfaktoren können von der Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung und der Erfüllbarkeit von Ausbildungsberechtigung durch Verbundbeteiligung Wirkungen auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erwartet werden.

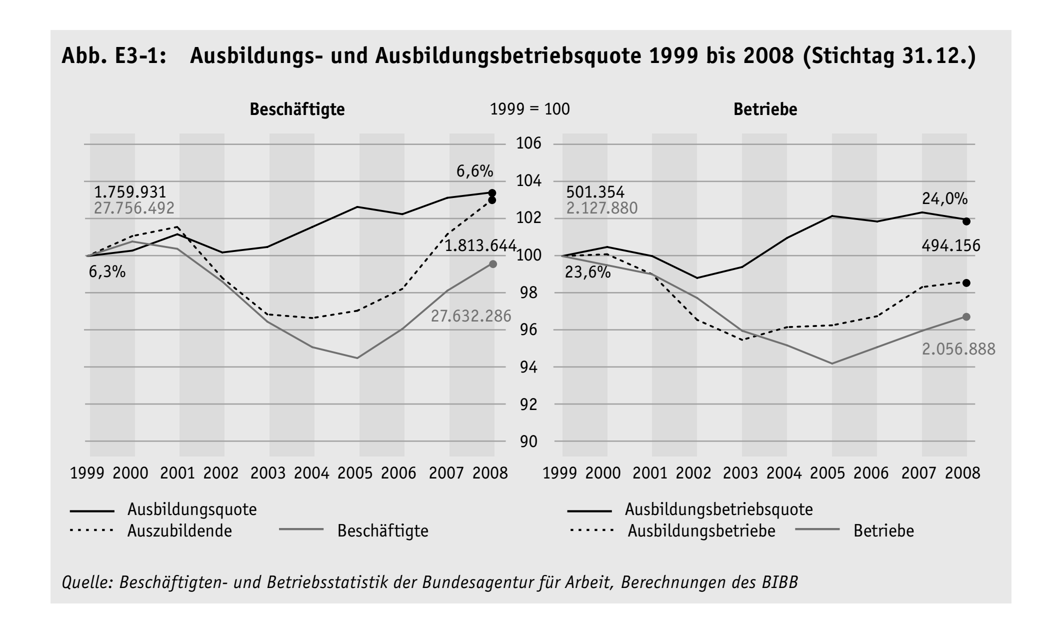
Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote als zentrale Kennziffern

Das Ausbildungsverhalten der Unternehmen lässt sich an der Ausbildungsquote Ⓜ und der Ausbildungsbetriebsquote Ⓜ ablesen. Beide Kennziffern bilden konjunkturelle Effekte für das Ausbildungsplatzangebot ab.

Leichter Anstieg von Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote

Zwischen 1999 und 2005 ist eine Konstellation zu beobachten, in der die Ausbildungsquote noch leicht (0,2 Prozentpunkte) ansteigt, während die absoluten Auszubildendenzahlen sinken (**Abb. E3-1**, **Tab. E3-1A**). Die Beschäftigungskurve geht in diesem Zeitraum um 5,6% (absolut ca. 1,6 Millionen), die Ausbildungsplatzkurve nur um 3% (absolut gut 53.000) zurück, so dass die Ausbildungsquote im konjunkturellen Abschwung leicht ansteigt (von 6,3 auf 6,5%). Im konjunkturellen Aufschwung der Jahre 2005 bis 2007 verlaufen beide Entwicklungen stärker parallel: Die Beschäftigung steigt um 3,7 Prozentpunkte, das Ausbildungsplatzangebot um 4,2 Prozentpunkte. Die Entwicklung der Ausbildungsquote wird durch diejenige der Ausbildungsbe-

Abb. E3-1: Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote 1999 bis 2008 (Stichtag 31.12.)



Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

triebsquote bestätigt. Hier ist zu beobachten, dass trotz eines erheblichen Rückgangs der absoluten Zahl von Betrieben wie Ausbildungsbetrieben die Ausbildungsbetriebsquote steigt. Auf dem Tiefpunkt des Konjunkturabschwungs 2005 erreicht sie ihren Gipfel (24,1%) und hält diesen, während die Zahl der Betriebe im Konjunkturaufschwung um knapp 2 Prozentpunkte zunimmt, ebenso wie die der Ausbildungsbetriebe (**Abb. E3-1**, **Tab. E3-2A**).

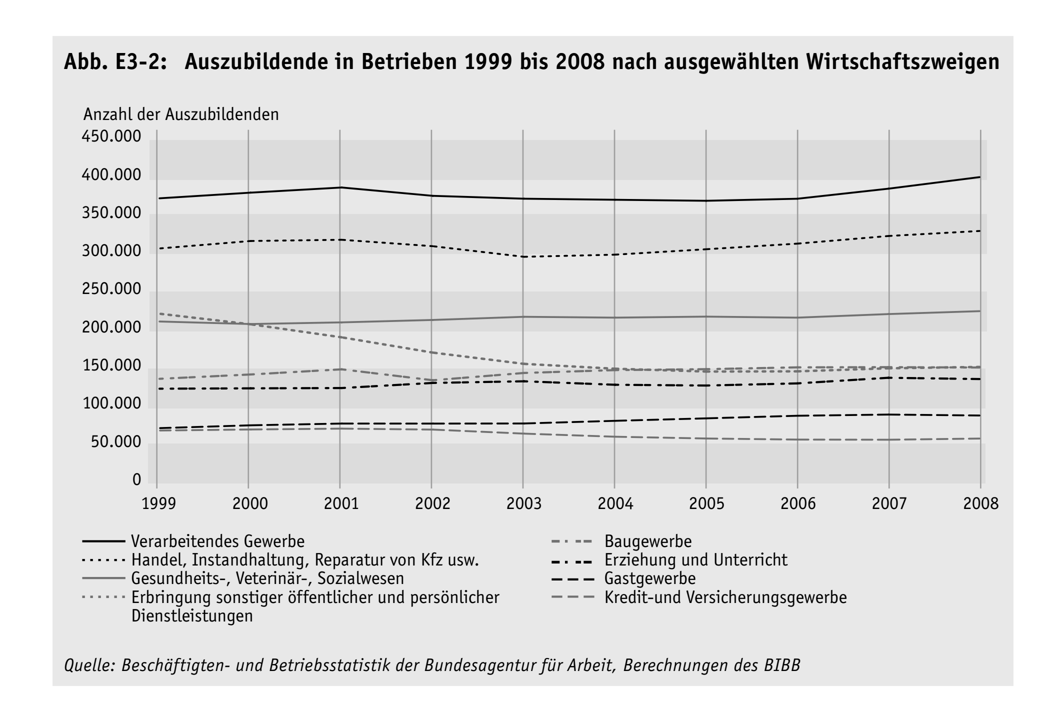
Die relative Stabilität von Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote weist darauf hin, dass das Ausbildungsverhalten der Betriebe eher von einem vergleichweise kontinuierlichen Muster geprägt zu sein und nicht kurzfristigen Kostenkalkülen zu folgen scheint. Die sich abzeichnende Stabilität des betrieblichen Ausbildungsverhaltens kann auch bedeuten, dass die Betriebe weniger auf die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen schauen und sich vordringlich an wirtschaftlichen und beschäftigungsstrukturellen Merkmalen orientieren.

Entwicklung nach Wirtschaftszweigen

Starker Abschwung im Bau- sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe

Ein Blick auf das Ausbildungsangebot nach Wirtschaftszweigen zeigt, wie sehr die Gesamtquoten auf unterschiedlichen Entwicklungen in den (aggregierten) Branchen beruhen. Während die beiden Hauptausbildungsbereiche – das verarbeitende Gewerbe und Handel/Instandhaltung von Kfz – seit 1999 in etwa dem Konjunkturverlauf folgen und 2008 ihr Ausbildungsvolumen wieder steigern, reduzieren das Bau- sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe über den ganzen Zeitraum hinweg ihr Ausbildungsangebot; das Gastgewerbe und die „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“ sowie das Gesundheits- und Sozialwesen verzeichnen einen überproportional höheren Anstieg (**Abb. E3-2**, **Tab. E3-9web** und **Tab. E3-3A**). Sowohl bei den stark rückläufigen als auch bei den expandierenden Wirtschaftszweigen spielen offensichtlich weniger konjunkturabhängige Faktoren für das Ausbildungsverhalten der Betriebe eine wichtige Rolle. Was für das Ausbildungsplatzangebot zu konstatieren ist, gilt in ähnlicher Weise für die Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote (**Abb. E3-4web**, **Tab. E3-10web**, **Tab. E3-4A**).

Abb. E3-2: Auszubildende in Betrieben 1999 bis 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

Betriebliche Einflussfaktoren auf das Ausbildungsplatzangebot

Immer noch kein sich selbst tragendes System in Ostdeutschland

Seit 2002 werden etwa ein Zehntel der dualen Ausbildungsplätze als „außerbetriebliche“ geführt, d. h. sie werden aus öffentlichen Mitteln finanziert, und die Auszubildenden schließen einen Vertrag mit einem außerbetrieblichen Träger. An der regionalen Verteilung dieser Ausbildungsverhältnisse zwischen den Ländern Ost- und Westdeutschlands hat sich seit 2002 wenig verändert: 2008 gehören in Ostdeutschland 26%, in Westdeutschland 6,5% der dualen Ausbildungsverhältnisse zu den außerbetrieblichen (**Tab. E3-5A**). Die Differenz signalisiert, dass in Ostdeutschland nach wie vor kein sich selbst tragendes duales System existiert.

Mithilfe der Daten des IAB-Betriebspanels lassen sich – auch im Zeitverlauf – einzelne Einflussfaktoren für das betriebliche Ausbildungsplatzangebot prüfen, wie die Ertragslage Ⓜ als Ausdruck für die wirtschaftliche Situation, die Innovationsaktivität Ⓜ für Wissensdynamik, der Auslandsumsatz für den Grad der Einbindung in internationale Konkurrenz und die Inanspruchnahme öffentlicher Ausbildungsförderung Ⓜ.

Höhere Ausbildungsbetriebsquote bei günstiger Ertragslage, aber niedrigere Ausbildungsquote

Die Abhängigkeit des Ausbildungsplatzangebots von der wirtschaftlichen Prosperität eines Betriebes erscheint evident. Ganz so selbstverständlich aber ist der Zusammenhang nicht. Die Daten des Betriebspanels weisen eine Gegenläufigkeit zwischen der Ausbildungsbetriebs- und der Ausbildungsquote aus. Die Bereitschaft der Betriebe, Ausbildung zu betreiben, scheint tatsächlich mit ihrer Ertragslage zu variieren: Die Ausbildungsbetriebsquote liegt durchgängig bei Betrieben mit guter und sehr guter Ertragslage deutlich höher als bei Betrieben mit eher schlechter Ertragslage. Demgegenüber steigt der Umfang der Ausbildung, der durch die Ausbildungsquote angegeben wird, mit schlechter Ertragslage an (**Tab. E3-6A**, **Abb. E3-5web**). Diese Gegenläufigkeit erklärt sich vor allem aus dem Ausbildungsverhalten der kleineren und mittleren Betriebe. Inwieweit hinter diesen Differenzen unterschiedliche Kosten für Ausbildung oder auch Differenzen in der Ausbildungsqualität stehen, wäre weiter zu prüfen.

Höhere Ausbildungsquoten in Betrieben ohne Auslandsumsatz

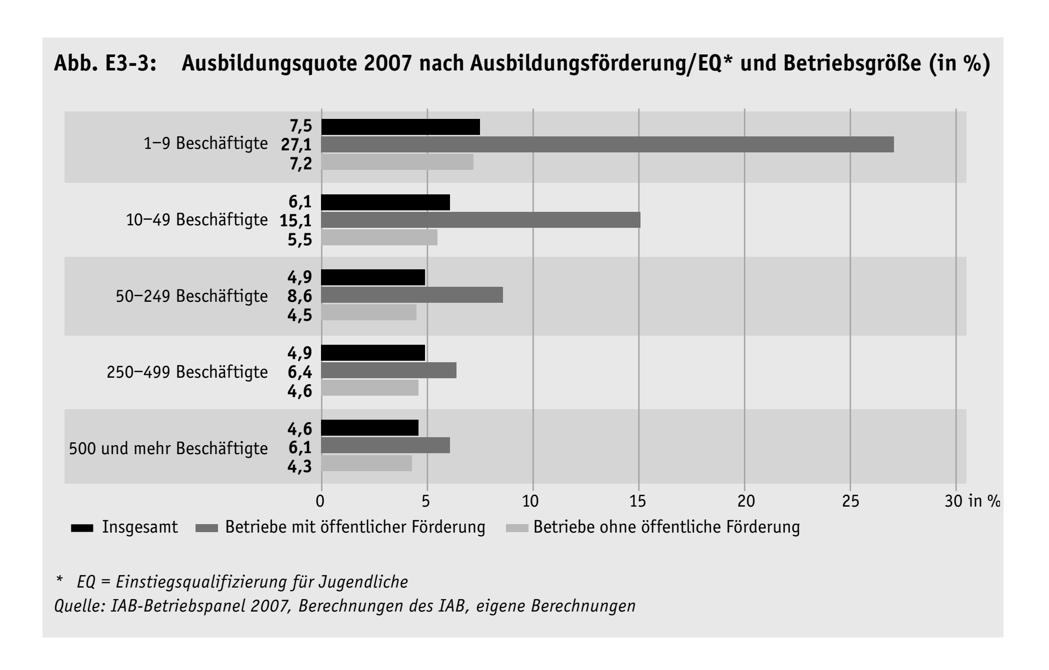
Die Exportstärke von Betrieben scheint sich umgekehrt zu ihrem Ausbildungsengagement zu verhalten. Betriebe ohne oder mit nur geringem Auslandsumsatz haben durchgängig (Ausnahme Betriebsgrößenklasse mit 250 bis 499 Beschäftigten) höhere Ausbildungsquoten als Betriebe, deren Auslandsumsatz bei 50% und mehr liegt. Bei den kleinen und mittleren Betrieben weisen diejenigen mit dem höchsten Auslandsumsatzanteil (über 50%) auch die niedrigste Ausbildungsbetriebsquote auf (**Tab. E3-7A**). Als Erklärung für diese Zusammenhänge erscheint die Annahme plausibel, dass Betriebe, die stark im internationalen Wettbewerb stehen, häufig schon ein höheres durchschnittliches Qualifikationsniveau mit höheren Anteilen von Hoch- und Fachhochschulabsolventen aufweisen als Betriebe, die nur für den nationalen Markt arbeiten. Bei Kleinbetrieben dürfte eine derartige Qualifikationsstruktur besonders stark ausgeprägt sein.

Positive Ausbildungseffekte vor allem bei innovativen Klein- und Mittelbetrieben

Die Innovationsaktivität führt insbesondere bei kleinen und mittleren Betrieben zu einer stärkeren Ausbildungsaktivität: Innovative Betriebe der beiden unteren Betriebsgrößenklassen (1 bis 9 und 10 bis 49 Beschäftigte) haben sowohl eine höhere Ausbildungs- als auch Ausbildungsbetriebsquote als nicht innovative Betriebe. Bei den höheren Betriebsgrößenklassen zeichnet sich eher ein umgekehrter Effekt ab (**Tab. E3-8A**).

Die Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung – sei es in Form von Zuschüssen zu Ausbildungsvergütungen, Lohn- und Gehaltskosten von Ausbildern oder zu Ausbildungsverbünden, sei es in Form von Einstiegsqualifikation für Jugendliche – scheint bei allen Betriebsgrößenklassen zu einer deutlichen Erhöhung der Ausbildungsquote zu führen, am stärksten bei den mittleren und kleinen Unternehmen, bei denen die

Abb. E3-3: Ausbildungsquote 2007 nach Ausbildungsförderung/EQ* und Betriebsgröße (in %)



* *EQ = Einstiegsqualifizierung für Jugendliche*
Quelle: IAB-Betriebspanel 2007, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Trotz hoher einzelbetrieblicher Effekte von Ausbildungsförderung nur geringe Wirkung auf Gesamtausbildungsangebot

Ausbildungsquote fast drei- bzw. viermal so hoch ist wie bei Betrieben ohne Förderung (**Abb. E3-3**). Aber selbst bei den größeren und Großbetrieben schlägt die Förderung noch durchaus nennenswert zu Buche. Allerdings ist der Beitrag zur Gesamtausbildungsquote der jeweiligen Betriebsgrößenklasse relativ gering, am geringsten bei den kleinsten Betrieben. Die Begrenztheit der Effekte ist darauf zurückzuführen, dass im Durchschnitt nur 7% der Betriebe eine öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, bei den Kleinbetrieben sogar nur 5%. Die höchste Quote der Inanspruchnahme findet sich bei den größeren und Großbetrieben mit 17 bzw. 15% (**Tab E3-11web**). Ob das betriebsgrößenspezifische Gefälle in der Inanspruchnahme öffentlicher Förderung eher auf grundsätzliche Barrieren oder einen Mangel an manageriellen Ressourcen bei den kleineren Betrieben zurückzuführen ist, muss hier offenbleiben. Auf jeden Fall aber scheinen Barrieren wirksam zu sein.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote
Die Ausbildungsquote ist definiert als Anteil der Auszubildenden (nicht jedoch Praktikanten oder Volontäre) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eines Betriebes. Die Ausbildungsbetriebsquote ist definiert als Anteil der Betriebe, die ausbilden, an allen Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Aufgrund einer Umstellung in der Erfassung der Auszubildenden können Zeitreihen auf Basis der Beschäftigtenstatistik erst ab 1999 ausgewiesen werden. Im Unterschied zur Beschäftigtenstatistik wurde die Ausbildungsbetriebsquote mit Daten des IAB-Betriebspanels auf ausbildungsaktive Betriebe bezogen, wobei nicht nur der stichtagsbezogene Bestand an Auszubildenden, sondern auch Zugänge, Abgänge und Planungen berücksichtigt wurden.

Ertragslage
Im Rahmen des IAB-Betriebspanels werden Betriebe gebeten, ihre Ertragslage im letzten Geschäftsjahr anhand der Skala „sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft" anzugeben.

Innovationsaktivität
Nach dem IAB-Betriebspanel gilt ein Betrieb unter folgenden Bedingungen als innovativ: Der Betrieb hat in den letzten zwei Jahren eine vorher angebotene Leistung bzw. ein Produkt verbessert oder weiterentwickelt, eine bereits auf dem Markt vorhandene Leistung bzw. ein Produkt in das betriebliche Angebot neu aufgenommen, Verfahren entwickelt oder eingeführt, die den Produktionsprozess bzw. das Bereitstellen von Dienstleistungen verbessern, oder eine neue Leistung bzw. ein neues Produkt aufgenommen.

Öffentliche Ausbildungsförderung/EQ
Im IAB-Betriebspanel wurden die Betriebe gefragt, ob im vergangenen Jahr Personen im Rahmen von Programmen der öffentlichen Beschäftigungsförderung tätig waren (Frage 76 des Betriebspanels 2007). Hier wurden die Antwortkategorien C „Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ)" und G „Unterstützung der betrieblichen Ausbildung (Zuschüsse zu Ausbildungsvergütungen, zu Lohn-/Gehaltskosten der Ausbilder, zu Ausbildungsverbünden usw.)" zusammengefasst.

E4 Vertragsauflösungen in der Ausbildung

Aufgelöste Ausbildungsverträge: Signal für Friktionen in den Ausbildungsverhältnissen

Vertragsauflösungen signalisieren Diskontinuität in der Berufsausbildung, bedeuten für die betroffenen Jugendlichen aber nicht automatisch Abbruch und Ende der Ausbildung. Sie können zu einem Berufs- oder Betriebswechsel oder auch zum Start einer alternativen Bildungskarriere führen. Man wird aber die Auflösung von Ausbildungsverträgen in jedem Fall als Ausdruck eines so gravierenden Missverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage betrachten können, dass entweder die Auszubildenden oder die Ausbildungsträger sich zur Beendigung des Ausbildungsverhältnisses veranlasst sehen. Ihren Ursprung kann die Auflösung von Ausbildungsverträgen in unterschiedlichen Gründen haben, zum Beispiel in Gegensätzen zwischen Ausbildungswünschen von Jugendlichen und der Berufsstruktur von Ausbildungsangeboten oder zwischen Ausbildungsplatzanforderungen der Betriebe und Kompetenzen oder Verhalten der Auszubildenden.

Wo immer im Einzelfall die Ursache liegen mag, die Vertragsauflösung kann für beide Seiten Unsicherheit, den Verlust an Zeit, Energie und anderen Ressourcen bedeuten; für Jugendliche stellen aufgelöste Ausbildungsverträge im Vergleich mit glatten Ausbildungskarrieren Umwege und Vergeudung von Zeit in ihrer beruflichen Entwicklung dar. Die Frage, mit welchen Merkmalen des Auszubildenden und des Ausbildungsverhältnisses Vertragsauflösungen verbunden sind, hat insofern auch Relevanz für die Verteilung von besseren oder schlechteren Ausbildungschancen.

Die Quote der aufgelösten Ausbildungsverträge Ⓜ variiert im Zeitverlauf, nach Ausbildungsbereichen, Ausbildungsberufen, Regionen und personenbezogenen Merkmalen. Ihre Höhe verweist auf größere oder weniger große Risiken.

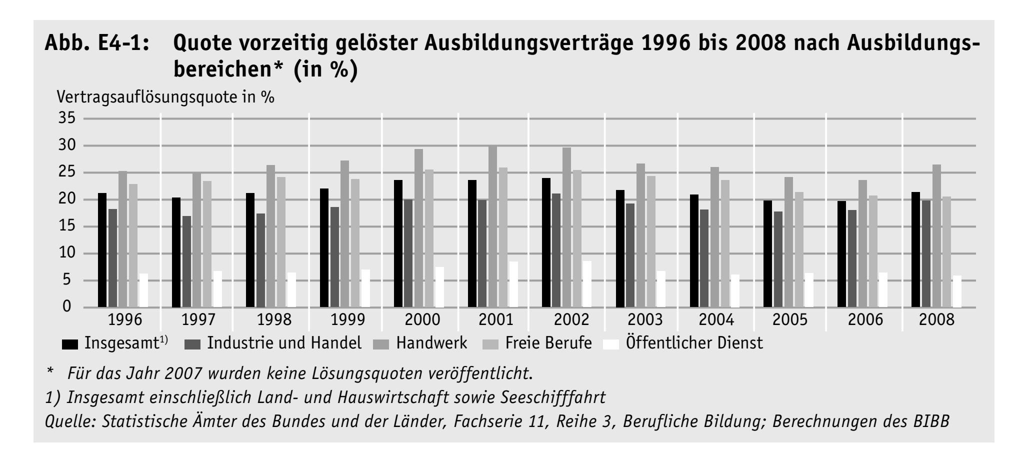
21,5% bzw. 140.000 aufgelöste Ausbildungsverträge 2008

Sowohl das Niveau als auch das sektorale Verteilungsmuster der aufgelösten Ausbildungsverträge blieben im letzten Jahrzehnt relativ stabil. Die Auflösungsquote insgesamt bewegte sich um bzw. etwas über 20% (**Abb. E4-1**). 2008 erhöhte sie sich leicht auf 21,5%, d.h., dass etwa 140.000 Auszubildende von Vertragsauflösungen betroffen waren (**Tab. E4-1A**). Sektoral betrachtet sind es über den ganzen Zeitraum hinweg vor allem die handwerklichen Ausbildungsverhältnisse, die überproportional oft – 2008 mit 26,6% gut 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt – aufgelöst wurden. Da auch die Freien Berufe und die Hauswirtschaft noch höhere Auflösungsquoten als Industrie und Handel aufweisen, liegt es nahe, eine Ursache für Auflösungen in der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der Ausbildung zu sehen.

Vor allem handwerkliche und Freie Berufe betroffen

Die regionale Verteilung der Auflösungen allerdings gibt Hinweise darauf, dass nicht nur einzelbetriebliche oder individuelle Faktoren bei Vertragsauflösungen wirken. Die regionale Hauptdifferenz liegt zwischen alten und neuen Ländern, sie beträgt

Abb. E4-1: Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008 nach Ausbildungsbereichen* (in %)



** Für das Jahr 2007 wurden keine Lösungsquoten veröffentlicht.*
1) Insgesamt einschließlich Land- und Hauswirtschaft sowie Seeschifffahrt
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung; Berechnungen des BIBB

Starke Unterschiede nach Ländern …

2008 ein Viertel mehr Vertragsauflösungen in den neuen als in den alten Ländern (25,4% gegenüber 20,5%, **Abb. E4-3A**, **Tab. E4-5web**, **Tab. E4-6web**). Darüber hinaus zeigen Unterschiede zwischen Ländern, dass etwa Jugendliche und Betriebe im Saarland oder Rheinland-Pfalz ein um ein Drittel höheres Risiko der Vertragsauflösung tragen als in Baden-Württemberg oder in Bayern (**Tab. E4-4web**). Ob eher wirtschafts- oder bildungsstrukturelle Gegebenheiten die Unterschiede erklären, lässt sich anhand der Daten nicht entscheiden.

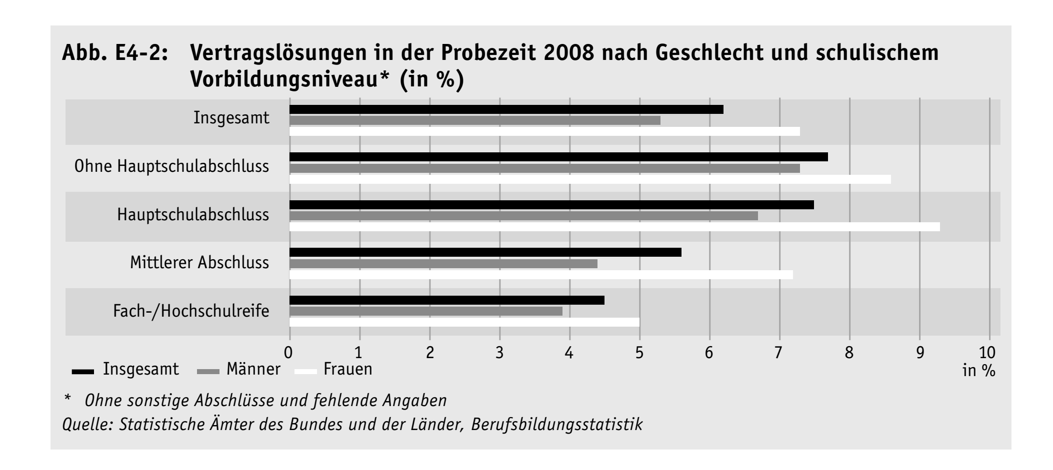
… und nach Berufen: am wenigsten Auflösungen in industriell-gewerblichen und qualifizierten kaufmännischen Ausbildungen

Nach Ausbildungsberufen Ⓜ differieren die Quoten der aufgelösten Verträge 2008 erheblich, zwischen dem Beruf mit der höchsten (Restaurantfachmann/-frau) und der niedrigsten (Verwaltungsfachangestellte) Auflösungsquote im Verhältnis 10 : 1 (45,3 zu 4,5%, **Tab. E4-2A**). Die Gegenüberstellung der 20 Berufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragsauflösungsquoten zeigt zum einen, dass die größten Risikozonen in den Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes sowie des Nahrungsmittelhandwerks, die geringsten vorrangig in industriell-gewerblichen und einigen qualifizierten kaufmännischen Berufen liegen. Zum anderen zeigt sich eine große Stabilität im Zeitverlauf: Jeweils vier Fünftel der Ausbildungsberufe tauchen sowohl 2008 als auch 2004 jeweils unter den 20 Berufen mit den höchsten und niedrigsten Auflösungsquoten auf (**Tab. E4-2A**).

Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss von Vertragsauflösungen in Probezeit am stärksten betroffen

Die seit 2007 als Individualstatistik neu eingeführte Berufsbildungsstatistik ermöglicht erstmals einen Blick auf die individuelle Betroffenheit unterschiedlicher Schulabsolventengruppen von Vertragsauflösungen, vorerst allerdings nur für solche innerhalb der Probezeit. An den Individualdaten zeigt sich, dass das Risiko einer Vertragsauflösung in der Probezeit nach Geschlecht zu Ungunsten der jungen Frauen (**Abb. E4-2, Tab. E4-3A**) und nach Schulabschluss stark differiert: Jugendliche ohne Hauptschulabschluss weisen 7,7% Vertragslösungen auf, Jugendliche mit Hauptschulabschluss 7,5%, mit Mittlerem Abschluss 5,6%, mit Hochschulreife 4,5% (**Abb. E4-2**).

Abb. E4-2: Vertragslösungen in der Probezeit 2008 nach Geschlecht und schulischem Vorbildungsniveau* (in %)



* *Ohne sonstige Abschlüsse und fehlende Angaben*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Vertragslösungsquote
Die Vertragslösungsquote gibt hier nur für die duale Ausbildung an, wie viele Ausbildungsverträge in der gesamten Ausbildungszeit gelöst werden. Da für die Neuzugänge im aktuellen Berichtsjahr noch keine Informationen über Vertragslösungen in den folgenden Ausbildungsjahren vorliegen, wird die Quote ersatzweise aus den Lösungen entsprechender Ausbildungsjahre früherer Ausbildungsanfänger nach der Methode des BIBB berechnet. Als Lösungen in der Probezeit (**Abb. E4-2**) gelten hier Neuverträge, die im Jahr 2008 begonnen und innerhalb von vier Monaten gelöst wurden. Die Daten umfassen ein Kalenderjahr, weshalb für Verträge mit Ausbildungsbeginn nach dem 1.9. kürzere Lösungszeiträume vorliegen.

Ausbildungsberufe
Teilweise wurden Berufe nach gleichlautenden Berufsbezeichnungen oder Fachrichtungen zusammengefasst. Um eine Betrachtung in der Zeitreihe zu ermöglichen, sind neu geregelte Berufe gemeinsam mit ihren Vorgängerberufen ausgewiesen. Die Zuordnung erfolgte nach der Genealogie des BIBB.

E5 Arbeitsmarktresultate beruflicher Ausbildung

Am Arbeitsmarkt erweist sich, welchen Nutzen eine Berufsausbildung für die erwerbsbiografischen Perspektiven der Ausbildungsabsolventen hat: ob Jugendliche relativ friktionsfreie Übergänge in eine perspektivreiche Beschäftigung erfahren, die in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen im erlernten Beruf oder dem Berufsfeld anwenden können und ein ausreichendes Einkommen für eine selbstständige Lebensführung erzielen. Die Dauer des Übergangs in Beschäftigung und der Grad ihrer Stabilität sind für die individuelle Berufsbiografie folgenreich, sagen aber zugleich auch etwas über mögliche Passungsprobleme zwischen dem Angebot an Ausbildungsabsolventen und der Qualifikationsnachfrage von Betrieben.

Übernahme und Jugendarbeitslosigkeit

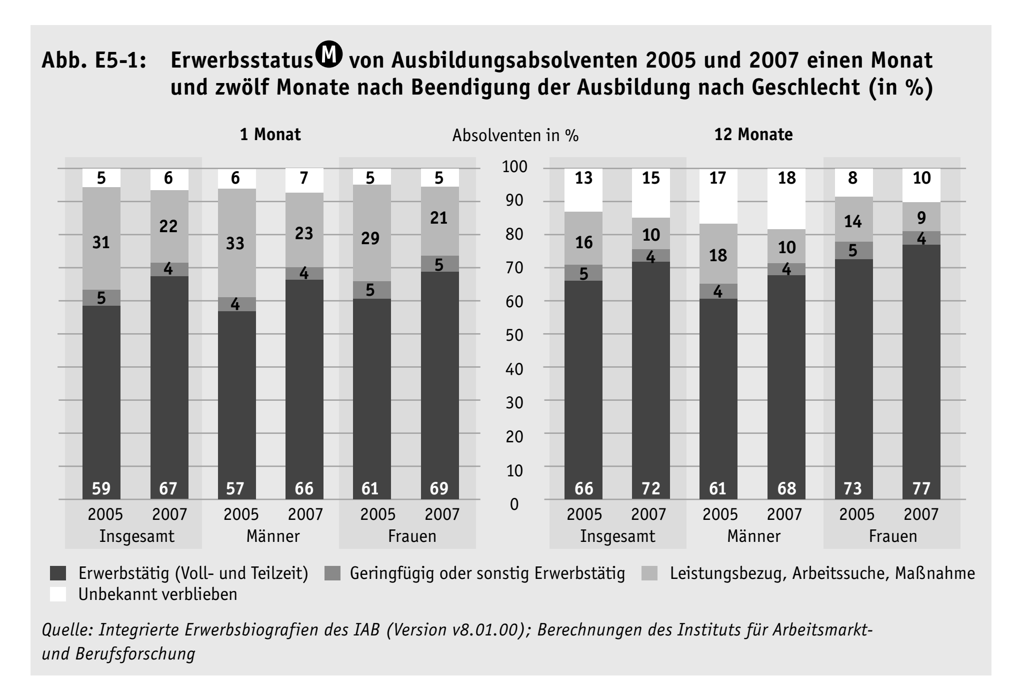
Durchgängiger Wiederanstieg der Übernahmequote im Konjunkturaufschwung bei Fortdauer der Disparität zu Lasten der ostdeutschen Länder

Einen ersten Hinweis auf die Dynamik im Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt gibt die Entwicklung der Quote der aus der Ausbildung in den Betrieb übernommenen Absolventen. Nachdem sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland, wo die Übernahmequoten Ⓜ seit Langem etwa ein Viertel unter denjenigen Westdeutschlands liegen, die Quote von 2000 bis 2005 ziemlich kontinuierlich zurückgegangen war, hat sie sich seitdem mit ansteigender Konjunktur in beiden Landesteilen auf dem Niveau von 2000 erholt (**Abb. E5-5A**), ohne jedoch die Ost-West-Disparität aufzuheben. Man kann daraus schließen, dass mit Anstieg der Konjunktur und der sich andeutenden Rückläufigkeit der Schulabsolventen in den Unternehmen (aller Betriebsgrößenklassen und Wirtschaftszweige) die Wertschätzung einer qualifizierten Berufsausbildung gewachsen ist (**Tab. E5-1A**).

Übergangsprobleme zum Arbeitsmarkt 2008 geringer geworden, aber immer noch Eingliederungsprobleme vor allem für männliche Ausbildungsabsolventen

Die Probleme des Übergangs in den Arbeitsmarkt haben sich zwischen 2005/06 und 2007/08 merklich gemildert: Der Anteil von Jugendlichen, die einen Monat oder ein Jahr nach Ausbildungsabschluss arbeitslos oder in einem anderen Leistungsbezug der BA waren, hat sich jeweils um ein Drittel reduziert (**Abb. E5-1**). Dennoch ist auch 2007/08 der Übergang in den Arbeitsmarkt für die Ausbildungsabsolventen noch von

Abb. E5-1: Erwerbsstatus Ⓜ von Ausbildungsabsolventen 2005 und 2007 einen Monat und zwölf Monate nach Beendigung der Ausbildung nach Geschlecht (in %)



	Erwerbstätig (Voll- und Teilzeit)	Geringfügig oder sonstig Erwerbstätig	Leistungsbezug, Arbeitssuche, Maßnahme	Unbekannt verblieben
1 Monat: Insgesamt 2005	59	5	31	5
1 Monat: Insgesamt 2007	67	4	22	6
1 Monat: Männer 2005	57	4	33	6
1 Monat: Männer 2007	66	4	23	7
1 Monat: Frauen 2005	61	5	29	5
1 Monat: Frauen 2007	69	5	21	5
12 Monate: Insgesamt 2005	66	5	16	13
12 Monate: Insgesamt 2007	72	4	10	15
12 Monate: Männer 2005	61	4	18	17
12 Monate: Männer 2007	68	4	10	18
12 Monate: Frauen 2005	73	5	14	8
12 Monate: Frauen 2007	77	4	9	10

Quelle: Integrierte Erwerbsbiografien des IAB (Version v8.01.00); Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

einer nicht unerheblichen Übergangsarbeitslosigkeit geprägt. Einen Monat nach Ausbildungsende sind über ein Fünftel (22%) arbeitslos, zwei Drittel erwerbstätig (**Abb. E5-1**). Nach einem Jahr ist der Arbeitslosenanteil auf ein Zehntel (9,6%) zurückgegangen, die Erwerbstätigenquote auf über 70% gestiegen; aufgrund des Wehr- und Zivildiensts, den ein Teil der jungen Männer absolviert, ist sie nicht höher. Die gegenüber den Frauen höhere Arbeitslosigkeitsquote der Männer nach zwölf Monaten deutet gleichwohl auf deren größere Übergangsschwierigkeiten hin, die auch durch die Arbeitslosigkeitsquote der unter 25-Jährigen bestätigt werden (**Abb. E5-7A**).

Bei Übergangsproblemen starke Polarisierung nach Berufen

Die Übergangsmuster variieren nicht nur nach Geschlecht, sondern vor allem nach Berufen bzw. Berufsgruppen Ⓜ. Berufsspezifische Differenzen im Übergang markieren nicht nur unterschiedliche Arbeitsmarktchancen junger Menschen aus unterschiedlichen Berufen, sondern auch Passungsprobleme zwischen Ausbildungsangeboten und der Qualifikationsnachfrage am Arbeitsmarkt. Bereits beim unmittelbaren Übergang einen Monat nach Ausbildungsabschluss sind die berufsspezifischen Differenzen im Erwerbsstatus so groß, dass man von einer Polarisierung sprechen kann. Diese bleibt auf niedrigerem Niveau der Arbeitslosigkeit auch nach einem Jahr erhalten: Am Pol sehr problematischer Übergänge, die sich in relativ niedriger Erwerbstätigkeits- und hoher Arbeitslosigkeitsquote ausdrücken, finden sich – mit unterschiedlichem Gewicht – die Berufe des Bau- und Ausbaugewerbes, der Köche und des Nahrungsmittelhandwerks sowie der Körperpflege und Kraftfahrzeuginstandsetzung (**Abb. E5-6A, Tab. E5-2A**). Dies sind – mit Ausnahme der Körperpflege – Berufe, die mehrheitlich von männlichen Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss wahrgenommen werden.[8] Am eher friktionsarmen Pol der Übergänge sind Krankenpflegeberufe, Berufe des Bank-, Versicherungs- und Rechnungswesens sowie die qualifizierten industriellen Facharbeitertätigkeiten der Metall- und Elektroberufe platziert; in Dienstleistungsberufen finden sich vor allem junge Frauen mit Mittlerem Abschluss oder Hochschulzugangsberechtigung, in den gewerblich-technischen Berufen vor allem junge Männer mit Mittlerem Schulabschluss.

Einkommensentwicklung und ausbildungsadäquate Tätigkeit

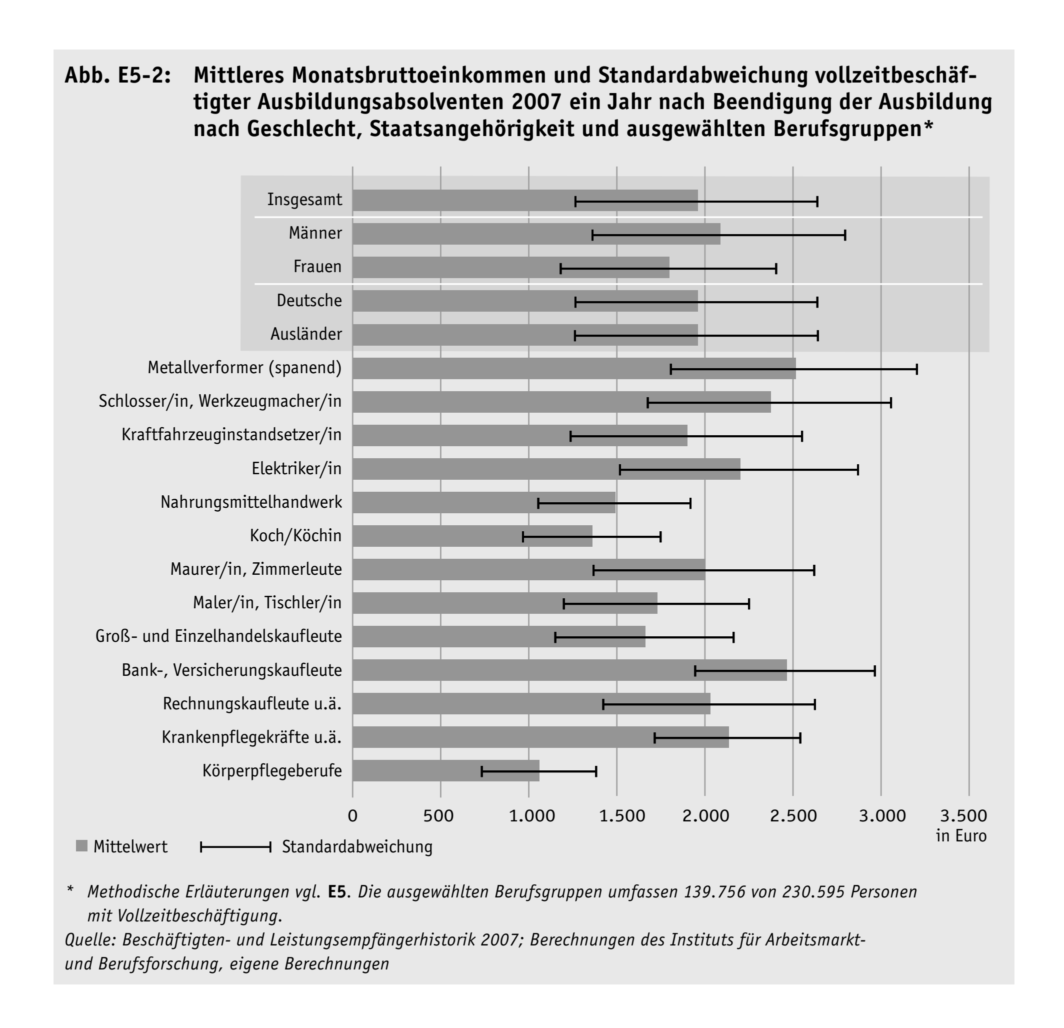
Die Erwerbsbeteiligung ist sicherlich das wichtigste Arbeitsmarktresultat beruflicher Ausbildung. Darüber hinaus gibt die Art der Erwerbstätigkeit nach Einkommen und Ausbildungsadäquanz Ⓜ Auskunft darüber, in welchem Ausmaß die Berufsausbildung am Arbeitsmarkt materiell und immateriell honoriert wird.

Unverändert starke Einkommensdifferenzen zwischen Berufen

Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich als Land mit relativ geringer Lohnspreizung angesehen wird, schwanken die Einkommen der Berufe auf den mittleren Qualifikationsniveaus (Fachkräfteebene) beträchtlich. Gemessen am Durchschnittsbruttoeinkommen ein Jahr nach Ausbildungsabschluss (2.000 Euro pro Monat), unterscheidet sich das niedrigste Fachkräfteeinkommen bei den Körperpflegeberufen vom höchsten bei den Metallverformern um 140%. In der Regel sind allerdings die Differenzen zwischen den Berufen deutlich geringer und bewegen sich zwischen 30% (Köche) unter dem Durchschnitt und 28% (Metallverformer) über dem Durchschnittseinkommen der ausgewählten Fachkräftegruppen (**Abb. E5-2**). Nach Beschäftigungsbereichen liegen die handwerklichen Berufe tendenziell eher unter dem Durchschnitt, die klassischen industriellen Fachkräfteberufe und die qualifizierten kaufmännischen und krankenpflegerischen Berufe eher darüber. Auffällig ist, dass selbst innerhalb derselben Berufsgruppe die Einstiegsgehälter (ein Jahr nach Ausbildungsende) eine große Streubreite von 30% über und unter dem Durchschnittseinkommen aufweisen (Standardabweichung, vgl. **Abb. E5-3**, **Tab. E5-3A**).

8 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 285.

Abb. E5-2: Mittleres Monatsbruttoeinkommen und Standardabweichung vollzeitbeschäftigter Ausbildungsabsolventen 2007 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und ausgewählten Berufsgruppen*



* *Methodische Erläuterungen vgl.* **E5**. *Die ausgewählten Berufsgruppen umfassen 139.756 von 230.595 Personen mit Vollzeitbeschäftigung.*
Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 2007; Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, eigene Berechnungen

Geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz, keine nach Nationalität

Obwohl ein Teil der Ausbildungsabsolventinnen Ⓜ in den am besten verdienenden Fachkräftetätigkeiten (Krankenpflege, Bank- und Versicherungskaufleute) die Mehrheit stellt, bleibt das Durchschnittseinkommen der jungen Frauen um 14% hinter dem der jungen Männer zurück. Keine Einkommensdifferenz existiert zwischen deutschen und ausländischen Fachkräften (**Abb. E5-2**). Der Vergleich mit den Einstiegseinkommen 2004 weist weder in der absoluten Einkommenshöhe noch in den berufsstrukturellen Differenzierungen nennenswerte Unterschiede auf; nur die Spitzeneinkommensposition ist von den Bankkaufleuten zu den Metallfacharbeitern gewechselt.[9]

Ein Drittel der Absolventen nicht in ausbildungsadäquater Tätigkeit

Bei der Ausbildungsadäquanz, die im Folgenden nicht nach subjektiver Einschätzung, sondern anhand der Differenz zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf bzw. Berufsfeld erfasst ist, hat ein Drittel der Ausbildungsabsolventen ein Jahr nach Ausbildungsende keine Beschäftigung in dem gleichen Berufsfeld gefunden, in dem die Ausbildung stattfand. Männer sind deutlich häufiger nicht ausbildungsadäquat beschäftigt (40%) als Frauen (26%), auch haben Ausländer häufiger (ca. 38%) eine ausbildungsinadäquate Beschäftigung als Deutsche (**Abb. E5-3**).

Starke Differenzen nach Berufen bei Ausbildungsadäquanz

Extrem variiert die Ausbildungsadäquanz zwischen den Berufen (**Abb. E5-4**). Hier sind es vor allem die handwerklich Ausgebildeten der Bau- und Ausbauberufe sowie der Kraftfahrzeuginstandsetzung, die überproportional in eine Tätigkeit eingemündet sind, die nicht ihrem Ausbildungsberuf entspricht. Umgekehrt findet sich der niedrigste Anteil nicht ausbildungsadäquater Beschäftigung bei den Krankenpflegekräften und den Finanzdienstleistungskaufleuten (10 bzw. 13%). Unterdurchschnittlich von

9 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 99.

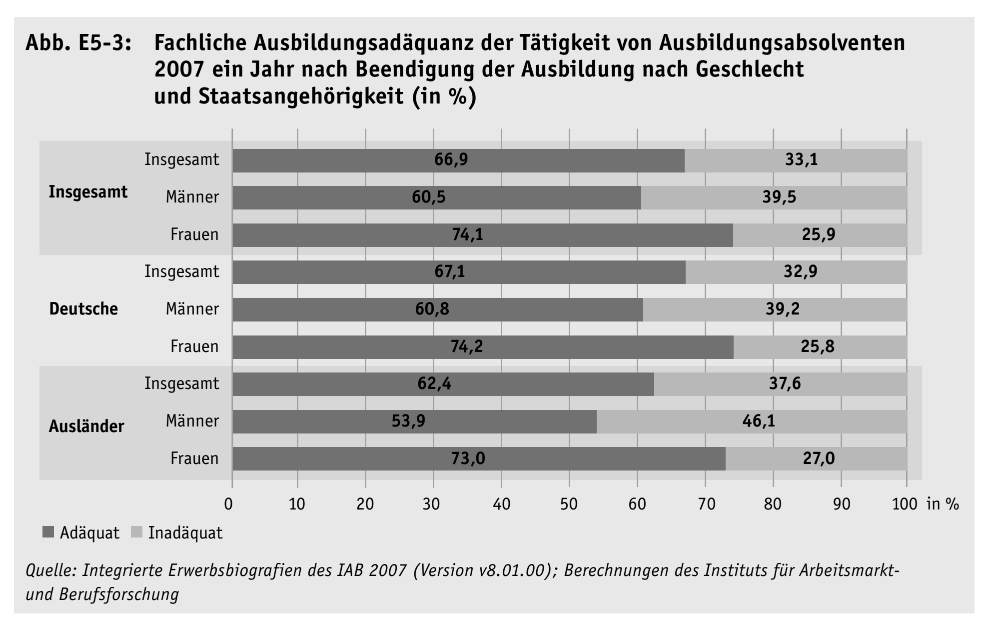


Abb. E5-3: Fachliche Ausbildungsadäquanz der Tätigkeit von Ausbildungsabsolventen 2007 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit (in %)

Quelle: Integrierte Erwerbsbiografien des IAB 2007 (Version v8.01.00); Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

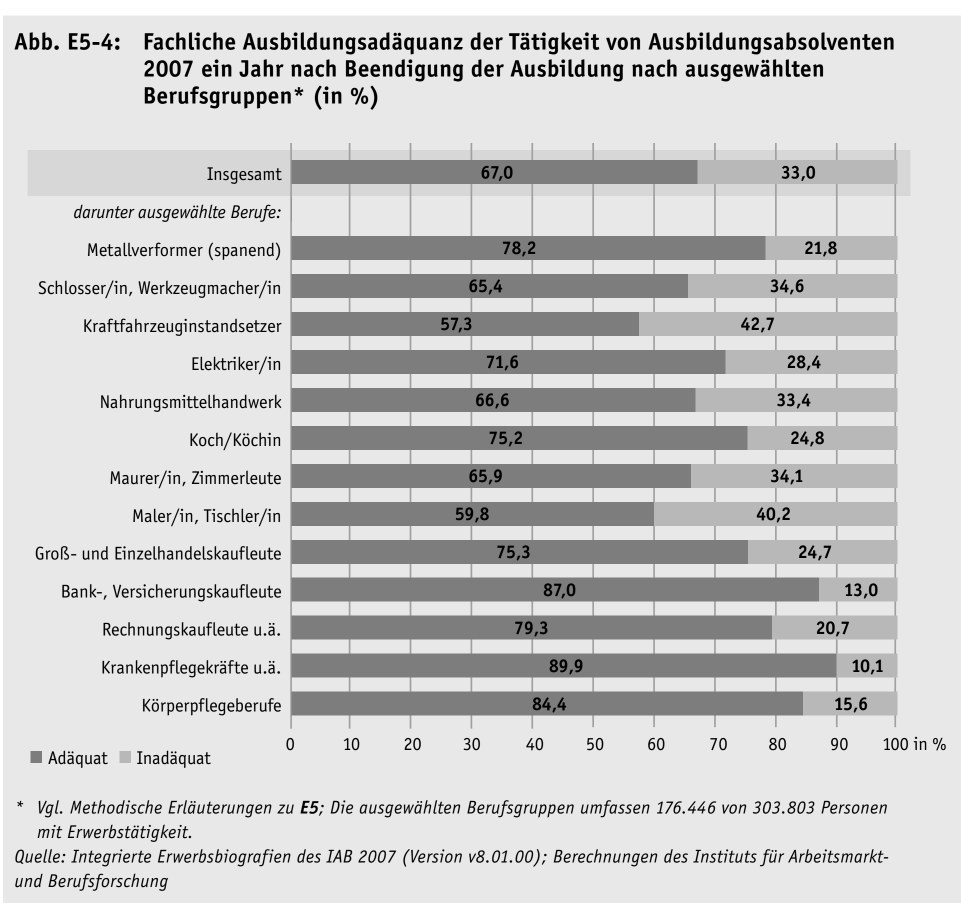


Abb. E5-4: Fachliche Ausbildungsadäquanz der Tätigkeit von Ausbildungsabsolventen 2007 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung nach ausgewählten Berufsgruppen* (in %)

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E5**; Die ausgewählten Berufsgruppen umfassen 176.446 von 303.803 Personen mit Erwerbstätigkeit.*
Quelle: Integrierte Erwerbsbiografien des IAB 2007 (Version v8.01.00); Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

ausbildungsinadäquater Tätigkeit betroffen sind auch ein Teil der Metall- und Elektroberufe sowie Rechnungskaufleute und Köche. Nach absoluten Größen wie auch nach den Relationen der Berufe zueinander hat sich in den letzten Jahren an der Ausbildungsadäquanz kaum etwas verändert.[10]

10 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 183 f.

Die berufliche Verteilung von ausbildungsinadäquater Beschäftigung lässt diese weniger als Resultat individueller Entscheidung als vom Arbeitsmarkt bedingt erscheinen. Insofern ist sie auch allenfalls begrenzt als Ausdruck hoher beruflicher Mobilität oder Flexibilität zu interpretieren. Es stellt sich allerdings die Frage, ob bei den Berufen mit besonders hoher Ausbildungsinadäquanz der Tätigkeiten nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes vorbei ausgebildet worden ist.

Kumulative Effekte bei Arbeitsmarktresultaten zuungunsten vor allem männlicher Jugendlicher mit maximal Hauptschulabschluss

Ein zentrales Problem der geprüften Arbeitsmarktresultate kurz nach Ende der Ausbildung besteht darin, dass es zu positiven und negativen Kumulationen bei vielen Berufen bzw. Berufsfeldern über mehrere Merkmale hinweg kommt und man deswegen auch nicht von Kompensation eines Nachteils durch einen Vorteil bei einem anderen Merkmal ausgehen kann, sondern eine relativ kompakte berufliche Benachteiligungsstruktur annehmen muss, an deren unterem Ende sich vor allem junge Männer mit maximal Hauptschulabschluss befinden.

 **Methodische Erläuterungen**

Übernahmequoten
Im Rahmen des IAB-Betriebspanels werden Unternehmen gefragt, wie viele ihrer Auszubildenden, die im vergangenen Jahr ihre Ausbildung erfolgreich beendeten, von einem Betrieb des Unternehmens übernommen wurden.

Erwerbsstatus
Lag für einen Zeitraum mehr als eine Meldung vor (Mehrfachbeschäftigung, Beschäftigung mit gleichzeitigem Leistungsbezug), wurde das Hauptbeschäftigungsverhältnis ausgewählt; Kriterien hierfür waren Nichtgeringfügigkeit, Entgelt, Dauer. Einer Ausbildungsmeldung wurde aber immer Vorrang vor allen anderen Informationen gegeben.

Ausgewählte Berufsgruppen
Nach quantitativer Relevanz wurden folgende Berufe nach der Klassifikation der BA den Berufsgruppen zugeordnet: Metallverformer (spanend): 22, Schlosser, Werkzeugmacher: 27, 29, Kraftfahrzeuginstandsetzer: 281, Elektriker: 31, 321, Nahrungsmittelhandwerk: 39, 40, Köche: 411, Maurer und Zimmerleute: 44, 45, Maler und Tischler: 50, 51, Groß- und Einzelhandelskaufleute: 681, 682, Bank-, Versicherungskaufleute: 69, Rechnungskaufleute u. ä.: 77, 78, Krankenpflegekräfte u. ä.: 853, 854, Körperpflege: 90.

Fachliche Ausbildungsadäquanz
Fachadäquanz liegt hier vor, wenn der ausgeübte Beruf dem Ausbildungsberuf entspricht, berechnet auf Basis der ersten beiden Stellen der Berufsordnung.

Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen
In der Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik des IAB wird nicht direkt erfasst, ob ein Auszubildender seine Ausbildung erfolgreich abschließt. Näherungsweise wurde hier als Absolvent aufgenommen, wer erstmalig mindestens 700 Tage lang als Auszubildender (Personengruppe 102) gemeldet war. Dabei wurden Betriebswechsel und Unterbrechungen von bis zu 14 Tagen zugelassen. Zudem durfte die Person im Jahr des Abschlusses höchstens 27 Jahre alt gewesen sein.

E Perspektiven

Im Vergleich mit den Vorjahren, in denen bis 2006 starke Angebotsengpässe in Relation zu gestiegener Nachfrage die Übergänge der Jugendlichen in der Berufsausbildung prägten, hat sich die Situation seit 2007 etwas verbessert. Die Verbesserung drückt sich in einer deutlichen Verringerung des Anteils der Jugendlichen aus, die nach der allgemeinbildenden Schule zunächst in das Übergangssystem übergehen, und einem Anstieg des Anteils, der einen Ausbildungsplatz in der dualen Ausbildung erhält. Die Befürchtung, dass die tiefste ökonomische Krise in der Geschichte Deutschlands in der Berufsausbildung erhebliche Einschnitte zeitigen und die Ausbildungsmarktkrise erneut verschärfen würde, hat sich bisher (Stand Ende 2009) nicht erfüllt. Zwar sank das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen 2009 um etwa 10% gegenüber 2007. In der Angebots-Nachfrage-Relation wurde dieser Rückgang aber (über-)kompensiert durch den demografisch bedingten Abschwung der Nachfrage um ca. 13%.

Die Verbesserung der Ausbildungsmarktsituation gibt allerdings keinen Anlass zur Entwarnung. Sie bleibt eine relative und drückt sich vor allem in der Angebots-Nachfrage-Relation nach der gesetzlichen Definition in der dualen Berufsausbildung aus. Wenn man die Altnachfrage, d.h. diejenigen, die nach vergeblicher Bewerbung bei der Bundesagentur für Arbeit ihre Anwartschaft auf einen Ausbildungsplatz aufrechterhalten, mit einbezieht, zeigt der Ausbildungsstellenmarkt in allen Regionen eine erhebliche Unterdeckung im Ausbildungsplatzangebot, selbst in Regionen mit einem vergleichsweise günstigen Arbeitsmarkt. Insofern haben politische Bemühungen – vor allem der Bundesregierung – um berufliche Integration der Jugendlichen aus der Altnachfrage nichts an Aktualität eingebüßt, da deren Vernachlässigung – unabhängig von allen sozialen Problemen – einen beträchtlichen Verlust an Humankapital bedeuten würde.

Die Analyse der Angebots-Nachfrage-Relation hat gezeigt, dass unter Zugrundelegung einer realistischen Angebots-Nachfrage-Definition in fast allen Berufen das Angebot an Ausbildungsplätzen (zum Teil weit) hinter der Nachfrage zurückbleibt – trotz drohenden Fachkräftemangels. Betroffen von diesem Ungleichgewicht erscheinen vor allem männliche Bewerber in handwerklichen und industriell-gewerblichen Berufen, die in der Vergangenheit vor allem Hauptschulabsolventen offenstanden. Mit Blick auf die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs sind nicht zuletzt die Kernsektoren der deutschen Industrie zu diesem Sachverhalt gefragt.

Bei der dualen Ausbildung bleibt die besonders prekäre Situation in Ostdeutschland, die nur dank hoher öffentlicher Investitionen in außerbetriebliche Ausbildung nicht zu dramatischen Ausbildungsmarktverhältnissen führt, ein weiterhin bestehendes Problem. Die Prüfung unterschiedlicher betrieblicher Faktoren zeigt, dass Unternehmen mit günstiger Ertragslage häufiger, aber mit niedrigerer Ausbildungsquote als andere Betriebe ausbilden. Politische Förderung hat einzelbetrieblich durch alle Betriebsgrößen hindurch, vor allem bei Kleinbetrieben, eine beträchtliche Wirkung auf die Ausbildungsquote, gesamtwirtschaftlich gesehen aber nur einen geringen Einfluss, da im Durchschnitt nur 7% aller Betriebe erreicht werden. Offen ist hier die Frage nach den Gründen, aber auch nach der Nachhaltigkeit und der Qualität der Ausbildungsangebote.

An die Träger des Schulberufssystems ist die Frage zu richten, warum die Neuzugänge stagnieren bzw. leicht rückläufig sind, obwohl das Schulberufssystem schwerpunktmäßig in zukunftsträchtigen Dienstleistungsberufen ausbildet, vor allem in den Gesundheitsdienst- und Sozialberufen. Eine höhere Aufmerksamkeit für diese Ausbildungsfelder erscheint dringend angeraten.

Angesichts der Herausforderungen, mit denen das berufliche Ausbildungssystem durch die Schaffung eines europäischen Berufsbildungsraums und die demografische Entwicklung konfrontiert ist, gewinnen Fragen nach der Leistungsfähigkeit des Systems in der Entwicklung von Potenzialen an Bedeutung. Sie betreffen zum einen die Möglichkeiten beruflicher Nachqualifizierung der Personengruppen, die im letzten Jahrzehnt keine Berufsausbildung erhalten haben. Als Grundlage für bildungspolitische Gestaltung bedarf es zum anderen mehr Transparenz über Ausbildungsverläufe, zu der die neue (individualisierte) Berufsbildungsstatistik beitragen könnte, wenn sie endlich so implementiert wird, dass sie valide Daten liefert. Hierzu zählt ferner die Messung der in der Berufsbildung vermittelten Kompetenzen im Verhältnis zu den steigenden Anforderungen einer wissensbasierten Ökonomie.

Teil F
Hochschule

Die Bedeutung der Hochschule als einer Institution, in der ein wachsender Anteil der jungen Generation eine wissenschaftliche Ausbildung für den Eigenbedarf des Wissenschaftssystems und den außeruniversitären Arbeitsmarkt erhält, nimmt kontinuierlich zu. In der aktuellen hochschulpolitischen Debatte in Deutschland spielen drei Themen eine zentrale Rolle, die in diesem Abschnitt aufgegriffen werden: die Entwicklung der Studiennachfrage im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt 2020, die Auswirkungen der sich an allen Hochschulen im Zeichen des Bologna-Prozesses vollziehenden Studienstrukturreform und die Frage, ob das deutsche Hochschulsystem am Bedarf vorbei ausbildet. Mit allen drei Aspekten ist die zukünftige Entwicklung der deutschen Hochschulen eng verbunden – angesichts des wachsenden Nachfragedrucks, einer umstrittenen und in ihren Folgen ambivalenten neuen Studienstruktur und der immer wieder geäußerten Befürchtung, dass sich in Deutschland ein erheblicher Fachkräftemangel gerade auch auf der Ebene der Hochschulqualifikation abzeichnet.

Informationen zur Entwicklung der Studiennachfrage bilden wie in den ersten Bildungsberichten den Beginn des Kapitels (**F1**, **F2**). Auch wenn das auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Ziel einer Studienanfängerquote von 40% durch die neue Welle der Hochschulexpansion mit stark steigenden Studienanfängerzahlen inzwischen erreicht scheint, bleiben eine Reihe von Fragen. Diese betreffen zum Beispiel die Durchlässigkeit des Hochschulzugangs für Personen aus bildungsfernen Familien oder für qualifizierte Berufstätige ohne schulische Studienberechtigung oder die fachspezifische Studiennachfrage (etwa in den Ingenieurwissenschaften). Einige hiermit eng zusammenhängende Aspekte werden im Abschnitt **H** aufgegriffen, so die voraussichtliche Entwicklung der Studiennachfrage, für die neue Prognosedaten bis zum Jahr 2025 vorgelegt werden (vgl. **H2**, **H4**). Diese Aspekte beziehen sowohl demografische als auch bildungspolitische Faktoren (z. B. die doppelten Abiturientenjahrgänge) ein. Auch die Studienanfängermobilität zwischen West und Ost wird dort thematisiert. In **F2** werden erstmals Daten zum Migrantenanteil unter den Studierenden in Deutschland berichtet.

Der Bologna-Prozess wird zurzeit – auch in der Öffentlichkeit – kontrovers diskutiert, und es zeichnet sich ab, dass es zu Modifikationen in der Studienreform kommen wird. Auch in diesem Bildungsbericht wird der Frage nachgegangen, wie sich diese Reformen auf die Studienzeiten und den Studienabbruch auswirken, ist doch mit der Reform die Erwartung verbunden, die Studieneffektivität deutlich zu verbessern (**F4**). Erstmals wird in diesem Bericht der Aspekt der Studienqualität thematisiert (**F3**). Angesichts der studentischen Kritik an der Reform, insbesondere der hohen Studienbelastung, werden hier Ergebnisse aus Studierendenbefragungen zur Studienqualität präsentiert und analysiert.

Zu den erklärten hochschulpolitischen Zielen gehört in Deutschland eine Erhöhung der Absolventenzahl und -quote. Der Wissenschaftsrat hält langfristig eine Absolventenquote von 35% für sinnvoll. Dafür ist nicht nur eine hohe Anfängerquote, sondern vor allem eine höhere Erfolgsquote im Studium erforderlich (**F4**). Wie sich die Absolventenzahlen in den letzten Jahren entwickelt haben, wird auch unter Berücksichtigung wichtiger Strukturmerkmale dargestellt (**F5**). Die Berufseinmündung und dabei insbesondere die Frage der Adäquanz im Verhältnis von Qualifikation und Beschäftigung werden dabei besonders berücksichtigt. Die mit den Berufsperspektiven von Hochschulabsolventinnen und -absolventen eng verknüpfte Frage der voraussichtlichen zukünftigen Entwicklung des Fachkräftebedarfs wird in Abschnitt **H** behandelt. Insgesamt werden damit im Kapitel **F** einige wesentliche Aspekte des umfassenden Strukturwandels der deutschen Hochschulen angesprochen.

F1 Übergänge in die Hochschule

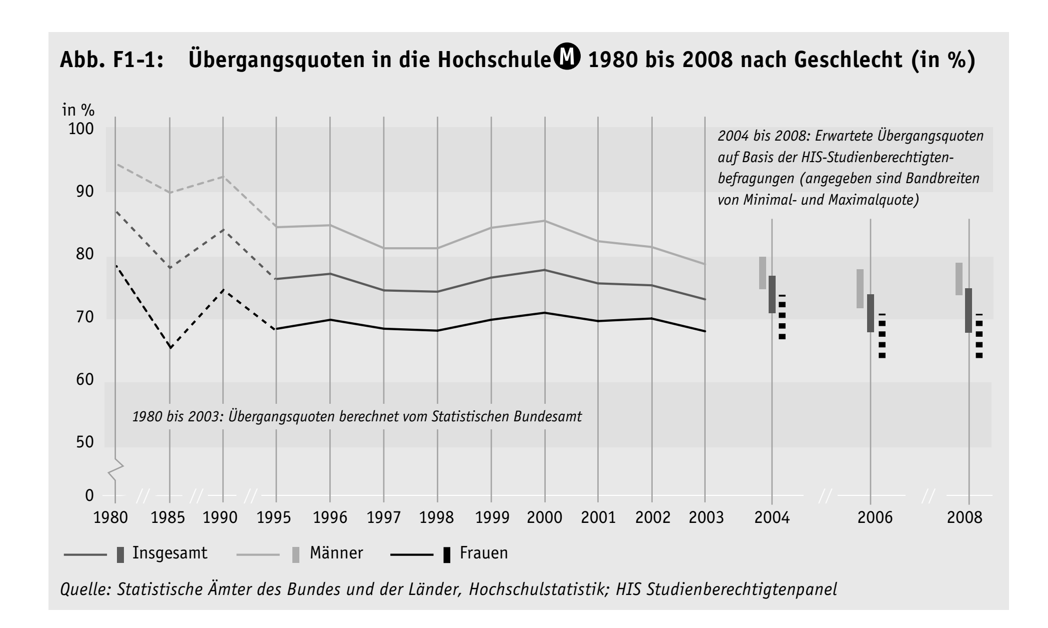
Die Studiennachfrage wird in erster Linie von der Studierbereitschaft der einzelnen Studienberechtigtenjahrgänge bestimmt, die in der Übergangs- oder Studierquote greifbar wird. Darüber hinaus spielt auch die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule eine Rolle. Dargestellt wird, in welchem Maße es gelingt, Studienberechtigte tatsächlich für ein Studium zu mobilisieren. Dabei kann der Übergang zeitverzögert erfolgen. Die zeitliche Struktur des Übergangs wird in diesem Bildungsbericht erstmals dargestellt. Neu ist auch ein Blick auf die Gründe, die StudienberechtigteⓂ zum Verzicht auf ein Studium bewegen. Der Indikator zeigt, wo es Potenziale von Studienberechtigten gibt, die für ein Studium gewonnen werden können.

Studienberechtigte und Übergänge in die Hochschule

Drei Viertel der Studienberechtigten nehmen ein Studium auf

Die Zahl der Studienberechtigten hat sich seit 1980 verdoppelt (**Tab. F1-5web**) und ist auch in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen; sie lag 2008 bei über 440.000. Bei etwa gleich großen Altersjahrgängen hat sich damit die StudienberechtigtenquoteⓂ etwa verdoppelt und betrug 2008 45,1% (**Tab. F1-1A**). Von den Studienberechtigten nimmt ein seit Mitte der 1990er Jahre relativ stabiler Anteil von etwa drei Vierteln ein Studium auf. Das Wachstum der Studienanfängerzahlen (**F2**) beruht in erster Linie auf steigenden Studienberechtigtenzahlen, nicht auf einer steigenden Studierbereitschaft. Frauen stellen inzwischen zwar weit mehr als die Hälfte der Studienberechtigten (**Tab. F1-1A**) und knapp 50% der Studienanfänger (**Tab. F2-1A**); studienberechtigte Frauen entscheiden sich aber deutlich seltener als Männer für ein Studium (**Abb. F1-1**, **Tab. F1-2A**). Auch Studienberechtigte mit einer Fachhochschulreife nehmen zu einem geringeren Anteil als solche mit Abitur ein Studium auf (**Tab. F1-2A**). Nach wie vor stagniert der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger, die ohne eine schulische Studienberechtigung über den Dritten BildungswegⓂ ein Studium aufnehmen, bei etwa 1% – trotz zahlreicher bildungspolitischer Maßnahmen in den Ländern, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule zu vergrößern (**Tab. F1-4A**).

Abb. F1-1: Übergangsquoten in die HochschuleⓂ 1980 bis 2008 nach Geschlecht (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik; HIS Studienberechtigtenpanel

Zeitpunkt der Studienaufnahme

Die Kapazitäten der Hochschulen werden nicht nur durch die jährlich neu hinzukommenden Studienberechtigten beansprucht, sondern auch durch die zeitverzögerte Studienaufnahme aus vorherigen Jahrgängen. Nur etwa ein Drittel der Studienberechtigten geht unmittelbar nach dem Schulabschluss in die Hochschule über, bezogen auf die Studienanfängerinnen und -anfänger eines Studienberechtigtenjahrgangs sind es etwa 40% (**Tab. F1-5web**). 8 bis 15% eines Studienberechtigtenjahrgangs nehmen das Studium sogar erst nach vier und mehr Jahren auf. Nur sehr wenige Studienberechtigte (etwa 3%) planen von vornherein, nach einer Berufsausbildung ein Studium zu beginnen. Bei den Männern spielt der Wehr- oder Zivildienst trotz der in den letzten Jahren veränderten Einberufungspraxis eine wichtige Rolle, aber auch Abiturientinnen nehmen nur zu etwa 60% noch im Abiturjahr das Studium auf. Studienberechtigte legen häufig eine Phase der allgemeinen oder beruflichen Orientierung ein, machen ein Praktikum, einen Freiwilligendienst (vgl. **D5**) oder sind erwerbstätig, bevor sie ein Studium aufnehmen. Auch finanzielle Gründe sowie Wartezeiten aufgrund von Zulassungsbeschränkungen können zu einer verzögerten Studienaufnahme führen.

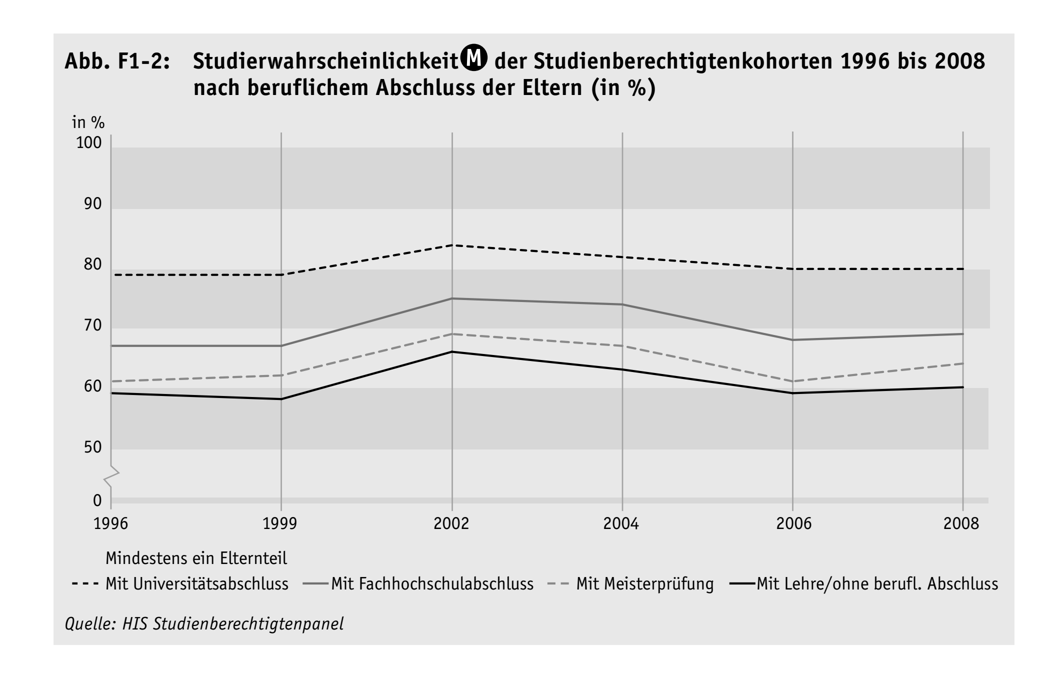
60% der Studienanfängerinnen und -anfänger mit verzögerter Studienaufnahme

Soziale Selektivität beim Übergang in die Hochschule

Wahrscheinlichkeit der Studienaufnahme weiterhin vom Bildungsniveau der Eltern abhängig

Schon in den ersten Bildungsberichten wurde darauf hingewiesen, dass der Übergang in die Hochschule stark durch das Bildungsniveau des Elternhauses beeinflusst wird. Neue Daten zeigen, dass sich daran auch in den letzten Jahren kaum etwas geändert hat; die sozialen Herkunftsmuster erweisen sich als äußerst stabil (**Abb. F1-2**, **Tab. F1-6web**). Der Abstand zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen in der Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme bleibt ungefähr gleich. Studienberechtigte, von denen kein Elternteil bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, nehmen auch bei gleicher Schulleistung seltener ein Studium auf. Männer gehen in allen Herkunftsgruppen häufiger in ein Studium über als Frauen (**Tab. F1-6web**). Die Übergangsquote der relativ wenigen Studienberechtigten mit Migrationshintergrund Ⓜ ist stets überdurchschnittlich hoch (**Tab. F1-2A**), dennoch fällt der Migrantenanteil unterdurchschnittlich aus (**F2**).

Abb. F1-2: Studierwahrscheinlichkeit Ⓜ der Studienberechtigtenkohorten 1996 bis 2008 nach beruflichem Abschluss der Eltern (in %)



Quelle: HIS Studienberechtigtenpanel

Gründe für den Studienverzicht

Die Entscheidung gegen ein Studium wird von verschiedenen Motiven beeinflusst, die immer auch spiegeln, wie attraktiv die Alternativen zu einem Hochschulstudium für Studienberechtigte sind (**Tab. F1-3A**).

Studienverzicht häufig aus finanziellen Gründen – seltener wegen Zweifeln am Nutzen des Studiums

Ein seit Jahren etwa gleichbleibender Anteil von einem Viertel der Studienberechtigten, die nicht studieren und auch nicht an eine Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule gehen wollen, strebt von vornherein einen Beruf an, für den ein Studium nicht notwendig ist. Ein großer Teil der übrigen Studienberechtigten, die sich gegen ein Studium entscheiden, betont neben dem Wunsch, möglichst bald selbst Geld zu verdienen, vor allem Finanzierungsprobleme, wobei Studienberechtigte aus nicht-akademischen Elternhäusern diese Aspekte etwas häufiger nennen (**Tab. F1-3A**). Hier zeigt sich, wie wichtig verlässliche Bedingungen der Studienfinanzierung sind. Andere Rahmenbedingungen wie die erwarteten Studienzeiten, die Anforderungen im Studium oder eine befürchtete Praxisferne werden seltener genannt. Der generelle Nutzen eines Studiums, schlechte Berufsaussichten oder die geringe Akzeptanz von Bachelorabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt spielen ebenfalls nur eine geringe Rolle.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Studienberechtigte
Als Studienberechtigte werden zusammenfassend die Schulabsolventen eines Jahres bezeichnet, die mit ihrem Abschlusszeugnis die allgemeine Hochschulreife (das Abitur), die fachgebundene Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erworben haben.

Studienberechtigtenquote
Die Studienberechtigtenquote bezieht die Zahl der Studienberechtigten eines Jahres auf die Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren. Als Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe wird der Durchschnitt der letzten drei Jahrgänge zugrunde gelegt.

Dritter Bildungsweg
Zugang zur Hochschule über Begabtenprüfung oder für beruflich Qualifizierte ohne Studienberechtigung

Übergangsquote in die Hochschule
Die Übergangsquote in die Hochschule bezeichnet den Anteil der Studienberechtigten eines Jahrgangs, die ein Studium aufnehmen, unabhängig vom Zeitpunkt der Studienaufnahme und dem erfolgreichen Studienabschluss. Es werden zwei Verfahren zur Berechnung der Quote verwendet.
Nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamts wird die Zahl der Studienanfänger, die einem Studienberechtigtenjahrgang angehören, über mehrere Jahre addiert und dann als Anteilswert berechnet. Diese Vorgehensweise liefert Quoten, die erst nach fünf Jahren annähernd vollständig verfügbar sind. Die ausgewiesenen Quoten für die Jahrgänge bis 2003 wurden nach diesem Verfahren berechnet.
Das HIS-Verfahren zur Berechnung einer Bruttostudierquote beruht auf schriftlichen Befragungen von Studienberechtigten sechs Monate vor sowie sechs Monate nach Schulabschluss. Es handelt sich um ein Verfahren, das empirische wie prognostische Komponenten enthält. Mit ihm kann eine Kernquote (Studium bereits aufgenommen oder sicher geplant) und eine Maximalquote (Kernquote plus Studium wahrscheinlich) der Studienaufnahme berechnet werden.

Migrationshintergrund
Der Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar gefasst. Als Studienberechtigte mit einem Migrationshintergrund werden im HIS-Studienberechtigtenpanel Personen definiert, die eine ausländische oder doppelte Staatsangehörigkeit besitzen oder von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde oder in deren Elternhaus nicht Deutsch bzw. Deutsch und eine andere Sprache gesprochen wird. Nach dieser Abgrenzung haben 16% der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 einen Migrationshintergrund.

Studierwahrscheinlichkeit
Prognosewerte auf Grundlage eines multivariaten Modells (binäre logistische Regression). Angegeben sind vorhergesagte Übergangsquoten nach dem höchsten beruflichen Abschluss der Eltern unter Kontrolle des Geschlechts, der Schulabschlussnote, des Alters, der besuchten Schulart sowie des Landes, in dem die Studienberechtigung erworben wurde.

F2 Studienanfängerinnen und Studienanfänger an Hochschulen

Eine steigende Studienanfängerzahl und eine Erhöhung der Studienanfängerquote Ⓜ sind hochschulpolitische Ziele, die nicht zuletzt durch den Hochschulpakt 2020 Ⓜ finanziell unterstützt werden. Damit soll zum einen sichergestellt werden, dass die zu erwartende hohe Studiennachfrage durch die doppelten Abiturjahrgänge in den Jahren 2011 bis 2013 (vgl. **H4.4**) befriedigt werden kann. Zum anderen soll damit dem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften Rechnung getragen werden. Gefördert werden soll auch die Bereitschaft westdeutscher Studienberechtigter, zum Studium an eine Hochschule in Ostdeutschland zu wechseln, da hier demografiebedingt die Zahl der Studienberechtigten bereits stark zurückgeht. Dieser Aspekt wird in diesem Bildungsbericht erstmals dargestellt (vgl. **H4.4**).

Aktuelle Entwicklung der Studienanfängerzahl und der Studienanfängerquote

2009 neuer Höchststand der Studienanfängerzahl

Die Studienanfängerzahl ist von 2006 bis 2009 um 23% auf 422.700 gestiegen und lag deutlich über dem bisherigen Höchststand im Jahr 2003 (**Tab. F2-1A**). Diese Entwicklung deckt sich mit den Vereinbarungen des Hochschulpakts. Von 2007 bis 2010 sollen (kumulativ) 91.000 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger gegenüber dem Basisjahr 2005 aufgenommen werden. Diese Zielgröße wurde bereits 2009 überschritten, wobei insbesondere auch die ostdeutschen Flächenländer steigende Studienanfängerzahlen aufwiesen, für die der Hochschulpakt lediglich eine Stabilisierung auf dem Niveau von 2005 vorgesehen hatte (**Tab. F2-2A**). Der größte Teil entfällt auf die Fachhochschulen, deren Studienanfängerzahl seit 2006 um etwa 48.200 zugenommen hat, während an den Universitäten etwa 29.600 Studienanfängerinnen und -anfänger hinzugekommen sind.

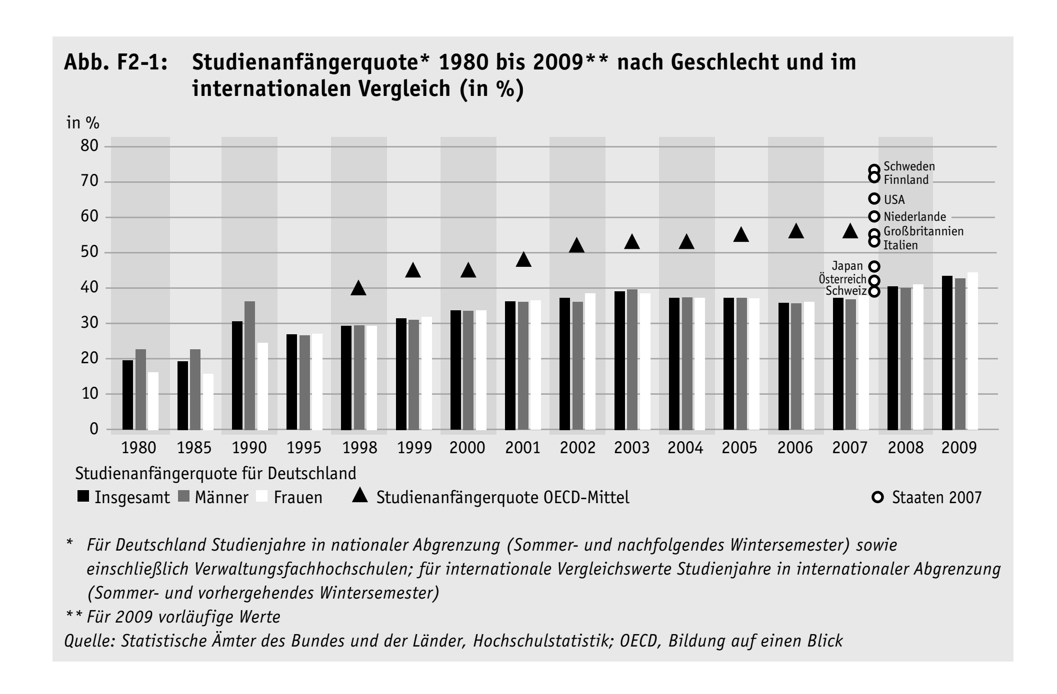
Der Zuwachs in der Studienanfängerzahl ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Demografisch bedingt ist die Zahl der 18- bis unter 21-Jährigen in den letzten Jahren noch einmal angestiegen (seit 2000 um 4%). Durch steigende Bildungsbeteiligung hat ein höherer Bevölkerungsanteil eine Studienberechtigung erworben; von 2000 bis 2008 stieg die Studienberechtigtenquote um 8 Prozentpunkte (**Tab. F1-1A**). Selbst bei einer stabil bleibenden Übergangsquote (**F1**) steigt dadurch die Studienanfängerzahl, wobei auch die um mehrere Jahre verzögerte Studienaufnahme aus relativ stark besetzten früheren Jahrgängen eine Rolle spielt. Zu berücksichtigen ist auch, dass seit dem Wintersemester 2008/09 die Berufsakademien in Baden-Württemberg den Status einer Fachhochschule besitzen (**Tab. F2-2A**). Außerdem hat es in drei Ländern (Sachsen-Anhalt 2007, Mecklenburg-Vorpommern 2008, Saarland 2009) doppelte Abiturjahrgänge gegeben.

Mehr Studienanfänger in Ostdeutschland trotz weniger Studienberechtigten

Auch wenn 2009 in Ostdeutschland die Abiturientenzahlen bereits deutlich zurückgegangen sind, ist hier die Zahl der Studienanfänger sogar leicht gestiegen. In welchem Maße diese Entwicklung auf steigende Zuwanderung aus Westdeutschland, einen höheren Verbleib in Ostdeutschland, eine erhöhte Übergangsquote oder verzögerte Studienaufnahme zurückzuführen ist, kann nur mit Daten untersucht werden, die erst nach Erscheinen dieses Bildungsberichts verfügbar sind.

Aufgrund dieser Entwicklungen erreichte die Studienanfängerquote 2008 erstmals die hochschulpolitisch angestrebte Marke von 40%. 2009 liegt die Quote mit 43% deutlich über der Zielmarke (**Abb. F2-1**, **Tab. F2-1A**). Mit dem Wachstum der

Abb. F2-1: Studienanfängerquote* 1980 bis 2009 nach Geschlecht und im internationalen Vergleich (in %)**



* *Für Deutschland Studienjahre in nationaler Abgrenzung (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester) sowie einschließlich Verwaltungsfachhochschulen; für internationale Vergleichswerte Studienjahre in internationaler Abgrenzung (Sommer- und vorhergehendes Wintersemester)*

** *Für 2009 vorläufige Werte*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik; OECD, Bildung auf einen Blick

Studienanfängerquote liegt über 40%, ohne Bildungsausländer aber deutlich darunter

Anfängerquote folgt Deutschland einem internationalen Trend, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau (**Tab. F2-3A**). Einen Einfluss auf die Höhe der Studienanfängerquote hat auch das Berechnungsverfahren, das die zum Studium nach Deutschland kommenden ausländischen Studienanfängerinnen und -anfänger, die nach bisheriger Migrationspolitik nicht dauerhaft dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen werden, mit einbezieht. Bezogen auf diejenigen Studienanfänger, die das deutsche Schulsystem durchlaufen haben, lag die Studienanfängerquote 2008 bei 34%.

Wieder mehr Bildungsausländer

Nach einem 2004 einsetzenden Rückgang stieg 2008 die Zahl der Bildungsausländer Ⓜ unter den Studienanfängerinnen und -anfängern wieder an. Insgesamt nahmen über 58.000 Bildungsausländer ein Studium in Deutschland auf. Aufgrund der insgesamt stark gestiegenen Studienanfängerzahl sank ihr Anteil auf etwa 15% (**Tab. F2-6web**).

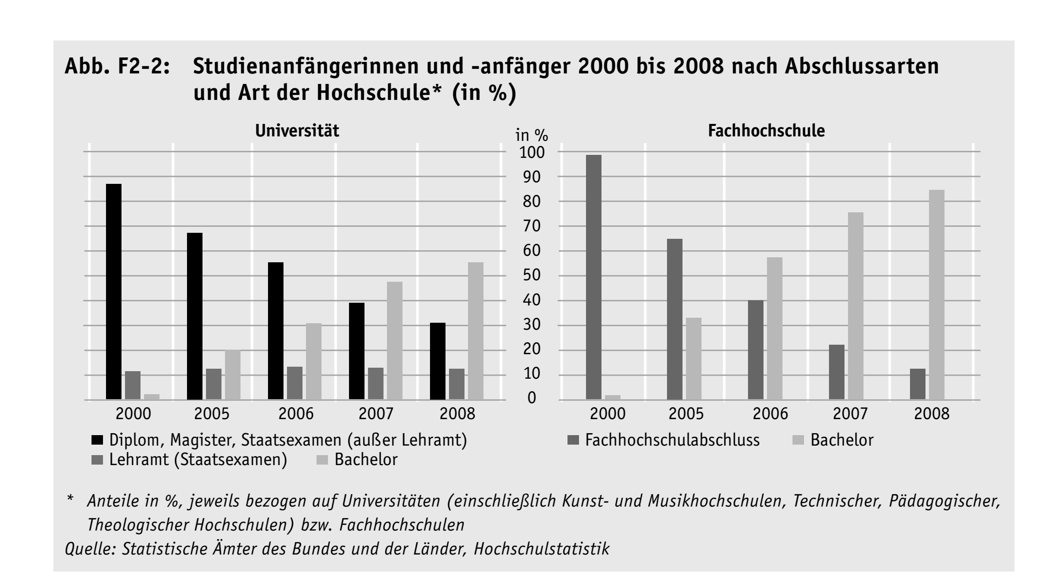
Verglichen mit dem Bildungsbericht 2006 haben sich die Fächerpräferenzen seit 2004 leicht verschoben. Während die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ebenso wie die Ingenieurwissenschaften wieder häufiger gewählt wurden, haben die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften Anteile verloren (**Tab. F2-4A**). Bei der Fachwahl der Studienberechtigten spielen die gewählten schulischen Schwerpunkte (Leistungskurse) eine wichtige Rolle (**Tab. F2-7web**).

Studienaufnahme in Bachelorstudiengängen

Studienstrukturreform an Fachhochschulen weit vorangeschritten

Die Studienstrukturreform sollte nach den 1999 in Bologna getroffenen Vereinbarungen bis zum Jahr 2010 umgesetzt werden. Es zeigt sich, dass die Umstellung an den deutschen Hochschulen bereits bis 2008 weit vorangeschritten war (**Abb. F2-2**, **Tab. F2-8web**). Während an den Fachhochschulen in fast allen Fächergruppen inzwischen mindestens 80% der Studienanfängerinnen und -anfänger in einem Bachelorstudiengang beginnen, liegt dieser Anteil an den Universitäten durchschnittlich bei 55%. Die breite Umstellung auf die gestufte Struktur hat hier später begonnen. Außerdem bleibt das Studium in der Medizin und Rechtswissenschaft zurzeit überwiegend in traditioneller Form organisiert. Die Lehramtsstudiengänge sind in einigen Ländern

Abb. F2-2: Studienanfängerinnen und -anfänger 2000 bis 2008 nach Abschlussarten und Art der Hochschule* (in %)

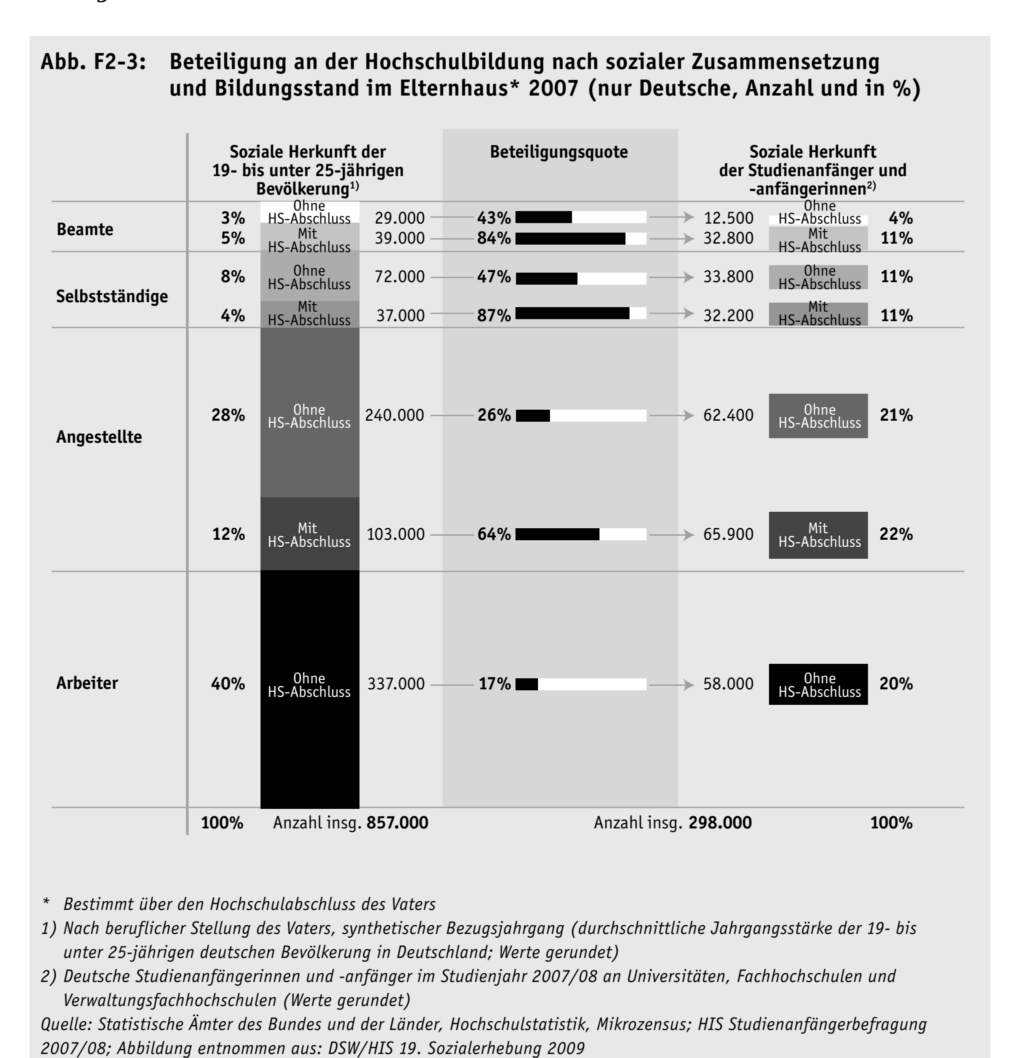


* *Anteile in %, jeweils bezogen auf Universitäten (einschließlich Kunst- und Musikhochschulen, Technischer, Pädagogischer, Theologischer Hochschulen) bzw. Fachhochschulen*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

ebenfalls nicht oder nur teilweise in der gestuften Variante strukturiert. In den Ingenieurwissenschaften erreichte der Bacheloranteil 2008 zwei Drittel an Universitäten und 85% an Fachhochschulen.

Abb. F2-3: Beteiligung an der Hochschulbildung nach sozialer Zusammensetzung und Bildungsstand im Elternhaus* 2007 (nur Deutsche, Anzahl und in %)



* *Bestimmt über den Hochschulabschluss des Vaters*

1) *Nach beruflicher Stellung des Vaters, synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittliche Jahrgangsstärke der 19- bis unter 25-jährigen deutschen Bevölkerung in Deutschland; Werte gerundet)*

2) *Deutsche Studienanfängerinnen und -anfänger im Studienjahr 2007/08 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik, Mikrozensus; HIS Studienanfängerbefragung 2007/08; Abbildung entnommen aus: DSW/HIS 19. Sozialerhebung 2009

Sozialstruktur der Studienanfängerinnen und -anfänger

Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Deutschland repräsentieren keineswegs einen Bevölkerungsquerschnitt. Die unterschiedliche Wahrscheinlichkeit, je nach den im Elternhaus vorhandenen Bildungsabschlüssen ein Hochschulstudium aufzunehmen (**F1**), ist in der sozialen Zusammensetzung der Studienanfängerinnen und -anfänger bemerkbar. Das wird besonders deutlich, wenn man sozialgruppenspezifische Beteiligungsquoten Ⓜ für die Studienaufnahme errechnet. Kinder aus Familien, in denen ein Elternteil verbeamtet, selbstständig oder angestellt ist und selbst schon über einen Hochschulabschluss verfügt, beteiligen sich weit häufiger an Hochschulbildung als andere Gruppen. Die soziale Zusammensetzung der Studienanfängerinnen und -anfänger unterscheidet sich daher deutlich von der in der Bevölkerung von 19 bis unter 25 Jahren (**Abb. F2-3**).

Studierende mit Migrationshintergrund Ⓜ

Ein Sechstel der Studierenden hat einen Migrationshintergrund

Nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus, die auf alle Studierenden hochgerechnet wurde, ist die Beteiligung an der Hochschulbildung in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich geringer als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2008 hatten von den Studierenden im Alter von 20 bis unter 30 Jahren an den deutschen Hochschulen knapp 17% einen Migrationshintergrund gegenüber ihrem Anteil an der Bevölkerung von 23% (**Tab. F2-5A**). Von den 20-bis unter 25-Jährigen ohne Migrationshintergrund studieren 23% und von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur 16%. Bei Personen, die eingebürgert wurden, liegt der Studierendenanteil mit 21% etwa auf dem Niveau der jungen Deutschen ohne Migrationshintergrund. Besonders gering ist hingegen der Anteil in der zugewanderten Bevölkerung, die noch eine ausländische Staatsangehörigkeit haben (11%). Auch Personen mit einem türkischen Migrationshintergrund studieren nur selten.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Studienanfängerquote und Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger
Die Studienanfängerquote gibt Auskunft über den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester (Studierende im Erststudium) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Die Quote wird berechnet als Zahl der Studienanfänger eines Altersjahrgangs, dividiert durch die Bevölkerung in diesem Altersjahrgang, mit anschließender Aufsummierung der Anteilswerte. Diese Berechnungsmethode (OECD-Verfahren) liegt nationalen wie internationalen Statistiken zugrunde.
Als Studienanfänger werden Studierende im ersten Hochschulsemester gezählt. Dazu gehören auch Ausländer, die zum Studium nach Deutschland kommen (Bildungsausländer). Die Studienanfängerzahl wird durch Doppelimmatrikulationen und die verspätete Korrektur der Studienanfängerzahl an einzelnen Hochschulen in nicht genau bestimmbarer Höhe leicht überschätzt.

Hochschulpakt 2020
Im Jahr 2007 vereinbarten die Länder und der Bund den so genannten Hochschulpakt 2020, mit dem das Studienangebot dem aufgrund relativ stark besetzter Jahrgänge und der doppelten Abiturjahrgänge absehbar steigenden Studienbedarf angepasst werden sollte. In einer ersten Ausbaustufe sollen bis 2010 insgesamt 91.000 zusätzliche Studienanfänger gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden, in der zweiten Phase ist ein Zuwachs von 275.000 Studienanfängern gegenüber 2005 vorgesehen. Dabei ist in den westdeutschen Ländern ein Ausbau geplant, während die ostdeutschen Länder sowie die Stadtstaaten das Studienangebot des Jahres 2005 aufrechterhalten sollen.

Bildungsinländer/Bildungsausländer
Ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger, Studierende bzw. Absolventinnen und Absolventen, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben haben, werden als Bildungsinländer bezeichnet. Davon zu unterscheiden sind Personen mit im Ausland erworbener Studienberechtigung, die zum Studium nach Deutschland kommen (Bildungsausländer).

Beteiligungsquote
Beteiligungsquoten werden berechnet, indem die Bildungsteilnehmer eines bestimmten Bildungsbereichs (z. B. der Hochschule) in Bezug gesetzt werden zur Gesamtgruppe des jeweiligen Alters. Dabei können Beteiligungsquoten auch für Teilgruppen, etwa nach der Bildung der Familienbezugsperson, in der Regel der Vater, bestimmt werden. Weitere Erläuterungen zur Berechnung der Bildungsbeteiligungsquoten in: Isserstedt u.a. (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009 – Bonn, Berlin, S. 77–78 sowie dort Anhang B.1.

Studierende mit Migrationshintergrund
Ohne Bildungsausländer. Zur Definition des Migrationshintergrundes vgl. Glossar

F3 Studienqualität im Urteil der Studierenden

Die Qualität des Studiums und der Lehre ist an den Hochschulen seit Jahren ein wichtiges Thema – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess. Instrumente wie die Evaluation von Lehrveranstaltungen und Studiengängen oder die Akkreditierung neuer Studiengänge sind inzwischen weit verbreitet und sollen zur nachhaltigen Qualitätssicherung beitragen und eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung ermöglichen. Generell gilt jedoch: Hochschul- und Studienqualität variieren immer mit subjektiven Ansprüchen und Erwartungen, Studienzielen und fachlichen Kriterien. Sie können je nach Perspektive, etwa aus der Sicht der Studierenden und Lehrenden, der Forschung, der Hochschulpolitik oder der Arbeitsmarktakteure, unterschiedlich definiert werden. Qualität ist ein mehrdimensionales Konzept, das zum Beispiel die fachlich-inhaltliche Dimension, die strukturelle (Aufbau eines Studiengangs), die didaktische und die tutoriale Dimension (Beratung und Betreuung) ebenso wie die materielle Dimension (Ausstattung) und die soziale Qualität (z. B. Studienfinanzierung) des Studiums umfasst.

Dieser hier erstmals aufgenommene Abschnitt nimmt neben der Beurteilung der Studienqualität die Umsetzung der Studienstrukturreform in den Blick, die primär aus der Perspektive der betroffenen Studierenden betrachtet wird. Angesichts der aktuellen Diskussion über die Folgen der Studienreform an den deutschen Hochschulen kommt gerade der studentischen Perspektive eine besondere Bedeutung zu, auch wenn dies selbstverständlich kein Gesamtbild der Studienqualität ergibt. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf der Beurteilung der Studiengänge, die zum Bachelor führen. Ergänzend zur Darstellung der studentischen Urteile kann in einer Mehrebenenanalyse(M) auch untersucht werden, welche Einflüsse nicht nur von den individuellen Merkmalen der Studierenden, sondern auch von den institutionellen Merkmalen der Hochschulen auf die Beurteilung ausgehen. Datenbasis sind die Untersuchungsreihen des Studierendensurveys und des Studienqualitätsmonitors(M).

Die Studienstrukturreform aus Sicht der Studierenden

Studienstrukturreform weit fortgeschritten …

Die Umsetzung der neuen Studienstruktur (Bologna-Prozess) ist in der Wahrnehmung der Studierenden, die bereits einen der neuen Studiengänge belegen, weit vorangeschritten (**Abb. F3-1**, **Tab. F3-1A**). Dabei fällt die Einschätzung des Umsetzungserfolgs zunächst aber eher verhalten aus.

… aber nur teilweise als gelungen bewertet

So werden die Umstellung auf die gestufte Struktur, die Einführung des Kreditpunktesystems und die Modularisierung der Studiengänge nur von etwa 40 bis 50% der Bachelorstudierenden als gelungen angesehen (**Abb. F3-1**). Damit stehen einige Kernpunkte der Reform im Zentrum der studentischen Kritik. Auch die Internationalisierung des Studiums und die studentische Beteiligung werden im Blick auf ihre Realisierung sehr zurückhaltend beurteilt (**F4**). Als noch zu wenig gelungen bewerten die Studierenden die Umsetzung des Internationalisierungsziels, etwa bei den Stipendienangeboten, beim Lehrangebot in englischer Sprache oder bei den Möglichkeiten zum Auslandsstudium.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in einzelnen Fachrichtungen. Besonders positiv schneiden die neuen Studiengänge in den Wirtschaftswissenschaften ab; die Studierenden der anderen Fachrichtungen urteilen über die Praxis der Umsetzung des Bologna-Prozesses überwiegend zurückhaltend (**Tab. F3-2web**).

Die Einschätzungen der Studierenden zum Bologna-Prozess lassen differenzierte, positive ebenso wie kritische Bewertungen erkennen. Dabei werden die Ziele des

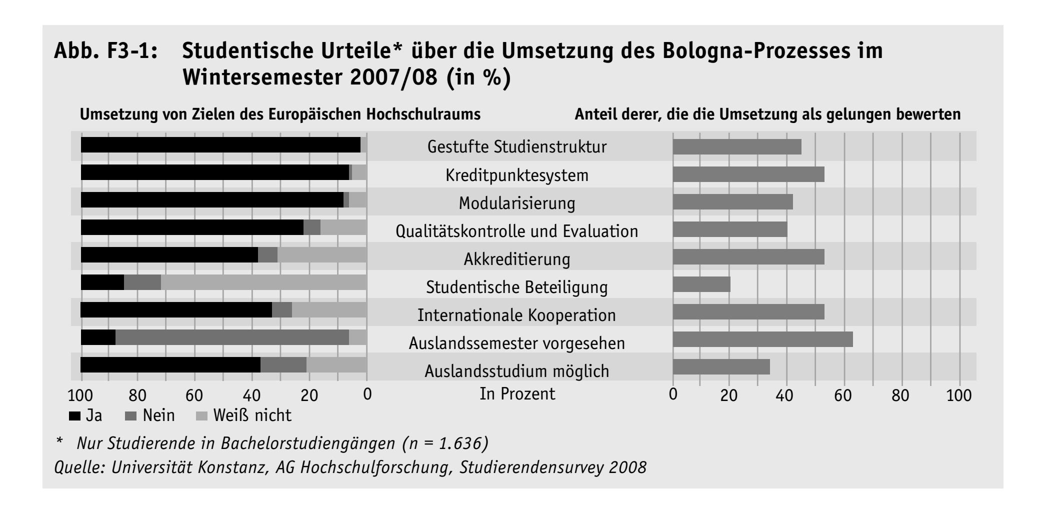


Abb. F3-1: Studentische Urteile* über die Umsetzung des Bologna-Prozesses im Wintersemester 2007/08 (in %)

** Nur Studierende in Bachelorstudiengängen (n = 1.636)*
Quelle: Universität Konstanz, AG Hochschulforschung, Studierendensurvey 2008

Bologna-Prozesses von den meisten Studierenden weitgehend befürwortet, während die Realisierung an den Hochschulen aus Sicht der Studierenden noch verbessert werden könnte.[1]

Individuelle und institutionelle Einflüsse auf die Bewertung der Studienqualität

Studienqualität in Studiengängen mit vielen Teilnehmern schlechter beurteilt

Die institutionellen Gegebenheiten an den Hochschulen haben neben den individuellen Merkmalen der Studierenden einen eigenständigen Einfluss auf die Bewertung der Studienqualität. Mehrebenen- und multivariate Analysen Ⓜ zeigen z.B. für die individuelle Ebene, dass Männer in den meisten Fachrichtungen die Studienqualität tendenziell besser einschätzen als Frauen. Die hohe Bedeutung der institutionellen Kontexte wird in den deutlichen Unterschieden zwischen den Hochschulen in den einzelnen Fachrichtungen sichtbar (**Abb. F3-2web**): Studierende einer Fachrichtung sind an einigen Hochschulen mit der Studienqualität deutlich zufriedener als an anderen. Dabei zeigt sich eine große Bandbreite in den durchschnittlichen Bewertungen sowohl innerhalb der Fachrichtungen als auch zwischen den verschiedenen Qualitätsdimensionen und ebenso innerhalb der Länder.

Ein wesentlicher institutioneller Einfluss geht von der Größe der Fachbereiche aus: Je geringer die Teilnehmerzahlen an einem Studiengang sind, desto besser fällt die Beurteilung der Studienqualität aus. Günstigere Betreuungsrelationen allein führen jedoch weder an kleinen noch an großen Fachbereichen zu einer besseren Beurteilung der Studienqualität, sofern nicht zugleich die Lehrenden ein hohes Engagement an den Tag legen. Wenn große Teilnehmerzahlen als störend betrachtet werden, führt das zu schlechteren Beurteilungen.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Mehrebenen- und multivariate Analysen
In diesen Auswertungen werden verschiedene Einflussmerkmale gleichzeitig betrachtet, um die relative Stärke des Effektes einzelner Merkmale zu bestimmen. Mehrebenenanalysen berücksichtigen darüber hinaus, dass die Studienqualität sowohl durch persönliche Einschätzungen, als auch durch unterschiedliche institutionelle Gegebenheiten beeinflusst wird.

Studierendensurvey und Studienqualitätsmonitor
Der Studierendensurvey, durchgeführt von der AG Hochschulforschung an der Universität Konstanz, läuft seit 1983. In jedem dritten Jahr werden etwa 8.000 bis 9.000 Studierende von Universitäten und Fachhochschulen schriftlich befragt, zuletzt im Wintersemester 2006/07. Die aktuelle Erhebung im Wintersemester 2009/10 kann für diesen Bildungsbericht noch nicht verwendet werden. Für den Studienqualitätsmonitor wird seit 2007 eine repräsentative Stichprobe von Studierenden von HIS und der Universität Konstanz jährlich online befragt. An der Befragung 2008 nahmen etwa 30.000 Studierende teil.

1 Vgl. Bargel, T. u.a. (2009): Bachelor-Studierende, Erfahrungen in Studium und Lehre. Eine Zwischenbildanz –Bonn/Berlin.

F4 Studienverlauf, Studiendauer, Studienabbruch

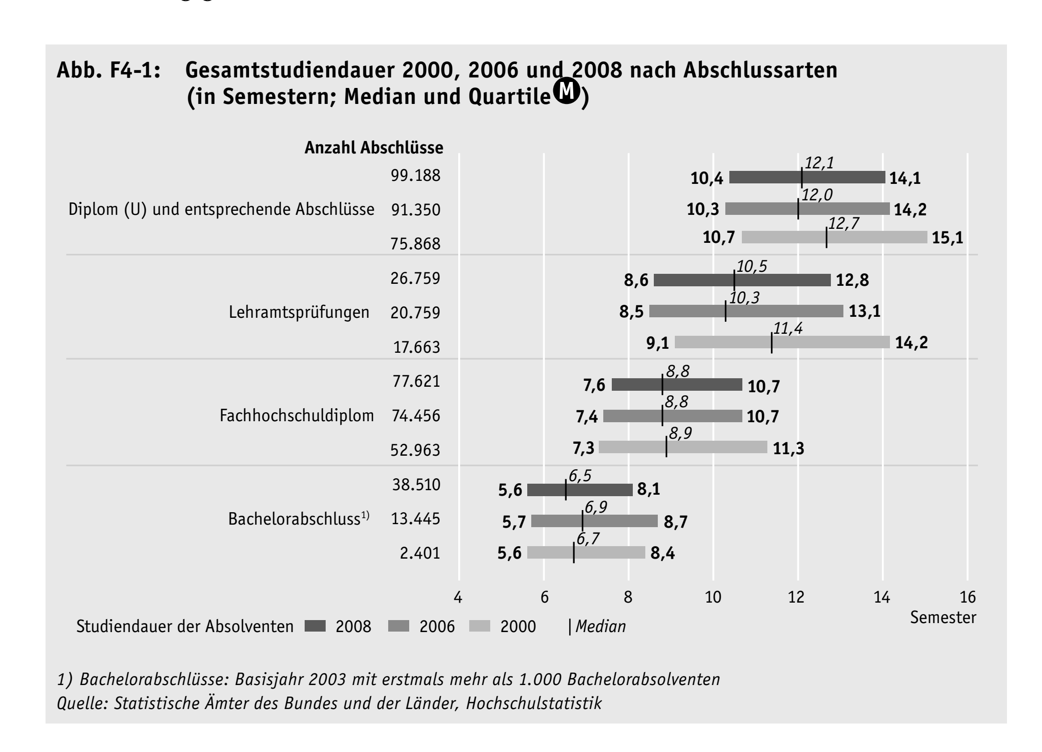
Schon in den früheren Bildungsberichten wurde auf die unzureichende Effektivität des Studiums an den deutschen Hochschulen hingewiesen, die sich in einer relativ langen Studiendauer und einem hohen Anteil an Studienabbrechern bemerkbar macht. Kennzahlen wie Studiendauer und Studienabbruch sind für die Umsetzung des Bologna-Prozesses von zentraler Bedeutung, werden hier doch deutliche Verbesserungen erwartet. Die Organisation vieler Bachelorstudiengänge, denen oft großer Zeitdruck, unzureichende „Studierbarkeit", große Stofffülle und hohe Prüfungsbelastung vorgehalten werden, ist inzwischen zunehmend in die Kritik geraten (**F3**). Einige der mit dem Bologna-Prozess verbundenen hochschulpolitischen Ziele – wie z. B. eine größere Mobilität – gelten als gefährdet. Studienabbruch und Studiendauer sind wie in den Vorjahren auch in diesem Bildungsbericht Thema. Erstmals berichtet werden Daten zum Umfang der studentischen Erwerbstätigkeit und zur internationalen Mobilität im Studium.

Studiendauer

Viele Bachelorabschlüsse nahe der Regelstudienzeit

Gegenüber dem Jahr 2006 hat sich die Gesamtstudiendauer Ⓜ kaum verändert (**Abb. F4-1**, **Tab. F4-1A**). Die Entwicklung in den Bachelorstudiengängen ist besonders interessant, weil die Verkürzung der Studienzeiten eines der wesentlichen Ziele der Studienstrukturreform darstellt. Auch nachdem die Zahl der Bachelorabsolventen deutlich angestiegen ist, liegt ihre Studiendauer immer noch bei etwa sechs Semestern (**Tab. F4-8web**) und entspricht damit der Regelstudienzeit, die für die meisten Bachelorstudiengänge vorgesehen ist. Bei Aussagen zur Studiendauer in den Bachelorstudiengängen handelt es sich derzeit immer um Momentaufnahmen, denn die Studiendauer ist stark dadurch beeinflusst, dass zurzeit überwiegend Absolventinnen und Absolventen in die Berechnung eingehen, die ihr Studium zügig beenden.

Abb. F4-1: Gesamtstudiendauer 2000, 2006 und 2008 nach Abschlussarten (in Semestern; Median und Quartile Ⓜ)



1) Bachelorabschlüsse: Basisjahr 2003 mit erstmals mehr als 1.000 Bachelorabsolventen
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

An den Universitäten hat sich als De-facto-Standard bislang ein sechssemestriges Bachelorstudium etabliert, während an den Fachhochschulen mehr als die Hälfte der Bachelorstudiengänge sieben- oder – zum kleineren Teil – sogar achtsemestrig angeboten wird. An den Universitäten hat sich jedoch eine Debatte über eine Verlängerung der Regelstudienzeit entzündet. Bei den technischen Fächern, die an Fachhochschulen stark vertreten sind, nähert sich die Studiendauer dem Wert von sieben Semestern, während bei Fächern, die vorwiegend an Universitäten angeboten werden, die durchschnittliche Fachstudiendauer Ⓜ bei etwa sechs Semestern liegt (**Tab. F4-9web**).

Studienabbruch

Studienabbruch Ⓜ – das Verlassen des Hochschulsystems ohne Studienabschluss – ist von anderen Formen der Fluktuation (Fachwechsel, Hochschulwechsel) zu unterscheiden. Studienabbruch wird häufig als eine Form individuellen Scheiterns und institutionellen Misserfolgs betrachtet. Allerdings sind die Gründe und Ursachen für einen Studienabbruch recht vielfältig.

Studienabbruch in den Bachelorstudiengängen gegenüber 2006 auf 25% gesunken

Die Studienabbruchquote Ⓜ ist 2008 auf insgesamt 24% angestiegen. Mit einer Abbruchquote von 25% haben sich die Erwartungen eines geringeren Studienabbruchs im Bachelorstudium noch nicht erfüllt. Allerdings ist die Quote für die Bachelorstudiengänge gegenüber dem Jahr 2006 um 5 Prozentpunkte gesunken (**Tab. F4-2A**). Die Entwicklung könnte darauf hindeuten, dass sich die Studienbedingungen und die Studierbarkeit der Bachelorstudiengänge gegenüber den ersten Absolventenjahrgängen verbessert haben. Welche fachspezifischen Unterschiede sich in den Bachelorstudiengängen hinter dem Gesamtdurchschnitt verbergen, ist momentan noch nicht absehbar.

Studienabbruch im Bachelor durchschnittlich bereits im 3. Semester

Zum Studienabbruch tragen vor allem Leistungsprobleme, unzureichende Studienfinanzierung und eine mangelnde Studienmotivation bei (**Tab. F4-7web**). In den Bachelorstudiengängen erfolgt der Studienabbruch durchschnittlich bereits im dritten Semester und damit deutlich früher als in den anderen Studiengängen. Hier spielen Überforderung, Leistungs- und Motivationsprobleme eine noch größere Rolle als in traditionellen Studiengängen, ebenso die als unzureichend empfundenen Studienbedingungen. Finanzielle Gründe sind für den Abbruch eines Bachelorstudiengangs etwas seltener ausschlaggebend. Einige der genannten Gründe, insbesondere die Finanzierungsprobleme, aber auch frühere Auswertungen von Abbrecherbefragungen deuten darauf hin, dass Studierende aus finanziell schwächeren Elternhäusern etwas häufiger unter den Studienabbrechern zu finden sind.

Internationale Mobilität im Studium

Deutschland ist wichtiges Ziel- und Entsendeland für Studierende

Vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas, der Globalisierung und der damit verbundenen Internationalisierung der Kommunikationsstrukturen und der Arbeitsmärkte für Hochqualifizierte wird die verstärkte Internationalisierung der Hochschulen zu einem wichtigen bildungspolitischen Ziel. Deutschland hat schon bisher international einen hohen Stellenwert als aufnehmendes („in-coming“) (**F2**) wie auch als entsendendes („out-going“) Land (**Tab. F4-3A**). Die meisten ausländischen Studierenden in Deutschland kamen 2007 aus China, der Türkei, Polen, Russland und Bulgarien; die wichtigsten Zielländer deutscher Studierender waren Großbritannien, die Niederlande, Österreich und die Schweiz (**Tab. F4-4web**). Die Zahl deutscher Studierender im Ausland hat sich zwischen 1997 und 2007 etwa verdoppelt (**Tab. F4-5web**). Etwa ein Viertel der Studierenden absolviert während des Studiums einen studienbezogenen Auslandsaufenthalt (**Abb. F4-2**,

Wenig internationale Mobilität im Bachelorstudium

Tab. F4-6web). Die Erwartungen, dass mit dem Bologna-Prozess auch die internationale Mobilität der Studierenden weiter zunimmt, haben sich bisher nur teilweise erfüllt. Insbesondere im Bachelorstudium bieten sich offenbar nur wenige Gelegenheiten für einen Auslandsaufenthalt (**Abb. F4-2**). Die internationale Mobilität wird allerdings etwas unterschätzt, weil ein nicht bekannter Anteil von Bachelorabsolventen das gesamte Masterstudium im Ausland absolviert.

Abb. F4-2: Anteil Studierender mit einem studienbezogenen Auslandsaufenthalt* 2009 nach Hochschul- und Abschlussarten (in %)

Aufenthalt durchgeführt: Einmal	Mehrmals	Insg.	Angaben in %	Insg.	Keinen Aufenthalt durchgeführt: Versucht	Nie versucht
16	11	**27**	Universitäten insgesamt	**73**	9	66
13	7	**19**	Fachhochschulen insgesamt	**81**	12	73
21	14	**35**	Diplomstudiengänge Uni	**65**	9	56
18	11	**29**	Diplomstudiengänge FH	**71**	12	59
24	25	**49**	Magisterstudiengänge	**51**	9	42
9	6	**15**	Bachelorstudiengänge Uni	**85**	8	77
8	5	**13**	Bachelorstudiengänge FH	**87**	12	75
13	14	**27**	Masterstudiengänge[1)]	**73**	7	65
16	12	**28**	Staatsexamensstudiengänge	**72**	9	63

* *Außer Studienaufenthalten (2009: 50% der Auslandsaufenthalte) auch Praktika (38%), Sprachkurse (13%), Exkursionen (11%), Projektarbeit (5%), Summer Schools (2%), Sonstiges (5%)*
1) Aufteilung für Masterstudiengänge an Universitäten und Fachhochschulen nicht möglich
Quelle: DAAD, Wissenschaft weltoffen 2009

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Gesamtstudiendauer
Die Gesamtstudiendauer umfasst alle an einer deutschen Hochschule verbrachten Semester (Hochschulsemester) von der Ersteinschreibung bis zur Exmatrikulation nach erfolgreichem Abschluss. Auch Semester, die durch einen eventuellen Fachwechsel verloren wurden, zählen hierzu.

Median und Quartile als Maße der Studiendauer
Die Studiendauer wird in Quartilen und dem Median angegeben. Der Median bezeichnet den Schwellenwert, bis zu dem 50% der Absolventen ihr Studium beendet haben. Das untere Quartil gibt den Wert an, unterhalb dessen die schnellsten 25% der Absolventen, das obere Quartil den Wert, über dem die 25% mit der längsten Studiendauer liegen. Die Verwendung von Median bzw. Quartilen verhindert, dass sehr lange oder kurze Studienzeiten den mittleren Wert stark verzerren.

Fachstudiendauer
Die Fachstudiendauer umfasst alle im Fach des Abschlusses studierten Semester (Fachsemester) einschließlich eventuell anerkannter Semester aus einem anderen Studienfach.

Studienabbruch und Studienabbruchquote
Ein Studienabbruch liegt dann vor, wenn Studienanfängerinnen und -anfänger überhaupt kein Studium abschließen. Fach- und Hochschulwechsel bedeuten also keinen Studienabbruch, sofern das Studium nach einem solchen Wechsel erfolgreich beendet wird. Die Studienabbruchquote nach dem so genannten HIS-Verfahren wird berechnet, indem von einem Absolventenjahrgang auf die zugehörigen Studienanfänger (also alle relevanten Anfängerjahrgänge) geschlossen wird. Dabei werden nur deutsche Studienanfänger berücksichtigt. Aus dem Verhältnis von Absolventen und korrespondierenden Studienanfängern ergibt sich die Studienabbruchquote (vgl. zum Verfahren ausführlich www.his.de/pdf/pub_kia/kia200501.pdf). Auch mit den Daten der Hochschulstatistik kann eine Berechnung der Erfolgsquoten einzelner Anfängerjahrgänge vorgenommen werden. Das Verfahren ergibt jedoch nur für weiter zurückliegende Jahrgänge valide Quoten. Aus Gründen der Aktualität werden hier Quoten nach dem HIS-Verfahren berichtet.

F5 Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Unter den Bedingungen einer fortschreitenden Intensivierung wissensgesellschaftlicher Strukturen ist eine hohe Absolventenzahl (bzw. eine hohe AbsolventenquoteⓂ) ein wichtiges Ziel, um dem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften Rechnung zu tragen. Dies schließt den Eigenbedarf des Hochschul- und Wissenschaftssystems ein. In diesem Abschnitt werden neben der Absolventenzahl und -quote mit dem Übergang in eine Promotion sowie der Angemessenheit der beruflichen Tätigkeiten nach dem Hochschulabschluss wichtige Merkmale des Berufseinstiegs und Verbleibs nach dem Erstabschluss betrachtet.

Entwicklung der Absolventenzahlen

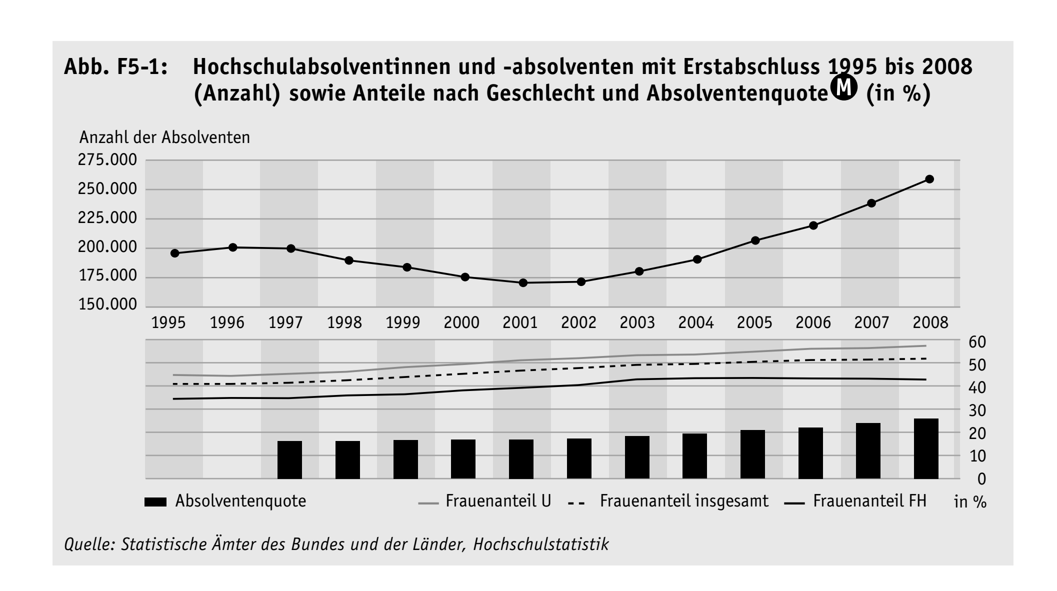
Absolventenzahl seit 2001 um 50% gestiegen

Seit 2001 ist die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit einem Erstabschluss kontinuierlich um mehr als 50% auf 260.000 im Jahr 2008 gestiegen (**Abb. F5-1**, **Tab. F5-1A**). Diese Entwicklung folgt der starken Zunahme der Studienanfängerzahl seit Mitte der 1990er Jahre (**F2**). Der Anteil der Absolventinnen liegt seit 2005 über 50% (**Abb. F5-1**, **Tab. F5-2web**). An den Universitäten erreicht ihr Anteil inzwischen fast 60%; in einigen der universitären Fachrichtungen wie den Sprach- und Kulturwissenschaften oder der Medizin ist der Frauenanteil noch höher; in den Ingenieurwissenschaften bleibt er mit weniger als einem Viertel gering (**Tab. F5-3web**). Der in den letzten Jahren stark angestiegene Frauenanteil unter den Studienanfängern manifestiert sich inzwischen auch bei den Absolventen. Das Beschäftigungssystem wird sich darauf einstellen müssen, dass das zukünftige Arbeitskräfteangebot in immer höherem Maße von hochqualifizierten Frauen abhängig ist.

Auf BildungsausländerⓂ entfiel mit 6,3% ein weiter leicht steigender Absolventenanteil (**Tab. F5-4web**). Ihr Anteil unter den Studienanfängerinnen und -anfängern liegt mit etwa 15% allerdings mehr als doppelt so hoch (**F2**). Dieser Unterschied zeigt, dass ein großer Teil von ihnen nur einzelne Studienphasen in Deutschland absolviert oder das Studium nicht erfolgreich abschließt.

Anders als bei den Studienanfängerinnen und -anfängern schlägt sich die Umstellung auf das gestufte Studiensystem beim Hochschulabschluss derzeit noch nicht

Abb. F5-1: Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit Erstabschluss 1995 bis 2008 (Anzahl) sowie Anteile nach Geschlecht und AbsolventenquoteⓂ (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

so deutlich nieder. Nach wie vor kommt die große Mehrzahl der Absolventinnen und Absolventen aus einem Diplom-, Magister- oder Staatsexamensstudiengang; mit einem Bachelor schlossen 2008 erst 15% ab (**Tab. F5-1A**). Welcher Anteil der Bachelorabsolventen anschließend ein Masterstudium aufnimmt, ist derzeit nicht genau zu ermitteln. Studierenden- und Absolventenbefragungen zeigen ein großes Interesse am Masterabschluss und sehr hohe Übergangsquoten. Die Hochschulstatistik spiegelt dies bisher nur teilweise wider. In einigen universitären Fachrichtungen, die frühzeitig auf die neuen Abschlüsse umgestellt haben, lässt sich jedoch eine hohe Übergangsquote von drei Vierteln und mehr erkennen.

2008 erst 15% Bachelorabschlüsse

Welche Auswirkungen die Studienstrukturreform auf das Abschlussalter hat, hängt auch von den Übergangsquoten in das Masterstudium ab. Den kürzeren Studienzeiten entsprechend (**F4**) liegt das Abschlussalter der Bachelorabsolventen etwa zwei Jahre unter dem durchschnittlichen Abschlussalter zum Ende der 1990er Jahre, als es noch keine Bachelorabschlüsse gab. Damals waren die Absolventen im Durchschnitt etwa 28 Jahre alt, die Bachelorabsolventen des Jahres 2008 erwarben hingegen mit 25,8 Jahren ihren ersten Hochschulabschluss (**Tab. F5-5web**). Das durchschnittliche Alter nach dem Masterabschluss beträgt bei einer großen Bandbreite zwischen den Fächergruppen 30 Jahre (**Tab. F5-5web**). Dieser hohe Altersdurchschnitt erklärt sich daraus, dass bisher viele Master als weiterbildende Studiengänge oder nach einem Diplomstudiengang studiert wurden.

Bachelorabschluss durchschnittlich mit 26 Jahren

Im internationalen Vergleich bleibt es für Deutschland bei einer unterdurchschnittlichen Absolventenquote von 23% (**Tab. F5-6web**). Durch eine Steigerung der Studienanfängerzahl und eine verbesserte Studieneffektivität (geringerer Studienabbruch) könnte die Quote mittelfristig ansteigen. Auch wenn der direkte Vergleich mit anderen Staaten durch die unterschiedlichen Hochschul- und Berufsbildungssysteme erschwert wird, fällt auf, dass die Unterschiede zwischen Deutschland und anderen hochentwickelten Staaten im Anteil der Personen mit Hochschulabschluss an der Bevölkerung in den jüngeren Altersgruppen trotz der gestiegenen Studienanfänger- und Absolventenzahlen eher größer werden (**Tab. F5-7web**). Diese Entwicklung ist durch Systemunterschiede nicht zu erklären.

Wissenschaftlicher Nachwuchs und Promotion

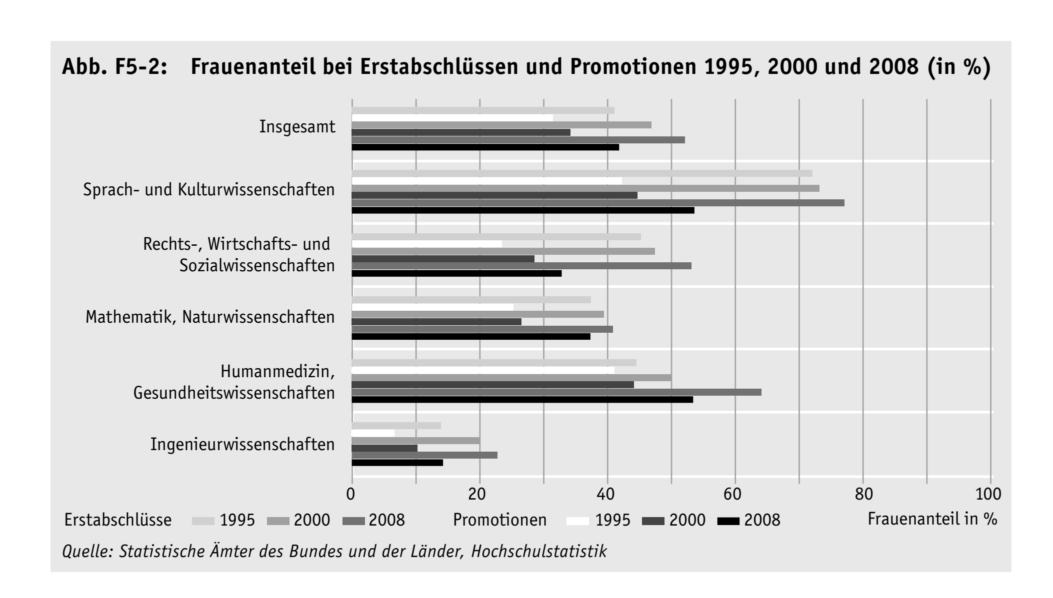
Die Promotion hat in Deutschland einen Doppelcharakter: Zum einen bildet sie den Nachweis einer herausgehobenen fachlichen Qualifikation, die oft in Führungspositionen oder in die außeruniversitäre Forschung führt. Zum anderen ist sie obligatorische Voraussetzung für eine universitäre wissenschaftliche Karriere. Der wissenschaftliche Nachwuchs stellt somit ein wichtiges Scharnier zwischen Bildung und Forschung dar. Jährlich gab es – ohne erkennbaren Entwicklungstrend – seit dem Jahr 2000 zwischen 23.000 und 26.000 Promotionen. Die Zahl der Promotionen schwankt weniger als die Absolventenzahl. Lässt man die Medizin außer Acht, in der die Promotion einen anderen Stellenwert hat, ergibt sich eine Promotionsintensität Ⓜ von etwa 17%: Das heißt, etwa jede/r Sechste schließt nach dem universitären Erstabschluss eine Promotion ab (**Tab. F5-8web**). Der Zugang zur Promotion wird deutlich vom Elternhaus beeinflusst: Absolventinnen und Absolventen mit (mindestens) einem akademisch qualifizierten Elternteil erreichen oft bessere Studienabschlüsse und nehmen häufiger eine Promotion auf (**Tab. F5-9web**).

Jede/r Sechste nach Universitätsabschluss mit Promotion

Der Anteil der Frauen unter den Promovierten nimmt zu, erreicht aber mit 42% noch nicht ihren Anteil an den Erstabsolventen (**Abb. F5-2**, **Tab. F5-3web**). Vor allem in Fachrichtungen, in denen Frauen unter den Erstabsolventen dominieren (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sprach- und Kulturwissenschaften, Human-

Frauen unter den Promovierten immer noch unterdurchschnittlich vertreten

Abb. F5-2: Frauenanteil bei Erstabschlüssen und Promotionen 1995, 2000 und 2008 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

medizin), entfällt ein geringerer Anteil der Promotionen auf die Frauen. Nur in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften entspricht der Frauenanteil an den Promotionen etwa dem der Absolventen. Das Abschlussalter der Promovierten ist seit den 1990er Jahren unverändert geblieben (**Tab. F5-10web**). Auch international ist eine Promotion im 33. Lebensjahr durchaus üblich (**Tab. F5-11web**).

Regionale Wanderung nach dem Studienabschluss

Auch wenn etwa ein Drittel der Hochschulabsolventinnen und -absolventen im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, bei großen Unterschieden zwischen Fächergruppen und Alterskohorten (**Tab. F5-12web**), so sind Hochschulen ein wichtiger Standortfaktor für die regionale Wirtschaft, die aber zumeist nur einen Teil der Absolventinnen und Absolventen binden kann. Insbesondere die wirtschaftlich starken Regionen im Süden Deutschlands ziehen Hochschulabsolventen aus anderen Regionen an. Besonders mobil sind die Absolventinnen und Absolventen aus Ostdeutschland; immerhin 34% des Abschlussjahrgangs 2005 haben ihre Hochschulregion verlassen, um eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Etwa die Hälfte ist ca. ein Jahr nach dem Studienabschluss noch in der Studienregion verblieben (**Abb. F5-3**).

Süddeutsche Länder ziehen Absolventen an

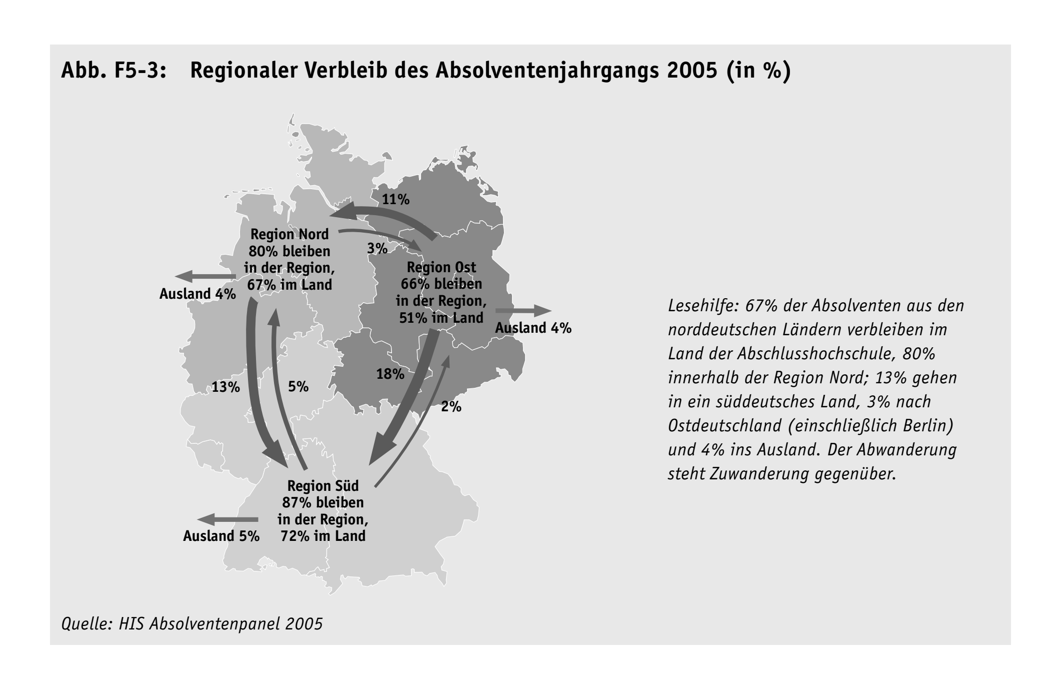
Aus den Hochschulen der Ballungsräume stammen fast 60% der Absolventinnen und Absolventen; Hochschulen des ländlichen Raumes hingegen bilden nur etwa 5% aus. Nach dem Hochschulabschluss ist eine weitere Zuwanderung von Hochschulabsolventen aus den verstädterten und ländlichen Räumen in die Ballungsräume Ⓜ zu verzeichnen. Mittel- und langfristig verbleibt nur etwa ein Viertel der Hochschulabsolventen aus Hochschulen des ländlichen Raumes in diesen Regionen (**Tab. F5-13web**). Dennoch ist ein regionales Studienangebot im ländlichen Raum wichtig. So ist für einen Teil der Studienberechtigten die regionale Nähe ein relevantes Kriterium der Hochschulwahl (vgl. **H4.4**); sie sind deshalb an den Hochschulen des ländlichen Raumes überproportional häufig vertreten.

Absolventen zieht es in die Ballungsräume

Berufseinmündung im internationalen Vergleich

Die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Berufseinmündung und das Risiko, zunächst längere Zeit arbeitslos zu bleiben oder auf nicht adäquate Positionen ausweichen zu müssen, sind momentan noch nicht zu über-

Abb. F5-3: Regionaler Verbleib des Absolventenjahrgangs 2005 (in %)



Quelle: HIS Absolventenpanel 2005

blicken. Arbeitslosigkeit betraf junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen in der Vergangenheit relativ selten; dies zeigt sich fast überall in Europa. Größere Unterschiede ergeben sich jedoch bei der Angemessenheit der Beschäftigung Ⓜ. Nur in einigen Staaten sind 80% der Absolventen oder mehr sowohl fachlich als auch hinsichtlich der beruflichen Position adäquat beschäftigt (**Tab. F5-14web**).

Teilweise nur geringe Angemessenheit der Beschäftigung

Nach kürzeren Studiengängen, in Deutschland bisher also nach einem Fachhochschulstudium, ist die vertikale Beschäftigungsadäquanz meist etwas höher. Hier sind vor allem solche Studiengänge zu finden, etwa Ingenieur- oder Wirtschaftswissenschaften, die am Arbeitsmarkt besonders gefragt sind. Zu den längeren Studiengängen an den Universitäten gehören auch Studiengänge, bei denen die Berufseinmündung häufig schwieriger verläuft. Daher ist hier der Anteil derer etwas höher, die keine oder erst später eine angemessene Position finden konnten.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Absolventenquote
Die Absolventenquote gibt den Anteil der Absolventinnen und Absolventen an der altersgleichen Bevölkerung an. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren).

Bildungsinländer/Bildungsausländer
Siehe Methodische Erläuterungen zu **F2**

Promotionsintensität
Anteil der Promovierenden am Dreijahresdurchschnitt der Erstabsolventen eines Universitätsstudiums vier, fünf und sechs Jahre zuvor

Ballungsräume, verstädterter und ländlicher Raum
Ballungsräume (Agglomerationen), verstädterter und ländlicher Raum in der Abgrenzung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sind hoch aggregierte Gebietstypen für den Regionalvergleich. Als Zuordnungskriterien für die drei Typen werden die Einwohnerdichte (Einwohner pro km²) und das Vorhandensein bzw. Fehlen eines mittleren oder großen Oberzentrums herangezogen.

Adäquanz/Angemessenheit der Beschäftigung
In vielen Absolventenbefragungen, so auch in der internationalen REFLEX-Studie Ⓜ, geben die Befragten an, ob das Studienfach für die ausgeübte Tätigkeit einschlägig ist (horizontale Adäquanz) und ob für die Tätigkeit ein Hochschulabschluss benötigt wird (vertikale Adäquanz der beruflichen Position). Beide Merkmale werden dann miteinander kombiniert.

Absolventenstudie REFLEX
Die internationale Absolventenstudie REFLEX, für die 2005 in 16 Staaten der Abschlussjahrgang 1999/2000 befragt wurde, ist das Folgeprojekt einer ähnlichen Studie aus den 1990er Jahren (CHEERS) und wurde im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms der EU gefördert. Die deutschen Teilbefragungen wurden jeweils vom INCHER, Universität Kassel, durchgeführt.

F Perspektiven

Die Hochschulen in Deutschland befinden sich seit gut zehn Jahren in einem tiefgreifenden Umbruch und Reformprozess. Vor allem die Studienreform im Zeichen des Bologna-Prozesses ist hier zu nennen, aber auch der Wandel in der Organisation und Steuerung der Hochschule oder die stärkere Differenzierung des Hochschulsystems. Dies geht einher mit steigenden öffentlichen Erwartungen an die Leistungen und Leistungsfähigkeit von Hochschulen. Nicht alle diese Entwicklungstrends können im Rahmen einer indikatorenbasierten Bildungsberichterstattung behandelt werden.

In den Jahren 2008 und 2009 ist die Studienanfängerzahl auf einen neuen Höchststand angestiegen (**F2**). Die angestrebte Studienanfängerquote von 40%, die auch die ausländischen Studienanfängerinnen und -anfänger einschließt, ist im Jahr 2009 statistisch deutlich übertroffen worden. Die wachsende Studiennachfrage geht jedoch weniger auf eine höhere Studierneigung zurück (**F1**), sondern vor allem auf ein demografisches „Hoch“ in der relevanten Altersgruppe, eine steigende Studienberechtigtenquote sowie auf die ersten doppelten Abiturjahrgänge (**F2**). Trotz der wachsenden Nachfrage bleibt die Mobilisierung von Studierenden aus Elternhäusern ohne akademische Bildungstradition eine große Herausforderung (**F1**). Die zahlreichen Maßnahmen zur Vergrößerung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule zeigen bislang nur geringe Wirkungen. Die wichtigsten Gruppen, die es für eine höhere Studienbeteiligung noch zu gewinnen gilt, zeichnen sich relativ klar ab: Studienberechtigte aus eher bildungsfernen Familien einschließlich derjenigen mit Migrationshintergrund sowie Studieninteressierte mit beruflicher Qualifikation und Erfahrung, aber ohne herkömmliche schulische Studienberechtigung. Insbesondere in den Ingenieurwissenschaften gilt das auch für Frauen.

Auch wenn die bildungspolitische Debatte sich stark auf die Zahl bzw. den Anteil der Studienanfänger konzentriert, so besteht das bildungspolitische Ziel letzlich darin, eine hohe Studiennachfrage auch erfolgreich in eine steigende Zahl von Hochschulabschlüssen umzusetzen. Die Entwicklung der Studienzeiten und des Studienabbruchs in den Bachelorstudiengängen (**F4**) zeigt hier eine positive Tendenz. Auch die Mobilisierung des relativ großen Anteils von Studienberechtigten, die keinen Hochschulabschluss erwerben (vgl. **B3**), z. B. durch berufsbegleitende Studienangebote, kann zur Steigerung der Absolventenzahlen beitragen.

Die Umsetzung der Studienstrukturreform nimmt immer deutlichere Konturen an. Beim Studieneingang kann die Reform beinahe schon als umgesetzt gelten (**F2**). Die lebhafte öffentliche Debatte um die Studienreform und ihre teilweise nicht intendierten Effekte spiegelt sich in den Befragungen, auf die sich die Bildungsberichterstattung stützt, nur teilweise wider. Erkennbar ist im Urteil der Studierenden, dass die Umsetzung der Studienreform an vielen Stellen noch verbessert werden kann. Gerade die erwünschte Internationalisierung ist bisher nur teilweise gelungen (**F3**, **F4**). Da sich Studiengänge und Studium in den letzten Jahren allerdings in der Umbruchphase befanden, sind empirische Informationen hierzu immer Momentaufnahmen in einem fortschreitenden Wandlungsprozess. Dieser muss in den nächsten Jahren weiter beobachtet werden, um Fehlentwicklungen zu korrigieren.

In den letzten Jahren verließ eine steigende Zahl von Absolventinnen und Absolventen die Hochschulen (**F5**). Aufgrund des hohen Fachkräftebedarfs sind sie überwiegend angemessen beschäftigt, wobei die verfügbaren Daten dazu allerdings aus der Zeit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise stammen. Hinsichtlich der Berufs- und Beschäftigungsperspektiven mit einem Bachelorabschluss bestätigen die bislang vorliegenden Studien die oft zu hörenden Befürchtungen nicht. Allerdings treten angesichts der hohen Übergangsquoten in ein Masterstudium bislang nur wenige Bachelorabsolventen direkt nach dem Abschluss in den Beruf ein. Zukünftig dürfte sich das heute in der Öffentlichkeit häufig noch strittige Thema „Bachelor oder herkömmlicher Abschluss“ entspannen und die Diskussion stärker auf die jeweiligen Stärken und Schwächen konkreter Studiengangsmodelle konzentrieren.

Für die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der Hochschulen sind einige Faktoren von großer Bedeutung, die in diesem Bildungsbericht im Schwerpunktkapitel **H** analysiert werden – so die Bedeutung des demografischen Wandels für die Hochschulen, insbesondere für die Studiennachfrage und langfristige Auslastung der Hochschulen, und die Entwicklung des voraussichtlichen Bedarfs an Hochschulabsolventen.

Teil G
Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Lernen im Erwachsenenalter hat durch die aktuellen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung gewonnen. Die tiefgreifende ökonomische Krise, die zunehmende Wissensbasierung aller Lebensbereiche und die voranschreitende Alterung von Bevölkerung und Arbeitskräftepotenzial sind europaweit wirkende Entwicklungstendenzen, die die Organisation von Lernprozessen im Erwachsenenalter vor immer neue Herausforderungen stellen. Zudem wird Weiterbildung – insbesondere die berufliche, die den Hauptteil des gesamten Weiterbildungsvolumens ausmacht – zunehmend zum Faktor im internationalen Wettbewerb von Unternehmen und Volkswirtschaften und gewinnt auch für die individuelle berufliche Mobilität und Behauptung am Arbeitsmarkt weiter an Bedeutung.

Diese Entwicklungstendenzen rechtfertigen es, im Bildungsbericht 2010 drei Aspekte stärker zu akzentuieren:

- die detaillierte Betrachtung der Altersstruktur der Weiterbildungsteilnehmer und der Weiterbildungsangebote mit Schwerpunkt auf den über 50-Jährigen und in Verbindung mit sozialstrukturellen Merkmalen (**G1** bis **G3**);
- den internationalen Vergleich von individuellem Weiterbildungsverhalten und institutionellen Weiterbildungsangeboten, bezogen sowohl auf das individuelle Weiterbildungsverhalten (**G1**) als auch auf Angebote von Unternehmen (**G3**);
- die inhaltliche Ausdifferenzierung von Weiterbildungsbeteiligung nach großen Themenfeldern, die auch eine Differenzierung zwischen eher beruflichen und eher allgemeinbildenden Lernfeldern gestatten (insbesondere in **G1** und **G2**).

Gegenüber dem Bildungsbericht 2008 existieren nur begrenzt zeitnähere Daten für Weiterbildungsangebote von Betrieben in Deutschland, da es in der Zwischenzeit keine neuen Erhebungen gegeben hat, die eine Fortschreibung der Teilnahme an Weiterbildung und der Weiterbildungsangebote auf das Jahr 2009 erlaubten. So ist auch nicht zu klären, ob die 2003 eingetretene Stabilisierung des Umfangs individueller Weiterbildungsteilnahme auf etwa dem Niveau von 1994 anhält oder sich zu einer Steigerung oder erneuten Abnahme gewandelt hat. Das ist nicht zuletzt deswegen bedauerlich, weil so weder der Einfluss der aktuellen Wirtschaftskrise auf Weiterbildungsverhalten und -angebote noch mögliche Reaktionen auf den demografischen Wandel geprüft werden können. Dies ist für eine auf Aktualität bedachte Berichterstattung ein empfindlicher Mangel. Kriseneinflüsse sind am ehesten in den Erträgen beruflicher Weiterbildung (**G4**) zu prüfen.

Neue Daten sind allerdings durch eine Ausweitung der Aufbereitung der beiden internationalen Surveys, Continuing Vocational Training Survey (CVTS 3) und Adult Education Survey (AES) 2007 verfügbar, die vertiefte Analysen des Weiterbildungsverhaltens und der Weiterbildungsangebote vor allem in einer internationalen Vergleichsperspektive gestatten und so auch andere institutionelle Organisationsformen als die in Deutschland praktizierten in den Blick bringen können. Da nach den bisherigen Erfahrungen mit der Weiterbildungsberichterstattung wahrscheinlich ist, dass sich die strukturellen Aspekte von Weiterbildungsteilnahme und institutionellen Angeboten kurzfristig nicht weitreichend wandeln, kann deren vertiefende Analyse einen Beitrag zur Aufklärung der aktuellen Probleme des Weiterbildungsgeschehens leisten.

G1 Teilnahme an Weiterbildung

Die im Folgenden auf der Basis der Daten des Adult Education Surveys (AES)Ⓜ 2007 für Deutschland differenzierten Aussagen zu biografischen und sozialen Einflussfaktoren der Weiterbildungsteilnahme lassen sich in neuer Abgrenzung der Hauptweiterbildungsbereiche präsentieren. Die in der Fachdiskussion kritisierte Gegenüberstellung von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung kann durch eine von der individuellen Nutzenperspektive her betrachteten Weiterbildungsteilnahme als eher *berufsbezogene* oder *nicht berufsbezogene* WeiterbildungⓂ ersetzt werden; die berufsbezogene wird noch einmal unterteilt in *betriebliche* und *individuell-berufsbezogene*, die in nichtbetrieblichen Kontexten wahrgenommen wird.

Weiterbildungsteilnahme nach Geschlecht, Alter und Bildung

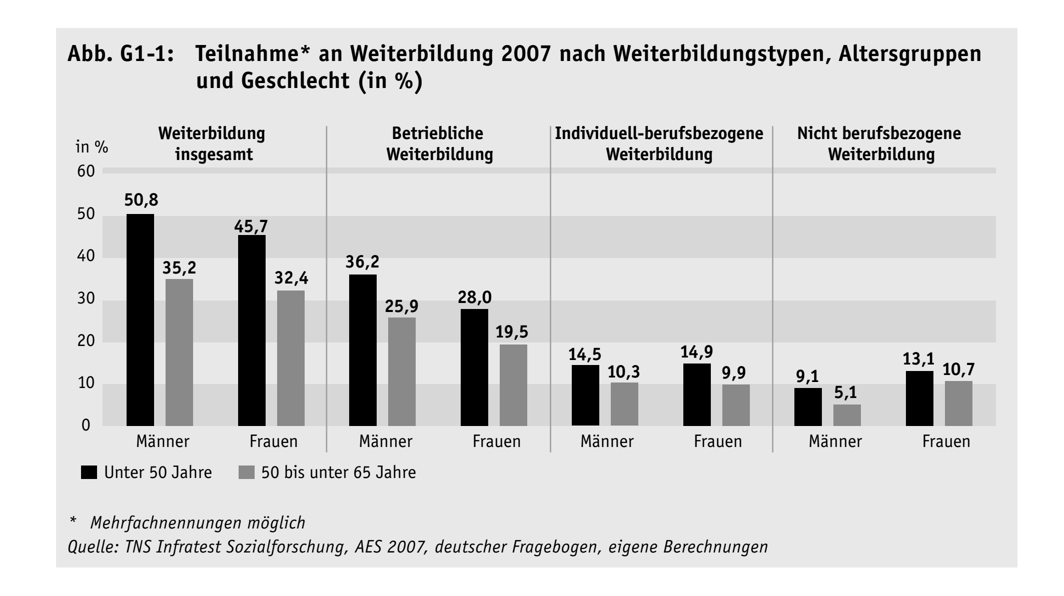
Niedrigere Weiterbildungsteilnahme der über 50-Jährigen, besonders in betrieblicher Weiterbildung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der möglichen Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist eine gesonderte Betrachtung der älteren Bevölkerungsgruppen relevant, insbesondere in der berufsbezogenen Weiterbildung, die nach AES 2007 in Deutschland 88% der Weiterbildungsteilnahmefälle abdeckt. Bei den 50- bis unter 65-Jährigen zeigt sich gegenüber der Gruppe der unter 50-Jährigen eine deutliche Abnahme der Weiterbildungsteilnahme um insgesamt 15 Prozentpunkte (**Abb. G1-1**, **Tab. G1-1A**). Diese relativ niedrige Weiterbildungsteilnahme ist vor allem durch die Situation in der betrieblichen Weiterbildung begründet, die sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen den stärksten Rückgang erfährt. Am geringsten ist der Rückgang bei der nicht berufsbezogenen Weiterbildung. Dies lässt sich als Indiz für ein auch bei den Bevölkerungsgruppen in fortgeschrittenem Alter aufrechterhaltenes Weiterbildungsinteresse interpretieren.

Frauen in der betrieblichen Weiterbildung unterrepräsentiert

Im Gegensatz zur individuell-berufsbezogenen und zur nicht berufsbezogenen Weiterbildung liegt die Weiterbildungsteilnahme der Frauen aller Bildungsstufen in der betrieblichen Weiterbildung deutlich unter der der Männer, am stärksten bei den Frauen mit niedrigem Bildungsniveau, die noch nicht einmal halb so oft an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen wie die Männer gleichen Niveaus (**Tab. G1-1A**). Der Vergleich mit den nicht betrieblichen Weiterbildungsformen weist diese Differenzen als weniger vom individuellen Verhalten der Frauen gesteuert, eher als systematische

Abb. G1-1: Teilnahme* an Weiterbildung 2007 nach Weiterbildungstypen, Altersgruppen und Geschlecht (in %)



* *Mehrfachnennungen möglich*

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Benachteiligung der Frauen durch die betrieblichen Weiterbildungsangebote aus – sei diese im Managementverhalten, sei sie im betrieblichen Status oder in der Branchenzugehörigkeit von weiblichen Arbeitskräften begründet.

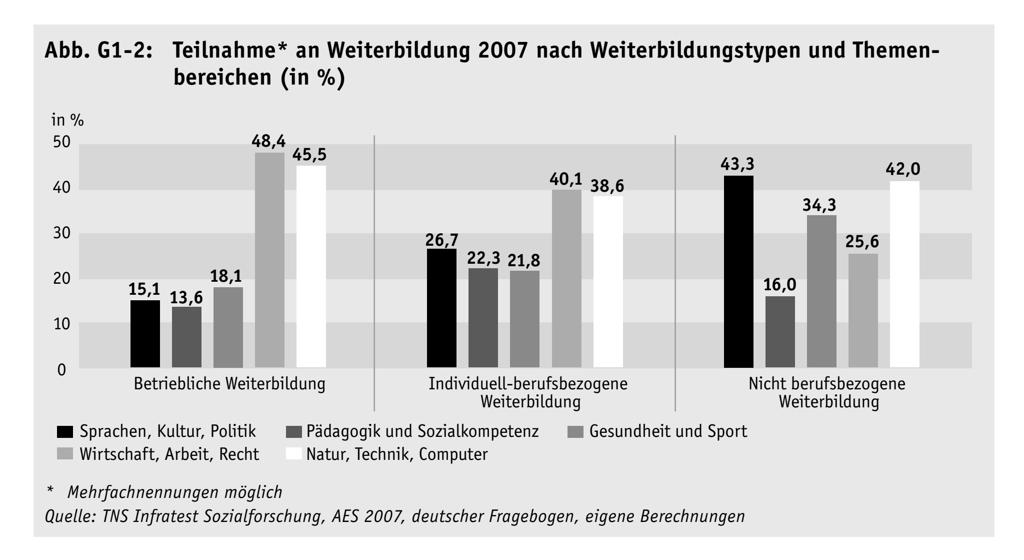
Weiterbildungsteilnahme nach Themenbereichen

Es fällt auf, dass die Themenbereiche Ⓜ „Natur, Technik, Computer“ (ca. 40%) und „Wirtschaft, Arbeit, Recht“ in allen drei Weiterbildungstypen ein hohes Gewicht haben, insofern weisen sie eine individuelle Motive und institutionelle Bereiche übergreifende Relevanz auf (**Abb. G1-2**, **Tab. G1-2A**). Ein ähnlich hohes Gewicht hat der Themenbereich „Sprachen, Kultur, Politik“, dessen Bedeutung lediglich in der betrieblichen Weiterbildung auf unter 20% absinkt. Der Themenbereich „Gesundheit und Sport“ ist auch in allen Weiterbildungstypen vergleichsweise stark vertreten. Bei der hohen Konjunktur, welche in der einschlägigen beruflichen Beratungsliteratur sowohl „Sozialkompetenz“ als auch die Bildungs- und Erziehungsthematik in der öffentlichen Diskussion seit Langem haben, erscheint das Weiterbildungsinteresse an dem Themenfeld „Pädagogik und Sozialkompetenz“ eher gering. Unübersehbar ist als Tendenz, dass die großen Weiterbildungsthemen in allen Weiterbildungstypen ein beachtliches Gewicht haben.

„Natur, Technik, Computer“ sowie „Wirtschaft, Arbeit, Recht“ im Zentrum von Weiterbildung

Demgegenüber zeigen sich große geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Themenbereichen. Während die Themenbereiche „Sprachen, Kultur, Politik“, „Pädagogik, Sozialkompetenz“ sowie „Gesundheit, Sport“ klar von Frauen dominiert werden, sind Männer in den Bereichen „Wirtschaft, Arbeit, Recht“ und „Natur, Technik, Computer“ überrepräsentiert (**Tab. G1-3A**). Ältere Weiterbildungsteilnehmer zwischen 50 und 64 Jahren finden sich häufiger als im Durchschnitt in den Bereichen „Sprachen, Kultur, Politik“, „Pädagogik, Sozialkompetenz“ und „Wirtschaft, Arbeit, Recht“ (**Tab. G1-3A**).

Abb. G1-2: Teilnahme* an Weiterbildung 2007 nach Weiterbildungstypen und Themenbereichen (in %)



* *Mehrfachnennungen möglich*
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

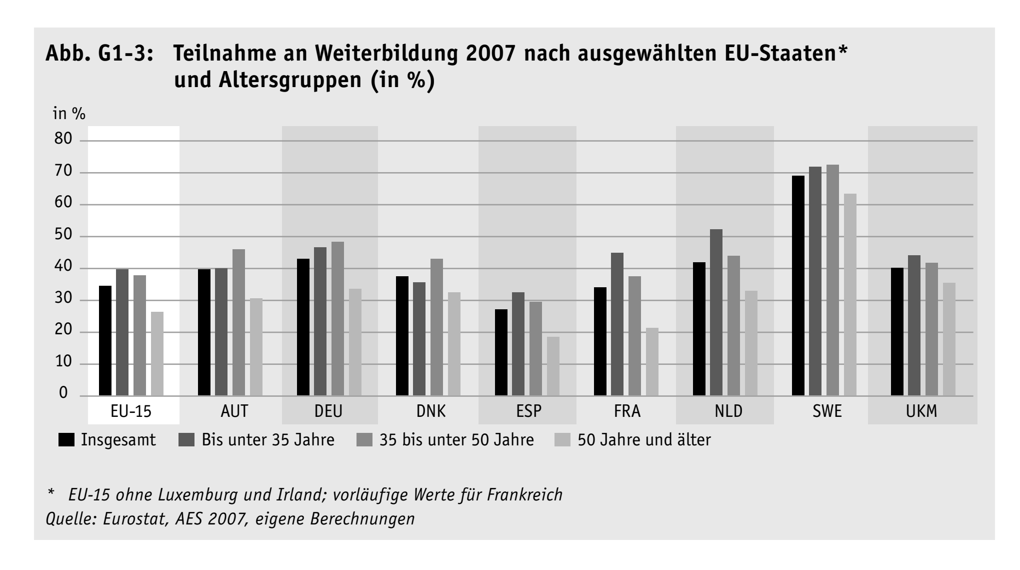
Teilnahme an Weiterbildung im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich Ⓜ nimmt Deutschland innerhalb der EU-15-Staaten sowohl nach Teilnahmequote als auch nach durchschnittlichen Teilnahmestunden einen Platz im guten Mittelfeld ein (**Abb. G1-4web**, **Tab. G1-4A**). Die Spitze mit einer Teilnahmequote von annähernd 70% bildet Schweden, die Schlusslichter (der hier ausgewählten Staaten) bilden Spanien und Frankreich, deren Teilnahmequoten noch nicht einmal die Hälfte der schwedischen Quote erreichen.

Über 50-Jährige fast überall in Europa in Weiterbildung unterrepräsentiert

Da alle westeuropäischen Staaten vor einer ähnlichen demografischen Herausforderung stehen, ist der Vergleich der altersgruppenspezifischen Teilnahme an Weiterbildung von besonderer Relevanz. Alle ausgewählten Staaten weisen ein ähnliches Muster der Weiterbildungsteilnahme nach Altersgruppen auf, allerdings auf unterschiedlichem Niveau der Gesamtbeteiligung und mit erheblichen Differenzen bei der ältesten Kohorte. Das durchgängige Muster zeigt den Schwerpunkt der Weiterbildungsteilnahme entweder bei der jüngsten Altersgruppe (Spanien, Frankreich, Niederlande) oder bei der mittleren Gruppe (Österreich, Deutschland, Schweden), wobei die Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen relativ gering sind (**Abb. G1-3**, **Tab. G1-5A**). Mit Ausnahme von Schweden, wo die Weiterbildungsteilnahme auch der 50-Jährigen und Älteren bei 64% liegt, fällt die Teilnahmequote dieser ältesten Gruppe gegenüber den beiden anderen merklich ab. Sofern Weiterbildung eine wichtige Rolle in der Bewältigung von Problemen alternder Gesellschaften spielt, scheint die überwiegende Mehrheit der westeuropäischen Gesellschaften nicht gut auf ihre Zukunft vorbereitet zu sein.

Abb. G1-3: Teilnahme an Weiterbildung 2007 nach ausgewählten EU-Staaten* und Altersgruppen (in %)



** EU-15 ohne Luxemburg und Irland; vorläufige Werte für Frankreich*
Quelle: Eurostat, AES 2007, eigene Berechnungen

Ⓜ Methodische Erläuterungen

AES
Der europäische Adult Education Survey (AES) ist eine Befragung 25- bis 64-jähriger Personen in Privathaushalten zum Thema lebenslanges Lernen, die zwischen 2005 und 2008 (Referenzjahr 2007) in 29 Staaten durchgeführt wurde. Für den deutschen Befragungsteil des AES wurden im Gegensatz zum europäischen AES 19- bis 64-Jährige einbezogen und erweiterte Angaben zu Weiterbildungstypen (siehe unten) erfasst. Im vorliegenden Indikator wird die Weiterbildungsaktivität anhand der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen („non-formal education") in den letzten 12 Monaten berichtet. Dies umfasst Weiterbildung in Form von Lehrgängen, Kursen, Seminaren, Workshops, Privat- und Fernunterricht sowie Einzelunterricht/Training am Arbeitsplatz („guided on the job training").

Berufsbezogene und nicht berufsbezogene Weiterbildung (Weiterbildungstypen)
Die deutsche AES-Version unterscheidet zwischen Weiterbildungstypen. Als berufsbezogen gilt die Teilnahme, wenn sie durch überwiegend berufliches Interesse motiviert ist. Betriebliche Weiterbildung ist hier ein gesondert ausgewiesener Teil berufsbezogener Weiterbildung, die vom Arbeitgeber finanziell oder organisatorisch unterstützt wird. Dabei waren Mehrfachangaben möglich.

Themenbereiche
Im AES wird das Thema der Weiterbildungsaktivität erfasst und anhand der ISCED-Fields-Klassifikation zugeordnet. Hier wird die von TNS Infratest vorgenommene Klassifikation nach fünf Themenfeldern („Sprachen, Kultur, Politik", „Pädagogik und Sozialkompetenz", Gesundheit und Sport", „Wirtschaft, Arbeit, Recht", „Natur, Technik, Computer") berichtet.

Internationale Vergleichsperspektive
Sie bezieht sich hier auf die EU-15-Staaten (ohne Luxemburg und Irland), nicht auf die EU-25-Staaten, um Gesellschaften mit einem annähernd gleichen Entwicklungsniveau zu vergleichen.

G2 Soziale Profile der Weiterbildungsbeteiligung

Die Frage nach den (sozialen) Profilen der Weiterbildungsbeteiligung verfolgt eine über die Analyse von Einzelmerkmalen (**G1**) hinausgehende Perspektive, wie sich die Weiterbildungsbeteiligung nach inhaltlichen Feldern und komplexeren sozialen Profilen (Kombinationen von mehreren sozialen Merkmalen) beschreiben lässt. Ziel ist, die bekannte soziale Selektivität der Weiterbildungsteilnahme[1] mit Blick auf inhaltliche Felder weiter auszuleuchten. Hierzu soll eine Clusteranalyse Ⓜ verhelfen, die die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Weiterbildungsveranstaltungen (non-formal education) nach Motiven/Zielen und Intensität ihrer Weiterbildungsaktivität sowie nach sozialen Merkmalen in komplexeren Clustern differenziert. Nach Weiterbildungsintensität lassen sich drei, nach sozialen Merkmalen sechs gegeneinander abgrenzbare Teilnehmergruppen (Cluster) identifizieren (**Abb. G2-1**, **Tab. G2-1A**):

Starke Abstufung der Weiterbildungsintensität in den Gruppen nach Geschlecht und Ausbildungsniveau

Gruppen mit geringer Weiterbildungsintensität

Für die Teilnehmer beider Gruppen (Cluster 1 und 2) gilt, dass sie nur einen Kurs besucht haben und die Hälfte von ihnen weniger als 18 Stunden Weiterbildung pro Jahr aufweist (**Abb. G2-1**, **Tab. G2-1A**). Die Weiterbildung ist fast ausschließlich berufsbezogen begründet. Das durchschnittliche Ausbildungsniveau liegt in beiden Gruppen etwas niedriger als in den anderen Gruppen und der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund Ⓜ ist deutlich höher (mit Ausnahme Cluster 6, **Tab. G2-2A**).

1. Die erste Gruppe umfasst fast ausschließlich männliche Teilnehmer, vorwiegend im mittleren Erwachsenenalter (53%), die entweder voll erwerbstätig oder arbeitslos sind. Nur in dieser ersten Gruppe findet sich ein größerer Anteil Arbeitsloser (ein Fünftel). Die Mehrheit hat einen mittleren Ausbildungsabschluss, ein Sechstel aber hat keinen Abschluss.
2. Im zweiten, einem reinen Frauen-Cluster, sind vor allem 35- bis unter 50-Jährige, die mehrheitlich vollerwerbstätig sind, zu über einem Drittel aber auch Teilzeit arbeiten, und zum größten Teil einen mittleren Ausbildungsabschluss besitzen.

Gruppen mit mittlerer Weiterbildungsintensität

Die beiden Gruppen mittlerer Weiterbildungsintensität (Cluster 3 und 4) umfassen die Teilnehmer, die zu 80 bzw. 90% zwei oder drei Kurse mit überwiegend mittlerem Zeitaufwand (18 bis unter 60 Stunden) besuchen (**Abb. G2-1**, **Tab. G2-1A**). Hier finden sich schwerpunktmäßig Personen mit mittlerem Ausbildungsabschluss.

3. Diese ausschließlich weibliche Teilnehmergruppe umfasst voll- und teilzeiterwerbstätige Frauen der mittleren, aber auch der jüngeren Altersgruppe. Auch wenn die Weiterbildungsaktivität überwiegend berufsbezogen motiviert ist, besucht ein größerer Anteil als bei den Männern auch nicht berufsbezogene Kurse.
4. Bei der männlichen Gruppe handelt es sich ausschließlich um vollerwerbstätige Männer mit einem höheren Durchschnittsalter als bei der entsprechenden weiblichen Gruppe (Cluster 3). Die Weiterbildung ist fast ausschließlich berufsbezogen.

Gruppen mit hoher Weiterbildungsintensität

Hohe Weiterbildungsintensität ist in der ersten Gruppe (Cluster 5) durch die Teilnahme an vier oder mehr Kursen und mehrheitlich über 60 Stunden pro Jahr definiert, im zweiten Fall (Cluster 6) durch zwar wenige Kurse, aber hohen Zeitaufwand (**Abb. G2-1**, **Tab. G2-1A**). Gemeinsam ist den Gruppen, dass sie aus Männern und Frauen zusammengesetzt sind, die entweder von Personen mit relativ hohem Ausbildungstand (Cluster 5) oder noch in Ausbildung befindlichen (Cluster 6) gebildet werden.

1 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 141

5. Von der Zielperspektive handelt es sich im Verhältnis 3 : 1 um berufsbezogene und nicht berufsbezogene Kurse. Diese kleinste der sechs Gruppen setzt sich zu zwei Dritteln aus Männern, zu einem Drittel aus Frauen aller drei Altersgruppen zusammen; nahezu alle sind vollerwerbstätig und haben eine Hochschulausbildung oder einen Lehrabschluss.

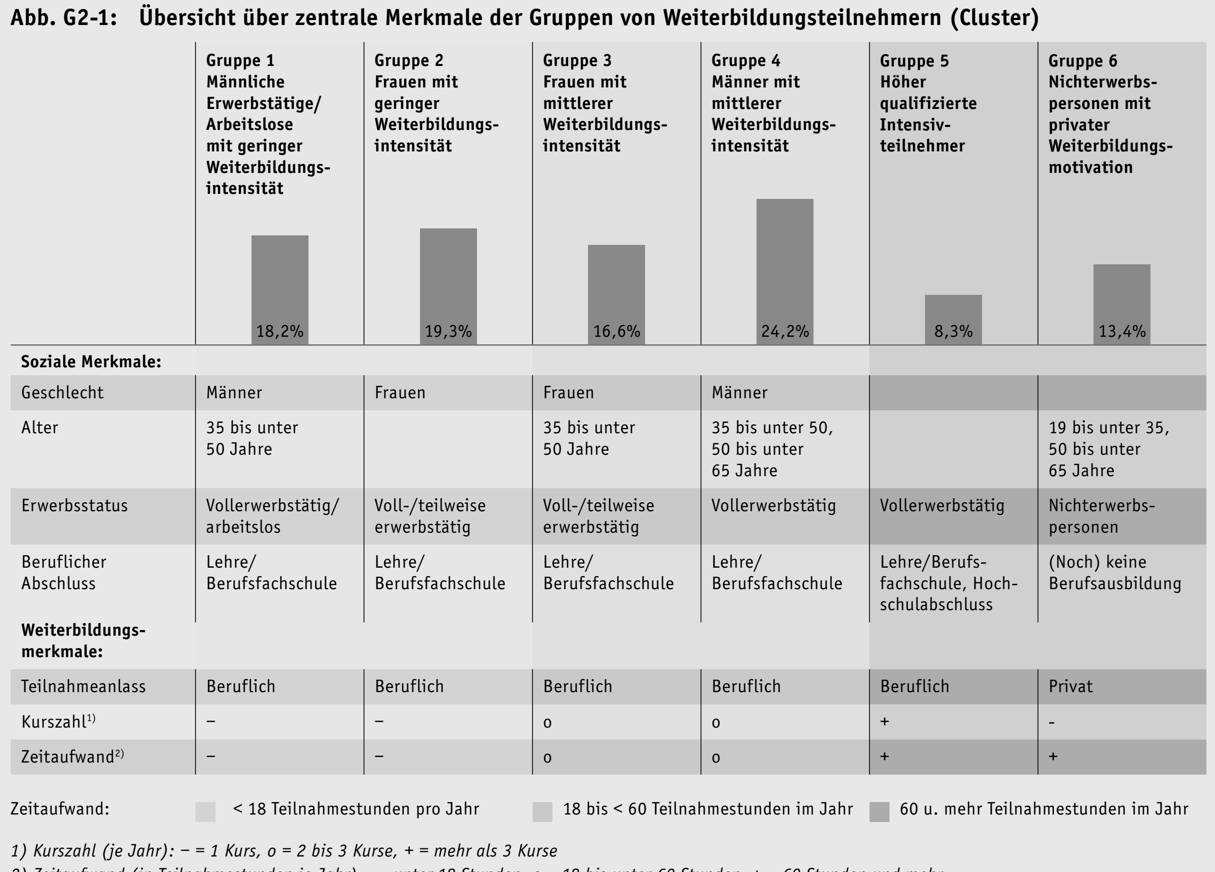
Nicht berufsbezogene Weiterbildung oft als Ergänzung zu Ausbildung und Studium

6. Die sechste Gruppe ist die einzige mit schwerpunktmäßig nicht berufsbezogener Weiterbildung. Diese aus Männern und Frauen zusammengesetzte Gruppe weist im Vergleich mit den anderen eine atypische Altersverteilung auf: drei Viertel gehören der jüngsten, ein Viertel der ältesten Altersgruppe an. Ebenfalls zu drei Vierteln handelt es sich um Nichterwerbspersonen, die (noch) keine Berufsausbildung haben oder sich in Ausbildung befinden. Man kann annehmen, dass die Weiterbildung hier vor allem einer nicht fachlichen Ergänzung zu Ausbildung oder Studium dient. Auffällig ist auch der höchste Anteil von Personen mit Migrationshintergrund unter allen Gruppen (**Tab. G2-2A**).

Hohe berufliche Weiterbildungsintensität vor allem bei Akademikern im öffentlichen Dienst

Die Branchenzugehörigkeit der Weiterbildungsteilnehmer spiegelt zum großen Teil die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungsformen in der Erwerbstätigkeit. So haben die beiden männlichen Gruppen ihre Arbeitsschwerpunkte in der gewerblichen Wirtschaft, die beiden weiblichen sind in den Wirtschaftsbereichen „Erziehung, Unterricht“ und „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie im Handel, teilweise auch in der gewerblichen Wirtschaft konzentriert (**Tab. G2-3A**). Die Gruppe mit der höchsten Weiterbildungsintensität (Cluster 5) ist zur Hälfte im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Erziehung und Unterricht, im Gesundheits- und Sozialwesen oder in der öffentlichen Verwaltung. Da es sich zugleich häufig um Akademiker handelt, erklärt sich

Abb. G2-1: Übersicht über zentrale Merkmale der Gruppen von Weiterbildungsteilnehmern (Cluster)



	Gruppe 1 Männliche Erwerbstätige/ Arbeitslose mit geringer Weiterbildungsintensität	Gruppe 2 Frauen mit geringer Weiterbildungsintensität	Gruppe 3 Frauen mit mittlerer Weiterbildungsintensität	Gruppe 4 Männer mit mittlerer Weiterbildungsintensität	Gruppe 5 Höher qualifizierte Intensivteilnehmer	Gruppe 6 Nichterwerbspersonen mit privater Weiterbildungsmotivation
	18,2%	19,3%	16,6%	24,2%	8,3%	13,4%
Soziale Merkmale:						
Geschlecht	Männer	Frauen	Frauen	Männer		
Alter	35 bis unter 50 Jahre		35 bis unter 50 Jahre	35 bis unter 50, 50 bis unter 65 Jahre		19 bis unter 35, 50 bis unter 65 Jahre
Erwerbsstatus	Vollerwerbstätig/ arbeitslos	Voll-/teilweise erwerbstätig	Voll-/teilweise erwerbstätig	Vollerwerbstätig	Vollerwerbstätig	Nichterwerbspersonen
Beruflicher Abschluss	Lehre/ Berufsfachschule	Lehre/ Berufsfachschule	Lehre/ Berufsfachschule	Lehre/ Berufsfachschule	Lehre/Berufsfachschule, Hochschulabschluss	(Noch) keine Berufsausbildung
Weiterbildungsmerkmale:						
Teilnahmeanlass	Beruflich	Beruflich	Beruflich	Beruflich	Beruflich	Privat
Kurszahl[1]	–	–	o	o	+	-
Zeitaufwand[2]	–	–	o	o	+	+

Zeitaufwand: < 18 Teilnahmestunden pro Jahr; 18 bis < 60 Teilnahmestunden im Jahr; 60 u. mehr Teilnahmestunden im Jahr

1) Kurszahl (je Jahr): – = 1 Kurs, o = 2 bis 3 Kurse, + = mehr als 3 Kurse
2) Zeitaufwand (in Teilnahmestunden je Jahr) – = unter 18 Stunden, o = 18 bis unter 60 Stunden, + = 60 Stunden und mehr
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

die Weiterbildungsintensität dieser Gruppe zum großen Teil aus der Verbindung von einer häufig lernintensiven Beschäftigung und dem Qualifikationsniveau der Teilnehmer.

Die Themenstruktur in den Weiterbildungsclustern

Die Themenstruktur(M) spiegelt zunächst die Intensitätsabstufung der Weiterbildungsgruppen und stellt sich wie folgt dar:

Entsprechung von Weiterbildungsintensität und Breite des inhaltlichen Bildungsinteresses

- Die Gruppe mit der höchsten Teilnahmeintensität (Cluster 5) weist auch das größte thematische Spektrum auf (**Tab. G2-4A**). Zwar dominieren auch bei ihr – sogar mit den höchsten Anteilen unter allen Gruppen – eher berufliche Themen, aber allgemeinbildende Themen werden mit jeweils etwa einem Drittel der Teilnehmer ebenfalls häufig besucht. Offensichtlich versucht ein Großteil dieser Gruppe, ein relativ umfassendes Bildungsinteresse in der Weiterbildung zu realisieren. Bei der zweiten intensiven Weiterbildungsgruppe (Cluster 6) bestätigt die Themenstruktur die Annahme, dass das Weiterbildungsinteresse dieser meist noch in Ausbildung befindlichen Gruppe von berufsspezifischen Themen in Ergänzung zur Ausbildung bestimmt ist. Hiervon zeugen die beiden mit deutlichem Abstand zu den anderen Themen höchsten Besetzungen bei „Sprachen, Kultur, Politik“ und „Natur, Technik, Computer“.

Bei mittlerer Weiterbildungsintensität Frauen mit breiteren inhaltlichen Interessen als Männer

- Die beiden Gruppen mit einer mittleren Weiterbildungsintensität (Cluster 3 Frauen, Cluster 4 Männer) weisen unterschiedliche Themenschwerpunkte auf, die aber in beiden Fällen beruflichem Weiterbildungsinteresse entspringen. Bei den männlichen Weiterbildungsteilnehmern dominieren mit Abstand die Bereiche „Wirtschaft, Recht, Arbeit“ und „Natur, Technik, Computer“. Anders bei den Frauen: Neben den beiden Hauptthemenbereichen der Männer besuchen sie – sogar am zweithäufigsten – Veranstaltungen im Bereich „Gesundheit, Sport“. Dies kann hier aber auch beruflichem Interesse dienen, da ein Großteil der Frauen dieser Gruppe in den Berufsfeldern Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht arbeitet (**Tab. G2-3A**). Die anderen eher allgemeinbildenden Themenfelder sind bei den Frauen ebenfalls höher besetzt als bei den Männern.

Geringe Weiterbildungsintensität mit engem, fast nur berufsbezogenem Qualifikationsinteresse verbunden

- Die beiden – wiederum nach Geschlechtszugehörigkeit unterschiedlichen – Gruppen mit der geringsten Weiterbildungsintensität (Cluster 1 Männer, Cluster 2 Frauen) sind durch eine weitgehend übereinstimmende und sehr enge thematische Struktur gekennzeichnet: Die beiden eher beruflich konnotierten Themenbereiche („Wirtschaft, Arbeit, Recht“, „Natur, Technik, Computer“) dominieren ihre Weiterbildungsbeteiligung, während die eher allgemeinbildenden allenfalls von jeweils jedem Zehnten genannt werden.

(M) Methodische Erläuterungen

Clusteranalyse
Statistisches Verfahren zur Gruppierung von Daten anhand ihrer Ähnlichkeit in einigen ausgewählten Merkmalen. Für die Analyse wurden Weiterbildungsteilnehmer anhand ihrer Ähnlichkeit im Weiterbildungsverhalten (Kurszahl, Zeitaufwand, berufliche bzw. private Motivation) und einiger sozialer Merkmale (Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Berufsabschluss) gruppiert. Am Ende sind die Weiterbildungsteilnehmer in relativ homogene Gruppen unterteilt, die wiederum untereinander möglichst heterogen sind. Im vorliegenden Indikator dienen die Klassenmittelwerte der clusterbildenden Variablen als Grundlage für die weiteren Analysen mit den gefundenen sechs Clustern.

Migrationshintergrund
Migrationshintergrund wird hier aufgrund der Datenlage abweichend von der Definition im Glossar verwendet. Zu Personen mit Migrationshintergrund zählt hier, wer eine andere Staatsangehörigkeit als die deutsche besitzt, in einem anderen Land geboren wurde oder wessen Muttersprache nicht Deutsch ist.

Themenbereiche
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G1**

G3 Weiterbildungsangebote von Unternehmen

Unternehmen als zentrale Institutionen beruflicher Weiterbildung

Unternehmen stellen für die berufliche Weiterbildung in den meisten hochentwickelten Gesellschaften den wichtigsten institutionellen Trägerbereich dar. Diese hohe Bedeutung kommt ihnen nicht zuletzt deswegen zu, weil sich in ihnen unmittelbar die Umsetzung von Entwicklungen auf den Gütermärkten und in der Arbeitstechnologie in neuen Qualifikationsbedarf vollzieht.

Die beruflichen Weiterbildungsangebote von Unternehmen haben einen doppelten Charakter: Sie sind zum einen Ausdruck der strategischen Optionen von Unternehmen zur Deckung von manifestem und erwartetem Qualifikationsbedarf, zum anderen stellen sie für die Beschäftigten Gelegenheiten zur Sicherung ihrer Qualifikation und zur Verbesserung ihrer beruflichen Entwicklungschancen dar. In dieser Doppelperspektive wird der Indikator – auf Grundlage der CVTS-Befragungen Ⓜ und des IAB-Betriebspanels Ⓜ – hier dargestellt.

Einflussgrößen für Weiterbildungsangebote von Unternehmen

Starke betriebliche Disparitäten nach Innovativität, Ertragslage, Exportabhängigkeit und Tätigkeitsstruktur

Der Einfluss betriebsstruktureller Merkmale auf die Weiterbildungsaktivität von Betrieben zeigt – jeweils nach Betriebsgröße als wichtigstes Merkmal für Unterschiede in den Weiterbildungsangeboten – folgende Zusammenhänge auf:

- Die Ertragslage Ⓜ von Betrieben: Betriebe, die ihre Ertragslage als gut/sehr gut bezeichnen, bieten häufiger Weiterbildungsveranstaltungen an als Betriebe, die ihre Ertragslage nur als ausreichend oder mangelhaft ansehen. Dieser über die Jahre hinweg stabile Zusammenhang ist besonders stark bei kleinen und mittleren Betrieben, während er bei größeren und Großbetrieben zunehmend eingeebnet wird (**Tab. G3-1A**).
- Die Innovationsaktivität Ⓜ: Innovative Betriebe sind im Angebot von Weiterbildungsveranstaltungen in allen Betriebsgrößenklassen deutlich aktiver als nicht-innovative Betriebe. Auch dieses über die Jahre stabile Muster ist bei Klein- und Mittelbetrieben stärker als bei größeren Betrieben ausgeprägt (**Tab. G3-2A**). Bei den größeren Betrieben ist allerdings die Teilnehmerquote unter den eigenen Beschäftigten bei den innovativen Betrieben höher als bei nicht-innovativen (**Tab. G3-7web**).
- Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind je nach Größe ihres Auslandsumsatzes ebenfalls stärker weiterbildungsaktiv, wobei das Ausmaß erneut nach Betriebsgröße variiert (**Abb. G3-6web**, **Tab. G3-3A**).
- Schließlich übt die Tätigkeitsstruktur der Betriebe Einfluss auf die Weiterbildungsaktivität aus. Betriebe, die einen niedrigen Anteil von Beschäftigten in einfachen Tätigkeiten haben (unter 30%), offerieren durchgängig durch alle Branchen (Ausnahme Kredit- und Versicherungsgewerbe) deutlich häufiger Weiterbildungsangebote als Betriebe, die über 30% Beschäftigte in einfachen Tätigkeiten aufweisen (**Abb. G3-4A**).

Die Befunde weisen auf problematische Disparitäten in den Weiterbildungsgelegenheiten für Beschäftigte hin, je nachdem, in welchem Betrieb sie arbeiten. Die Kenntnis der wichtigen weiterbildungsförderlichen Betriebsmerkmale kann dazu beitragen, weiterbildungsferne Gefährdungszonen für langfristige individuelle Beschäftigungsfähigkeit zu identifizieren und die Suche nach politischen Möglichkeiten anzuregen, stärker betriebsunabhängige Weiterbildungsangebote insbesondere für die Arbeitskräftegruppen zu schaffen, denen betriebliche Angebote nicht offen stehen. Im Interesse einer Arbeitsmarktmobilität zwischen Wirtschaftszweigen kommt solchen Angeboten auch ökonomisch eine hohe Bedeutung zu.

Die Berücksichtigung von Frauen und älteren Arbeitnehmern in der betrieblichen Weiterbildungspolitik

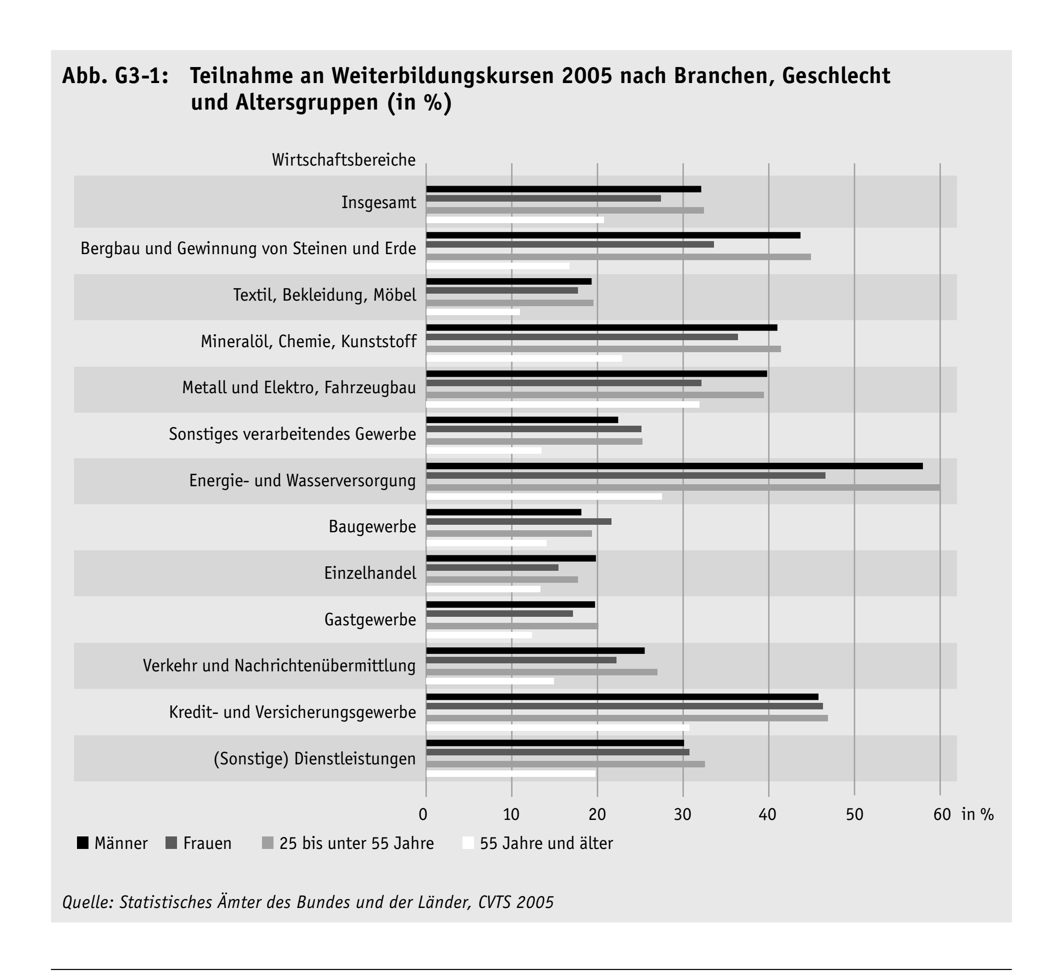
Niedrigere Teilnahmequote von Frauen

Zunächst fällt auf, dass Frauen an den Weiterbildungsangeboten der Unternehmen weniger partizipieren als Männer (**Abb. G3-1**, **Tab. G3-4A**). Dies gilt nicht allein für den Gesamtdurchschnitt, sondern mit Ausnahme der kleineren Unternehmen (10 bis 49 Beschäftigte) auch für alle Unternehmensgrößenklassen und – was besonders gravierend ist – auch für fast alle jene Branchen, in denen die Frauen die Mehrheit der Beschäftigten stellen wie Einzelhandel und Gastgewerbe; nur im Kredit- und Versicherungsgewerbe partizipieren sie mindestens gleich stark wie Männer (46,3 zu 45,8% – **Tab. G3-4A**, **Tab. G3-8web**).[2]

Durchgängig geringe Aufmerksamkeit für ältere Beschäftigte in der Qualifizierungspolitik der Unternehmen

Mit Blick auf die Verschiebungen in der Altersstruktur der Belegschaften kann die Einbeziehung der älteren Belegschaftsgruppen Auskunft darüber geben, wie intensiv die demografische Entwicklung in der Qualifizierungspolitik der Unternehmen reflektiert wird. Das Ergebnis zeigt, dass die älteste Beschäftigtengruppe (55 Jahre und älter) durch alle Unternehmensgrößenklassen und fast alle Branchen deutlich niedrigere Beteiligungsquoten an der betrieblichen Weiterbildung aufweist als die anderen Altersgruppen (**Abb. G3-1**, **Tab. G3-4A**). Auch wenn dieses Ergebnis nicht unerwartet kommt, signalisieren die in der Regel sehr großen Abstände zur Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen, dass in der Qualifizierungspolitik der Unternehmen dem Potenzial der älteren Beschäftigten fast durchgängig bisher relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist.

Abb. G3-1: Teilnahme an Weiterbildungskursen 2005 nach Branchen, Geschlecht und Altersgruppen (in %)



Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder, CVTS 2005

2 *Zu weiteren Branchendifferenzen vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 143*

Weiterbildungsaktivitäten von Unternehmen im europäischen Vergleich

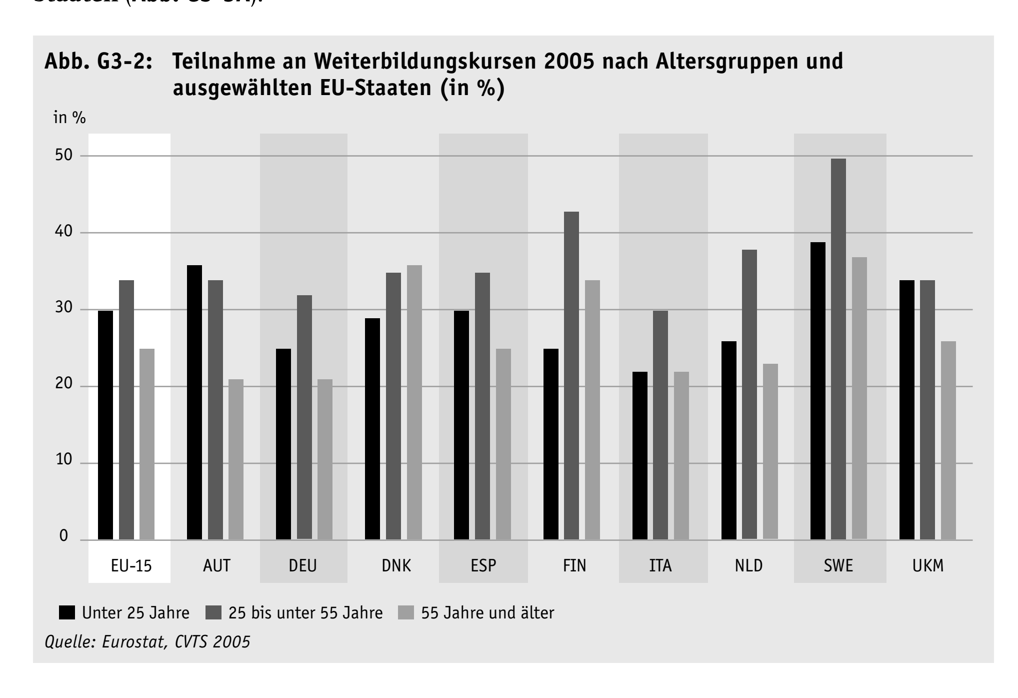
Deutsche Unternehmen bei Weiterbildungsbeteiligung älterer Beschäftigter am unteren Ende in Europa

Dass die geringe Aufmerksamkeit für Weiterbildungsangebote für Ältere nicht zwangsläufig und nicht auf eine mögliche Lernabstinenz zurückzuführen ist, zeigt der internationale Vergleich. Die an Weiterbildungsangeboten von Unternehmen partizipierenden älteren Beschäftigten weisen in Deutschland und Österreich die niedrigste Quote aller neun in den Vergleich einbezogenen Staaten auf, diese liegt auch deutlich unter der EU-15-Quote (**Abb. G3-2**, **Tab. G3-5A**). Der Unterschied in der Qualifizierungspolitik von Unternehmen wird insbesondere im Vergleich mit den skandinavischen Ländern deutlich, wo die Teilnahmequote der älteren Beschäftigten um mehr als die Hälfte höher liegt als in Deutschland und der Abstand zur Hauptbeschäftigtengruppe – wiewohl vorhanden– deutlich niedriger ist. Dies bestätigt sich auch in der branchenspezifischen Betrachtung, bei der die skandinavischen Länder durchweg hohe Teilnahmequoten älterer Beschäftigter haben; eine Ausnahme bildet lediglich das Gast- sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe in Schweden (**Tab. G3-9web**).

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland sowohl was die Teilnahmequote an Weiterbildungsangeboten von Unternehmen angeht, als auch in Bezug auf Merkmale für die Intensität der Weiterbildungsangebote eher am unteren Ende der Skala. Wie in fast allen EU-15-Staaten ist die Teilnahmequote in Deutschland zwischen 1999 und 2005 gesunken. Am stärksten ist dies der Fall in den Staaten, in denen die Teilnahmequote 1999 sehr hoch war: Schweden, Dänemark, Finnland und Vereinigtes Königreich. Trotz dieses Rückgangs bleibt in diesen Staaten (mit Ausnahme Vereinigtes Königreich) auch 2005 die Teilnahmequote ebenso wie die Höhe der Teilnahmestunden je Beschäftigten noch höher als in Deutschland, Österreich, Italien und Spanien (**Abb. G3-3**, **Tab. G3-6A**).

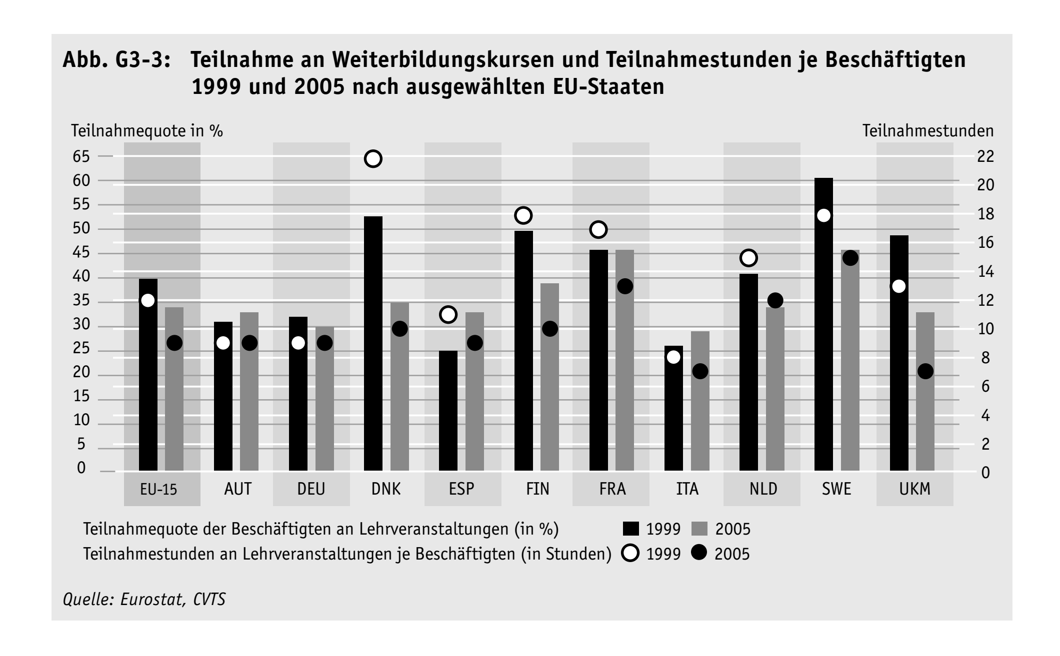
Die Frage nach den Gründen für die länderspezifischen Differenzen – ob sie mehr in unternehmensstrukturellen Merkmalen oder in arbeitsmarktpolitischen Traditionen und Regulierungen der Staaten liegen – ist schwer zu beantworten. Offensichtlich spielt ein deutlich anderes Weiterbildungsverhalten der kleinen und mittleren Unternehmen eine Rolle: Ihre Weiterbildungsangebote bei den weiterbildungsstarken Staaten liegen 2005 deutlich über denen in den eher weiterbildungsschwachen Staaten (**Abb. G3-5A**).

Abb. G3-2: Teilnahme an Weiterbildungskursen 2005 nach Altersgruppen und ausgewählten EU-Staaten (in %)



Quelle: Eurostat, CVTS 2005

Abb. G3-3: Teilnahme an Weiterbildungskursen und Teilnahmestunden je Beschäftigten 1999 und 2005 nach ausgewählten EU-Staaten



Quelle: Eurostat, CVTS

Staatliche Arbeitsmarktpolitik möglicher Faktor zur Erklärung von Länderunterschieden

Es spricht einiges dafür, dass für die Weiterbildungsangebote der Unternehmen unternehmensexterne Faktoren wie arbeitsmarktpolitische Regulierung und/oder kulturelle Traditionen eine größere Rolle spielen als nur unternehmensstrukturelle Merkmale. Der stärkere Einbezug von Weiterbildung in die staatliche Arbeitsmarktpolitik – z. B. in den skandinavischen Ländern – und Fondslösungen der Weiterbildungsfinanzierung (Frankreich) können einen Teil der Länderunterschiede erklären helfen.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

CVTS
Für die „Europäische Erhebung über die berufliche Weiterbildung“ (Continuing Vocational Training Survey, CVTS2 2000 und CVTS3 2005) wurden Unternehmen aus den Wirtschaftszweigen C bis K und O der NACE Rev. 1.1 mit zehn und mehr Beschäftigten befragt. Auf europäischer Ebene liegen für 2005 Ergebnisse für alle 27 EU-Mitgliedsstaaten und Norwegen vor. Bei allen Weiterbildungsaktivitäten der CVTS handelt es sich um vorausgeplantes, organisiertes Lernen, das vollständig oder teilweise vom Unternehmen finanziert wird. Die Aussagen in diesem Indikator beziehen sich auf non-formale Weiterbildung durch Lehrveranstaltungen in Form von Lehrgängen, Kursen und Seminaren. Hier werden alle Beschäftigte des Unternehmens mit einem Arbeitsvertrag berücksichtigt, jedoch keine Auszubildenden und Praktikanten. In den Ausgaben für Lehrveranstaltungen sind direkte Kosten (z. B. für externe Dozenten, Reisen, Spesen oder Tagegeld) und indirekte Kosten (Personalausfallkosten) enthalten.

IAB-Betriebspanel
Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist eine repräsentative Arbeitgeberbefragung, für die im Auftrag der BA jedes Jahr etwa 16.000 Betriebe befragt werden. Dabei beziehen sich Weiterbildungsangebote auf externe bzw. interne Kurse, Lehrgänge und Seminare, für die die Beschäftigten freigestellt wurden bzw. für die die Kosten ganz oder teilweise vom Betrieb übernommen wurden. Der Bezugszeitraum ist jeweils das 1. Halbjahr der hier dargestellten Jahre. Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden sowie der teilweise anderen Erfassung von Weiterbildung sind Ergebnisse von CVTS und IAB-Betriebspanel nicht direkt miteinander vergleichbar.

Ertragslage
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E3**

Innovationsaktivität
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E3**

G4 Weiterbildungserträge

Kaum indikatorengestützte Ertragsdokumentation für Weiterbildungsteilnahme

Erträge von Weiterbildung sind noch schwerer mess- und dokumentierbar als von anderen Bildungsaktivitäten wie dem Schul- oder Hochschulbesuch. Dies hat unterschiedliche Gründe. Sie liegen zum Teil in individuellen Motivationslagen für die Beteiligung an Weiterbildung, auf die Kategorien von Ertrag und Nutzen wenig passen; zum Teil an der zeitlichen und inhaltlichen Struktur von Weiterbildungsangeboten (und ihrer Erhebung), die eine eindeutige Zuordnung von wie immer gearteten Erträgen oder Statusverbesserungen – z. B. Einkommen, berufliche Position, bessere Arbeits- oder Lebensbedingungen – zu Weiterbildungsaktivitäten kaum gestatten. Deswegen liegen weder für die vielfältigen individuellen Weiterbildungsaktivitäten noch für die Weiterbildungsangebote von Unternehmen indikatorengestützte Ertragsdokumentationen vor. Die beiden letzten Bildungsberichte sind dieser Schwierigkeit dadurch aus dem Weg gegangen, dass sie einen quantitativ bedeutsamen Typus von arbeitsmarktbezogener Weiterbildung, das von der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgelegte Programm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)Ⓜ, herangezogen haben. Im Folgenden wird zunächst das Gesamtspektrum von Weiterbildungsteilnahmen, wie sie im Adult Education Survey (AES) dokumentiert sind, in den Blick genommen; daran anschließend wird der Arbeitsmarkteffekt der BA-Maßnahmen fortgeschrieben.

Der AES erfasst neben der subjektiven Nutzeneinschätzung der Weiterbildungsmaßnahmen, auf die im Folgenden wegen deren begrenzter Validität verzichtet wird, das objektive Kriterium des Erwerbs eines (öffentlich anerkannten) ZertifikatsⓂ. Zertifikate stellen zwar keine Erträge einer Weiterbildungsmaßnahme dar, sie sind nicht einmal unbedingt ein Qualitätskriterium, da die Qualität einer Weiterbildungsmaßnahme gerade in ihrer zweckfreien Bildungsintention liegen kann, insbesondere bei nicht berufsbezogener Weiterbildung. Da aber über vier Fünftel aller Weiterbildungsteilnehmer (**G1**) ihre Aktivität beruflich begründen, gewinnen in der Mehrheit der Fälle Zertifikate die Bedeutung von Signalen für die Arbeitsmarktakteure über erworbene Kompetenzen oder Leistungsfähigkeit, die die Arbeitsmarktchancen von Weiterbildungsteilnehmern verbessern können.



Abb. G4-1: Zertifizierung von Weiterbildungsveranstaltungen 2007 nach Weiterbildungstypen (in %)

1) Zu 100% fehlende Werte: keine Angabe
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Nur begrenzte Zertifizierung von Weiterbildung

Die Weiterbildungsbeteiligung wird nur für gut die Hälfte der Teilnehmer mit einer nach außen dokumentierbaren Bescheinigung abgeschlossen. Unter den Abschlussdokumenten dominiert die in ihrer Beweiskraft für erworbene Kompetenzen am wenigsten aussagekräftige Teilnahmebescheinigung mit zwei Dritteln (**Abb. G4-1**, **Tab. G4-1A**); Zertifikate mit höherer Signalwirkung im Sinne überregional anerkannter Zeugnisse erhält nur gut ein Drittel derjenigen, deren Teilnahme an Weiterbildung überhaupt dokumentiert wird. Die Dokumentationspraxis der Weiterbildungsbeteiligung scheint die eher lockere Institutionalisierung der Weiterbildungsangebote zu spiegeln, die häufig ad hoc und auf spezifische Bedürfnisse reagieren, was auch als Stärke der Weiterbildung angesehen werden kann – eine Stärke allerdings, für die genauer zu prüfen wäre, wie weit sie dem Interesse der Teilnehmer entspricht.

Höchster Grad der Zertifizierung bei nicht berufsbezogener, niedrigster bei betrieblicher Weiterbildung

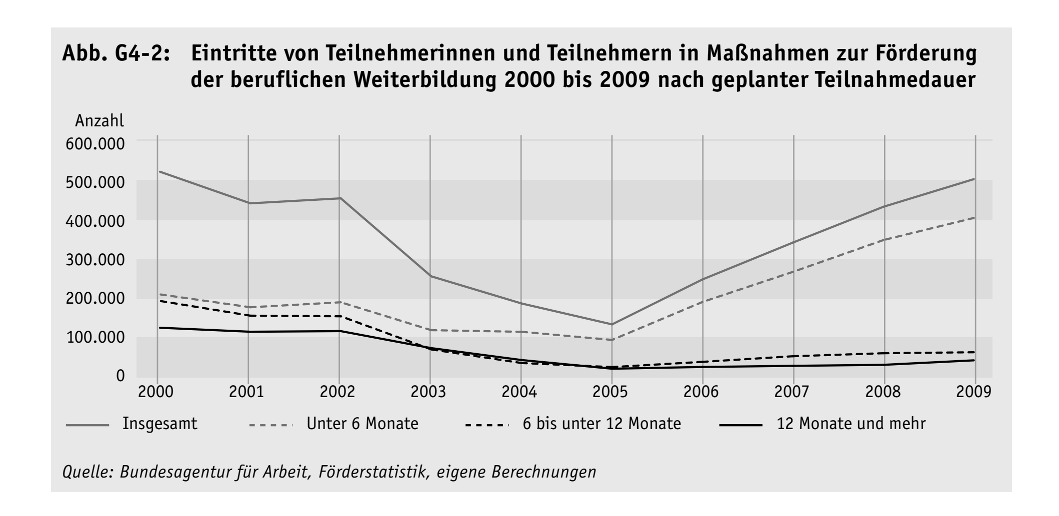
Nach Weiterbildungstypen Ⓜ weist die betriebliche Weiterbildung den geringsten Grad, die nicht berufsbezogene Weiterbildung den höchsten Grad der Zertifizierung auf, wobei es sich hier vor allem um bundesweit gültige Zeugnisse wie beispielsweise Volkshochschulzertifikate für Sprachkurse handeln kann (**Abb. G4-1**, **Tab. G4-2A**). Am häufigsten, zu 50%, werden die von in Ausbildung befindlichen Personen oder Arbeitslosen besuchten Weiterbildungsveranstaltungen zertifiziert (**Tab. G4-2A**). Im ersten Fall (Auszubildende) lässt sich das vermutlich darauf zurückführen, dass die Weiterbildung hier komplementär zur Ausbildung besucht wird, im zweiten Fall (Arbeitslose) auf einen hohen Anteil öffentlich geförderter Weiterbildungsmaßnahmen, die eine Zertifizierungspflicht haben. Branchenspezifische Differenzen spielen eine untergeordnete Rolle (**Tab. G4-7web**).

Erfolg öffentlich geförderter beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen

Anstieg der Weiterbildungsmaßnahmen der BA bei gleichzeitiger Verkürzung der Teilnahmedauer

Die Maßnahmen der BA zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) lassen sich nach ihrer Dauer in drei Typen gliedern: unter 6 Monate, 6 bis unter 12 Monate, über 12 Monate. Im Zeitverlauf zeigt sich zum einen, dass nach einer radikalen Reduzierung des Maßnahmevolumens um 75% zwischen 2000 und 2005 in der zweiten Hälfte des zurückliegenden Jahrzehnts die Maßnahmen bis 2009 fast wieder auf das Niveau von 2000 stiegen (**Tab. G4-3A**). Zum anderen wird deutlich, dass sich der Wiederanstieg der Maßnahmen unter Fortführung der seit 2000 beobachtbaren Strategie zur Verlagerung auf kurzfristige Weiterbildungsmaßnahmen vollzog (**Abb. G4-2**). Die Maßnahmen unter 6 Monaten verdoppelten in der Dekade ihren Anteil auf 80% aller Maßnahmen, während die längerfristigen Maßnahmen (über 12 Monate) um 16 Prozentpunkte auf 8%, die mittleren um 25 Prozentpunkte auf 12% zurückgingen.

Abb. G4-2: Eintritte von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 2000 bis 2009 nach geplanter Teilnahmedauer



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, eigene Berechnungen

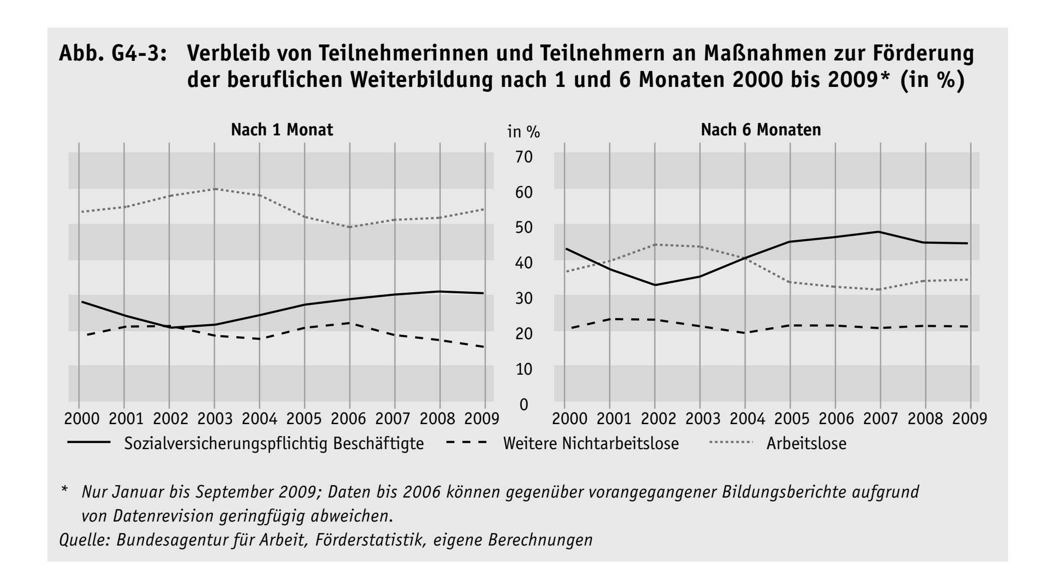


Abb. G4-3: Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach 1 und 6 Monaten 2000 bis 2009* (in %)

* *Nur Januar bis September 2009; Daten bis 2006 können gegenüber vorangegangener Bildungsberichte aufgrund von Datenrevision geringfügig abweichen.*

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, eigene Berechnungen

Man kann die langfristige Umschichtungsstrategie als Verstärkung der Tendenz zu kurzfristiger Arbeitsmarktanpassung und weg von beruflicher Umorientierung interpretieren: Eine Strategie, die nicht nur Kosteneinsparungen geschuldet sein muss, sondern durchaus auch Erfordernissen eines Arbeitsmarktes entsprechen kann, der von hoher beruflicher Mobilität und zunehmenden Unsicherheiten über die Entwicklung der Qualifikationsstruktur geprägt ist.

Der Erfolg der Weiterbildung wird im Folgenden am Erwerbsstatus (Verbleibsstatus M) nach Abschluss der Weiterbildung in zwei Zeitintervallen, einen Monat und sechs Monate nach Ende der Maßnahme, dargestellt. Auch wenn der Verbleibsstatus nur ein Merkmal der Arbeitsmarktbeteiligung abbildet und alle qualitativen Aspekte der neuen Erwerbstätigkeit ausblendet, dürfte es für Teilnehmer wie Weiterbildungsträger das zentrale sein.

Die Verlaufskurven für beide Zeitpunkte weisen eine ähnliche Struktur auf, allerdings auf unterschiedlichem Niveau der Verbleibsmerkmale: Die 2008 und 2009 nach einem Monat über 50% liegenden und deutlich höheren Arbeitslosigkeitsquoten als nach sechs Monaten lassen sich zum Teil als Übergangs- oder Sucharbeitslosigkeit verstehen; aber eben nur zu etwa einem Drittel, da auch nach sechs Monaten immer noch über ein Drittel der Teilnehmer arbeitslos ist (**Abb. G4-3**, **Tab. G4-4A**).

Eingliederung ins Erwerbsleben vor allem für Ostdeutsche, Frauen und Ältere weniger erfolgreich

Den Rückgang der Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und den Anstieg der Einmündung in Arbeitslosigkeit nach sechs Monaten in den letzten beiden Jahren kann man mit gebotener Vorsicht als Wirkung der ökonomischen Krise interpretieren. Für die Interpretation spricht, dass beide Merkmale von 2002 bis 2007 eine kontinuierlich positive Entwicklung aufweisen, dann der Bruch erfolgt. Von der negativen Entwicklung der letzten Jahre ist Ostdeutschland stärker als Westdeutschland betroffen (**Tab. G4-4A**). Nach Maßnahmetyp haben die Langzeitmaßnahmen (über 12 Monate) die beste Eingliederungsquote, die vor allem älteren Arbeitnehmern (über 45) verstärkt zugutekommt. Die zweitbeste Eingliederungsbilanz weisen die Maßnahmen unter 6 Monate auf (**Tab. G4-5A**). Bezogen auf die FbW-Maßnahmen insgesamt bleiben beim Verbleibsstatus auch aktuell die traditionellen Ungleichheitsmuster nach Geschlecht zuungunsten der Frauen, nach Alter zuungunsten der Älteren (**Tab. G4-6A**) und nach Region zuungunsten Ostdeutschlands (**Tab. G4-9web**) stabil.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)
Die hier ausgewiesenen Daten beziehen sich auf die Förderung nach § 77 SGB III und Anteilen nach § 16 SGB II mit Datenstand Oktober 2009. Die Förderstatistik ist eine Vollerhebung und umfasst alle bei den Agenturen für Arbeit erfassten Fälle der aktiven Arbeitsförderung. Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger sind aus technischen Gründen nicht enthalten.

Zertifikat
Im AES wird für bis zu drei Weiterbildungsveranstaltungen anhand einer Auswahlliste erfasst, ob die Teilnehmer eine Bescheinigung erhalten. Hier wird die Art der Bescheinigung anhand von zwei Kategorien berichtet: Erstens Zertifikate, die Zeugnisse über einen staatlich anerkannten Abschluss, Zeugnisse aufgrund einer Kammerprüfung, Zertifikate mit bundesweiter Gültigkeit (z. B. Führerschein, Volkshochschul-Zertifikat, Refa-Schein) und Leistungsnachweise (mit Noten oder durch Beurteilung) umfassen, zweitens Teilnahmebescheinigungen und sonstige Bescheinigungen.

Weiterbildungstyp
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G1**

Verbleibsstatus
Unter sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind auch Personen, die zugleich arbeitslos gemeldet sind (geförderte Beschäftigung, z. B. ABM). Weitere Nichtarbeitslose beinhalten z. B. Beamte, Selbstständige, Personen in Ausbildung oder Nichterwerbspersonen. Als arbeitslos gilt hier, wer bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet ist. Als Eingliederungsquote wird der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an allen recherchierbaren Austritten sechs Monate nach Beendigung der Teilnahme definiert. Mit Arbeitslosenquote wird der Anteil der arbeitslos Gemeldeten bezeichnet.

G Perspektiven

Die rhetorische Wertschätzung der Weiterbildung findet in der Realität wenig Niederschlag. Sowohl in der Weiterbildungsteilnahme wie in den Angeboten insbesondere der betrieblich-beruflichen Weiterbildung bleiben die selektiven Muster seit Jahrzehnten stabil: Die herausragende Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Weiterbildungsteilnahme und -gelegenheiten bleibt bestehen. Sie hat zur Folge, dass Personengruppen außerhalb aktiver Erwerbstätigkeit wie Arbeitslose, ältere Personen nach der Erwerbsphase und erwerbslose Frauen wie auch diejenigen, die nicht im strategischen Zentrum des Erwerbssystems stehen wie Geringqualifizierte, geringe Beteiligungswerte aufweisen. Hiervon zeugen alle Indikatoren (**G1** bis **G4**).

Der aktuelle Bildungsbericht hat angesichts der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Globalisierung besondere Schwerpunkte auf die Differenzierung von Weiterbildungsverhalten und -angeboten bei den über 50-Jährigen und in der internationalen Vergleichsperspektive gelegt. In Bezug auf die Weiterbildungsteilnahme der über 50-Jährigen zeigt der Vergleich nach Weiterbildungstypen, dass es vor allem die geringere Repräsentanz in der betrieblichen Weiterbildung ist, die die Differenzen begründet (**G1**). Die Tatsache, dass durchgängig durch alle Branchen die Teilnahme Älterer an der betrieblichen Weiterbildung deutlich hinter derjenigen der unter 50-Jährigen zurückbleibt und Deutschland auch im internationalen Vergleich in diesem Punkt eher am unteren Ende in Europa steht (**G3**), deutet darauf hin, dass die Wichtigkeit der Qualifikationssicherung und -entfaltung bei älteren Arbeitnehmern in vielen Unternehmen noch nicht systematisch aufgegriffen und in spezifische Angebote umgesetzt wird, was einen Nachteil im internationalen Wettbewerb gegenüber anderen europäischen Staaten bedeuten kann.

Die intensivere Betrachtung der betrieblichen Bedingungsfaktoren für Weiterbildungsangebote ist dadurch gerechtfertigt, dass die betriebliche Weiterbildung das mit Abstand größte Weiterbildungsfeld darstellt. Nicht allein die Tatsache, dass die Ertragslage, die Innovationsaktivität, die Qualifikationsstruktur der Belegschaften sowie die Einbindung von Unternehmen in den internationalen Wettbewerb wichtige Faktoren für betriebliche Weiterbildungsaktivität abgeben, ist aufschlussreich: Zur bildungspolitischen Herausforderung wird dies durch die große Zahl der Erwerbstätigen, die nicht in Unternehmen mit diesen Merkmalen arbeiten.

In der Analyse des individuellen Weiterbildungsverhaltens lassen sich soziale Lerntypen nach Intensität des individuellen Weiterbildungsengagements sichtbar machen: In den weiterbildungsintensivsten Gruppen finden sich in der Regel gut qualifizierte vollerwerbstätige Frauen und Männer sowie der Typ des jungen, zumeist noch in Ausbildung befindlichen Weiterbildungsinteressenten – alle mit einem breiten inhaltlichen Interessenspektrum. Bei der Gruppe mit der geringsten Weiterbildungsintensität finden sich jeweils weibliche und männliche Weiterbildungsteilnehmer, deren Weiterbildungsengagement in der Regel auf nur wenige berufsbezogene Bereiche reduziert ist; in dieser Gruppe befinden sich mehr niedriger qualifizierte Erwerbstätige, bei den Frauen auch Teilzeitbeschäftigte, sowie Arbeitslose (**G2**).

Als Perspektive der zukünftigen Bildungsberichterstattung bleibt zu beobachten, ob sich die sozialen Barrieren der Weiterbildungsteilnahme verfestigen oder auflösen. Darin ist in Zukunft verstärkt die Frage nach der Weiterbildung der älteren Bevölkerungsgruppen einzuschließen – auch derjenigen jenseits der Erwerbsphase, womit Aspekte der nicht berufsbezogenen Weiterbildung in den Vordergrund rücken (vgl. **H4.5**).

Die Arbeit am aktuellen Bericht hat die Grenzen internationaler Vergleichbarkeit aufgezeigt. Da diese in Zukunft wichtiger wird, erscheint es sinnvoll, die internationale forschungspolitische und wissenschaftliche Kooperation zu intensivieren.

In der bisherigen Bildungsberichterstattung zu kurz gekommene Bereiche, denen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zukommen sollte, sind die berufliche Aufstiegsfortbildung und die Weiterbildungspraxis im Hochschulbereich. Schließlich ist die Frage der Erträge und Zertifizierung von Weiterbildung (**G4**) weiter aufzuhellen.

Teil H
Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel

H1 Zur Bedeutung des demografischen Wandels für das Bildungswesen

Die Folgen der demografischen Entwicklung für die deutsche Gesellschaft und besonders auch für das Bildungswesen werden bereits seit den1970er Jahren mit wechselnden Schwerpunkten und unterschiedlicher Intensität diskutiert. Ausgangspunkt waren die Folgen des Geburtenrückgangs seit Mitte der 1960er Jahre. Neben Deutschland sind viele weitere Staaten in Europa ebenfalls langfristig von einem Geburten- und Bevölkerungsrückgang sowie einer gleichzeitig zunehmenden Alterung der Bevölkerung betroffen (vgl. **A1**). Dadurch befinden sich Deutschland und Europa in einer von den anderen Kontinenten mit Bevölkerungswachstum abweichenden und historisch neuen demografischen Situation.

Der demografische Wandel ist nicht als isoliertes Phänomen, sondern in seiner Einbettung in die grundlegenden strukturellen Veränderungsprozesse in Gesellschaft und Wirtschaft (vgl. **A2**, **A3**) zu betrachten. Als Folge wird in Deutschland der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung weiter zurückgehen. Zugleich wird die Familienphase als klar begrenzbare biografische Phase im Lebenslauf an Bedeutung verlieren. Die Zahl der über 70-Jährigen wird absolut und ebenso bezogen auf die Gesamtbevölkerung ansteigen. Damit verbunden werden neue Anforderungen entstehen, die auch das Bildungswesen betreffen. Eine zunehmende kulturelle und soziale Heterogenität innerhalb der nachwachsenden Generation sowie familienstrukturelle Veränderungen führen zu weiteren Herausforderungen an das Bildungswesen.

Bezogen auf den Arbeitsmarkt werden in den öffentlichen Diskussionen bereits heute konkret zu erwartende Qualifikationslücken angesprochen, die sich vor allem nach 2020 ergeben können, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, die bis Ende der 1960er Jahre geboren wurden, den Arbeitsmarkt verlassen. Zugleich wird das Beschäftigungssystem immer mehr von Dienstleistungen und entsprechenden beruflichen Anforderungen geprägt (vgl. **A2**), was die qualifikations- und zugleich geschlechtsspezifische Arbeitskräftenachfrage und auch die geschlechtsspezifischen Muster der Arbeitsteilung verändern wird. Vor diesem Hintergrund werden zusätzliche Erwartungen an das Bildungswesen herangetragen, über eine umfassende individuelle Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten den gesellschaftlichen Bedarf an angemessen qualifizierten Arbeitskräften langfristig zu sichern. Außerdem wird erwartet, dass die Bildungseinrichtungen über eine Ausweitung von Betreuungszeiten die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit unterstützen.

Die skizzierten Herausforderungen beziehen sich sowohl auf die Anforderungen an die Qualität von Bildungsprozessen und -ergebnissen als auch deren Ausweitung auf neue Bildungsbedarfe und -interessen und schließlich auf die zunehmende Bedeutung von erzieherischen und betreuenden Aufgaben. Mit der demografischen Entwicklung

ergeben sich demnach zugleich auch Chancen für den Ausbau und die Umgestaltung des Bildungswesens. Dabei sind folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

- Bildungsprozesse gewinnen für den Einzelnen eine weiter wachsende Bedeutung. Das Bildungswesen muss diesen Anforderungen in einer Weise nachkommen, die Ausgrenzungen verhindert und zugleich bestehende Ungleichheiten verringert.
- Mit der Bedeutungszunahme von Bildung wächst auch die Wichtigkeit von Bildungseinrichtungen als Standortfaktoren. Sie eröffnen Möglichkeiten der Bildungsteilnahme und erhöhen die Attraktivität einer Stadt oder Region für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger.
- Mit den zunehmenden Erwartungen an das Bildungswesen steigen die Anforderungen an die Kompetenzen des Personals und der Bedarf an finanziellen Mitteln, um die als notwendig angesehenen Weiterentwicklungen und Qualitätsverbesserungen zu erreichen und veränderten Bildungsaufgaben Rechnung tragen zu können.

Vom Bildungswesen wird also in Zukunft erwartet, dass es die Bewältigung der Anpassungsprobleme an Geburtenentwicklung und Alterungsprozess in der Bevölkerung mit internen Verbesserungen und der Erfüllung steigender gesellschaftlicher Erwartungen an die Qualifikation der nachwachsenden Generation verbindet und zugleich auf die weitreichenden sozialen Veränderungen in der Gesellschaft reagiert. Beispielhaft sind der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Fördermaßnahmen im Schulbereich, der Ausbau der Ganztagsschule, die Verbesserung des Übergangs in eine berufliche Ausbildung und der Ausbau der Weiterbildung in Betrieben, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen als bereits lange diskutierte Zusatzbedarfe im Bildungswesen zu nennen.

Vor diesem Hintergrund ist das folgende Kapitel gegliedert: Zunächst werden in einem Abschnitt die unter Status-quo-Annahmen zu erwartenden Entwicklungen der Bildungsteilnehmer, des Personal- und des Finanzbedarfs im Bildungswesen dargestellt (**H2**). In dem folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse einer aktuellen Projektion des qualifikationsspezifischen Arbeitskräftebedarfs und -angebots (**H3**) beschrieben. Diese Vorausberechnungen stellen trotz aller mit derartigen Prognosen verbundenen Unsicherheiten unverzichtbare Orientierungsinstrumente für Politik und Verwaltung dar, auch wenn sie keine unveränderbaren Zielgrößen sind. Ihr Sinn ist es, politisches Handeln zu beeinflussen. Dazu ist es erforderlich, die Konsequenzen unterschiedlichen politischen Handelns zu antizipieren. Deshalb werden im anschließenden Abschnitt **H4** vertiefende Analysen für die einzelnen Bildungsbereiche vorgestellt. Diese gehen von den Ergebnissen der Bildungsvorausberechnung (**H2**) bzw. der Arbeitsmarktprojektion (**H3**) aus und ergänzen sie um bereichsspezifisch präzisierte Prognosevarianten und problemorientierte Analysen. Für die einzelnen Bildungsbereiche werden mögliche Anpassungserfordernisse als Folge der demografischen Entwicklung mit alternativen Entwicklungsüberlegungen und geplanten Qualitätsverbesserungen verbunden. Unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse werden künftige Herausforderungen benannt und mögliche Konsequenzen für den Personal- und Finanzbedarf für den jeweiligen Bereich zur Diskussion gestellt.

Abschließend werden die Analysen zu den Bildungsbereichen weiterführend zusammengefasst (**H5**). Dabei erhalten die Konsequenzen des demografischen Wandels für die Gestaltung institutionalisierter Bildungsprozesse, für eine bessere Verzahnung von Bildung im Lebenslauf, für regionale Aspekte des Bildungswesens und dem damit verbundenen Ressourcenbedarf einen besonderen Stellenwert.

H2 Entwicklung von Bildungsbeteiligung, Personal- und Finanzbedarf bis 2025

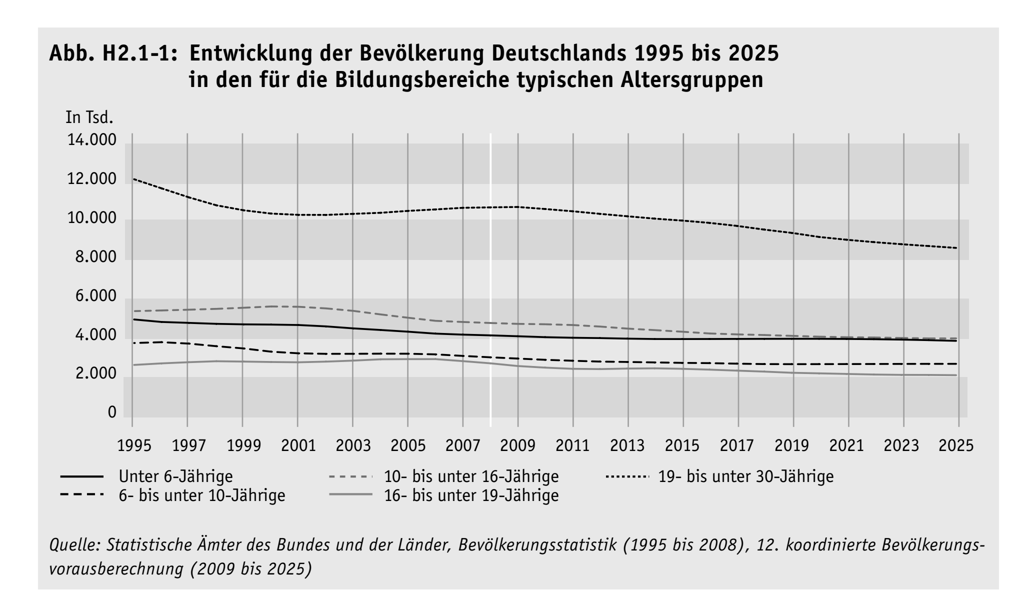
2.1 Bildungsbeteiligung

Demografische Entwicklung in Deutschland

Zahl der unter 30-Jährigen 2008: 25,5 Millionen, 2025: 21,3 Millionen

Den Ausgangspunkt der Vorausberechnung künftiger Bildungsbeteiligung bildet die in ihren Annahmen und zentralen Ergebnissen in **A1** beschriebene 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Ⓜ. Danach wird die für Kindertageseinrichtungen, Schule, Berufsausbildung und Hochschule relevante Altersgruppe der unter 30-Jährigen von derzeit 25,5 Millionen zunächst auf 23,6 Millionen im Jahr 2015 und dann bis 2025 auf 21,3 Millionen zurückgehen. Während die Zahl der Personen in dem für Krippe, Kindergarten und Grundschule typischen Alter bis 2025 moderat sinkt, wird der Bevölkerungsrückgang in den für den Sekundarbereich II und den Tertiärbereich relevanten Altersgruppen etwa 20% betragen (**Abb. H2.1-1**).

Abb. H2.1-1: Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands 1995 bis 2025 in den für die Bildungsbereiche typischen Altersgruppen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik (1995 bis 2008), 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (2009 bis 2025)

Auch die über 30-Jährigen können Bildungsinstitutionen besuchen und beispielsweise Bildungsabschlüsse nachholen (z. B. ein Masterstudium nach einer Erwerbsphase) oder sich an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung beteiligen. Nach der Vorausberechnung wird die Altersgruppe der 30- bis unter 65-Jährigen bis 2025 auf 37,3 Millionen Menschen zurückgehen (2008: 39,8 Millionen Personen), während die der über 65-Jährigen auf 20,2 Millionen Personen (2008: 16,7 Millionen Personen) anwachsen wird.

Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sind die einzelnen Länder in unterschiedlichem Umfang vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Für die Altersgruppe der unter 30-Jährigen ergibt sich in den ostdeutschen Flächenländern ein Rückgang von 26%, in den westlichen Flächenländern von 15% und in den Stadtstaaten von 12% (**Tab. H2.1-4web**, **Tab. H2.1-5web**).

Entwicklung der Anzahl der Bildungsteilnehmer bis 2025

Um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das Bildungswesen abschätzen zu können, haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ein integriertes System von Bildungsvorausberechnungen Ⓜ entwickelt. Die Bildungsvor-

ausberechnungen basieren einerseits auf den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, andererseits auf den Informationen über die Personen in Bildungseinrichtungen im Jahr 2008. Für jeden Bildungsbereich wurden spezifische Modelle entwickelt, die es ermöglichen, die Anzahl der Bildungsteilnehmer sowie der Absolventen bis 2025 vorauszuberechnen. Weitgehend unberücksichtigt bleibt der Bereich der Weiterbildung, für den keine ausreichenden Grundlagen für eine Vorausberechnung nach dem verwendeten Konzept vorliegen. Darauf aufbauend wird der Personal- und Finanzbedarf ermittelt, wobei unterstellt wird, dass die Relation von Lehrkräften und Ausgaben je Bildungsteilnehmer im Zeitverlauf konstant bleibt.

Die Bildungsvorausberechnungen gehen daher von der derzeitigen Struktur des Bildungsangebots aus und unterstellen eine Konstanz des Bildungsverhaltens, der Bildungszeiten und des Bildungserfolgs (Status-quo-Betrachtungen). In die hier dargestellte Basisvariante der Vorausberechnungen einbezogen wurden aber bereits eingeleitete bildungspolitische Maßnahmen wie die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre, die Vorverlegung des Einschulungsalters sowie die Auswirkungen des Ausbaus des Betreuungsangebots für die unter 3-Jährigen bis 2013.

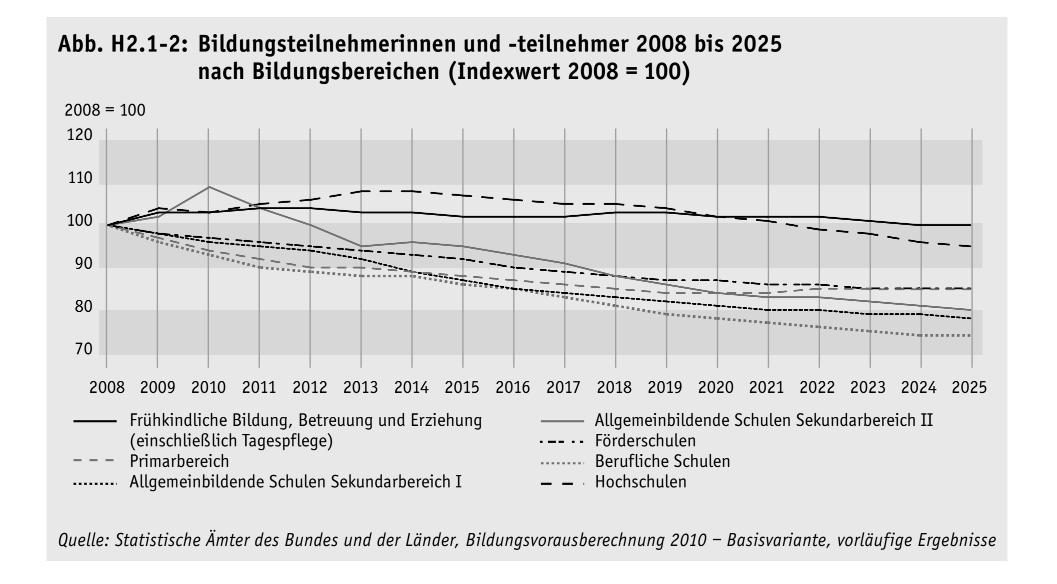
Gesamtzahl der Bildungsteilnehmer 2008: 16,7 Millionen, 2025: 14,1 Millionen

Im Jahr 2008 besuchten 16,7 Millionen Personen Kindertageseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen der Berufsbildung und Hochschulen. Bis 2025 wird die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer um 15% (2,6 Millionen) zurückgehen (**Tab. H2.1-1A**). Der Rückgang verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Bildungsbereiche. Durch die Verbesserung des Betreuungsangebots für unter 3-Jährige wird die Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen und wegen der doppelten Abiturjahrgänge die Anzahl der Studierenden in den nächsten Jahren zunächst ansteigen. Die Schülerzahl an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wird demgegenüber kontinuierlich zurückgehen (**Abb. H2.1-2**).

Bis 2025: 17% weniger Bildungsteilnehmer in Westdeutschland, 14% weniger in Ostdeutschland

Im Zeitraum von 2008 bis 2025 wird sich die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Westdeutschland um 17% und in Ostdeutschland um 14% verringern. Für die Stadtstaaten ergibt sich eine leichte Zunahme um 3% (**Tab. H2.1-1A**). Diese regional unterschiedlichen Entwicklungen haben auch entsprechende Konsequenzen für den Finanz- und Personalbedarf. Sie zeigen sich noch deutlicher bei differenzierten Analysen auf der Ebene der einzelnen Bildungsbereiche, die in Abschnitt **H4** dargestellt werden. Sie berücksichtigen zusätzliche bereichsspezifische Annahmen, die sich auf Veränderungen der Nachfrage oder Auswirkungen geplanter Maßnahmen der Qualitätsverbesserung beziehen.

Abb. H2.1-2: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 2008 bis 2025 nach Bildungsbereichen (Indexwert 2008 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

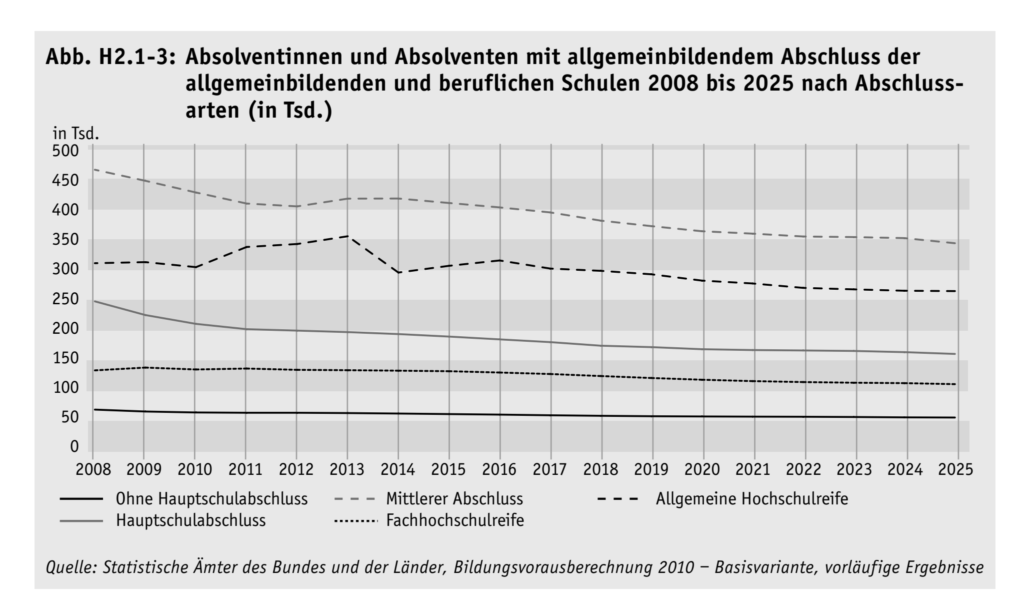
Entwicklung der Anzahl der Absolventen bis 2025

Studienberechtigtenquote ab 2011 über 50%

Von den Absolventinnen und Absolventen allgemeinbildender Bildungsgänge erwarben 2008 rund 310.000 Personen die Hochschulreife (**Abb. H2.1-3**, **Tab. H2.1-2A**, **Tab. H2.1-6web**). Im Zeitraum 2011 bis 2013 werden durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre doppelte Abiturientenjahrgänge die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife stark erhöhen. Nach der dargestellten Basisvariante wird die Studienberechtigtenquote im Vorausberechnungszeitraum voraussichtlich ab 2011 über dem Wert von 50% liegen (**Tab. H2.1-7web**). Zunächst ist dies auf die doppelten Abiturientenjahrgänge zurückzuführen. Danach wirkt sich der steigende Anteil von Schülerinnen und Schülern in Bildungseinrichtungen aus, an denen die Hochschulreife erworben werden kann.

Als Folge des allgemeinen Rückgangs der Schülerzahlen wird auch die Zahl der Schüler, welche die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss beenden, kontinuierlich abnehmen. Im Jahr 2025 werden nach der Basisvariante aber immer noch 52.000 junge Menschen die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss und 134.000 mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Es werden aber auch nachträglich 25.000 Personen einen Hauptschulabschluss und 64.000 einen Mittleren Schulabschluss an beruflichen Schulen erwerben.

Abb. H2.1-3: Absolventinnen und Absolventen mit allgemeinbildendem Abschluss der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 2008 bis 2025 nach Abschlussarten (in Tsd.)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Die meisten Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen setzen ihre Bildungskarriere fort, indem sie eine duale Berufsausbildung beginnen, eine berufliche Vollzeitschule oder eine Hochschule besuchen. Bei der Berechnung der Teilnehmer an beruflicher Ausbildung wurde die Entwicklung der Absolventen mit allgemeinbildenden Abschlüssen berücksichtigt. Da Absolventen mit Mittlerem Schulabschluss und Hauptschulabschluss häufiger eine duale Ausbildung absolvieren als Absolventen mit Hochschulreife, wird (bei Konstanz der Bildungszeiten und Abschlussquoten) die Zahl der Absolventen einer dualen Ausbildung aufgrund der demografischen Entwicklung und des höheren Abiturientenanteils nach den Status-quo-Berechnungen bis 2025 von 447.000 auf 343.000 zurückgehen (**Tab. H2.1-2A**).

2015: 288.000 Erstabsolventen an Hochschulen

Im Hochschulbereich wird dagegen die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen (**Tab. H2.1-2A**, **Tab. H2.1-8web**). Aufgrund der Umstellung der längeren Diplomstudiengänge auf das kürzere Bachelorstudium schließen in den nächsten Jahren relativ viele Studierende ihr Erststudium ab. Die höchste Zahl der Erstabsolventen ist mit 288.000 im Jahr 2015 zu erwarten.

Aufgrund der unterschiedlichen Zeitpunkte der Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor-Master-System und der Unterschiede in der Studiendauer werden die Höchstwerte an Universitäten und Fachhochschulen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erreicht. Zu beachten ist jedoch, dass jener Teil der Bachelorabsolventen, der sich im direkten Anschluss für die Aufnahme eines Masterstudiums entscheidet, nicht unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen wird.

2.2 Personal- und Finanzbedarf im Bildungswesen

Welche Konsequenzen die Entwicklung der Teilnehmerzahlen auf den Finanz- und Personalbedarf im Bildungswesen hat, wird gegenwärtig kontrovers diskutiert. Einerseits werden Erwartungen in einen erheblichen finanziellen Minderbedarf und damit in finanzielle Spielräume für die Finanzierung des Reformbedarfs im Schulwesen geweckt.[1] Andererseits betonen Forschungsberichte, dass die Entwicklung der Schulausgaben nur schwach mit der Teilnehmerentwicklung korreliert.[2]

Vorgaben der Länder zur Klassengröße an Schulen, zur Gruppengröße in Kindergärten und den Curricularnormwerten im Hochschulbereich machen deutlich, dass zwischen Teilnehmerzahlen einerseits, Personal- und Finanzbedarf andererseits ein Zusammenhang erwartet werden kann. Die Effekte der Teilnehmerentwicklung auf den Personal- und Finanzbedarf werden jedoch häufig von einer Reihe anderer Faktoren überlagert. Zu nennen sind beispielsweise im Schulbereich Anpassungsschwierigkeiten aufgrund der Unter- und Obergrenzen für Klassengrößen, die Erhaltung eines wohnortnahen Bildungsangebots sowie die Einhaltung von personalrechtlichen Regelungen. Rückläufige Teilnehmerzahlen können aber auch als Chance für bildungspolitisch angestrebte Qualitätsverbesserungen genutzt werden. Insofern ist nur teilweise eine Anpassung des Finanzbedarfs an die Teilnehmerentwicklung zu erwarten.

Dies zeigt auch in der Tendenz die Entwicklung in den neuen Ländern, wo als Folge des starken Schülerzahlenrückgangs seit 1995 etwa ein Drittel der Schulen geschlossen wurde. Dem Rückgang des Unterrichtsbedarfs wurde teilweise über eine befristete Teilzeitbeschäftigung der Lehrkräfte entsprochen, um auf diese Weise erhebliche zusätzliche Lehrerentlassungen zu vermeiden. Trotz dieser gravierenden Maßnahmen sind die Ausgaben je Schüler überproportional angewachsen, und die Schüler-Lehrer-Relationen sind inzwischen zum Teil günstiger als in Westdeutschland (**Tab. H2.2-4web**; vgl. auch **B1**).

Entwicklung des Personalbedarfs bis 2025

Die Auswirkungen von Anpassungsrestriktionen und von Maßnahmen der Qualitätsverbesserung auf den Personalbedarf werden für die einzelnen Bildungsbereiche in Abschnitt **H4** erörtert. Hier wird zunächst bei der Berechnung des Personalbedarfs von einer linearen Beziehung zwischen der Zahl der Bildungsteilnehmer und der Anzahl der Lehrkräfte ausgegangen. Der künftige Personalbedarf hängt folglich allein davon ab, wie viele Bildungsteilnehmer im Jahr 2008 von einer Vollzeitlehrkraft betreut wurden und wie viele Bildungsteilnehmer im Vorausberechnungsjahr zu betreuen sein werden.

Rückgang des Bildungspersonals bis 2025 um 11%

Nach der Bildungspersonalrechnung waren im Jahr 2008 rund zwei Millionen Menschen in Bildungseinrichtungen[3] tätig. Das pädagogische und wissenschaftliche Personal umfasste 1,14 Millionen Vollzeitkräfte. Nach den Vorausberechnungen[3] ergibt

1 *Vgl. Robert Bosch Stiftung (2006): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf – Stuttgart*

2 *Vgl. Kempkes, G./Seitz, H. (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungsausgaben: Eine empirische Analyse der Ausgaben im Schulbereich auf der Länder- und Gemeindeebene. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik und Wissenschaft: Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem. Band 6 – Wiesbaden, S. 99–128*

3 *Ohne Tagespflege- und Hortpersonal*

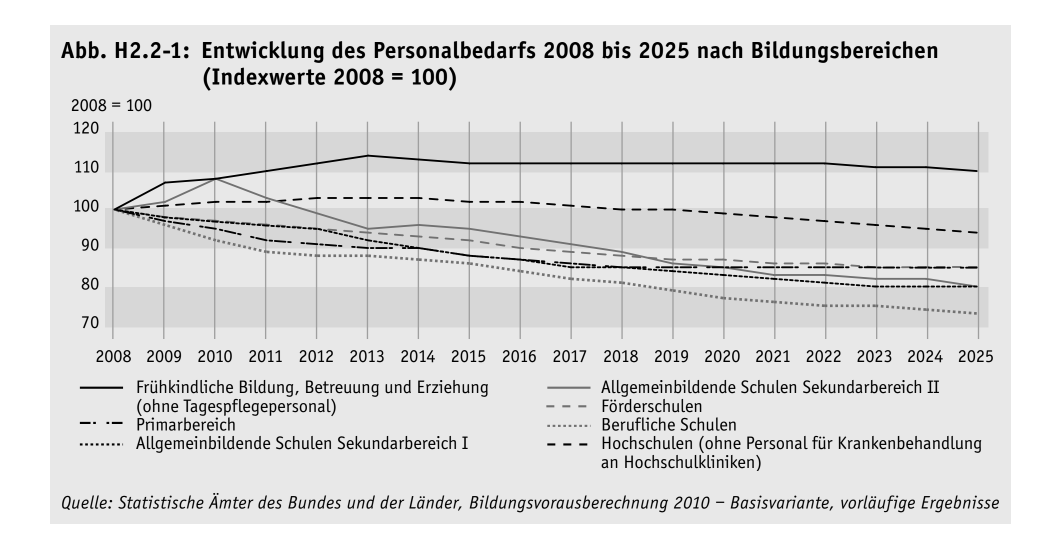


Abb. H2.2-1: Entwicklung des Personalbedarfs 2008 bis 2025 nach Bildungsbereichen (Indexwerte 2008 = 100)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

sich für 2015 ein Bedarf von 1,09 Millionen, für 2025 von einer Million Vollzeitkräften. Zu beachten ist, dass der Rückgang wegen des hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigten mehr Personen betreffen wird und in den einzelnen Bildungsbereichen und Ländern unterschiedlich ausfällt (**Tab. H2.2-1A**).

In der zusammenfassenden Darstellung für das Bundesgebiet zeigen die Vorausberechnungsergebnisse für die einzelnen Bildungsbereiche, dass der Personalbedarf im Elementar- und Hochschulbereich bis zur Mitte dieses Jahrzehnts deutlich ansteigen, im Schulbereich dagegen kontinuierlich zurückgehen wird (**Abb. H2.2-1**).

Entwicklung des Finanzbedarfs bis 2025

Ausgangspunkt der Vorausberechnungen ist das Bildungsbudget (vgl. **B1**). Im Mittelpunkt stehen dabei die Ausgaben der Bildungseinrichtungen des formalen Bildungswesens. Die Modellrechnung knüpft an die für die einzelnen Bildungsbereiche vorausberechneten Teilnehmerzahlen (**H2.1**) an und unterstellt, dass die Ausgaben je Teilnehmer (vgl. **B1**) im Zeitverlauf konstant bleiben. Die Vorausberechnungen gehen vom Ausgabenniveau und den Preisen des Jahres 2007 aus. Folglich bleiben auch hier zunächst Veränderungen in der Ausgabenstruktur und finanzielle Mehrbedarfe unberücksichtigt, die in Abschnitt **H4** thematisiert werden.

Potenzial für die Umschichtung von Ausgaben im Bildungswesen 2025 bei 19,6 Mrd. Euro

Das Bildungsbudget betrug 2007 147,8 Milliarden Euro (vgl. **B1**). In der Modellrechnung wurden für das Jahr 2015 141,3 Milliarden Euro und für 2025 128,2 Milliarden Euro errechnet (**Tab. H2.2-2A**). Das Umschichtungspotenzial würde daher 2025 im Vergleich zum Jahr 2007 knapp 20 Milliarden Euro bzw. 13% betragen, wobei der größte Teil dieser Mittel mit 9,4 Milliarden Euro bei den allgemeinbildenden Schulen anfallen würde.

Da sich die Teilnehmerzahlen in den einzelnen Bildungsbereichen unterschiedlich entwickeln, sind die finanziellen Auswirkungen ebenfalls bereichsspezifisch zu betrachten. So wird im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sowie im Hochschulbereich der Finanzbedarf bis 2015 ansteigen und bis 2025 in etwa auf das derzeitige Niveau zurückgehen. Im Schulbereich und in der Berufsbildung lassen die vorausberechneten Teilnehmerzahlen bei sonst gleichen Bedingungen einen stetig zurückgehenden Finanzbedarf erwarten (**Abb. H2.2-2**, **Tab. H2.2-2A**, **Tab. H2.2-3A**), der im Schulbereich überwiegend bei den öffentlichen Haushalten, in der beruflichen Bildung bei den Unternehmen entsteht.

Bund und Länder haben erklärt, dass die sich aufgrund der demografischen Entwicklung ergebenden Umschichtungsspielräume für Qualitätsverbesserungen im Bil-

Abb. H2.2-2: Fortschreibung der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2007 bis 2025 – ohne Qualitätsveränderungen*



** Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, in Preisen von 2007*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

dungswesen verwendet und die Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesteigert werden sollen. Ob diese Mittel ausreichen, um erforderliche Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen zu finanzieren, kann nur mithilfe von zusätzlichen Finanzbedarfsrechnungen beurteilt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierungssysteme in den einzelnen Bildungsbereichen unterschiedlich ausgestaltet sind (vgl. **B1**). Die demografische Entwicklung wirkt sich daher in unterschiedlicher Intensität auf die Höhe der in Zukunft von verschiedenen Ebenen des öffentlichen Bereichs (Bund, Länder, Gemeinden) bzw. des privaten Bereichs (Wirtschaft/private Haushalte) zu leistenden Finanzierungsbeiträge aus. Außerdem sind die Stadtstaaten und die ost- und westdeutschen Flächenländer in unterschiedlichem Umfang von den Veränderungen der Bildungsteilnehmer und damit des Finanzbedarfs betroffen. Folglich ist eine regionale und gebietskörperschaftliche Differenzierung des Finanzbedarfs in den einzelnen Bildungsbereichen erforderlich, um Handlungsspielräume und Umschichtungserfordernisse, aber auch fortbestehende zusätzliche Finanzbedarfe genauer bestimmen zu können (**H4**).



Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnungen
Erläuterungen vgl. Glossar

Bildungsvorausberechnungen
Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ein integriertes System von Bildungsvorausberechnungen entwickelt, um die Zusammenhänge zwischen der demografischen Entwicklung, der Bildungsbeteiligung, den Absolventen und dem Personal- und Finanzbedarf untersuchen zu können. Für jeden Bildungsbereich wurden bereichsspezifische Modelle entwickelt, wobei die Übergänge innerhalb eines Bildungsbereichs sowie zwischen den Bildungsbereichen berücksichtigt werden. Die Berechnungen werden in tiefer Gliederung (z. B. für Schularten, Klassenstufen) auf Länderebene grundsätzlich mit landesspezifischen Quoten durchgeführt, wobei für jeden Bildungsbereich ein einheitliches Modell verwendet wird. Für die Veröffentlichung wurden die Ergebnisse aus methodischen Gründen zu Bildungsbereichen und Ländergruppen (Flächenländer West und Ost, Stadtstaaten) zusammengefasst.
Bildungsvorausberechnungen haben Modellcharakter und zeigen auf, wie sich die Zahl der Bildungsteilnehmer und Absolventen bzw. der Finanz- und Personalbedarf sowie deren Struktur bei bestimmten Annahmen verändern würden.
Eine Übersicht über die Methodik und die Annahmen der Bildungsvorausberechnungen werden im Tabellenanhang (**Tab. H2.1-3A**) und auf der Homepage des Bildungsberichts bereitgestellt (vgl. Methodik Bildungsvorausberechnung 2010).

H3 Projektion von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2025

Die Qualifizierung für eine Berufstätigkeit ist eine zentrale Aufgabe des Bildungssystems. Insofern ist es angesichts des demografischen Wandels besonders wichtig, Aussagen zur weiteren Entwicklung des Beschäftigungssystems in Abhängigkeit von der Qualifikation der Beschäftigten zu treffen: Wie wird sich insgesamt das Verhältnis von Arbeitskräftebedarf und -angebot entwickeln? Wie gestaltet sich die Beschäftigungssituation für Personen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau? Lassen sich aus der Strukturentwicklung des Beschäftigungssystems Folgerungen für den qualifikations- und geschlechtsspezifischen Arbeitskräftebedarf ableiten?[4]

Bezogen auf diese Fragen gibt es in der aktuellen öffentlichen Diskussion immer wieder zum Teil spektakuläre Prognosen eines extremen, sich kontinuierlich aufbauenden Arbeitskräftemangels, der die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Wohlfahrtsproduktion nachhaltig infrage stellt.[5] Die folgenden Ausführungen, die zu einem weniger dramatischen Bild der Zukunft kommen, basieren im Wesentlichen auf einer Sonderauswertung[6] der BiBB/IAB-Gesamtprojektion des Arbeitskräftebedarfs und Erwerbstätigenangebots Ⓜ. Die Projektion verwendet beide Größen, Arbeitskräftebedarf und -angebot, nicht als Vollzeitäquivalente, sondern in ihren Zeitvolumen als Durchschnittserwerbstätige.[7] Auf dieser Basis fällt die Zahl der Erwerbstätigen (Bedarf) von etwas über 40 Millionen 2009 auf 39,7 Millionen 2025 bzw. um 1 %, während die Zahl der Erwerbspersonen (Angebot) von 43,7 auf 40,4 Millionen bzw. um 7 % sinkt (**Tab. H3-1A**). Zwischen Arbeitskräftebedarf und -angebot besteht damit 2025 ein Angebotsüberhang von etwa 0,7 Millionen[8] (**Abb. H3-1**, Variante BIBB-DEMOS). Rechnerisch kommt es zu keinen dramatischen Lücken im Arbeitskräfteangebot insgesamt, was aber größere Engpässe nach Qualifikationen oder in Berufsfeldern nicht ausschließt.

---

4 *Zu beachten ist, dass es wegen unterschiedlicher methodischer Ansätze nicht möglich ist, direkte Beziehungen zwischen den in* ***H2*** *berechneten Absolventen des Bildungssystems und dem qualifikationsspezifischen Einstellungsbedarf des Beschäftigungssystems herzustellen, sondern die Entwicklung von Erwerbstätigen und Erwerbspersonen nach vier Qualifikationsstufen gemäß der ISCED-Klassifikation dargestellt werden kann. Dies schmälert aber nicht den Wert der Vorausberechnungen für die Beantwortung der hier verfolgten Fragen.*

5 *Beispielsweise kommt eine Prognose zu dem Ergebnis, dass 2030 5,5 Millionen vor allem hoch qualifizierte Arbeitskräfte fehlen werden. Bereits 2010 fehlen danach im Dienstleistungsbereich 1,2 Millionen Arbeitskräfte, bei Personen mit Hochschulabschluss liege die Diskrepanz zwischen Bedarf und Angebot bei über einer halben Million und werde sich bis 2030 auf 2,4 Millionen steigern. (Prognos AG 2008, Arbeitslandschaft 2030 Projektion von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage nach Tätigkeiten und Qualifikationsniveau – München 01.10.2008. – Dieser Teil der Prognose ist durch die Revision von Prognos 2010 nur geringfügig revidiert.)*

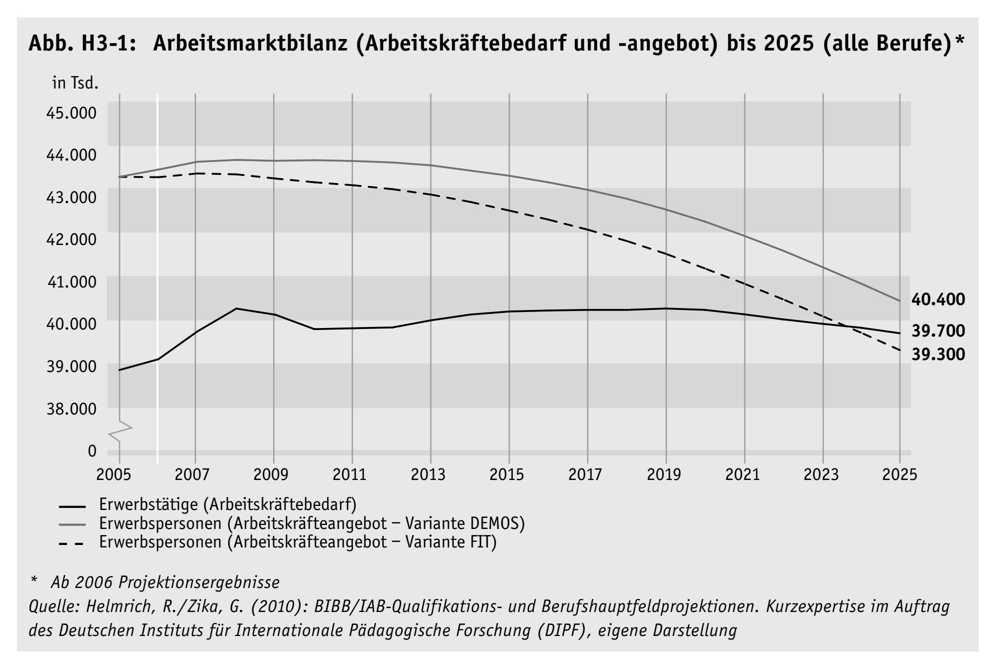
6 *Die hier vorgelegte Arbeitskräftebedarfsprognose basiert im Wesentlichen auf der Expertise „BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen", die R. Helmrich (BiBB) und G. Zika (IAB) für die Autorengruppe Bildungsberichterstattung erstellt haben. Die Verantwortung für den Text liegt allein bei der Autorengruppe Bildungsberichterstattung. Ferner herangezogene Projektionen: Bonin, H./Schneider, M. u. a. (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit – Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020. IZA Research Report No. 9 – Bonn; Börsch-Supan, A./Wilke, C. B. (2009): Zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Bd. 42, S. 29–48. Die Prognosen sind schwer vergleichbar, weil sie unterschiedliche Prognosezeiträume verfolgen (Bonin u. a. 2003 bis 2020; BIBB/IAB 2005 bis 2025, Prognos bis 2030) und verschiedene Referenzzeiträume für die Prognose zugrunde legen sowie unterschiedlichen Projektionsmethoden und Aggregatabgrenzungen folgen. (So lässt sich der extreme Unterschied zwischen der Arbeitskräfteprognose von Prognos und der im Folgenden präsentierten Projektion größtenteils darauf zurückführen, dass Prognos die Arbeitslosen nicht in die Erwerbspersonen einbezieht, was im Ausgangspunkt 2004 die Vernachlässigung von 4,4 Millionen Erwerbspersonen bedeutet.) Eine ausführliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Prognosen würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.*

7 *Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Stunden, in die Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte eingegangen sind, ist durch die Zahl der Erwerbstätigen dividiert. Im Gegensatz zur Prognose von Bonin u. a. (2007) sind hier die geringfügig Beschäftigten mit einbezogen.*

8 *In der Variante FIT entsteht eine Arbeitskräftelücke von ca. 400.000 Personen. Im Folgenden wird die BIBB-DEMOS-Variante weiter dargestellt. In* ***Tab. H3-1A*** *und* ***Tab. H3-2A*** *sind beide Varianten zur Kontrolle für Leserinnen und Leser aufgenommen.*

Ernst zu nehmende, aber keine spektakulären demografischen Effekte auf dem Arbeitsmarkt bis 2025

Abb. H3-1: Arbeitsmarktbilanz (Arbeitskräftebedarf und -angebot) bis 2025 (alle Berufe)*



* *Ab 2006 Projektionsergebnisse*
Quelle: Helmrich, R./Zika, G. (2010): BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), eigene Darstellung

Arbeitskräfteentwicklung nach Qualifikationsstufen

Generelle Tendenz: Rückgang gering qualifizierter, Anstieg hochqualifizierter Tätigkeiten

Bei der Arbeitskräfteentwicklung nach Qualifikationsniveau sind sich alle Prognosen in einer allgemeinen Tendenz einig: Es wird weiterhin zum Rückgang un- und gering qualifizierter Arbeit und zu einer Zunahme von hoch qualifizierten Tätigkeiten kommen, die ein Hochschulstudium voraussetzen (vgl. **A2**). Die mittlere Qualifikationsebene wird zumeist durch eine relative Konstanz oder geringe Rückläufigkeit (Bonin u. a. 2007) ausgewiesen. Entscheidend sind die Differenzen in den Größenordnungen, die den einzelnen Qualifikationsstufen zugeordnet werden. Die folgende Projektion unterscheidet vier Qualifikationsstufen entlang der ISCED-Klassifikation: Personen ohne formale berufliche Qualifikation (ISCED 1, 2, 3A); Personen mit einer Fachausbildung (ISCED 3B, 4); Personen mit einer Meister-, Techniker-, Fachschulqualifikation (ISCED 5B); Personen mit einem Hochschulabschluss (ISCED 5A, 6).

Stärkster Rückgang bis 2025 bei Arbeitskräften ohne berufliche Ausbildung

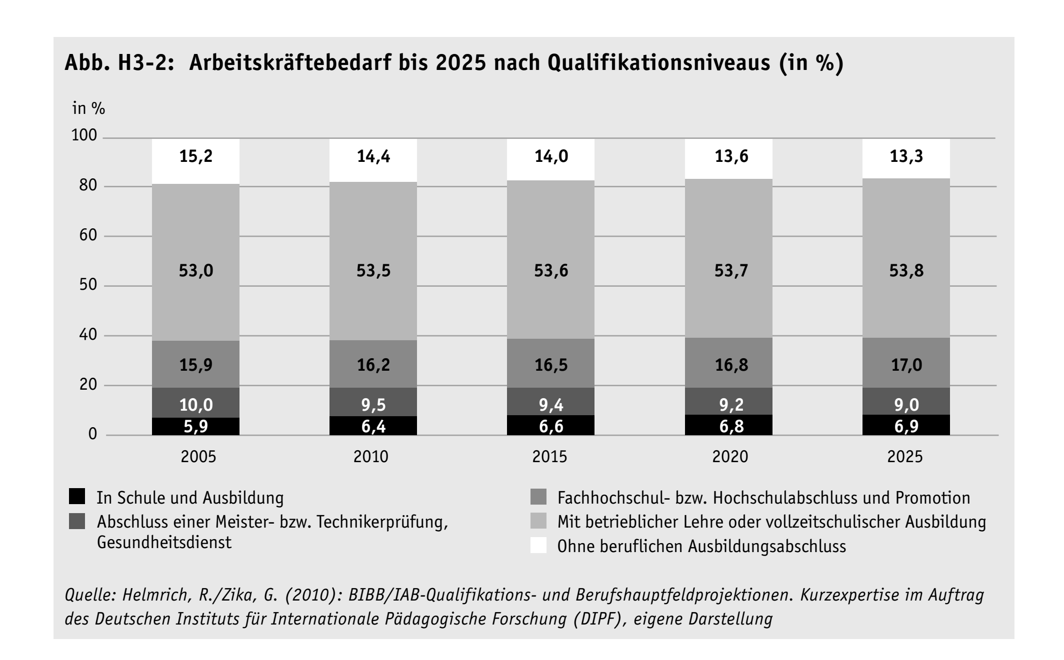
Die größte Bewegung vollzieht sich im Prognosezeitraum bei den Arbeitskräften ohne berufliche Ausbildung. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen wird nach dieser Projektion zwischen 2005 und 2025 um ca. zwei Prozentpunkte zurückgehen (**Abb. H3-2**), ihre absolute Zahl um über eine halbe Million (**Tab. H3-2A**). Für Personen ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung wird es in Zukunft noch schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden; ihr Risiko, arbeitslos zu werden oder zu bleiben, steigt weiter.

Mittleres Qualifikationssegment weiterhin mit über 50% aller Beschäftigten

Die Arbeitskräfte mit einem Ausbildungsabschluss im dualen oder im Schulberufssystem werden ihren Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt kaum ändern und weiterhin mit über der Hälfte der Beschäftigten die mit Abstand größte Qualifikationsgruppe stellen. Entsprechendes Gewicht kommt auch weiterhin den betrieblichen und schulischen Ausbildungseinrichtungen auf der mittleren Ebene für die Sicherstellung des Qualifikationsniveaus der Mehrheit der Erwerbstätigen zu.

Der Bedarf an Personen mit Hochschulabschluss wird nach der BIBB/IAB-Projektion anteilsmäßig nur um 1,1 Prozentpunkte bis 2025 ansteigen. Da die neuen Studienstrukturveränderungen in die Projektion noch nicht aufgenommen werden konnten, erscheinen diese Werte möglicherweise als zu niedrig. Bei dieser Qualifikationsstufe bestehen bei der BIBB/IAB-Projektion auch die größten Differenzen zu anderen Prognosen, vor allem zu der von Prognos und von Bonin u. a. (2007), wobei Letztere für 2020 für diese Qualifikationsgruppe bereits einen Anteil von 23,6% an allen Erwerbs-

Abb. H3-2: Arbeitskräftebedarf bis 2025 nach Qualifikationsniveaus (in %)



Quelle: Helmrich, R./Zika, G. (2010): BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), eigene Darstellung

Größte Dynamik im hoch qualifizierten Segment zu erwarten

tätigen ansetzt, aber schon 2010 einen Anteil von 20,5% ausweist.[9] Bei dieser Qualifikationsstufe ist zu berücksichtigen, dass sie in der Realität durch die größte Dynamik aller Qualifikationsstufen gekennzeichnet ist: Die Effekte der Studienstrukturreform (BA-Studiengänge) auf dem Arbeitsmarkt werden erst im nächsten Jahrzehnt voll sichtbar werden. Zudem verändern sich Bestand und Bedarf nach Arbeitskräften mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss, wenn mehr Berufe des heute mittleren Qualifikationsbereichs – z. B. Gesundheitsdienst- und Erziehungsberufe – akademisiert werden oder Ausbildungsinstitutionen wie beispielsweise Berufsakademien (vgl. **F2**) den Hochschulstatus erhalten.

Als Erklärungen für den rückläufigen Bedarf an Personen mit Fachschulabschluss (ISCED 5B) um ein Prozent am gesamten Arbeitskräftebedarf bzw. um 300.000 Beschäftigte bis 2025 lassen sich deren Verdrängung durch (Fach-)Hochschulabsolventen und Funktionsverluste an Facharbeiter im Zuge von Hierarchiereduktion in Unternehmen anführen.[10]

Arbeitsmarktbilanzen nach Qualifikationsniveau

Kein Rückgang des Angebotsüberhangs bei Geringqualifizierten bis 2025

Die Arbeitsmarktbilanz nach Qualifikationsstufen bis 2025 spiegelt in etwa die Beschäftigtenentwicklung. Der größte Angebotsüberhang mit ca. 1,3 Millionen findet sich bei den Erwerbspersonen, die keinen beruflichen Abschluss haben und weder in Schule noch Ausbildung sind. Das Angebot dieser Gruppe wird bis 2025 um etwa 0,7 Millionen Personen sinken, aber auch die Nachfrage um etwa eine halbe Million zurückgehen (**Abb. H3-3**, **Tab. H3-2A**). Hier bleibt ein großer Bestand Geringqualifizierter, die aber zugleich ein Potenzial darstellen, um über deren Qualifizierung Lücken auf anderen Qualifikationsebenen zu schließen.

---

9 Bonin u. a. (2007), Tab. 17. Die Differenzen lassen sich zum einen durch unterschiedliche Erwerbstätigen-Abgrenzungen zwischen den beiden Projektionen (Personen vs. Durchschnittserwerbstätige, s. Fußnote 6), zum anderen daraus erklären, dass die ältere Prognose noch von einer optimistischeren Übernahme von Hochschulabsolventen in den Arbeitsmarkt ausgegangen sind, die aber nach Helmrich/Zika bisher so auf dem Arbeitsmarkt nicht erkennbar ist.

*10 Eines der Probleme der BIBB/IAB-Arbeitskräftebedarfsprojektion liegt darin, dass eine Verknüpfung von Qualifikationsstufen und Berufsfeldern noch nicht erarbeitet wurde, so dass eine inhaltlich-funktionale Bestimmung direkt nicht vorgenommen werden kann. Für Bildungs- und Ausbildungspolitik wäre diese aber wichtig. Indirekt kann man aber aus der gegenwärtigen Qualifikationsstruktur der Berufsfelder (**Tab. H3-3A**) Schlussfolgerungen ziehen. Vgl. zur Methodik der BIBB/IAB-Projektion im Einzelnen Helmrich, R./Zika, G. (Hrsg.) (2010): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB/IAB Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025 – Gütersloh (im Erscheinen)*

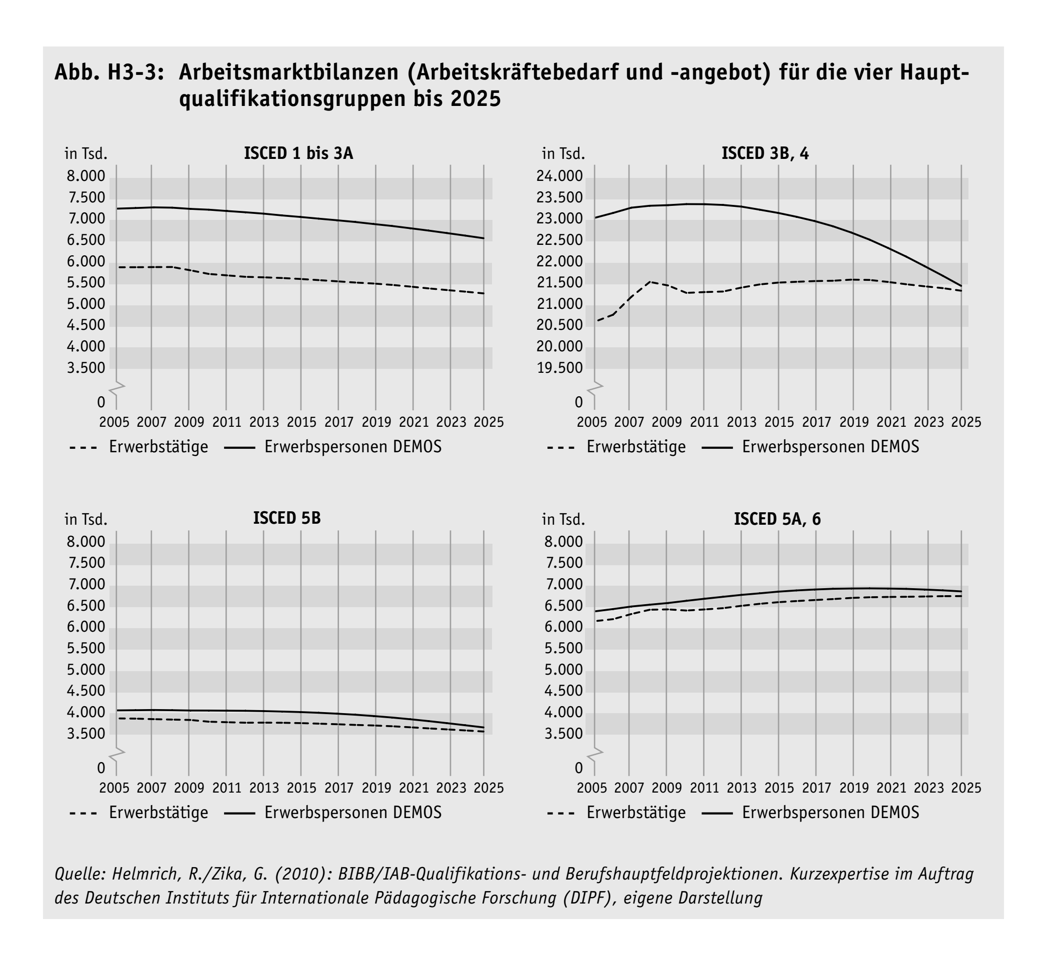


Abb. H3-3: Arbeitsmarktbilanzen (Arbeitskräftebedarf und -angebot) für die vier Hauptqualifikationsgruppen bis 2025

Quelle: Helmrich, R./Zika, G. (2010): BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), eigene Darstellung

Probleme im mittleren Qualifikationssegment ab 2015 zunehmend

Im mittleren Qualifikationssegment besteht ein in etwa gleichbleibender Bedarf an Beschäftigten bis 2025, dem bis 2015 ein leichter, ab dann beträchtlicher Rückgang des Angebots gegenübersteht, weil aus Altersgründen Beschäftigte ausscheiden. Dies könnte ab Anfang der 2020er Jahre selbst bei einem noch leichten Angebotsüberhang in einen Fachkräftemangel münden. Der mögliche Fachkräftemangel wird sich berufsfeldspezifisch zeigen und wahrscheinlich vor allem die Sozial- und Gesundheitsdienstberufe betreffen (**Abb. H3-4**), in denen heute schwerpunktmäßig Frauen tätig sind.

Der Arbeitsmarkt für Fachschulabsolventen (Meister, Techniker, Gesundheitsdienstberufe ohne Approbation) bleibt in der Projektion ausgeglichen. Dem leicht rückläufigen Bedarf entspricht auch eine Abnahme des Angebots. Unsicherheiten bestehen in diesem Qualifikationssegment in zweierlei Hinsicht: zum einen durch die Konkurrenz zu den neuen BA-(Fach-)Hochschulabschlüssen, zum anderen in der Frage, ob Teile dieses Ausbildungssegments in den Status einer Fachhochschulausbildung überführt werden.

In wenigen Jahren stärkerer Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften

Für das Hochqualifiziertensegment zeigt die Projektion über den gesamten Betrachtungszeitraum einen leichten Überhang des Angebots zwischen etwas über 200.000 und 100.000 Erwerbspersonen. Die zum Ende des Projektionszeitraums in Richtung Gleichstand gehende Entwicklung würde in der Realität aber bereits eine Arbeitskräftelücke bedeuten, weil keine unbegrenzte regionale und fachliche Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte unterstellt werden kann. Deswegen ist wahrscheinlich in einigen Berufsbereichen schon ab 2016 mit einem zunehmenden Mangel an hoch qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen. Die Arbeitskräftelücke bleibt in der hier übernommenen Angebotsvariante der BIBB/IAB-Projektion im Vergleich zu anderen Prognosen relativ begrenzt. Der eigentlich kritische Punkt liegt nicht

in der Gesamtentwicklung, sondern in den Angebots-Nachfrage-Relationen nach Fachrichtungen und Berufsfeldern (siehe unten), die im Augenblick aber nicht genau prognostiziert werden können.

Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs nach Berufshauptfeldern

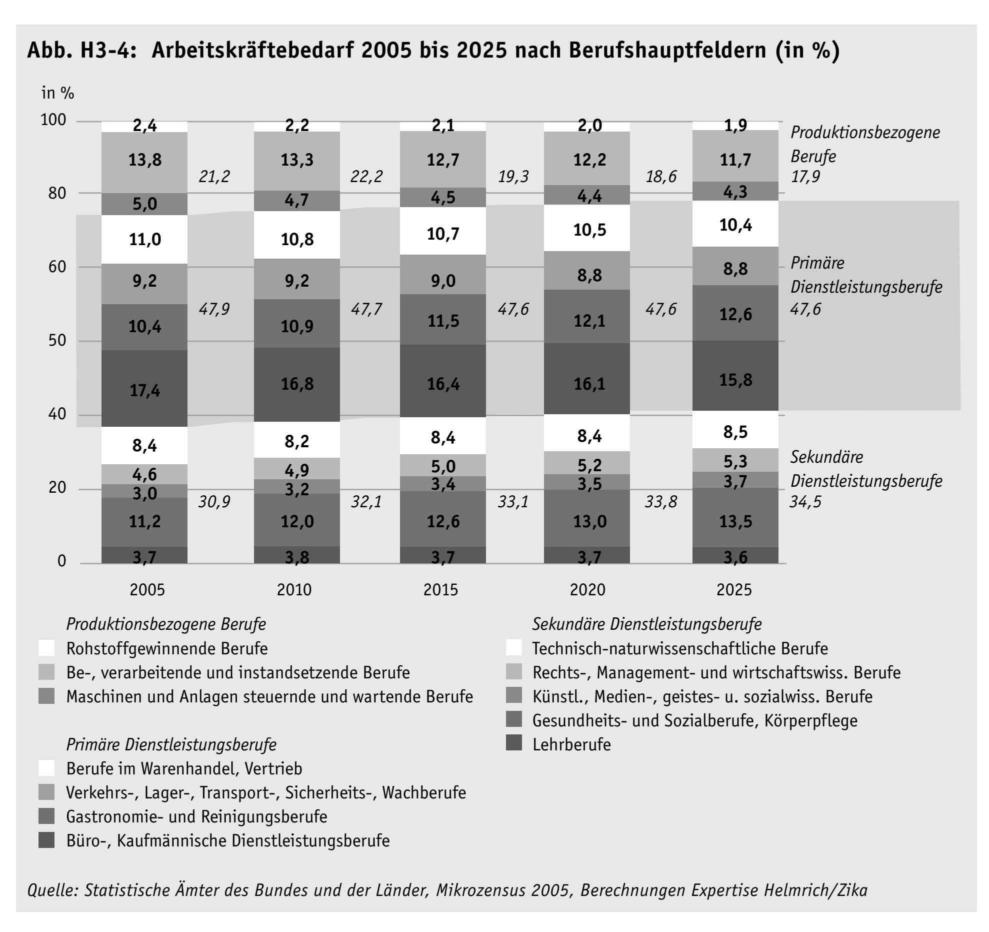
Die BIBB/IAB-Projektion gliedert die Erwerbstätigkeit in zwölf Berufshauptfelder (**Abb. H3-4**).[11] Fasst man diese zu den drei großen volkswirtschaftlichen Sektoren der produktionsbezogenen, der primären und der sekundären Dienstleistungsberufe zusammen, so zeigt die Projektion die Fortsetzung des seit Jahrzehnten anhaltenden Trends zur Dienstleistungsökonomie: Die produktionsbezogenen Berufe nehmen zwischen 2010 und 2025 von 21,2 auf 17,9% der Erwerbstätigen ab. Der Anteil der Beschäftigten in den primären Dienstleistungsberufen bleibt in etwa konstant (–0,3%). Sie machen weiterhin mit fast 48% den größten volkswirtschaftlichen Sektor aus. Die sekundären Dienstleistungsberufe, in denen der größte Anteil der Hochschulabsolventen tätig ist, werden von 30,9 auf 34,5% der Erwerbstätigen insgesamt expandieren. Die Strukturverschiebung zu den sekundären Dienstleistungen erklärt die Verschiebung der Erwerbstätigen zu den hoch qualifizierten Berufen (ISCED 5A/6).

Starker Rückgang produktionsbezogener, Stagnation primärer, starke Expansion sekundärer Dienstleistungsberufe

Nach der BIBB/IAB-Projektion kommt es innerhalb der drei Sektoren zwischen den zwölf Berufshauptfeldern zu qualifikationsrelevanten Verschiebungen. Bei den primären Dienstleistungen erfahren den höchsten Zuwachs die Gastronomie- und

Gastronomie- und Reinigungsberufe weiterhin Beschäftigungsbereich für Geringqualifizierte

Abb. H3-4: Arbeitskräftebedarf 2005 bis 2025 nach Berufshauptfeldern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2005, Berechnungen Expertise Helmrich/Zika

---

11 *Eine nach Berufsfeldern gegliederte Arbeitskräftebedarfsprojektion ist für einen Bildungsbericht insofern ertragreicher als eine branchenbezogene, als in der Berufsklassifikation das Qualifikationsniveau der Berufe stärker als in der Branchendifferenzierung repräsentiert ist, auch wenn man nicht alle Erwerbstätigen eines Berufsfeldes einer bestimmten Qualifikationsstufe zuordnen kann (**Tab. H3-3A**).*

Reinigungsberufe, deren Anteil an den Erwerbstätigen von 10,4 auf 12,6% steigen wird; sie stellen eines der weniger qualifikationsintensiven Berufshauptfelder dar und bleiben auch für Geringqualifizierte ein Beschäftigungsbereich. Im expandierenden Sektor der sekundären Dienstleistungen vollzieht sich die stärkste Ausweitung in dem größten Berufshauptfeld dieses Sektors, bei den „Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpflege“, dessen Anteil von 11,2 auf 13,5% steigen wird. Mit Ausnahme der Körperpflege handelt es sich um eher qualifikationsintensive Berufe, die entweder eine Hochschulausbildung oder einen mittleren Fachkräfteabschluss voraussetzen (**Tab. H3-3A**).[12] Dieses Berufshauptfeld beschäftigt heute schwerpunktmäßig weibliche Arbeitskräfte.

Bei Mittel- und Hochqualifizierten: Perspektivisch größte Zuwächse bei Gesundheits- und Sozialberufen

Überraschend mögen die relativ geringen Zuwächse der technisch-naturwissenschaftlichen Berufe (0,1 Prozentpunkt Anteilssteigerung) erscheinen, die in der öffentlichen Diskussion heute im Zentrum stehen, wenn es um Engpässe beim hoch qualifizierten Arbeitskräftepotenzial geht. Einen Anstieg sowohl ihres Anteils an den Erwerbstätigen um jeweils 0,7 Prozentpunkte als auch einen absoluten Gewinn an Beschäftigten um 0,25 Millionen erfahren die „Rechts-, Management- und wirtschaftswissenschaftlichen Berufe“ sowie die „künstlerischen, Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufe“. Die Lehrberufe verharren auf dem Niveau von 2005; in ihnen sind die Lehrpersonen auf allen Bildungsstufen zusammengefasst; der Hochschulabsolventenanteil liegt bei 85% (**Tab. H3-3A**).[13]

Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage 2025 nach Berufshauptfeldern

Setzt man den Arbeitskräftebedarf zum prognostizierten Arbeitskräfteangebot in Beziehung, so lassen sich die Arbeitskräftelücken und -überhänge für 2025 für die Berufshauptfelder zeigen. Die Arbeitskräftelücken konzentrieren sich mit unterschiedlicher Größenordnung auf drei Berufshauptfelder (**Tab. H3-2A**): Gastronomie und Reinigungsberufe; Gesundheits- und Sozialberufe/Körperpflege; künstlerische, Medien-, geistes- und sozialwissenschaftliche Berufe. Bei den Lehrberufen und den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen weist die Projektion in etwa rechnerischen Gleichstand von Angebot und Nachfrage aus, sodass man auch hier in der Realität von ernsthaften Angebotslücken nach Regionen und Berufen ausgehen muss. Bei den übrigen Berufsfeldern, die entweder den produktionsbezogenen Berufen oder den primären Dienstleistungen angehören, sind selbst 2025 noch – zum Teil erhebliche – Angebotsüberhänge zu erwarten (**Tab. H3-2A**). In den beiden Berufshauptfeldern mit den perspektivisch größten Arbeitskräftelücken – Gastronomie u. a. und Gesundheits- und Sozialberufe – sind heute vorrangig Frauen beschäftigt (zwischen zwei Drittel und vier Fünftel Frauenanteil).

Größte zu erwartende Arbeitskräftelücken in den heute typischen Berufsfeldern von Frauen

Die in der Arbeitskräfteprojektion deutlich werdende Verschiebung zu den personenbezogenen (sozialen, Erziehungs- und Gesundheitsdienst-) Berufen bedeuten nach den heutigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilungsmustern eine weiter gehende Stärkung des Frauenanteils am Arbeitsmarkt. Soll das gegenwärtig bereits hohe Qualifikationsniveau der Frauen stärker als bisher genutzt werden, sind neben einer besseren Professionalisierung in den entsprechenden Berufsfeldern auch sozial- und beschäftigungspolitische Aktivitäten erforderlich, um Berufs- und Familienperspektiven besser vereinbaren zu können.

---

12 Tiemann, M./Schade, H.-J./Helmrich, R./Hall, A./Braun, U./Bott, P. (2008): Berufsfeld-Definitionen des BIBB – Bonn, S. 24

13 Hier ist zu berücksichtigen, dass die politischen Absichtserklärungen auf den „Bildungsgipfeln“ in die Projektion noch nicht eingearbeitet werden konnten.

Arbeitskräftelücken wie auch -überhänge werden in der Realität nicht so eintreten, wie sie prognostiziert werden. Antizipatorische Anpassungsreaktionen der Unternehmen auf der Nachfrage- und sich wandelnde Ausbildungs- und Berufsoptionen der Jugendlichen auf der Angebotsseite wie auch politische Interventionen können Arbeitskräftelücken und -überhänge entschärfen. Die Verteilung von Arbeitskräfte lücken und -überhängen nach den Berufshauptfeldern macht deutlich, wie viel an qualifikatorischer Umorientierung im nächsten Jahrzehnt erforderlich ist, um zu einem Arbeitsmarktausgleich nach Berufen zu kommen und nicht auf der einen Seite hohe Arbeitslosenzahlen, auf der anderen Seite größere Arbeitskräftelücken zu haben.

Qualifikatorische Umschichtungen im nächsten Jahrzehnt erforderlich

Anpassungsreaktionen bei unzureichendem Arbeitskräfteangebot sind umso einfacher, je weniger spezialisiert der Arbeitskräftebedarf ist, weil in solchen Fällen keine langfristigen Qualifizierungsprozesse initiiert werden müssen. Insofern erscheint der hohe Arbeitskräftebedarf des Berufshauptfeldes „Gastronomie- und Reinigungsberufe“ vergleichsweise weniger problematisch, weil in ihm hohe Anteile von Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss tätig sind. Die entgegengesetzte Konstellation bieten die Berufsfelder, in denen der Anteil an Hochqualifizierten groß und die Flexibilität gering ist (**Tab. H3-3A**), denn Anpassungsmaßnahmen setzen in diesen Fällen langjährige Qualifizierungsprozesse voraus.

Bei Hochqualifizierten Engpässe verstärkt nach 2025

Für den Bereich der Tätigkeiten von Hochqualifizierten können beim Projektionszeitraum bis 2025 die möglichen langfristigen Angebotsengpässe insofern unterschätzt sein, weil auch danach durch die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten mit einem verstärken Akademikerrückgang zu rechnen sein wird (vgl. **A1**).

Es ist nicht Aufgabe eines Bildungsberichts, arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitische Perspektiven zur Behebung demografisch bedingter Arbeitskraftengpässe zu entwickeln. Aber die in dieser Richtung von unterschiedlichen Arbeitsmarktexperten vorgetragenen und von der Politik zum Teil bereits aufgegriffenen Vorschläge zur mittel- bis langfristigen Lösung demografisch bedingter Engpässe, wie die deutliche Reduzierung der Arbeitslosenquote, die Erhöhung der Erwerbsquote (durch früheres Berufseintritts- und späteres Renteneintrittsalter, stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen) sowie die Erhöhung der Produktivität,[14] beinhalten weitreichende Anforderungen an das Bildungswesen. Ohne eine aktive Rolle des Bildungswesens, die vom quantitativen Ausbau und der qualitativen Verbesserung der frühkindlichen Erziehung bis zur Neukonzipierung der Weiterbildung auf allen Altersstufen reicht (**H5**), müssten solche Lösungsperspektiven ins Leere laufen.

Arbeitskräfteentwicklung erfordert Ausbau von Bildungsleistungen auf allen Stufen

14 *Vgl. Börsch-Supan, A./Wilke, Ch. B. (2007): Szenarien zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Anzahl der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigen in Deutschland; ähnlich: Bonin, H./Schneider, M. u. a. (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit – Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020. IZA Research Report No. 9 – Bonn, S. 21 ff.*

Methodische Erläuterungen

BIBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen

Die BiBB/IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen wurden in Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut für Angewandte Informationstechnik (FIT) und der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung mbH (GWS) erarbeitet. Es handelt sich um eine koordinierte Angebots- und Bedarfsprojektion auf der Grundlage gemeinsam definierter Berufsfelder und Datengenerierungen.

Auf der Grundlage der Daten des Mikrozensus (MZ) aus mehreren Jahren sind sowohl der Bestand an Erwerbstätigen nach ausgeübtem Beruf und Branchenzugehörigkeit als auch die Erwerbspersonen nach Qualifikationsniveau, Alter und Geschlecht aufbereitet worden.

Auf der Qualifikationsebene wurde nach vier Stufen im Rahmen der ISCED-Klassifikation unterschieden: Personen ohne eine formale Qualifikation (ISCED 1,2,3A); Personen mit einer Fachausbildung (ISCED 3B, 4); Personen mit einer Meister-, Techniker-, Fachschulqualifikation (ISCED 5B); Personen mit einem akademischen Abschluss (ISCED 5A, 6).

Auf der Ebene der Berufe wurden die Abgrenzungen der BIBB-Berufsfelder (Tiemann et al., Berufsfeld-Definitionen des BIBB, Bonn 2008) sowohl auf der Bedarfs- als auch auf der Angebotsseite in zwölf Berufshauptfelder komprimiert angewandt. Hierbei handelt es sich um 54 Berufsfelder, die zusammengefasst auf der Ebene der Berufsordnungen (als 3-Steller in der Klassifikation der Berufe 1992 (KldB 92) gekennzeichnet) jeweils gleiche Tätigkeitsmerkmale und Branchendominanz aufweisen.

Der Mikrozensus weist gegenüber der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) tendenziell eine geringere Zahl an Erwerbstätigen auf. Für die Projektionen wurden daher strukturneutral die MZ-Zahlen auf das VGR-Niveau angehoben.

Projektion des Bedarfs: Die Bedarfsprojektion stellt für die Jahre von 1996 bis 2007 (Ist-Zahlen) bzw. bis 2025 (Projektion) den realisierten Bedarf (Erwerbstätige) nach ausgeübtem Beruf in den zwölf Berufshauptfeldern in der Differenzierung nach den vier Qualifikationsniveaus dar. Ausgangspunkt für die Bedarfsprojektion ist die mit dem IAB/INFORGE-Modell erstellte, nach 59 Wirtschaftssektoren disaggregierte Arbeitskräftebedarfsprojektion bis 2025, die auf Modellrechnungen mit dem IAB/INFORGE-Modell basiert. Dabei handelt es sich um ein makroökonometrisches Input/Output-Modell, das auf dem Konstruktionsprinzip „bottom up" 59 Wirtschaftszweige, 59 Gütergruppen und 43 Verwendungsarten unterscheidet. Am Arbeitsmarkt ist mit dem Erwerbspersonenpotenzial das Arbeitsangebot exogen. Die Arbeitsnachfrage wird auf Stundenbasis modellendogen bestimmt, d. h., es wird zunächst das für die Produktion notwendige Arbeitsvolumen bestimmt und die Aufteilung nach Personen anschließend durchgeführt. Die durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten eines Arbeitnehmers entwickeln sich in der Bedarfsprojektion von 1.318 (2010) auf 1.321 (2015) und schließlich 1.354 (2025) Stunden.

Für die Bedarfsprojektion wurden keine speziellen Annahmen zum wirtschaftlichen Wachstum oder zum technischen Fortschritt getroffen, sie sind dem dem Modell zugrunde liegenden Referenzzeitraum implizit. Die veränderten Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung sind innerhalb der unterschiedlichen Konsumverwendungsarten berücksichtigt.

Bezogen auf die Zeitstruktur von Beschäftigung: Würde man die hier gewählte Kopfbetrachtung in Vollzeitäquivalente umrechnen, würden sich die Größenordnungen (in Personen gerechnet) auf der Bedarfsseite reduzieren. Würde man umgekehrt die Beschäftigung nach Vollzeit/Teilzeit/geringfügiger Beschäftigung als Status quo 2009 bis 2025 fortschreiben, würden die Größenordnungen steigen. Dies erscheint aber weder sinnvoll, noch ist es umstandslos möglich, da man hierzu eine genaue Analyse der Dynamik in den berufsfeld- bzw. branchenspezifischen Arbeitszeitstrukturen vornehmen müsste.

Die *Projektion des Arbeitsangebots* wurde mit dem Ziel der Modellpluralität mit zwei unabhängigen Modellen berechnet, die wie die Bedarfsprojektion auf den gleichen Systematiken und Datengenerierungen aufbauen. Dabei handelt es sich um das BIBB-DEMOS-Modell der GWS, das Schnittpunkte zum IAB-INFORGE-Modell aufweist, und um das etablierte Modell des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik (FIT), das bereits für die bekannten Prognosen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK 2002, Bonin et al. 2007) verwendet worden ist.

Während es sich bei dem FIT-Modell also um ein Übergangsmodell handelt, basiert die Angebotsprojektion des BIBB-DEMOS-Modells (GWS) auf einem Kohortenmodell. Hier ist das Arbeitsangebot das Ergebnis mehrerer, in sich verschränkter Prozesse: Die absolute Veränderung und relative Verschiebung der Altersjahrgänge, getrennt nach Frauen und Männern, geht auf die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung) zurück. Die Bevölkerungsentwicklung legt nicht nur die Verteilung auf Altersjahrgänge und Geschlecht fest, sondern bestimmt letztendlich die Anzahl der potenziellen Erwerbspersonen, nämlich die Anzahl der Personen, die älter als 14, aber jünger als 66 (68) Jahre sind. Das Modell unterstellt eine Adaption des neuen Regelrenteneintrittsalters.

Daran schließt sich der Qualifizierungsprozess an, der sich durch eine zunehmende Qualifizierung, insbesondere der Frauen, auszeichnet und auch die Dauer bis zur Erreichung eines formalen Ausbildungsabschlusses bestimmt.

Der Flexibilitätsanteil bezeichnet das Ausmaß, in dem Erwerbspersonen flexibel sind und Tätigkeiten auch in anderen Berufsfeldern als dem erlernten Beruf ergreifen und Unternehmen für Tätigkeiten auch Personen rekrutieren, die ihren Abschluss in einem anderen Berufsfeld erworben haben. Der Flexibilitätsanteil ist nach Berufshauptfeld auf Basis der realisierten Flexibilität nach MZ 2005 berechnet und in der Projektion konstant gehalten.

H4 Vertiefende Analysen zu den einzelnen Bildungsbereichen

Im Abschnitt **H2** wurde dargestellt, wie sich der demografische Wandel auf die Bildungsbeteiligung in den verschiedenen Bildungsbereichen auswirkt, wenn die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zusätzlich nur von bereits beschlossenen bildungspolitischen Maßnahmen beeinflusst würde. Diese Annahmen markieren den notwendigen Ausgangspunkt für weiterführende Überlegungen zu den Herausforderungen und Chancen in den einzelnen Bildungsbereichen, die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden. Dabei stehen Überlegungen zu bereichsspezifischen Entwicklungsperspektiven und -varianten im Vordergrund, die sich aus bildungspolitischen Impulsen und Veränderungen in der Bildungsnachfrage ergeben können. Zugleich werden die in **H3** dargestellten Arbeitsmarktprozesse und Annahmen über weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse beachtet, soweit sich daraus Folgerungen für die Zukunft in den einzelnen Bildungsbereichen ergeben. Berücksichtigt werden auch die Konsequenzen für den Personal- und Finanzbedarf.

4.1 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Bereich der frühkindlichen Bildung können nicht unabhängig vom Bedarf und von der Entwicklung der Elternnachfrage nach Betreuungsangeboten betrachtet werden. Zugleich beeinflussen politische Steuerungsvorgaben der Familien- und Sozialpolitik direkt und langfristig Anzahl und Art der Angebote frühkindlicher Bildung und schaffen so gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die wiederum Rückwirkungen auf die Geburtenentwicklung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie haben können.

Entwicklung der Bildungsbeteiligung im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt

Bis 2025: in den Flächenländern Rückgang des Platzbedarfs im Kindergartenalter zu erwarten

Nach den Ergebnissen der Bildungsvorausberechnung (**H2**) wird der Betreuungsbedarf bei den 3-bis 6-Jährigen bundesweit zurückgehen (**Abb. H4.1-2A**). In den westdeutschen Flächenländern werden im Vergleich zu 2009 im Jahr 2025 über 180.000 weniger 3-bis 6-Jährige Kindertageseinrichtungen besuchen, bis 2013 wird der Rückgang bereits rund 155.000 Kinder betragen (**Abb. H4.1-3web**, **Tab. H4.1-3web**). Insgesamt entspricht dies einem Rückgang von 10%. Um ca. 11% erhöhen wird sich hingegen bis 2025 die Anzahl der 3-bis 6-Jährigen in Kindergärten in den Stadtstaaten. Besonders stark sind die Veränderungen in den östlichen Bundesländern. Dort werden bis 2025 nahezu 72.000 Kinder weniger den Kindergarten besuchen, was gegenüber 2009 einem Rückgang um 22% entspricht.

Entwicklung der Bildungsbeteiligung bei unter 3-Jährigen

Im Rahmen der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) einigten sich Bund, Länder und Kommunen darauf, bis Mitte 2013 bundesdurchschnittlich für 35% der unter 3-Jährigen Angebote in Tageseinrichtungen und der Tagespflege zu schaffen. Auf der Basis des verabschiedeten KiföG besteht ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für die 1- und 2-Jährigen. Begründet wurde das Ziel von bundesdurchschnittlich 35% bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs mit erwarteten Betreuungsquoten von 32% in den westlichen und 50% in den östlichen Flächenländern sowie 42% in den Stadtstaaten, die sich aus den Ergebnissen einer Eltern-

befragung des Deutschen Jugendinstituts im Jahre 2005 ergaben.[15] Diese Befunde sind in die Vorausberechnung der zu erwartenden Platznachfrage bis 2013 eingeflossen. In dieser Basisvariante wird für den Zeitraum danach kein weiterer Ausbaubedarf angenommen.

Auf dieser Grundlage ist davon auszugehen, dass sich in den westlichen Flächenländern bis 2013 die Anzahl der unter 3-Jährigen in der Kindertagesbetreuung mehr als verdoppeln wird (**Abb. H4.1-2A**). Damit verbunden ist eine Erhöhung des Platzangebots zwischen 2009 und 2013 um 263.600 auf insgesamt 491.000 Plätze (**Abb. H4.1-1**, **Tab. H4.1-4web**). In den Stadtstaaten erfordert eine Zunahme des Angebots um 26% 13.900 zusätzlich einzurichtende Plätze. Auch die östlichen Flächenländer können bis zu diesem Zeitpunkt noch mit einem leichten Anstieg der unter 3-Jährigen rechnen.

Platzbedarf in Einrichtungen von der Entwicklung der Tagespflege abhängig

Die gegenwärtigen Ausbauüberlegungen sehen vor, 30% der mit dem KiföG zu schaffenden zusätzlichen Plätze in Westdeutschland (einschließlich Berlin) im Rahmen der Kindertagespflege einzurichten. Demnach wäre die Tagespflege zwischen 2009 und 2013 noch um 83.000 Plätze auszubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste das vorhandene Angebot nahezu verdoppelt werden (vgl. **C2**).

Alternativszenario für die Bildungsbeteiligung der unter 3-Jährigen

Betreuungsquote von 35% unter Umständen nicht bedarfsdeckend

Es ist nicht auszuschließen, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter 3-Jährige mit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs weiter steigen wird. Gründe hierfür können die grundsätzlich positiv geführte Debatte über die Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen ebenso sein wie die bis dahin bereits realisierte Ausweitung des Angebots, die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren immer mehr zu einer gesellschaftlichen Normalität werden lassen. Auch der Wandel der Familienformen (vgl. **A3**) sowie der steigende Arbeitskräftebedarf in traditionellen Frauenberufen (**H3**) erhöhen die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Zunahme des Anteils erwerbstätiger Mütter mit Kindern unter drei Jahren, der in Westdeutschland 2008 bei 28% lag, und einer steigenden Nachfrage nach Betreuungsangeboten bis 2025. Vor diesem Hintergrund wurde neben der Basisvariante ein alternatives Entwicklungsszenario berechnet (**Abb. H4.1-4web**), das nach 2013 von einem weiter steigenden Bedarf ausgeht, der sich an der gegenwärtigen Versorgungssituation in den ostdeutschen Ländern orientiert.

Bis 2025: Bei Betreuungsbedarf von 46% in Westdeutschland rund 212.500 zusätzliche Plätze notwendig

Stiege der Betreuungsbedarf in den westlichen Flächenländern analog zur aktuellen Nachfrage in den östlichen Flächenländern bis 2025 auf durchschnittlich 46%, so müssten bis dahin noch weitere 212.500 Plätze geschaffen werden (**Abb. H4.1-1**). Auch in den Stadtstaaten käme es nach 2013 zu einem weiteren Ausbaubedarf, der zwischen 2013 und 2025 die Bereitstellung von 9.000 zusätzlichen Plätzen erfordern würde.

Erheblicher Rückgang der benötigten Platzkapazitäten bis 2025 in Ostdeutschland

Anders verhielte es sich wiederum in Ostdeutschland: Selbst wenn in den ostdeutschen Flächenländern nach 2013 das Nachfrageverhalten von gegenwärtig 46% auf die aktuelle Quote von 55% im Land Sachsen-Anhalt ansteigen würde, wäre damit noch ein Rückgang der benötigten Kapazitäten um 18.300 Plätze verbunden, weil der Bevölkerungsrückgang über einen weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung nur teilweise ausgeglichen würde (**Tab. H4.1-4web**). Ohne eine Erhöhung der Betreuungsquote (Basisvariante) würde der Rückgang sogar 29.400 Plätze betragen. In Verbindung mit dem sinkenden Platzbedarf bei den 3- bis 6-Jährigen zeichnet sich daher ab, dass die gesamte Kinderbetreuungslandschaft in Ostdeutschland in den nächsten 15 Jahren, wie schon in den 1990er Jahren, vor erheblichen Veränderungen steht.

Der Ungewissheit, welche der beiden Modellrechnungen der Entwicklung nach 2013 in den Ländern und Kommunen am nächsten kommt, kann nur dadurch begegnet werden, dass in den nächsten Jahren kleinräumige Elternbefragungen zum lokalen

15 Bien, W./Rauschenbach, Th./Riedel, B. (Hrsg.) (2005): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie – Berlin

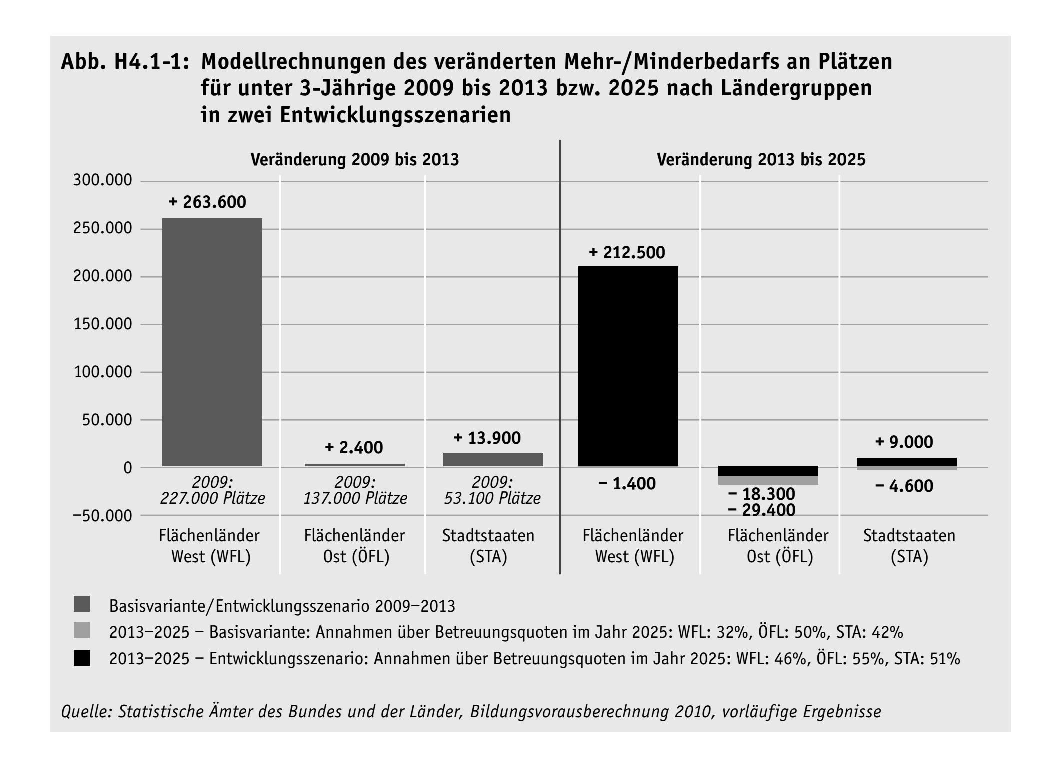


Abb. H4.1-1: Modellrechnungen des veränderten Mehr-/Minderbedarfs an Plätzen für unter 3-Jährige 2009 bis 2013 bzw. 2025 nach Ländergruppen in zwei Entwicklungsszenarien

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010, vorläufige Ergebnisse

Betreuungsbedarf durchgeführt werden. Schon die Befragung 2005 zeigte in den einzelnen Ländern und innerhalb der Länder zwischen städtischen und ländlichen Gebieten deutliche Abweichungen vom bundesweit durchschnittlichen Wert von 35%. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Kinderbetreuung wird daher entsprechend den lokalen Bedingungen unterschiedlich verlaufen.

Finanz- und Personalbedarf

Auf der Basis der geschätzten Ausgabensätze pro Krippen- bzw. Kindergartenkind belaufen sich die Gesamtausgaben für die Kindertagesbetreuung bis zur Einschulung 2009 bundesweit auf etwa 15,1 Milliarden Euro (**Tab. H4.1-1A**) jährlich. Unter den Annahmen der Basisvariante würden diese Ausgaben bis 2013 auf voraussichtlich 15,9 Milliarden Euro ansteigen, um danach bis 2025 wieder auf 15,5 Milliarden Euro zurückzugehen. Hinter der damit verbundenen Ausgabensteigerung um 0,8 Milliarden Euro verbergen sich zu erwartende Mehrausgaben für unter 3-Jährige (einschließlich Tagespflege) von zusammen 1,8 Milliarden, die aber zugleich durch Minderausgaben von rund 1 Milliarde Euro für ein reduziertes Platzangebot im Kindergartenalter teilweise kompensiert werden.

Sollte der Betreuungsbedarf für unter 3-Jährige entsprechend dem alternativen Entwicklungsszenario auch nach 2013 steigen, so sind bis 2025 für den frühkindlichen Bereich noch einmal weitere Kosten in Höhe von ca. 1,4 Milliarden Euro für Westdeutschland und die Stadtstaaten zu erwarten – bei gleichzeitigen Minderausgaben von 0,5 Milliarden Euro in den östlichen Flächenländern. Nur teilweise berücksichtigt sind dabei die Investitionskosten für zusätzliche Betreuungsplätze; ihre Höhe wird erheblich davon beeinflusst, ob die Plätze durch Erweiterung und Umbau von bestehenden Einrichtungen, in Form neuer Tageseinrichtungen oder aber durch den Ausbau der Tagespflege geschaffen werden. Außerdem würden im Falle einer qualitativen Verbesserung der Angebote weitere Ausgaben hinzukommen.

Mit Blick auf das Personal werden nach der Basisvariante durch den geplanten Ausbau des Betreuungsangebots für unter 3-Jährige zwischen 2009 und 2013 in West-

Zusätzlicher Personalbedarf für den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige in Westdeutschland und den Stadtstaaten

deutschland einschließlich der Stadtstaaten zusätzlich ca. 39.000 Vollzeitstellen in Einrichtungen und – bei einer angenommenen durchschnittlichen Betreuungsrelation von drei Kindern pro Tagespflegeperson – zusätzlich 29.000 Tagespflegepersonen für die Betreuung der unter 3-Jährigen benötigt. Demgegenüber werden in den westdeutschen Kindergärten durch den Rückgang der Kindergartenkinder und bei gleichbleibender Betreuungsrelation rund 16.000 Vollzeitstellen weniger erforderlich sein (**Tab. 4.1.-2A**). Steigt der Betreuungsbedarf für unter 3-Jährige jedoch, wie im Entwicklungsszenario angenommen, nach 2013 weiter, so entstünde bis 2025 ein weiterer Zusatzbedarf von 31.000 Vollzeitstellen und 23.000 Tagespflegepersonen.

Um 3.500 Vollzeitstellen zurückgehen wird hingegen der Personalbedarf für den gesamten frühkindlichen Bereich in Ostdeutschland zwischen 2009 und 2013. Bis zum Jahr 2025 sinkt dieser Bedarf um weitere 8.400 Vollzeitstellen. Somit wäre nach der Basisvariante zwischen 2009 und 2025 ein Rückgang der Vollzeitstellen um insgesamt 24% zu erwarten, während der Stellenabbau nach dem Entwicklungsszenario mit 21% etwas geringer ausfiele (**Tab. 4.1-2A**).

Herausforderungen frühkindlicher Bildung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung

In Westdeutschland wird es in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, neue Tageseinrichtungen zu schaffen bzw. bestehende zu erweitern. Eine weitere Herausforderung liegt darin, zukünftig unter Berücksichtigung qualitativer Aspekte Tageseinrichtungen je nach örtlicher Bedarfslage flexibel zu schaffen bzw. umzustrukturieren. Verbesserungswürdig sind dabei nicht nur der Personalschlüssel in Einrichtungen mit unter 3-Jährigen (vgl. **C3**), sondern auch die Öffnungs- und Betreuungszeiten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Der steigende Personalbedarf für die Betreuung der unter 3-Jährigen in Einrichtungen und Tagespflege in Westdeutschland kann voraussichtlich bei anhaltend hohen Ausbildungskapazitäten durch neu ausgebildete Erzieherinnen und – in einigen Ländern – durch Kinderpflegerinnen weitgehend abgedeckt werden. Darüber hinaus eröffnen die neu eingeführten Bachelorstudiengänge im Bereich der Frühpädagogik Kapazitäten, sofern die Zahl der Studienplätze in den nächsten Jahren spürbar erhöht wird. Eine weitere Möglichkeit, Personal zu gewinnen, stellen ausgebildete Erzieherinnen dar, die nach einer Familienphase oft nicht mehr in den Beruf zurückgekehrt sind.

Möglichkeit zur Verbesserung des Personalschlüssels in den ostdeutschen Flächenländern

Das sich in den ostdeutschen Flächenländern durch den erheblichen Minderbedarf an Plätzen und Personal ergebende Umschichtungspotenzial sollte vorrangig dazu genutzt werden, den vielfach bemängelten, unzureichenden Personalschlüssel in den ostdeutschen Tageseinrichtungen zu verbessern. Im Vergleich zu den westlichen Flächenländern gibt es in den ostdeutschen Ländern einen erheblich schlechteren Personalschlüssel (vgl. **C3**). Wenn man das gegenwärtige Stellenvolumen trotz zurückgehender Nachfrage erhalten würde, dann könnte der Personalschlüssel in Kindergärten von gegenwärtig 1 : 12,3 (vgl. **Tab. C3-15web**) auf 1 : 9,4 und bei den Angeboten für unter 3-Jährige von heute 1 : 6,6 (vgl. **Tab. C3-7A**) auf 1 : 5,0 verbessert werden. Damit käme es zumindest mittelfristig zu einer Angleichung der Personalschlüssel zwischen West- und Ostdeutschland.

Auf Regionen mit stark zurückgehenden Kinderzahlen und niedriger Siedlungsdichte kommt die Herausforderung zu, die vorhandene Infrastruktur an Kindertagesbetreuung langfristig zu erhalten. Grundsätzlich kommen Einrichtungen für Kinder im Kleinkindalter mit kleineren Einheiten aus als die Schule. Dort, wo Einrichtungen letztlich dennoch geschlossen werden müssen, ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe verpflichtet, Plätze in Tageseinrichtungen anzubieten. Sofern es dabei zu nicht mehr vertretbaren Fahrzeiten kommt, können bei Zustimmung der Eltern alternativ

dazu auch Plätze in Tagespflege angeboten werden. Dabei müsste jedoch sicher gestellt werden, dass das Personal auch über die zur Umsetzung frühkindlicher Bildungspläne und Sprachförderung erforderlichen Qualifikationen verfügt. Angestrebt werden könnte auch, über die Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen eine wohnortnahe Versorgung in peripheren Regionen zu sichern.

4.2 Allgemeinbildende und berufliche Schule

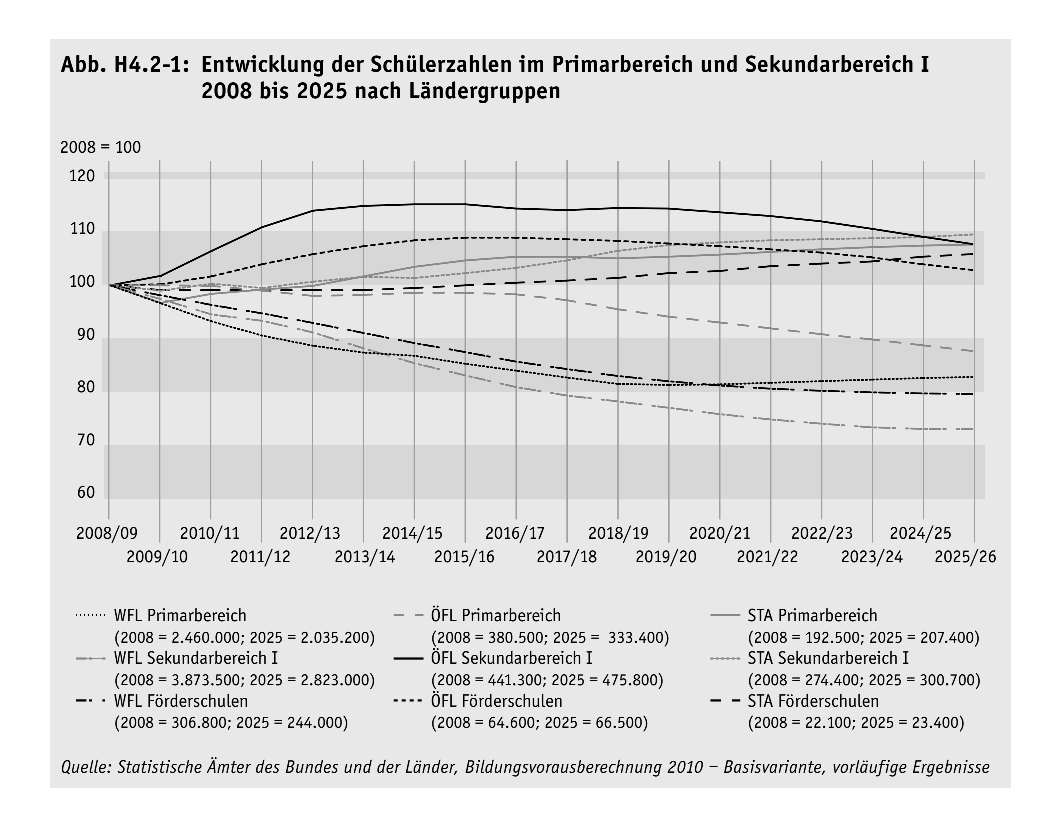
Nach den Vorausberechnungen für den Schulbereich wird die Anzahl aller Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen von 9 Millionen im Jahr 2008 auf 7,3 Millionen im Jahr 2025 zurückgehen.

Der Rückgang im Primarbereich wird 15% der heutigen Schülerzahl betragen, im Sekundarbereich I sind es rund 22%. Von dem Schülerrückgang werden insbesondere die westdeutschen Flächenländer betroffen sein. Nach 2016 ist aber auch mit einem nennenswerten Rückgang der Zahl der Grundschüler in Ostdeutschland zu rechnen (**Tab. H4.2-1A**). Werden zusätzlich noch regionalstrukturelle Bedingungen berücksichtigt, dann sind es vor allem die Regionen außerhalb der Ballungsräume (Kreistypen **M** 2, 3 und 4), die von einem Rückgang der Zahl der Schüler betroffen sein werden. Die westdeutschen Kernstädte und ebenso die Stadtstaaten spüren kaum demografische Veränderungen, die ostdeutschen Kernstädte können sogar wieder mit einem Anstieg der Schülerzahlen im Sekundarbereich I rechnen (**Abb. H4.2-1**, **Tab. H4.2-2A**).

Vor allem Regionen außerhalb der Ballungsräume vom Rückgang der Schülerzahlen betroffen

Bei den Schulen, die zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung führen, ergibt sich aus der zu erwartenden demografischen Entwicklung ebenfalls ein Rückgang der Schülerzahlen bis zum Jahr 2025 im Sekundarbereich II (21%), der sich in ähnlicher Weise im Vergleich der Flächenländer und der Stadtstaaten unterschiedlich auswirken wird (**Abb. H4.2-2**, **Tab. H4.2-1A**).

Abb. H4.2-1: Entwicklung der Schülerzahlen im Primarbereich und Sekundarbereich I 2008 bis 2025 nach Ländergruppen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Grundschulentwicklung bei weiter rückläufigen Schülerzahlen

Ländlicher Raum besonders vom Schülerzahlenrückgang in der Grundschule betroffen

Probleme der Sicherung eines angemessenen Grundschulangebots werden sich als Folge des Bevölkerungsrückgangs vor allem in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands ergeben, in denen die Grundschuljahrgänge voraussichtlich nochmals um ein Viertel zurückgehen werden (**Tab. H4.2-2A**). Es wird dort zunehmend weniger gelingen, ein wenigstens einzügiges Grundschulangebot aufrechtzuerhalten, weil die bereits gegenwärtig sehr niedrige Schülerzahl je Schule weiter sinken wird (**Tab. H4.2-3A**). Einige westdeutsche Regionen werden mit ähnlichen Problemen konfrontiert sein. Hier werden schulorganisatorische Maßnahmen der unterschiedlichsten Art rechtzeitig zu planen und einzuleiten sein, die aber zugleich auch als Chance gesehen werden können, pädagogisch sinnvolle Entwicklungen zu unterstützen: Zu den denkbaren Möglichkeiten zählen die Einrichtung jahrgangsübergreifender Klassen, aber auch Überlegungen, über eine intensivierte Zusammenarbeit mit Kindergärten und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe das Standortnetz der Grundschulen in den dünn besiedelten Regionen zu erhalten. Auch kann über verschiedenste Formen der Verstärkung von pädagogischen Kooperationen zwischen der Grundschule und den Schulen des Sekundarbereichs I eine gemeindenahe Grundschulversorgung gesichert werden, ebenso wie durch einen Ausbau zu einer Ganztagseinrichtung. International gibt es eine hinreichende Anzahl an Beispielen für eine zusätzliche Ausweitung der Nutzung von Grundschulgebäuden für unterschiedliche kommunale Aufgaben, um auch in kleinen Gemeinden die dort benötigten Grundschulen fortführen zu können.

Sicherung des Integrationsauftrags der Grundschule in Großstädten

In den Großstädten werden voraussichtlich keine grundsätzlichen Probleme des Erhalts eines angemessenen Angebots an Grundschulen entstehen. Durch die wohnortnahe Lage von Grundschulen könnten sich als Folge der demografischen Prozesse sozialräumliche Unterschiede zwischen ihnen mit im Einzelfall negativen Auswirkungen auf die Leistungsentwicklung von Schülerinnen und Schülern verstärken, denen Bildungspolitik und Bildungspraxis besondere Aufmerksamkeit widmen und im Einzelfall durch gezielte Interventionen, auch in der Zusammenarbeit mit anderen Politikfeldern, begegnen müssen. Schulwahlprozesse zwischen den verschiedenen staatlichen Schulen und auch das Angebot von Privatschulen könnten diese Tendenzen zukünftig verschärfen und die Erfüllung des Integrationsauftrags der Grundschule erschweren, den diese für alle gesellschaftlichen Gruppen zu übernehmen hat.

Schulentwicklung im Sekundarbereich I

Mehrere westdeutsche Länder haben, auch angesichts des absehbaren weiteren Schülerzahlenrückgangs und ähnlich wie die ostdeutschen Länder, Veränderungen in der Schulstruktur mit dem Ziel eingeleitet, das regionale Schulangebot auf zwei Schularten zu reduzieren (vgl. **D1**). Auch in Ländern mit einem drei- und viergliedrigen Schulwesen führt der sich in den letzten Jahren verstärkende Rückgang der Schülerzahlen an Hauptschulen zu Überlegungen, die Schulstruktur weiterzuentwickeln. Dazu trägt bei, dass zunehmend Hauptschulen nur noch unter Sonderbedingungen weitergeführt werden können, weil sie vorgeschriebene Mindestschülerzahlen unterschreiten.[16]

Bei den weiteren Überlegungen zur Schulstruktur im Sekundarbereich kommt in besonderer Weise dem Gesichtspunkt der Leistungsentwicklung durch wenig lernförderliche Lern- und Entwicklungsmilieus Bedeutung zu. Insbesondere für einen Teil der Haupt- und Realschulen konnten durch die Bildungsforschung kritische Leistungskonstellationen identifiziert werden, die eine ungünstige Wirkung auf die Leistungs-

16 Ridderbusch, J. (2009): „Auslaufmodell Hauptschule?" – Zur Situation der Hauptschule in Deutschland. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2009, S. 18–28

entwicklung der Schülerinnen und Schüler haben.[17] Sie ergeben sich vor allem bei niedrigen Besuchsquoten dieser Schularten in viergliedrigen Schulsystemen. Bei weiterhin rückläufigen Schulbesuchsquoten der Haupt- und Realschule ist eine Zunahme solcher kritischer Problemkonstellationen zu befürchten, die sich dann ihrerseits auch negativ auf die Leistungsfähigkeit des gesamten Schulwesens auswirken könnten.

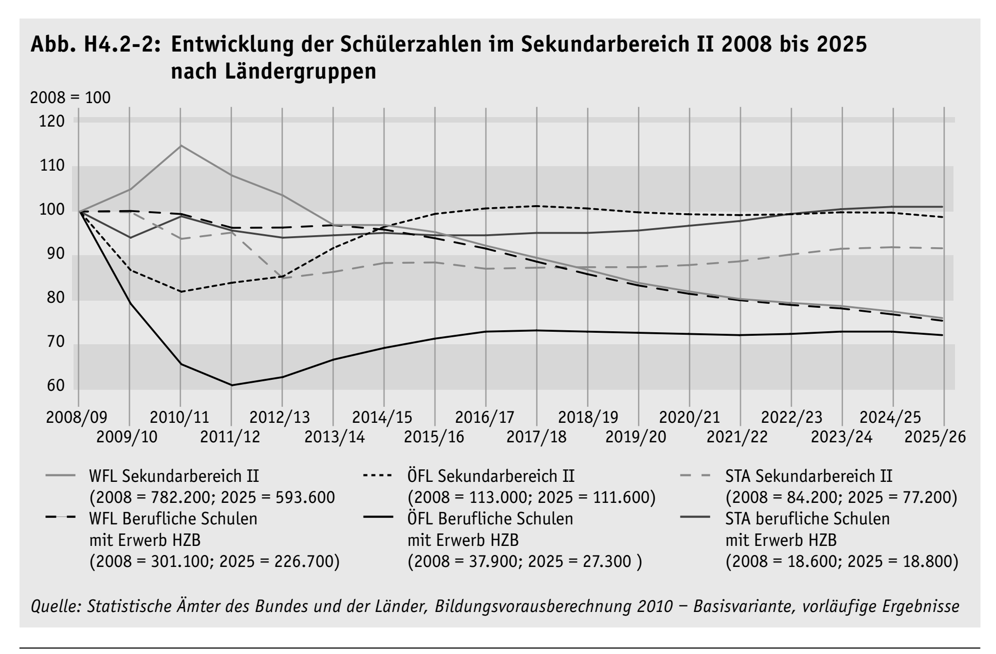
Ziel der Halbierung des Anteils der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss weiterverfolgen

Die eingeleiteten schulstrukturellen Veränderungen wirken sich voraussichtlich auch auf die Schulbesuchsquoten der Schularten des Sekundarbereichs I aus; dies könnte letztlich auch Konsequenzen für die Entwicklung der Schulabschlüsse haben. Nicht nur angesichts des steigenden Qualifikationsbedarfs im Beschäftigungssystem sollten nachdrücklich Bemühungen darauf gerichtet bleiben, das für 2015 angestrebte Ziel einer Halbierung des Anteils der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss zu erreichen. Gleichzeitig wird es darum gehen, den Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss weiter zu senken, weil der Hauptschulabschluss unter den allgemeinbildenden Schulabschlüssen für eine Berufstätigkeit bereits zunehmend zugunsten des Mittleren Abschlusses und einer Hochschulzugangsberechtigung an Bedeutung verliert (**H3**). Deshalb sollte durch politisches Handeln angestrebt werden, die in **H2** (**Tab. H2.1-2A**) dargestellte Status-quo-Vorausschätzung der Schulabschlüsse zugunsten eines insgesamt höheren Niveaus der Schulabschlüsse zu verändern.

Schulentwicklung im Sekundarbereich II

Auch im Sekundarbereich II bestehen große Unterschiede in der Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler zwischen den ostdeutschen Flächenländern, die in wenigen Jahren wieder mit konstanten Schülerzahlen auf dem Niveau von 2008 rechnen können, den Stadtstaaten, die insgesamt einen leichten Rückgang in den Teilnehmerzahlen verzeichnen werden, und den westdeutschen Flächenländern. Westdeutsche Schulen werden nach den Bildungsvorausberechnungen im allgemeinbildenden Sekundarbereich II und bei den beruflichen Schulen, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung (HZB) führen, fast ein Viertel der Schülerinnen und Schüler verlieren (**Abb. H4.2-2**, **Tab. H4.2-1A**).

Abb. H4.2-2: Entwicklung der Schülerzahlen im Sekundarbereich II 2008 bis 2025 nach Ländergruppen



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

17 *Baumert, J./Stanat, P./Watermann, R. (2006): Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus. In: Baumert, J./Stanat. P./Watermann, R. (Hrsg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000 – Wiesbaden, S. 95–188*

Angebot an Bildungsgängen, die zur Hochschulreife führen, in ländlichen Regionen erhalten

Die Einschätzung der weiteren Entwicklung der Bildungsbeteiligung im Sekundarbereich II ist schwierig, weil nicht vorauszusehen ist, wie sich die gymnasialen Bildungsgänge bei verkürzter Schulbesuchsdauer weiterentwickeln werden. Insbesondere ist unklar, in welchem Umfang alternative Wege zur Hochschulreife an beruflichen Schulen und allgemeinbildenden Oberstufenschulen (Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen etc.) neben dem Gymnasium nachgefragt werden. Allerdings werden auch in der Zukunft zur Hochschulreife führende Bildungsgänge an beruflichen Schulen ihre schon heute wichtige Bedeutung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung behalten und möglicherweise noch vergrößern können. Sie scheinen in besonderem Maße geeignet zu sein, Schülerinnen und Schüler unterer Sozialgruppen mit guten Schulleistungen für die Fortsetzung der Schulausbildung im Sekundarbereich II zu gewinnen. Der Ausbau des Angebots an Bildungsgängen, die zu einer Hochschulreife führen, ist gegenwärtig regional noch sehr unterschiedlich und ebenso deren Verhältnis zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (**Tab. H4.2-4A**). Um diese Disparitäten durch die demografische Entwicklung nicht noch zu vergrößern, muss ein Ziel bildungsplanerischer Überlegungen sein, in ländlichen Regionen das bestehende Angebot in seiner Grundstruktur möglichst weitgehend zu erhalten; unterschiedliche, den regionalen Bedingungen angepasste Formen einschließlich möglicher Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Oberstufen und beruflichen Vollzeitschulen könnten dabei von zunehmender Bedeutung werden.

Für die quantitativen Perspektiven der zu Hochschulabschlüssen führenden Schularten des Sekundarbereichs II ist die Prognose möglicher Szenarien äußerst schwierig, weil die Tendenzen in den einzelnen Ländern, auch durch die jeweils unterschiedlichen demografischen Trends, zu uneinheitlich sind. Es ist aber davon auszugehen, dass die Status-quo-Vorausberechnungen zur Entwicklung der Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung (**H2.1**) die tatsächliche Entwicklung eher unterschätzen, weil sie die zunehmende Tendenz der letzten Jahre, Bildungsgänge, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen, zu wählen, nicht in die Zukunft fortschreiben, sondern den 2008 erreichten Stand als in der Zukunft konstant annehmen.

Entwicklung sonderpädagogischer Förderangebote

Nach Förderschwerpunkt sehr unterschiedliches Förderschulangebot

Bei der weiteren Entwicklung des Bereichs der sonderpädagogischen Förderung muss das gegenwärtige Förderschulangebot mit einer hohen Spezialisierung in neun Förderschwerpunkte beachtet werden (vgl. **D2**). Damit verbunden ist eine sehr geringe Zahl schulischer Angebote (**Tab. H4.2-5A**, **Tab. H4.2-6web**) für die meisten Förderbereiche, teilweise noch gekoppelt mit einem hohen Anteil von Schulen in freier Trägerschaft. Dies bedeutet zugleich eine hohe regionale Konzentration der sonderpädagogischen Fachkräfte mit ihren jeweiligen fachlichen Schwerpunkten, obwohl von einer Zufallsverteilung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei den meisten Förderschwerpunkten auszugehen ist. Von einer flächendeckenden Versorgung und einem entsprechenden Angebot an Förderschullehrkräften kann gegenwärtig nur bei den Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ und mit Einschränkungen dem Schwerpunkt „geistige Entwicklung“ gesprochen werden, die in nahezu jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt angeboten werden.

Nicht zuletzt durch den politischen Handlungsdruck aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Annahme einer nur an die demografische Entwicklung angepassten Entwicklung der Förderschulen in der Bildungsvorausberechnung (**H2**) wenig realistisch. Bei dem gegenwärtigen Stand der Debatten um die durch die Konvention geforderten Veränderungen sind aber künftige Entwicklungen noch nicht eindeutig absehbar. Einerseits wird voraussichtlich dem Elternrecht eine größere Bedeutung für die Wahl der Fördereinrichtung zukommen. Der Auftrag einer integrativen

Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer allgemeinen Schule verlangt andererseits aber auch weitreichende pädagogische Veränderungen des Unterrichts und zugleich Qualifizierungsmaßnahmen bei den Lehrkräften sowie die Bereitschaft zur Kooperation mit sonderpädagogischen Fachkräften, um den damit verbundenen Anforderungen gerecht werden zu können.

Kaum Spielraum für ein Nebeneinander von förderschulischer und integrativer sonderpädagogischer Förderung in ländlichen Regionen

Während – so politisch gewünscht – in den Kernstädten noch ein gewisser Handlungsspielraum für ein Nebeneinander von förderschulischen und integrativen Angeboten besteht, erscheint dies für ländliche Regionen unter der Bedingung eines sich fortsetzenden Schülerzahlenrückgangs ausgeschlossen. In den Flächenstaaten müssen für die sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten „Lernen", „Sprache" sowie „Emotionale und soziale Entwicklung" regional passgenaue Lösungen entwickelt werden. In welchem Maße von solchen Überlegungen auch die anderen und insbesondere die ohnehin weniger stark frequentierten Förderschwerpunkte wie „Sehen" oder „Hören" betroffen sein werden, deren Schüler heute teilweise Internate besuchen, bedarf einer eigenen fachlichen Bewertung, die neben dem Ausstattungsbedarf an den Schulen auch die Verfügbarkeit entsprechenden Fachpersonals berücksichtigen muss.

Personal- und Finanzbedarf

Würde sich das Schulwesen in seiner gegenwärtigen Struktur nicht verändern und würden die heutigen Betreuungsrelationen konstant bleiben, dann würde sich der Personalbedarf im Schulwesen bis 2025 aufgrund der Reduzierung der Schülerzahlen um 107.000 Vollzeitlehrkräfte oder 18% des gegenwärtigen Personalbestands an allgemeinbildenden Schulen verringern. Eine vergleichbare Entwicklung würde sich hinsichtlich des daraus resultierenden finanziellen Spielraums von 9,4 Milliarden Euro oder 19 % der gegenwärtigen Ausgaben ergeben. Es wurde aber bereits darauf verwiesen (**H2.2**), dass wegen vielfältiger Restriktionen und auch notwendiger, teilweise bereits eingeleiteter Veränderungen und Qualitätsverbesserungen im Schulwesen selbst rückläufige Entwicklungen im Personalbestand und Finanzbedarf in diesem Umfang prinzipiell nicht realisierbar erscheinen.

Regional sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung im Schulwesen sehr unterschiedlich: So müssen die Stadtstaaten mit zusätzlichen Ausgaben rechnen, nur die westdeutschen Flächenländer können von nennenswerten Umschichtungsspielräumen ausgehen. Auch gibt es einen erheblichen Investitionsrückstand und -bedarf der Kommunen im Schulbereich, der schon jetzt eine deutliche Erhöhung der Mittel erfordert.[18] Deshalb ist es geboten, die Entwicklung des Personal- und Finanzbedarfs im Schulwesen differenziert zu betrachten und auch die unterschiedlichen Entwicklungen beispielsweise nach Schularten und Trägern einzubeziehen.

Langfristige Herausforderungen für den Schulbereich

Für Maßnahmen der Qualitätsverbesserung im Schulwesen standen in der Vergangenheit nicht immer ausreichende Mittel zur Verfügung. Allein entlang der „Sieben Handlungsfelder" der Kultusministerkonferenz[19] aus dem Jahr 2001 gibt es noch eine Vielzahl nicht abgeschlossener Reforminitiativen, die bereits heute zusätzliche personelle und finanzielle Anstrengungen erfordern: z. B. den weiteren Ausbau der Ganztagsschule, die Verbesserung der Schuleingangsphase, die Sprachförderung von Migranten und andere Fördermaßnahmen, um den Schulerfolg von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien zu verbessern – Angebote für eine „zweite

18 *Reidenbach, M. u. a. (2008): Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen und Strategien, DIFU, Berlin, S. 167–211*

19 *Beschluss der 296. Plenarsitzung der KMK vom 5./6. Dezember 2001 „Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Bildung in Deutschland – Erste Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie"*

Chance“. Hinzu kommen Maßnahmen zum Erhalt peripherer Schulen im ländlichen Raum, um über schulische Angebote die Attraktivität von Regionen zu erhalten. Auch wird die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung voraussichtlich zu einem zusätzlichen personellen und finanziellen Bedarf führen. Bereits diese Liste von Aufgaben, die im Schulbereich seit langer Zeit auf der Tagesordnung stehen, verdeutlichen die Notwendigkeit, den möglichen Umschichtungsspielraum für das Schulwesen zu nutzen, damit es zukünftig den steigenden Anforderungen, mit denen es konfrontiert sein wird, gerecht werden kann.

4.3 Berufliche Ausbildung

Die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in der beruflichen Ausbildung

Die demografische Entwicklung wirkt auf das berufliche Ausbildungssystem als eine von mehreren Determinanten über die Nachfrage am Ausbildungsmarkt. Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist für die drei Sektoren der beruflichen Ausbildung nicht einfach fortzuschreiben, wie es die Bildungsvorausberechnung nahelegt (**H2**), da unter einer veränderten Angebots-Nachfrage-Konstellation am Ausbildungsmarkt mit einem anderen Wahlverhalten von Jugendlichen wie auch von Betrieben zu rechnen ist. Nach der Status-quo-Variante der Bildungsvorausberechnung (**Abb. H2.1-2**, **Tab. H2.1-3A**) würde das duale System bis 2025 25%, das Schulberufssystem 27% seines gegenwärtigen Bestands verlieren, im Übergangssystem wären immer noch etwa 240.000 Personen.

Keine Fortschreibung, sondern Alternativprojektion gemäß Arbeitskräftebedarf

Alternativ zur Bildungsvorausberechnung wird im Folgenden eine Modellprojektion bis 2025 für den Übergang in die Berufsausbildung vorgelegt, die den Arbeitskräftebedarf und die rückläufige Zahl von Ausbildungsbewerbern miteinander verbindet: In Anlehnung an die Arbeitskräfteprojektion bis 2025 (**H3**) wird die Angebotsentwicklung von Ausbildungsplätzen auf dem Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009[20] konstant gesetzt (**Tab. H4.3-1A**), da in der Projektion auch die Beschäftigung im mittleren Qualifikationssektor bis 2025 als fast unverändert vorausgeschätzt wird und man erwarten kann, dass die Unternehmen im dualen System auf längere Sicht in etwa bedarfsadäquat ausbilden.

In der am Arbeitskräftebedarf orientierten Projektion werden die Neuzugänge zur dualen Ausbildung und zum Schulberufssystem 2025 nur um vier Prozentpunkte unter ihrem gegenwärtigen Stand liegen, das Übergangssystem wird weitgehend verschwinden (**Abb. H4.3-1**, **Tab. H4.3-1A**). Realistisch an dieser Projektion ist die Verschiebung der Relation zwischen vollqualifizierenden Ausbildungssektoren und Übergangssystem, da sich bei rückläufigen Schulabsolventenzahlen die Neuzugänge zum dualen System und zum Schulberufssystem zulasten des heutigen Übergangssystems verschieben werden.

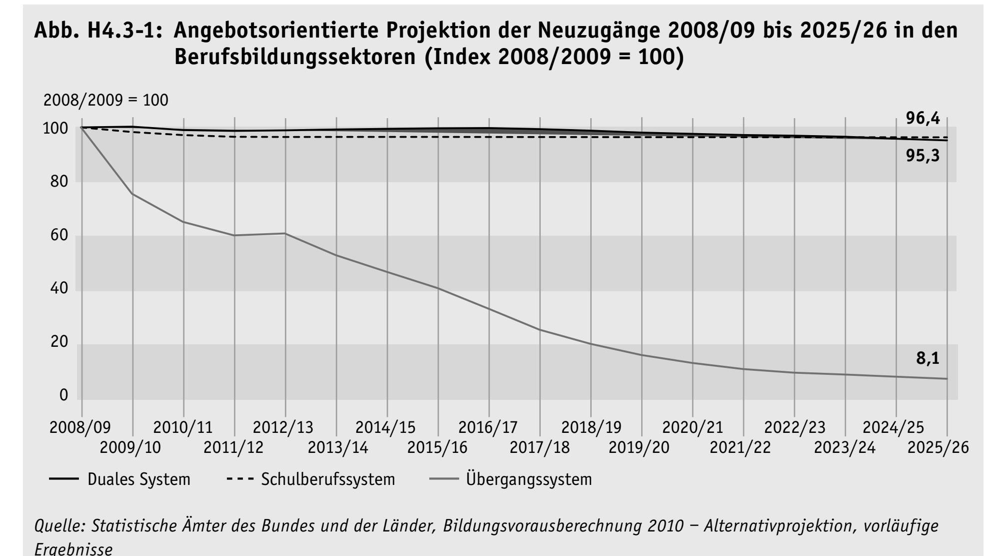
Projektion tendenziell in Übereinstimmung mit Bildungsgipfel 2008: Halbierung des Anteils Jugendlicher ohne Ausbildung

Allerdings dürfte es eine gewisse Verlagerung vom dualen zum Schulberufssystem geben, da nach der Arbeitskräfteprojektion Verschiebungen zwischen dem (dualen) industriell-gewerblichen Fachkräftebedarf und dem zumeist schulisch ausgebildeten stark expandierenden Fachkräftebedarf der Gesundheits- und Sozialpflegeberufe zu erwarten sind. Zum anderen verweist die erwartbare rückläufige Entwicklung des Übergangssystems auf die politische Herausforderung, den Rückgang durch gezielte bildungspolitische Maßnahmen zu unterstützen. Die Projektion befindet sich in ihrer Tendenz in Übereinstimmung mit der politischen Absichtserklärung des Dresdner Bildungsgipfels von 2008, den Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildung von 17 auf 8,5% zu halbieren.

Eine Projektion des Verhältnisses von Ausbildungsangebot und Nachfragepotenzial Ⓜ, das sich aus der Stärke eines Schulabsolventenjahrgangs im typischen Über-

20 In der Angebotssituation 2007 bis 2009 sind Expansions- und Krisenphasen enthalten.

Abb. H4.3-1: Angebotsorientierte Projektion der Neuzugänge 2008/09 bis 2025/26 in den Berufsbildungssektoren (Index 2008/2009 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Alternativprojektion, vorläufige Ergebnisse

Relative Konstanz von dualem und Schulberufssystem, Reduzierung des Übergangssystems

gangsalter (16 bis 19 Jahre) ergibt, zeigt, dass das Potenzial für die Ausbildungsnachfrage zwischen 2009 und 2025 um etwa 200.000 zurückgeht (**Abb. H4.3-2A**, **Tab. H4.3-1A**). Im Vergleich zur heutigen Situation muss bereits in den kommenden Jahren, wenn der Durchschnittsjahrgang auf 800.000 Jugendliche zurückgegangen sein wird (gegenüber 850.000 im Jahr 2009, **Abb. H4.3-2A**), eine deutlich erhöhte Konkurrenz der Ausbildungseinrichtungen auf allen Ebenen um Jugendliche erwartet werden, die sich bis 2025 noch einmal verschärfen wird, da bis dahin das Potenzial des Durchschnittsjahrgangs unter 700.000 fallen wird.

Schon mittelfristig große Nachwuchsprobleme im Osten

Nach Regionen zeigt sich in der Modellprojektion in den ostdeutschen Flächenländern bereits aktuell ein hoher Angebotsüberhang gegenüber dem Übergangsjahrgang (**Tab. H4.3-2A**), der auch mit leichten Abschwächungen bis 2013/14 erhalten bleibt, um sich dann auf einem etwas niedrigeren Niveau (40%) bis zum Ende des Projektionszeitraums einzupendeln. Bei dieser Relation sind für den gesamten Zeitraum Probleme bei der Gewinnung des Nachwuchses für die Fachkräfteausbildung zu erwarten[21], die bereits mittelfristig zu gravierenden Engpässen in der Versorgung des ostdeutschen Arbeitsmarktes mit Fachkräften zu führen drohen.

Bei den westdeutschen Flächenländern ergibt sich eine für die Anbieter kritische Situation in der Modellprojektion voraussichtlich erst nach 2015 (**Tab. H4.3-2A**), wenn die aktuell noch bestehende Altnachfrage und der marktbenachteiligte Teil des Übergangssystems in berufliche Bildung integriert sind. Für die Stadtstaaten wie vermutlich auch für andere Ballungszentren dürfte dieser Zeitpunkt schon früher erreicht sein, wobei der Zuzug von Ausbildungsbewerbern aus dem Umland die Probleme mildern könnte.

Entwicklung des Berufsschulangebots

Durch den Rückgang der Schülerjahrgangsstärken geraten die Berufsschulen in das doppelte Entwicklungsproblem der Sicherung von Fachklassen in der dualen Berufsausbildung und des Erhalts beruflicher Vollzeitschulen (**H4.2**).

Obwohl die Ausbildungs- und die Berufsschulstatistik durch unterschiedliche Erhebungszeitpunkte und -kriterien nicht unmittelbar vergleichbar sind, lässt sich dennoch damit eine gewisse Entkopplung zwischen Ausbildungs- und Berufsschul-

21 *Die Prognose von Ulmer/Ulrich (2008) kommt in der Tendenz zu einer ähnlichen Einschätzung der Nachfrage nur für die duale Ausbildung.*

Zunehmende Entkoppelung von Ausbildungs- und Berufsschulort als mögliche Gefährdung für das Ausbildungsplatzangebot

ort belegen, obwohl die Berufsschulpflicht in der Ausbildungsregion zu erfüllen ist (**Tab. H4.2-4A**): Insbesondere in Westdeutschland konzentriert sich in den Ballungszentren das Berufsschulangebot zum Nachteil der Umlandregionen. Die Konzentration der Fachklassen für eine zunehmende Zahl von Ausbildungsberufen an wenigen Berufsschulen kann sowohl ein potenzieller Hinderungsgrund für Auszubildende sein, ein Ausbildungsangebot zu wählen, als auch eine Begründung für Betriebe, wegen eines im Kreis fehlenden Berufsschulangebots auf die Ausbildung von Jugendlichen zu verzichten. Eine Verstärkung dieser Tendenz, weil zunehmend Fachklassen nur noch an zentralen Berufsschulen angeboten werden können (Landesfachklassen), würde die Ausbildungsbedingungen in peripheren Regionen weiter erschweren. Vor ähnlichen Problemen der Angebotssicherung befinden sich Kreisberufsschulen im Hinblick auf das Schulberufssystem. Es gibt bereits Konzepte, über Fachklassen für Berufsfelder und ähnliche Maßnahmen die regionale Verbindung von Ausbildungsstätte und Berufsschule zu erhalten. Insgesamt erscheint es wichtig, die regionalwirtschaftliche Bedeutung beruflicher Schulen trotz rückläufiger Jahrgangsstärken zu beachten.

Herausforderungen für die Berufsausbildung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitskräftebedarfs 2025

In die Projektion der möglichen Entwicklung von Ausbildungsangeboten und Potenzial für die Nachfrage sind weder auf Gesamt- noch auf regionaler Ebene berufsspezifische Aspekte eingegangen. Sie bestimmen aber sowohl das Berufswahlverhalten der Jugendlichen als auch Angebote und Bedarf der Betriebe als Hauptanbieter von Ausbildungsplätzen. Mit Blick auf die Arbeitskräftebedarfsprognose nach Berufsgruppen weisen aktuell alle Berufshauptfelder Ⓜ in der Berufsausbildung noch eine ungedeckte Nachfrage (unter Einbezug der Altnachfrage) aus, sodass für die nächsten Jahre bei demografisch bedingtem Rückgang des Nachfragepotenzials mit keinen gravierenden Besetzungsengpässen für die Ausbildungsinstitutionen (Betriebe, Vollzeitberufsschulen) zu rechnen ist (vgl. **E2**).[22]

Gravierende Rekrutierungsprobleme bei Gesundheits- und Sozialberufen sowie dem Gastronomiegewerbe zu erwarten

Mit größeren Problemen bei der Gewinnung von Ausbildungsnachwuchs ist nach der Arbeitskräftebedarfsprognose nur für drei Berufshauptfelder der Dienstleistungssektoren im nächsten Jahrzehnt zu rechnen: bei den „Gesundheits- und Sozialberufen, Körperpflege“, den „künstlerischen, Medien-, geistes- und sozialwissenschaftlichen Berufen“ und bei den „Gastronomie- und Reinigungsberufen“ (in denen ein Großteil gering qualifizierter Personen beschäftigt ist). In diesen Feldern, die gegenwärtig zum großen Teil Tätigkeitsbereiche von Frauen sind, wird sich der Arbeitskräftebedarf bis 2025 deutlich vergrößern (**H3**, **Tab. H3-1A**).

Die möglichen – durch die Demografie mit bedingten – Probleme für die berufliche Ausbildung, die sich regional unterschiedlich stellen, lassen sich mit gezielten bildungs- und ausbildungspolitischen Aktivitäten bewältigen. Vor dem Hintergrund der im Kapitel **E** und hier dargestellten Entwicklungen stellen sich für Bildungs- und Ausbildungspolitik eine Reihe von Fragen:

Herausforderung: Erhöhung der Ausbildungsbeteiligungsquote und Nachqualifizierung im dualen und Schulberufssystem

- Wie lässt sich im nächsten Jahrzehnt die Ausbildungsbeteiligungsquote – vor allem der Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss und/oder Migrationshintergrund – erhöhen? Welche Rolle spielen dabei eine bessere Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen und eine verstärkte Aktivierung der heute ausbildungsferneren Gruppen von Jugendlichen, z. B. durch ein besseres Übergangsmanagement mit individueller Betreuung?
- Wie kann eine bessere Koordinierung zwischen dem heutigen Übergangssystem und der vollqualifizierenden Ausbildung erreicht werden?

22 Die Gesamtbetrachtung schließt nicht aus, dass es in einzelnen Regionen und Berufsbereichen (z. B. Handwerk) Nachwuchsschwierigkeiten geben wird.

- Lässt sich angesichts verstärkter Konkurrenz um Schulabsolventen die Attraktivität der Berufsausbildung erhöhen – etwa durch eine weniger spezialisierte Ausbildung und bessere Durchlässigkeit zu anderen Bildungs- und Ausbildungsgängen?
- Wie lässt sich – vor allem in dünn besiedelten Regionen – eine ausreichende teil- und vollzeitberufsschulische Infrastruktur sicherstellen? Welche Rolle könnten übergreifende regionale Ausbildungsinstitutionen dabei spielen, die auch einer Ausweitung beruflicher Weiterbildungsangebote dienen?
- Da im letzten Jahrzehnt viele ausbildungswillige Jugendliche ohne Ausbildung geblieben sind, stellt sich auch die Frage nach einem spezifischen Angebot für deren Nachqualifizierung.

Kurzfristig erheblicher Handlungsbedarf in Ostdeutschland

Insbesondere in den neuen Ländern ist durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahren mit einem starken Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu rechnen. Dieser Situation muss kurzfristig begegnet werden, denn eine drohende Ausdünnung des Fachkräftepotenzials würde die sozialen und ökonomischen Grundlagen dieser Länder nachhaltig gefährden.

Personal- und Finanzbedarf

Personalbedarfsberechnungen sind in der Berufsausbildung für Teilzeitberufsschulen und einen Teil der beruflichen Vollzeitschulen (z. B. Berufsfachschulen) sinnvoll. Bei allen anderen Ausbildungsformen existieren kaum standardisierte Relationen zwischen Auszubildendenzahlen und Lehrkräften. Nach der hier vorgelegten Alternativprojektion ist mit größeren Personalreduktionen nur im Übergangssystem bis 2025 zu rechnen, die allerdings vorerst noch zur Verbesserung des Übergangsmanagements eingesetzt werden sollten. Bei Teilzeitberufsschulen und im Schulberufssystem erscheint eher eine begrenzte Ausweitung des Personals erforderlich, im ersten Fall wegen der Ausweitung des fachtheoretischen und allgemeinbildenden Unterrichts, im zweiten wegen erwartbarer Umschichtungen aus dem dualen in das Schulberufssystem.

Begrenzte Einsparpotenziale nur im Übergangssystem – und diese erst spät

Demografiebedingte Kosteneinsparungen werden in der Status-quo-Fortschreibung mit 6,4 Milliarden Euro angegeben (**H2**). In der hier vorgelegten Alternativprojektion würden nennenswerte Kosteneinsparungen weder im dualen noch im Schulberufssystem entstehen, da die Auszubildendenzahlen in etwa konstant blieben. Die der Arbeitskräfteprognose folgende begrenzte Verlagerung vom dualen System zu beruflichen Vollzeitschulen würde höhere Kosten im Schulberufssystem verursachen, die nicht aus Reduktionen im dualen System gedeckt werden könnten, weil diese bei den privaten Unternehmen verblieben. Die Rückführung des Übergangssystems auf jene Jugendlichen, die echten Förderbedarf haben, könnte am Ende unter Zugrundelegung der Kosten in der Bildungsvorausberechnung (**Tab. H2.2-3A**) und der Alternativprojektion zu nennenswerten Einsparungen im Jahr 2025 führen; zunächst aber würden zur besseren Ausbildungsintegration vieler Jugendlicher des heutigen Übergangssystems vermutlich eher Kosten entstehen. Nicht berücksichtigt sind außerdem die Kosten einer beruflichen Nachqualifizierung von Erwerbstätigen, die im letzten Jahrzehnt trotz Ausbildungswunsch keine Ausbildung absolvieren konnten.

4.4 Hochschule

Neben der Demografie auch die Bildungsbeteiligung für die Studiennachfrage bestimmend

Im Hochschulbereich bildet die demografische Komponente nur eine Determinante der Bildungsnachfrage. Mindestens ebenso große Bedeutung haben die bisherige Bildungslaufbahn und die individuellen Wahlentscheidungen: Nur ein Teil eines Altersjahrgangs erwirbt eine Studienberechtigung, und nur ein Teil der Berechtigten nimmt ein Studium auf. Von daher spielen die relative Bildungsbeteiligung in den zur Hochschule hinführenden Einrichtungen, die statistisch über die Studienberech-

tigtenquote abgebildet wird, und die Verteilungs- und Übergangsprozesse zwischen Schule und Hochschule, die vermittels der Übergangsquote dargestellt werden (vgl. **F1**), eine wesentliche Rolle. In der Vergangenheit ist die Beteiligungskomponente für die Entwicklung der Studiennachfrage oft von größerer Bedeutung gewesen als die demografische Komponente.[23] Einen vorübergehenden Sonderfaktor stellen die durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur und den damit verbundenen Übergang auf das G8-Gymnasium entstehenden doppelten Abiturientenjahrgänge dar, die kurzfristig die Studiennachfrage deutlich erhöhen werden.

Bei der Vorausberechnung im Hochschulbereich ist zu beachten, dass bereits in der Vergangenheit kurzfristige Entwicklungen oft zu Abweichungen von den langfristigen Trends geführt haben. Fachspezifische Zyklen in der Beschäftigungsentwicklung von Hochschulabsolventen (z. B. in den Ingenieurwissenschaften oder der Informatik) haben die Studierbereitschaft einmal vermindert, ein anderes Mal verstärkt. Gegenwärtig lassen sich mögliche Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Interesse von Studienberechtigten an der Aufnahme eines Hochschulstudiums kaum vorhersehen.[24] Deshalb wurden für die Hochschulen neben der Basisvariante (Status-quo-Fortschreibung) zwei Szenarien mit einer mittelfristig um 5% erhöhten und einer mittelfristig um 5 % verminderten Übergangsquote berechnet.

Ergebnisse der Hochschulvorausberechnung

Hohe Auslastung der Hochschulen im Prognosezeitraum zu erwarten

Die Bildungsvorausberechnung (**H2**) zeigt für den Hochschulbereich als wichtigsten Trend eine anhaltend hohe Auslastung für den gesamten Prognosezeitraum. In den verschiedenen Varianten Ⓜ (**Tab. H2.1-3A**) ist damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach Hochschulbildung mindestens noch bis zum Jahr 2025 auf einem sehr hohen Niveau bleiben wird (**Abb. H4.4-1**); eine „Knappheit" in der Zahl der Bildungsteilnehmer wird sich bis dahin voraussichtlich nicht einstellen. Vielmehr deutet sich an, dass mindestens bis 2025 ein schon in der Vergangenheit als „Überlast" wahrgenommener Nachfragedruck zur „Dauerlast" werden könnte, auch wenn dies nicht alle Länder und Hochschulen im gleichen Maße betreffen wird. Bei gleichbleibenden Übergangsquoten an die Hochschule (Basisvariante), verstärkt durch die doppelten Abiturientenjahrgänge aus den Jahren 2011 bis 2013, wird die Studienanfängerzahl voraussichtlich zunächst weiter ansteigen und danach langsam zurückgehen. Nach der Basisvariante wird die jährliche Studienanfängerzahl erst 2019 wieder unter den Wert von 400.000 Personen sinken, ein Wert, der überhaupt erstmals im Jahr 2009 übertroffen wurde. Selbst in der unteren Variante ist für 2025 noch eine Anfängerzahl zu erwarten, die deutlich oberhalb des Niveaus der 1990er Jahre liegt (**Abb. H4.4-1**, **Tab. H4.4-3web**). Die Zahl der Studierenden wird noch bis nach 2020 über dem heutigen Niveau liegen und erst danach leicht sinken (**Tab. H4.4-1A**).

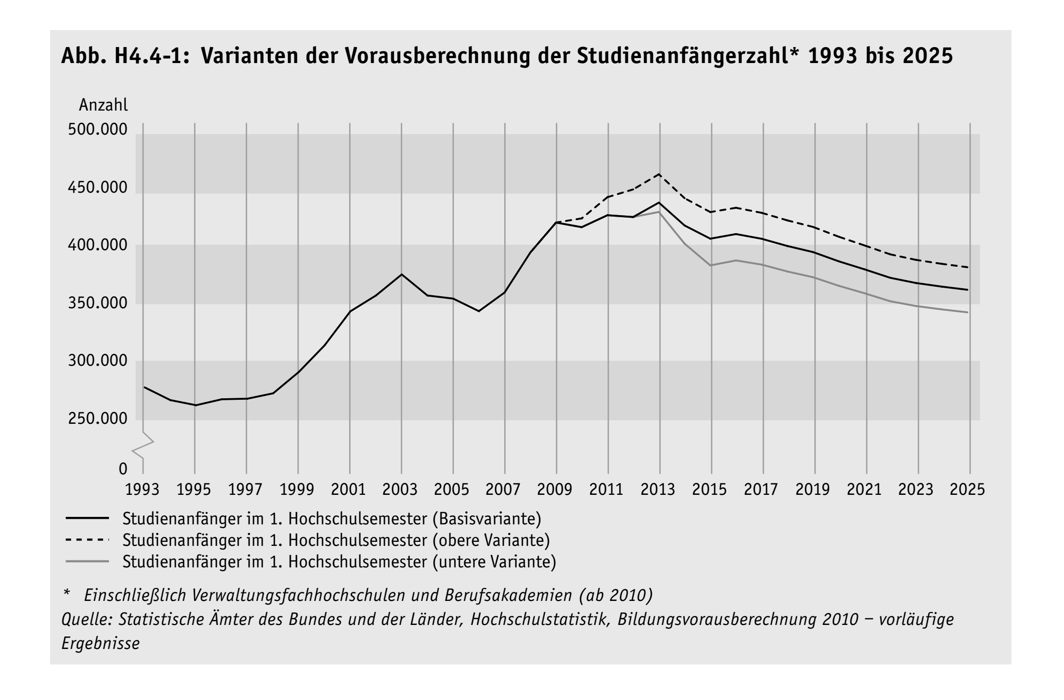
Ressourcenbedarf im Hochschulbereich anhaltend hoch – Hochschulpakt nur an der Untergrenze ausreichend

Vor diesem Hintergrund wird es auch weiterhin darum gehen, die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um der anhaltend hohen, bei steigenden Studienberechtigten- und Übergangsquoten sogar noch weiter wachsenden Nachfrage nach Hochschulbildung zu entsprechen und eine hohe Qualität der Ausbildung zu gewährleisten. Der für den Zeitraum 2010 bis 2020 fortgeschriebene Hochschulpakt Ⓜ plant bis 2015 zusätzliche 275.000 Studienanfängerinnen und -anfänger ein. Die zu erwartende Entwicklung könnte jedoch zu einem erheblichen Mehrbedarf an Studienanfängerplätzen führen. Nach den Annahmen der Basisvariante würden Kapazitäten für weitere ca. 64.000 Studienanfängerinnen und -anfänger benötigt, in der oberen Variante würden sogar mehr als 175.000 Studienanfängerplätze fehlen (**Tab. H4.4-4web**).

23 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 119

24 Aus diesem Grund verzichten die zurzeit vorliegenden Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der Studiennachfrage auch auf fachspezifische Projektionen.

Abb. H4.4-1: Varianten der Vorausberechnung der Studienanfängerzahl* 1993 bis 2025



* *Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien (ab 2010)*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik, Bildungsvorausberechnung 2010 – vorläufige Ergebnisse

Absolventenzahl bis 2023 mindestens auf heutigem Niveau

Ein ähnlicher Trend wie bei der Studienanfängerzahl zeigt sich bei der Zahl der Absolventinnen und Absolventen, die bis etwa 2016 kontinuierlich ansteigen wird, bevor sie dann allmählich sinkt (**H2**). Nach der Basisvariante werden bis 2023 aber noch etwa so viele Erstabsolventinnen und -absolventen die Hochschulen verlassen wie derzeit (**Tab. H4.4-5web**), wobei sich eine weitere Verschiebung zu den Fachhochschulen ergibt, die einen leicht steigenden Anteil der Bachelors ausbilden werden (**Tab. H4.4-1A**). Allerdings werden nicht alle Erstabsolventinnen und -absolventen unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Mit zunehmendem Anteil von Bachelorabschlüssen wird ein wachsender Teil von Absolventen zunächst für ein Masterstudium an der Hochschule bleiben. Auch wenn ein direkter Abgleich zwischen Angebots- und Bedarfsprojektion methodisch nicht möglich ist, so dürften die zu erwartenden Absolventenzahlen ausreichen, um dem steigenden Bedarf an akademisch qualifizierten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in den sekundären Dienstleistungsberufen, gerecht zu werden, jedenfalls in dem Umfang, wie ihn die Arbeitskräftebedarfsprojektion für die nächsten Jahre vorausschätzt (**H3**). Ein rechnerischer Ausgleich kann jedoch auch in der Zukunft mit fachrichtungsspezifischen Ungleichgewichten einhergehen.

Personal- und Finanzbedarf

Die in den nächsten Jahren weiter steigenden Teilnehmerzahlen lassen auch den Personal- und Finanzbedarf des Hochschulsystems zunächst weiter wachsen. In der Basisvariante wird er bis etwa 2018 auf dem heutigen Niveau oder darüber liegen (**Tab. H4.4-6web**, **Tab. H4.4-7web**). Erst danach setzt ein leichter, sich gegen Ende des Prognosezeitraums beschleunigender Rückgang ein. Sollten die Annahmen der oberen Variante eintreffen, würde der Bedarf an lehrendem Personal von 2009 bis 2014 um 8.400 steigen (+7,8%). Erst 2024 würde dann das Niveau des Jahres 2008 wieder unterschritten (**Tab. H4.4-8web**). Zu beachten ist, dass weiterer Personalbedarf durch Ausweitung der Forschung, durch höhere Studienqualität und durch die Realisierung von lebenslangem Lernen im Hochschulsystem entstehen kann.

Regionale Differenzierung der Hochschulvorausberechnung

Standortstruktur der Hochschulen mittelfristig nicht gefährdet

Von wenigen Ausnahmen abgesehen – zum Beispiel der Neugründung von Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen – zeichnet sich gegenwärtig keine Erweiterung der Standortstruktur ab, aber auch kein allgemeiner Trend zur Konzentration von Standorten. Die Studiennachfrage wird in den nächsten 15 Jahren selbst bei nicht weiter steigender Bildungsbeteiligung auf einem so hohen Niveau liegen, dass sich daraus kein Zwang zu einer Standortkonzentration ergibt. Erst in den Jahren nach 2030 wird die Standortstruktur durch die dann voraussichtlich deutlich sinkende Studiennachfrage möglicherweise vor neuen Herausforderungen stehen. Hochschulen verfügen jedoch über spezifische organisationale Strategien, solchen Folgen der demografischen Entwicklung entgegenwirken zu können. Sie können etwa durch besondere Studienangebote, institutionelle oder curriculare Profilbildung oder gezielte Marketingstrategien Mobilitätsströme beeinflussen (höhere Verbleibsquote, höhere Zuwanderung, verstärkte Internationalisierung, neue Zielgruppen). Dies bedeutet, dass sich Hochschulen in ihrer Auslastung bis zu einem gewissen Maße von den Einflüssen der Geburtenentwicklung abkoppeln können – zum Beispiel indem sie sich von der Fokussierung auf eine bestimmte Altersgruppe lösen und sich stärker als Institutionen lebenslangen Lernens begreifen.

Regional unterschiedliche Entwicklungen der Studienanfängerzahlen

Nach der Bildungsvorausberechnung (Basisvariante) sind zukünftig allerdings regional unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten. In den Stadtstaaten wird die Studienanfängerzahl auch 2025 immer noch bei etwa 95% des Niveaus liegen, das 2008 erreicht wurde. Die westdeutschen Flächenländer müssen zunächst eine deutlich steigende Studienanfängerzahl bewältigen, bevor dann bereits 2014 ein sinkender Trend einsetzt und am Ende des Voraussagezeitraums voraussichtlich noch etwa 93% des Niveaus des Jahres 2008 erreicht werden. In den ostdeutschen Flächenländern geht die Studienanfängerzahl hingegen bereits 2011 auf etwa 85% herunter und bleibt dann etwas darunter stabil (**Abb. H4.4-2**). In den ostdeutschen Flächenländern macht sich der Geburtenrückgang (**Tab. H4.4-8web**) bereits jetzt in einer stark sinkenden Zahl an Studienberechtigten bemerkbar. Dennoch ist die Studienanfängerzahl dort zuletzt noch weiter angestiegen (vgl. **F2**).

Studienanfängerzahlen in Ostdeutschland nur durch Zuwanderung aus dem Westen zu halten

Die aktuelle Entwicklung entspricht ebenso wie die Ergebnisse der Bildungsvorausberechung den Vereinbarungen im Hochschulpakt, nach denen das Studienangebot in Ostdeutschland und die dort demografisch bedingt sinkende Studiennachfrage auch dazu genutzt werden sollen, die erhöhte Nachfrage im Westen auszugleichen. Die Voraussetzungen dafür sind insofern gut, als Mobilität im Hochschulbereich weiter verbreitet ist als in anderen Bildungsbereichen. Allerdings bildet für etwa zwei Drittel der Studienanfängerinnen und -anfänger die regionale Nähe zum Studienangebot ein wichtiges Entscheidungskriterium, für ein Fünftel sogar das entscheidende.[25] Nach einer Modellrechnung auf der Grundlage der Basisvariante müssten ab 2012 jährlich zusätzlich etwa 8.500 bis 9.000 Studienanfänger aus den westlichen in die östlichen Flächenländer wandern, um die Studienanfängerzahlen dort stabil zu halten. In der Vergangenheit ist ein solches Mobilitätsmuster noch nicht erkennbar gewesen, die Wanderung von Studienanfängerinnen und -anfängern in die neuen Länder war bislang sehr gering (**Tab. H4.4-2A**, **Tab. H4.4-9web**). Es bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die zurzeit laufenden Marketinginitiativen und die durch die doppelten Abiturientenjahrgänge hervorgerufenen regionalen Kapazitätsengpässe auf die Mobilitätsbereitschaft der Studieninteressenten haben.

25 Heine, C./Willich, J./Schneider, H./Sommer, D. (2008): Studienanfänger im Wintersemester 2007/08. HIS Forum Hochschule 16/2008 – Hannover, S. 195 ff.

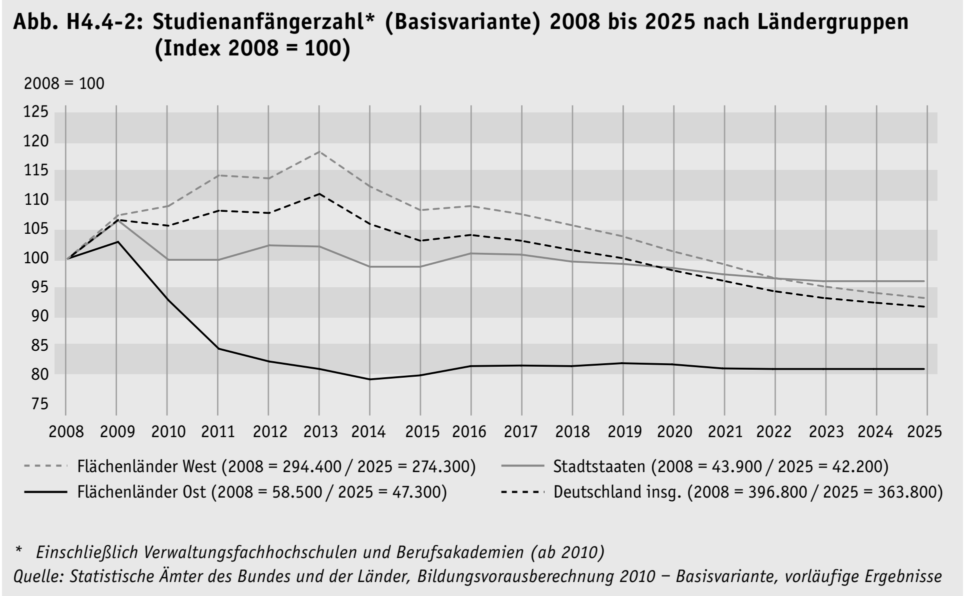


Abb. H4.4-2: Studienanfängerzahl* (Basisvariante) 2008 bis 2025 nach Ländergruppen (Index 2008 = 100)

* *Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien (ab 2010)*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Langfristige Herausforderungen für die Hochschulen

Die Hochschulen stehen vor mehrfachen Herausforderungen: In den nächsten Jahren müssen sie mit ihren Ausbildungskapazitäten nicht nur der absehbar steigenden Studiennachfrage gerecht werden, sondern dies auch bei steigenden Ansprüchen an die Studienqualität und -effektivität realisieren. Schon heute weicht die soziale Struktur der Studierenden weit von der sozialen Struktur der Gesellschaft ab (vgl. **Abb. F2-3**). Hier sind die Hochschulen gefordert, neue Gruppen für ein Studium zu gewinnen, etwa Studierende mit einem Migrationshintergrund oder aus den bisher unterdurchschnittlich vertretenen bildungsfernen Schichten (vgl. **F1**, **F2**). Zu erwarten ist auch die weitere Zunahme des Frauenanteils unter den Studierenden und Absolventen. Bisher vorwiegend von Männern gewählte Fächer, insbesondere einige ingenieurwissenschaftliche Fächer, werden sich stärker um mehr Studienanfängerinnen bemühen müssen.

Hochschulen müssen neue Gruppen für das Studium gewinnen …

Unter der Bedingung kleinerer Altersjahrgänge und – damit verbunden – einer höheren Erwerbsbeteiligung der Älteren muss die insgesamt verfügbare Bildungszeit anders genutzt und aufgeteilt werden. Die Hochschulen werden sich stärker zu Institutionen des lebenslangen Lernens wandeln müssen. Dazu trägt bei, die Optionen auf Hochschulbildung in allen Altersgruppen auszuweiten und zu flexibilisieren, indem sich beispielsweise die Hochschulen stärker für neue Gruppen von Studierenden öffnen,[26] Teilzeit- oder Fernstudienangebote ausbauen, berufsbegleitende Studiengänge, integrierte Formen von beruflicher Ausbildung und Studium anbieten oder beruflich erworbene Kompetenzen auch für das Studium anrechnen.[27] Der Bedarf an beruflicher wissenschaftlicher Weiterbildung wird stark ansteigen, zum einen aufgrund der wachsenden Zahl von Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss, zum anderen aufgrund der hohen Weiterbildungsbeteiligung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Auch ist die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmern mit Hochschulabschluss überdurchschnittlich hoch. Schließlich sollten die Hochschulen in einer Gesellschaft, in der ein immer größerer Anteil älterer Menschen lebt, auch die nachberufliche Lebensphase stärker in den Blick nehmen.

… und sich zu Institutionen des lebenslangen Lernens wandeln

26 *Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, Kap. H4.6, S. 175 ff.*
27 *Vgl. Buhr, R. et al. (Hrsg.) (2008): Durchlässigkeit gestalten! Wege zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung – Münster*

4.5 Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Weiterbildung hat in Gesellschaften mit einer starken Wissensdynamik strukturell seit Langem eine große Bedeutung, die im demografischen Wandel weiter zunehmen wird. Sie betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens – von der Ökonomie bis zur Teilhabe an Politik, privater Lebensgestaltung und Gesundheitsvorsorge (vgl. **I1**) – und beschränkt sich nicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen. Im Kern geht es um eine neue Zeitorganisation institutionalisierter Lernphasen im Lebensverlauf (**H5**). Gegenüber einer so weit gefassten Perspektive konzentriert sich der folgende Abschnitt auf die in der aktuellen Diskussion zum demografischen Wandel im Vordergrund stehenden Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung. Vorausgesetzt wird dabei, dass Veränderungen von Weiterbildungsverhalten und -organisation langfristig immer auch von vorgelagerten Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen abhängig sind.[28]

Bezogen auf die über 50-Jährigen erschöpfen sich die Herausforderungen der Demografie nicht in der beruflichen Weiterbildung, auch wenn dieser angesichts ihres gegenwärtigen Gewichts in der Weiterbildung insgesamt ein besonderer Stellenwert zukommt (vgl. **G1** bis **G3**). Wenn aber 2025 der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung auf 26% (vgl. **A1**) ansteigt, gehören institutionalisierte Bildungsmöglichkeiten auch für die nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung zu den wichtigen Voraussetzungen sozialer Teilhabe.[29]

Entwicklung der Weiterbildung mit Blick auf die Bevölkerungs- und Arbeitskräftebedarfsvorausberechnung

Veränderte Altersstruktur bei den Weiterbildungsteilnehmern

Bei einer Status-quo-Projektion der altersspezifischen Teilnahmequoten an Weiterbildung verändern sich vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung sowohl die Zahl als auch die altersstrukturelle Zusammensetzung der Weiterbildungsteilnehmer. Mit dem Anwachsen der Gruppe der Älteren, die bisher eine geringere Weiterbildungsbeteiligung aufweisen, würde unter gleichbleibenden Bedingungen bis zum Jahr 2025 die Teilnehmerzahl stark zurückgehen (**Abb. H4.5-1**, **Tab. H4.5-1A**) und sich die Altersstruktur der Teilnehmer hin zur älteren Bevölkerungsgruppe verschieben. Angesichts der politischen Bestrebungen, die Erwerbsquote der über 50-Jährigen zu erhöhen und auch deren gesellschaftliches Teilhabepotenzial zu stärken, macht eine Status-quo-Fortschreibung wenig Sinn.

Priorität für ältere Erwerbstätige bei beruflicher Weiterbildung erforderlich

Im Projektionszeitraum (bis 2025) wird der Anteil der 50- bis unter 65-Jährigen an der Erwerbsbevölkerung sukzessive steigen und 2025 einen Anteil von 38% erreichen gegenüber 29% im Jahr 2006.[30] Da die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung insgesamt wie auch an betrieblicher Ⓜ entscheidend mit der Beteiligung am Erwerbsleben zusammenhängt (**Abb. H4.5-2web**), ergibt sich für Unternehmen wie für politische Akteure in der Weiterbildung damit zunehmend die Anforderung, berufliche Bildungsangebote zur Sicherung von Qualifikationsniveau und Leistungsfähigkeit älterer Erwerbspersonen zu entwickeln und auszubauen, um damit auch einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern dieser Altersgruppe zu leisten (vgl. zur Projektion betrieblicher Weiterbildung **Tab. H4.5-5web**).

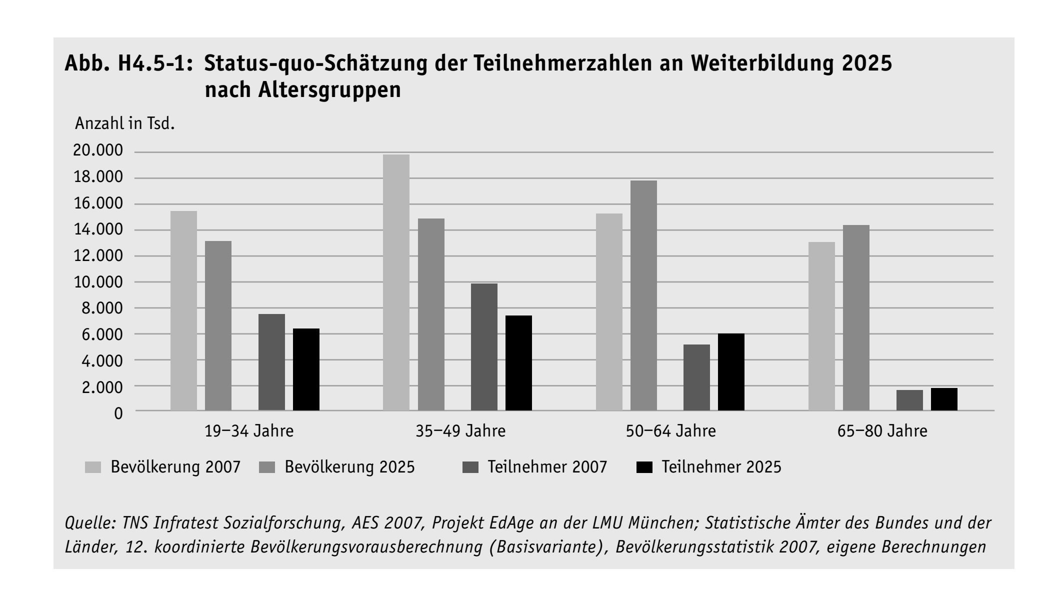
Ähnliches gilt für die nicht betriebliche Weiterbildung. Schreibt man mit Hilfe der Volkshochschulstatistik Ⓜ die aktuelle Teilnehmerstruktur für die VHS-Kurse fort, wird sich vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung das Kursgefüge in den nächsten Jahren dahin gehend ändern, dass 2025 der Anteil der jüngeren und

28 *Vgl. dazu die fünf Gutachtenbände Achtenhagen, F./Lempert, W. (Hrsg.) (2000): Lebenslanges Lernen im Beruf. Seine Grundlegung im Kindes- und Jugendalter – Opladen*

29 *Tippelt, R./Schmidt, B./Schnurr, S. et al. (2009): Bildung Älterer. Chancen im demografischen Wandel – Bielefeld, S. 94 ff.*

30 *Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisvariante), Bevölkerungsstatistik, Stichtag 31.12.2006*

Abb. H4.5-1: Status-quo-Schätzung der Teilnehmerzahlen an Weiterbildung 2025 nach Altersgruppen



Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, Projekt EdAge an der LMU München; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisvariante), Bevölkerungsstatistik 2007, eigene Berechnungen

mittleren Altersjahrgänge bis zum Alter von 49 Jahren in den Kursen stark abnehmen, der der 50-Jährigen und Älteren zunehmend die Kursstruktur prägen und damit auch eine veränderte Organisation von Weiterbildungsangeboten, z. B. bezüglich der Themenbereiche, herausfordern wird (**Tab. H4.5-2A**, **Abb. H4.5-3web**). Zusätzlich ist die Abhängigkeit des Weiterbildungsverhaltens vom Bildungsstand zu berücksichtigen. Die 47- bis 62-Jährigen des Jahres 2007 werden 2025 die Gruppe der 65- bis 80-Jährigen bilden. Eine Modellrechnung zeigt, dass allein aufgrund des dann höheren Bildungsstands die Weiterbildungsquote der 65- bis 80-Jährigen von 12% im Jahr 2007 auf 17% bzw. um über ein Drittel ansteigen könnte (**Tab. H4.5-3A**).

Starke regionale Unterschiede bei Versorgung mit Weiterbildungsangeboten der öffentlichen Hand

In der nicht betrieblichen Weiterbildung, in der berufsbezogene und nicht berufsbezogene Weiterbildung institutionell oft gekoppelt sind, zeigt ein Blick auf Weiterbildungsangebote von Volkshochschulen große regionale Unterschiede im Kursangebot, die extreme Unterschiede in den institutionellen Gelegenheitsstrukturen zur Weiterbildungsteilnahme in den verschiedenen deutschen Regionen aufdecken (**Tab. H4.5-4A**, **Abb. H4.5-4web**). Die Chance, an Weiterbildung teilzunehmen, ist nach den Kursangeboten z. B. in Baden-Württemberg viermal so groß wie in Brandenburg und dreimal so hoch wie in Hamburg. Für die Altersgruppe der 50-bis 80-Jährigen stellt sich die Relation noch ungünstiger dar (**Tab. H4.5-4A**). Die Unterschiede in der Versorgungslage deuten auf Probleme hin, die sich im Zuge demografischer Veränderungen und des Bevölkerungsrückgangs in den ostdeutschen Flächenländern noch verschärfen können.

Bessere Weiterbildungsangebote für die Nacherwerbsphase erforderlich

In besonderer Weise kann Weiterbildung für jene in Zukunft größer werdenden Bevölkerungsgruppen, denen nach dem Erwerbsleben soziale Kontakte und Informationsquellen auch für die individuelle Lebensgestaltung verloren gehen, eine wichtige Funktion sozialer Integration und Teilhabe erfüllen (vgl. **I**). Welche Fragen sich damit stellen, lässt sich am Beispiel der Gesundheitsbildung verdeutlichen, die in allen Altersgruppen, insbesondere aber in den höheren, an Bedeutung gewinnt. Die verfügbaren Daten der Zusatzerhebung „EdAge“ Ⓜ zum AES zeigen in der Teilnahme an Angeboten zur Gesundheitsbildung beträchtliche Unterschiede nach Geschlecht, Alter und Bildungsstand (**Tab. H4.5-6web**, **Tab. H4.5-7web**). Hier liegt ein größeres Feld für Innovationen in der Weiterbildung – nicht allein bezogen auf die alten Personen –, für das Personal- und Finanzressourcen der öffentlichen Hand zu erschließen sind.

Herausforderungen für die Weiterbildung

Gegenwärtige Weiterbildungsangebote keine gute Voraussetzung für demografischen Wandel

Weder die berufsbezogene noch die nicht berufsbezogene Weiterbildung scheint auf den demografischen Wandel gut vorbereitet zu sein. Im beruflichen Bereich bieten die gegenwärtige Praxis der Unternehmen wie auch das individuelle Bildungsverhalten (vgl. **G1** und **G3** in diesem Bericht wie auch **G1** im Bildungsbericht 2008) für die Weiterbildung in einer „alternden Gesellschaft" keine angemessene Voraussetzung. Die Mitgestaltung des demografischen Wandels durch institutionalisierte Weiterbildung lässt sich in drei vordringlichen Perspektiven bündeln:

- Wie kann berufliche Weiterbildung zur Aktivierung zusätzlichen Erwerbspersonenpotenzials auf allen Qualifikationsstufen der Beschäftigung, insbesondere aber bei geringer Qualifizierten, Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten (**H4.3**), beitragen?
- Angesichts der Unterrepräsentanz der älteren und weiblichen Erwerbspersonen in der beruflichen Weiterbildung – vor allem der betrieblichen – stellt sich die Frage, ob und wie die institutionellen Träger – seien es Betriebe, seien es öffentliche Einrichtungen – eine Qualifizierungsstrategie zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung dieser Gruppen zur Schließung möglicher Arbeitskräftelücken entwickeln.
- Unter dem Aspekt einer „alternden Gesellschaft" erscheint für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personengruppen eine Weiterbildungspolitik notwendig, die über ein regional gleichwertiges Angebot sowohl deren Teilnahme insgesamt erhöht als auch besonders die bisher in der Weiterbildung benachteiligten Gruppen mit niedrigem Bildungsstand zu aktivieren versucht. Eine solche Politik, die auch die besonderen Probleme von Personen mit Migrationshintergrund einbeziehen sollte, ist eine der großen Hausforderungen im nächsten Jahrzehnt.

Personal- und Finanzbedarf

Quantitative Ausweitung und mehr Professionalisierung des Weiterbildungspersonals

Angesichts der institutionellen Heterogenität der Weiterbildungsträger und der Vielfalt ihrer Lernformen und Personaleinsatzkonzepte fehlen verlässliche Informationen zum Personalbestand und -ausbaubedarf. Deswegen wird im Indikator zum Bildungspersonal (vgl. **B4**) auf eine Berichterstattung über das Personal in der Weiterbildung verzichtet. In den Bildungsvorausberechnungen in **H2** wird der Personalbedarf im Weiterbildungsbereich ebenfalls ausgeklammert. Vor dem Hintergrund der hier begründeten steigenden Weiterbildungserfordernisse in allen Altersstufen jenseits der Erstausbildung und in allen gesellschaftlichen Bereichen ist mit einem erheblich steigenden Personalbedarf in der Weiterbildung zu rechnen. Neben der Expansion scheint eine verstärkte Professionalisierung des Weiterbildungspersonals geboten, das oft in diskontinuierlichen Beschäftigungsverhältnissen und mit „marginaler Professionalisierung"[31] arbeitet.

Aufhebung der bisher restriktiven Finanzierungspolitik in der Weiterbildung

Die Haupttendenz bei den Bildungsausgaben in der Weiterbildung im letzten Jahrzehnt ist erst Rückgang (bis 2005 – Bildungsbericht 2008, S. 32), dann Stagnation (vgl. **B1**). Für die Zukunft hätte die Fortführung einer restriktiven Finanzstrategie eine Verstärkung von Gefährdungen sowohl für die Sicherung des quantitativen und qualitativen Arbeitskräftebedarfs als auch für die soziale Teilhabe vor allem der älteren Bevölkerungsgruppen zur Folge. Ohne genaue Finanzvolumen angeben zu können, erscheint es nötig, dass private und öffentliche Weiterbildungsträger (wie auch Weiterbildungsteilnehmer) ihre finanziellen Anstrengungen deutlich erhöhen.

31 *Faulstich, P. (2008): Weiterbildung. In: Cortina, K.S./Baumert, J. u. a. (Hrsg.) Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland (vollständig überarbeitete Neuausgabe) – Reinbek, S. 674*

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Bevölkerung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen
Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BGSR) verwendet für die Darstellung siedlungsstruktureller Unterschiede vorzugsweise die hier verwendeten vier Kreistypen: Kreistyp 1: Kernstädte; Kreistyp 2: Verdichtetes Umland; Kreistyp 3: Ländliches Umland; Kreistyp 4: Ländlicher Raum. Die Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen in den siedlungsstrukturellen Kreistypen bis 2025 wurde von der Regionalprognose des Bundesinstituts für Bevölkerungs-, Stadt- und Regionalforschung übernommen. Die Daten wurden an die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung angepasst.

Nachfragepotenzial
Die Nachfragebedarfsberechnung geschieht auf der Grundlage der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung durch die Konstruktion eines durchschnittlichen Jahrgangs von Jugendlichen im typischen Zugangsalter zur beruflichen Ausbildung (16- bis unter 19-Jährige). Die tatsächliche Nachfrage speist sich immer aus mehreren Altersjahrgängen und ist deswegen sehr viel höher, als die Kurve (**Abb. H4.3-1**) vorgibt, steht aber in ihrer Höhe in Relation zu dem durch die Jahrgangskurve bezeichneten Durchschnittswert. Auf der anderen Seite beinhaltet sie nicht allein die Nachfrage nach vollqualifizierender beruflicher Ausbildung, sondern auch nach höherer Allgemeinbildung (gymnasiale Oberstufe/Studium) oder auch Erwerbsarbeit ohne vorherige Ausbildung.

Berufshauptfelder
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **H3**

Varianten der Hochschulvorausberechnung
Die Basisvariante (Status-quo-Fortschreibung) geht für 2009 von erhöhten Übergangsquoten aus, um die stark gestiegene Studienanfängerzahl für 2009 abbilden zu können. Diese erhöhte Quote wird bis 2012 linear gesenkt und bleibt dann auf dem mittleren Niveau (Fortschreibung des letzten verfügbaren Durchschnitts). Die obere Variante hält eine um fünf Prozentpunkte erhöhte Übergangsquote stabil, die untere Variante geht davon aus, dass die Übergangsquote nach 2012 weiter sinkt und hält ab 2015 eine um fünf Prozentpunkte niedrigere Übergangsquote stabil.

Hochschulpakt 2020
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **F2**

Betriebliche Weiterbildung
Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G1** – Weiterbildungstypen

Volkshochschulstatistik
Mit der Volkshochschulstatistik liegen Informationen zu den Aktivitäten der Volkshochschulen in Deutschland vor, die das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) jährlich erstellt. Hier werden Daten von 953 der insgesamt 957 Volkshochschulen zur Anzahl der Kurse und zu Ausgaben der Volkshochschulen im Arbeitsjahr 2008 berichtet. An den Angaben zur Kursbelegung nach Alter waren etwa 84% der Volkshochschulen beteiligt. Zu beachten ist, dass die Statistik Teilnahmefälle erfasst, wodurch Doppelzählungen von teilnehmenden Personen nicht auszuschließen sind.

AES-Zusatzerhebung EdAge
Das Weiterbildungsverhalten 45- bis 80-Jähriger wurde als Zusatzerhebung zum AES 2007 im Rahmen des BMBF-Projekts „EdAge – Bildungsverhalten und -interessen Älterer“ am Institut für Pädagogik der LMU München erhoben. In 4.909 Interviews wurden über das ursprüngliche AES-Fragenprogramm hinausgehende Themenbereiche, z. B. Gesundheitsbildung, erfasst.

H5 Das Bildungswesen unter Veränderungsdruck

Die aktuellen bildungspolitischen Debatten, beispielsweise um die Ausweitung finanzieller Ressourcen für Bildung in Deutschland, werden vor dem Hintergrund eines langfristigen Strukturwandels geführt, zu dem neben Globalisierung und zunehmender Wissensbasierung der Ökonomie (vgl. **A2**, **A3**) auch die demografischen Veränderungen gehören. Der demografische Wandel wird viele Reformprozesse im Bildungswesen beschleunigen; hierin liegt eine Chance für die Bildungspolitik.

In Weiterführung der bisherigen Überlegungen wird im Folgenden die Wechselwirkung von Demografie und Bildungsreform entlang vier grundlegender Dimensionen diskutiert: der Verteilung von Bildungszeit über die Lebensspanne (zeitliche Dimension), der Verteilung von Bildungsangeboten auf Regionen (räumliche Dimension), der Struktur und der Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungseinrichtungen (institutionelle Dimension) und der personellen und finanziellen Ausstattung des Bildungswesens (Ressourcen-Dimension).

Lebenslanges Lernen – Neustrukturierung von Bildungszeiten

Traditionell konzentriert sich die individuelle Bildungszeit bis heute auf das Jugend- und junge Erwachsenenalter. Diese traditionelle Zeitorganisation ist schon allein durch die hohe Wissensdynamik infrage gestellt, die erworbene Qualifikationen schneller veralten lässt, sodass Bildungsprozesse parallel zu Erwerbsphasen oder als temporäre Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit eine zunehmende Bedeutung erhalten werden. Bei demografisch bedingter Arbeitskräfteknappheit kommt es zusätzlich darauf an, Qualifizierungsprozesse in der Erwerbs- und Nacherwerbsphase fortzuführen, zu ergänzen oder, wo nötig, auch nachzuholen. Lernen im Lebenslauf wird damit zur notwendigen Bedingung, um das Bildungs- und Qualifikationspotenzial des Einzelnen und der Bevölkerung insgesamt zu sichern und zugleich Qualifikationen möglichst lange im Beschäftigungssystem nutzbar zu halten.

Lernen wird auch für die Bevölkerung im Rentenalter an Bedeutung gewinnen, die – mit steigendem Bildungsniveau – nach der Erwerbsphase oder im Rahmen veränderter Formen von Tätigkeiten verstärkt Bildungsinteressen nachgehen wird. Unter dem Aspekt einer „alternden Gesellschaft“ ist auch für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personengruppen ein Weiterbildungsangebot zu schaffen, das deren gesellschaftliche Teilhabe insgesamt erhöht und sich darüber hinaus bemüht, die bisher in der Weiterbildung benachteiligten Gruppen mit niedrigem Bildungsstand einzubeziehen.

Allein diese Gesichtspunkte werden Anlass dafür sein, das herkömmliche Verteilungsmuster zwischen den Zeiten, die der Bildung und Ausbildung, der Erwerbsarbeit und dem Ruhestand gewidmet sind, zu überdenken und zu überlegen, wie Bildungszeiten stärker in den gesamten Lebenszyklus integriert sowie mit Arbeitsphasen, Phasen der Familientätigkeit, der Freizeit und des Ruhestands verflochten werden können, um eine sowohl individuell befriedigende als auch gesellschaftlich produktive Nutzung von Bildungszeiten sicherzustellen. Auf die verschiedenen Bereiche des Bildungswesens kommen mit dieser Umverteilung von Bildungszeit je unterschiedliche und auch spezielle Herausforderungen zu.

Die Entwicklung der vergangenen beiden Jahrzehnte war insbesondere durch eine veränderte Einstellung gegenüber dem Lernen im Vorschulalter und einem Ausbau von Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren bestimmt. Der Prozess des Ausbaus vorschulischer Einrichtungen wird sich insbesondere für die kindliche Lebensphase der ersten drei Jahre in den kommenden Jahren fortsetzen

(**H4.1**) und mit einer weiteren Veränderung der Ausbildung des Personals zu verbinden sein, um den pädagogischen Ansprüchen an diese Bildungsphase gerecht zu werden.

Im Schulbereich hat das zuvor formulierte Ziel, Bildungszeit und darin erworbene Qualifikationen effizient zu nutzen, seinen deutlichsten Ausdruck in der Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges auf acht Schuljahre gefunden, die sich in den meisten Ländern durchgesetzt hat. Betrachtet man Altersjahrgänge insgesamt, ist dennoch mit einer im Durchschnitt ansteigenden Schulbesuchsdauer zu rechnen, weil immer mehr Schülerinnen und Schüler das Ziel einer Hochschulzugangsberechtigung anstreben und entsprechend längere Bildungsgänge besuchen. Dementsprechend erhöht sich auch das durchschnittliche Eintrittsalter in eine duale Berufsausbildung.

Gegenwärtig kommt hinzu, dass viele Jugendliche – teilweise mehrere Jahre – im Übergangssystem auf eine Ausbildungschance warten müssen. Diese Situation gilt es in den kommenden Jahren gezielt abzubauen (**H4.3**) und den direkten Übergang nach einem Schulabschluss in eine berufliche oder vollzeitschulische Ausbildung zu ermöglichen. Zugleich sollte die Durchlässigkeit zwischen Bildungsgängen und -angeboten weiter verbessert werden, um noch bestehende Hemmnisse im Zugang zu weiterführender Bildung abzubauen.

Die Aufgaben der beruflichen Bildung bei Erwachsenen sind je nach Zielgruppe verschieden:

- Zur Sicherung und Weiterentwicklung individueller Kompetenzen sind für alle Erwerbspersonen – aktuell in besonderer Weise für ältere Berufstätige – verstärkt Möglichkeiten beruflicher Bildung und Weiterbildung zu bieten, um ihnen eine längere Beschäftigung zu ermöglichen und Arbeitskräftelücken zu schließen. Ein derartiges Vorgehen stellt zugleich eine Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen dar, so dass es gelingen sollte, hier zu Absprachen über die entsprechenden Bedarfe auf betrieblicher bzw. überbetrieblicher Ebene zu kommen.
- Berufsbegleitendes Lernen auf einem besonders hohen Niveau ist vor allem für jene Absolventen des dualen Systems und Hochschulzugangsberechtigte wichtig, die zugunsten einer frühen Berufstätigkeit zunächst auf eine weitere Qualifizierung verzichtet haben, entsprechende Angebote zu einer Weiterqualifizierung jedoch nutzen können und wollen.
- Eine andere, wichtige Zielgruppe bilden Personen mit eher niedrigem Bildungsstand, für die Formen einer nachholenden Qualifizierung organisiert werden müssen und für die eine Verschiebung des Lernens in das Erwachsenenalter durch das Nachholen von Abschlüssen zu einer wichtigen Voraussetzung gesellschaftlicher und ökonomischer Integration werden wird. Die in **H3** erläuterte Arbeitsmarktprojektion geht in den kommenden 15 Jahren von einer anhaltend hohen Zahl von gering qualifizierten Arbeitskräften (ca. 1,3 Millionen) aus, für die Arbeitsplätze nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Ihnen ist ein breites Angebot zur Nachqualifizierung anzubieten.

Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen, die bereits eine erste Erwerbsphase hinter sich haben, kann eine wichtige Aufgabe für die bestehenden Berufsbildungseinrichtungen werden. Auch die Hochschulen müssen sich künftig verstärkt als Institutionen lebenslangen Lernens verstehen, was nicht nur ein erhöhtes Weiterbildungsengagement, sondern auch eine Neuausrichtung von Studienangeboten in der akademischen Erstausbildung zur Folge hätte (**H4.4**). Berufsbegleitende akademische Zusatzqualifikationen werden zunehmend wichtig für den beruflichen Aufstieg und die Anpassung der Kenntnisse an den aktuellen Forschungsstand. Mit den Bachelor-/Masterstudiengängen wurde bereits strukturell die Möglichkeit geschaffen, Studien- und Erwerbsphasen stärker zu entzerren. Angesichts des individuellen und des gesellschaftlichen Qualifikationsbedarfs müssen zusätzliche Möglichkeiten einer berufsbegleitenden Qualifizierung

an den Hochschulen geschaffen werden. Hochschulen können auch als Anbieter auf dem Weiterbildungsmarkt neue Nachfragepotenziale erschließen und mehr Personen in den verschiedenen Phasen ihres Erwerbslebens und in der nachberuflichen Lebensphase einen Hochschulbesuch im Rahmen von weiterbildenden Studien ermöglichen.

Betrachtet man die Stufen des Bildungswesens insgesamt, so ist absehbar, dass die traditionellen Kernphasen der Bildung und Ausbildung – nämlich Schule, berufliche Erstausbildung und Hochschulstudium – an relativem Gewicht verlieren werden. Zum einen weiten sich, wie oben erläutert, durch neue Strukturen der Zeitverwendung Bildungs- und Qualifizierungsaufgaben im Erwachsenenalter aus. Zum anderen ist auch mit der Ausweitung vorschulischer Bildung und Förderung zu rechnen, die durch den Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot ab 2013 vermutlich zusätzliche Dynamik erhalten wird (**H4.1**).

Regionale Unterschiede – die räumliche Dimension in Bildungspolitik und Bildungsplanung

Vieles spricht für eine Verstärkung regionaler Unterschiede durch die demografischen Entwicklungen. Zukünftig werden prosperierende städtische Zentren vermehrt altindustriellen und ländlichen Regionen mit starken Bevölkerungsverlusten gegenüberstehen. In dieser Situation müssen sich alle Regionen um eine möglichst zahlreiche Bevölkerung bemühen. Dazu gehört, für ansiedlungswillige Personen auch attraktive Bildungsangebote bereitstellen. Durch die Abhängigkeit der frühkindlichen Bildung, aber auch des Schulwesens und der allgemeinen Weiterbildung von der jeweiligen Finanzkraft der Kommune besteht die Möglichkeit, dass sich die Bildungspotenziale zwischen finanziell unterschiedlich leistungsfähigen Regionen auseinanderentwickeln. Gegenwärtig bereits bestehende regionale Unterschiede der Bildungsbeteiligung könnten sich verfestigen oder sogar verstärken, wenn die weitere Erhöhung des Schulabschlussniveaus als bildungspolitisches Ziel überwiegend nur in den städtischen Zentren und den Verdichtungsräumen verfolgt werden kann, in denen bereits heute das Ausbildungsniveau insgesamt vergleichsweise hoch ist.

Innerhalb der Ballungsräume ist zusätzlich mit zunehmenden Tendenzen der Wohnsegregation zu rechnen, die durch die freie Elternwahl von Kindertageseinrichtungen und Schulen noch verstärkt werden können, wobei insbesondere die Situation der Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund zu beobachten ist. Die Sicherung eines regional ausgewogenen und soziale Disparitäten ausgleichenden Bildungsangebots ist in Deutschland eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Bildungsplanung. Dabei zeichnet sich immer stärker ab, dass die herkömmlichen Formen der kommunalen und der staatlichen Planung von Nachfrage und Angeboten erweitert werden müssen. Fragen des quantitativen Ausbaus sind nicht mehr von Fragen nach der Struktur und Gestaltung von Bildungsgängen zu trennen; die Vernetzung von Bildungseinrichtungen über Stufen und Sektoren des Bildungswesens hinweg – und damit die regionale Kooperation unterschiedlicher Träger – gewinnt an Bedeutung. Ganztagsschulen und Übergangsmanagement in der beruflichen Bildung sind Beispiele dafür. Kommunale Planung berührt somit bildungspolitische Debatten, die bislang nur auf Landesebene oder länderübergreifend geführt wurden.

Institutionelle Entwicklungen

Eine verbesserte Einbeziehung von Bildungsprozessen in den individuellen Lebenszyklus hat notwendigerweise auch institutionelle Veränderungsbedarfe zur Folge, die regional jeweils unterschiedliche Ausgestaltungen einschließen müssen. Auch wenn

die gegenwärtig relativ starke Trennung der Bildungsbereiche kurzfristig nicht zu überwinden sein dürfte, so zeigen doch Erfahrungen aus dem kommunalen Bereich, dass verwaltungsorganisatorische Vernetzungen und Verknüpfungen möglich sind, indem Koordinierungsstellen oder runde Tische eingerichtet werden, die durch bildungsbereichsübergreifendes Handeln zu einer deutlich verbesserten Gestaltung von Bildungsgelegenheiten vor Ort tätig werden können.

Insbesondere in den ländlichen Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang sind die Auswirkungen der demografischen Entwicklung von Bedeutung. Häufig wird dort eine Einschränkung der Bildungsversorgung nur über eine Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen, gymnasialen Oberstufen und Schulen des Schulberufssystems, Berufsschulzentren und Weiterbildungseinrichtungen, sowie Betrieben, Berufsschulzentren und Fachhochschulen zu erreichen sein. Um die teilzeitberufsschulischen Ausbildungsangebote sicherzustellen und vollzeitschulische Angebote zu verbessern, könnten auch übergreifende regionale Ausbildungsinstitutionen in kooperativer Trägerschaft von öffentlicher Hand, Kammern und freien Trägern eine mögliche Option sein, um die regionale Ausbildungsinfrastruktur zu stabilisieren und möglicherweise zu verbessern. Auf Landesebene sollten demzufolge Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Formen der Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen anregen und begünstigen, eine Einschränkung von Bildungsangeboten vermeiden helfen und auch Abweichungen von den Grundstrukturen aufgrund neuer und regional spezifischer Bedarfe zulassen, um vor Ort Lerngelegenheiten in jeder Lebensphase zu erhalten bzw. noch ausbauen zu können.

Konsequenzen für den Personal- und Finanzbedarf des Bildungswesens

Eine Weiterentwicklung der Bildungsangebote mit dem Ziel, verbesserte Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten über die ganze Lebensspanne zu erreichen, hat weitreichende Konsequenzen für den Personal- und Finanzbedarf im Bildungswesen. Die Status-quo-Vorausberechnung des Personalbedarfs (**H2**) geht von einem Rückgang bis zum Jahr 2025 um etwa 126.000 Vollzeitäquivalente aus. Dabei ist ein über den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter 3-Jährigen bis 2013 hinausgehender Platzbedarf nicht berücksichtigt, und auch die personellen Auswirkungen einer stärkeren Ausweitung des Hochschulbesuchs sind nicht mit erfasst. Belastbare Projektionen für den Weiterbildungsbereich konnten mit diesem Bericht zwar nicht vorgelegt werden, die angesprochenen zusätzlichen Aufgaben, die auf diesen Bildungsbereich zukommen werden, führen aber notwendig auch dort absehbar zu einem deutlich höheren Personalbedarf. Deshalb wird sich lediglich im Schulbereich der rechnerische Personalbedarf verringern.

Finanziell bedeutet dies, dass die demografische Entwicklung allein im Bereich des Schulwesens einen Spielraum für mögliche Umverteilungen schafft – sei es für qualitative Verbesserungen innerhalb des Schulwesens oder für finanzielle Umschichtungen zugunsten anderer Bildungsbereiche:

Im Elementarbereich wird das Angebot für Kinder unter 3 Jahren über den Zielwert des Jahres 2013 hinaus aller Voraussicht nach weiter auszubauen sein. Im Kindergartenbereich fehlt es zudem an einem ausreichenden Angebot an Ganztagsplätzen, die heutigen Betreuungsquoten verlangen nach Verbesserungen und die Anpassung der Qualifikation des Personals an die gestiegenen pädagogischen Anforderungen nach zusätzlichen Ausbildungsmaßnahmen. Die „Sieben Handlungsfelder" der Kultusministerkonferenz[32] markieren einen umfangreichen Katalog zusätzlicher Maßnahmen für Qualitätsverbesserungen im Schulbereich (**H4.2**). Mögliche Entlastungen

32 Pressemitteilung vom 6. Dezember 2001 zur 296. Plenarsitzung der KMK

beim betrieblichen Teil der Berufsausbildung werden vermutlich noch längere Zeit erhöhten Anforderungen gegenüberstehen, die sich aus dem nach wie vor bestehenden Überhang an Altbewerbern und Nachqualifizierungen der unter 40-Jährigen, die bislang ohne qualifizierte Ausbildung sind, ergeben. Für Ausbildungsplatzbewerber mit Hochschulzugangsberechtigung würde ein Ausbau des Angebots an dualen Studiengängen und die Schaffung entsprechender Ausbildungsplätze zusätzliche Bedarfe bei Hochschulen und in Betrieben auslösen. Eine Umstrukturierung anstelle eines Rückbaus des betrieblichen Ausbildungsangebots liegt von daher auch im Interesse der ausbildenden Unternehmen und ihrer langfristigen Personalpolitik.

Im Hochschulbereich zeichnet sich ab, dass selbst die geplanten Ausbaumaßnahmen nicht ausreichend sein werden, um der zu erwartenden Nachfrageentwicklung gerecht zu werden und die als notwendig angesehenen Verbesserungen in der Hochschullehre umzusetzen. Bezogen auf die langfristige Entwicklung drängt sich ein Vergleich mit der „Untertunnelungsstrategie" auf, über die in den 1980er Jahren seitens der Hochschulpolitik versucht wurde, die angebliche „temporäre Überlast" zu bewältigen. Der erwartete Rückgang der Zahl der Studierenden ist damals nicht eingetreten, und es ist auch heute eher ein langfristig anhaltend hoher Bedarf an Studienplätzen zu vermuten als ein Rückgang der Studierendenzahlen ab dem kommenden Jahrzehnt. Für langfristige hohe Studierendenzahlen spricht auch die Notwendigkeit, die universitäre Weiterbildung weiterzuentwickeln und auszubauen, die bisher an den Hochschulen nur ein Randdasein führt. Schließlich werden sich die Hochschulen für aus dem Ausland angeworbene Studierende öffnen müssen, um mögliche Lücken im Bedarf des Beschäftigungssystems langfristig zu schließen.

Angesichts der Erwartung, in den nächsten Jahren finanziellen Spielraum für eine Weiterentwicklung und Umgestaltung des Bildungswesens zu erhalten, erweist sich der tatsächliche Spielraum für mögliche Umschichtungen vor dem Hintergrund bereits projektierter Ausbaumaßnahmen als sehr begrenzt. Insofern wird es nur sehr eingeschränkt möglich sein, die zusätzlich erforderlichen Mittel durch Umschichtungen innerhalb der oder zwischen den Bildungsbereichen bereitzustellen. Häufig erschwert eine auf Fortschreibung bzw. Erhöhung jedes Einzeltitels ausgerichtete Haushaltspolitik die gebotene Ausgabenflexibilität. Deshalb wird es zu einer zunehmend wichtigen Aufgabe von Bildungsfinanzierung und Bildungspolitik werden, die Mechanismen der Mittelbereitstellung und die Kontrolle der zielbezogenen Mittelverwendung zu verbessern und über alle Bildungsbereiche hinweg zu koordinieren.

Die Finanzierung der hier angesprochenen Zusatzbedarfe im Bildungswesen dürfte bereits den demografisch bedingten finanziellen Gestaltungsspielraum übersteigen. Für die Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung des Bildungswesens erscheint daher der gegenwärtig politisch diskutierte Finanzrahmen (Aufstockung der Bildungs- und Forschungsausgaben auf 10% des BIP) durchaus angemessen. Angesichts der strategischen Bedeutung des Bildungswesens für die weitere gesellschaftliche Entwicklung wäre es deshalb fatal, wenn an der Priorität von Bildung nicht auch in der gegenwärtig schwierigen ökonomischen Situation festgehalten würde. Die jüngsten Analysen der OECD haben erneut die mit Bildungsausgaben verbundenen hohen gesellschaftlichen Renditen (vgl. **I1**) herausgestellt: Investitionen in Bildung sind für die Gesellschaft lohnenswert.

Das Bildungswesen steht durch die Ausweitung der Bildungsphasen von den Kindertageseinrichtungen bis zum Lernen im hohen Lebensalter vor einem zunehmenden Veränderungsdruck, weil Bildungsprozesse stärker mit dem Lebenszyklus und lebenszyklusspezifischen Bildungsinteressen vereinbart werden müssen. Dadurch ergibt sich allerdings zugleich auch die Chance, Strukturen und Organisationsformen des lebensbegleitenden Lernens weiterzuentwickeln. Das gilt es zu nutzen.

Teil I
Wirkungen und Erträge von Bildung

In diesem Kapitel werden die eher mittel- und langfristigen Wirkungen von Bildung dargestellt. Dabei wird auf die drei der Berichterstattung zugrunde gelegten Zieldimensionen von Bildung – Entwicklung individueller Regulationsfähigkeit, Sicherung der Humanressourcen einer Gesellschaft und Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit – Bezug genommen. Diese übergreifenden Bildungsziele werden zwar auch in den anderen Kapiteln des Berichts berücksichtigt, hier jedoch sollen sie aus einer bildungsbereichsübergreifenden Perspektive thematisiert werden.

Eine Vielzahl von Studien macht deutlich, dass die Gesellschaft insgesamt von einer gut qualifizierten Bevölkerung profitiert. Zum einen wird an gesellschaftliche Investitionen in Bildung die Erwartung geknüpft, einen qualifikatorischen Beitrag zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs zu leisten und somit auch den technischen Fortschritt und das Wachstum der Volkswirtschaft zu unterstützen. Zum anderen sind mit gesellschaftlichen Investitionen in Bildung auch soziale Wirkungen verbunden wie beispielsweise die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, ein höheres zivilgesellschaftliches Engagement, ein besserer Gesundheitszustand der Bevölkerung und eine bessere Vorsorge für Kinder. Aufgrund der hohen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von Bildung werden im ersten Abschnitt Wirkungen und Effekte von Bildung auf der Makroebene betrachtet (**I1**). Neben der Frage, ob es gelingt, den Arbeitskräftebedarf quantitativ und qualitativ sicherzustellen, werden die ökonomischen Vorteile aus Investitionen in Bildung anhand der sozialen Ertragsraten dargestellt.

Nicht nur für die Gesellschaft insgesamt, auch für den Einzelnen lohnen sich bildungsbezogene Anstrengungen. Im zweiten Abschnitt werden deshalb die individuellen Vorteile von Bildungserfolgen aus verschiedenen Perspektiven in den Blick genommen (**I2**). Zu den empirisch gut dokumentierten Befunden gehört, dass sich Bildung vor allem im Berufsleben auszahlt. Es werden deshalb in Anlehnung an die Bildungsberichte 2006 und 2008 zentrale Indikatoren der Erwerbsbeteiligung nach Qualifikationsniveau, Geschlecht und Alter in Zeitreihe fortgeführt. Neu ist in diesem Bericht die Ausdifferenzierung des Zusammenhangs von Bildung und Beschäftigungsstatus nach Migrationshintergrund. Darüber hinaus erfahren jene Gruppen besondere Aufmerksamkeit, die keinen oder nur einen niedrigen allgemeinbildenden Abschluss erreicht bzw. keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. Dazu werden weitere sozioökonomische Merkmale wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Umfang der Beschäftigung und erzieltes Einkommen herangezogen. Die Vorteile von Bildung erschöpfen sich indessen auch für den Einzelnen keineswegs in monetären und klar quantifizierbaren Effekten. Deshalb werden aus individueller Perspektive auch qualitative Wirkungen wie soziale und kulturelle Teilhabe, politisches Interesse und Engagement näher beleuchtet und erstmals im internationalen Vergleich dargestellt.

Bildungssysteme haben den Auftrag, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Wissen, Kompetenzen, Wertorientierungen und Normen zu vermitteln. Insbesondere die in den Zertifikaten und Noten bescheinigten Kompetenzen beeinflussen nachhaltig die Positionierung der Individuen im weiteren Lebens- und Berufsverlauf und entscheiden mit über das Maß erfolgreicher Integration in und Teilhabe an der Gesellschaft. Deshalb stellt die Aufgabe, Lernangebote und -prozesse so zu strukturieren, dass alle Individuen unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit größtmöglichen Nutzen daraus ziehen können, eine zentrale Herausforderung an das Bildungssystem dar. Abschließend werden daher Fragen der Chancengleichheit und die Möglichkeiten kompensatorischer Wirkungen durch das Bildungssystem betrachtet (**I3**).

I1 Bildung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt

Der Ertrag von Bildung für den Erhalt und die (Weiter-)Entwicklung von Humanressourcen umfasst eine gesamtgesellschaftliche und eine individuelle Seite, die eng miteinander verbunden sind. Im vorliegenden Abschnitt wird vor allem auf die systembezogene ökonomische Dimension Bezug genommen, die auf die qualitative und quantitative Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs und auf die wohlfahrtsstaatlichen Ansprüche der Gesellschaft insgesamt gerichtet ist. In dem Maße, wie die allgemeinen Wissensvoraussetzungen für die Beschäftigung komplexer und differenzierter werden und zugleich einem immer rascheren Wandel unterworfen sind, in dem Maße auch, wie deshalb künftige Qualifikationsanforderungen immer schwerer zu prognostizieren sind, ist zu fragen, inwieweit das Bildungssystem in der Lage ist, die benötigte Qualität und Quantität der Humanressourcen sicherzustellen. Der Nutzen von Bildung zeigt sich auch im Beitrag zum Wirtschaftswachstum und in der Realisierung gesellschaftlicher Erträge, die abschließend international vergleichend dargestellt werden.

Qualitative und quantitative Sicherung des Arbeitskräftebedarfs

Höhere berufliche Abschlüsse auch künftig am Arbeitsmarkt nachgefragt, ...

Aktuellen Prognosen zur Entwicklung des künftigen Arbeitskräftebedarfs zufolge ist auf mittlere Sicht weiterhin mit einem tendenziellen Anstieg der Beschäftigtenzahl mit Fachhochschul- und Hochschulausbildung sowie einer etwa gleichbleibenden Nachfrage nach Personen zu rechnen, die über einen beruflichen Abschluss verfügen. Für Personen ohne beruflichen Abschluss hingegen werden – trotz sinkenden Erwerbspersonenpotenzials – auch künftig die Risiken am Arbeitsmarkt besonders hoch bleiben (vgl. **H3**). Insofern bleibt es für das Bildungssystem eine Herausforderung, langfristig das Arbeitskräftepotenzial zu sichern.

... deshalb weiterhin Anstrengungen zur Verbesserung der Lernangebote für niedrig qualifizierte Personen erforderlich

Zwar ist der Anteil an Jugendlichen, die ohne Abschluss die allgemeinbildende Schule verlassen, insgesamt leicht rückläufig, für einzelne Länder und Regionen kann hier gegenwärtig aber noch keine Entwarnung gegeben werden (vgl. **D7**). Vor dem Hintergrund einer nach wie vor regional unausgeglichenen Ausbildungsstellenbilanz (vgl. **E2**) müssen Jugendliche ohne bzw. mit niedrigem Schulabschluss auch weiterhin mit erheblichen Friktionen bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung rechnen, insbesondere aufgrund der Berufssegmentation nach Vorbildungsstruktur.[1] Bezieht man die Altbewerber in die Angebots-Nachfrage-Relation ein, so zeigt sich eine erhebliche Unterdeckung gerade in jenen Berufen, die von Jugendlichen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss nachgefragt werden (vgl. **E2**). Daher werden auch künftig erhebliche Anstrengungen zu leisten sein, jenen Jugendlichen in Risikolagen (vgl. **A3**) und mit niedrigem Kompetenzstand (vgl. **D6**), mit zum Teil schwierigen Lernbiografien, die an verzögerten Schullaufbahnen oder einem sonderpädagogischen Förderbedarf ablesbar sind (vgl. **D1**, **D2**), frühzeitige Unterstützung zuteil werden zu lassen, damit sie einen Schulabschluss erwerben und eine berufliche Ausbildung erfolgreich durchlaufen können. Zwar zeigen sich in den letzten Jahren einzelne Verbesserungen, z. B. durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung (vgl. **C2**, **C3**) und der Ganztagsangebote an Schulen (vgl. **D3**), aber es ist fraglich, ob die bisherigen Maßnahmen ausreichen, um die angesprochenen Probleme zu lösen. Auch an den Hochschulen und in der Weiterbildung gelingt es immer noch nicht hinreichend, Disparitäten beim Zugang zu minimieren, um Personen beim Ausbau und Erhalt ihres Arbeitspotenzials sowie bei der Bewältigung des sozialen und wirtschaftlichen Wandels zu unterstützen (vgl. **F2**, **G1**).

1 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008 – Bielefeld, S. 110 f.

Mit Blick auf das Ziel, Europa zu einem wettbewerbsfähigen und dynamischen Wirtschaftsraum zu entwickeln, wurden von der EU bildungspolitische Zielsetzungen formuliert, anhand derer die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme beurteilt wird. Besonderes Augenmerk kommt dabei jenen Gruppen zu, die aufgrund geringer Qualifikationen Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden. Dabei zeigt sich, dass Deutschland eine Reihe von Kennwerten derzeit nicht erfüllt. Dazu gehört die Senkung des Anteils frühzeitiger Schulabgänger auf höchstens 10%, welcher für Deutschland mit 12% nach wie vor über dem Zielwert liegt (vgl. **B2**). Das Ziel, unter den 20- bis unter 25-Jährigen den Anteil derer, die mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, auf 85% zu erhöhen, wird in Deutschland – zumindest für diese Altersgruppe – mit einem Anteil von 74% ebenfalls nicht erreicht (vgl. **B3**). Auch das für 2020 formulierte Ziel, den Anteil an 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf 40% im EU-Durchschnitt zu steigern, wird mit 28% in Deutschland noch deutlich unterschritten (vgl. **B3**).

Deutschland bei mehreren Kennwerten von EU-Zielsetzung noch entfernt

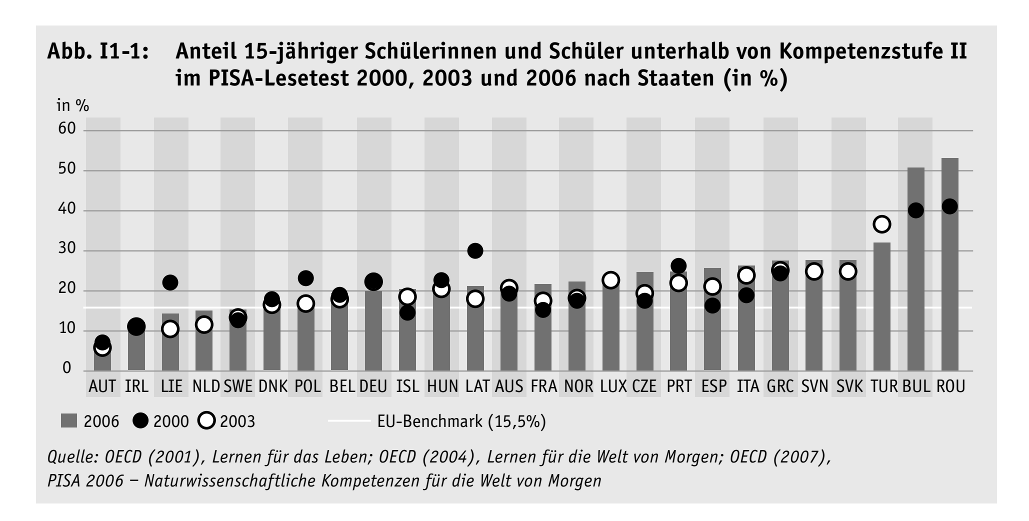


Abb. I1-1: Anteil 15-jähriger Schülerinnen und Schüler unterhalb von Kompetenzstufe II im PISA-Lesetest 2000, 2003 und 2006 nach Staaten (in %)

Quelle: OECD (2001), Lernen für das Leben; OECD (2004), Lernen für die Welt von Morgen; OECD (2007), PISA 2006 – Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von Morgen

Betrachtet man den Anteil leseschwacher Schülerinnen und Schüler, d.h. derjenigen unterhalb von Kompetenzstufe II, in Zeitreihe (**Abb. I1-1**, **Tab. I1-1A**), so haben bis 2006 nur fünf Staaten die Zielmarke erfüllt, den Anteil an leseschwachen Jugendlichen auf 15,5% zu senken. Deutschland weist demgegenüber – trotz einer leichten Verbesserung zwischen 2000 und 2006 – mit einem Anteil von ca. 20% an Jugendlichen unterhalb von Kompetenzstufe II immer noch einen deutlichen Abstand zum Zielwert auf.

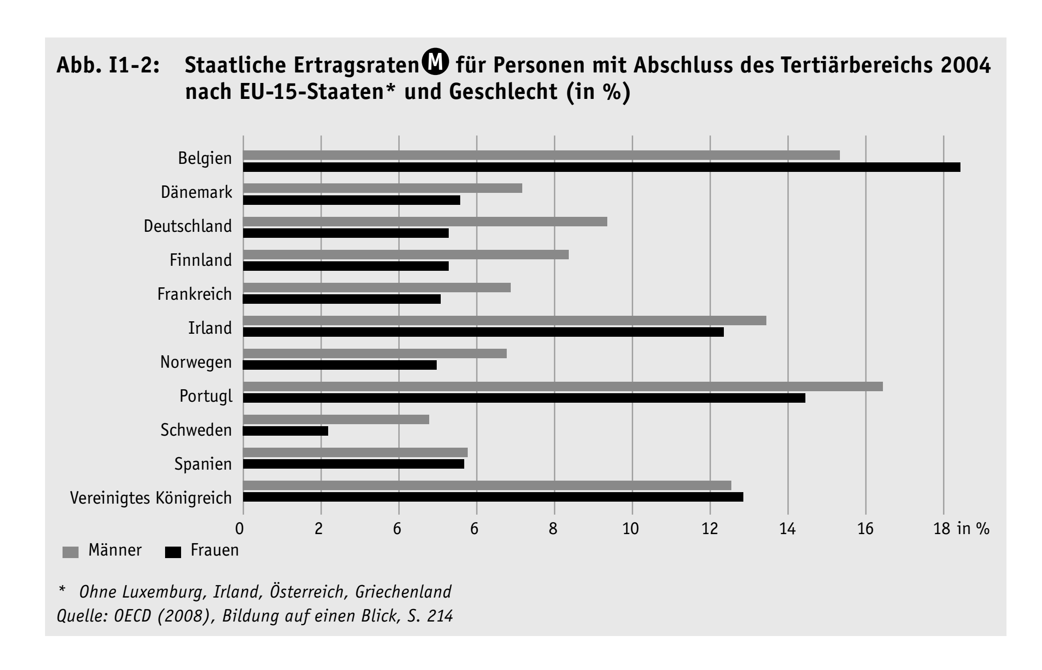
Nach wie vor zu geringe Förderung leseschwacher Kinder und Jugendlicher

Staatliche Ertragsraten

Wirtschaftliche Vorteile von Bildung für die Gesellschaft zeigen sich nicht nur in der Deckung des künftigen Arbeitskräftebedarfs und in einem höheren wirtschaftlichen Wachstum, sondern beispielsweise auch in Form von höheren Steuereinnahmen des Staates mit der Einmündung qualifizierter Personen in den Arbeitsmarkt. Staatliche Ertragsraten Ⓜ sind ein Maß für die langfristigen Erträge einer Gesellschaft aus Bildungsinvestitionen und stellen somit eine Möglichkeit dar, den Nutzen von Bildung für die Gesellschaft näherungsweise zu bestimmen. Sie geben Auskunft über die Auswirkungen von privaten Bildungsentscheidungen auf die öffentlichen Haushalte sowie über Effekte unterschiedlicher investitionsrelevanter politischer Rahmenbedingungen auch wenn der gesellschaftliche Nutzen von Bildung weit über die in staatlichen Ertragsraten berücksichtigten Faktoren hinausgeht.[2]

2 *De la Fuente, A. (2003): Das Humankapital in der wissensbasierten globalen Wirtschaft – Brüssel*

Abb. I1-2: Staatliche Ertragsraten Ⓜ für Personen mit Abschluss des Tertiärbereichs 2004 nach EU-15-Staaten* und Geschlecht (in %)



** Ohne Luxemburg, Irland, Österreich, Griechenland*
Quelle: OECD (2008), Bildung auf einen Blick, S. 214

Konsistentes Bild: Alle Staaten profitieren von Investitionen in Bildung, ...

Die öffentlichen Haushalte profitieren deutlich von Investitionen in einen höheren Bildungsstand der Bevölkerung. Im OECD-Durchschnitt ergibt sich für den Erwerb eines Sekundar-II-Abschlusses im Rahmen der Erstausbildung eine staatliche Ertragsrate von 6,5%, für einen Tertiärabschluss beläuft sich diese auf 11% bei den Männern und 9% bei den Frauen (**Tab. I1-2A**).

... vor allem im tertiären Bereich

Die staatlichen Ertragsraten für einen tertiären Abschluss zeigen, dass der Nutzen staatlicher Investitionen in Bildung in allen verglichenen Staaten die Ausgaben übersteigt. Zugleich wird ersichtlich, dass mit Ausnahme von Belgien und dem Vereinigten Königreich männliche Personen stets höhere Ertragsraten erzielen als weibliche (**Abb. I1-2**, **Tab. I1-2A**). In Deutschland fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede am größten aus. Der Nutzen, den eine zusätzliche Investition in Bildung dem einzelnen Staat bringt, ist zwar unterschiedlich hoch, aber in allen Staaten profitiert die öffentliche Hand nennenswert von Bildungsinvestitionen im tertiären Bereich. Zu den wichtigsten Faktoren dieser positiven Bilanz zählen höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge sowie geringere soziale Transferkosten. Besonders hohe staatliche Ertragsraten zeigen sich für Belgien, Portugal, Irland und das Vereinigte Königreich, bei denen die höheren Steuer- und Sozialeinnahmen deutlich über den tertiären Bildungskosten liegen. Die Differenzen in den Ertragsraten zwischen den Staaten sind vor allem auf Einkommensunterschiede zwischen Personen mit Tertiärabschluss und niedrigeren Abschlüssen, auf Unterschiede in der Bildungsfinanzierung sowie auf Differenzen in der Einkommensbesteuerung zwischen den Staaten zurückzuführen.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Staatliche Ertragsraten

Staatliche Ertragsraten sind ein Maß der mit einem Bildungsabschluss verbundenen langfristigen Erträge für die Gesellschaft unter Berücksichtigung der aufgewendeten Kosten, indem diese den Bruttomehreinnahmen gegenübergestellt werden (Erläuterungen vgl. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2008).

I2 Individueller Nutzen von Bildung

Bei der nachfolgenden Betrachtung des individuellen Nutzens von Bildung wird besonderes Augenmerk auf Unterschiede im Beschäftigungsstatus in Abhängigkeit von Bildungsniveau, Alter, Geschlecht und Migrationsstatus gelegt. Da Personen ohne oder mit nur niedrigem Schulabschluss sowie ohne berufliche Ausbildung besonders stark von den Risiken des Arbeitsmarktes betroffen sind, wird deren Situation anhand verschiedener beschäftigungsrelevanter Merkmale wie Dauer der Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsumfang und Einkommen vertiefend betrachtet.

Höhere Bildung geht mit positiven Wirkungen auf andere Lebensbereiche einher, beispielsweise gesundheitlichem Wohlbefinden, kultureller und politischer Partizipation und einer vielseitigeren Freizeitgestaltung. Einige dieser nicht beschäftigungsbezogenen Erträge von Bildung werden in diesem Abschnitt – auch im internationalen Vergleich – dargestellt.

Bildung und Erwerbstätigkeit

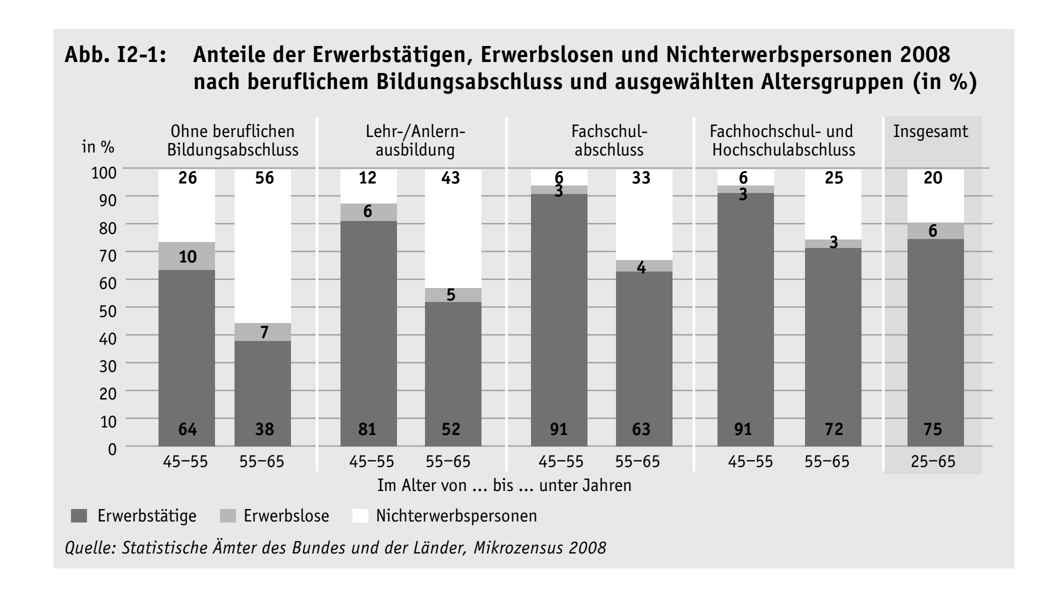
Personen mit einem höheren beruflichen Abschluss haben deutlich bessere Beschäftigungschancen als Personen mit niedrigeren Berufsabschlüssen. Besonders gravierend sind diese Unterschiede im Erwerbsstatus Ⓜ zwischen den Personen, die keinen Berufsabschluss besitzen, und jenen, die eine berufliche Ausbildung bzw. ein Studium abgeschlossen haben. Während knapp 35% der 25- bis unter 65-Jährigen ohne beruflichen Abschluss zur Gruppe der Nichterwerbspersonen zählen, ist dieser Anteil bei Personen mit Lehr- und Anlernausbildung nur knapp halb so hoch; unter den Fachschul- bzw. Hochschulabsolventen liegt der entsprechende Anteil sogar nur bei rund 12 bzw. 11% (**Tab. I2-1A**).

Personen ohne beruflichen Abschluss sind dreimal so oft nicht erwerbstätig wie Hochschulabsolventen

Der Erwerbsstatus ist jedoch nicht nur vom Bildungsabschluss beeinflusst, sondern auch von Alter und Geschlecht. So nimmt der Anteil der Nichterwerbspersonen ab einem Alter von 35 Jahren in allen Qualifikationsgruppen zu. Auffällig werden die Unterschiede insbesondere zwischen den beiden Altersgruppen der 45- bis unter 55- und der 55- bis unter 65-Jährigen (**Abb. I2-1**, **Tab. I2-1A**).

Rund zwei Fünftel der 55- bis unter 65-Jährigen zählen zu den Nichterwerbspersonen; bei den Männern liegt dieser Anteil mit 33% niedriger als bei den Frauen, von

Abb. I2-1: Anteile der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und ausgewählten Altersgruppen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Gering qualifizierte Personen scheiden deutlich früher aus dem Erwerbsleben aus als höher qualifizierte

denen rund die Hälfte nicht erwerbstätig ist. Besonders drastisch verläuft der Anstieg der Nichterwerbstätigkeit bei an- und ungelernten Personen, von denen rund 56% in der höchsten Altersgruppe nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im Vergleich dazu liegt der Anteil an Nichterwerbspersonen unter denjenigen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss bei 25%, ist also weniger als halb so hoch (**Abb. I2-1**, **Tab. I2-1A**). Die gravierende Zunahme des Anteils an Nichterwerbspersonen bei den 55- bis unter 65-Jährigen hat vielfältige Ursachen und Hintergründe. Neben gesetzlichen und/oder institutionellen Übergangsregelungen spielen aber auch individuelle Arbeitsbedingungen und -anforderungen sowie gesundheitliche Belastungen eine bedeutsame Rolle.[3]

Personen mit höheren Bildungsabschlüssen weniger stark von regionalen Disparitäten des Arbeitsmarktes betroffen

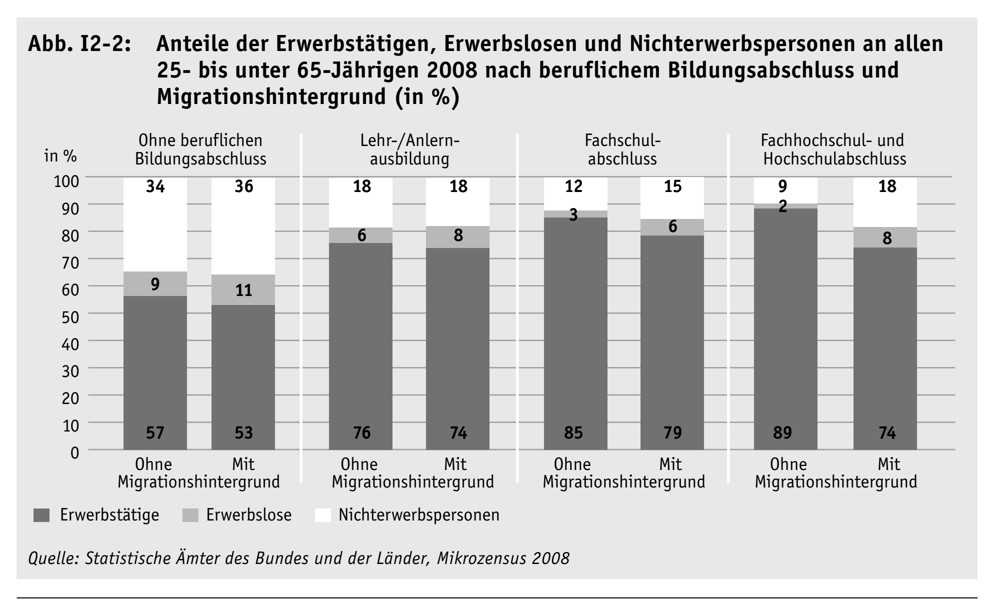
Die Beschäftigungschancen sind nach wie vor in hohem Maße vom regionalen Kontext abhängig. So zeigt sich für Ostdeutschland durchgängig ein doppelt bis dreimal so hoher Anteil an erwerbslosen Personen in allen Qualifikationsgruppen wie in den anderen Regionen. Mit bis zu 15 Prozentpunkten fallen die Differenzen in den Erwerbslosenquoten bei an- und ungelernten Personen zwischen einzelnen Ländern besonders hoch aus. Die Beschäftigungsnachteile für die Fachschul- und Hochschulabsolventen hingegen sind in den ostdeutschen Ländern nicht so stark ausgeprägt wie bei den unteren Qualifikationsgruppen (**Tab. I2-2A**).

Fortbestehende Beschäftigungsvorteile von Männern gegenüber Frauen

Trotz gestiegener Erwerbsbeteiligung der Frauen gibt es nach wie vor Unterschiede in Struktur und Niveau der Beschäftigung von Frauen im Vergleich zu Männern. In allen Qualifikationsgruppen war der Anteil der erwerbstätigen Frauen auch im Jahr 2008 niedriger als der der Männer. Besonders hoch fielen mit 13 Prozentpunkten die Unterschiede in der Gruppe der Personen ohne beruflichen Abschluss aus (**Tab. I2-1A**). Im Zeitverlauf zeichnet sich für Männer wie Frauen seit 2004 eine tendenzielle Verbesserung der Erwerbschancen ab (**Tab. I2-7web**).

Der Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Erwerbschancen wird nachfolgend nochmals gesondert für Personen mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet (**Abb. I2-2**, **Tab. I2-8web**). Ungeachtet der generellen Unterschiede im Bildungsstand zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. **B3**) weisen in allen Qualifikationsgruppen Personen mit Migrationshintergrund einen höheren Erwerbslosenanteil auf als Personen ohne Migrationshintergrund. Besonders ausgeprägt ist diese Differenz bei Personen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss.

Abb. I2-2: Anteile der Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen an allen 25- bis unter 65-Jährigen 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

3 Vgl. Zähle, T./Möhring, K./Krause, P. (2009): Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand. ESI Mitteilungen 11/2009

Dort beträgt der Erwerbslosenanteil bei Personen ohne Migrationshintergrund ca. 2%, bei Personen mit Migrationshintergrund knapp 8%. Darüber hinaus fällt der Anteil an Nichterwerbspersonen in dieser Qualifikationsgruppe bei Personen mit Migrationshintergrund mit ca. 18% beinahe doppelt so hoch aus wie bei jenen ohne Migrationshintergrund. Bei den Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich nicht um eine homogene Gruppe. Dementsprechend zeigen sich auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt Unterschiede nach Bildungsniveau und Herkunftsregion (**Tab. I2-8web**). So weisen beispielsweise die im Ausland geborenen Personen mit einem Tertiärabschluss mit knapp 23% den höchsten Nichterwerbstätigenanteil und mit knapp 9% den höchsten Erwerbslosenanteil auf.

Deutliche Arbeitsmarktnachteile für hoch qualifizierte Personen mit Migrationshintergrund

Aufgrund der schwierigen beruflichen Perspektive von Personen, die höchstens den Hauptschulabschluss erreicht haben, werden die Arbeitsmarktrisiken für diese Gruppe anhand weiterer Merkmale im Kontrast zu allen höher qualifizierten Personen dargestellt. Analysen mit Daten aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP),Ⓜ zeigen, dass Personen mit maximal Hauptschulabschluss eine geringere Anzahl an Jahren mit einer Vollzeiterwerbstätigkeit aufweisen als höher qualifizierte. So haben sich die durchschnittlichen Jahre der Vollzeiterwerbstätigkeit für Frauen mit höchstens einem Hauptschulabschluss seit 1992 von 12,2 auf 9,0 Jahre und bei den Männern von 25,9 auf 20,3 Jahre reduziert (**Tab. I2-9web**). Personen mit höchstens Hauptschulabschluss weisen tendenziell längere Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit und Zeiten der Nichterwerbstätigkeit im Vergleich zu besser qualifizierten Personen auf. **Abb. I2-3** (**Tab. I2-3A**) zeigt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für 30- bis 60-Jährige mit maximal Hauptschulabschluss im Vergleich zu Personen mit höheren Bildungsabschlüssen.

Arbeitsmarktrisiken insgesamt gestiegen …

Im Rahmen der seit Anfang der 1990er Jahre generell angestiegenen Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich im betrachteten Zeitraum zugleich die Differenz zwischen Personen ohne oder mit Hauptschulabschluss und solchen, die höhere Abschlüsse erreicht haben, vergrößert. Während Personen mit maximal Hauptschulabschluss im Jahr 2008 seit Einstieg in den Arbeitsmarkt durchschnittlich 2,5 Jahre arbeitslos waren, lag dieser Anteil bei Personen mit mindestens Mittlerem Schulabschluss bei ca. 1,1 Jahren. In der Differenzierung nach Migrationshintergrund zeigt sich ein ähnliches Ergebnis. Allerdings war für das Jahr 2008 die Dauer der Arbeitslosigkeit von Personen mit maximal Hauptschulabschluss und mit Migrationshintergrund kürzer als bei jenen ohne Migrationshintergrund, während sie für höher Qualifizierte mit Migrationshintergrund länger war (**Abb. I2-3**, **Tab. I2-3A**).

… bei weiterer Öffnung der Schere zwischen niedrig und höher qualifizierten Personen

Bei der Interpretation dieser Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit durch den wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland, aber auch durch den wirtschaftlichen Strukturwandel insgesamt beeinflusst wurde und wird. Außerdem wurde ein Teil der Arbeitslosen in den 1990er Jahren noch durch umfangreiche Maßnahmen der beruflichen Umschulung und Weiterbildung sowie durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert, die in der letzten Dekade weitgehend abgebaut wurden.[4] Diese Entwicklungen haben zweifellos zu einer Verschärfung der prekären Arbeitsmarktsituation für Personen mit niedrigem oder gar ohne Schulabschluss beigetragen; dies belegen nicht zuletzt Daten der Bundesagentur für Arbeit zur Entwicklung qualifikationsspezifischer Arbeitslosenquoten im Zeitvergleich.[5]

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich eine hohe Abhängigkeit des Erwerbslosigkeitsrisikos vom erreichten Bildungsniveau. Im EU-Durchschnitt waren 2007 knapp 10% der niedrig, aber nur rund 3% der höher qualifizierten 25- bis unter

4 Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland – Bielefeld, S. 133 ff.
5 Vgl. Möller, J./Walwei, U. (Hrsg.) (2009): Handbuch Arbeitsmarkt, S. 452 f.

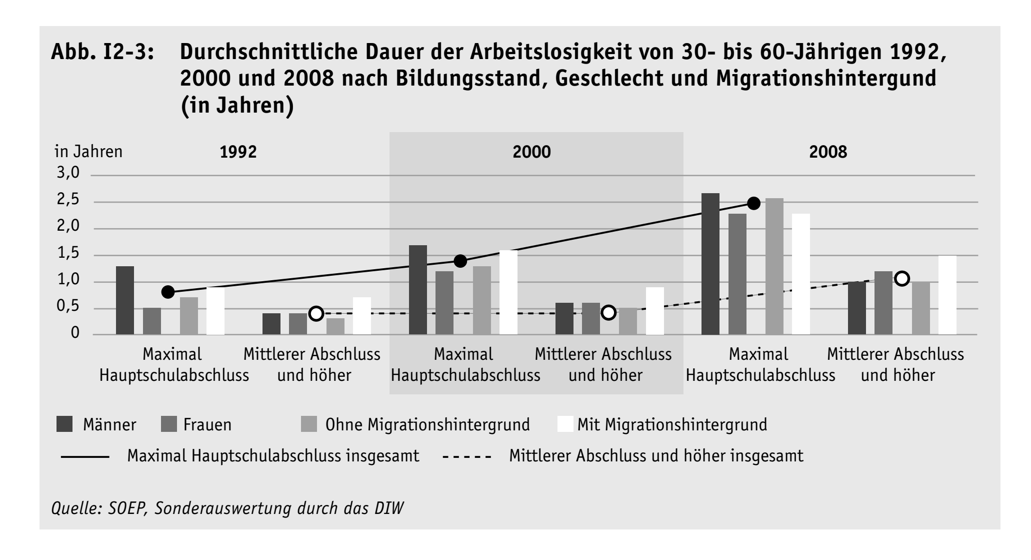


Abb. I2-3: Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 30- bis 60-Jährigen 1992, 2000 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in Jahren)

Quelle: SOEP, Sonderauswertung durch das DIW

In Deutschland und Osteuropa: besonders schlechte Arbeitsmarktchancen für niedrig Qualifizierte

65-jährigen Personen erwerbslos. Allerdings variiert dieser Zusammenhang zwischen den Staaten: In Griechenland, den Niederlanden und Norwegen betrug der Abstand bei der Erwerbslosenquote zwischen den Gruppen mit der niedrigsten und der höchsten Bildung maximal 2,5 Prozentpunkte. Deutschland gehört mit 13 Prozentpunkten Differenz in den Erwerbslosenquoten neben Bulgarien und der Tschechischen Republik zu den Staaten, in denen das Risiko einer Erwerbslosigkeit bei Personen, die nicht mindestens den Sekundarbereich II abgeschlossen haben, um ein Vielfaches höher liegt als bei Personen mit mittlerer und höherer Bildung (**Tab. I2-10web**).

Bildung und Einkommen

Einkommenssituation für niedrig qualifizierte Personen weiter verschlechtert

Im Durchschnitt erzielen formal besser Gebildete auch ein höheres Einkommen als Personen mit niedriger Qualifikation (**Abb. I2-4**, **Tab. I2-4A**). Der finanzielle Vorteil von Bildungsinvestitionen spiegelt sich nicht nur im mittleren Bruttomonatseinkommen wider,[6] sondern kann auch anhand der relativen Einkommensposition (M) gezeigt werden. In der betrachteten Zeitspanne von 1992 bis 2008 hat sich für Personen, die allenfalls über einen Hauptschulabschluss verfügen, diese Position kontinuierlich verschlechtert, während höher Qualifizierte ihre Einkommensposition geringfügig ausbauen konnten. Dies gilt allerdings nicht für Personen mit Migrationshintergrund: Hier sinkt in beiden betrachteten Qualifikationsgruppen die relative Einkommenslage ab. Grundsätzlich haben Männer eine günstigere Einkommensposition als Frauen, dies gilt auch, wenn nur die Bruttostundenlöhne betrachtet werden.

Deutliche Einkommensnachteile für Frauen

Durchgängige Einkommensnachteile für Personen mit Migrationshintergrund

Der durchschnittliche Stundenlohn der Personen mit mindestens Mittlerem Schulabschluss liegt in allen Jahren deutlich über dem Median der Stundenlöhne aller Erwerbstätigen. Im Vergleich zu 1992 hat sich 2008 die Schere zwischen Personen mit höchstens Hauptschulabschluss und höher Qualifizierten weiter geöffnet. Besonders auffällig ist das Auseinanderdriften in der relativen Position der Bruttostundenlöhne von Männern und Frauen, wobei höher qualifizierte Männer ihre Position wahren können und nur die niedrig qualifizierten näher an den Median herangerückt sind; demgegenüber hat sich bei den Frauen die relative Position auf beiden Qualifikationsniveaus verschlechtert. In der Aufschlüsselung nach Migrationshintergrund hat sich die Lage der Zugewanderten vor allem unter den niedrig Qualifizierten zwischen 1992 und 2008 verschlechtert, doch auch bei höherem Abschluss haben Personen mit Migrationshintergrund seit 1992 stärkere Einkommensnachteile zu verzeichnen.

6 Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland – Bielefeld, S. 184

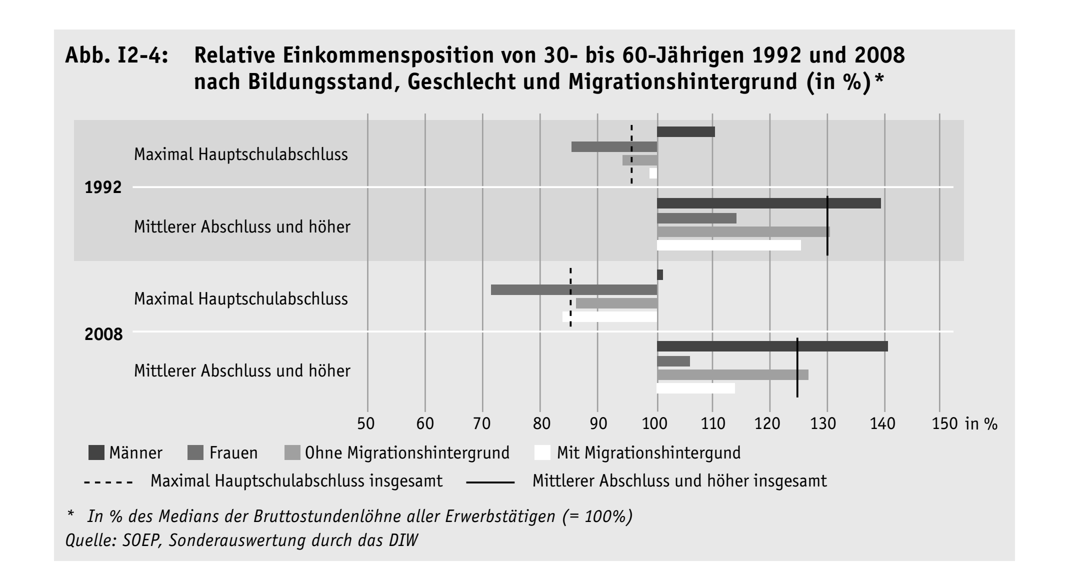


Abb. I2-4: Relative Einkommensposition von 30- bis 60-Jährigen 1992 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)*

* *In % des Medians der Bruttostundenlöhne aller Erwerbstätigen (= 100%)*
Quelle: SOEP, Sonderauswertung durch das DIW

Beruflicher Abschluss dominant für Erwerbsbeteiligung und Einkommen

Insgesamt zeichnet sich eine stärkere Abhängigkeit der ökonomischen Lage vom erreichten beruflichen Abschluss und weniger vom allgemeinen Schulabschluss ab (**Tab. I2-5A**). So weisen z. B. Abiturienten ohne Ausbildungs- oder Studienabschluss eine geringere Erwerbstätigenquote, eine deutlich kürzere Dauer der Vollzeiterwerbstätigkeit und auch eine geringfügig schlechtere Einkommensposition auf als z. B. Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Auch haben Personen mit Mittlerem Schulabschluss, aber ohne beruflichen Abschluss eine verhältnismäßig ungünstigere ökonomische Position gegenüber denjenigen mit Hauptschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung.

Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Lebensführung

Teilnahme am politischen, sozialen und kulturellen Leben steigt mit Bildungsabschluss

Das Bildungssystem leistet – neben der Qualifikation für das Erwerbsleben – auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung jener Voraussetzungen, die seinen Absolventen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die festgestellten Segmentierungen in der ökonomischen Integration nach Schulabschluss setzen sich auch in anderen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe fort, z. B. beim Interesse für Politik und bei verschiedenen Formen politischer, sozialer und kultureller Beteiligung Ⓜ. So sind nach eigenen Angaben höher qualifizierte Personen stärker an politischen Vorgängen und Zusammenhängen interessiert, besuchen häufiger kulturelle Veranstaltungen, sind stärker in ehrenamtliche Tätigkeiten eingebunden und treiben mehr Sport.

Abb. I2-5 (**Tab. I2-11web**) veranschaulicht die genannten Zusammenhänge wiederum in der Unterscheidung zwischen Personen mit höchstens Hauptschulabschluss und solchen mit höheren Abschlüssen. Es bestätigen sich hier die Befunde, die bereits für Jugendliche und junge Erwachsene im Schul- und Ausbildungsalter aufgezeigt wurden (vgl. **D5**).

Personen mit Migrationshintergrund seltener am politischen, sozialen und kulturellen Leben beteiligt

Betrachtet man die soziale und kulturelle Partizipation auch als wichtiges Kriterium für eine erfolgreiche Integration zugewanderter Personen in die Gesellschaft, so wird deutlich, dass diese in den hier analysierten gesellschaftlichen Bereichen allenfalls partiell gelungen ist: Personen mit Migrationshintergrund sind deutlich weniger am politischen, sozialen und kulturellen Leben beteiligt. Dieser Befund trifft sowohl auf Personen mit niedrigen als auch mit höheren Abschlüssen zu, wenngleich auch hier mit dem Bildungsstand die Partizipation steigt.

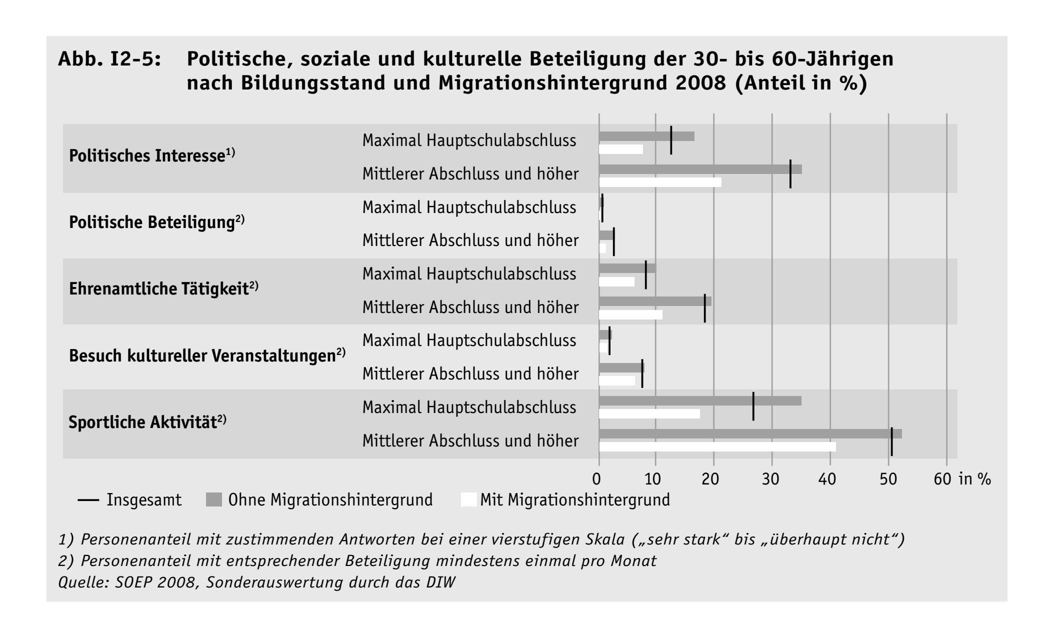


Abb. I2-5: Politische, soziale und kulturelle Beteiligung der 30- bis 60-Jährigen nach Bildungsstand und Migrationshintergrund 2008 (Anteil in %)

1) Personenanteil mit zustimmenden Antworten bei einer vierstufigen Skala („sehr stark" bis „überhaupt nicht")
2) Personenanteil mit entsprechender Beteiligung mindestens einmal pro Monat
Quelle: SOEP 2008, Sonderauswertung durch das DIW

Politische, soziale und kulturelle Beteiligung stärker vom allgemeinbildenden Abschluss beeinflusst

Während die Positionierung am Arbeitsmarkt, wie oben beschrieben, maßgeblich vom Erreichen eines Ausbildungs- bzw. Studienabschlusses beeinflusst wird, scheint die politische, soziale und kulturelle Teilhabe demgegenüber vor allem von den allgemeinbildenden Abschlüssen abhängig (**Tab. I2-6A**). So weisen zum Beispiel Personen mit einem allgemeinbildenden Abschluss des Sekundarbereichs II ein stärkeres politisches Interesse auf als Personen mit einem formal äquivalenten beruflichen Abschluss. Am stärksten sind Personen mit Hochschulabschluss politisch interessiert.

Die für Deutschland berichteten Befunde zum Zusammenhang zwischen Bildungsstand und gesellschaftlicher Teilhabe werden auch durch international vergleichende Umfragen Ⓜ bestätigt. Fast durchgängig haben Personen mit niedrigeren Abschlüssen auch außerhalb Deutschlands ein geringeres politisches Interesse als Personen mit höherem Bildungsstand. Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede neben Deutschland auch für die Schweiz, Portugal und Irland (**Tab. I2-12web**).

Bildungswirkungen beschränken sich nicht nur auf die Teilhabe an ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Prozessen, sondern sie beziehen sich auch auf die individuelle Lebens- und Wohnsituation, auf die physische und psychische Gesundheit sowie auf individuelle Dispositionen, die für die Bewältigung der Anforderungen in den eigenen Berufs- und Lebenszusammenhängen bedeutsam sind. Dazu gehören beispielsweise Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen sowie soziale Einstellungen und Handlungsmuster.

Positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und gesundheitlichem Wohlergehen …

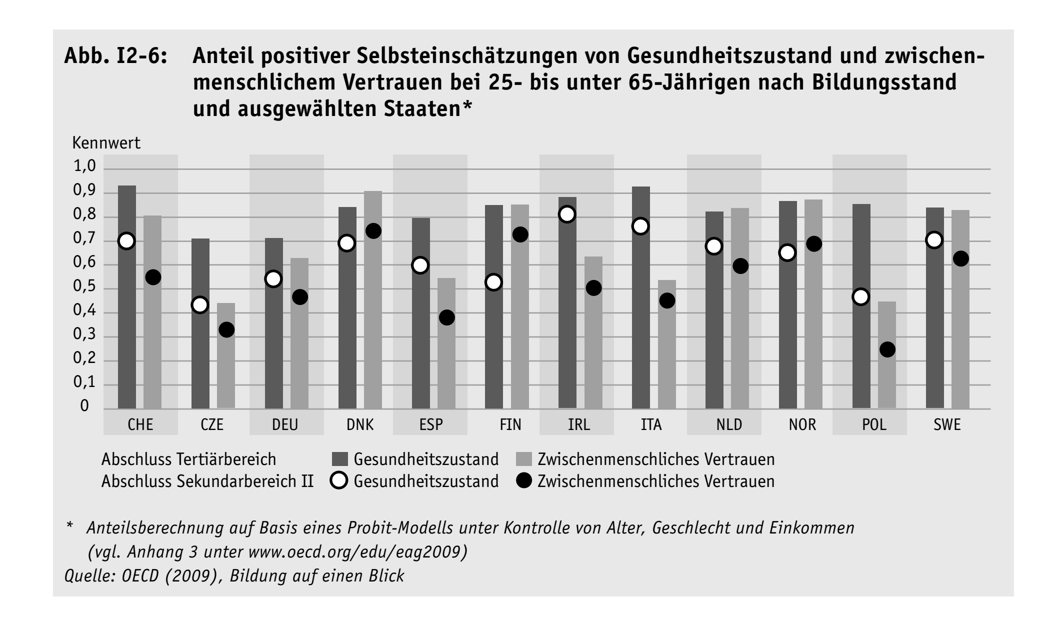
In allen OECD-Staaten korrespondiert das Erreichen eines höheren Bildungsstands mehr oder weniger deutlich mit einer positiveren Selbsteinschätzung der Gesundheit und sozialer Dispositionen wie dem zwischenmenschlichen Vertrauen (**Abb. I2-6**, **Tab. I2-12web**). Personen mit einem höheren Bildungsabschluss schätzen ihren Gesundheitszustand in der Tendenz positiver ein als niedriger qualifizierte Personen. Dieser positive Zusammenhang ist in einer Vielzahl von OECD-Staaten (selbst bei Kontrolle von Alters-, Geschlechts- und Einkommensunterschieden) festzustellen. Dieses Ergebnis kann mit einer gesünderen Lebensweise zusammenhängen, mit besseren Möglichkeiten zur Vermeidung von gesundheitlichen Belastungen, aber auch mit einem informierteren und besseren Umgang mit etwaigen Erkrankungen.

Mit zunehmender Bildung steigt auch das zwischenmenschliche Vertrauen (**Abb. I2-6**, **Tab. I2-12web**). Die Unterschiede sind in den meisten Staaten besonders ausgeprägt beim Vergleich zwischen einem Abschluss unterhalb des Sekundarbereichs II

und einem Tertiärabschluss. Dies gilt vor allem für Deutschland, Dänemark, Finnland und Schweden mit deutlichen Niveauunterschieden. So empfinden Befragte in den nordischen Ländern ein höheres Maß an Fairness im zwischenmenschlichen Umgang als beispielsweise Personen aus Polen, der Tschechischen Republik, Italien oder Spanien.

... sowie zwischenmenschlichem Vertrauen

Abb. I2-6: Anteil positiver Selbsteinschätzungen von Gesundheitszustand und zwischenmenschlichem Vertrauen bei 25- bis unter 65-Jährigen nach Bildungsstand und ausgewählten Staaten*



* *Anteilsberechnung auf Basis eines Probit-Modells unter Kontrolle von Alter, Geschlecht und Einkommen (vgl. Anhang 3 unter www.oecd.org/edu/eag2009)*
Quelle: OECD (2009), Bildung auf einen Blick

Methodische Erläuterungen

Erwerbsstatus
Bezugsgröße der Quoten ist die Bevölkerung in der betrachteten Altersgruppe, unterschieden in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen (vgl. Glossar). Personen wurden nach dem ILO-Konzept als erwerbslos definiert.

Analysen mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP)
In dieser Sonderauswertung des SOEP wurden Personen zwischen 30 und 60 Jahren nach ihrem Bildungsstand (maximal Hauptschulabschluss gegenüber Mittlerem Abschluss und höher) hinsichtlich ausgewählter erwerbsbiografischer, politischer, sozialer und kultureller Teilhabechancen untersucht.

Relative Einkommensposition bezogen auf das Bruttoerwerbseinkommen und den Bruttostundenlohn nach Bildungsstand, Geschlecht und Migration
Der Median des Bruttoerwerbseinkommens bzw. des Bruttostundenlohns aller Erwerbstätigen wurde auf 100 gesetzt. Die relativen Einkommenspositionen der betrachteten Teilgruppen umfassen nur die Altersgruppen der 30- bis unter 60-jährigen Personen. Ihre relative Position wird als Anteil bzw. Mehrfaches in Prozent dieses Medians angegeben.

Politische, soziale und kulturelle Beteiligung
Die politische Beteiligung wird im SOEP abgebildet über die Häufigkeit der Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen, die kulturelle Beteiligung über die Häufigkeit des Besuchs von Opern, Konzerten, Theateraufführungen und Ausstellungsbesuchen und die soziale Beteiligung über die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten. Aus den möglichen Antwortausprägungen „täglich“, „mindestens einmal pro Woche“, „mindestens einmal pro Monat“, „selten“ und „nie“ wurden zwei Gruppen gebildet: diejenigen, die mindestens einmal pro Monat oder häufiger im jeweiligen Bereich beteiligt sind, und diejenigen, die sich selten oder nie in einem der genannten Bereiche engagieren.

International vergleichende Umfragen zu politischem Interesse, Gesundheitszustand und zwischenmenschlichem Vertrauen
In „Bildung auf einen Blick“ wurden 2009 erstmals auch gesamtgesellschaftliche Wirkungen von Bildung dargestellt. Es handelt sich hierbei um Selbstauskünfte von Befragungsteilnehmern des European Social Survey (ESS) 2004 und 2006, des World Value Survey (WVS) 2005, des International Social Survey Programme (ISSP) 2004 und 2006 sowie des Adult Literacy and Lifeskills Survey (ALL) 2003; vgl. OECD (2009): Bildung auf einen Blick, S. 195.

I3 Chancengleichheit im Bildungsverlauf

Sozioökonomischer Hintergrund und Bildungsverläufe

Soziale Ungleichheiten im Bildungssystem sind ein relativ gut dokumentierter Befund, dessen Darstellung sich für Deutschland in der Vergangenheit vor allem auf soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung beschränkte, jedoch durch die Mitwirkung an den großen internationalen Leistungsstudien nunmehr auch herkunftsbedingte Disparitäten in den erzielten Kompetenzständen einbezieht. Die Antworten auf Fragen nach ungleichheitsverstärkenden oder auch kompensatorischen Prozessen fallen – trotz intensiver Forschung – weit weniger eindeutig aus. Es geraten vor allem vier Bereiche in den Blick: die Bildungsübergänge, die Wechselwirkung zwischen Statusmerkmalen von Individuen und Angeboten bzw. effektiver Nutzung von Lerngelegenheiten innerhalb der Institutionen, die institutionelle Ausdifferenzierung von Bildungsprogrammen und die Bildungsungleichheiten außerhalb des Bildungssystems.[7] Im Rahmen der Bildungsberichterstattung können – aufgrund nach wie vor fehlender längsschnittlicher Daten zu Bildungsverläufen – vor allem soziale Disparitäten in der Bildungsbeteiligung insgesamt dargestellt werden, während sich die Differenzierung nach Kompetenzstand auf das allgemeinbildende Schulwesen beschränken muss und allenfalls einige Ergebnisse zu den Übergangsprozessen innerhalb des Bildungssystems sowie zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt einschließt.

Erhöhung des Bildungsstands der Bevölkerung insgesamt ...

Die einschlägigen Daten zeigen zunächst einen positiven Trend in der Entwicklung des Bildungsstands der Bevölkerung, der sich im Zeitverlauf kontinuierlich erhöht hat. Die jüngeren Alterskohorten erwerben häufiger die Hochschulreife als ältere, während der Anteil an Personen mit niedrigem Schulabschluss sinkt. Im Zuge dieser Entwicklung ist auch der Bildungsstand der Eltern schulpflichtiger Kinder, insbesondere der Anteil an Eltern mit Hochschulreife, deutlich gestiegen. Besorgniserregend ist allerdings, dass im gleichen Zeitraum der Anteil an Kindern in Familien ohne jeden Schulabschluss von 2,7 auf 4% ebenfalls zugenommen hat. Dies betrifft insbesondere Familien in Ballungsräumen, bei denen sich dieser Anteil in den letzten eineinhalb Dekaden mehr als verdoppelt hat (vgl. **B3**).

... bei anhaltenden sozialen Disparitäten beim Zugang zu höher qualifizierenden Bildungsgängen

Betrachtet man die Bildungsbeteiligung nach sozialer Herkunft, sind trotz der geschilderten Verbesserungen nach wie vor erhebliche soziale Disparitäten wirksam. So haben Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status immer noch geringere Chancen für den Besuch eines Gymnasiums, und zwar auch bei Kontrolle von kognitiven Grundfähigkeiten und kulturellen Grundqualifikationen (vgl. **D1**). Generell bleibt es die überragende Herausforderung an Bildungspolitik und Bildungspraxis, ein hohes Bildungsniveau bei geringer Kopplung mit der sozialen Herkunft zu erreichen (vgl. **D6**).

Auch der Übergang in die Hochschule ist nach wie vor stark von Herkunftsbedingungen des Elternhauses geprägt. Der Abstand zwischen den verschiedenen Herkunftsgruppen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit einer Studienaufnahme ist in den letzten Jahren etwa gleich geblieben. Nach wie vor nehmen Studienberechtigte, bei denen kein Elternteil bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, auch bei vergleichbaren Schulleistungen seltener ein Studium auf (vgl. **F1**). In der Weiterbildung zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang zwischen erreichtem schulischen und beruflichen Abschlussniveau, Erwerbstätigkeit und den Chancen zur Teilnahme an verschiedenen Formen der Weiterbildung. Dabei finden die Nichterwerbstätigen

7 *Vgl. Maaz, K. u. a. (2009): Genese sozialer Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009 – Wiesbaden, S. 11–48*

und Personen mit niedrigem Bildungsstand am seltensten von allen sozialen Gruppen Zugang zur Weiterbildung (vgl. **G1**, **G2**). Disparitäten in der Bildungsbeteiligung und im Kompetenzerwerb wirken sich offenkundig langfristig nicht nur auf die Beschäftigungsmöglichkeiten aus, sondern generell auf die ökonomische sowie soziale, politische und kulturelle Partizipation (vgl. **D5**, **I2**).

Geschlechtsspezifische Bildungsverläufe

Zwar gilt für Männer und Frauen gleichermaßen, dass die jüngeren Alterskohorten häufiger höhere allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse erlangen als ältere. Dabei ist – im Sinne einer nachholenden Entwicklung – die Erhöhung des Bildungsstandes am deutlichsten bei den Frauen zu beobachten: So hat sich der Anteil der Frauen mit Hochschulreife unter den 20- bis unter 25-Jährigen mehr als verdoppelt im Vergleich zur Gruppe der 55- bis unter 60-Jährigen. Auch bei den beruflichen Abschlüssen zeigt sich eine ausgesprochen positive Entwicklung: Während in der Altersgruppe der 55- bis unter 60-jährigen Frauen 12% über einen Hochschulabschluss verfügen, waren dies 2008 bei den 30- bis unter 35-jährigen Frauen 21%. Bei den Männern blieb der Anteil derjenigen mit Hochschulabschluss in diesen beiden Altersgruppen mit ca. 21% stabil; hingegen lag der Anteil an männlichen Personen zwischen 30 und unter 35 Jahren ohne beruflichen Bildungsabschluss 2008 mit 17% deutlich höher als bei den 55- bis unter 60-jährigen Männern mit knapp 11% (vgl. **Tab. B3-2A**).

Erfolge von Mädchen und Frauen im Bildungssystem, ...

Die Erfolgsgeschichte von Mädchen und jungen Frauen zeigt sich bereits in den frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsinstitutionen und setzt sich im allgemeinbildenden Schulwesen bis zur beruflichen Ausbildung fort. So weisen Mädchen vor Eintritt in die Schule seltener Sprachauffälligkeiten auf als Jungen, sie werden im Vergleich zu Jungen häufiger vorzeitig und seltener verspätet eingeschult (vgl. **C4**), und ihr Anteil in den sonderpädagogischen Förderbereichen Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung ist geringer (vgl. **D2**). Bei den Schulabgängern und -absolventen schneiden die weiblichen Jugendlichen besser ab als die männlichen, sie verlassen seltener die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss und sie erreichen – anders als die männlichen Jugendlichen – häufiger die allgemeine Hochschulreife als den Hauptschulabschluss (vgl. **D7**). Auch der Übergang in eine berufliche Ausbildung erfolgt offenbar weniger krisenhaft als bei den Jungen. So sind junge Frauen beispielsweise seltener im Übergangssystem vertreten als junge Männer (vgl. **E1**). Zweifellos konnten die Frauen bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung auch von den höheren Abschlüssen und dem berufsstrukturellen Wandel profitieren. Allerdings erfahren sie nach wie vor erhebliche Nachteile am Arbeitsmarkt; so liegen beispielsweise die Bruttostundenlöhne für Frauen in allen Abschlussniveaus niedriger als die der Männer (**I2**); im Zeitverlauf hat diese Diskrepanz zugenommen. Studienberechtigte Frauen entscheiden sich deutlich seltener als Männer für ein Studium (vgl. **F1**). Auch unter den Promovierenden sind sie in einer Reihe von Studienfächern seltener vertreten, als es ihrem Anteil an den Studienabsolventen entspricht (vgl. **F5**).

... aber deutliche Nachteile auf dem Arbeitsmarkt

Migrationsspezifische Bildungsverläufe

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund zeigen sich ausgesprochen hohe Barrieren in der Gestaltung erfolgreicher Bildungs- und Berufsbiografien. Personen mit Migrationshintergrund weisen im Durchschnitt einen niedrigeren Bildungsstand auf als Personen ohne, wobei allerdings große Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen bestehen. Während 1,5% der Personen ohne Migrationshintergrund über keinen allgemeinen Abschluss verfügen, ist dieser Anteil bei

Personen mit Migrationshintergrund insgesamt beinahe zehnmal so hoch (13%). Noch deutlicher sind die Differenzen beim Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss (11 gegenüber 39%, vgl. **B3**).

Betrachtet man den Weg von Kindern und Jugendlichen durch die Bildungsinstitutionen, so zeigen sich bereits in sehr frühen Stadien spezifische Disparitäten: Kinder mit Migrationshintergrund besuchen Tageseinrichtungen etwas seltener als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund, sie sind häufiger sprachauffällig (vgl. **C4**), und beinahe ein Drittel der in Tageseinrichtungen befindlichen Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache wird in Einrichtungen betreut, in denen mehr als die Hälfte der Gleichaltrigen ebenfalls mit nichtdeutscher Sprache aufwächst (vgl. **C2**). Kinder mit Migrationshintergrund unterliegen bereits im frühkindlichen Bereich starken Segregationstendenzen, die sich im Schulalter fortsetzen. Sie sind häufiger an Hauptschulen und seltener an Gymnasien zu finden, und zwar auch bei Berücksichtigung des sozioökonomischen Status (vgl. **D1**); überproportional häufig sind sie an Förderschulen vertreten (vgl. **D2**).

Spezifische Disparitäten nach Migrationshintergrund bereits vor Schuleintritt, ...

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erreichen bei Vergleichsuntersuchungen durchweg niedrigere Testleistungen als Schüler ohne Migrationshintergrund. Sie schneiden sowohl in der 4. Klasse der Grundschule als auch bei den 15-Jährigen jeweils mit einem Lernrückstand von mehr als einem Schuljahr ab (vgl. **D6**). Betrachtet man nun die Muster der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Längsschnitt, so ist jedoch in manchen Bereichen eine tendenzielle Verringerung der Lernrückstände von Kindern bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Übergang zum Sekundarbereich nachweisbar.[8] Zugleich zeigt die Aufschlüsselung der erreichten Schulabschlüsse nach Ausländerstatus zwischen 2004 und 2008 eine Erhöhung des Anteils der allgemeinen Hochschulreife und eine Verringerung der Abgängerquote ohne Hauptschulabschluss. Da diese Entwicklung aber auch bei den deutschen Jugendlichen beobachtet werden kann, bleiben die Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern letztlich bestehen und können auch nur zum Teil auf die sozioökonomische Lage des Elternhauses zurückgeführt werden (vgl. **D7**).

... nur wenig Ausgleich migrationsbedingter Disparitäten im Bildungsverlauf ...

Nach wie vor sind Jugendliche mit Migrationshintergrund stärker von Friktionen bei der beruflichen Einmündung betroffen, erkennbar am geringeren Anteil der ausländischen Jugendlichen, die erfolgreich eine berufliche Ausbildung aufnehmen (vgl. **E1**). Von den 20- bis 24-Jährigen ohne Migrationshintergrund studieren 23%, von denjenigen mit Migrationshintergrund 15% (vgl. **F2**), dies allerdings bei einer überdurchschnittlich hohen Übergangsquote der relativ wenigen Studienberechtigten mit Migrationshintergrund (vgl. **F1**). Nachteile erleben hochqualifizierte Personen mit Migrationshintergrund vor allem am Arbeitsmarkt; hier liegt die Erwerbstätigenquote deutlich unterhalb derjenigen von Personen mit Hochschulabschluss ohne Migrationshintergrund (**I2**).

...und beträchtliche Nachteile am Arbeitsmarkt, insbesondere in den höheren Qualifikationsgruppen

Die in den Bildungseinrichtungen beobachtbaren Unterschiede in Bildungsbeteiligung, Kompetenz- und Abschlusserwerb zeigen sich auch in den außerschulischen Lernwelten. So ist der Anteil an freiwillig Engagierten – vor allem bei der Übernahme freiwilliger Ämter und Funktionen – unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund auffällig niedriger als bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (vgl. **D5**). Gleiches gilt für die Gruppe der 30- bis 60-Jährigen (**I2**).

---

8 *Baumert, J./Maaz, K./Trautwein, U. (Hrsg.) (2010): Bildungsentscheidungen. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009 2009 – Wiesbaden*

Intergenerationale Mobilität Ⓜ in Bildungsverläufen

Wie die Zusammenschau der indikatorengestützten Befunde verdeutlicht, sind Bildungschancen nach wie vor stark von den familiären Lebensumständen geprägt. Offen bleibt indes in einer solchen querschnittlichen Betrachtung der einzelnen Bildungsbereiche, wie groß insgesamt die Chance des intergenerationalen Bildungsaufstiegs bzw. das Abstiegsrisiko ausfällt. Nachfolgend wird unter dieser Perspektive zum einen nach der Bildungsherkunft von Personen mit höchstens Hauptschulabschluss sowie zum anderen nach den Abschlusschancen von Kindern gefragt, die aus Familien stammen, in denen keines der beiden Elternteile einen höher qualifizierenden als den Hauptschulabschluss erreichte.

Immer mehr Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsstand erreichen höhere Abschlüsse, ...

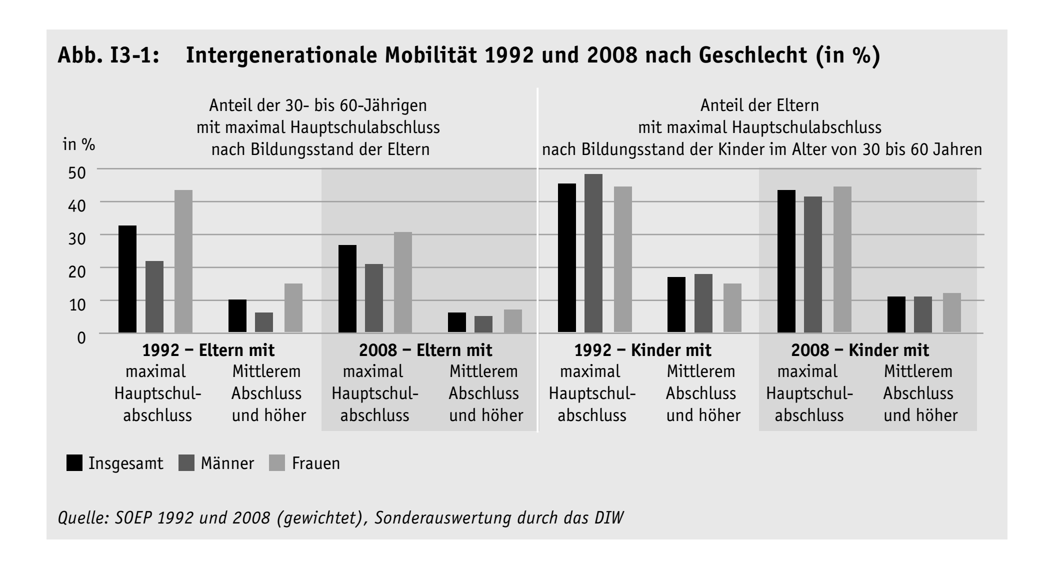
Abb. I3-1 (**Tab. I3-1A**) zeigt auf der einen Seite den Anteil der Bevölkerung im Alter von 30 bis 60 Jahren mit diesem geringen Bildungsstand in Abhängigkeit vom Bildungsstand der Eltern. Personen aus Familien, in denen niemand über einen höheren Abschluss als den Hauptschulabschluss verfügt, hatten 1992 zu 33%, in den Jahren 2000 und 2008 zu etwa 25% selbst keinen höheren Bildungsabschluss erworben. Bei Personen, deren Eltern einen Mittleren oder höheren Abschluss erreichten, blieben 1992 10% und 2000 wie 2008 6% unterhalb dieses Bildungsstands. Dies korrespondiert mit dem oben skizzierten generellen Anstieg des Bildungsstands der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten, der vor allem auf zunehmend höhere Abschlüsse der Frauen zurückzuführen ist. So zeigt sich in einer Differenzierung nach Geschlecht auch ein Angleichen des Abstiegsrisikos für Frauen und Männer. Bei den Frauen war 1992 der Anteil derjenigen, die unterhalb des Bildungsstands ihrer Eltern blieben, mit 15% noch doppelt so hoch wie bei den Männern (6%), während er 2008 nur noch geringfügig darüber lag (7 gegenüber 5%).

... aber von allen Personen mit niedrigem Bildungsstand stammt ein gleichbleibender Anteil aus bildungsfernen Familien

In umgekehrter Perspektive zeigt sich aber, dass von allen Personen mit höchstens Hauptschulabschluss knapp die Hälfte in Familien aufgewachsen ist, in denen bereits Vater und Mutter keine über dem Hauptschulabschluss liegende Qualifikation erwarben. Dieser Anteil blieb über die Zeit relativ stabil. Vom intergenerationalen Aufstieg bleibt also trotz der generellen Erhöhung des Bildungsstands ein gleichbleibender Prozentsatz aus bildungsfernen Elternhäusern ausgeschlossen.

Veränderungen in der Bildungsmobilität zugunsten höherer Abschlüsse werden insbesondere bei Personen mit Migrationshintergrund sichtbar (**Tab. I3-1A**). Hier ist der Anteil mit maximal Hauptschulabschluss an allen Personen, deren Vater und Mutter ebenfalls höchstens diesen Bildungsstand erreicht haben, von 59% im Jahr 1992 auf 38% im Jahr 2008 gesunken. Es erreichen allerdings nicht nur immer mehr Personen

Abb. I3-1: Intergenerationale Mobilität 1992 und 2008 nach Geschlecht (in %)



Quelle: SOEP 1992 und 2008 (gewichtet), Sonderauswertung durch das DIW

Trotz positiver Entwicklungen: Bildungsaufstiege in Familien mit Migrationshintergrund immer noch seltener

mit Migrationshintergrund höhere Abschlüsse als die Elterngeneration. Zugleich reduziert sich auch der Anteil jener Personen, die nur den Hauptschulabschluss erreichen, obwohl die Eltern mindestens über einen Mittleren Abschluss verfügen (von 22% im Jahr 1992 auf 13% 2008; gegenüber einem Rückgang von 9 auf 5% bei Personen ohne Migrationshintergrund). Migrationsbedingte Unterschiede bleiben trotz dieser positiven Entwicklung gleichwohl bestehen. Im Vergleich der Personen mit und ohne Migrationshintergrund erreichten Letztere 2008 wie 1992 zum einen mehr als doppelt so häufig einen höheren Abschluss als ihre Eltern, zum anderen blieben sie nur halb so oft unterhalb des elterlichen Bildungsstands.

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Intergenerationale Mobilität
In einer Sonderauswertung des SOEP wurden Personen zwischen 30 und 60 Jahren nach dem eigenen Bildungsstand (maximal Hauptschulabschluss gegenüber Mittlerem Abschluss und höher) und jenem der Eltern untersucht. Die Elterninformationen beziehen sich auf den Zeitpunkt, als die Befragten 15 Jahre alt waren, und stammen überwiegend aus den retrospektiven biografischen Angaben der Befragten. Zu einem geringen Anteil stammen die Angaben von den Eltern selbst, falls diese im SOEP befragt wurden und ihre Kinder mindestens 15 Jahre im SOEP verblieben.

Tabellenanhang

Alle Daten des Bildungsberichts unterliegen einer regelmäßigen Kontrolle und Nachprüfung. Durch Datenrevision oder Einbeziehung anderer Datenquellen können sich in der Fortschreibung von Kennziffern Abweichungen (berichtigte Werte) zu früheren Bildungsberichten ergeben.

Zeichenerklärung in den Tabellen

–	=	nichts vorhanden
o	=	Zahlenwert größer als null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
(n)	=	Aussagewert eingeschränkt, da die Stichprobe sehr klein ist
•	=	keine Daten verfügbar
X	=	Kategorie nicht zutreffend
x( )	=	die Daten sind in einer anderen Kategorie oder Spalte der Tabelle enthalten

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Tab. A1-1A: Internationale Bevölkerungsentwicklung 2005 bis 2060 nach ausgewählten Regionen

Jahr	EU-27		UN	
	Bevölkerung	Geburten	Entwickeltere Regionen[1)]	Am wenigsten entwickelte Regionen[2)]
			Bevölkerung	
	in Tsd.			
2005	•	•	1.216.550	761.846
2008	495.394	5.229	•	•
2010	499.389	5.208	1.237.228	854.696
2015	507.727	5.137	1.254.845	954.922
2020	513.838	5.009	1.268.343	1.059.484
2025	517.811	4.838	1.277.113	1.165.485
2030	519.942	4.726	1.281.628	1.271.634
2035	520.654	4.719	1.283.007	1.376.567
2040	520.103	4.747	1.282.277	1.479.401
2045	518.362	4.731	1.279.588	1.578.716
2050	515.303	4.665	1.275.243	1.672.414
2051	514.532	4.649	•	•
2052	513.713	4.632	•	•
2053	512.847	4.616	•	•
2054	511.944	4.599	•	•
2055	510.996	4.584	•	•
2056	510.014	4.569	•	•
2057	508.987	4.555	•	•
2058	507.926	4.542	•	•
2059	506.834	4.531	•	•
2060	505.719	4.521	•	•

1) Europa, Nordamerika, Australien, Neuseeland, Japan

2) Afghanistan, Angola, Bangladesch, Benin, Bhutan, Burkina Faso, Burundi, Kambodscha, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Demokratische Republik Kongo, Dschibuti, Äquatorialguinea, Eritrea, Äthiopien, Gambia, Guina, Guinea-Bissau, Haiti, Kiribati, Laos, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Malediven, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Ruanda, Samoa, Sao Tome und Principe, Senegal, Sierra Leone, Solomon Inseln, Somalia, Sudan, Timor-Leste, Togo, Tuvalu, Uganda, Tansanien, Vanuatu, Jemen, Sambia

Quelle: Eurostat, Europop2008, 23.4.2009; UN Population Division, The 2008 Revision Population Database, mittlere Variante, 23.4.2009

Tab. A1-2A: Geburtenzahl von Frauen 2008 nach Altersgruppen und Migrationserfahrung*

Migrationshintergrund		Insgesamt	Davon mit Kindern						Davon ohne Kinder
			Zusammen[1]	Darunter mit Angabe zur Zahl der geborenen Kinder					
				Insgesamt[2]	1	2	3	4 oder mehr	
Frauen zwischen 16 und 54 Jahren									
Insgesamt	in Tsd.	20.898	12.138	11.434	4.122	5.142	1.594	577	8.760
	in %	100	58,1	100	36	45	13,9	5	41,9
Davon in Tsd.									
Mit Migrationserfahrung		3.592	2.516	2.361	709	1.010	427	215	1.076
Ohne Migrationserfahrung		17.306	9.622	9.073	3.413	4.132	1.167	362	7.684
in %									
Mit Migrationserfahrung		17,2	70	100	30	42,8	18,1	9,1	30
Ohne Migrationserfahrung		82,8	55,6	100	37,6	45,5	12,9	4	44,4
Frauen zwischen 45 und 54 Jahren									
Insgesamt	in Tsd.	5.819	4.869	4.489	1.309	2.176	715	288	949
	in %	27,8	83,7	100	29,2	48,5	15,9	6,4	16,3
Davon in Tsd.									
Mit Migrationserfahrung		907	818	737	169	331	146	91	89
Ohne Migrationserfahrung		4.912	4.051	3.752	1.140	1.845	569	197	860
in %									
Mit Migrationserfahrung		15,6	90,2	100	22,9	44,9	19,8	12,3	9,8
Ohne Migrationserfahrung		84,4	82,5	100	30,4	49,2	15,2	5,3	17,5

** Migrationserfahrung haben diejenigen Personen, die selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert sind.*
1) Frauen mit Kindern in % aller Frauen
2) Frauen mit Angabe zur Zahl der Kinder in % aller Frauen mit Kindern

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. A1-3A: Durchschnittliche Geburtenzahl* je Frau 2008 in Abhängigkeit von Bildungsstand, Alter, Migrationshintergrund, Erwerbsstatus und Familieneinkommen**

Alter	Bildungsstand**	Lebensform	Erwerbsstatus	Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Familieneinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle (Bund)	Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Familieneinkommen sicher unter der Armutsgefährdungsschwelle (Bund)	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: Familieneinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle (Bund)	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: Familieneinkommen sicher unter der Armutsgefährdungsschwelle (Bund)
15 bis unter 45	Niedrig	Ehepaare	Erwerbstätig	1,3	1,5	0,6	0,7
			Nicht erwerbstätig	1,1	1,6	0,3	0,7
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	0,8	1,0	0,5	0,7
			Nicht erwerbstätig	0,8	1,4	0,5	1,1
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	0,8	0,9	0,5	0,5
			Nicht erwerbstätig	0,9	1,0	0,3	0,6
	Mittel	Ehepaare	Erwerbstätig	1,2	1,3	1,2	1,3
			Nicht erwerbstätig	1,4	1,5	1,4	1,6
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	0,4	0,7	0,5	0,6
			Nicht erwerbstätig	0,7	0,9	0,9	1,0
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	0,5	0,6	0,4	0,6
			Nicht erwerbstätig	0,8	0,6	0,8	0,5
	Hoch	Ehepaare	Erwerbstätig	1,1	1,2	1,3	1,4
			Nicht erwerbstätig	1,4	1,6	1,7	1,6
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	0,2	0,7	0,4	0,5
			Nicht erwerbstätig	0,4	0,4	0,9	0,6
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	0,3	0,5	0,3	0,5
			Nicht erwerbstätig	0,6	0,5	0,6	0,5
45 bis 75	Niedrig	Ehepaare	Erwerbstätig	2,4	2,5	1,9	2,2
			Nicht erwerbstätig	2,7	3,4	2,2	2,3
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	1,9	2,4	1,6	2,2
			Nicht erwerbstätig	1,8	2,7	2,1	2,3
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	1,9	2,2	1,6	1,9
			Nicht erwerbstätig	2,6	2,7	2,2	2,2
	Mittel	Ehepaare	Erwerbstätig	2,0	2,1	1,7	1,9
			Nicht erwerbstätig	1,9	2,0	1,9	1,9
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	1,3	1,4	1,4	1,4
			Nicht erwerbstätig	1,8	1,1	1,7	1,9
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	1,6	1,7	1,3	1,6
			Nicht erwerbstätig	1,8	1,7	1,7	1,7
	Hoch	Ehepaare	Erwerbstätig	1,7	1,8	1,7	1,9
			Nicht erwerbstätig	1,7	1,7	1,8	1,9
		Lebensgemeinschaften	Erwerbstätig	1,1	0,5	1,1	1,3
			Nicht erwerbstätig	1,4	1,7	1,4	1,4
		Alleinerziehende/ Alleinstehende	Erwerbstätig	1,2	1,9	1,2	1,3
			Nicht erwerbstätig	1,4	1,5	1,3	1,3

* *Bezogen auf Familienformen am Hauptwohnsitz in Privathaushalten*

** *Der Bildungsstand ist auf die Frau bezogen. Es wird unterschieden zwischen niedrigem Bildungsstand: ISCED 0–2, Grundbildung, Abschluss der Schulpflicht; mittlerem Bildungsstand: ISCED 3–4, Berufsausbildung, schulische Bildung, die den Zugang zu ISCED 5 ermöglicht; hohem Bildungsstand: ISCED 5–6, weiterführende (Fach-)Hochschulbildung, Promotion.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008, nichtimputierte Werte

Tab. A1-4A: Größe ausgewählter Altersgruppen 2008, 2025 und 2060 sowie für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2008

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Bevölkerungsanteil	Abhängigkeits-quotient[1)]
	in Tsd.			in %	
2008					
Insgesamt	82.002	40.184	41.818	100	
0–15	11.139	5.715	5.425	13,58	0,51
15–65	54.134	27.386	26.748	66,02	
65 und älter	16.729	7.084	9.645	20,40	
15–30	14.364	7.315	7.049	17,52	–
30–55	30.170	15.332	14.837	36,79	
55–65	9.601	4.739	4.862	11,71	
0–15	11.139	5.715	5.425	13,58	0,47
15–67	55.957	28.272	27.685	68,24	
67 und älter	14.906	6.198	8.708	18,18	
Vorausberechnung 2025					
Insgesamt	78.789	38.695	40.096	100	
0–15	9.858	5.065	4.794	12,51	0,62
15–65	48.754	24.632	24.121	61,88	
65 und älter	20.177	9.001	11.181	25,61	
15–30	11.469	5.843	5.625	14,56	–
30–55	24.260	12.260	12.000	30,79	
55–65	13.025	6.529	6.496	16,53	
0–15	9.858	5.065	4.794	12,51	0,54
15–67	51.162	25.814	25.348	64,94	
67 und älter	17.769	7.819	9.954	22,55	
Vorausberechnung 2060					
Insgesamt	64.653	31.650	33.002	100	
0–15	7.431	3.818	3.610	11,49	0,83
15–65	35.249	17.818	17.431	54,52	
65 und älter	21.973	10.017	11.962	33,99	
15–30	8.715	4.439	4.279	13,48	–
30–55	18.389	9.306	9.080	28,44	
55–65	8.145	4.073	4.072	12,60	
0–15	7.431	3.818	3.610	11,49	0,75
15–67	36.885	18.628	18.258	57,05	
67 und älter	20.337	9.207	11.135	31,46	
Personen mit Migrationshintergrund 2008				in % aller Personen mit Migrationshintergrund	
Insgesamt	15.566	7.851	7.715	100	
0–15	3.414	1.753	1.661	21,9	0,45
15–65	10.719	5.403	5.316	68,9	
65 und älter	1.432	694	738	9,2	
15–30	3.523	1.805	1.718	22,6	–
30–55	5.751	2.886	2.865	36,9	
55–65	1.445	712	733	9,3	
0–15	3.414	1.753	1.661	21,9	0,42
15–67	10.933	5.513	5.420	70,2	
67 und älter	1.219	584	635	7,8	

1) Der Abhängigkeitsquotient beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis von Erwerbspersonen und wirtschaftlich Abhängigen. Ein Quotient von 0,51 bedeutet z. B., dass 100 Erwerbspersonen 51 wirtschaftlich abhängigen Personen gegenüberstehen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2008, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Basisvariante; Mikrozensus 2008

Tab. A1-5A: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2005 und 2008 in ausgewählten Ballungsräumen nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von … bis unter … Jahren	2005			2008			Veränderung zwischen 2005 und 2008		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	in %						in Prozentpunkten		
Hamburg									
0–3	32,5	34,7	29,9	47,7	41,9	54,0	+15,3	+7,3	+24,1
0–15	36,6	39,1	34,0	45,5	43,7	47,4	+8,9	+4,6	+13,4
15–50	28,7	29,2	28,2	29,0	29,7	28,2	+0,3	+0,6	+0,0
50 und älter	16,2	18,4	14,4	15,9	18,1	14,1	−0,2	−0,3	−0,3
Berlin									
0–3	35,0	38,0	32,0	43,8	45,1	42,4	+8,7	+7,1	+10,4
0–15	37,4	39,7	35,1	44,5	46,3	42,6	+7,1	+6,6	+7,6
15–50	33,7	34,1	33,2	26,9	27,1	26,6	−6,8	−7,0	−6,6
50 und älter	17,7	19,8	16,0	14,0	15,5	12,8	−3,7	−4,4	−3,2
Frankfurt/Main									
0–3	43,9	/	/	71,7	71,8	71,6	+27,8	/	/
0–15	48,8	47,1	50,6	65,2	64,7	65,8	+16,4	+17,6	+15,2
15–50	42,9	42,1	43,8	45,2	43,3	47,1	+2,3	+1,3	+3,3
50 und älter	25,0	27,5	23,0	27,8	30,9	25,1	+2,8	+3,5	+2,1
Köln									
0–3	31,8	/	31,2	53,0	55,5	50,3	+21,1	/	+19,0
0–15	39,7	41,0	38,2	50,9	53,9	47,6	+11,2	+12,8	+9,3
15–50	33,6	34,5	32,7	34,0	34,4	33,6	+0,4	−0,1	+0,9
50 und älter	20,0	22,4	18,0	21,9	24,7	19,6	+1,9	+2,3	+1,6
Stuttgart									
0–3	38,3	/	/	57,5	57,4	/	+19,2	/	/
0–15	42,8	41,9	43,9	57,3	55,8	59,2	+14,5	+13,9	+15,3
15–50	44,1	43,8	44,3	40,3	39,2	41,4	−3,8	−4,6	−2,9
50 und älter	28,4	33,1	24,6	26,7	28,9	24,8	−1,7	−4,2	+0,1
München									
0–3	39,2	42,6	35,7	61,4	64,7	58,3	+22,2	+22,0	+22,7
0–15	41,6	39,6	43,8	55,6	54,2	56,9	+13,9	+14,6	+13,1
15–50	37,4	37,2	37,7	37,1	37,1	37,1	−0,3	−+0,0	−0,6
50 und älter	23,7	27,4	20,6	24,8	28,7	21,8	+1,2	+1,2	+1,2
Ruhrgebiet									
0–3	23,0	20,7	25,5	47,5	48,5	46,4	+24,5	+27,8	+20,8
0–15	27,1	26,2	28,1	41,4	41,3	41,6	+14,3	+15,1	+13,4
15–50	27,1	27,8	26,3	28,0	28,4	27,7	+1,0	+0,6	+1,4
50 und älter	12,8	14,2	11,6	13,7	14,6	12,9	+0,9	+0,4	+1,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. A2-1A: Arbeitslosenquoten* 1995 bis 2009 nach Ländern und Geschlecht (in %)

Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
	in %						
Insgesamt							
Deutschland	9,4	9,6	11,7	10,8	9,0	7,8	8,2
Baden-Württemberg	6,6	5,4	7,0	6,3	4,9	4,1	5,1
Bayern	6,0	5,5	7,8	6,8	5,3	4,2	4,8
Berlin	12,4	15,8	19,0	17,5	15,5	13,9	14,1
Bremen	12,9	13,0	16,8	14,9	12,7	11,4	11,8
Brandenburg	13,4	17,0	18,2	17,0	14,9	13,0	12,3
Hamburg	9,5	8,9	11,3	11,0	9,2	8,1	8,6
Hessen	7,6	7,3	9,7	9,2	7,6	6,6	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	15,3	17,8	20,3	19,0	16,5	14,1	13,5
Niedersachsen	9,8	9,3	11,6	10,5	8,9	7,7	7,8
Nordrhein-Westfalen	9,7	9,2	12,0	11,4	9,5	8,5	8,9
Rheinland-Pfalz	7,6	7,3	8,8	8,0	6,5	5,6	6,1
Saarland	10,7	9,8	10,7	9,9	8,4	7,3	7,7
Sachsen	13,6	17,0	18,3	17,0	14,7	12,8	12,9
Sachsen-Anhalt	15,7	20,2	20,2	18,3	16,0	14,0	13,6
Schleswig-Holstein	8,1	8,5	11,6	10,0	8,4	7,6	7,8
Thüringen	14,1	15,4	17,1	15,6	13,2	11,2	11,4
Männer							
Deutschland	8,5	9,2	11,7	10,5	8,5	7,5	8,4
Baden-Württemberg	6,5	5,0	6,7	5,9	4,4	3,7	5,2
Bayern	5,8	5,2	7,6	6,4	4,8	3,9	4,9
Berlin	12,6	16,9	20,5	18,9	16,7	15,0	15,3
Bremen	13,5	14,0	17,5	15,5	12,9	11,5	12,5
Brandenburg	9,2	15,4	18,6	17,0	14,3	12,8	12,9
Hamburg	10,6	9,8	12,0	11,6	9,5	8,5	9,4
Hessen	7,5	7,2	9,6	8,9	7,2	6,3	6,9
Mecklenburg-Vorpommern	11,2	16,5	21,0	19,1	16,2	14,1	14,4
Niedersachsen	9,4	9,0	11,6	10,1	8,3	7,2	7,8
Nordrhein-Westfalen	9,6	9,1	12,1	11,2	9,0	8,1	9,1
Rheinland-Pfalz	7,3	6,9	8,7	7,6	6,0	5,3	6,2
Saarland	11,1	9,9	10,5	9,4	7,8	6,8	7,9
Sachsen	8,6	15,3	18,0	16,3	13,6	12,2	13,2
Sachsen-Anhalt	11,6	18,2	20,0	17,7	14,9	13,2	13,8
Schleswig-Holstein	8,2	8,9	11,9	9,9	8,2	7,5	8,2
Thüringen	9,6	13,4	16,5	14,5	11,7	10,2	11,3
Frauen							
Deutschland	10,6	10,0	11,7	11,0	9,6	8,2	7,9
Baden-Württemberg	6,9	5,7	7,4	6,8	5,6	4,6	5,0
Bayern	6,4	5,7	8,1	7,3	6,0	4,6	4,7
Berlin	12,2	14,5	17,4	15,9	14,1	12,6	12,7
Bremen	12,1	11,4	16,0	13,9	12,5	11,3	11,1
Brandenburg	18,0	18,6	17,7	17,0	15,2	13,2	11,7
Hamburg	8,2	7,5	10,5	10,2	8,7	7,7	7,8
Hessen	7,6	7,2	9,7	9,4	8,1	7,0	6,7
Mecklenburg-Vorpommern	19,8	19,1	19,7	19,0	16,8	14,2	12,6
Niedersachsen	10,4	9,4	11,7	10,9	9,5	8,2	7,7
Nordrhein-Westfalen	9,9	9,0	11,8	11,5	10,1	8,9	8,8
Rheinland-Pfalz	8,0	7,5	8,9	8,3	7,1	6,0	6,0
Saarland	10,2	9,4	11,0	10,3	9,2	7,8	7,6
Sachsen	19,0	18,6	18,6	17,9	15,9	13,6	12,6
Sachsen-Anhalt	20,1	22,1	20,7	19,1	17,2	14,9	13,3
Schleswig-Holstein	8,0	7,9	11,2	9,9	8,7	7,7	7,4
Thüringen	19,1	17,3	17,9	16,9	14,7	12,4	11,5

* *Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbständige, mithelfende Familienangehörige)*
*Arbeitslose: vgl. Methodische Erläuterung zu **A2***

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2009

Tab. A2-2A: Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden vor der Steuerverteilung 1995 bis 2008 (in Millionen Euro)

Steuerart	1995	2000	2002	2004	2006	2008
	in Millionen Euro					
Steuereinnahmen insgesamt	416.337	467.177	441.628	442.761	488.444	561.182
Davon						
Gemeinschaftssteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	296.128	333.253	303.291	296.470	329.302	396.472
Bundessteuern	68.547	75.504	83.494	84.554	84.215	86.302
Zölle	3.639	3.394	2.896	3.059	3.880	4.002
Landessteuern	18.714	18.444	18.576	19.797	21.729	21.937
Gemeindesteuern	29.308	36.583	33.372	38.882	49.319	52.468

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Steuerstatisktik

Tab. A3-1A: Lebensformen der Bevölkerung Deutschlands 1996 und 2008 nach ausgewählten Merkmalen

Merkmal	Bevölkerung insgesamt	Familien mit Kindern						Ehepartnerinnen und -partner	Lebenspartnerinnen und -partner	Alleinstehende
		Ehepaare		Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende				
		Elternteile	Kinder	Elternteile	Kinder	Elternteile	Kinder			
	in Tsd.	in %								
1996										
Bevölkerung[1] insgesamt	81.114	25,7	22,1	1,3	0,9	2,8	3,8	22,6	3,3	17,5
Alter von … bis unter … Jahren										
Unter 25	21.996	1,6	74,8	0,3	3,3	0,4	11,1	1,3	2,0	5,1
25–35	12.964	39,0	9,9	3,5	0,1	3,6	2,9	11,0	8,9	21,0
35–45	11.979	63,3	1,5	2,8	/	5,2	1,3	9,9	3,1	12,8
45–55	10.370	47,3	0,2	1,2	/	4,2	0,7	31,0	2,6	12,8
55–65	10.935	21,0	/	0,3	–	2,8	0,3	56,5	2,2	17,0
65 und älter	12.870	4,8	/	0,1	–	2,5	0,0	47,2	1,4	44,0
Darunter 15–65	55.237	36,6	12,8	1,8	0,3	3,5	2,9	22,2	4,5	15,4
Staatsangehörigkeit										
Deutsche	74.212	24,9	21,3	1,3	1,0	2,8	3,9	23,5	3,4	18,0
Ausländerinnen und Ausländer	6.903	34,4	30,9	0,8	0,4	2,5	3,5	13,4	1,8	12,1
Erwerbsstatus										
Erwerbspersonen	39.293	39,9	9,2	2,2	0,2	3,6	2,4	5,5	16,8	15,3
Erwerbslose	3.450	40,7	9,3	2,1	0,2	3,4	2,3	5,6	16,4	14,9
Erwerbstätige	35.843	31,2	9,3	2,1	0,2	3,4	2,3	5,6	16,4	14,9
Nichterwerbspersonen	41.821	12,3	34,2	0,3	1,6	2,0	5,1	1,2	18,2	16,0
Beruflicher Bildungsabschluss										
Mit Abschluss zusammen	44.704	36,0	5,2	1,9	0,1	3,2	1,5	28,7	4,6	18,8
Anlern-/Lehrausbildung[2]	32.910	34,4	5,8	1,9	0,1	3,3	1,7	29,0	4,6	19,1
Fachschulabschluss[3]	4.695	40,4	3,2	1,8	/	3,0	0,9	31,5	3,8	15,3
Fachhochschulabschluss[4]	2.436	40,6	3,7	1,5	/	2,5	1,1	26,8	5,5	18,2
Hochschulabschluss[5]/Promotion	4.152	42,0	2,8	1,8	/	3,2	0,9	23,6	5,2	20,5
Ohne Angabe zur Abschlussart	510	28,6	9,0	1,8	/	3,1	2,0	30,0	4,5	20,6
Ohne beruflichen Abschluss	31.902	11,4	47,7	0,4	2,2	2,0	7,3	13,0	1,3	14,6
Keine Angabe zum Abschluss	4.509	23,6	9,6	1,1	0,2	3,3	2,3	30,8	3,5	25,5
2008										
Bevölkerung[1] insgesamt	81.473	21,2	18,4	1,9	1,4	3,3	4,6	24,1	4,4	20,8
Alter von … bis unter … Jahren										
Unter 25	20.472	0,7	67,2	0,6	5,5	0,4	15,1	0,7	2,5	7,3
25–35	9.623	25,7	9,7	5,0	0,2	3,8	2,8	9,5	13,2	30,0
35–45	13.013	51,2	1,6	5,0	0,0	6,7	1,3	9,2	5,3	19,6
45–55	12.359	45,0	0,4	2,2	0,0	6,0	1,0	23,4	3,9	18,0
55–65	9.715	18,9	0,1	0,5	0,0	2,7	0,5	54,8	3,1	19,6
65 und älter	16.292	3,8	0,0	0,1	0,0	2,0	0,0	56,2	2,0	35,9
Darunter 15–65	54.264	30,7	12,1	2,9	0,5	4,3	3,7	19,3	6,0	20,4
Staatsangehörigkeit										
Deutsche	74.230	20,1	18,3	2,0	1,5	3,2	4,6	24,7	4,5	21,1
Ausländerinnen und Ausländer	7.243	32,5	19,1	1,6	0,6	3,8	4,0	18,0	2,9	17,4
Migrationshintergrund										
Mit Migrationshintergrund	15.539	27,1	29,6	1,2	1,2	3,2	5,0	16,4	2,4	14,0
Ohne Migrationshintergrund	65.933	19,9	15,7	2,1	1,5	3,3	4,5	25,9	4,8	22,4
Erwerbsstatus										
Erwerbspersonen	41.819	33,0	8,3	3,3	0,3	4,6	2,7	18,8	7,0	22,0
Erwerbslose	3.137	22,5	9,3	4,3	0,5	8,1	5,0	14,7	4,8	30,8
Erwerbstätige	38.682	33,9	8,2	3,2	0,3	4,3	2,5	19,1	7,2	21,3
Nichterwerbspersonen	39.653	8,8	29,0	0,6	2,5	1,9	6,5	29,7	1,6	19,5
Beruflicher Bildungsabschluss										
Mit Abschluss zusammen	50.438	28,5	3,6	2,6	0,1	3,9	1,3	30,9	5,9	23,3
Anlern-/Lehrausbildung[2]	36.012	27,3	4,2	2,7	0,1	4,1	1,5	31,0	5,7	23,4
Fachschulabschluss[3]	4.973	30,5	2,1	2,7	0,0	3,5	0,7	35,3	5,0	20,3
Fachhochschul-abschluss[4]	3.524	32,1	2,6	2,3	0,0	3,1	0,9	29,3	7,2	22,5
Universitätsabschluss[5]/Promotion	5.736	31,9	1,7	2,4	0,0	3,3	0,8	27,7	7,1	25,2
Ohne Angabe zur Abschlussart	508	25,4	4,2	1,9	0,2	4,6	1,3	31,3	3,7	27,4
Ohne beruflichen Abschluss	30.720	9,4	42,8	0,8	3,5	2,3	9,9	12,7	1,9	16,6

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

2) Einschließlich berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst der öffentlichen Verwaltung, berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfach-/Kollegschule, Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens

3) Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, einer Fach- oder Berufsakademie oder einer Fachschule der DDR

4) Einschließlich Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, auch Ingenieurschulabschluss

5) Wissenschaftliche Hochschule, auch Kunsthochschule

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. A3-2A: Erwerbstätigkeit von Frauen im Alter von unter 65 Jahren 1996 und 2008 nach Zahl der ledigen Kinder unter 18 Jahren in der Familie (in %)

Erwerbstyp	Gesamt	Zahl der Kinder in der Familie					
		0	1	2	3	4	5 und mehr
	in %						
1996							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Vollzeiterwerbstätig	36,9	42,5	34,8	24,6	16,2	14,0	10,1
Teilzeiterwerbstätig	18,6	14,7	23,5	27,0	21,9	14,0	7,1
Nicht erwerbstätig	44,5	42,7	41,7	48,3	61,9	72,1	82,2
2008							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Vollzeiterwerbstätig	35,7	44,2	26,7	14,5	9,3	6,3	/
Teilzeiterwerbstätig	32,1	24,9	43,7	49,8	40,0	26,8	14,0
Nicht erwerbstätig	32,2	30,9	29,6	35,7	50,7	66,9	81,4

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. A3-3A: Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 50 Jahren 2005 und 2008 nach Geschlecht, Elternschaft, Migrationsstatus und Bildungsstand* (in %)

Geschlecht/ Elternschaft		Migrationsstatus											
		Ohne Migrationshintergrund			Mit Migrationshintergrund								
					Zusammen			Eigene Migrationserfahrung			Ohne Migrationserfahrung		
		Bildungsstand*											
		Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch	Niedrig	Mittel	Hoch
		in %											
2005													
Männer	Mit Kindern[1]	80,8	91,9	97,5	74,1	84,5	85,8	73,7	83,6	85,0	75,9	88,2	89,0
	Ohne Kinder[1]	65,6	83,6	93,1	65,1	77,1	81,4	65,4	77,0	80,4	64,3	77,5	85,1
Frauen	Mit Kindern[1]	53,9	69,3	79,0	40,9	59,1	57,0	41,3	58,8	55,8	39,2	60,4	62,4
	Ohne Kinder[1]	67,8	83,5	92,9	55,5	74,0	79,1	56,6	72,2	77,8	49,3	80,3	84,6
2008													
Männer	Mit Kindern[1]	80,5	94,6	98,4	78,9	88,3	90,2	79,0	87,9	89,6	77,1	91,2	97,5
	Ohne Kinder[1]	67,8	87,0	95,7	69,8	82,3	86,1	70,2	81,6	85,7	65,6	86,8	90,1
Frauen	Mit Kindern[1]	55,5	73,6	82,3	42,9	62,5	59,1	42,1	62,2	58,5	53,9	64,8	73,3
	Ohne Kinder[1]	69,0	86,3	94,1	60,0	79,9	79,6	60,1	79,5	78,4	56,5	84,5	93,6

* *Es wird unterschieden zwischen niedrigem Bildungsstand (ISCED 0–2: Grundbildung, Abschluss der Schulpflicht), mittlerem Bildungsstand (ISCED 3–4: Berufsausbildung, schulische Bildung, die den Zugang zu ISCED 5 ermöglicht) und hohem Bildungsstand (ISCED 5–6: weiterführende (Fach-)Hochschulbildung, Promotion).*

1) *Bezogen auf Mütter und Väter im erwerbsfähigen Alter mit Kindern unter 18 Jahren in der Lebensform (und nicht im Haushalt; sofern die Person für sie verantwortlich ist), auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. A3-4A: Kinder im Alter von unter 18 Jahren 2000, 2007 und 2008 nach Risikolagen der Eltern*

Land	Insgesamt	Risikolagen			Mindestens eine Risikolage	Alle drei Risikolagen	Risikolagen			Mindestens eine Risikolage	Alle drei Risikolagen
		Beide Elternteile oder alleinerziehend		Weniger als 60 % des Familienäquivalenzeinkommens[1)]			Beide Elternteile oder alleinerziehend		Weniger als 60 % des Familienäquivalenzeinkommens[1)]		
		Erwerbslos oder Nichterwerbsperson	Höchster schulischer und/oder beruflicher Abschluss unter ISCED 3				Erwerbslos oder Nichterwerbsperson	Höchster schulischer und/oder beruflicher Abschluss unter ISCED 3			
	in Tsd.						in %				
2000											
D	15.192	1.586	2.629	3.491	4.711	544	10,4	17,3	23,0	31,0	3,6
BW	2.105	129	398	397	612	56	6,1	18,9	18,9	29,1	2,7
BY	2.342	122	357	404	640	36	5,2	15,2	17,3	27,3	1,5
BE	543	108	107	117	180	27	19,9	19,7	21,5	33,1	5,0
BB	469	59	29	114	129	10	12,6	6,2	24,3	27,5	2,1
HB	102	19	34	27	37	9	18,6	33,3	26,5	36,3	8,8
HH	273	41	73	69	105	15	15,0	26,7	25,3	38,5	5,5
HE	1.135	120	229	262	360	49	10,6	20,2	23,1	31,7	4,3
MV	313	53	28	86	105	8	16,9	8,9	27,5	33,5	2,6
NI	1.513	180	267	334	424	76	11,9	17,6	22,1	28,0	5,0
NW	3.362	382	741	937	1.190	170	11,4	22,0	27,9	35,4	5,1
RP	736	65	132	157	215	27	8,8	17,9	21,3	29,2	3,7
SL	173	20	41	42	54	9	11,6	23,7	24,3	31,2	5,2
SN	742	106	36	184	221	12	14,3	4,9	24,8	29,8	1,6
ST	435	85	30	126	151	11	19,5	6,9	29,0	34,7	2,5
SH	529	50	88	117	154	21	11,9	20,9	27,8	36,6	5,0
TH	421	47	39	115	134	9	8,9	7,4	21,7	25,3	1,7
2007											
D	13.814	1.478	1.751	3.371	4.183	407	10,7	12,7	24,4	30,3	2,9
BW	1.963	110	238	353	482	31	5,6	12,1	18,0	24,6	1,6
BY	2.229	146	191	352	458	34	6,6	8,6	15,8	20,5	1,5
BE	486	117	104	111	188	24	24,1	21,4	22,8	38,7	4,9
BB	342	43	19	101	104	6	12,6	5,6	29,6	30,4	1,8
HB	102	19	25	28	40	7	18,6	24,5	27,9	39,2	6,9
HH	271	49	56	95	115	19	18,1	20,7	35,1	42,4	7,0
HE	1.046	103	142	226	299	34	9,8	13,6	21,6	28,6	3,3
MV	224	44	21	79	86	8	19,6	9,4	35,3	38,4	3,6
NI	1.445	164	182	369	429	53	11,3	12,6	25,6	29,7	3,7
NW	3.185	372	543	954	1.190	128	11,7	17,0	30,0	37,4	4,0
RP	709	62	87	163	205	20	8,7	12,3	23,0	28,9	2,8
SL	164	17	23	47	55	6	10,4	14,0	28,6	33,5	3,7
SN	540	84	24	146	153	9	15,6	4,4	27,1	28,3	1,7
ST	305	54	26	113	120	11	17,7	8,5	37,1	39,3	3,6
SH	507	48	50	126	149	11	9,5	9,9	24,8	29,4	2,2
TH	294	47	20	106	108	7	16,0	6,8	36,0	36,7	2,4
2008											
D	13.562	1.442	1.717	3.368	3.885	481	10,6	12,7	24,8	28,6	3,5
BW	1.946	106	213	333	444	35	5,5	10,9	17,1	22,8	1,8
BY	2.188	137	187	332	433	37	6,3	8,6	15,2	19,8	1,7
BE	481	114	100	120	170	31	23,8	20,7	24,9	35,3	6,4
BB	330	42	18	93	97	7	12,7	5,4	28,1	29,5	2,2
HB	101	22	25	34	33	10	21,6	24,5	33,4	33,1	10,1
HH	266	46	60	95	100	20	17,4	22,4	35,9	37,4	7,5
HE	1.033	93	142	247	291	35	9,0	13,7	23,9	28,2	3,4
MV	212	43	18	73	76	8	20,3	8,6	34,4	35,9	3,8
NI	1.424	165	190	365	399	63	11,6	13,3	25,6	28,0	4,4
NW	3.131	376	539	991	1.099	156	12,0	17,2	31,7	35,1	5,0
RP	701	60	88	168	191	23	8,5	12,5	24,0	27,3	3,3
SL	160	14	20	43	48	/	8,6	12,2	27,0	29,8	3,0
SN	523	74	25	131	143	12	14,1	4,7	25,1	27,4	2,3
ST	287	57	25	110	113	13	20,0	8,6	38,3	39,3	4,4
SH	498	50	54	137	145	18	10,0	10,9	27,5	29,2	3,7
TH	281	42	16	97	102	7	14,9	5,6	34,3	36,3	2,5

** Erwerbsstatus, Bildungsabschluss und Durchschnittsäquivalenzeinkommen*
1) Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Basis des Familieneinkommens ermittelt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. A3-5A: Kinder im Alter von unter 18 Jahren nach Risikolagen der Eltern (Erwerbsstatus, Bildungsabschluss und Durchschnittsäquivalenzeinkommen) und Migrationsstatus 2007 und 2008

Migrationshintergrund	Insgesamt	Risikolagen			Mindestens eine Risikolage	Alle drei Risikolagen
		Beide Elternteile oder alleinerziehend		Weniger als 60 % des Familien-äquivalenz-einkommens[1)]		
		Erwerbslos oder Nichter-werbsperson	Höchster schulischer und/oder beruflicher Abschluss unter ISCED 3			
2007						
in Tsd.						
Insgesamt	13.814	1.478	1.751	3.371	4.183	407
Ohne Migrationshintergrund	9.756	8.966	579	1.932	2.234	31
Mit Migrationshintergrund	4.058	3.369	1.173	1.441	1.949	34
in %						
Insgesamt		10,7	12,7	24,4	30,3	2,9
Ohne Migrationshintergrund		8,1	5,9	19,8	22,9	1,6
Mit Migrationshintergrund		17,0	28,9	35,5	48,0	6,2
2008						
in Tsd.						
Insgesamt	13.562	1.442	1.717	3.368	3.885	481
Ohne Migrationshintergrund	9.461	770	560	1.918	2.153	185
Mit Migrationshintergrund	4.101	672	1.157	1.450	1.731	296
in %						
Insgesamt		10,6	12,7	24,8	28,6	3,5
Ohne Migrationshintergrund		8,1	5,9	20,3	22,8	2,0
Mit Migrationshintergrund		16,4	28,2	35,4	42,2	7,2

1) Das Äquivalenzeinkommen wurde auf der Basis des Familieneinkommens ermittelt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Abb. B1-5A: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft in der Durchführungsbetrachtung und der Finanzierungsbetrachtung sowie Bildungsausgaben nach Finanzstatistik 2007

Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (A + B + C + D)[1] 204,1 Mrd. Euro – 8,4% des BIP

Budget für Bildung (A + B)[2]
147,8 Mrd. Euro – 6,1% des BIP

Budget für Forschung und Entwicklung (C)[3]
61,5 Mrd. Euro – 2,5% des BIP

Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur (D)
4,8 Mrd. Euro – 0,2% des BIP

Durchführungsbetrachtung[2]
147,8 Mrd. Euro – 6,1% des BIP

Bildungsausgaben internationaler Abgrenzung (A)[2][4]
131,3 Mrd. Euro – 5,4% des BIP

Ausgaben für Bildungseinrichtungen (A30 – Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen)
114,2 Mrd. Euro – 4,7% des BIP

Käufe außerhalb von Bildungseinrichtungen (A40 – Nachhilfe, Lernmittel u. dgl.)
5,1 Mrd. Euro – 0,2% des BIP

Förderung von Bildungsteilnehmenden (A50 – BaföG, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmer/innen)
12,0 Mrd. Euro – 0,5% des BIP

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung (B)
16,5 Mrd. Euro – 0,7% des BIP

Ausgaben für betriebliche Weiterbildung (B10)
8,3 Mrd. Euro – 0,3% des BIP

Ausgaben für weitere Bildungsangebote (B20 – Krippen, Horte, Volkshochschulen, Jugendarbeit)
7,4 Mrd. Euro – 0,3% des BIP

Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung (B30)
0,8 Mrd. Euro – 0,0% des BIP

Finanzierungsbetrachtung
147,8 Mrd. Euro – 6,1% des BIP

Wirtschaft, Organisationen ohne Erwerbszweck, Private Haushalte, Ausland
30,8 Mrd. Euro – 1,3% des BIP

Öffentlicher Bereich
116,9 Mrd. Euro – 4,8% des BIP



Methodische Unterschiede siehe Bildungsfinanzbericht 2009, Kap. 3, Abb. 3

Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden laut Finanzstatistik
92,5 Mrd. Euro – 4,0% des BIP

Kindertageseinrichtungen 13,5 Mrd. Euro

Schulen 52,0 Mrd. Euro

Hochschulen 19,3 Mrd. Euro

Bildungsförderung 4,2 Mrd. Euro

Sonstiges Bildungswesen 2,0 Mrd. Euro

Jugendarbeit u. Jugendverbandsarbeit 1,5 Mrd. Euro

Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen
1) Konsolidiert hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen
2) Einschließlich 9,9 Mrd. Euro Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen
3) 9,9 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung an Hochschulen, 51,6 Mrd. Euro auf Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
4) Bildungsprogramme der ISCED
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2007

Tab. B1-1A: Bildungsbudget* nach Bildungsbereichen und finanzierenden Sektoren (Initial Funds) 2007 und 2008

	Bildungsbereiche	Ausgaben									
		2007							2008	2007	2008
		Öffentlicher Bereich				Privater Bereich	Ausland	Volkswirtschaft			
		Bund	Länder	Gemeinden	Insgesamt						
		in Milliarden Euro								in % des BIP	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung[1]	13,4	76,7	19,1	109,2	21,7	0,4	131,3	137,9	5,4	5,5
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	8,3	70,9	18,0	97,2	16,6	0,4	114,2	120,5	4,7	4,8
A31	ISCED 0 – Elementarbereich[2]	0,0	3,3	5,9	9,2	3,4	0,0	12,6	/	0,5	/
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	4,3	48,1	11,7	64,0	9,3	0,0	73,3	/	3,0	/
	Darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	1,0	42,0	7,8	50,8	1,3	0,0	52,0	/	2,1	/
	Berufliche Bildungsgänge[3]	0,8	5,7	1,9	8,5	0,2	0,0	8,7	/	0,4	/
	Betriebliche Ausbildung im dualen System[4]	2,5	0,3	0,2	3,0	7,8	0,0	10,8	/	0,4	/
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich[5]	3,9	17,4	0,3	21,6	3,9	0,4	25,9	/	1,1	/
	Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	2,1	5,9	0,0	8,0	1,5	0,4	9,9	/	0,4	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)[6]	0,1	2,2	0,2	2,4	0,0	0,0	2,4	/	0,1	/
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1	0,0	5,1	5,1	0,2	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	5,1	5,8	1,1	12,0	0,0	0,0	12,0	12,3	0,5	0,5
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	2,7	1,3	3,8	7,8	8,7	0,0	16,5	17,1	0,7	0,7
B10	Betriebliche Weiterbildung[7]	0,3	0,5	0,3	1,2	7,1	0,0	8,3	8,3	0,3	0,3
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	1,6	0,8	3,4	5,8	1,6	0,0	7,4	8,0	0,3	0,3
	Darunter: Krippen und Horte	0,0	0,4	2,1	2,4	0,9	0,0	3,4	/	0,1	/
B30	Förderung von Teilnehmenden in Weiterbildung[8]	0,8	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,8	0,8	0,0	0,0
A+B	Bildungsbudget insgesamt	16,1	78,0	22,9	116,9	30,4	0,4	147,8	155,0	6,1	6,2
	Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	2,1	5,9	0,0	8,0	1,5	0,4	9,9	/	0,4	/

* *Finanzierungsrechnung mit Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs zwischen Gebietskörperschaften (Initial Funds), Abgrenzung nach dem Konzept 2007, Werte 2008 vorläufige Berechnungen*
Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen
1) *Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification for Education*
2) *Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten*
3) *Ohne Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich*
4) *Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit*
5) *Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschließlich Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke*
6) *Ausgaben sind den einzelnen ISCED-Stufen nicht zuzuordnen (einschließlich geschätzte Ausgaben für die Beamtenausbildung, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie Studienseminare).*
7) *Schätzung der Kosten für interne und externe Weiterbildung (ohne Personalkosten der Teilnehmenden) auf der Basis der Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) laut Mikrozensus und der durchschnittlichen Weiterbildungskosten je Beschäftigten laut der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS). Eventuelle Doppelzählungen bei externen Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. in Hochschulen) konnten nicht bereinigt werden.*
8) *Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung. Eventuelle Doppelzählungen (duale Ausbildung, Weiterbildung) konnten nicht bereinigt werden.*
9) *Berechnet nach den Methoden der FuE-Statistik (gemäß OECD-Meldung/Frascati-Handbuch)*
10) *Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft wurde konsolidiert um die Ausgaben für „Forschung und Entwicklung an Hochschulen“, da diese Position sowohl in A als auch in C enthalten ist.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2007/08

Tab. B1-2A: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft* nach Bereichen sowie Anteil am Bruttoinlandsprodukt 1995 bis 2008 (in Milliarden Euro und in %)

	Bildungsbereiche	Ausgaben					
		1995	2007	2008	1995	2007	2008
		in Milliarden Euro			in % des BIP		
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung[1]	103,9	131,3	137,9	5,6	5,4	5,5
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	94,8	114,2	120,5	5,1	4,7	4,8
A31	ISCED 0 – Elementarbereich[2]	9,1	12,6	/	0,5	0,5	/
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	63,2	73,3	/	3,4	3,0	/
	Darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	45,9	52,0	/	2,5	2,1	/
	Berufliche Bildungsgänge[3]	5,4	8,7	/	0,3	0,4	/
	Duales System[4]	10,4	10,8	/	0,6	0,4	/
A33	ISCED 5–6 – Tertiärbereich[5]	20,5	25,9	/	1,1	1,1	/
	Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	7,4	9,9	/	0,4	0,4	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)[6]	1,9	2,4	/	0,1	0,1	/
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	9,2	17,1	17,4	0,5	0,7	0,7
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	21,5	16,5	17,1	1,2	0,7	0,7
B10	Betriebliche Weiterbildung[7]	8,9	8,3	8,3	0,5	0,3	0,3
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	7,3	7,4	8,0	0,4	0,3	0,3
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung[8]	5,3	0,8	0,8	0,3	0,0	0,0
A + B	Bildungsbudget insgesamt	125,4	147,8	155,0	6,8	6,1	6,2
C	Forschung und Entwicklung[9]	40,5	61,5	66,5	2,2	2,5	2,7
C10	Wirtschaft	26,8	43,0	46,1	1,5	1,8	1,8
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,0	1,1	1,2	0,1	0,0	0,0
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	5,2	7,4	8,1	0,3	0,3	0,3
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5–6 enthalten)	7,4	9,9	11,1	0,4	0,4	0,4
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	4,0	4,8	4,9	0,2	0,2	0,2
D10	Wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Fachinformationszentren (ohne Forschung und Entwicklung)	0,5	0,6	/	0,0	0,0	/
D20	Nichtwissenschaftliche Museen und Bibliotheken	2,0	2,3	/	0,1	0,1	/
D30	Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung (ohne Forschung und Entwicklung)	1,6	1,9	/	0,1	0,1	/
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	162,5	204,1	215,3	8,8	8,4	8,6

** Durchführungsrechnung, Abgrenzung nach dem Konzept 2007, Werte 2008 vorläufige Berechnungen*
*Fußnoten vgl. **Tab. B1-1A***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsbudget 2007/08

Tab. B2-1A: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Bildungsbereichen und Bevölkerung 2008/09 nach Altersgruppen und Geschlecht (Anzahl)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer					Bevölkerung
	Insgesamt	Davon				
		Kindertageseinrichtungen vor Schuleintritt[1)]	Allgemeinbildende Bildungsgänge	Berufliche Bildungsgänge[2)]	Hochschulen	
	Anzahl					
Insgesamt						
0–3	425.796	425.796	–	–	–	2.048.350
3–6	1.966.483	1.953.750	12.733	–	–	2.105.783
6–10	2.977.147	252.730	2.724.417	–	–	3.006.036
10–16	4.752.328	–	4.716.802	35.447	79	4.800.662
16–19	2.546.033	–	1.326.493	1.206.609	12.931	2.691.946
19–25	2.820.187	–	223.920	1.509.148	1.087.119	5.865.798
25–30	784.059	–	12.997	146.700	624.362	4.984.192
30–35	206.900	–	6.210	28.631	172.059	4.702.670
35–40	77.327	–	–	14.882	62.445	5.613.543
40 und älter	66.355	–	–	43	66.312	46.183.376
Ohne Angabe	22.064	–	–	11.313	10.751	X
Insgesamt	16.644.678	2.632.276	9.023.572	2.952.772	2.036.058	82.002.356
Männlich						
0–3	218.176	218.176	–	–	–	1.051.372
3–6	1.006.196	999.577	6.619	–	–	1.079.982
6–10	1.528.402	137.542	1.390.860	–	–	1.541.363
10–16	2.443.722	–	2.423.915	19.777	30	2.463.529
16–19	1 302 009	–	644.965	652.463	4.581	1.379.970
19–25	1.422.970	–	109.930	790.816	522.224	2.990.265
25–30	451 569	–	6.774	89.669	355.126	2.523.056
30–35	120.888	–	2.629	14.861	103.398	2.381.693
35–40	45 192	–	–	7.951	37.241	2.857.095
40 und älter	35.242	–	–	36	35.206	21.915.958
Ohne Angabe	8 522	–	–	2.395	6.127	X
Insgesamt	8.582.888	1.355.295	4.585.692	1.577.968	1.063.933	40.184.283
Weiblich						
0–3	207.620	207.620	–	–	–	996.978
3–6	960.287	954.173	6.114	–	–	1.025.801
6–10	1.448.745	115.188	1.333.557	–	–	1.464.673
10–16	2.308.606	–	2.292.887	15.670	49	2.337.133
16–19	1.244.024	–	681.528	554.146	8.350	1.311.976
19–25	1.397.217	–	113.990	718.332	564.895	2.875.533
25–30	332.490	–	6.223	57.031	269.236	2.461.136
30–35	86.012	–	3.581	13.770	68.661	2.320.977
35–40	32.135	–	–	6.931	25.204	2.756.448
40 und älter	31.113	–	–	7	31.106	24.267.418
Ohne Angabe	13.542	–	–	8.918	4.624	X
Insgesamt	8.061.790	1.276.981	4.437.880	1.374.804	972.125	41.818.073

1) Altersabgrenzung basiert auf Geburtsjahr. Differenzen zu den Teilnehmerzahlen in Kapitel C und H resultieren aus unterschiedlichen Alterabgrenzungen.
2) Berufliche Schulen, Schulen des Gesundheitswesens, Beamtenausbildung mittlerer Dienst

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Schulstatistik 2008/09, Hochschulstatistik 2008/09, Bevölkerungsstatistik 2008

Tab. B2-2A: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 1995/96 bis 2008/09 nach Bildungsbereichen und Trägerschaft der Bildungseinrichtung (Anzahl)

Jahr	Insgesamt	Davon						
		Elementarbereich[1]	Primarbereich	Sekundarbereich I	Sekundarbereich II	Tertiärbereich		Nicht zugeordnet
		ISCED 0	ISCED 1	ISCED 2	ISCED 3–4	ISCED 5B	ISCED 5A	
	Anzahl							
Insgesamt								
1995/96	16.599.419	2.332.924	3.804.887	5.279.835	2.980.839	286.263	1.857.906	56.765
1996/97	16.784.231	2.343.520	3.859.490	5.340.250	3.042.085	293.808	1.838.099	66.979
1997/98	16.850.908	2.283.308	3.865.724	5.463.321	3.070.779	311.756	1.785.938	70.082
1998/99	16.913.481	2.332.585	3.767.460	5.508.075	3.146.558	319.066	1.767.978	71.759
1999/00	16.847.079	2.297.821	3.655.859	5.560.251	3.206.690	312.604	1.742.234	71.621
2000/01	16.913.190	2.398.104	3.519.051	5.640.017	3.214.627	317.211	1.766.734	57.445
2001/02	16.863.525	2.352.829	3.373.176	5.683.280	3.226.696	324.150	1.835.558	67.837
2002/03	16.842.054	2.316.687	3.303.737	5.664.594	3.245.306	339.989	1.902.408	69.333
2003/04	16.821.659	2.238.270	3.305.386	5.585.642	3.290.667	349.084	1.981.373	71.237
2004/05	16.699.519	2.232.306	3.306.136	5.452.563	3.366.762	341.442	1.927.299	73.011
2005/06	16.837.084	2.443.550	3.329.349	5.285.381	3.414.050	335.961	1.953.504	75.289
2006/07	16.670.759	2.420.124	3.311.285	5.122.838	3.460.998	328.429	1.950.468	76.617
2007/08	16.475.459	2.410.081	3.236.158	5.008.352	3.501.956	330.050	1.915.088	73.774
2008/09[2]	16.370.181	2.385.856	3.150.822	4.942.006	3.369.904	446.614	1.998.060	76.919
Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft								
1995/96	14.430.315	891.363	3.734.036	4.951.231	2.822.485	161.613	1.820.093	49.494
1996/97	14.764.615	1.078.419	3.786.655	5.003.725	2.873.438	164.701	1.799.388	58.290
1997/98	14.839.671	1.047.950	3.790.298	5.113.136	2.886.795	195.418	1.745.297	60.777
1998/99	14.845.910	1.066.714	3.689.362	5.147.670	2.952.686	202.773	1.724.699	62.006
1999/00	14.671.574	946.152	3.574.886	5.189.440	3.003.891	197.584	1.697.958	61.663
2000/01	14.653.426	984.040	3.435.078	5.256.774	3.005.491	203.850	1.718.912	49.281
2001/02	14.601.193	965.007	3.286.573	5.289.838	3.010.922	208.520	1.782.318	58.015
2002/03	14.573.317	954.170	3.213.893	5.262.209	3.019.238	220.202	1.844.489	59.116
2003/04	14.555.881	922.241	3.210.821	5.176.004	3.046.185	223.220	1.916.880	60.531
2004/05	14.395.929	916.122	3.203.000	5.040.022	3.099.760	219.150	1.855.985	61.890
2005/06	14.277.910	911.205	3.218.712	4.867.184	3.132.977	210.347	1.874.181	63.007
2006/07	14.081.183	884.613	3.200.758	4.705.912	3.170.310	206.207	1.863.416	49.967
2007/08	13.842.733	860.578	3.119.272	4.582.031	3.208.006	205.409	1.820.163	47.274
2008/09[2]	13.712.173	849.665	3.028.867	4.492.890	3.137.848	262.896	1.890.006	50.001
Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft								
1995/96	2.169.104	1.441.561	70.851	328.604	158.354	124.650	37.813	7.271
1996/97	2.019.616	1.265.101	72.835	336.525	168.647	129.107	38.711	8.689
1997/98	2.011.237	1.235.358	75.426	350.185	183.984	116.338	40.641	9.305
1998/99	2.067.571	1.265.871	78.098	360.405	193.872	116.293	43.279	9.753
1999/00	2.175.505	1.351.669	80.973	370.811	202.799	115.020	44.276	9.957
2000/01	2.259.764	1.414.064	83.973	383.243	209.137	113.361	47.822	8.164
2001/02	2.262.332	1.387.822	86.602	393.442	215.774	115.630	53.240	9.821
2002/03	2.268.737	1.362.517	89.844	402.385	226.068	119.787	57.919	10.217
2003/04	2.265.778	1.316.029	94.565	409.638	244.482	125.864	64.493	10.706
2004/05	2.303.590	1.316.184	103.136	412.541	267.002	122.292	71.314	11.121
2005/06	2.559.174	1.532.048	110.637	418.197	281.073	125.614	79.323	12.282
2006/07	2.589.576	1.535.511	110.527	416.926	290.688	122.222	87.052	26.650
2007/08	2.632.726	1.549.503	116.886	426.321	293.950	124.641	94.925	26.500
2008/09[2]	2.658.008	1.536.191	121.955	449.116	232.056	183.718	108.054	26.918

1) Für Kindertageseinrichtungen bis 2004/05 Angaben des Mikrozensus, ab 2005/06 Angaben der Kinder- und Jugendhilfestatistik

2) Bruch in der Zeitreihe aufgrund der Revision der Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge der Länder sowie der Berücksichtigung der Einführungsphase von G8 in ISCED 3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik

Tab. B2-3A: Bildungsbeteiligungsquoten* 2008/09 nach Altersgruppen, Ländern und Geschlecht (in %)

Land	Bildungsbeteiligungsquoten für Personen im Alter von ...[1]				
	0 bis unter 3 Jahren	3 bis unter 6 Jahren	16 bis unter 19 Jahren	19 bis unter 25 Jahren	25 bis unter 30 Jahren
	in %				
Insgesamt					
Deutschland	20,8	93,4	94,6	48,1	15,7
Baden-Württemberg	17,8	96,9	92,9	50,9	14,0
Bayern	17,1	91,2	96,2	42,2	11,6
Berlin	42,1	93,2	91,4	53,0	19,9
Brandenburg	46,0	94,8	89,2	41,9	14,0
Bremen	13,3	89,8	123,4	62,4	26,3
Hamburg	23,4	86,4	100,7	58,2	22,1
Hessen	16,5	94,0	90,7	50,9	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	42,0	94,0	92,0	40,7	14,0
Niedersachsen	12,1	90,6	95,0	46,6	13,8
Nordrhein-Westfalen	11,4	93,6	98,6	51,6	18,6
Rheinland-Pfalz	20,5	97,2	86,9	47,4	17,6
Saarland	17,6	95,4	94,9	51,9	11,4
Sachsen	39,9	95,2	94,9	46,6	14,8
Sachsen-Anhalt	59,0	94,5	87,7	41,3	14,0
Schleswig-Holstein	11,5	87,6	88,5	44,6	14,7
Thüringen	45,7	96,3	94,9	44,3	12,4
Männlich					
Deutschland	20,8	93,2	94,4	47,6	17,9
Baden-Württemberg	17,8	96,9	93,3	51,2	16,8
Bayern	17,0	90,4	96,7	42,0	13,5
Berlin	42,0	94,3	90,6	52,8	20,7
Brandenburg	46,4	95,0	88,8	39,7	13,9
Bremen	13,3	88,5	125,1	63,4	30,2
Hamburg	22,4	83,4	99,3	59,6	25,4
Hessen	16,2	93,8	91,1	52,0	21,7
Mecklenburg-Vorpommern	42,1	94,3	90,8	37,8	14,0
Niedersachsen	12,1	90,5	93,8	45,3	16,3
Nordrhein-Westfalen	11,3	93,5	97,9	52,0	21,6
Rheinland-Pfalz	20,5	96,9	87,7	46,2	19,3
Saarland	17,9	95,5	93,6	50,5	12,8
Sachsen	40,0	95,3	94,4	44,9	16,4
Sachsen-Anhalt	59,0	94,4	85,8	38,5	14,4
Schleswig-Holstein	11,5	87,0	88,2	44,2	17,2
Thüringen	46,2	96,4	95,3	41,5	13,6
Weiblich					
Deutschland	20,8	93,6	94,8	48,6	13,5
Baden-Württemberg	17,8	96,9	92,5	50,7	11,3
Bayern	17,2	92,1	95,8	42,4	9,8
Berlin	42,3	91,9	92,2	53,2	19,1
Brandenburg	45,5	94,7	89,7	44,4	14,2
Bremen	13,3	91,1	121,5	61,4	22,3
Hamburg	24,5	89,5	102,2	57,0	19,0
Hessen	16,8	94,3	90,3	49,8	14,8
Mecklenburg-Vorpommern	42,0	93,7	93,3	44,1	13,9
Niedersachsen	12,2	90,8	96,2	47,8	11,3
Nordrhein-Westfalen	11,4	93,7	99,3	51,2	15,7
Rheinland-Pfalz	20,4	97,4	86,1	48,5	15,8
Saarland	17,4	95,2	96,3	53,3	10,0
Sachsen	39,7	95,0	95,4	48,6	13,0
Sachsen-Anhalt	58,9	94,5	89,8	44,5	13,5
Schleswig-Holstein	11,4	88,1	88,8	45,1	12,2
Thüringen	45,3	96,1	94,5	47,4	11,0

* *Bildungsbeteiligungsquoten: Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bildungseinrichtungen eines Landes bezogen auf die Wohnbevölkerung dieses Landes. Die Altersabgrenzung erfolgt über das Geburtsjahr. Beteiligungsquoten von über 100 % lassen sich durch den Zustrom von Schülerinnen und Schülern aus dem Umland erklären.*

1) *Beteiligungsquoten für die Altersgruppe von sechs bis unter 16 Jahren sind nicht aufgeführt, da sie in allen Ländern aufgrund der Schulpflicht rund 100% betragen.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Schulstatistik 2008/09, Hochschulstatistik 2008/09

Tab. B3-1A: Bevölkerung 2008 nach allgemeinbildendem Abschluss, Altersgruppen und Geschlecht (in %)

Alter von … bis unter … Jahren	Insgesamt[1]	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinbildendem Abschluss					Ohne allgemeinbildenden Abschluss[4]
			Hauptschulabschluss[2]	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Mittlerer Abschluss	Hochschulreife[3]	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	in %							
Insgesamt								
15–20	100	54,8	14,2	–	19,8	5,1	0,2	5,7
20–25	100	2,1	20,2	–	32,9	40,8	0,4	3,3
25–30	100	0,2	21,1	–	31,9	42,9	0,3	3,3
30–35	100	/	23,6	2,3	30,4	38,8	0,4	4,1
35–40	100	/	25,2	11,9	25,6	32,6	0,4	3,9
40–45	100	/	27,8	12,9	25,0	29,7	0,4	3,8
45–50	100	/	32,0	14,0	22,8	26,5	0,5	3,8
50–55	100	/	37,4	14,1	19,2	24,7	0,5	3,6
55–60	100	/	45,1	13,2	15,9	21,4	0,4	3,5
60–65	100	–	52,2	7,4	16,3	19,1	0,5	4,0
65 und älter	100	/	69,5	1,1	12,0	12,0	0,6	3,8
Insgesamt	100	3,8	39,3	6,6	21,1	24,4	0,4	3,9
Männer								
15–20	100	53,3	16,8	–	19,5	4,1	0,2	5,9
20–25	100	2,2	24,6	–	32,0	36,9	0,4	3,6
25–30	100	0,2	25,1	–	30,4	40,4	0,4	3,4
30–35	100	/	27,2	2,3	28,0	37,9	0,4	3,8
35–40	100	/	28,4	11,7	21,7	33,7	0,4	3,7
40–45	100	/	31,0	12,8	20,6	31,0	0,4	3,8
45–50	100	/	34,6	13,9	18,4	28,6	0,5	3,6
50–55	100	/	38,4	13,7	15,8	27,7	0,5	3,5
55–60	100	/	44,1	12,6	13,0	26,2	0,4	3,2
60–65	100	–	50,5	7,1	13,3	24,3	0,5	3,8
65 und älter	100	/	65,5	1,2	10,3	18,4	0,5	3,4
Insgesamt	100	3,9	39,0	6,7	18,9	27,0	0,4	3,7
Frauen								
15–20	100	56,5	11,3	–	20,2	6,2	0,3	5,4
20–25	100	2,0	15,6	–	33,9	45,0	0,4	3,0
25–30	100	0,2	17,1	–	33,4	45,5	0,3	3,2
30–35	100	/	20,0	2,2	32,8	39,8	0,4	4,4
35–40	100	/	21,8	12,1	29,7	31,5	0,4	4,2
40–45	100	/	24,4	13,1	29,6	28,3	0,4	3,7
45–50	100	/	29,4	14,1	27,2	24,4	0,5	4,0
50–55	100	/	36,5	14,4	22,6	21,8	0,5	3,8
55–60	100	/	46,1	13,8	18,8	16,7	0,4	3,9
60–65	100	–	53,9	7,6	19,2	14,1	0,5	4,3
65 und älter	100	/	72,5	1,0	13,3	7,2	0,6	4,1
Insgesamt	100	3,6	39,6	6,5	23,3	22,0	0,5	4,0

1) Einschließlich 345.000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben.
2) Einschließlich Volksschulabschluss
3) Einschließlich Fachhochschulreife
4) Einschließlich Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. B3-2A: Bevölkerung 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss, Altersgruppen und Geschlecht (in %)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt[1]	Mit beruflichem Bildungsabschluss				Ohne beruflichen Bildungsabschluss
		Lehr-/ Anlernausbildung[2]	Fachschulabschluss[3]	Hochschulabschluss[4]	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	in %					
Insgesamt						
15–20	100	2,8	/	/	/	96,9
20–25	100	39,5	2,2	2,0	0,2	55,9
25–30	100	53,8	5,0	15,3	0,3	25,4
30–35	100	54,5	6,5	21,0	0,3	17,3
35–40	100	57,6	7,8	19,0	0,3	14,8
40–45	100	59,2	9,2	17,2	0,3	13,6
45–50	100	58,9	9,3	16,3	0,4	14,6
50–55	100	58,6	9,1	16,9	0,4	14,5
55–60	100	58,2	8,7	16,1	0,3	16,0
60–65	100	56,9	8,6	14,9	0,3	18,6
65 und älter	100	49,6	7,3	8,9	0,3	32,4
Insgesamt	100	50,8	7,0	13,0	0,3	28,2
Männer						
15–20	100	2,7	/	–	/	97,2
20–25	100	40,8	1,4	1,4	/	55,9
25–30	100	54,5	4,6	13,4	0,3	26,9
30–35	100	54,5	7,1	21,0	0,3	16,6
35–40	100	56,2	8,9	20,6	0,3	13,6
40–45	100	56,9	10,7	19,5	0,4	12,0
45–50	100	57,6	10,6	18,7	0,4	12,1
50–55	100	57,2	10,7	19,7	0,4	11,5
55–60	100	56,8	11,1	20,4	0,4	10,7
60–65	100	55,4	11,4	20,3	0,3	11,8
65 und älter	100	56,3	12,0	15,1	0,3	15,3
Insgesamt	100	51,4	8,8	15,7	0,3	23,2
Frauen						
15–20	100	3,0	/	/	/	96,6
20–25	100	38,1	3,0	2,7	/	55,8
25–30	100	53,0	5,4	17,2	0,3	23,9
30–35	100	54,4	5,9	21,1	0,3	18,0
35–40	100	59,1	6,7	17,3	0,2	16,2
40–45	100	61,5	7,6	14,9	0,3	15,1
45–50	100	60,3	7,9	13,8	0,4	17,1
50–55	100	59,9	7,4	14,2	0,3	17,5
55–60	100	59,6	6,4	11,9	0,3	21,2
60–65	100	58,3	5,9	9,7	0,3	25,2
65 und älter	100	44,7	3,8	4,3	0,3	45,1
Insgesamt	100	50,2	5,3	10,4	0,3	32,9

1) Einschließlich 502.000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben
2) Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Berufsvorbereitungsjahres oder eines beruflichen Praktikums
3) Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss der ehemaligen DDR
4) Einschließlich Fachhochschulabschluss, Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschulabschluss, Lehrerausbildung sowie Promotion

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. B3-3A: Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2008 nach allgemeinbildendem Abschluss und Ländern (in %)

Land	Insgesamt[1]	Noch in schulischer Ausbildung	Mit allgemeinbildendem Abschluss					Ohne allgemeinbildenden Abschluss[4]
			Hauptschulabschluss[2]	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Mittlerer Abschluss	Hochschulreife[3]	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	in %							
Deutschland	100	0,0	32,6	10,1	23,4	29,3	0,4	3,2
Baden-Württemberg	100	/	38,0	1,1	27,0	29,6	0,2	3,4
Bayern	100	/	44,6	1,1	23,9	26,7	0,5	2,2
Berlin	100	/	17,4	13,5	21,2	41,6	/	5,4
Brandenburg	100	/	12,2	48,2	11,3	25,6	0,6	1,2
Bremen	100	/	30,8	/	25,3	34,4	/	6,0
Hamburg	100	/	22,1	0,7	24,3	45,1	2,4	4,3
Hessen	100	/	32,2	1,2	28,6	33,6	0,3	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	100	0,0	14,1	50,6	12,6	20,2	/	1,4
Niedersachsen	100	/	35,8	1,1	32,2	26,3	0,7	2,9
Nordrhein-Westfalen	100	0,1	37,1	0,7	23,2	32,4	0,2	5,0
Rheinland-Pfalz	100	/	43,6	0,6	24,7	27,0	/	3,3
Saarland	100	/	45,2	/	22,7	26,0	0,9	3,3
Sachsen	100	/	6,6	57,1	10,3	25,0	/	0,8
Sachsen-Anhalt	100	/	14,3	52,3	11,6	19,4	/	1,2
Schleswig-Holstein	100	/	34,3	1,2	31,3	27,7	1,8	3,0
Thüringen	100	0,0	7,5	59,2	10,6	21,2	/	1,0

1) Einschließlich 0,9%, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben
2) Einschließlich Volksschulabschluss
3) Einschließlich Fachhochschulreife
4) Einschließlich Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. B3-4A: Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und Ländern (in %)

Land	Insgesamt[1)]	Mit beruflichem Bildungsabschluss				Ohne beruflichen Bildungsabschluss
		Lehr-/Anlernausbildung[2)]	Fachschulabschluss[3)]	Hochschulabschluss[4)]	Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	in %					
Deutschland	100	57,4	8,1	17,1	0,3	16,5
Baden-Württemberg	100	54,9	9,3	18,1	/	17,6
Bayern	100	57,1	8,9	17,3	0,4	15,6
Berlin	100	45,0	6,8	27,0	/	21,1
Brandenburg	100	61,9	13,4	16,7	0,8	6,9
Bremen	100	47,9	4,7	19,1	/	26,1
Hamburg	100	48,8	3,5	24,0	1,6	21,3
Hessen	100	55,2	6,7	19,5	0,4	18,0
Mecklenburg-Vorpommern	100	64,6	13,0	13,4	0,6	7,7
Niedersachsen	100	61,7	6,0	14,7	0,3	16,8
Nordrhein-Westfalen	100	56,3	5,5	16,3	0,2	20,8
Rheinland-Pfalz	100	57,5	7,5	15,4	/	19,2
Saarland	100	60,4	5,2	13,0	/	19,1
Sachsen	100	61,7	15,7	16,8	0,0	5,8
Sachsen-Anhalt	100	67,6	12,2	11,8	0,5	7,4
Schleswig-Holstein	100	61,5	6,7	15,5	1,2	14,3
Thüringen	100	65,0	14,0	13,9	/	6,8

1) Einschließlich 0,5%, die keine Angaben zum beruflichen Abschluss gemacht haben
2) Einschließlich eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Berufsvorbereitungsjahres oder eines beruflichen Praktikums
3) Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss der ehemaligen DDR
4) Einschließlich Fachhochschulabschluss, Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschulabschluss, Lehrerausbildung sowie Promotion

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. B4-1A: Bildungspersonal 2007/08 nach Funktionen und Ländern

Land	Personal insgesamt		Davon			
			Pädagogisches/wissenschaftliches Personal		Sonstiges Personal	
	Anzahl	VZÄ[1]	Anzahl	VZÄ[1]	Anzahl	VZÄ[1]
Baden-Württemberg	306.000	220.800	240.500	175.400	65.500	45.400
Bayern	309.300	227.600	240.900	178.100	68.400	49.500
Berlin	96.000	76.300	71.600	56.100	24.400	20.200
Brandenburg	48.100	38.700	42.400	33.900	5.700	4.800
Bremen	18.200	13.700	14.600	10.700	3.600	3.000
Hamburg	50.500	39.000	37.600	28.600	12.900	10.400
Hessen	152.800	110.700	118.200	85.900	34.600	24.700
Mecklenburg-Vorpommern	39.000	31.400	29.300	23.600	9.600	7.800
Niedersachsen	188.200	142.600	145.100	113.500	43.100	29.200
Nordrhein-Westfalen	407.500	321.400	332.100	264.200	75.300	57.200
Rheinland-Pfalz	103.400	73.900	82.100	59.900	21.300	14.000
Saarland	25.000	19.900	18.100	14.600	6.900	5.300
Sachsen	101.100	79.300	80.000	62.100	21.100	17.200
Sachsen-Anhalt	57.400	45.600	43.800	34.000	13.600	11.700
Schleswig-Holstein	64.500	49.400	48.100	37.900	16.400	11.500
Thüringen	58.800	45.300	44.700	33.500	14.200	11.800
Deutschland	**2.025.900**	**1.535.400**	**1.589.100**	**1.211.800**	**436.800**	**323.700**
Davon						
Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	474.800	358.600	397.200	319.000	77.500	39.600
Schulen	1.051.700	814.600	931.800	728.000	120.000	86.500
Hochschulen	499.400	362.300	260.100	164.800	239.300	197.600
Davon						
Lehre	X	108.400	X	73.900	X	34.500
Forschung und Entwicklung	X	95.200	X	64.200	X	31.000
Krankenbehandlung	X	106.300	X	25.700	X	80.700
Service[2]	X	52.400	X	1.000	X	51.300

1) VZÄ = Vollzeitäquivalente (vgl. Glossar). Für Tagespflegepersonen wird der Teilzeitfaktor anhand des Betreuungsumfangs der Kinder geschätzt. Für Kindertageseinrichtungen werden die genauen wöchentlichen Arbeitsstunden herangezogen (Vollzeit = 38,5 Stunden). Für Schulen werden die Vollzeitlehrer-Einheiten der KMK verwendet. Für Hochschulen geht hauptberufliches Teilzeitpersonal mit dem Faktor 0,5, nebenberufliches Personal mit dem Faktor 0,2 ein.

2) Z. B. Bibliotheks- und Verwaltungspersonal

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08

Tab. B4-2A: Anteil der Personen im Alter von 50 Jahren und älter* am pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal 2007/08 nach Bildungsbereichen und an allen Erwerbstätigen 2008 nach Ländern (in %)

Land	Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	Hochschulen	Bildungseinrichtungen zusammen	Erwerbstätige insgesamt
	in %				
Deutschland	22,2	49,6	24,5	38,6	27,1
Baden-Württemberg	19,2	49,8	25,4	38,7	27,4
Bayern	16,4	47,7	21,5	36,3	26,4
Berlin	23,4	54,7	26,5	39,2	25,7
Brandenburg	35,0	43,2	29,1	39,2	27,9
Bremen	23,2	59,3	30,8	43,3	27,5
Hamburg	23,5	48,8	23,2	35,2	22,9
Hessen	19,3	50,5	26,4	37,7	26,9
Mecklenburg-Vorpommern	35,5	44,3	26,2	38,5	27,4
Niedersachsen	20,0	51,6	24,3	40,0	27,5
Nordrhein-Westfalen	19,6	53,5	23,0	40,9	26,6
Rheinland-Pfalz	20,4	46,9	26,9	37,2	27,6
Saarland	21,9	53,8	18,2	38,8	28,3
Sachsen	32,4	39,7	25,6	35,2	28,7
Sachsen-Anhalt	37,1	39,2	28,5	37,0	27,9
Schleswig-Holstein	19,0	48,8	26,3	38,0	28,6
Thüringen	35,8	48,6	23,4	41,6	28,9

* *Altersabgrenzung erfolgt über das Geburtsjahr.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08, Mikrozensus 2008

Tab. B4-3A: Anteil des weiblichen pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals 2007/08 nach Bildungsbereichen und Ländern sowie Anteil der weiblichen Erwerbstätigen 2008 nach Ländern (in %)

Land	Kindertageseinrichtungen und Tagespflege	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	Hochschulen	Bildungseinrichtungen zusammen	Erwerbstätige insgesamt
	in %				
Deutschland	97,1	64,7	33,7	67,7	45,3
Baden-Württemberg	97,8	60,8	31,2	64,1	45,3
Bayern	98,2	61,8	32,6	64,9	45,1
Berlin	95,8	69,7	37,0	66,9	47,7
Brandenburg	97,7	76,5	35,7	79,8	46,5
Bremen	91,2	58,5	30,6	59,3	46,1
Hamburg	92,5	62,9	33,0	63,0	46,1
Hessen	95,3	63,1	35,3	67,4	45,4
Mecklenburg-Vorpommern	98,3	78,3	36,4	78,2	46,1
Niedersachsen	96,6	63,3	34,6	67,2	44,9
Nordrhein-Westfalen	97,1	64,0	33,4	67,6	44,6
Rheinland-Pfalz	97,2	62,3	33,6	68,3	44,6
Saarland	97,4	56,9	36,2	62,5	44,5
Sachsen	97,8	74,5	34,3	74,0	46,7
Sachsen-Anhalt	98,7	77,8	35,1	78,0	46,4
Schleswig-Holstein	95,3	64,4	34,4	69,1	45,5
Thüringen	98,8	74,7	34,7	73,9	45,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungspersonalrechnung 2007/08, Mikrozensus 2008

Tab. C1-1A: Tageseinrichtungen für Kinder 2002 bis 2009 nach Art der Einrichtung und Ländergruppen

Art der Einrichtung	2002	2006	2007	2008	2009	Veränderung zwischen 2002 und 2009	Veränderung zwischen 2008 und 2009
	Anzahl					in %	
Deutschland							
Insgesamt	44.523	45.252	45.552	46.543	46.986	+5,5	+1,0
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	799	605	798	1.006	1.213	+51,8	+20,6
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 2 bis unter 8 Jahren (ohne Schulkinder)[1]	28.406	25.699	25.335	25.069	24.138	−15,0	−3,7
Angebote für mehrere Altersgruppen[2] insgesamt:	15.318	18.948	19.419	20.468	21.635	+41,2	+5,7
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	4.863	4.989	5.349	5.832	6.708	+37,9	+15,0
Darunter Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	6.202	4.624	5.218	5.513	5.726	−7,7	+3,9
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	4.253	9.335	8.852	9.123	9.201	+116,3	+0,9
Westdeutschland							
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	688	516	716	928	1.130	+64,2	+21,8
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 2 bis unter 8 Jahren (ohne Schulkinder)[1]	27.734	24.071	23.847	23.673	22.873	−17,5	−3,4
Angebote für mehrere Altersgruppen[2] insgesamt:	6.959	11.726	12.008	12.925	13.893	+99,6	+7,5
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	1.868	1.846	2.211	2.521	3.153	+68,8	+25,1
Darunter Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	2.830	3.160	3.071	3.363	3.429	+21,2	+2,0
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	2.261	6.720	6.726	7.041	7.311	+223,4	+3,8
Zusammen	35.381	36.313	36.571	37.526	37.896	+7,1	+1,0
Ostdeutschland							
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	111	89	82	78	83	−25,2	+6,4
Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 2 bis unter 8 Jahren (ohne Schulkinder)[1]	672	1.628	1.488	1.396	1.265	+88,2	−9,4
Angebote für mehrere Altersgruppen[2] insgesamt:	8.359	7.222	7.411	7.543	7.742	−7,4	+2,6
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen Gruppen	2.995	3.143	3.138	3.311	3.555	+18,7	+7,4
Darunter Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen	3.372	1.464	2.147	2.150	2.297	−31,9	+6,8
Darunter Tageseinrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	1.992	2.615	2.126	2.082	1.890	−5,1	−9,2
Zusammen	9.142	8.939	8.981	9.017	9.090	−0,6	+0,8

1) Tageseinrichtungen mit Kindern im Alter von 2 bis unter 8 Jahren (ohne Schulkinder): In der Erhebung der Tageseinrichtungen für Kinder galt bis 2002 bei alterseinheitlichen Gruppen die Altersspanne 0 bis unter 3 Jahre und 3 Jahre bis zum Schuleintritt. Letztere stellten den klassischen Kindergarten dar, für den es seit 1996 einen Rechtsanspruch gibt. Da in einigen Ländern der Rechtsanspruch schon vor dem vollendeten dritten Lebensjahr beginnt und in Kindergartengruppen generell zunehmend 2-Jährige aufgenommen werden, um so zugleich das Angebot für unter 3-Jährige auszubauen, entstand eine neue Gruppenform, in der hauptsächlich Kinder ab 3 Jahren, aber auch bis zu sechs 2-Jährige aufgenommen werden.

2) Angebote für mehrere Altersgruppen: Hierbei ist zwischen Einrichtungen zu unterscheiden, die klar getrennte Gruppen für unter 3-Jährige und 2- bzw. 3-Jährige bis zum Schuleintritt anbieten, sowie Einrichtungen, in denen die Altersgruppen der unter 3-Jährigen und der Kindergartenkinder gemischt werden. Letztere werden oft als Einrichtungen mit altersgemischten Gruppen bezeichnet.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C1-2A: Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Gruppenformen* und Ländern

Land	Kinder im Alter von unter 3 Jahren in ...						
	Tageseinrichtungen	Davon in					
		Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur	Gruppen nur für unter 3-Jährige	Für 2-Jährige geöffneten Kindergartengruppen			Gruppen mit unter und über 3-Jährigen (altersgemischt)
				Zusammen	Mit 1 oder 2 2-Jährigen	Mit 3 und mehr 2-Jährigen	
	Anzahl	in %					
D[1]	321.345	7,0	39,0	16,6	8,2	8,3	37,5
W	198.198	7,2	27,0	23,7	12,1	11,6	42,2
O[1]	123.147	6,6	58,4	5,1	2,0	3,1	29,9
BW	37.538	11,9	35,3	27,4	15,1	12,4	25,4
BY	45.238	7,8	29,7	18,0	10,2	7,9	44,4
BE[1]	34.929	X	X	X	X	X	X
BB	23.530	15,2	48,9	3,8	1,4	2,4	32,1
HB	1.846	3,1	26,3	2,7	2,3	0,4	67,9
HH	10.017	9,0	45,4	6,2	3,5	2,6	39,5
HE	20.487	6,5	34,9	20,0	10,1	9,9	38,6
MV	14.524	4,1	71,3	3,9	2,2	1,7	20,6
NI	18.795	4,5	22,1	20,5	11,3	9,2	52,9
NW	39.376	3,6	11,9	32,3	14,7	17,6	52,2
RP	15.588	8,8	18,6	34,6	14,5	20,2	38,0
SL	2.984	2,7	36,8	23,9	14,4	9,5	36,6
SN	35.929	2,2	63,1	5,6	2,6	3,0	29,1
ST	28.234	8,8	61,9	3,5	1,1	2,4	25,9
SH	6.329	3,9	27,2	15,6	10,1	5,6	53,3
TH	20.930	3,3	47,3	8,8	2,7	6,0	40,6

* *Zur Entwicklung der Gruppenformen vgl. ausführlich Fuchs-Rechlin, K. (2010): Erkenntnispotenziale der neuen Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kennziffern für den Personaleinsatz und die migrationsspezifische Bildungsbeteiligung. In: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland", Bildungsforschung Band 33. – Berlin, S. 55–77.*

1) *Ohne Berlin: In Berlin werden fast alle Einrichtungen statistisch als Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur erfasst, auch wenn in Einrichtungen mit einer festen Gruppenstruktur gearbeitet wird. Aus diesem Grund sind keine weiteren Aussagen dazu möglich, welche Gruppenformen Kinder unter 3 Jahren nutzen.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Tab. C1-3A: Kindertagespflegepersonen 2009 nach der Anzahl der Kinder und Ländergruppen

Ländergruppe	Insgesamt	Anzahl der Kinder pro Kindertagespflegeperson				
		1	2	3	4	5 und mehr
	Anzahl	in %				
Deutschland	38.658	34,0	24,8	15,2	10,7	15,2
Westdeutschland	32.793	37,9	27,0	14,2	8,6	12,4
Ostdeutschland	5.865	12,3	12,9	21,3	22,5	31,0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, eigene Berechnungen

Tab. C2-1A: Quote der Bildungsbeteiligung* von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2006 bis 2009 nach Alters- und Ländergruppen (in %)**

Altersgruppen	2006			2007			2008			2009		
	Insgesamt[1]	Davon Kinder in		Insgesamt[1]	Davon Kinder in		Insgesamt[1]	Davon Kinder in		Insgesamt[1]	Davon Kinder in	
		Tageseinrichtungen[1]	Tagespflege		Tageseinrichtungen[1]	Tagespflege		Tageseinrichtungen[1]	Tagespflege		Tageseinrichtungen[1]	Tagespflege
	in %											
Deutschland												
Unter 3-Jährige	13,6	12,1	1,6	15,5	13,5	2,1	17,8	15,3	2,5	20,4	17,4	3,0
3- bis u. 6-Jährige	87,6	87,1	0,5	89,8	89,2	0,6	91,6	90,9	0,8	92,5	91,7	0,8
Unter 1-Jährige	2,3	1,5	0,8	2,6	1,6	1,0	2,4	1,6	0,8	2,3	1,5	0,8
1-Jährige	11,6	9,6	2,1	13,6	10,9	2,7	16,4	12,9	3,5	20,4	16,1	4,3
2-Jährige	26,6	24,7	1,9	29,7	27,2	2,5	34,4	31,2	3,2	38,6	34,8	3,8
3-Jährige	76,7	76,0	0,7	80,4	79,5	0,9	82,9	81,8	1,1	84,3	83,1	1,2
4-Jährige	92,0	91,5	0,5	93,1	92,5	0,6	95,5	94,8	0,7	95,0	94,3	0,7
5-Jährige	93,4	93,0	0,4	95,3	94,8	0,5	96,5	95,9	0,6	97,8	97,2	0,6
Westdeutschland												
Unter 3-Jährige	8,0	6,8	1,2	9,9	8,1	1,7	12,2	10,0	2,2	14,6	12,0	2,6
3- bis u. 6-Jährige	86,8	86,2	0,5	89,0	88,3	0,6	91,0	90,2	0,8	92,0	91,1	0,9
Unter 1-Jährige	1,5	0,8	0,7	1,8	0,9	0,9	1,7	1,0	0,7	1,7	0,9	0,7
1-Jährige	5,4	3,9	1,5	7,2	5,0	2,2	9,5	6,6	2,9	12,4	8,7	3,7
2-Jährige	16,7	15,3	1,4	20,1	18,0	2,1	25,2	22,4	2,8	29,7	26,2	3,5
3-Jährige	74,0	73,4	0,7	77,7	76,8	0,9	80,8	79,7	1,1	82,5	81,3	1,2
4-Jährige	91,9	91,4	0,5	93,0	92,4	0,6	95,3	94,6	0,7	95,0	94,2	0,8
5-Jährige	93,4	93,0	0,4	95,4	94,9	0,5	96,7	96,1	0,6	97,8	97,2	0,6
Ostdeutschland												
Unter 3-Jährige	39,3	36,2	3,2	40,7	37,1	3,6	42,0	38,0	3,9	44,9	40,5	4,4
3- bis u. 6-Jährige	91,9	91,2	0,6	93,9	93,2	0,7	94,6	93,9	0,7	95,1	94,4	0,7
Unter 1-Jährige	5,8	4,6	1,2	6,3	4,8	1,4	5,5	4,3	1,2	4,7	3,7	1,0
1-Jährige	39,8	35,3	4,5	42,3	37,2	5,1	46,4	40,5	5,9	54,4	47,3	7,1
2-Jährige	72,5	68,7	3,8	73,1	68,7	4,3	75,6	70,8	4,8	77,6	72,2	5,3
3-Jährige	89,5	88,5	1,0	93,0	91,9	1,1	92,4	91,3	1,2	92,4	91,4	1,0
4-Jährige	92,7	92,2	0,5	93,5	93,0	0,5	96,2	95,6	0,6	95,1	94,5	0,6
5-Jährige	93,3	93,0	0,4	95,1	94,7	0,4	95,2	94,8	0,4	97,7	97,3	0,4

* *Bei der Berechnung der altersspezifischen Quoten der Bildungsbeteiligung wird die Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege auf die altersentsprechende Bevölkerung am 31. Dezember des vorherigen Jahres bezogen. In B2 erfolgt die Berechnung der Quoten unter Bezugnahme auf die Altersjahrgänge, wodurch sich etwas unterschiedliche Werte ergeben.*

** *Kinder, die sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Kindertagespflege nutzen, werden doppelt gezählt. 2009 gab es in Deutschland 3.483 (0,8 %) unter 3-Jährige und 9.783 (0,5 %) 3- bis 6-Jährige, die sowohl eine Kindertagespflege als auch eine Kindertageseinrichtung in Anspruch genommen haben.*

1) *Bei der Quote der 3- bis unter 6-Jährigen werden Kinder, die vorschulische Einrichtungen bzw. die Schule besuchen, berücksichtigt. Für die Quote der 5-Jährigen wurden ebenfalls 5-jährige Kinder, die vorschulische Einrichtungen bzw. die Schule besuchen, berücksichtigt. Bei den anderen jahrgangsspezifischen Quoten der 3- und 4-Jährigen können die Kinder in vorschulischen Einrichtungen nicht berücksichtigt werden, da keine exakte Aufgliederung der Vorschulkinder nach diesen Altersjahren vorliegt. Lediglich für Baden-Württemberg ist diese Aufgliederung möglich, hier wurden nur die 5-Jährigen in vorschulischen Einrichtungen berücksichtigt. Für den 15.03.2006 liegt keine gesonderte Ausweisung der 5-Jährigen vor, die vorschulische Einrichtungen bzw. die Schule besuchen.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik; Schulstatistik, eigene Berechnungen

Tab. C2-2A: Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2009 nach Ländern*

Land	Kinder im Alter von unter 3 Jahren	Bildungsbeteiligung				Bildungsbeteiligungsquote		
		Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon	
			Tageseinrichtungen	Tagespflege			Tageseinrichtungen	Tagespflege
	Anzahl				in %1)	in %		
Deutschland	2.048.350	417.190	356.274	60.916	3,0	20,4	85,4	14,6
Westdeutschland	1.657.962	241.852	198.198	43.654	2,6	14,6	82,0	18,0
Ostdeutschland	390.388	175.338	158.076	17.262	4,4	44,9	90,2	9,8
Baden-Württemberg	279.119	44.472	37.538	6.934	2,5	15,9	84,4	15,6
Bayern	321.821	50.556	45.238	5.318	1,7	15,7	89,5	10,5
Berlin	92.149	38.293	34.929	3.364	3,7	41,6	91,2	8,8
Brandenburg	56.522	27.305	23.530	3.775	6,7	48,3	86,2	13,8
Bremen	16.300	2.243	1.846	397	2,4	13,8	82,3	17,7
Hamburg	48.838	12.538	10.017	2.521	5,2	25,7	79,9	20,1
Hessen	156.017	25.491	20.487	5.004	3,2	16,3	80,4	19,6
Mecklenburg-Vorpommern	38.420	19.038	14.524	4.514	11,7	49,6	76,3	23,7
Niedersachsen	196.589	23.529	18.795	4.734	2,4	12,0	79,9	20,1
Nordrhein-Westfalen	451.101	52.508	39.376	13.132	2,9	11,6	75,0	25,0
Rheinland-Pfalz	97.088	17.135	15.588	1.547	1,6	17,6	91,0	9,0
Saarland	21.628	3.281	2.984	297	1,4	15,2	90,9	9,1
Sachsen	100.770	40.418	35.929	4.489	4,5	40,1	88,9	11,1
Sachsen-Anhalt	51.767	28.541	28.234	307	0,6	55,1	98,9	1,1
Schleswig-Holstein	69.461	10.099	6.329	3.770	5,4	14,5	62,7	37,3
Thüringen	50.760	21.743	20.930	813	1,6	42,8	96,3	3,7

* *Kinder, die sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Kindertagespflege nutzen, werden doppelt gezählt. 2009 gab es in Deutschland 3.483 (0,8 %) unter 3-Jährige, die sowohl eine Kindertagespflege als auch eine Kindertageseinrichtung in Anspruch genommen haben.*

1) In Prozent aller Kinder im Alter von unter 3 Jahren (Spalte 1)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009; Bevölkerungsstatistik 2008, eigene Berechnungen

Tab. C2-3A: Kinder* in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2009 nach täglicher Betreuungszeit, Alters- und Ländergruppen

Ländergruppe	Kinder in Tagesbetreuung	Davon		
		Bis zu 5 Stunden	Mehr als 5 bis zu 7 Stunden[1)]	Mehr als 7 Stunden
	Anzahl	in %		
Kinder im Alter von unter 3 Jahren				
Deutschland	417.190	23,8	27,8	48,5
Westdeutschland	241.852	31,2	33,6	35,2
Ostdeutschland	175.338	13,6	19,7	66,7
Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt				
Deutschland	2.298.635	23,7	43,6	32,7
Westdeutschland	1.876.928	26,6	48,4	25,0
Ostdeutschland	421.707	10,6	22,4	67,1

** Kinder, die sowohl Kindertageseinrichtungen als auch Kindertagespflege nutzen, werden doppelt gezählt. 2009 gab es in Deutschland 3.483 (0,8%) unter 3-Jährige und 9.783 (0,5%) 3- bis 6-Jährige, die sowohl eine Kindertagespflege als auch eine Kindertageseinrichtung in Anspruch genommen haben.*
1) Gegebenenfalls mit Mittagsunterbrechung

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, eigene Berechnungen

Tab. C2-4A: Kindertageseinrichtungen und Plätze für Kinder mit Behinderungen* 1998 bis 2009 sowie Anzahl der Kinder mit Behinderungen im Alter von unter 14 Jahren in Tageseinrichtungen 2006 bis 2009 nach Art der Einrichtung

Einrichtungsart	1998	2002	2006	2007	2008	2009
	Anzahl					
Einrichtungen						
Integrative Tageseinrichtungen	7.789	9.825	12.764	13.414	14.143	14.296
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	691	307	334	346	378	365
Plätze[1)] (bis 2002)/ Kinder (ab 2006)						
Integrative Tageseinrichtungen	34.742	45.229	42.104	44.911	48.612	52.427
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	21.380	11.063	12.714	13.546	14.421	14.202
Förderschulkindergärten[2)]	6.307	6.579	7.067	7.099	7.107	7.291
Zusammen	62.429	62.871	61.885	65.556	70.140	73.920

** Kinder, die Eingliederungshilfen für die Betreuung in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege in Trägerschaft der Jugendhilfe erhalten oder sich in Förderschulkindergärten befinden.*
1) In der KMK-Statistik werden die Kinder, nicht die vorhandenen Plätze in Förderschulkindergärten erfasst.
*2) Aktuelle Recherchen weisen weitere Sondereinrichtungen nach, beispielsweise in Form von schulvorbereitenden Einrichtungen, welche jedoch nicht in Form einer amtlichen Statistik vorliegen und daher nicht in die Zeitreihe einbezogen sind. Es ist an dieser Stelle von einer Untererfassung auszugehen (**Tab. C2-14web**).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik; Bevölkerungsstatistik; Sekretariat der KMK, Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen, eigene Berechnungen

Tab. C2-5A: Kinder mit Behinderungen* im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Einrichtungen mit fester Gruppenstruktur 2009 nach der Anzahl der Kinder mit Behinderungen in der Gruppe und nach Ländergruppen

Ländergruppe	Kinder mit Behinderungen in Einrichtungen mit Gruppenstruktur	Davon in Gruppen mit ... Kindern mit Behinderungen							
		1	2	3–5	mehr als 6	1	2	3–5	mehr als 6
		Anzahl				in %			
Deutschland	65.120	9.325	7.394	24.290	24.111	14,3	11,4	37,3	37,0
Westdeutschland	45.341	7.476	5.354	16.728	15.783	16,5	11,8	36,9	34,8
Ostdeutschland	19.779	1.849	2.040	7.562	8.328	9,3	10,3	38,2	42,1

* *Kinder, die Eingliederungshilfen für die Betreuung in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege in Trägerschaft der Jugendhilfe erhalten.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Tab. C2-6A: Quote der Bildungsbeteiligung der Kinder mit Behinderungen* 2006–2009 nach Altersjahrgängen (in %)

Alter	2006	2007	2008	2009
	in %			
Unter 3-Jährige	0,1	0,1	0,1	0,2
3-Jährige	0,9	1,0	1,2	1,2
4-Jährige	1,7	1,9	2,1	2,3
5-Jährige	2,2	2,4	2,7	2,9
6-Jährige	1,6	1,8	2,0	2,2

* *Kinder, die Eingliederungshilfen für die Betreuung in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege in Trägerschaft der Jugendhilfe erhalten, bezogen auf die altersentsprechende Bevölkerung.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009; Bevölkerungsstatistik 2008, eigene Berechnungen

Tab. C2-7A: Quote der Bildungsbeteiligung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2009 nach Migrationshintergrund, Alters- und Ländergruppen* (in %)

Ländergruppe	Unter 3-Jährige				3- bis unter 6-Jährige			
	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Differenz in Prozentpunkten	Insgesamt	Mit Migrationshintergrund	Ohne Migrationshintergrund	Differenz in Prozentpunkten
	in %				in %			
Deutschland	20,4	10,5	24,8	14,3	92,0	83,6	95,6	12,0
Westdeutschland (ohne Berlin)	14,6	9,0	17,5	8,5	91,4	84,7	94,6	9,9
Ostdeutschland (ohne Berlin)	46,0	16,3	49,3	33,0	95,1	66,2	97,8	31,6

* *Grundzüge der Berechnung: Durch das Statistische Bundesamt wurde aus dem Mikrozensus der prozentuale Anteil der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft) im Rahmen einer Sonderauswertung ermittelt. Diese prozentualen Anteile wurden auf die Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2008 übertragen, um so die Anzahl der Kinder der entsprechenden Altersgruppe mit und ohne Migrationshintergrund zu errechnen. Aus den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe wurde ebenfalls die Anzahl der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund (mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft), die eine Tageseinrichtung bzw. eine Kindertagespflege am 15.03.2009 in Anspruch nehmen, errechnet. Abschließend wurde errechnet, wie hoch der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Bevölkerung ist, die ein Angebot der Kindertagesbetreuung nutzen (Tageseinrichtungen und Kindertagespflege). Grundsätzlich ist bei dieser Vorgehensweise zu berücksichtigen, dass es sich um eine Schätzung handelt, bei der es auch zu Ungenauigkeiten kommen kann.*

Quelle: Böttcher, A./Krieger, S./Kolvenbach, F.-J. (2010), Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2010, S. 158–164

Tab. C2-8A: Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache im Alter von unter 14 Jahren in Tageseinrichtungen 2009, nach dem Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in der jeweiligen Einrichtung, westliche Länder und Berlin*

Land	Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache	Davon in Tageseinrichtungen, in denen ... % bis unter ...% der Kinder nicht Deutsch als Familiensprache haben							
		0–25		25–50		50–75		75–100	
	Anzahl	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Westdeutschland (mit Berlin)	439.971	137.224	31,2	152.827	34,7	100.309	22,8	49.611	11,3
Baden-Württemberg	74.377	25.146	33,8	26.194	35,2	15.712	21,1	7.325	9,8
Bayern	66.896	22.834	34,1	23.053	34,5	14.957	22,4	6.052	9,0
Berlin	32.242	6.015	18,7	7.991	24,8	8.625	26,8	9.611	29,8
Bremen	6.018	1.157	19,2	1.906	31,7	2.592	43,1	363	6,0
Hamburg	16.285	3.168	19,5	6.176	37,9	4.928	30,3	2.013	12,4
Hessen	51.573	13.596	26,4	18.682	36,2	12.570	24,4	6.725	13,0
Niedersachsen	33.375	15.301	45,8	10.879	32,6	5.117	15,3	2.078	6,2
Nordrhein-Westfalen	122.535	34.237	27,9	44.962	36,7	30.133	24,6	13.203	10,8
Rheinland-Pfalz	23.156	8.928	38,6	8.372	36,2	4.327	18,7	1.529	6,6
Saarland	4.397	2.066	47,0	1.610	36,6	539	12,3	182	4,1
Schleswig-Holstein	9.117	4.776	52,4	3.002	32,9	809	8,9	530	5,8

** Für die ostdeutschen Flächenländer sind aufgrund zu geringer Stichprobengrößen keine oder nur eingeschränkte Aussagen zu der migrationsspezifischen Quote der Bildungsbeteiligung zu treffen, weshalb diese nicht ausgewiesen werden.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Mikrodaten im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Tab. C3-1A: Pädagogisches Personal und rechnerische Vollzeitstellen in Kindertageseinrichtungen 2002 und 2006 bis 2009 nach Ländergruppen

Jahr	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Anzahl des pädagogischen Personals			Index 2002 = 100		
2002	301.087	234.779	66.308	100	100	100
2006	317.237	248.235	69.002	105,4	105,7	104,1
2007	326.310	255.718	70.592	108,4	108,9	106,5
2008	341.327	269.070	72.257	113,4	114,6	109,0
2009	359.454	283.631	75.823	119,4	120,8	114,3
	Anzahl in rechnerischen Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente)			Index 2002 = 100		
2002	246.878	192.033	54.844	100	100	100
2006	252.103	195.485	56.618	102,1	101,8	103,2
2007	259.571	201.626	57.945	105,1	105,0	105,7
2008	271.393	211.771	59.622	109,9	110,3	108,7
2009	286.221	223.109	63.112	115,9	116,2	115,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C3-2A: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen 2006 bis 2009 nach Umfang der Beschäftigung

Jahr	Insgesamt	38,5 und mehr Wochenstunden	32 bis unter 38,5 Wochenstunden	21 bis unter 32 Wochenstunden	20 und weniger Wochenstunden	Nebenberuflich
	Anzahl	in %				
Deutschland						
2006	317.237	40,0	15,3	29,3	11,9	3,5
2007	326.310	39,2	15,6	29,7	12,6	2,9
2008	341.327	39,2	16,1	29,0	12,7	3,0
2009	359.454	39,2	16,6	28,6	12,6	3,1

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C3-3A: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen 1990/91, 2006 und 2009 nach Alters- und Ländergruppen

Im Alter von ... bis unter ... Jahren	Westdeutschland						Ostdeutschland					
	1990[1]		2006		2009		1991[2]		2006		2009	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
< 20	10.569	6,6	9.322	3,8	8.657	3,1	283	0,2	725	1,1	809	1,1
20–25	32.440	20,3	28.566	11,5	33.201	11,7	14.890	12,6	2.606	3,8	3.901	5,1
25–30	35.088	21,9	35.706	14,4	36.741	13,0	21.778	18,4	3.187	4,6	4.973	6,6
30–35	28.917	18,1	28.518	11,5	33.805	11,9	20.882	17,7	4.984	7,2	4.577	6,0
35–40	21.901	13,7	31.142	12,6	33.352	11,8	19.874	16,8	11.071	16,0	9.027	11,9
40–45	12.139	7,6	37.366	15,1	40.069	14,1	13.470	11,4	13.162	19,1	13.654	18,0
45–50	8.191	5,1	39.225	15,8	40.044	14,1	11.854	10,0	12.939	18,8	13.406	17,7
50–55	6.998	4,4	25.909	10,4	37.213	13,1	12.824	10,9	11.982	17,4	13.601	17,9
55–60	3.059	1,9	10.501	4,2	17.347	6,1	2.176	1,8	7.077	10,3	9.985	13,2
60–65	675	0,4	1.659	0,7	2.934	1,0	48	0,0	1.242	1,8	1.813	2,4
≥ 65	217	0,1	218	0,1	268	0,1	34	0,0	27	0,0	77	0,1
Insgesamt	160.194	100	248.132	100	283.631	100	118.113	100	69.002	100	75.823	100
Darunter: ≥ 50	10.949	6,8	38.287	15,4	57.762	20,4	15.082	12,8	20.328	29,5	25.476	33,6

1) 1990 wird Westdeutschland einschließlich Berlin-West ausgewiesen.
2) 1991 wird Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost ausgewiesen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C3-4A: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Ausbildungsabschluss und Ländergruppen

Ländergruppe	Insgesamt	Davon:							
		Diplom-Sozialpädagogen/-innen u. a.	Erzieher/-innen u. a.	Kinderpfleger/-innen u. a.	Sonstige Sozial- und Erziehungsberufe	Gesundheitsberufe	Andere Abschlüsse	Praktikanten/-innen	Ohne Ausbildung
	Anzahl	in %							
D	359.454	2,7	72,0	14,5	1,1	1,2	2,5	2,4	3,6
W	283.631	2,7	67,5	18,1	0,9	1,3	2,7	3,0	3,9
O	75.823	2,5	88,9	1,3	2,1	0,8	1,9	0,4	2,3

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, eigene Berechnungen

Tab. C3-5A: Pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen 2002, 2006 und 2009 nach Kategorien der Ausbildungsabschlüsse* und Ländergruppen (in %)

Ländergruppen	Professionalisierungsgrad			Akademisierungsgrad			Verfachlichungsgrad		
	2002	2006	2009	2002	2006	2009	2002	2006	2009
	in %								
Deutschland	1,9	2,3	2,7	2,2	2,8	3,2	71,6	73,7	74,6
Westdeutschland	2,2	2,5	2,7	2,5	3,0	3,3	65,8	68,6	70,2
Ostdeutschland	0,8	1,7	2,5	1,1	2,1	3,1	92,2	92,0	91,4

* *Professionalisierung: Dipl.-Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Dipl.-Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Dipl.-Pädagoginnen und -Pädagogen; Akademisierung: Professionalisierung zuzüglich Lehrerinnen und Lehrer sowie Personen mit sonstigen Hochschulabschlüssen; Verfachlichung: Erzieherinnen und Erzieher sowie Heilpädagoginnen und -pädagogen (Fachschule).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C3-6A: Tagespflegepersonen 2006 und 2009 nach Art und Umfang der pädagogischen Qualifizierung und Ländergruppen (in %)

Art und Umfang der pädagogischen Qualifizierung	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	2006	2009	2006	2009	2006	2009
	in %					
Mit pädagogischer Ausbildung	12,3	10,8	12,0	10,8	14,0	11,3
Mit pädagogischer Ausbildung und Qualifizierungskurs mit weniger als 160 Stunden	12,6	15,6	12,5	16,4	13,3	11,5
Mit pädagogischer Ausbildung und Qualifizierungskurs 160 Stunden und mehr	2,8	6,6	1,2	5,4	11,0	13,2
Nur Qualifizierungskurs 160 Stunden und mehr	5,1	15,0	2,5	12,7	18,6	27,9
Nur Qualifizierungskurs mit weniger als 160 Stunden	34,3	37,9	34,6	39,7	33,1	27,7
Ohne formale Qualifikation	32,9	14,0	37,3	15,0	10,0	8,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

Tab. C3-7A: Kindbezogener Personalschlüssel 2009 nach Gruppen und Ländern (Relation als Ganztagsinanspruchnahme-äquivalente pro Vollzeitbeschäftigungsäquivalent*)

Land	Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur[2)]	Gruppen für unter 3-Jährige	Für 2-Jährige geöffnete Kindergartengruppen		Gruppen für unter und über 3-Jährige (altersgemischt)	
			Mit 1 oder 2 2-Jährigen in der Gruppe	Mit 3 oder mehr 2-Jährigen in der Gruppe	In denen weniger als die Hälfte in der Gruppe unter 3-Jährige sind	In denen die Hälfte oder mehr in der Gruppe unter 3-Jährige sind
Personalschlüssel						
Mittelwert (Vollzeitbeschäftigungsäquivalent : Ganztagsinanspruchnahmeäquivalente)						
D	X	5,8	9,0	8,5	8,2	6,4
W	X	4,8	8,7	8,0	7,5	5,8
O	X	6,6	12,2	11,5	10,4	7,9
BW	X	4,9	8,8	8,0	7,1	5,5
BY	X	4,5	9,2	8,8	8,6	5,3
BE[1)]	X	X	X	X	X	X
BB	X	7,5	12,3	11,4	10,6	8,6
HB	X	4,5	7,5	4,3	5,7	5,0
HH	X	5,6	9,3	8,7	9,5	6,1
HE	X	4,5	9,6	8,6	8,0	4,8
MV	X	5,9	12,8	12,8	10,6	6,9
NI	X	5,1	9,1	8,7	7,8	6,4
NW	X	5,5	8,0	7,4	6,8	6,6
RP	X	4,4	8,0	7,5	6,5	4,8
SL	X	3,5	8,8	8,4	6,3	4,9
SN	X	6,5	12,3	11,6	10,4	7,5
ST	X	6,7	11,2	10,8	9,9	7,7
SH	X	4,6	9,7	9,2	7,6	5,7
TH	X	6,3	12,0	11,5	10,4	8,3

** Der ausgewiesene Personalschlüssel gibt nicht die tatsächliche Erzieher-Kind-Relation in den Gruppen wieder. Zur genauen Berechnungsgrundlage und Aussagekraft des Personalschlüssels vergleiche: Lange, J. (2008): Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen, Berechnungsgrundlagen und empirische Ergebnisse eines vielbeachteten Indikators. In: FORUM Jugendhilfe, 3/2008, S. 41 ff.*

1) In Berlin werden fast alle Einrichtungen statistisch als Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur erfasst, auch wenn in Einrichtungen mit einer festen Gruppenstruktur gearbeitet wird. Aus diesem Grund sind keine weiteren Aussagen dazu möglich, welche Gruppenformen Kinder unter drei Jahren nutzen und wie der Personaleinsatz in den Gruppen gestaltet wird.

2) Für Einrichtungen ohne feste Gruppenstruktur ist die Ausweisung eines gruppenbezogenen Personalschlüssels nicht sinnvoll.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009, Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, eigene Berechnungen

Tab. C4-1A: Übersicht über die Aktivitäten zur Sprachstandserhebung und zusätzlichen Sprachförderung 2010 nach Ländern

Land	Verfahren[3]	Art des Verfahrens	Alle Kinder[2]	Monate vor Einschulung	Anteil der förderbedürftigen Kinder[4] (in %)	Dauer der zusätzlichen Förderung		Evaluation der Sprachförderung[2]
						Anzahl Monate	Anzahl Std.	
BW	HASE SETK 3-5	Screening Test	+	15–24	13,4	12	120 Std.	+
BY	SISMIK (Teil 2) „Kenntnisse in Deutsch als Zweitsprache erfassen"	Beobachtung Screening	– –	18–24 6	75,7	18	240 Std.	+
BE	QuaSta Deutsch Plus 4	Beobachtung Screening	+	15	16,5 –	12	15 p. W.	–
BB	WESPE KISTE	Screening Test	+	12	19,7	mind. 3	3–5 p. W.	+
HB	CITO	Test	+	12–18	Br.: 52,6 Brhv.: 44,6	9	2–4 p. W.	–
HH	Bildimpuls	Screening	+	18	26,8	12	160 Std.	–
HE	KISS	Screening	–	24	x[5]	12	3–10 p. W.	–
MV	–[1]	–	–	–	–	–	–	–
NI	Fit in Deutsch	Screening	+	15	12,9	12	1–12 p. W.	+
NW	Delfin 4	Screening	+	24	23,3	keine landesweite Festlegung		–
RP	Verfahren Uni Koblenz-Landau (VER-ES)	Screening	–	12	34,0	9	2–5 p. W.	+
SL	„Früh Deutsch lernen"	Beobachtung	+	12	12,6	7	5–10 p. W.	+
SN	SSV	Screening	–	24	x[5]	keine landesweite Festlegung		–
ST	Delfin 4	Screening	+	24	x[5]	12	k. A.	–
SH	HAVAS-5	Beobachtung	–	9	8,8	6	max. 200 Std.	–
TH	–[1]	–	–	–	–	–	–	–

1) Die Länder Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern führen keine landesweite Sprachstandserhebung durch.
2) „+" = Ja, „–" = Nein
3) Abkürzung der Erhebungsverfahren:
CITO: Centraal Instituut Toets Ontwikkeling
HASE: Heidelberger Auditives Screening in der Einschulungsuntersuchung
HAVAS-5: Hamburger Verfahren zur Analyse des Sprachstands bei 5-Jährigen
KISS: Kinder-Sprach-Screening
KISTE: Kindersprachtest für das Vorschulalter
QuaSta: Qualifizierte Statuserhebung Sprachentwicklung 4-jähriger Kinder in Kitas
SETK 3–5: Sprachentwicklungstest für 3- bis 5-jährige Kinder
SISMIK: Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern im Kindergarten
SSV: SprachScreening im Vorschulalter
WESPE: „Wir Erzieherinnen schätzen den Sprachstand unserer Kinder ein"
4) Die Quoten sind nicht direkt vergleichbar, da nicht in allen Ländern alle Kinder gestestet werden.
5) HE: noch keine flächendeckende Einführung des Instruments; SN: keine genauen Daten verfügbar, da die Teilnahme zwei Jahre vor der Einschulung freiwillig ist; ST: erste Erhebung Frühjahr 2010

Quelle: Befragung der Länderministerien durch das DJI, Oktober 2009

Tab. C4-2A: Anteil der verspäteten Einschulungen an allen Einschulungen 1995 bis 2008 nach Ländergruppen (in %)

Ländergruppe	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in %													
Deutschland	8,4	8,3	7,9	7,4	7,0	7,1	6,8	6,4	5,6	5,7	4,8	4,8	5,4	6,0
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	,–	–	–	–	–	–	–	5,6	5,0	3,7	5,7	5,3
Länder mit vorgezogenem Stichtag[3]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8,9	4,5	6,4	5,2	6,3
Westdeutschland[1]	8,1	7,7	6,9	6,6	6,4	6,6	6,4	6,1	5,3	5,4	4,8	4,7	5,4	6,1
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5,0	3,6	6,3	5,7
Länder mit vorgezogenem Stichtag[3]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4,5	6,5	4,9	6,2
Ostdeutschland[2]	9,6	10,4	12,1	12,4	11,0	10,4	9,1	8,4	7,2	7,3	4,6	5,1	5,1	5,5
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,0	4,6	4,0	3,5	3,9
Länder mit vorgezogenem Stichtag[3]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	8,9	4,6	6,2	6,8	7,1

1) Angaben 2001 ohne Bremen
2) Im Jahr 2006 keine Zurückstellungen in Berlin
3) 2004: Thüringen
2005 und 2006: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Thüringen
2007: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen
2008: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik

Tab. C4-3A: Anteil der vorzeitigen Einschulungen an allen Einschulungen 1995 bis 2008 nach Ländergruppen (in %)

Ländergruppe	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in %													
Deutschland	2,5	2,7	2,9	4,1	4,8	5,0	5,8	6,6	7,8	9,1	7,8	7,1	6,2	5,4
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,2	8,6	8,7	8,5	7,8
Länder mit vorgezogenem Stichtag[2]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2,2	6,6	4,6	4,8	4,1
Westdeutschland[1]	2,8	3,1	3,3	4,5	5,2	5,3	6,1	7,0	8,4	9,7	8,9	8,0	7,0	6,1
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,5	9,7	10,1	9,8
Länder mit vorgezogenem Stichtag[2]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	7,9	5,1	5,2	4,4
Ostdeutschland	1,3	1,2	1,2	2,1	2,3	2,9	3,4	4,1	4,5	5,3	2,2	2,3	2,1	1,9
Länder mit Stichtag 30.06.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5,8	2,0	1,8	1,7	1,6
Länder mit vorgezogenem Stichtag[2]	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2,2	2,3	2,8	2,4	2,2

1) Angaben 2001 ohne Bremen
2) 2004: Thüringen
2005 und 2006: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Thüringen
2007: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen
2008: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik

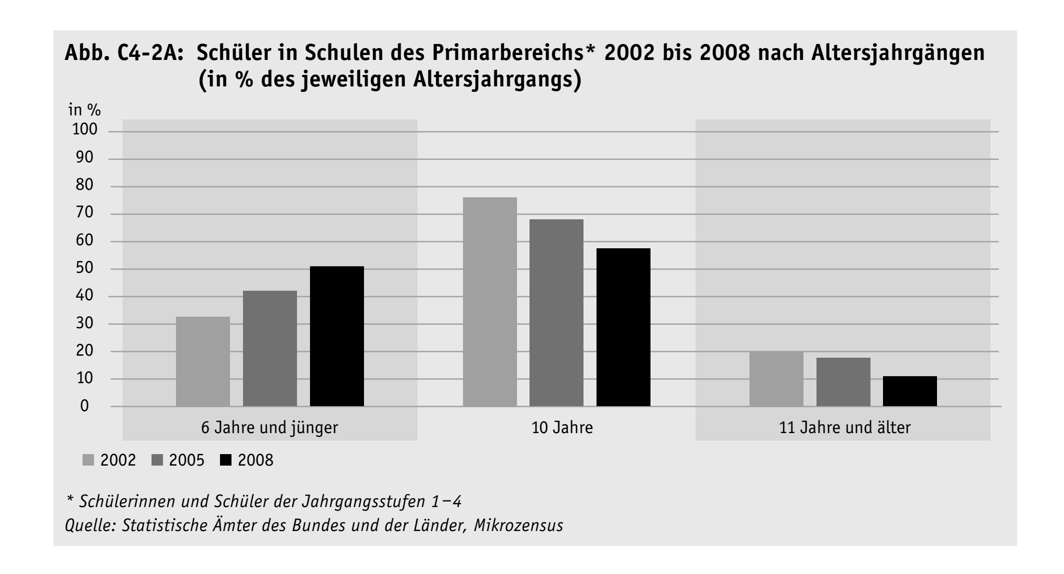
Tab. C4-4A: Anteil 6-jähriger Schülerinnen und Schüler im Primarbereich* an allen 6-Jährigen 2003/04 bis 2008/09 nach Geschlecht und Ländergruppen (in %)**

Ländergruppe, Geschlecht	Schuljahr					
	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
	in %					
Deutschland	51,9	53,3	56,6	57,9	59,4	59,9
Jungen	48,7	50,0	53,2	54,8	56,1	56,5
Mädchen	55,2	56,7	60,2	61,2	62,9	63,4
Westdeutschland	52,8	53,9	56,1	57,4	59,2	59,8
Ostdeutschland	46,5	49,6	59,5	60,9	60,5	60,1

** Schülerinnen und Schüler im Primarbereich gemäß KMK-Definition, die im Einschulungsjahr 6 Jahre alt geworden sind*
*** Stichtag 31.12. des jeweiligen Jahres*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik; Bevölkerungsstatistik, eigene Berechnungen

Abb. C4-2A: Schüler in Schulen des Primarbereichs* 2002 bis 2008 nach Altersjahrgängen (in % des jeweiligen Altersjahrgangs)



** Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1–4*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

Tab. C4-5A: Kompetenzen der Viertklässler in Mathematik und Naturwissenschaften 2007 nach Einschulungsart und Sprachpraxis im Elternhaus (in Kompetenzpunkten)*

Einschulungsart, Sprachpraxis	Anzahl	Kompetenzen in Mathematik		Kompetenzen in Naturwissenschaften	
		Mittelwert	SE[1]	Mittelwert	SE[1]
		in Kompetenzpunkten			
Einschulungsart					
Vorzeitig eingeschult	606	543	62	546	71
Fristgerecht eingeschult	2.768	538	61	541	72
Mit 6 Jahren	2.320	539	62	542	73
Mit 7 Jahren	448	535	60	539	68
Verspätet eingeschult	227	503	68	508	80
Sprachpraxis im Elternhaus					
Fristgerecht eingeschult					
Immer Deutsch	2.109	544	59	551	68
Nicht nur Deutsch	489	523	67	513	80

** Die Berechnungen wurden mit dem internationalen TIMSS-Datensatz durchgeführt, dem Variablen der nationalen Elternbefragung zugespielt wurden, die vom Institut für Schulentwicklungsforschung bereitgestellt wurden.*
1) Standardfehler

Quelle: IEA, TIMSS 2007, eigene Berechnungen

Tab. D1-1A: Verteilung der Fünftklässler*, die im vorangegangenen Schuljahr die Grundschule besuchten, auf die Schularten im Schuljahr 2008/09 und Veränderungen gegenüber 2006/07 nach Ländern

Land	Schüler[1] 2008/09	Davon an							Veränderung gegenüber 2006/07					
		OS	HS	RS	SMBG	GY[2] (G8)	GY[2] (G9)	IGS	OS	HS	RS	SMBG	GY	IGS
	Anzahl	in %							in Prozentpunkten					
D	757.251	1,5	16,3	23,9	7,0	34,0	7,3	10,0	−0,2	−2,0	−0,4	+0,7	+0,9	+0,9
W	651.897	1,7	18,6	27,1	1,9	32,0	8,5	10,1	−0,2	−1,9	+0,1	+0,2	+0,5	+1,3
O	105.354	X	1,5	4,2	38,5	46,5	0,0	9,3	X	−0,6	−0,9	+0,1	+2,8	−1,4
BW	110.438	0,2	25,5	34,5	X	39,2	0,0	0,6	0,0	−2,6	+1,1	X	+1,5	0,0
BY	124.484	0,2	36,7	23,7	X	39,1	0,0	0,3	0,0	−2,4	+0,6	X	+1,7	0,0
BE*	23.534	X	6,9	18,8	X	49,4	0,0	24,9	X	−2,2	−2,0	X	+9,0	−4,8
BB*	15.399	X	X	X	38,4	46,4	0,0	15,2	X	X	X	−2,3	+4,3	−2,0
HB	5.488	X	X	X	22,1	•	50,5	27,5	X	X	X	−5,4	+3,9	+1,5
HH	14.442	4,3	17,0	X	X	50,9	0,0	27,9	+0,6	−2,3	X	X	+2,0	−0,4
HE	57.071	17,6	3,1	16,3	X	42,7	1,6	18,8	−2,1	−0,8	+0,6	X	−0,1	+2,4
MV*	9.049	X	X	X	47,6	43,3	0,0	9,1	X	X	X	+2,5	−1,1	+2,0
NI	82.771	X	13,0	38,7	X	•	43,4	4,9	X	−1,3	+1,8	X	−0,6	+0,1
NW	178.232	X	14,6	28,6	X	38,9	0,0	17,9	X	−0,6	+0,7	X	−0,4	+0,4
RP	41.215	X	11,3	26,2	14,1	2,5	38,7	7,3	X	−1,9	−0,3	−0,7	+1,4	+1,5
SL	8.928	X	0,9	2,0	35,0	38,7	0,0	23,3	X	0,0	−0,1	−1,9	−2,1	+4,1
SN	27.277	X	X	X	53,8	46,2	0,0	X	X	X	X	−0,2	+0,2	X
ST	14.543	X	X	X	51,0	46,1	0,0	2,9	X	X	X	−1,0	+1,1	−0,1
SH	28.828	X	6,9	19,6	7,3	39,1	0,0	27,1	X	−11,5	−15,4	X	+0,1	+19,5
TH	15.552	X	X	X	53,0	45,0	0,0	2,0	X	X	X	+0,3	+0,1	−0,4

* *Für drei Länder werden die Übergänge in die 7. Jahrgangsstufe dargestellt:*
In BE und BB werden neben den Übergängen aus der sechsjährigen Grundschule auch Übergänge aus der 6. in die 7. Jahrgangsstufe des Gymnasiums einbezogen, also jene Kinder, die bereits zwei Jahre zuvor (in Jg. 5) auf ein grundständiges Gymnasium übergingen.
Bei MV besuchen die Schülerinnen und Schüler seit 2006/07 die Jahrgangsstufen 5 und 6 als Orientierungsstufe (vorwiegend an Schulen mit mehreren Bildungsgängen). Betrachtet werden daher in Jahrgangsstufe 7 die Übergänge aus dieser Schulart zuzüglich derjenigen, die bereits zwei Jahre zuvor (in Jg. 5) auf eine Sekundarschulart (Sport- und Musikgymnasium oder Integrierte Gesamtschule) übergegangen sind.

1) *Ohne Förderschulen und Freie Waldorfschulen*
2) *Eine Trennung in acht- und neunjährige Gymnasialgänge ist für HB und NI nicht möglich. Eingeführt wurde G8 in beiden Ländern zum Schuljahr 2004/05. Ausgewiesen ist hier der Schüleranteil an Gymnasien insgesamt.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2006/07 und 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D1-2A: Schulartverteilung* und Lesekompetenz 15-jähriger Schülerinnen und Schüler im Jahr 2003 und 2006 nach Migrationshintergrund und sozioökonomischem Status (HISEI)**

Sozioökonomischer Status**	Schülerinnnen und Schüler insgesamt		Davon an					Lesekompetenz	
			HS	RS	SMBG	GY	IGS	Mittelwert (Standardabweichung)	
	Anzahl (ungewichtet)	in % (gewichtet)						in Kompetenzpunkten	
2003									
Insgesamt									
Niedrig	10.638	25,0	36,4	23,8	15,9	12,5	11,5	456	(98)
Mittel	19.133	50,0	17,3	29,8	12,6	29,9	10,4	508	(92)
Hoch	9.326	25,0	7,6	19,2	6,1	58,6	8,6	550	(86)
Zusammen	43.819	100	20,9	24,9	12,4	31,1	10,7	499	(101)
Ohne Migrationshintergrund									
Niedrig	5.399	20,2	30,9	21,9	22,6	14,1	10,5	471	(92)
Mittel	13.867	52,6	15,1	29,3	14,4	30,9	10,2	516	(87)
Hoch	6.966	27,2	6,4	19,0	6,6	59,7	8,3	556	(81)
Zusammen	27.245	100	16,4	24,8	14,2	34,7	9,9	515	(93)
Mit Migrationshintergrund (Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren)									
Niedrig	5.019	41,8	45,3	27,3	4,3	9,9	13,2	433	(102)
Mittel	4.994	41,0	26,8	32,1	4,1	25,8	11,2	475	(105)
Hoch	2.214	17,1	13,6	19,5	3,0	54,3	9,6	525	(105)
Zusammen	13.468	100	34,1	27,1	4,3	22,6	11,9	458	(112)
2006									
Insgesamt									
Niedrig	8.532	25,0	36,8	26,6	13,1	11,8	11,6	463	(100)
Mittel	17.100	50,0	18,3	29,7	10,1	31,7	10,2	513	(94)
Hoch	8.130	25,0	7,1	20,5	5,1	59,7	7,5	553	(89)
Zusammen	36.388	100	21,2	26,2	9,8	32,6	10,3	507	(101)
Ohne Migrationshintergrund									
Niedrig	5.232	19,5	30,5	26,0	19,5	12,9	11,1	479	(92)
Mittel	13.692	52,9	15,6	30,2	11,4	33,1	9,6	521	(89)
Hoch	6.772	27,6	5,6	20,3	5,5	61,3	7,3	558	(82)
Zusammen	26.223	100	16,0	26,6	11,5	36,6	9,3	522	(92)
Mit Migrationshintergrund (Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren)									
Niedrig	2.601	44,7	45,7	28,8	3,1	10,7	11,9	441	(107)
Mittel	2.422	39,6	29,8	28,7	3,8	26,3	11,4	488	(108)
Hoch	946	15,6	15,7	22,5	2,5	50,5	8,9	533	(121)
Zusammen	6.470	100	36,3	26,8	3,3	22,1	11,5	469	(117)

* *Ohne Freie Waldorfschulen, Förderschulen und berufliche Schulen*

** *Für jede Schülerin und jeden Schüler wurde der Index für den höchsten beruflichen Status der Familie gebildet (HISEI). Gegenübergestellt werden die 25 % der Schülerinnen und Schüler mit den höchsten Indexwerten (Hoch), diejenigen 50 % mit mittleren (Mittel) und jene 25 % mit den niedrigsten Indexwerten (Niedrig). Die Gesamtzahl (Zusammen) entspricht nicht der Summe dieser HISEI-Quartile, da zusätzlich Schülerinnen und Schüler ohne gültige HISEI-Angabe einbezogen werden.*

Quelle: PISA-E 2003 und PISA-E 2006, Sonderauswertungen durch das IPN

Tab. D1-3A: Klassenwiederholungen 2006/07 und 2008/09 nach Schulstufen* und Ländern

Land	Wiederholerinnen und Wiederholer									
	Insgesamt (Jg. 1–12/13)				Davon					
					Primarbereich (Jg. 1–4)		Sekundarbereich I (Jg. 5–10)		Sekundarbereich II (Jg. 11–12/13)	
	Schuljahr 2006/07		Schuljahr 2008/09		2006/07	2008/09	2006/07	2008/09	2006/07	2008/09
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %					
D	233.868	2,7	183.719	2,2	1,2	0,6	3,6	3,1	3,0	2,6
W	198.129	2,7	155.684	2,2	1,3	0,6	3,5	3,1	3,0	2,4
O	35.739	2,7	28.035	2,3	1,0	0,6	3,8	3,3	3,4	3,7
BW	21.544	1,8	16.142	1,4	1,4	0,7	2,1	1,8	1,8	1,6
BY	53.067	3,8	44.212	3,2	1,0	0,4	5,7	5,3	2,9	2,2
BE	10.071	3,2	9.422	3,1	0,4	0,7	4,6	4,4	5,0	4,4
BB	5.374	2,5	3.193	1,6	1,4	0,3	3,5	2,5	1,8	1,8
HB	2.076	3,1	1.676	2,6	2,5	1,5	2,9	2,4	5,3	5,7
HH	4.242	2,6	3.028	1,8	2,3	1,0	2,4	2,1	4,1	2,9
HE	18.007	2,7	14.863	2,3	1,4	0,7	3,5	3,1	3,7	4,1
MV	4.386	3,3	3.514	3,0	1,8	0,5	4,9	4,7	1,5	4,9
NI[1)]	22.314	2,4	17.790	2,0	1,5	0,6	3,4	3,3	•	•
NW	55.965	2,6	41.432	2,0	1,1	0,5	3,3	2,7	4,1	3,2
RP	10.698	2,3	8.833	2,0	1,7	0,8	2,6	2,5	3,0	3,0
SL	2.920	2,8	1.962	2,0	2,1	0,9	3,0	2,4	3,6	3,1
SN	6.178	2,1	3.905	1,4	1,3	0,5	2,2	1,9	4,1	2,6
ST	6.168	3,3	5.052	3,1	0,8	0,8	5,1	4,6	3,3	5,4
SH	7.296	2,3	5.746	1,8	0,5	0,4	3,4	2,7	2,4	2,2
TH	3.562	2,1	2.949	1,8	0,4	0,6	3,0	2,4	3,9	4,1

** In den Jahrgangsstufen 1 und 2 werden seit 2008/09 generell keine Klassenwiederholungen mehr nachgewiesen. Wiederholer der Jahrgangsstufen 5 und 6 in Berlin und Brandenburg gehen beim Sekundarbereich I ein. Angaben zum Sekundarbereich II beziehen sich auf Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.*
1) In Niedersachsen wurden für den Sekundarbereich II keine Klassenwiederholungen erhoben.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09

Tab. D1-4A: Übergänge in die gymnasiale Oberstufe* in den Schuljahren 2000/01 bis 2008/09 nach schulischer Herkunft**

Schuljahr	Schulart		Insgesamt	Davon besuchten im vorangegangenen Schuljahr							
				HS	RS	SMBG	GY	IGS	FWS	FÖ	Keine Angabe
2000/01	GY (11. Jg.)	Anzahl	238.789	687	11.316	109	216.819	2.592	41	3	7.226
		in %	100	0,3	4,7	0,0	90,8	1,1	0,0	0,0	3,0
	IGS (11. Jg.)	Anzahl	22.680	659	2.087	59	1.127	17.553	40	8	1.147
		in %	100	2,9	9,2	0,3	5,0	77,4	0,2	0,0	5,1
2003/04	GY (11. Jg.)	Anzahl	252.850	706	12.095	228	227.079	2.361	32	6	10.343
		in %	100	0,3	4,8	0,1	89,8	0,9	0,0	0,0	4,1
	IGS (11. Jg.)	Anzahl	26.064	964	3.243	83	1.678	18.383	8	3	1.702
		in %	100	3,7	12,4	0,3	6,4	70,5	0,0	0,0	6,5
2006/07	GY (11. Jg.)	Anzahl	281.887	756	14.980	428	261.029	3.381	53	10	1.250
		in %	100	0,3	5,3	0,2	92,6	1,2	0,0	0,0	0,4
	IGS (11. Jg.)	Anzahl	28.859	1.176	4.266	195	1.712	21.082	27	3	398
		in %	100	4,1	14,8	0,7	5,9	73,1	0,1	0,0	1,4
2008/09	GY zusammen[1)]	Anzahl	329.118	626	14.560	931	255.672	2.770	65	4	1.227
		in %	100	0,2	5,3	0,3	92,7	1,0	0,0	0,0	0,4
	Davon: G8 (Eingangsphase)	Anzahl	117.948	35	1.030	747	65.704	153	15	3	185
		in %	100	0,1	1,5	1,1	96,8	0,2	0,0	0,0	0,3
	Davon: G9 (11. Jg.)	Anzahl	211.170	591	13.530	184	189.968	2.617	50	1	1.042
		in %	100	0,3	6,5	0,1	91,3	1,3	0,0	0,0	0,5
	IGS (11. Jg.)	Anzahl	28.541	1.008	4.670	187	1.713	20.369	11	10	573
		in %	100	3,5	16,4	0,7	6,0	71,4	0,0	0,0	2,0

Ohne Übergänge in Freie Waldorfschulen und Förderschulen

** *Die schulische Herkunft wird derzeit in Niedersachsen für die gymnasiale Oberstufe nicht erhoben. Aufgrund entsprechend hoher Werte unter ‚Keine Angabe' wird Niedersachsen hier für das Schuljahr 2008/09 lediglich bei der Gesamtzahl der Übergänge in die Oberstufe der Gymnasien einbezogen (Spalte 1), jedoch nicht bei der Aufschlüsselung nach Herkunftsschularten (Spalten 2–9).*

1) *Mit Blick auf die Oberstufe an Gymnasien ist der länderspezifische Umsetzungsstand der Schulzeitverkürzung von neun auf acht Jahre (G8) zu beachten. In sechs Ländern gingen im Schuljahr 2008/09 nach wie vor alle Schüler in Jahrgangsstufe 11 des G9-Gymnasiums über (BW, BB, HB, HE, NW, RP), in fünf Ländern traten bereits alle Schüler in die Eingangsphase E (10. Jahrgangsstufe des G8-Gymnasiums) ein (MV, SL, SN, ST, TH). Fünf Länder verzeichneten 2008/09 beide Zugangsarten in die gymnasiale Oberstufe (BY, BE, HH, NI, SH).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09

Tab. D1-5A: Schulen in freier Trägerschaft und Schülerinnen und Schüler in diesen Schulen 2006/07 und 2008/09 nach Schularten*

Schulart	Schulen					Schülerinnen und Schüler				
	2006/07	2008/09	2006/07	2008/09	Veränderung	2006/07	2008/09	2006/07	2008/09	Veränderung
	Anzahl		in % aller Schulen		in Prozentpunkten	Anzahl		in % aller Schülerinnen und Schüler		in Prozentpunkten
Insgesamt	3.008	3.257	7,9	8,9	+1,0	668.770	707.672	6,9	7,6	+0,7
VK	16	21	6,2	7,9	+1,7	603	694	7,4	8,0	+0,6
SKG	135	138	9,2	10,3	+1,1	2.703	2.883	12,9	14,9	+2,0
GR	624	669	3,7	4,1	+0,4	68.061	78.158	2,2	2,6	+0,4
OS	85	95	7,9	9,0	+1,1	3.908	4.868	3,9	4,7	+0,8
HS	219	192	4,6	4,5	−0,1	25.462	25.452	2,7	3,1	+0,4
SMBG	82	134	6,2	9,8	+3,6	6.675	11.237	2,1	3,7	+1,6
RS	322	320	11,0	12,2	+1,2	111.750	113.623	8,6	9,0	+0,4
GY	417	458	13,5	14,9	+1,4	263.037	273.385	10,7	11,1	+0,4
IGS	53	108	7,7	15,3	+7,6	16.333	19.856	3,2	3,9	+0,7
FWS	192	204	100,0	100,0	–	78.166	79.624	100,0	100,0	–
FÖ	632	630	18,6	19,1	+0,5	67.844	69.914	16,6	17,8	+1,2
AHS	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
ARS	45	45	37,2	36,9	−0,3	4.189	3.989	19,3	18,8	−0,5
AGY	29	29	29,0	28,4	−0,6	4.743	4.574	23,3	24,5	+1,2
KO	16	14	24,2	21,2	−3,0	2.712	2.500	15,2	14,6	−0,6
FOS	110	126	13,0	15,2	+2,2	10.523	11.246	8,1	8,4	+0,3
FGY	28	66	5,1	8,5	+3,4	1.973	5.537	1,6	3,6	+2,0
BOS/TOS	3	8	1,4	3,4	+2,0	88	132	0,5	0,6	+0,1

* *Darstellung für alle allgemeinbildenden Bildungsgänge, d.h. es werden neben den allgemeinbildenden Schulen (von Vorklassen bis Kollegs) auch die Fachoberschulen, Fachgymnasien und Berufsober-/Technischen Oberschulen betrachtet (vgl. Glossar).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik

Tab. D2-1A: Förderschulbesuchsquote* von Schülerinnen und Schülern im Alter von 7, 10 und 13 Jahren 1995 bis 2008 (in %)

Altersjahrgang	Jahr													
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in %													
7-Jährige	2,3	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7	2,8	2,8	2,9	2,9	3,0	3,2	3,2	3,4
10-Jährige	4,3	4,2	4,3	4,2	4,2	4,9	4,4	4,5	4,5	4,7	4,4	4,4	4,4	4,5
13-Jährige	4,8	5,0	5,1	5,1	5,1	5,3	5,3	5,5	5,4	5,3	5,5	5,3	5,3	5,2

* *Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

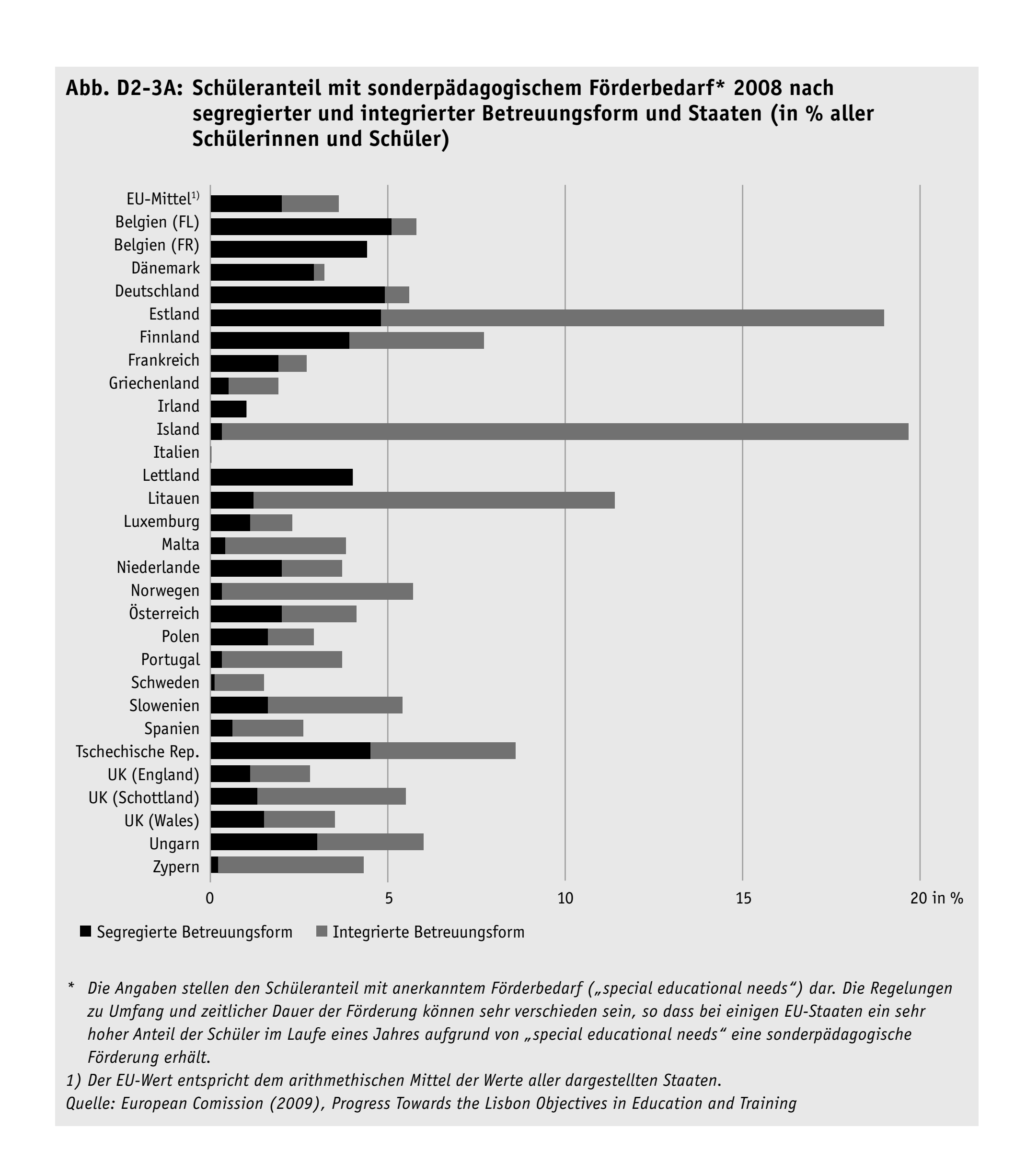
Tab. D2-2A: Förderschulbesuchsquote* nach Förderschwerpunkten und Ländern 2008 (in %)

Land	Insgesamt	Davon									
		Lernen	Sehen	Hören	Sprache	Körperliche und motorische Entwicklung	Geistige Entwicklung	Emotionale und soziale Entwicklung	Förderschwerpunktübergreifend	Keinem Schwerpunkt zugeordnet	Kranke
	in %										
D	4,9	2,14	0,06	0,14	0,47	0,31	0,94	0,44	0,16	0,15	0,12
W	4,6	1,90	0,06	0,14	0,44	0,31	0,86	0,44	0,18	0,17	0,13
O	6,6	3,54	0,08	0,12	0,63	0,29	1,39	0,44	0,03	0,00	0,07
BW	4,7	1,93	0,08	0,16	0,52	0,44	0,78	0,58	X	X	0,19
BY	4,6	1,05	0,06	0,14	0,24	0,18	0,86	0,20	0,82	0,90	0,16
BE	4,4	1,78	0,11	0,13	0,88	0,39	0,78	0,12	0,03	X	0,16
BB	5,4	3,24	0,05	0,06	0,22	0,12	1,47	0,25	X	X	X
HB	4,6	1,10	0,11	0,17	X	0,20	1,09	0,09	1,84	X	X
HH	4,9	2,41	0,09	0,16	0,96	0,42	0,67	0,11	0,06	X	X
HE	4,3	2,03	0,05	0,14	0,38	0,23	0,82	0,30	X	X	0,37
MV	9,2	5,32	0,04	0,15	0,77	0,36	1,86	0,39	X	X	0,27
NI	4,4	2,36	0,03	0,11	0,45	0,26	0,81	0,38	X	X	X
NW	5,2	2,17	0,07	0,14	0,64	0,38	0,95	0,76	X	0,00	0,13
RP	3,8	2,16	0,04	0,15	0,16	0,38	0,66	0,21	X	X	X
SL	4,2	2,03	0,09	0,11	0,21	0,32	0,79	0,09	0,40	X	0,20
SN	6,9	4,03	0,08	0,14	0,47	0,28	1,29	0,60	X	X	X
ST	8,7	5,01	0,09	0,19	0,49	0,33	1,84	0,59	0,18	X	X
SH	3,1	1,70	X	0,05	0,08	0,15	1,08	0,06	X	X	X
TH	7,5	3,39	0,05	0,09	1,01	0,25	1,77	0,89	X	0,01	X

* *Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Abb. D2-3A: Schüleranteil mit sonderpädagogischem Förderbedarf* 2008 nach segregierter und integrierter Betreuungsform und Staaten (in % aller Schülerinnen und Schüler)



** Die Angaben stellen den Schüleranteil mit anerkanntem Förderbedarf („special educational needs") dar. Die Regelungen zu Umfang und zeitlicher Dauer der Förderung können sehr verschieden sein, so dass bei einigen EU-Staaten ein sehr hoher Anteil der Schüler im Laufe eines Jahres aufgrund von „special educational needs" eine sonderpädagogische Förderung erhält.*

1) Der EU-Wert entspricht dem arithmethischen Mittel der Werte aller dargestellten Staaten.

Quelle: European Comission (2009), Progress Towards the Lisbon Objectives in Education and Training

Tab. D2-3A: Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung in sonstigen allgemeinbildenden Schulen 2008/09 nach Förderschwerpunkten und Ländergruppen (in %)

Ländergruppe	Insgesamt	Davon						
		Lernen	Sehen	Hören	Sprache	Körperliche und motorische Entwicklung	Geistige Entwicklung	Emotionale und soziale Entwicklung
	in %							
Deutschland	18,8	19,4	26,6	26,0	27,2	20,8	4,0	36,0
Westdeutschland	17,6	21,4	26,4	22,5	22,8	17,4	4,0	27,2
Ostdeutschland	23,6	12,2	27,3	42,6	40,9	37,0	3,6	62,6

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D2-4A: Anteil der weiblichen Schüler an allen Förderschülern 2008/09 nach Förderschwerpunkten und Ländergruppen (in %)

Ländergruppe	Insgesamt	Davon									
		Lernen	Sehen	Hören	Sprache	Körperliche und motorische Entwicklung	Geistige Entwicklung	Emotionale und soziale Entwicklung	Förderschwerpunkt übergreifend	Keinem Förderschwerpunkt zugeordnet	Kranke
	in %										
Deutschland	36,6	41,0	40,7	40,6	29,6	37,4	39,1	14,3	38,5	34,2	41,4
Westdeutschland	36,4	40,9	40,8	40,8	29,2	37,9	39,4	14,0	38,7	34,2	41,8
Ostdeutschland	37,6	41,4	40,5	40,5	31,1	34,8	38,1	16,2	34,2	40,9	36,7

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D2-5A: Schülerinnen und Schüler im 1. bis 10. Schuljahr der Förderschule sowie Schüler an sonstigen allgemeinbildenden Schulen nach Bildungsstand und Erwerbsstatus der Eltern, sozioökonomischem Status und Migrationshintergrund

Soziale Lage des Elternhauses	Schülerinnen und Schüler		
	Insgesamt	Davon	
		In Förderschulen	In sonstigen Schularten
	Anzahl	in %	
Höchster allgemeinbildender Abschluss in der Familie/Lebensform			
Ohne Abschluss (einschließlich noch in Schule und Abschluss nach 7 Jahren)	345	13,0	4,0
Hauptschule	1.931	39,4	23,4
Polytechnische Oberschule	573	12,9	6,9
Realschule	2.336	20,3	28,9
(Fach-)Hochschulreife	2.901	14,3	36,1
Ohne Angabe	57	0,2	0,7
Insgesamt	8.143	100	100
Höchster beruflicher Bildungsabschluss in der Familie/Lebensform			
Ohne Abschluss einschließlich noch in Bildung	1.049	28,4	12,5
Lehr-/Anlernausbildung (einschl. mittlerer Dienst in der öffentl. Verwaltung)	4.314	57,8	52,9
Fachschule/Fachschule DDR	929	6,0	11,6
Fachhochschule/Hochschule/Promotion/Verwaltungsfachhochschule	1.789	7,7	22,2
Ohne Angabe	62	0,2	0,8
Insgesamt	8.143	100	100
Erwerbsstatus der Familienbezugsperson			
Nicht Erwerbstätige	1.047	33,5	12,3
Sonstiges (geringfügig beschäftigt, Auszubildender etc.)	35	0,5	0,4
Arbeiter	2.312	35,2	28,3
Angestellte	3.230	22,0	40,1
Beamte, Richter, Soldat, Wehrdienstleistender	417	2,2	5,2
Selbstständige	1.101	6,6	13,7
Insgesamt	8.143	100	100
Migrationshintergrund			
Ohne Migrationshintergrund	5.738	72,4	70,4
Mit Migrationshintergrund	2.405	27,6	29,6
Ausländer	877	13,8	10,7
Ausländer mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil	536	7,8	6,6

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. D2-6A: Förderschulbesuchsquote* 1995 bis 2008 nach ausgewählten Nationalitäten (in %)

Nationalität	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
	in %													
Deutschland	3,8	3,8	3,8	3,9	3,9	4,0	4,0	4,1	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1
Afghanistan	3,0	2,9	3,0	3,7	4,6	4,4	4,4	4,8	5,1	5,7	6,0	6,0	6,1	5,9
Albanien	10,8	11,3	14,0	14,0	13,5	14,8	15,5	15,8	17,0	16,7	15,6	14,9	14,1	13,2
Griechenland	5,2	5,2	5,2	5,1	5,1	5,2	5,2	5,4	5,6	5,7	6,0	5,9	6,0	6,2
Iran	2,2	2,1	2,1	2,3	2,3	2,8	2,9	3,2	3,5	3,6	3,7	3,7	3,7	3,9
Italien	8,0	7,7	7,8	7,9	8,0	8,2	8,6	8,8	9,1	9,0	8,7	8,8	8,6	8,7
Libanon	14,4	13,5	12,9	13,2	13,1	13,2	12,5	13,2	13,3	13,4	13,5	12,8	12,7	13,0
Marokko	8,2	7,8	7,5	7,5	7,4	7,9	8,3	8,6	8,9	8,8	8,7	8,5	8,3	8,3
Ehem. Jugoslawien[1)]	6,0	6,9	7,5	8,8	9,2	9,9	10,5	11,2	11,1	10,6	10,3	9,9	9,5	9,6
Polen	3,4	3,3	3,2	3,1	3,0	2,7	2,9	3,2	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,3
Portugal	5,3	5,6	5,9	6,3	6,3	6,6	6,7	7,2	7,4	7,3	6,9	6,8	6,9	6,8
Russische Föderation	2,4	2,5	2,4	2,2	2,3	2,4	2,4	2,6	2,7	2,8	2,9	3,1	3,2	3,1
Spanien	5,1	5,0	5,0	4,8	4,6	5,0	5,0	5,3	5,4	5,3	5,2	5,0	4,9	4,7
Türkei	6,7	6,4	6,3	6,3	6,4	6,5	6,8	6,9	6,9	6,9	6,7	6,8	6,8	7,0
Ukraine	1,0	1,2	1,3	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	1,4	1,4	1,5	1,6	1,7	2,0
Vietnam	1,5	1,5	1,5	1,3	2,1	1,9	1,9	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7	1,9	1,8

* *Die Förderschulbesuchsquote entspricht dem Anteil der Schülerinnen und Schüler in Förderschulen an den Schülern mit Vollzeitschulpflicht (1. bis 10. Jahrgangsstufe und Förderschulen).*

1) Nachfolgestaaten Jugoslawiens: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien und Montenegro, Slowenien

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik, eigene Berechnungen

Tab. D3-1A: Ganztagsschulen im Primar- und Sekundarbereich I in öffentlicher und freier Trägerschaft 2002 bis 2008 nach Schularten und Organisationsmodell

Schulart/Organisationsmodell			2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Veränderung seit 2002 in %
GR	Zusammen	Anzahl	1.757	2.106	2.766	3.912	4.878	5.822	6.048	+244
Davon	Offen	in %	91,0	90,1	89,5	91,3	92,6	92,1	88,2	+234
	Teilweise gebunden		4,3	6,1	6,3	4,9	4,9	4,9	7,3	+480
	Voll gebunden		4,7	3,8	4,3	3,8	2,5	3,0	4,5	+230
OS	Zusammen	Anzahl	185	186	177	398	477	537	723	+291
Davon	Offen	in %	67,6	57,5	77,4	90,7	91,6	91,1	90,2	+422
	Teilweise gebunden		22,7	32,3	15,3	5,0	3,1	3,7	3,7	−36
	Voll gebunden		9,7	10,2	7,3	4,3	5,2	5,2	6,1	+144
HS	Zusammen	Anzahl	618	777	939	1.154	1.328	1.543	1.683	+172
Davon	Offen	in %	45,5	45,6	51,2	59,2	56,6	55,4	50,3	+201
	Teilweise gebunden		22,3	28,2	27,7	18,1	17,0	18,0	20,7	+152
	Voll gebunden		32,2	26,3	21,1	22,7	26,4	26,6	29,0	+145
RS	Zusammen	Anzahl	288	330	400	534	551	647	644	+124
Davon	Offen	in %	74,3	64,5	69,5	81,1	78,6	77,3	79,0	+138
	Teilweise gebunden		10,4	19,4	16,8	7,9	9,8	11,4	12,1	+160
	Voll gebunden		15,3	16,1	13,8	11,0	11,6	11,3	8,9	+30
SMBG	Zusammen	Anzahl	329	504	553	487	576	727	845	+157
Davon	Offen	in %	93,3	86,7	86,3	69,2	69,3	70,2	59,4	+64
	Teilweise gebunden		5,5	12,1	12,3	18,3	19,6	18,8	27,6	+1194
	Voll gebunden		1,2	1,2	1,4	12,5	11,1	11,0	13,0	+2650
GY	Zusammen	Anzahl	386	499	644	725	820	942	1.056	+244
Davon	Offen	in %	68,9	66,9	71,6	73,1	73,5	75,2	75,8	+234
	Teilweise gebunden		8,5	8,6	9,2	9,4	9,8	9,4	11,3	+480
	Voll gebunden		22,5	24,4	19,3	17,5	16,7	15,4	13,0	+230
IGS	Zusammen	Anzahl	488	493	503	524	539	552	579	+244
Davon	Offen	in %	17,2	17,0	19,5	26,1	28,8	28,6	37,1	+234
	Teilweise gebunden		8,6	11,4	6,2	5,5	5,8	8,5	9,8	+480
	Voll gebunden		74,2	71,6	74,4	68,3	65,5	62,9	53,0	+230
FWS	Zusammen	Anzahl	30	40	63	59	88	90	92	+244
Davon	Offen	in %	26,7	40,0	41,3	59,3	67,0	68,9	64,1	+234
	Teilweise gebunden		33,3	30,0	4,8	8,5	18,2	17,8	18,5	+480
	Voll gebunden		40,0	30,0	54,0	32,2	14,8	13,3	17,4	+230
FÖ	Zusammen	Anzahl	1.315	1.333	1.432	1.597	1.744	1.897	1.940	+48
Davon	Offen	in %	28,2	26,0	33,9	38,4	42,4	44,2	46,6	+144
	Teilweise gebunden		2,1	3,6	3,5	4,0	4,1	4,1	6,8	+368
	Voll gebunden		69,7	70,4	62,6	57,6	53,4	51,7	46,6	−1

Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik, eigene Berechnungen

Tab. D3-2A: Ganztagsschulen* im Primar- und Sekundarbereich I in öffentlicher und freier Trägerschaft 2008 nach Ländern

Land	Insgesamt		Davon			
			In öffentlicher Trägerschaft		In freier Trägerschaft	
	Anzahl	in % aller Verwaltungseinheiten*	Anzahl	in % aller Verwaltungseinheiten*	Anzahl	in % aller Verwaltungseinheiten*
D	11.825	41,7	10.799	41,4	1.026	44,8
BW	915	22,1	746	19,6	169	49,1
BY	969	24,1	723	20,5	246	50,0
BE	619	79,0	549	79,8	70	72,9
BB	419	49,4	340	46,3	79	69,3
HB	51	27,7	50	30,5	1	5,0
HH	172	43,5	148	43,0	24	47,1
HE[1)]	531	•	531	30,2	•	•
MV	221	37,8	182	34,8	39	62,9
NI[1)]	655	•	655	22,3	•	•
NW	3.732	60,9	3.609	62,2	123	37,3
RP	571	35,3	520	34,1	51	53,7
SL	281	91,2	261	91,3	20	90,9
SN	1.410	95,3	1.289	97,4	121	77,6
ST[1)]	206	•	206	23,5	•	•
SH	366	35,4	350	36,5	16	21,6
TH	707	77,9	640	76,7	67	91,8

** Ganztagsschulen werden in dieser Darstellung als so genannte Verwaltungseinheiten erfasst. Schulzentren, an denen mehrere Schularten vorgehalten werden, werden so nur einmal als Ganztagsschule ausgewiesen, um Mehrfachzählungen von Schulstandorten zu vermeiden.*
1) In einer Reihe von Ländern liegen keine Angaben über Ganztagsschulen in freier Trägerschaft vor.

Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik

Tab. D3-3A: Anteil der Schulen mit Ganztagsbetrieb im Primar- und Sekundarbereich I in öffentlicher und freier* Trägerschaft an allen Schulen 2008 nach Schularten und Ländern (in %)

Land	GR	OS	HS	RS	SMBG	GY	IGS	FWS	FÖ
	in % aller Schulen der jeweiligen Schulart								
D	36,9	68,3	39,3	24,5	62,0	34,4	82,0	45,1	58,8
BW	8,9	100,0	29,2	15,3	X	33,8	100,0	20,0	45,1
BY	13,5	100,0	29,6	30,8	X	25,7	50,0	20,0	51,7
BE*	96,8	97,1	•	•	X	•	98,1	100,0	85,9
BB	41,4	41,1	X	X	60,0	48,0	72,1	100,0	59,8
HB*	•	X	•	•	•	•	•	33,3	•
HH*	15,0	•	37,7	29,1	39,7	96,0	44,7	–	71,1
HE*	•	•	•	•	X	•	•	•	•
MV	4,3	X	X	X	66,7	55,6	95,0	66,7	25,2
NI*	•	X	•	•	•	•	•	•	•
NW	81,1	X	45,7	4,1	X	4,6	96,3	87,5	63,8
RP	22,3	X	58,5	31,6	64,6	28,7	64,0	75,0	84,4
SL	95,0	X	–	–	90,2	88,6	94,7	50,0	63,4
SN	98,6	X	X	X	91,3	88,8	X	100,0	91,8
ST*	•	X	X	X	•	•	•	•	•
SH*	•	X	32,3	45,7	40,0	•	64,0	90,9	•
TH	100,0	X	X	X	48,2	23,7	71,4	100,0	100,0

** In einer Reihe von Ländern liegen keine Angaben über Ganztagsschulen in freier Trägerschaft vor, so dass auf die Berechnung des Anteils an allen Schulen verzichtet werden muss.*

Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik

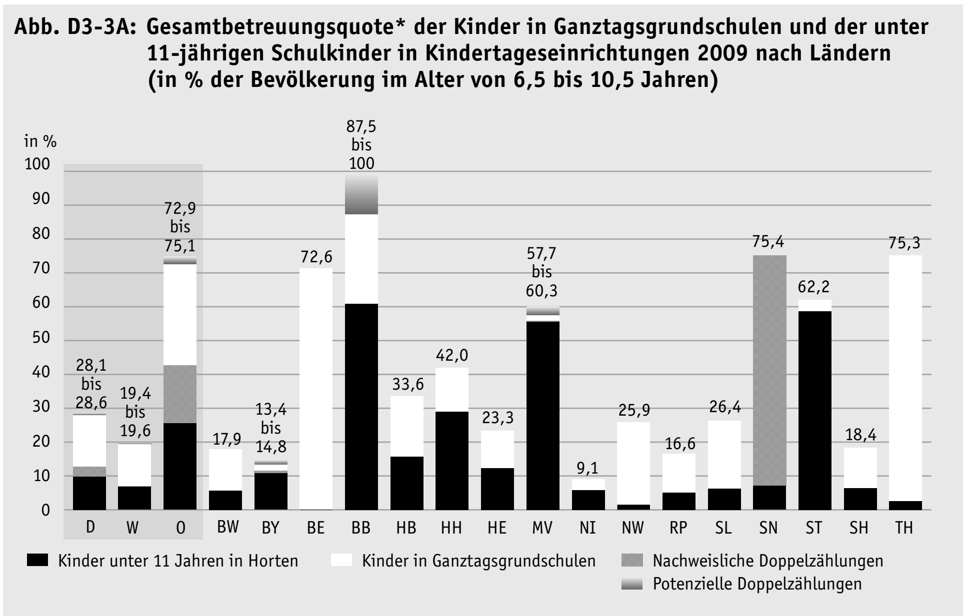
Tab. D3-4A: Anteil der Schülerinnen und Schüler im Ganztagsbetrieb im Primar- und Sekundarbereich I in öffentlicher und freier Trägerschaft 2008 nach Schularten und Ländern (in %)

Land	GR	OS	HS	RS	SMBG	GY	IGS	FWS	FÖ	Insgesamt
	in % aller Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulart									
D	18,9	31,1	27,0	12,4	40,5	19,7	76,9	20,3	42,2	24,1
BW	12,5	100,0	43,6	14,6	X	34,8	100,0	17,4	53,5	24,4
BY	3,3	49,9	5,7	3,7	X	3,6	35,9	4,1	17,9	4,6
BE*	69,8	20,8	•	•	X	•	92,9	36,5	48,4	43,5
BB	36,1	33,3	X	X	53,9	29,9	60,5	72,5	42,8	38,9
HB*	•	X	•	•	•	•	•	18,0	•	•
HH*	14,4	•	36,4	26,3	47,3	97,7	32,7	–	66,8	45,2
HE*	•	•	•	•	X	•	•	•	•	•
MV	3,4	X	X	X	55,1	51,2	90,3	35,6	17,8	31,3
NI*	•	X	•	•	•	•	•	•	•	•
NW	24,5	X	31,1	3,3	X	3,3	97,5	26,9	39,7	25,4
RP	11,3	X	30,4	5,7	23,9	5,8	23,5	39,0	69,6	14,5
SL	20,7	X	–	–	6,2	6,0	0,0	10,5	36,2	13,5
SN	70,8	X	X	X	58,4	72,0	X	100,0	96,9	69,4
ST*	•	X	X	X	•	•	•	•	•	•
SH*	•	X	24,4	20,7	26,4	•	57,3	33,1	•	20,2
TH	68,2	X	X	X	30,7	9,6	74,0	100,0	100,0	51,7

* *In einer Reihe von Ländern liegen keine Angaben über Ganztagsschulen in freier Trägerschaft vor, so dass auf die Berechnung des Anteils an allen Schülerinnen und Schülern verzichtet werden muss.*

Quelle: Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik

Abb. D3-3A: Gesamtbetreuungsquote* der Kinder in Ganztagsgrundschulen und der unter 11-jährigen Schulkinder in Kindertageseinrichtungen 2009 nach Ländern (in % der Bevölkerung im Alter von 6,5 bis 10,5 Jahren)



* *In den Ländern BY, BB, MV und SN kommt es zu Doppelerfassungen von Kindern in der Kinder- und Jugendhilfestatitsik (Horte) und in der KMK-Statistik (Ganztagsschule). Ihre Anzahl kann in BY, BB und MV trotz intensiver Recherchen nur annäherungsweise abgeschätzt werden.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik 2009; Sekretariat der KMK (2010), Allgemeinbildende Schulen in Ganztagsform in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland; Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Schulstatistik 2008/09; Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg, Sonderauswertung der Schüler mit Teilnahme am Ganztagsbetrieb 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D4-1A: Lehrkräfte* in allgemeinbildenden Schulen 2008/09 nach Altersgruppen und Ländern

Land	Lehrkräfte insgesamt	Davon				
		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				ohne Angabe
		Unter 30	30–40	40–50	50 und älter	
	Anzahl	in % aller Lehrkräfte				
Deutschland	664.288	5,0	21,1	24,6	49,0	0,4
Westdeutschland	540.961	5,8	23,6	21,4	48,8	0,5
Ostdeutschland	123.327	1,3	10,0	38,7	50,0	0,0
Baden-Württemberg	94.145	7,9	23,1	18,1	49,6	1,4
Bayern	94.745	6,3	25,2	24,1	44,4	0,0
Berlin	25.455	1,2	11,6	32,3	54,8	0,0
Brandenburg	18.277	0,7	9,3	41,0	49,0	0,0
Bremen	5.346	5,5	20,4	21,1	53,1	0,0
Hamburg	13.370	2,7	20,5	21,5	46,6	8,7
Hessen	48.717	6,3	23,8	23,3	46,6	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	11.194	0,9	10,7	44,3	44,1	0,0
Niedersachsen	68.481	5,2	22,8	20,2	51,8	0,0
Nordrhein-Westfalen	151.721	4,1	22,5	22,2	51,2	0,0
Rheinland-Pfalz	34.546	8,4	28,0	19,1	44,6	0,0
Saarland	7.121	5,2	24,8	18,3	51,7	0,0
Sachsen	30.390	1,8	10,1	40,4	47,7	0,0
Sachsen-Anhalt	18.901	1,0	9,3	39,8	49,9	0,0
Schleswig-Holstein	22.769	5,0	23,1	23,0	48,9	0,0
Thüringen	19.110	1,5	8,6	38,2	51,8	0,0

* *Ohne stundenweise beschäftigte Lehrkräfte*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D4-2A: Lehrkräfte in allgemeinbildenden Bildungsgängen* 2008/09 nach Geschlecht, Beschäftigungsumfang und Ländern

Land	Insgesamt	Lehrkräfte							
		Davon		Davon					
		Männlich	Weiblich	Hauptberufliche Lehrkräfte				Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte	
				Vollzeitbeschäftigt		Teilzeitbeschäftigt			
				Zusammen	Anteil weiblich	Zusammen	Anteil weiblich	Zusammen	Anteil weiblich
	Anzahl	in % aller Lehrkräfte							
D	773.930	31,3	68,7	52,6	57,6	35,9	85,5	11,5	67,5
W	639.822	33,4	66,6	52,0	53,7	35,2	85,4	12,8	67,4
O	134.108	21,1	78,9	55,1	74,9	39,3	86,0	5,6	68,6
BW	117.896	34,9	65,1	44,3	49,3	38,8	84,6	16,9	61,9
BY	123.830	34,6	65,4	48,9	49,6	29,9	88,9	21,2	68,5
BE	28.072	26,6	73,4	69,9	69,2	23,5	85,9	6,7	73,4
BB[1)]	19.412	19,6	80,4	44,6	77,1	49,6	85,8	5,8	60,0
HB	6.121	34,3	65,7	51,1	53,1	39,2	81,9	9,7	65,9
HH	14.461	33,2	66,8	52,8	54,5	42,1	80,7	5,1	77,8
HE	58.977	33,6	66,4	53,9	56,6	32,4	84,7	13,8	61,7
MV	12.019	17,8	82,2	26,8	77,8	68,8	84,7	4,4	69,7
NI	75.343	32,6	67,4	53,3	53,8	40,8	84,3	5,9	73,4
NW	168.344	31,8	68,2	58,2	56,8	34,0	85,9	7,9	76,3
RP	41.783	33,4	66,6	49,1	58,0	35,4	80,2	15,5	62,8
SL	7.845	38,6	61,4	71,2	52,3	24,8	90,0	4,0	44,8
SN	33.694	20,7	79,3	57,6	75,1	36,3	88,9	6,1	62,0
ST	19.912	18,5	81,5	65,6	81,2	31,2	83,2	3,2	71,7
SH	25.222	31,4	68,6	52,9	53,2	40,0	87,8	7,1	75,8
TH	20.999	20,0	80,0	47,4	74,8	46,7	85,6	5,9	78,4

** Allgemeinbildende Schulen zuzüglich Fachgymnasien, Fachoberschulen, Berufs-/Technische Oberschulen*
1) Ohne Lehrkräfte an Fachgymnasien, Fachoberschulen und Berufsober-/Technischen Oberschulen

Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Tab. D4-3A: Personen mit Migrationshintergrund unter den Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss und unter den Lehrkräften

Migrationshintergrund	Bevölkerung insgesamt	Darunter						
		Lehrkräfte insgesamt	Davon					Sonstige Erwerbstätige mit (Fach-) Hochschulabschluss
			Allgemeinbildende Schulen				Berufliche Schulen	
			Primarbereich	Sekundarbereich I	Sekundarbereich II	Förderschulen		
	in Tsd.							
Insgesamt	82.135	667	167	159	199	53	90	6.157
Ohne Migrationshinterrgund	66.569	635	159	152	190	52	82	5.219
Mit Migrationshintergrund	15.566	31	8	7	9	/	8	937
	in %							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Ohne Migrationshinterrgund	81,0	95,3	95,4	95,9	95,6	98,5	91,5	84,8
Mit Migrationshintergrund	19,0	4,7	4,6	4,1	4,4	/	8,5	15,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008

Tab. D4-4A: Teilnahme an Fortbildungen durch Lehrkräfte innerhalb der letzten 18 Monate nach Umfang (in % der Befragten)

Merkmale der Lehrkräfte	Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen an ... bis ... Tagen						
	0	1–10	11-20	21–30	31–40	41–50	mehr als 50
	in %						
Geschlecht							
Männlich	10,4	57,4	13,2	4,2	1,4	0,3	13,2
Weiblich	5,6	59,0	16,2	3,6	1,4	0,7	13,5
Insgesamt	6,7	58,6	15,5	3,7	1,4	0,6	13,4
Alter							
Unter 30-Jährige	17,6	54,1	15,3	1,2	0,0	0,0	11,8
30- bis unter 50-Jährige	4,5	57,1	18,3	3,7	1,0	0,5	14,9
50-Jährige und älter	7,9	60,1	13,0	4,1	2,0	0,8	12,1
Insgesamt	6,8	58,3	15,7	3,8	1,4	0,6	13,4
Ausbildung							
Lehramt der Grundschule	13,6	53,0	12,1	7,6	1,5	0,0	12,1
Übergreifende Lehrämter des Primarbereichs	8,3	62,6	15,4	2,8	1,2	0,4	9,4
Lehrämter Sekundarbereich I	5,8	58,4	16,6	3,8	1,1	0,5	13,7
Lehrämter Sekundarbereich II (Gymnasium)	5,7	56,8	15,8	4,5	1,5	0,8	14,9
Lehrämter Sekundarbereich II (berufliche Schulen)	5,6	50,0	5,6	16,7	5,6	0,0	16,7
Sonderpädagogische Lehrämter	16,7	33,3	33,3	0,0	0,0	0,0	16,7
Insgesamt	9,3	52,3	16,5	5,9	1,8	0,3	13,9
Dauer der Berufstätigkeit							
Weniger als 5 Jahre	10,4	57,0	15,6	2,2	1,1	0,4	13,3
5 bis 15 Jahre	5,2	56,3	18,2	4,9	1,2	0,3	13,8
Mehr als 15 Jahre	6,3	59,7	14,7	3,5	1,6	0,8	13,5
Insgesamt	6,8	58,5	15,6	3,6	1,4	0,6	13,5
Beschäftigungsumfang							
Vollzeitbeschäftigt	6,6	58,5	15,8	3,9	1,5	0,5	13,2
Teilzeitbeschäftigt	7,2	57,2	15,6	3,3	1,5	0,9	14,3
Stundenweise beschäftigt	16,7	33,3	0,0	16,7	0,0	0,0	33,3
Insgesamt	6,8	58,0	15,7	3,8	1,5	0,6	13,6

Quelle: IQB, Lehrerbefragung im Kontext der Überprüfung der Bildungsstands in den Fächern Deutsch und Englisch 2009

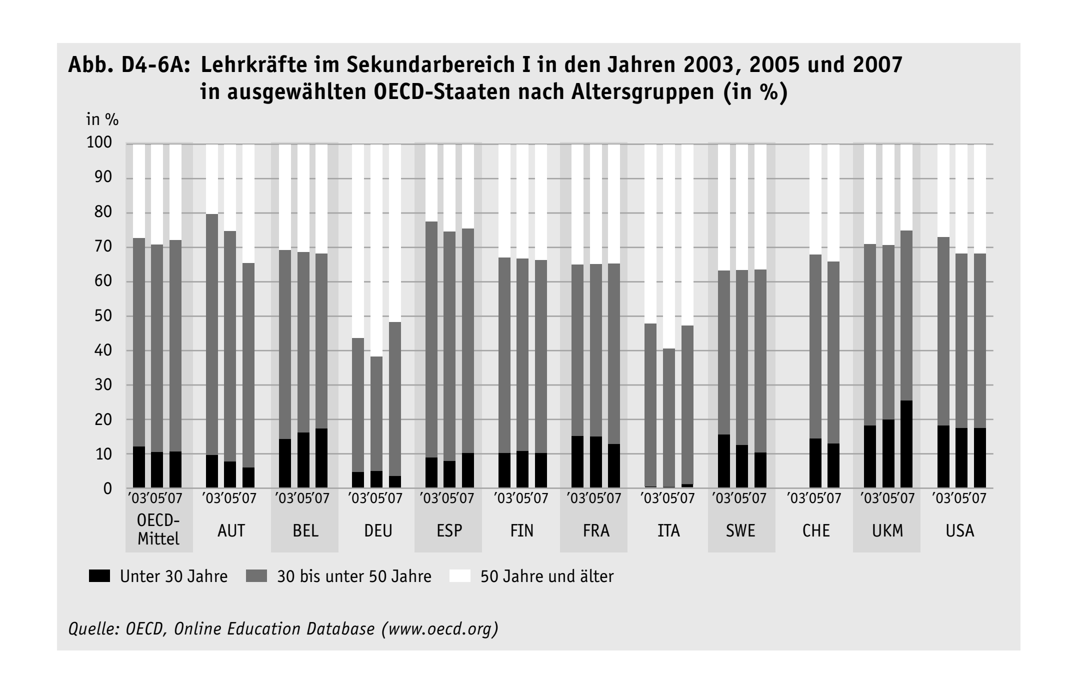
Tab. D4-5A: Weiterbildungsbeteiligung von Lehrkräften der Fächer Deutsch und Englisch in den letzten fünf Jahren nach Themen, 2009 (in%)

Themen der Fortbildungsveranstaltungen[1]	Teilnahme mindestens fünfmal in den letzten fünf Jahren	Keine Teilnahme in den letzten fünf Jahren
	in %	
Neue Lehr- und Lernformen/effektiver Unterricht	5,2	18,2
Inhaltliche Fortbildung zu: Leseverständnis und -strategien	3,3	32,9
Besuche anderer Schulen	12,1	33,3
Unterricht von leistungsheterogenen Gruppen/ differenzierter Unterricht	4,2	39,6
Fachdidaktische Fortbildung zu: Leseverständnis und -strategien	4,5	40,2
Klassenführung und Umgang mit Verhaltensproblemen	1,5	44,7
Aktuelles Wissen über Kinder und Jugendliche	2,6	48,6
Zusammenarbeit mit einem Lehrernetzwerk	7,2	59,4
Aufstellen von individuellen Förderplänen/Fördermaßnahmen	2,9	61,1
Wissenschaftliche Kolloquien/Konferenzen	2,3	62,5
Fortbildung zu: Beratung von Schülern und Eltern	4,0	71,2
Nach- und Zusatz-Qualifikationsprogramme	2,4	77,5
Teilnahme an einem Mentorenprogramm/Programm der kollegialen Supervision/Coaching	8,9	78,9

1) Frageformulierung: Wie oft haben Sie in den letzten fünf Jahren an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen? Antwortmöglichkeiten: Nicht in den letzten fünf Jahren, einmal, zwei- bis viermal, mindestens fünfmal

Quelle: IQB, Lehrerbefragung im Kontext der Überprüfung der Bildungsstands in den Fächern Deutsch und Englisch 2009

Abb. D4-6A: Lehrkräfte im Sekundarbereich I in den Jahren 2003, 2005 und 2007 in ausgewählten OECD-Staaten nach Altersgruppen (in %)



Quelle: OECD, Online Education Database (www.oecd.org)

Tab. D5-1A: Engagementquote der 14- bis 19-Jährigen 2009 nach Geschlecht, Migrationshintergrund, Alters- und Ländergruppen (in %)

Nach Personengruppen	Insgesamt	Engagementquote
	Anzahl	in %
Geschlecht		
Männlich	772	35,4
Weiblich	734	36,8
Altersgruppen		
14–15 Jahre	341	29,6
16–17 Jahre	602	34,4
18–19 Jahre	563	41,7
Migrationshintergrund		
Kein Elternteil im Ausland geboren	1.218	39,0
Mind. ein Elternteil im Ausland geboren	290	23,8
Ländergruppe		
Westdeutschland	1.231	37,0
Ostdeutschland	275	32,0

Quelle: Freiwilligensurvey 2009, Sonderauswertungen durch TNS Infratest

Tab. D5-2A: Engagementquote der 14- bis 19-jährigen Schülerinnen und Schüler 2004 und 2009 nach besuchter Schulart und Besuch von Ganztags- oder Halbtagsschule (in %)*

Schulart Halb- oder Ganztagsschule	Engagementquote	Schüler	Engagementquote	Schüler
	2004		2009	
	in %	Anzahl	in %	Anzahl
Schularten insgesamt	**38,4**	**837**	**37,3**	**1.062**
Davon:				
Hauptschule	23,4	94	20,5	117
Realschule	37,2	250	31,9	235
Gymnasium	44,7	394	47,4	586
G9 (neunjähriges Gymnasium)	–	–	52,4	357
G8 (achtjähriges Gymnasium)	–	–	42,9	196
Integrierte Gesamtschule	25,5	55	(0,0)	(6)
Sekundarschule / Mittelschule	(44,4)	(9)	20,0	85
Förderschule	(22,2)	(9)	(10,0)	(10)
Sonstige Schularten	(42,3)	(26)	(8,7)	(23)
Ganztagsschule	36,5	85	29,0	199
Halbtagsschule	38,6	752	39,4	858

* *Die Werte in Klammern sind aufgrund zu kleiner Fallzahlen nicht interpretierbar.*

Quelle: Freiwilligensurvey 2004 und 2009, Sonderauswertungen durch TNS Infratest, eigene Berechnungen

Tab. D5-3A: Freiwilliges Engagement der 14- bis 19-Jährigen 1999, 2004 und 2009 nach ausgewählten Tätigkeitsbereichen

Engagementbereich[1]	1999		2004		2009	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Sport/Bewegung	178	15,1	173	14,7	179	11,8
Schule/Kindergarten	92	7,8	120	10,2	144	9,6
Kirche/Religion[2]	71	5,8	88	7,5	134	8,9
Kultur/Musik	69	5,9	59	5,0	64	4,3
Unfall/Rettungsdienst/Feuerwehr	69	4,0	54	4,6	55	3,7
Freizeit/Geselligkeit	47	6,0	48	4,1	42	2,8
Jugendarbeit/Erwachsenenbildung	25	1,5	33	2,8	38	2,5
Sozialer Bereich	20	1,8	22	1,8	33	2,2
Umwelt/Natur- und Tierschutz	21	2,1	22	1,9	23	1,5
Politik	8	1,7	13	1,1	23	1,5
Gesundheitsbereich	7	0,6	3	0,3	11	0,7
Sonstige bürgerschaftliche Aktivität	17	0,5	13	1,1	10	0,7
Justiz/Kriminalität	5	0,4	0	0,0	3	0,2
Berufliche Interessenvertretung	6	0,6	2	0,1	1	0,1

1) Die Engagementbereiche entsprechen den Kategorien des Freiwilligensurveys.
2) Der Anstieg im Bereich Kirche/religiöse Vereinigung ist auf Umkodierung einiger unplausibler Angaben zurückzuführen.

Quelle: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009, Sonderauswertungen durch TNS Infratest, eigene Berechnungen

Tab. D5-4A: Zugänge zu Freiwilligendiensten, geförderte Plätze aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) und Dienstantritte von Zivildienstleistenden in Freiwilligendiensten 2002 bis 2009

Jahr	Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)						
	Zugänge zum FSJ[1]	Davon geförderte Plätze aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) pro Jahr			Davon Dienstantritte von Zivildienstleistenden im FSJ[2]		
	Insgesamt	Zusammen	Inland	Ausland	Zusammen	Inland	Ausland
2002/03	15.985	13.277	13.120	157	1.218	1.009	209
2003/04	21.314	13.387	13.211	176	2.948	2.503	445
2004/05	25.934	13.624	13.442	182	3.413	2.713	700
2005/06	29.378	13.734	13.476	258	3.791	3.000	791
2006/07	32.481	16.010	15.694	316	4.550	3.577	1.006
2007/08	35.144	16.365	15.995	400	5.425	4.327	1.098
2008/09	37.748	16.420	16.001	419	5.991	4.755	1.236
Jahr	Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ)						
	Zugänge zum FÖJ[1]	Davon geförderte Plätze aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans (KJP) pro Jahr			Davon Dienstantritte von Zivildienstleistenden im FSJ[2]		
	Insgesamt	Zusammen	Inland	Ausland	Zusammen	Inland	Ausland
2002/03	1.675	1.631	1.631	–	44	44	–
2003/04	1.835	1.709	1.709	–	126	126	–
2004/05	1.995	1.790	1.764	26	205	202	3
2005/06	2.101	1.871	1.841	30	230	225	5
2006/07	2.413	2.128	2.092	36	285	276	9
2007/08	2.547	2.248	2.211	37	299	287	12
2008/09	2.468	2.170	2.138	32	298	287	11

1) FSJ: Im FSJ gibt es Plätze, die aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans gefördert werden, nicht geförderte Plätze sowie vom Bund geförderte FSJ-Plätze für Zivildienstpflichtige. Im FÖJ werden alle Plätze entweder aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans oder vom Bund gefördert (FÖJ-Plätze für Zivildienstpflichtige).
2) Berechnungsgrundlage: Ein Platz entspricht zwölf Teilnahmemonaten ab Beginn des Förderjahrgangs (jeweils August bis Juli des folgenden Jahres).

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundesamt für den Zivildienst; Bundesarbeitskreis Freiwilliges Soziales Jahr

Tab. D5-5A: Anteil der Viertklässler, die außerhalb der Schule Zusatzunterricht zur Leistungsverbesserung nutzen, 2007 nach Geschlecht, sozioökonomischem Status, Migrationshintergrund und zu Hause gesprochener Sprache (in %)*

Personengruppen	Durch Nachhilfeschulen und -lehrer	Durch die Familie
	in %[1]	
Insgesamt (N = 3127)	**12,7 (0,6)**	**71,1 (1,0)**
Kurzfristig	6,0 (0,5)	40,7 (1,1)
Langfristig	6,7 (0,5)	30,4 (0,9)
Geschlecht		
Männlich	13,9 (0,8)	71,4 (1,3)
Weiblich	11,5 (0,9)	70,7 (1,3)
Sozioökonomischer Status[2]		
Niedrig	13,7 (0,8)	72,1 (1,5)
Hoch	8,9 (1,0)	69,4 (1,2)
Migrationshintergrund		
Kein Elternteil im Ausland geboren	10,8 (0,7)	71,6 (1,1)
Mind. ein Elternteil im Ausland geboren	17,7 (1,8)	68,1 (2,1)
Zu Hause gesprochene Sprache		
Deutsch	10,8 (0,7)	71,2 (1,1)
Nicht nur Deutsch	17,1 (1,5)	69,3 (1,8)

* *Die Berechnungen wurden mit dem internationalen Datensatz durchgeführt, dem Variablen der nationalen Elternbefragung zugespielt wurden, die vom Institut für Schulentwicklungsforschung bereitgestellt wurden.*

1) Standardfehler in Klammern

2) Der sozioökonomische Status wird anhand der Erikson-Goldthorpe-Portocarero-Klassen (EGP-Klassen) erfasst. Hier wird der Beruf der Eltern als Indikator für den sozioökonomischen Status herangezogen. Niedrig = EGP-Klassen 3–6, Hoch = EGP-Klassen 1–2

Quelle: IEA, TIMSS 2007, eigene Berechnungen

Tab. D5-6A: Anteil der 15-jährigen Schüler, die Nachhilfe nutzen, 2006 nach Geschlecht, sozioökonomischen Status, Migrationshintergrund und Schulart (in %)

Nach Personengruppen	Nutzung von Nachhilfe durch externe Lehrer, die nicht an der eigenen Schule unterrichten
	in %[1]
Insgesamt	27,7 (0,7)
Geschlecht	
Männlich	27,9 (1,0)
Weiblich	27,6 (1,0)
Sozioökonomischer Status[2]	
Niedrig	23,4 (1,4)
Mittel	28,5 (1,0)
Hoch	29,9 (1,5)
Migrationshintergrund	
Kein Elternteil im Ausland geboren	27,2 (0,8)
Mind. ein Elternteil im Ausland geboren	28,7 (2,0)
Zu Hause gesprochene Sprache	
Deutsch	26,2 (0,8)
Nicht nur Deutsch	34,4 (2,7)
Schulart	
Hauptschule	27,1 (1,6)
Realschule	33,4 (1,5)
Schule mit mehreren Bildungsgängen	20,2 (2,1)
Gymnasium	26,9 (1,2)
Integrierte Gesamtschule	32,0 (2,6)

1) Standardfehler in Klammern
2) Höchster beruflicher Status der Eltern (HISEI-Quartile, vgl. Glossar)

Quelle: PISA 2006 International, eigene Berechnungen

Tab. D6-1A: Kennwerte zur Lesekompetenz von 15-Jährigen 2006 und Veränderungen zwischen 2000, 2003 und 2006* nach Geschlecht und Ländern (in PISA-Kompetenzpunkten)

Land	2006						Veränderung* zwischen		
	Insgesamt		Mädchen	Jungen	5. Perzentil	95. Perzentil	2000 und 2003	2003 und 2006	2000 und 2006
	Mittelwert (Standardabweichung)		Mittelwert						
	in PISA-Kompetenzpunkten								
OECD	492	(99)	511	473	317	642	•	•	•
D	495	(112)	517	475	299	657	•	•	•
BW	500	(112)	514	486	301	653	+7	−7	+0
BY	511	(108)	531	494	314	661	+8	−7	+1
BE	488	(121)	502	474	272	661	•	+7	•
BB	486	(123)	510	463	272	668	*+19*	+8	*+27*
HB	474	(117)	496	453	271	645	*+19*	+7	*+26*
HH	476	(124)	491	462	256	655	•	−2	•
HE	492	(117)	508	477	284	659	+8	+8	+16
MV	480	(112)	499	462	293	641	+6	+7	+13
NI	484	(108)	508	459	296	638	+7	+3	+10
NW	490	(115)	512	469	290	655	−2	+10	+8
RP	499	(112)	521	474	305	658	0	*+14*	+14
SL	497	(104)	509	485	322	646	+1	*+12*	*+13*
SN	512	(103)	533	490	343	654	+13	+8	*+21*
ST	487	(116)	509	467	276	650	*+27*	+5	+32
SH	485	(115)	504	466	286	651	+10	−3	+7
TH	500	(110)	521	477	312	651	+12	+6	+18

** Signifikante Veränderungen sind kursiv gekennzeichnet.*

Quelle: PISA Konsortium Deutschland (2008), PISA 2006

Tab. D6-2A: Mittlere Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern im Alter von 15 Jahren und in der 4. Jahrgangsstufe nach Migrationshintergrund 2006 (in Kompetenzpunkten der jeweiligen Testskala)

Land	15-Jährige					4. Jahrgangsstufe					
	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund				Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund			
		Ein Elternteil im Ausland geboren	Beide Eltern im Ausland geboren	Davon				Ein Elternteil im Ausland geboren		Beide Eltern im Ausland geboren	
				Zweite Generation	Erste Generation						
	Mittelwert in PISA-Kompetenzpunkten					Mittelwert (Standardabweichung) in IGLU-Kompetenzpunkten					
BW	527	496	451	450	453	569	(8)	542	(11)	507	(12)
BY	534	508	448	451	442	575	(4)	556	(8)	509	(12)
BE	525	483	419	415	430	552	(10)	517	(13)	504	(9)
HB[1]	(511)	(484)	(438)	(442)	(431)	551	(6)	539	(13)	509	(10)
HH[1]	(526)	(494)	(444)	(444)	(446)	555	(7)	543	(8)	514	(8)
HE	524	506	441	448	431	564	(6)	536	(11)	504	(8)
NI	504	475	444	425	460	561	(5)	545	(14)	526	(6)
NW	513	509	478	472	489	558	(5)	550	(10)	531	(7)
RP	530	509	449	450	449	568	(4)	551	(12)	505	(10)
SL	516	494	460	465	455	560	(5)	545	(11)	514	(14)
SH	508	489	444	443	445	562	(4)	566	(12)	527	(10)
ÖFL[2]	512	511	444	•	•	560	(3)	542	(12)	529	(8)

1) Eingeschränkter Aussagewert aufgrund eines erheblichen Anteils fehlender Daten bei PISA 2006
2) Aufgrund geringer Stichprobengröße der Schüler mit Migrationshintergrund werden die Angaben der einzelnen ostdeutschen Flächenländer zusammengefasst.

Quelle: PISA Konsortium Deutschland (2008), PISA 2006; IGLU-E 2006, Sonderauswertung des IFS

Tab. D6-3A: Kennwerte zur Lesekompetenz von Schülerinnen und Schülern der 4. Jahrgangsstufe 2006 nach Geschlecht und Ländern (in IGLU-Kompetenzpunkten)

Land	Insgesamt		Mädchen	Jungen	Differenz zwischen 5. und 95. Perzentil
	Mittelwert (Standardabweichung)		Mittelwert		
	in IGLU-Kompetenzpunkten				
Deutschland	548	(67)	551	544	218
Baden-Württemberg	550	(65)	555	545	215
Bayern	562	(62)	566	559	202
Berlin	525	(76)	524	526	256
Brandenburg	540	(74)	548	532	245
Bremen	522	(67)	527	518	233
Hamburg	528	(69)	530	526	234
Hessen	536	(69)	537	536	225
Mecklenburg-Vorpommern	553	(71)	557	550	240
Niedersachsen	544	(70)	550	539	230
Nordrhein-Westfalen	543	(67)	546	541	214
Rheinland-Pfalz	554	(59)	557	552	198
Saarland	550	(61)	557	543	209
Sachsen	556	(62)	565	549	207
Sachsen-Anhalt	555	(59)	564	546	190
Schleswig-Holstein	544	(70)	547	541	235
Thüringen	564	(59)	568	559	204

Quelle: Bos et al. (2008), IGLU-E 2006

Tab. D6-4A: Kennwerte zur mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenz von Schülerinnen und Schülern der 4. Jahrgangsstufe 2006 nach Geschlecht und Staaten (in TIMSS-Kompetenzpunkten)

Land	Mathematische Kompetenz				Naturwissenschaftliche Kompetenz			
	Insgesamt		Mädchen	Jungen	Insgesamt		Mädchen	Jungen
	Mittelwert (Standardabweichung)		Mittelwert		Mittelwert (Standardabweichung)		Mittelwert	
	in TIMSS-Kompetenzpunkten							
Australien	516	(67)	513	519	527	(80)	525	530
China (ohne Taiwan)	576	(69)	575	577	557	(77)	556	558
Dänemark	523	(71)	520	526	517	(77)	514	520
Deutschland	525	(68)	519	531	528	(79)	520	535
England	541	(86)	541	542	542	(80)	543	540
Hongkong	607	(67)	605	609	554	(68)	553	556
Italien	507	(77)	499	514	535	(81)	529	541
Japan	568	(67)	568	568	548	(70)	548	547
Kasachstan	549	(84)	553	545	533	(74)	533	532
Lettland	537	(72)	539	536	542	(67)	545	539
Litauen	530	(76)	530	530	514	(65)	516	512
Neuseeland	492	(86)	492	493	504	(90)	506	502
Niederlande	535	(61)	530	540	523	(60)	518	528
Norwegen	473	(76)	470	477	477	(77)	475	478
Österreich	505	(68)	498	512	526	(77)	519	532
Russische Föderation	544	(83)	548	540	546	(81)	548	544
Schottland	494	(79)	490	499	500	(76)	500	501
Schweden	503	(66)	499	506	525	(74)	526	524
Slowakische Republik	496	(85)	493	499	526	(87)	521	530
Slowenien	502	(71)	499	504	518	(76)	518	518
Tschechische Republik	486	(71)	483	489	515	(76)	511	518
Ungarn	510	(91)	508	511	536	(85)	535	538
Vereinigte Staaten	529	(75)	526	532	539	(84)	536	541

Quelle: Bos et al. (2008), TIMSS 2007

Tab D7-1A: Absolventinnen und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen und insgesamt (einschließlich beruflicher Schulen) 2004 bis 2008 nach Abschlussarten (in % der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter)*

Abschlussart	2004		2006		2008	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Mit Hauptschulabschluss	246.237	25,3	237.247	24,7	210.311	24,4
einschließlich beruflicher Schulen	288.124	29,6	274.197	28,5	244.887	28,5
Mit Mittlerem Abschluss[1)]	419.790	43,9	398.176	41,0	373.500	40,5
einschließlich beruflicher Schulen	499.140	52,2	481.850	49,6	468.528	50,8
Mit Fachhochschulreife	11.683	1,3	14.260	1,5	14.179	1,4
einschließlich beruflicher Schulen	123.396	13,2	129.662	13,6	131.814	13,5
Mit allgemeiner Hochschulreife	226.395	24,3	244.018	25,5	266.550	27,2
einschließlich beruflicher Schulen	263.509	28,3	285.464	29,9	310.417	31,7
Absolventen insgesamt	904.105	X	893.701	X	864.540	X
einschließlich beruflicher Schulen	1.174.169	X	1.171.173	X	1.155.646	X

** Die Absolventenzahl wird auf die Wohnbevölkerung (am 31.12. des Vorjahres) im jeweils typischen Abschlussalter bezogen. Je nach Abschlussart werden unterschiedliche Altersjahrgänge zugrunde gelegt (Hauptschulabschluss: 15 bis unter 17 Jahre; Mittlerer Abschluss: 16 bis unter 18 Jahre; Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre).*

1) Mit Realschulabschluss oder gleichwertigem Abschluss

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik, Bevölkerungsstatistik

Tab. D7-2A: Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss und Abgängeranteil aus Förderschulen 2008 nach Ländern

Land	Ohne Hauptschulabschluss					Darunter aus Förderschulen					
	2006		2008			Insgesamt 2008		Darunter Förderschwerpunkt „Lernen" und „Geistige Entwicklung"		Darunter Mit Abschluss Förderschwerpunkt „Lernen"	
	Anzahl	in %[1)]	Anzahl	in %[1)]	in %[2)]	Anzahl	in %[3)]	Anzahl	in %[3)]	Anzahl	in %[3)]
D	75.897	7,9	64.918	7,5	{7,4}	35.451	54,6	28.739	37,9	22.701	35,0
W	56.071	7,4	50.147	6,8	{6,7}	27.031	53,9	20.881	37,2	17.661	35,2
O	19.826	9,9	14.771	12,3	{11,6}	8.420	57,0	7.858	39,6	5.040	34,1
BW	7.932	6,3	6.879	5,6	{5,6}	4.335	63,0	3.557	44,8	3.023	43,9
BY	10.463	7,2	9.043	6,4	{6,5}	4.556	50,4	4.009	38,3	2.625	29,0
BE	3.390	9,9	3.127	11,5	{10,6}	923	29,5	840	24,8	330	10,6
BB	3.555	10,7	2.448	13,0	{10,6}	1.509	61,6	1.486	41,8	929	37,9
HB	580	8,9	530	8,4	{8,2}	276	52,1	109	18,8	172	32,5
HH	1.802	11,2	1.349	8,7	{8,9}	639	47,4	469	26,0	–	–
HE	5.435	8,1	4.478	7,0	{7,0}	2.175	48,6	1.905	35,1	1.271	28,4
MV	2.768	12,1	2.063	16,8	{17,9}	1.320	64,0	1.233	44,5	847	41,1
NI	7.749	8,2	6.780	7,3	{7,4}	3.808	56,2	721	9,3	2.860	42,2
NW	14.444	6,8	14.296	6,9	{6,8}	7.621	53,3	6.658	46,1	5.212	36,5
RP	3.613	7,4	3.342	7,1	{7,2}	1.833	54,8	1.833	50,7	1.178	35,2
SL	889	7,4	760	6,6	{6,7}	385	50,7	270	30,4	250	32,9
SN	4.316	8,7	3.134	11,1	{11,8}	2.047	65,3	1.967	45,6	1.484	47,4
ST	3.486	11,3	2.573	14,9	{12,1}	1.677	65,2	1.594	45,7	973	37,8
SH	3.164	9,6	2.690	8,3	{8,4}	1.403	52,2	1.350	42,7	1.070	39,8
TH	2.311	8,2	1.426	8,9	{9,4}	944	66,2	738	31,9	477	33,5

1) Bezogen auf die alterstypische Bevölkerung der 15- bis unter 17-Jährigen am 31.12. des Vorjahres

2) In Klammern wird nachrichtlich die Abgängerquote der KMK-Statistik ausgewiesen, der landesspezifische Altersjahrgänge für die Berechnung der alterstypischen Bevölkerung zugrunde liegen. Es ergeben sich für einige Länder niedrigere Werte als die Abgängerquote in % der 15- bis unter 17-Jährigen, in anderen Ländern liegt die KMK-Quote hingegen darüber.

3) Bezogen auf alle Abgänger ohne Hauptschulabschluss

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, Bevölkerungsstatistik 2008; Sekretariat der KMK (2010), Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1999 bis 2008

Tab. D7-3A: Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss 2008 nach Flächenländern und Stadt-/Landkreisen

Land	Abgänger ohne Hauptschulabschluss				Korrelation[1]
	(A) Stadtkreise / Kreisfreie Städte		(B) Landkreise		
	Anzahl	in %[2]	Anzahl	in %[2]	(A) – (B)
Insgesamt	17.679	9,5	42.233	6,7	.397**
Westliche Flächenländer	14.789	8,9	33.479	6,0	.596**
Östliche Flächenländer	2.890	14,7	8.754	12,0	.274*
Baden-Württemberg	1.269	7,3	5.610	5,3	.516**
Bayern	3.444	11,1	5.599	5,1	.821**
Brandenburg	326	13,6	2.122	13,0	.082
Hessen	1.098	9,3	3.380	6,5	.614**
Mecklenburg-Vorpommern	601	19,2	1.462	15,9	.484*
Niedersachsen	797	8,0	5.983	7,2	.139
Nordrhein-Westfalen	6.255	8,3	8.041	6,1	.603**
Rheinland-Pfalz	1.034	10,4	2.308	6,3	.630**
Saarland	257	7,4	503	6,3	.505
Sachsen	966	13,4	2.168	10,4	.562*
Sachsen-Anhalt	641	18,1	1.932	14,0	.478
Schleswig-Holstein	356	10,4	1.070	8,5	.761**
Thüringen	635	10,6	2.055	7,8	.305

1) Korrelationskoeffizient nach Pearson auf Ebene der Kreise; $*p < 0.05$; $**p < 0.01$ (2-seitiger Test auf Signifikanz)
2) Bezogen auf die alterstypische Bevölkerung der 15- bis unter 17-Jährigen am 31.12. des Vorjahres

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik Regional 2008

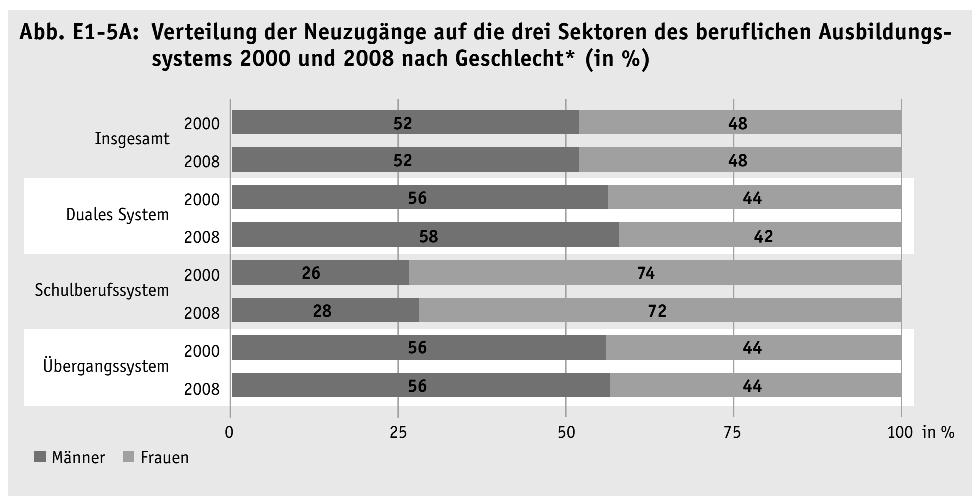
Tab. D7-4A: Deutsche und ausländische Absolventen/Abgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen 2008 nach Abschlussarten und Geschlecht (in % der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter)*

Abschlussart	Absolventen/Abgänger					
	Zusammen		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Deutsche						
Ohne Hauptschulabschluss	51.906	6,7	32.002	8,1	19.904	5,3
Mit Hauptschulabschluss	205.779	26,5	120.911	30,4	84.868	22,5
Mit Mittlerem Abschluss[1]	432.321	51,7	217.011	50,6	215.306	52,9
Mit Fachhochschulreife	124.904	14,1	63.778	14,1	61.126	14,2
Mit allgemeiner Hochschulreife	299.607	33,9	133.963	29,6	165.644	38,5
Insgesamt	1.114.513	X	567.665	X	546.848	X
Ausländer						
Ohne Hauptschulabschluss	13.012	15,2	7.870	18,0	5.142	12,4
Mit Hauptschulabschluss	39.108	45,8	21.198	48,4	17.910	43,0
Mit Mittlerem Abschluss[1]	36.211	41,8	16.959	38,2	19.252	45,6
Mit Fachhochschulreife	6.910	7,2	3.405	7,0	3.505	7,4
Mit allgemeiner Hochschulreife	10.810	11,2	4.743	9,8	6.067	12,8
Insgesamt	106.051	X	54.175	X	51.876	X

* *Die Absolventen-/Abgängerzahl wird auf die Wohnbevölkerung (am 31.12. des Vorjahres) im jeweils typischen Abschlussalter bezogen. Je nach Abschlussart werden unterschiedliche Altersjahrgänge zugrunde gelegt (ohne und mit Hauptschulabschluss: 15 bis unter 17 Jahre; Mittlerer Abschluss: 16 bis unter 18 Jahre; Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife: 18 bis unter 21 Jahre).*
1) Mit Realschulabschluss oder gleichwertigem Abschluss

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik, Bevölkerungsstatistik

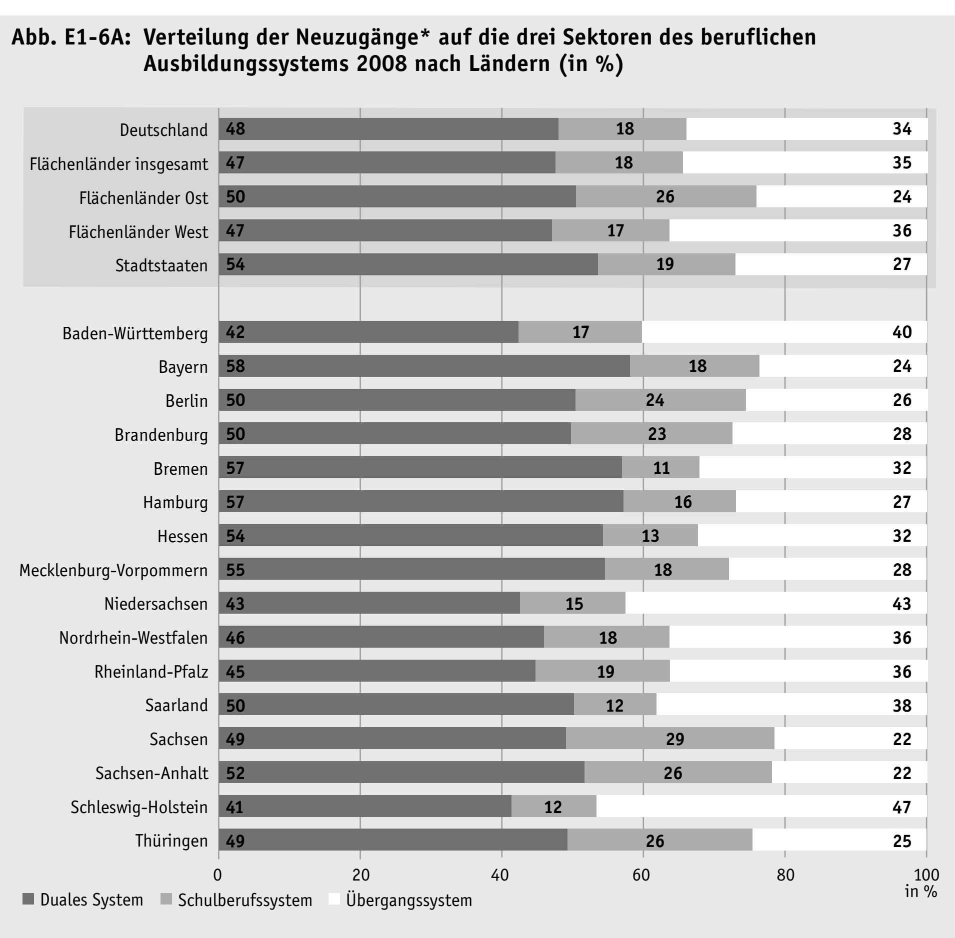
Abb. E1-5A: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2000 und 2008 nach Geschlecht* (in %)



* *Teilweise erstes Schuljahr; Anteile der Geschlechter an Jugendsofortprogramm 2000 geschätzt; Erläuterungen siehe **Tab. E1-1A***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: März 2010 (Daten 2008) und Dezember 2007 (2000)

Abb. E1-6A: Verteilung der Neuzugänge* auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems 2008 nach Ländern (in %)



* *Teilweise erstes Schuljahr; Erläuterungen vgl. **Tab. E1-3web***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB -Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: März 2010

Tab. E1-1A: Neuzugänge in das berufliche Ausbildungssystem* 2000 und 2005 bis 2008

Gegenstand der Nachweisung	2000	2005	2006	2007	2008
	Anzahl				
Absolventinnen und Absolventen, Abgängerinnen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	918.748	939.278	946.766	941.069	906.380
Studienanfängerinnen und -anfänger[1]	314.539	355.961	344.822	361.360	396.610
Berufliches Ausbildungssystem insgesamt	1.217.985	1.225.041	1.229.144	1.218.200	1.171.958
Duales System insgesamt	582.416	517.341	531.471	569.460	558.501
Schulberufssystem insgesamt	175.462	215.874	215.226	214.782	210.552
Berufsfachschulen in BBiG/HwO-Berufen	9.379	11.454	11.886	9.795	8.613
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO (ohne Soziales, Erziehung, Gesundheit)	X	32.532	31.359	29.652	25.320
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO: Soziales, Erziehung, Gesundheit	X	61.608	59.718	59.937	58.371
Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	88.547	X	X	X	X
Schulen des Gesundheitswesens[2]	42.736	51.912	54.207	54.918	54.480
Fachschulen, Fachakademien, nur Erstausbildung	34.800	29.193	26.559	28.290	29.559
Fachgymnasien, HZB[3] und schulische Berufsausbildung	•	2.385	2.742	2.847	3.015
Berufsfachschulen, HZB und schulische Berufsausbildung	X	26.790	28.752	29.343	31.194
Übergangssystem insgesamt	460.107	485.877	477.584	429.299	397.277
Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), Vollzeit	35.373	48.582	46.446	44.337	42.543
Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln	141.420	155.907	155.100	155.160	145.152
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/Einjährige Berufseinstiegsklassen	53.500	71.439	66.246	56.592	50.250
Berufsschulen – Schüler ohne Ausbildungsvertrag	26.317	71.949	72.660	67.266	59.628
Praktikum vor der Erzieherausbildung	•	3.525	3.561	3.390	3.531
Sonstige Bildungsgänge[4]	43.975	X	X	X	X
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) (Bestand 31.12.)	98.613	115.724	110.778	79.935	77.729
Einstiegsqualifizierung (EQ) (Bestand 31.12.)	X	18.751	22.793	22.619	18.444
Jugendsofortprogramm (Bestand 31.12.)[5]	60.909	X	X	X	X
Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst)	•	5.949	4.866	4.662	5.631

** Teilweise erstes Schuljahr; wegen Datenrevision und konzeptuellen Veränderungen weichen die Werte für 2005 und 2006 gegenüber dem Bericht 2008 ab. Die Vergleichbarkeit mit Zahlen vor 2005 ist eingeschränkt. Teilweise sind die Werte aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet. Aufgrund von Rundungen kann es zu Abweichungen bei der Summenbildung kommen; in den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) und Einstiegsqualifizierung (EQ) können Schüler gemeldet sein. Dadurch entstehende Doppelzählungen konnten nicht herausgerechnet werden.*

1) Ohne Verwaltungsfachhochschule Güstrow

2) Angabe für 2000 ohne Hessen

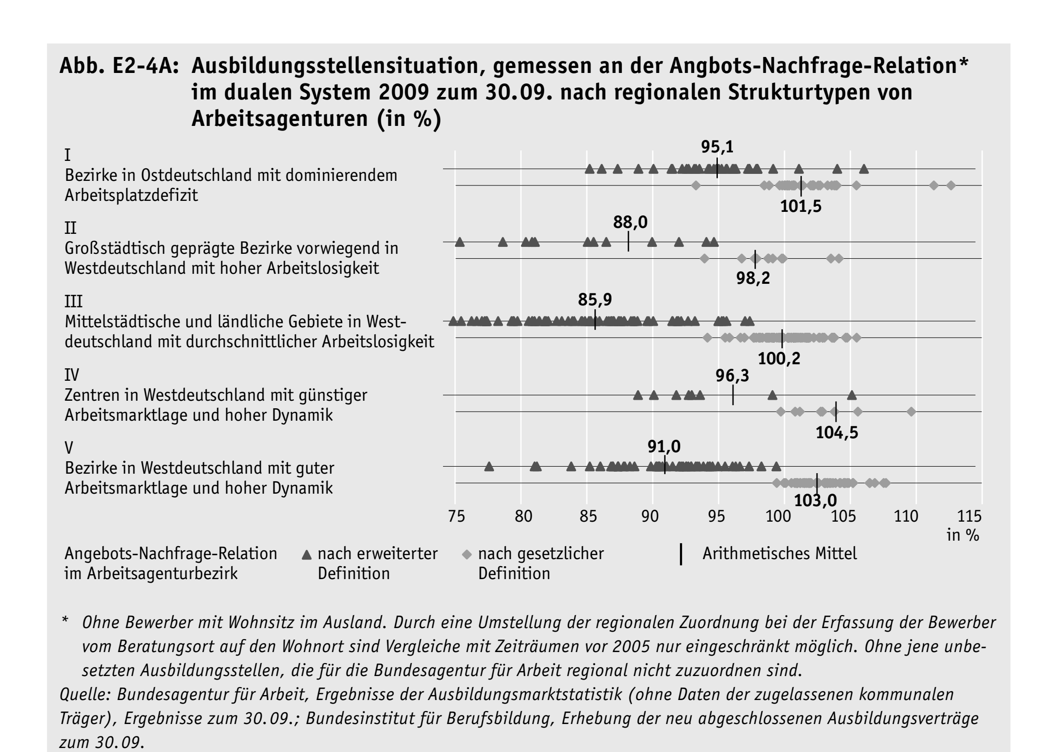
3) HZB = Hochschulzugangsberechtigung

4) Enthalten berufsvorbereitende Maßnahmen der BA, Fördermaßnahmen der Berufsausbildung Benachteiligter (soweit nicht im Rahmen des dualen Systems), Schüler mit und ohne Berufstätigkeit sowie Arbeitslose, Teilnehmer an Lehrgängen/Maßnahmen der Arbeitsverwaltung

5) Ohne Artikel 4: außerbetriebliche Ausbildung

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB -Trägerschaft des Teilnehmers, Datenstand: März 2010 (Daten 2007–2008) Dezember 2007 (2000–2006)

Abb. E2-4A: Ausbildungsstellensituation, gemessen an der Angbots-Nachfrage-Relation* im dualen System 2009 zum 30.09. nach regionalen Strukturtypen von Arbeitsagenturen (in %)



* *Ohne Bewerber mit Wohnsitz im Ausland. Durch eine Umstellung der regionalen Zuordnung bei der Erfassung der Bewerber vom Beratungsort auf den Wohnort sind Vergleiche mit Zeiträumen vor 2005 nur eingeschränkt möglich. Ohne jene unbesetzten Ausbildungsstellen, die für die Bundesagentur für Arbeit regional nicht zuzuordnen sind.*
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.

Tab. E2-1A: Abgeschlossene Ausbildungsverträge, Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage im dualen System 1995 bis 2009*

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Ende September	Ausbildungs-stellenangebot[1]	Ausbildungsstellen-nachfrage (gesetzliche Definition)[2]	Ausbildungsstellen-nachfrage (erweiterte Definition)[3]
	Anzahl			
1995	572.774	616.988	597.736	611.846
1996	574.327	609.274	612.785	630.674
1997	587.517	613.382	634.938	654.941
1998	612.529	635.933	648.204	678.259
1999	631.015	654.454	660.380	690.552
2000	621.693	647.383	645.335	678.225
2001	614.236	638.771	634.698	670.145
2002	572.323	590.328	595.706	636.891
2003	557.634	572.474	592.649	639.352
2004	572.980	586.374	617.556	665.928
2005	550.180	562.816	590.668	637.896
2006	576.153	591.540	625.606	•
2007	625.885	644.028	658.472	756.486
2008	616.342	635.758	630.847	712.588
2009	566.004	583.135	575.599	648.990

* *Jeweils zum 30. September*
1) *Neuverträge und bis 30.09. unbesetzt gebliebene, bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Stellen*
2) *Abgeschlossene Neuverträge und unvermittelte, bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Bewerber*
3) *Abgeschlossene Neuverträge und unvermittelte Bewerber und Bewerber mit alternativer Einmündung (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch (letztere Gruppe bis 1997 nur Westdeutschland und West-Berlin)*

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.9.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.

Tab. E2-2A: Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) in der dualen Ausbildung* 2007 und 2009 nach ausgewählten Berufsgruppen

Berufsgruppe (Berufskennziffer)	2007			2009			
	Nachfrage (gesetzliche Definition)[1]	ANR (gesetzliche Definition)[1]	ANR (erweiterte Definition)[2]	Nachfrage (gesetzliche Definition)[1]		ANR (gesetzliche Definition)[1]	ANR (erweiterte Definition)[2]
	Anzahl	in %		Anzahl	Änderung ggü. 2007 in %	in %	
Gartenbauberufe (05)	9.994	94,3	75,4	8.058	−19,4	100,1	84,5
Chemieberufe (14)	2.526	98,5	91,0	2.205	−12,7	99,7	92,5
Druck- u. Druckverarbeitungsberufe (17)	7.253	92,4	77,3	5.686	−21,6	97,6	79,5
Berufe in der spanenden Metallverformung (22)	7.852	99,1	91,3	6.080	−22,6	99,7	87,9
Metallberufe (25−30)	94.273	97,7	85,9	79.145	−16,0	100,1	88,8
Elektroberufe (31)	36.406	98,7	89,7	33.043	−9,2	100,7	92,3
Bäcker/innen, Köche/Köchinnen, Konditoren/ Konditorinnen (39−41)	31.042	101,3	88,4	25.409	−18,1	106,8	98,2
Bauberufe (Hoch- und Tiefbau) (44−48)	24.416	100,3	91,3	20.593	−15,7	101,2	92,7
Maler/innen, Lackierer/innen u. verwandte Berufe (51)	16.948	95,8	78,9	14.281	−15,7	99,6	84,7
Warenprüfer/innen, Versandfertigmacher/innen (52)	6.697	95,6	81,6	6.419	−4,2	98,9	84,3
Techniker/-innen u. verwandte Berufe (62−63)	4.656	96,7	85,8	4.189	−10,0	99,7	90,0
Verkaufspersonal (66)	39.883	98,6	83,7	39.248	−1,6	103,8	91,1
Groß- und Einzelhandels-, Warenkaufleute (67−68)	63.932	95,8	80,8	54.177	−15,3	100,9	86,0
Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute (69)	19.652	100,1	94,8	20.979	+6,8	101,9	97,7
Andere Dienstleistungskaufleute u. zugehörige Berufe (70)	19.909	96,2	85,5	16.499	−17,1	99,6	89,0
Rechnungskaufleute, Informatiker/innen (77)	13.266	98,7	88,6	12.019	−9,4	101,6	91,9
Bürob., Kaufmännische Angestellte (78)	84.182	96,6	84,6	73.514	−12,7	99,5	86,7
Übrige Gesundheitsdienstberufe (85)	30.724	96,4	81,6	27.926	−9,1	100,9	88,3

** Die ausgewählten Berufsgruppen bilden 82 % der Nachfrage (gesetzliche Definition) im dualen System ab.*

1) Nachfrage: abgeschlossene Neuverträge und unvermittelte, bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Bewerber

2) Nachfrage: abgeschlossene Neuverträge und unvermittelte Bewerber und Bewerber mit alternativer Einmündung (z. B. Besuch weiterführender Schulen, Berufsvorbereitungsmaßnahmen) bei aufrechterhaltenem Vermittlungswunsch (letztere Gruppe bis 1997 nur Westdeutschland und West-Berlin)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger), Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09., eigene Berechnungen

Tab. E3-1A: Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquote 1999 bis 2008

Jahr	Beschäftigte	Auszubildende	Ausbildungsquote	Beschäftigte	Auszubildende	Ausbildungsquote
	Anzahl		in %	in % von 1999		
1999	27.756.492	1.759.931	6,3	100,0	100,0	100,0
2000	27.979.593	1.779.376	6,4	100,8	101,1	100,3
2001	27.864.091	1.787.469	6,4	100,4	101,6	101,2
2002	27.360.506	1.738.013	6,4	98,6	98,8	100,2
2003	26.746.384	1.704.034	6,4	96,4	96,8	100,5
2004	26.381.842	1.700.093	6,4	95,0	96,6	101,6
2005	26.205.969	1.706.858	6,5	94,4	97,0	102,7
2006	26.636.361	1.728.332	6,5	96,0	98,2	102,3
2007	27.224.084	1.781.570	6,5	98,1	101,2	103,2
2008	27.632.286	1.813.644	6,6	99,6	103,1	103,5

Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

Tab. E3-2A: Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquoten 1999 bis 2008

Jahr	Betriebe	Ausbildungs-betriebe	Ausbildungs-betriebsquote	Betriebe	Ausbildungs-betriebe	Ausbildungs-betriebsquote
	Anzahl		in %	in % von 1999		
1999	2.127.880	501.354	23,6	100,0	100,0	100,0
2000	2.118.252	501.616	23,7	99,5	100,1	100,5
2001	2.107.467	496.476	23,6	99,0	99,0	100,0
2002	2.079.154	483.959	23,3	97,7	96,5	98,8
2003	2.041.662	478.096	23,4	95,9	95,4	99,4
2004	2.024.039	481.763	23,8	95,1	96,1	101,0
2005	2.003.217	482.439	24,1	94,1	96,2	102,2
2006	2.021.053	485.054	24,0	95,0	96,7	101,9
2007	2.041.593	492.674	24,1	95,9	98,3	102,4
2008	2.056.888	494.156	24,0	96,7	98,6	102,0

Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

Tab. E3-3A: Ausbildungsquote in Betrieben 1999 bis 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig der Betriebe	Ausbildungsquote										Veränderung zwischen 1999 und 2008	
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	in Prozentpunkten	in %
Insgesamt	6,3	6,4	6,4	6,4	6,4	6,4	6,5	6,5	6,5	6,6	+0,2	+3,5
Baugewerbe	9,7	9,8	9,9	9,7	9,4	9,7	9,9	9,6	9,9	10,0	+0,3	+3,6
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	4,8	5,0	5,3	4,9	5,2	5,4	5,5	5,5	5,5	5,4	+0,7	+14,1
Erziehung und Unterricht	11,8	11,6	11,5	11,9	12,4	12,5	12,7	12,9	13,3	12,7	+0,9	+7,6
Gastgewerbe	9,7	9,9	10,0	10,1	10,6	11,2	11,6	11,7	11,6	11,2	+1,4	+14,4
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	7,2	7,0	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,8	6,8	6,7	−0,5	−6,4
Wohnwesen, Beratung, Forschung usw.	4,3	4,2	4,3	4,5	4,3	4,3	4,2	3,9	3,9	4,0	−0,3	−6,7
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz usw.	7,2	7,4	7,5	7,4	7,3	7,5	7,7	7,9	8,0	8,1	+0,9	+12,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	6,3	6,3	6,4	6,3	6,0	5,7	5,6	5,5	5,6	5,7	−0,5	−8,1
Verarbeitendes Gewerbe	5,1	5,2	5,3	5,4	5,4	5,5	5,6	5,6	5,7	5,9	+0,7	+14,3
Verkehr und Nachrichtenübermttlung	4,1	4,1	4,1	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	3,7	−0,3	−8,2
Sonstige[1]	7,1	7,1	7,1	6,7	7,1	7,5	7,7	7,9	8,0	7,5	+0,3	+4,7

1) Sonstige enthalten Land-, Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie fehlende Angaben. Wegen Rundung kann es zu Abweichungen zwischen Einzelwerten und ausgewiesenen Veränderungsprozenten kommen.

Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

Tab. E3-4A: Ausbildungsbetriebsquote 1999 bis 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig der Betriebe	Ausbildungsbetriebsquote										Veränderung zwischen 1999 und 2008	
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	in Prozentpunkten	in %
Insgesamt	23,6	23,7	23,6	23,3	23,4	23,8	24,1	24,0	24,1	24,0	+0,5	+2,0
Baugewerbe	37,3	37,1	36,0	34,9	33,3	33,1	33,1	32,2	32,8	32,5	−4,8	−12,9
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen	24,7	24,7	24,9	24,2	25,3	25,6	26,1	26,2	26,2	25,5	+0,9	+3,5
Erziehung und Unterricht	12,0	10,4	9,8	9,5	9,3	9,2	9,4	9,7	10,2	9,9	−2,1	−17,2
Gastgewerbe	11,7	12,1	12,3	12,4	13,1	14,2	15,3	16,2	16,7	16,6	+4,9	+42,3
Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen	31,8	31,4	31,4	31,7	32,0	31,9	31,3	30,4	30,0	29,7	−2,1	−6,7
Wohnwesen, Beratung, Forschung usw.	18,2	18,4	18,3	18,2	18,4	18,5	18,3	17,9	17,7	17,9	−0,3	−1,5
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz usw.	22,5	23,3	23,6	23,6	23,8	24,8	25,6	26,2	26,8	27,0	+4,4	+19,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	17,0	17,3	17,5	17,4	16,6	16,5	16,5	16,0	15,6	15,6	−1,4	−8,1
Verarbeitendes Gewerbe	34,9	35,2	35,2	34,9	35,1	35,9	36,2	36,3	36,8	36,8	+1,9	+5,6
Verkehr und Nachrichtenübermttlung	10,4	10,9	11,2	10,9	11,2	11,2	11,5	12,0	12,3	12,8	+2,3	+22,2
Sonstige[1]	12,3	11,9	11,5	11,6	12,3	13,1	13,6	13,6	13,6	13,1	+0,8	+6,6

1) Sonstige enthalten Land-, Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie fehlende Angaben. Wegen Rundung kann es zu Abweichungen zwischen Einzelwerten und ausgewiesenen Veränderungsprozenten kommen.

Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB

Tab. E3-5A: Betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge 1999 bis 2008 zum 31.12. nach Ländergruppen

Finanzierungsform	1999		2002		2005		2008		Veränderung 2008 zu 1999	
	Anzahl in Tsd.	in %	Anzahl in Tsd.	in %	Anzahl in Tsd.	in %	Anzahl in Tsd.	in %	Anzahl in Tsd.	in %
Deutschland										
Insgesamt	1.698,3	100,0	1.622,4	100,0	1.553,4	100,0	1.613,3	100,0	−85,0	−5,0
Betrieblich	1.548,3	91,2	1.467,2	90,4	1.391,9	89,6	1.446,5	89,7	−101,9	−6,6
Außerbetrieblich	150,0	8,8	155,3	9,6	161,5	10,4	166,9	10,3	+16,9	+11,3
davon:										
Bund-Länder-Programme Ost	36,4	2,1	33,9	2,1	32,9	2,1	24,3	1,5	−12,1	−33,3
(ergänzende) Länderprogramme[1]	4,8	0,3	6,8	0,4	10,7	0,7	14,4	0,9	+9,6	+201,0
Jugendsofortprogramm (Artikel 4)[2]	21,9	1,3	6,6	0,4	X	X	X	X	X	X
BA Benachteiligter (§ 242 SGB III)[3]	59,8	3,5	74,4	4,6	69,5	4,5	83,0	5,1	+23,3	+38,9
BA Behinderter (§ 102 SGB III)[3]	27,1	1,6	33,6	2,1	48,4	3,1	45,1	2,8	+18,1	+66,7
Westdeutschland										
Insgesamt	1.279,6	100,0	1.255,6	100,0	1.210,2	100,0	1.298,1	100,0	+18,5	+1,4
Betrieblich	1.227,4	95,9	1.204,2	95,9	1.152,6	95,2	1.213,9	93,5	−13,5	−1,1
Außerbetrieblich	52,2	4,1	51,5	4,1	57,6	4,8	84,2	6,5	+32,0	+61,3
davon:										
Länderprogramme[1]	X	X	1,5	0,1	1,6	0,1	7,4	0,6	X	X
Jugendsofortprogramm (Artikel 4)[2]	11,5	0,9	2,1	0,2	X	X	X	X	X	X
BA Benachteiligter (§ 242 SGB III)[3]	24,4	1,9	25,5	2,0	22,5	1,9	45,3	3,5	+20,9	+85,8
BA Behinderter (§ 102 SGB III)[3]	16,3	1,3	22,4	1,8	33,5	2,8	31,5	2,4	+15,2	+93,4
Ostdeutschland										
Insgesamt	418,7	100,0	366,8	100,0	343,3	100,0	315,2	100,0	−103,5	−24,7
Betrieblich	321,0	76,7	263,0	71,7	239,4	69,7	232,5	73,8	−88,4	−27,5
Außerbetrieblich	97,8	23,3	103,8	28,3	103,9	30,3	82,7	26,2	−15,1	−15,5
davon:										
Bund-Länder-Programme Ost	36,4	8,7	33,9	9,2	32,9	9,6	24,3	7,7	−12,1	−33,3
ergänzende Länderprogramme	4,8	1,1	5,3	1,4	9,1	2,6	7,0	2,2	+2,2	+46,5
Jugendsofortprogramm (Artikel 4)[2]	10,4	2,5	4,6	1,2	X	X	X	X	X	X
BA Benachteiligter (§ 242 SGB III)[3]	35,4	8,5	48,8	13,3	46,9	13,7	37,7	12,0	+2,3	+6,6
BA Behinderter (§ 102 SGB III)[3]	10,8	2,6	11,2	3,1	15,0	4,4	13,6	4,3	+2,8	+26,3

1) Für die Jahre 1999 und 2000 blieben Programme der alten Länder bei den Berechnungen noch unberücksichtigt.

2) Eintritte in das JuSoPro waren nur bis Dezember 2003 möglich. Zum Stand 31.12.2005 erfolgte keine statistische Erfassung der Bestandszahlen durch die Bundesagentur für Arbeit mehr.

3) Die von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Zahlen sind ab 2005 aufgrund einer neuen Datenaufbereitung nicht mehr uneingeschränkt mit den Daten bis 2004 vergleichbar.

Quelle: Statistisches Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit, Angaben der Länder, Berechnungen des BIBB

Tab. E3-6A: Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote 2001, 2004, 2007 und 2008 nach Ertragslage* der Betriebe und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Ertragslage der Betriebe	Ausbildungsquote				Ausbildungsbetriebsquote			
		2001	2004	2007	2008	2001	2004	2007	2008
		in %							
Insgesamt	Insgesamt	6,1	5,9	5,8	6,0	32	33	33	34
	Sehr gut	4,9	4,7	4,6	5,4	40	39	34	41
	Gut	5,9	5,9	5,7	6,1	36	38	36	39
	Befriedigend	6,1	5,8	6,1	6,2	30	33	33	32
	Ausreichend	6,2	6,6	6,4	6,1	30	31	32	32
	Mangelhaft	6,6	5,6	5,9	5,1	34	26	27	28
1 bis 9 Beschäftigte	Insgesamt	8,7	7,9	8,2	8,1	25	26	26	27
	Sehr gut	7,8	6,6	5,4	6,8	34	29	22	32
	Gut	8,5	8,4	8,6	8,3	29	29	28	30
	Befriedigend	7,9	7,8	8,0	8,0	22	27	26	25
	Ausreichend	9,0	9,0	9,0	8,6	22	23	27	25
	Mangelhaft	10,6	6,0	6,7	7,5	27	20	19	23
10 bis 49 Beschäftigte	Insgesamt	7,1	6,9	6,6	6,9	61	60	59	62
	Sehr gut	6,3	6,2	6,2	6,6	48	66	55	63
	Gut	7,1	7,0	6,5	7,3	62	61	58	63
	Befriedigend	6,9	6,2	6,8	6,8	63	56	60	64
	Ausreichend	7,3	7,5	6,4	6,7	60	63	58	61
	Mangelhaft	7,6	7,6	6,7	5,4	59	58	58	45
50 bis 249 Beschäftigte	Insgesamt	4,9	4,9	5,2	5,2	76	77	78	80
	Sehr gut	3,6	4,3	4,1	4,6	81	77	80	78
	Gut	4,7	5,0	5,3	5,1	78	77	76	80
	Befriedigend	5,4	4,9	5,1	5,7	73	78	78	78
	Ausreichend	4,6	5,1	5,1	4,8	78	79	84	82
	Mangelhaft	4,7	4,8	6,2	5,0	77	74	78	81
250 bis 499 Beschäftigte	Insgesamt	4,4	4,4	4,4	4,6	88	91	90	90
	Sehr gut	3,9	3,0	3,2	4,9	92	94	84	93
	Gut	4,5	4,0	4,1	4,4	88	88	91	90
	Befriedigend	4,2	4,9	5,7	5,1	89	91	93	92
	Ausreichend	5,0	4,9	4,0	4,1	87	95	94	87
	Mangelhaft	3,9	4,1	3,5	4,0	87	96	74	92
500 und mehr Beschäftigte	Insgesamt	4,3	4,3	4,1	4,3	94	93	93	94
	Sehr gut	4,0	3,5	4,4	4,5	90	77	100	94
	Gut	4,3	4,8	4,1	4,6	94	94	94	97
	Befriedigend	4,7	4,1	3,7	3,9	96	92	88	91
	Ausreichend	4,0	4,4	5,0	4,8	94	98	94	95
	Mangelhaft	3,6	3,5	4,2	3,6	90	97	97	90

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E3***

Quelle: IAB-Betriebspanel, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Tab. E3-7A: Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote 2008 nach Auslandsumsatz der Betriebe und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Auslandsumsatz der Betriebe	Ausbildungsquote	Ausbildungsbetriebsquote
		in %	
Insgesamt	Insgesamt	5,7	32
	Kein Auslandsumsatz	6,6	32
	1 % bis unter 25 %	5,1	40
	25 % bis unter 50 %	4,7	39
	50 % und mehr	4,4	28
1 bis 9 Beschäftigte	Insgesamt	7,6	24
	Kein Auslandsumsatz	8,1	25
	1 % bis unter 25 %	8,6	30
	25 % bis unter 50 %	3,9	13
	50 % und mehr	3,2	16
10 bis 49 Beschäftigte	Insgesamt	6,3	57
	Kein Auslandsumsatz	7,5	65
	1 % bis unter 25 %	4,9	47
	25 % bis unter 50 %	5,2	58
	50 % und mehr	3,0	36
50 bis 249 Beschäftigte	Insgesamt	5,0	77
	Kein Auslandsumsatz	5,2	75
	1 % bis unter 25 %	5,2	81
	25 % bis unter 50 %	5,6	93
	50 % und mehr	4,3	74
250 bis 499 Beschäftigte	Insgesamt	4,8	90
	Kein Auslandsumsatz	4,8	85
	1 % bis unter 25 %	4,0	93
	25 % bis unter 50 %	4,0	93
	50 % und mehr	5,3	92
500 und mehr Beschäftigte	Insgesamt	4,6	94
	Kein Auslandsumsatz	4,8	95
	1 % bis unter 25 %	4,1	94
	25 % bis unter 50 %	4,1	96
	50 % und mehr	4,7	93

Quelle: IAB-Betriebspanel 2008, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Tab. E3-8A: Ausbildungsquote und Ausbildungsbetriebsquote 2008 nach Innovationsaktivität* der Betriebe und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Innovations-aktivität	Ausbildungs-quote	Ausbildungs-betriebsquote
		in %	
Insgesamt	Insgesamt	5,5	26
	Ja	5,5	37
	Nein	5,6	20
1 bis 9 Beschäftigte	Insgesamt	7,9	19
	Ja	9,9	28
	Nein	6,3	15
10 bis 49 Beschäftigte	Insgesamt	6,4	55
	Ja	7,0	57
	Nein	5,6	53
50 bis 249 Beschäftigte	Insgesamt	5,1	72
	Ja	5,0	75
	Nein	5,3	66
250 bis 499 Beschäftigte	Insgesamt	4,5	88
	Ja	4,3	90
	Nein	5,4	80
500 und mehr Beschäftigte	Insgesamt	4,5	95
	Ja	4,4	93
	Nein	4,8	100

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu* ***E3***

Quelle: IAB-Betriebspanel 2008, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Abb. E4-3A: Quote vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge 1996 bis 2008* nach Ländergruppen und wichtigen Ausbildungsbereichen (in %)



** Für das Jahr 2007 wurden keine Lösungsquoten veröffentlicht.*
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tab. E4-1A: Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge* 1996 bis 2008 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anzahl						
Insgesamt	129.857	127.405	134.683	144.545	156.408	155.588	151.388
Industrie und Handel	50.641	49.089	53.687	61.934	69.133	70.014	71.039
Handwerk	59.445	58.514	60.938	62.722	66.040	64.058	59.272
Landwirtschaft	3.079	3.311	3.591	3.889	3.799	3.647	3.463
Öffentlicher Dienst	1.060	1.117	1.072	1.143	1.193	1.327	1.316
Freie Berufe	14.471	14.223	14.208	13.640	14.796	15.226	14.965
Hauswirtschaft	1.127	1.121	1.162	1.182	1.413	1.275	1.298
Seeschifffahrt	34	30	25	35	34	41	35
	in %[1]						
Insgesamt	21,3	20,5	21,3	22,1	23,7	23,7	24,1
Industrie und Handel	18,3	17,0	17,5	18,7	20,1	20,0	21,2
Handwerk	25,4	25,1	26,5	27,4	29,5	30,1	29,8
Landwirtschaft	21,2	20,6	21,4	23,2	23,5	23,6	23,0
Öffentlicher Dienst	6,2	6,7	6,4	7,0	7,5	8,5	8,6
Freie Berufe	23,0	23,5	24,3	23,9	25,7	26,1	25,6
Hauswirtschaft	21,6	21,1	21,2	21,7	27,2	25,2	25,7
Seeschifffahrt	20,9	18,5	14,6	21,5	21,8	25,5	21,0

Ausbildungsbereich	2003	2004	2005	2006	2007	2008[2]
	Anzahl					
Insgesamt	133.481	126.556	118.270	119.399	•	139.296
Industrie und Handel	63.628	60.171	59.450	62.530	•	76.815
Handwerk	50.622	48.168	43.081	41.986	•	48.393
Landwirtschaft	3.319	3.535	925	922	•	777
Öffentlicher Dienst	985	924	3.216	3.243	•	2.793
Freie Berufe	13.637	12.432	10.512	9.612	•	9.540
Hauswirtschaft	1.259	1.297	1.056	1.057	•	978
Seeschifffahrt	31	29	30	49	•	•
	in %[1]					
Insgesamt	21,9	21,0	19,9	19,8	•	21,5
Industrie und Handel	19,3	18,2	17,8	18,1	•	19,9
Handwerk	26,8	26,2	24,3	23,7	•	26,6
Landwirtschaft	21,6	22,1	6,3	6,4	•	16,3
Öffentlicher Dienst	6,7	6,1	19,8	19,7	•	5,9
Freie Berufe	24,5	23,7	21,5	20,8	•	20,6
Hauswirtschaft	24,5	25,2	21,8	23,3	•	21,9
Seeschifffahrt	18,4	14,2	10,2	15,4	•	•

** Für das Jahr 2007 wurden keine Lösungsquoten veröffentlicht.*

1) Die für die Berechnung der Vertragslösungsraten erforderlichen neuen Verträge setzen sich zusammen aus den am 31.12. bestehenden neuen Verträgen sowie den neuen Verträgen, die seit Beginn des Ausbildungsjahres wieder gelöst wurden. Ihre Zahl entspricht in etwa den Lösungen in der Probezeit. Die Lösungsquote insgesamt errechnet sich aus den Lösungsraten der einzelnen Jahrgänge, denen die Lösungen entstammen.

2) Durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik

Tab. E4-2A: Quantitativ bedeutsamste Ausbildungsberufe* nach BBiG/HwO mit den niedrigsten und höchsten Vertragslösungsquoten 2000, 2004 und 2008

Ausbildungsberuf(-bereich)[1]	Neuverträge 2008[2]	Vertragslösungsquote		
		2000	2004	2008
	Anzahl	in %		
Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten				
Restaurantfachmann/-fachfrau mit Vorgänger (IH/HwEx)	6.849	43,2	39,0	45,3
Koch/Köchin (IH/HwEx)	16.209	40,1	37,9	43,8
Fachkraft im Gastgewerbe mit Vorgänger (IH/HwEx)	4.299	40,6	36,2	42,4
Bauten- und Objektbeschichter/in (Hw)	1.761	X	/	38,2
Berufskraftfahrer/in (IH/HwEx)	2.067	31,7	37,8	38,0
Gebäudereiniger/in (Hw)	1.584	40,5	29,7	36,6
Florist/in (IH/HwEx)	2.031	34,9	33,0	36,4
Friseur/in (Hw)	16.431	36,6	32,3	35,9
Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie (IH/HwEx)	3.090	31,0	28,6	34,6
Hotelfachmann/Hotelfachfrau mit Vorgänger (IH/HwEx)	12.426	34,0	30,7	33,7
Bäcker/in (IH/Hw)	5.094	37,0	33,5	33,3
Hochbaufacharbeiter/in (IH/Hw)	1.062	30,5	29,1	32,7
Fachverkäufer/in im Lebensmittelhandwerk mit Vorgänger (IH/HwEx)	12.426	35,2	32,3	32,6
Maler/in und Lackierer/in mit Vorgänger (Hw)	9.891	35,3	33,3	32,4
Sport- und Fitnesskaufmann/-kauffrau (IH)	1.836	X	29,9	31,8
Fleischer/in (IH/Hw)	2.568	31,9	28,2	31,7
Konditor/in (Hw)	1.956	34,8	29,5	31,6
Beikoch/Beiköchin (§66 BBiG)	1.884	30,0	24,5	31,0
Kraftfahrzeugservicemechaniker/in (IH/Hw)	1.719	X	/	30,4
Dachdecker/in (alle Fachrichtungen; Hw)	3.111	33,4	31,2	28,6
Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten				
Verwaltungsfachangestellte/r mit Vorgängern (Hw/ÖD)	5.352	6,0	4,6	4,5
Bank-/Sparkassenkaufmann/-kauffrau (IH/ÖD)	13.365	4,3	4,8	4,9
Werkzeugmechaniker/in mit Vorgängerberufen (IH/HwEx)	4.068	9,8	9,2	5,7
Industriekaufmann/-kauffrau (IH/HwEx)	19.986	8,0	6,8	6,7
Fachangestellte/r für Bürokommunikation mit Vorgänger (ÖD)	1.053	6,9	6,4	6,8
Elektroniker/in für Automatisierungstechnik mit Vorgängern (IH/HwEx)	1.878	7,6	4,7	6,9
Sozialversicherungsfachangestellte/r (alle FR)	2.121	8,6	6,5	7,0
Industriemechaniker/in mit Vorgängerberufen (IH/HwEx)	15.882	12,0	8,4	7,0
Mechatroniker/in (IH/HwEx)	8.031	X	7,2	7,0
Elektroniker/in für Betriebstechnik mit Vorgängerberuf (IH/HwEx)	6.327	10,0	8,3	7,2
Chemikant/in mit Vorgängern (IH/HwEx)	1.695	12,1	9,3	7,4
Chemielaborant/in (IH/HwEx)	1.827	10,8	8,4	8,1
Elektroniker/in für Geräte und Systeme mit Vorgängern (IH/ÖD/HwEx)	2.715	10,7	6,7	8,2
Fertigungsmechaniker/in (IH/HwEx)	1.266	14,3	10,3	8,8
Personaldienstleistungskaufmann/-kauffrau (IH)	1.107	X	X	9,1
Landwirt/in (Lw)	4.434	15,6	16,2	10,5
Verfahrensmechaniker/in für Kunststoff- und Kautschuktechnik mit Vorgängern (IH/HwEx)	2.766	14,8	12,0	10,6
Technische/r Zeichner/in mit Vorgänger (IH/HwEx)	3.387	14,9	13,0	10,8
Zerspanungsmechaniker/in mit Vorgängerberufen (IH/HwEx)	8.292	15,7	12,9	11,3
Anlagenmechaniker/in mit Vorgängerberufen (IH/HwEx)	1.419	16,7	15,8	11,4

** Einbezogen sind Ausbildungsberufe, die 2008 mindestens 1.000 Neuverträge aufwiesen.*
1) IH = Industrie und Handel, Hw = Handwerk, ÖD = Öffentlicher Dienst, Lw = Landwirtschaft, HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet
2) Ausgewiesen sind Neuabschlüsse, die am 31.12. noch bestanden. Werte wurden auf ein Vielfaches von drei gerundet.

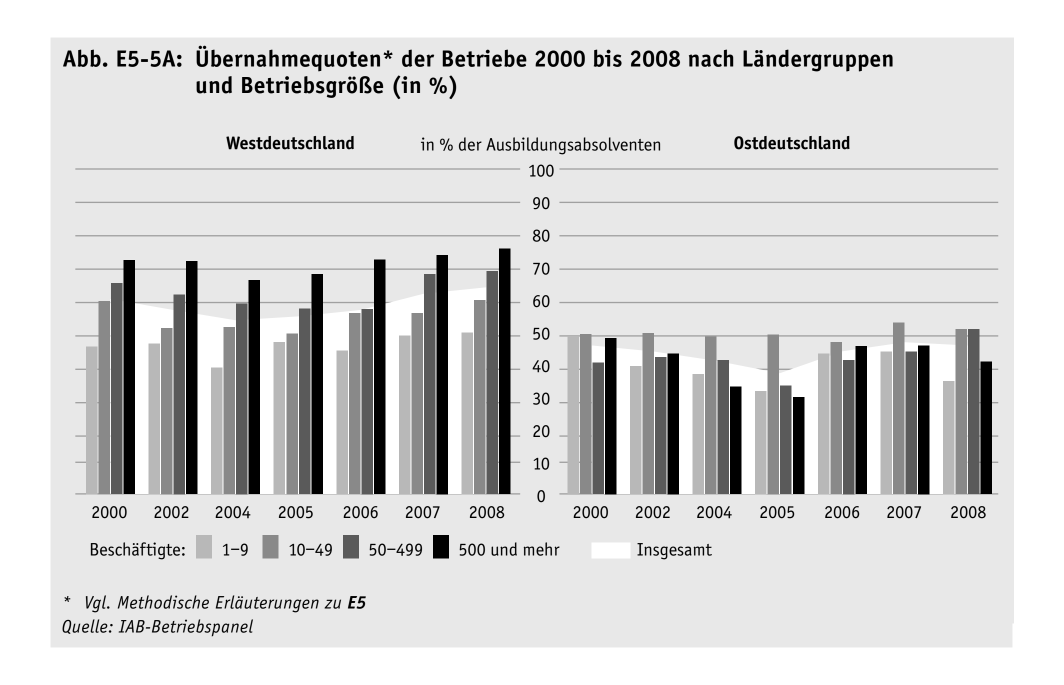
Quelle: Datenbank Aus- und Weiterbildungsstatistik des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31.12.)

Tab. E4-3A: Vertragslösungen in der Probezeit 2008 nach Geschlecht und schulischem Vorbildungsniveau (in %)

Schulabschluss	Vertragslösungsquote in der Probezeit		
	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %		
Insgesamt	6,2	5,3	7,3
Ohne Hauptschulabschluss	7,7	7,3	8,6
Hauptschulabschluss	7,5	6,7	9,3
Mittlerer Abschluss	5,6	4,4	7,2
Fach-/Hochschulreife	4,5	3,9	5,0
Sonstiges und ohne Angabe	6,6	5,8	7,6

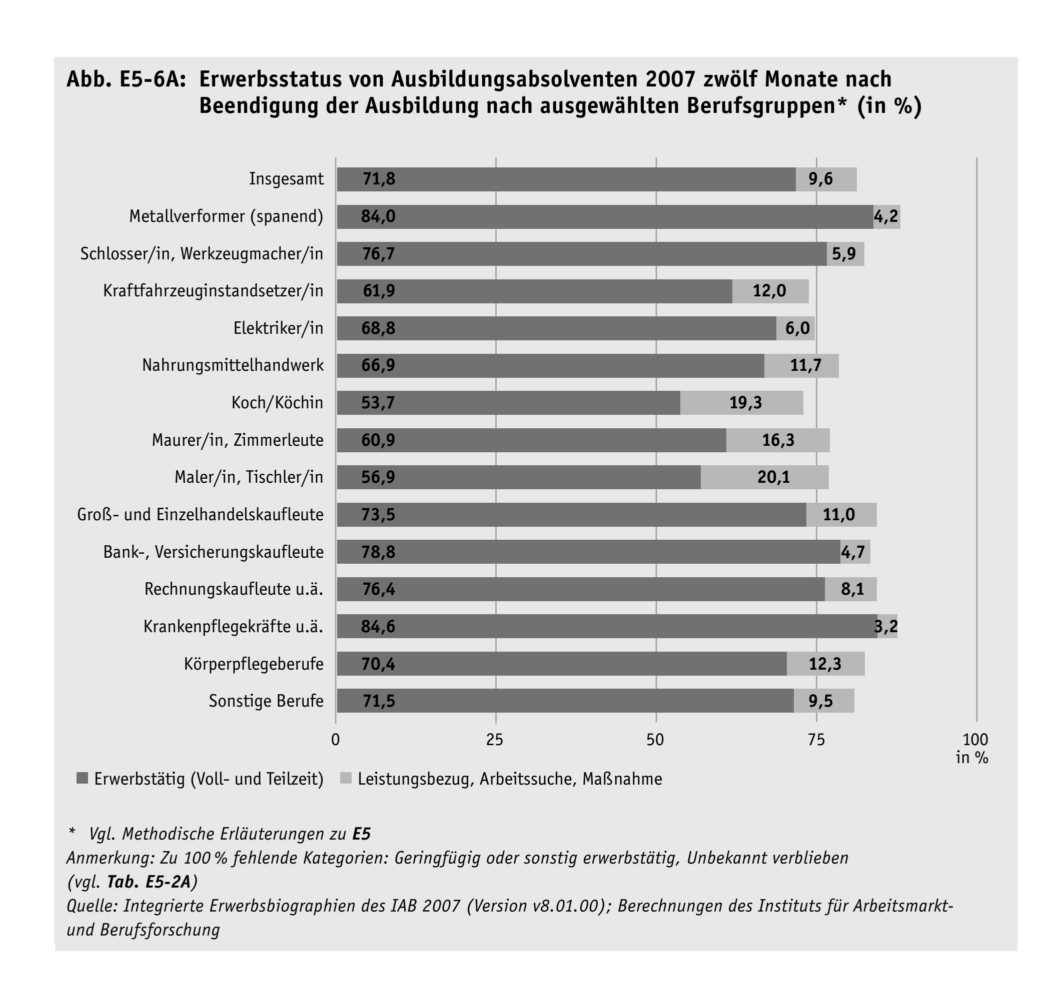
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik

Abb. E5-5A: Übernahmequoten* der Betriebe 2000 bis 2008 nach Ländergruppen und Betriebsgröße (in %)



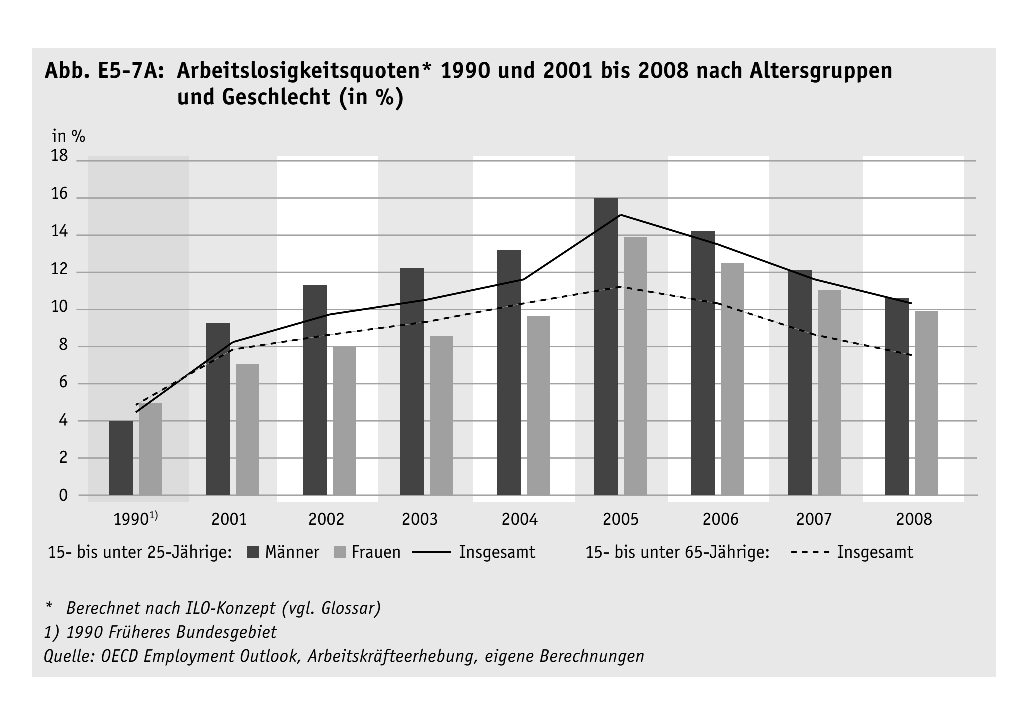
* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu* ***E5***
Quelle: IAB-Betriebspanel

Abb. E5-6A: Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 zwölf Monate nach Beendigung der Ausbildung nach ausgewählten Berufsgruppen* (in %)



** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E5***
*Anmerkung: Zu 100 % fehlende Kategorien: Geringfügig oder sonstig erwerbstätig, Unbekannt verblieben (vgl. **Tab. E5-2A**)*
Quelle: Integrierte Erwerbsbiographien des IAB 2007 (Version v8.01.00); Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Abb. E5-7A: Arbeitslosigkeitsquoten* 1990 und 2001 bis 2008 nach Altersgruppen und Geschlecht (in %)



** Berechnet nach ILO-Konzept (vgl. Glossar)*
1) 1990 Früheres Bundesgebiet
Quelle: OECD Employment Outlook, Arbeitskräfteerhebung, eigene Berechnungen

Tab. E5-1A: Übernahmequoten* der Betriebe 2000 bis 2008 nach Betriebsgröße und Wirtschaftszweig (in %)

Betriebsgröße Wirtschaftszweig	2000	2002	2004	2005	2006	2007	2008
	in %						
Insgesamt	58	55	52	52	55	59	61
Betriebsgröße							
1 bis 9 Beschäftigte	46	45	39	45	44	48	47
10 bis 49 Beschäftigte	57	51	51	50	54	56	58
50 bis 499 Beschäftigte	60	58	55	52	54	62	65
500 und mehr Beschäftigte	69	68	61	62	68	69	70
Wirtschaftszweig							
Land- und Forstwirtschaft	42	18	37	37	34	41	34
Bergbau und Energie	72	71	70	74	73	79	70
Nahrung und Genuss	60	57	57	49	52	59	60
Verbrauchsgüter	63	60	64	59	63	65	69
Produktionsgüter	71	71	70	68	69	77	78
Investitions- und Gebrauchsgüter	76	79	75	72	78	82	84
Baugewerbe	60	54	47	48	55	56	59
Handel und Reparatur	61	55	53	54	57	61	60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	73	65	54	55	60	76	80
Kredit- und Versicherungsgewerbe	85	80	73	77	81	80	87
Gastgewerbe	34	29	31	37	41	36	48
Erziehung und Unterricht	10	10	17	15	15	13	17
Gesundheits- und Sozialwesen	44	43	34	36	38	51	50
Unternehmensnahe Dienstleistungen	57	49	55	60	58	59	61
Sonstige Dienstleistungen	59	54	56	51	58	49	51
Organisation ohne Erwerbscharakter	27	50	15	18	21	36	41
Öffentliche Verwaltung	68	67	59	61	64	64	70

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E5***

Quelle: IAB-Betriebspanel

Tab. E5-2A: Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007 einen Monat und zwölf Monate nach Beendigung der Ausbildung nach ausgewählten Berufsgruppen*

Berufsgruppe	Insgesamt	Nach 1 Monat					Nach 12 Monaten				
		Davon					Davon				
		Erwerbstätig (Voll- und Teilzeit)	Geringfügig oder sonstig Erwerbstätig	Leistungsbezug	Arbeitssuche, Maßnahme	Unbekannt verblieben	Erwerbstätig (Voll- und Teilzeit)	Geringfügig oder sonstig Erwerbstätig	Leistungsbezug	Arbeitssuche, Maßnahme	Unbekannt verblieben
	Anzahl	in %					in %				
Insgesamt	401.548	67,4	4,2	20,7	1,2	6,4	71,8	3,8	7,7	1,9	14,8
Metallverformer (spanend)	3.234	86,1	1,8	7,8	0,6	3,7	84,0	1,8	3,2	1,0	10,0
Schlosser/in, Werkzeugmacher/in	19.078	78,7	2,5	13,3	0,8	4,7	76,7	2,6	4,6	1,3	14,8
Kraftfahrzeuginstandsetzer/in	15.573	52,7	4,9	33,5	1,4	7,4	61,9	4,0	9,3	2,7	22,1
Elektriker/in	18.550	75,8	2,7	14,1	1,1	6,4	68,8	3,5	4,2	1,8	21,7
Nahrungsmittelhandwerk	6.703	58,1	5,2	27,2	2,2	7,3	66,9	3,2	9,4	2,3	18,3
Koch/Köchin	9.349	42,7	7,3	37,4	2,7	9,9	53,7	5,3	15,7	3,6	21,7
Maurer/in, Zimmerleute	7.735	59,3	3,3	27,9	1,6	7,8	60,9	3,3	13,5	2,9	19,4
Maler/in, Tischler/in	14.702	47,3	4,8	37,3	2,3	8,2	56,9	3,9	17,0	3,1	19,1
Groß- und Einzelhandelskaufleute	36.233	67,1	5,8	20,9	1,2	5,0	73,5	4,8	9,3	1,8	10,7
Bank-, Versicherungskaufleute	13.489	83,1	2,3	8,9	1,4	4,3	78,8	3,0	2,3	2,4	13,5
Rechnungskaufleute u. ä.	61.471	73,0	4,3	17,3	0,7	4,7	76,4	3,7	6,5	1,6	11,8
Krankenpflegekräfte u. ä.	17.419	71,7	2,2	17,5	0,9	7,7	84,6	2,2	2,1	1,0	10,0
Körperpflegeberufe	9.260	58,3	6,1	25,3	1,9	8,5	70,4	5,4	10,3	2,0	12,0
Sonstige Berufe	168.752	67,0	4,3	20,5	1,2	7,0	71,5	4,0	7,7	1,8	15,1

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu* ***E5***

Quelle: Integrierte Erwerbsbiographien des IAB 2007 (Version v8.01.00), Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Tab. E5-3A: Mittleres Monatseinkommen und Standardabweichung vollzeitbeschäftigter Ausbildungsabsolventen 2007 ein Jahr nach Beendigung der Ausbildung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und ausgewählten Berufsgruppen*

Geschlecht Staatsangehörigkeit Berufsgruppe	Fälle	Median	Mittelwert	Standardabweichung
	Anzahl	in Euro		
Insgesamt	264.990	1.915	1.973	696
Davon				
Männer	146.865	2.042	2.102	727
Frauen	118.125	1.747	1.812	620
Davon				
Deutsche	255.404	1.916	1.973	696
Ausländer	9.586	1.889	1.973	699
Darunter ausgewählte Berufe				
Metallverformer (spanend)	2.708	2.565	2.534	708
Schlosser/in, Werkzeugmacher/in	14.496	2.409	2.393	700
Kraftfahrzeuginstandsetzer/in	9.447	1.845	1.915	666
Elektriker/in	12.567	2.148	2.218	685
Nahrungsmittelhandwerk	4.206	1.496	1.501	438
Koch/Köchin	4.592	1.389	1.371	396
Maurer/in, Zimmerleute	4.621	2.118	2.016	635
Maler/in, Tischler/in	8.089	1.752	1.743	533
Groß- und Einzelhandelskaufleute	21.550	1.666	1.674	513
Bank-, Versicherungskaufleute	10.239	2.479	2.483	517
Rechnungskaufleute u. ä.	44.046	2.035	2.046	609
Krankenpflegekräfte u. ä.	11.578	2.254	2.152	419
Körperpflegeberufe	5.719	1.112	1.067	329

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu **E5**; die ausgewählten Berufsgruppen umfassen 153.858 von 264.990 Personen mit Vollzeitbeschäftigung.*

Quelle: Integrierte Erwerbsbiographien des IAB (Version v8.01.00) 2007, Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Tab. F1-1A: Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 1995 bis 2008 nach Art der Hochschulreife und Geschlecht

Jahr	Zahl der Studienberechtigten	Davon		Studienberechtigtenquote insgesamt	Davon	
		Mit allgemeiner Hochschulreife	Mit Fachhochschulreife		Mit allgemeiner Hochschulreife	Mit Fachhochschulreife
	Anzahl	in %				
Insgesamt						
1995	307.772	76,3	23,7	36,4	27,7	8,6
2000	347.539	73,2	26,8	37,2	27,6	9,6
2001	343.453	70,8	29,2	36,1	25,6	10,6
2002	361.498	70,1	29,9	38,2	26,7	11,4
2003	369.046	69,2	30,8	39,2	27,1	12,1
2004	386.906	68,1	31,9	41,5	28,3	13,2
2005	399.372	67,8	32,2	42,5	28,8	13,7
2006	415.008	68,8	31,2	43,4	29,9	13,6
2007	434.181	69,7	30,3	44,5	31,0	13,5
2008	442.091	70,2	29,8	45,1	31,7	13,4
Männer						
1995	150.636	72,6	27,4	34,7	25,2	9,5
2000	161.162	71,3	28,7	33,8	24,2	9,6
2001	160.576	68,0	32,0	33,0	22,5	10,6
2002	169.545	66,0	34,0	35,0	23,1	11,9
2003	174.670	65,1	34,9	36,3	23,6	12,7
2004	183.188	63,5	36,5	38,5	24,4	14,0
2005	189.648	63,1	36,9	39,4	24,9	14,6
2006	196.421	65,0	35,0	40,2	26,1	14,1
2007	202.601	66,4	33,6	40,5	26,9	13,6
2008	205.829	67,4	32,6	41,1	27,7	13,4
Frauen						
1995	157.136	79,9	20,1	38,1	30,5	7,7
2000	186.377	74,8	25,2	40,9	31,2	9,7
2001	182.877	73,2	26,8	39,3	28,8	10,5
2002	191.953	73,7	26,3	41,5	30,5	10,9
2003	194.376	72,8	27,2	42,3	30,8	11,5
2004	203.718	72,2	27,8	44,7	32,3	12,4
2005	209.724	72,0	28,0	45,6	32,8	12,8
2006	218.587	72,2	27,8	46,8	33,8	13,0
2007	231.580	72,5	27,5	48,6	35,2	13,4
2008	236.262	72,7	27,3	49,4	35,9	13,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. F1-2A: Übergangsquoten in die Hochschule 1980 bis 2008 nach Ländern, Geschlecht, Art der Hochschulreife und Migrationshintergrund (in %)

Land	Übergangsquoten[1]								Prognosewerte[3]			
	Studienberechtigtenjahrgang[2]											
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2008
	in %											
Deutschland	**87,0**	**78,4**	**84,2**	**76,3**	**77,7**	**75,6**	**75,3**	**73,1**	**71–77**	**69–76**	**68–74**	**68–75**
Nach Ländern[4]												
Baden-Württemberg[5]	85,9	75,9	82,0	79,0	81,9	77,7	/	/	68–73	/	63–70	67–72
Bayern	89,1	82,6	87,7	84,9	85,5	84,5	/	/	75–81	/	75–80	81–85
Berlin	99,0	97,9	108,5	88,7	92,1	88,0	/	/	64–74	/	62–71	65–74
Brandenburg	X	X	X	62,8	63,1	62,6	/	/	65–70	/	50–59	67–74
Bremen	74,7	82,3	81,1	95,1	90,6	90,1	/	/	78–88	/	71–74	74–85
Hamburg	74,9	83,2	69,2	78,2	70,7	81,0	/	/	62–70	/	65–71	76–84
Hessen	86,3	76,3	78,1	76,5	80,7	76,8	/	/	72–78	/	70–75	74–80
Mecklenburg-Vorpommern	X	X	X	65,8	71,3	77,8	/	/	67–73	/	62–73	72–79
Niedersachsen	85,9	78,1	79,6	76,9	73,8	73,9	/	/	72–78	/	70–75	64–73
Nordrhein-Westfalen	82,0	69,5	72,2	71,0	71,1	65,4	/	/	72–79	/	67–74	64–71
Rheinland-Pfalz	87,3	77,7	83,2	82,5	78,4	72,6	/	/	72–78	/	74–81	69–74
Saarland	92,8	84,5	93,1	73,6	78,2	76,0	/	/	(71–79)	/	(63–66)	(63–72)
Sachsen	X	X	X	66,0	72,8	71,6	/	/	77–81	/	71–75	65–70
Sachsen-Anhalt	X	X	X	67,2	70,6	67,2	/	/	71–75	/	75–82	63–72
Schleswig-Holstein	88,5	79,7	82,0	57,6	76,9	77,4	/	/	75–80	/	69–77	69–79
Thüringen	X	X	X	68,4	78,0	69,9	/	/	61–68	/	77–82	67–73
Nach Geschlecht												
Männer	94,3	89,8	92,3	84,4	85,4	82,2	81,3	78,6	75–80	69–77	72–78	74–79
Frauen	78,3	65,7	74,8	68,5	71,0	69,7	70,1	68,1	67–74	68–74	64–71	64–71
Nach Art der Hochschulreife												
Allgemeine Hochschulreife	91,8	84,5	91,7	81,7	87,9	87,0	87,3	84,6	76–81	75–83	73–79	74–80
Fachhochschulreife[6]	71,7	57,7	64,2	58,9	54,4	47,8	47,3	47,3	57–65	50–57	53–61	52–60
Migrationshintergrund[7]												
Ohne	•	•	•	•	•	•	•	•	70–76	68–75	67–74	68–74
Mit	•	•	•	•	•	•	•	•	75–82	79–83	72–78	71–79

1) Übergangsquoten des Statistischen Bundesamtes; bis Studienbeginn Sommersemester 1992 Deutsche, danach Deutsche und Bildungsinländer. Die Gesamtwerte sowie die Quoten nach Geschlecht und Art der Hochschulreife sind aktualisiert, Stand Oktober 2009.

2) Ab Studienbeginn Wintersemester 1992/93 einschließlich der ostdeutschen Länder

3) Farbig unterlegte Zellen: Prognosewerte auf Basis des HIS-Studienberechtigtenpanels (Bandbreite von Kern- und Maximalquote); Befragungen 6 Monate nach Schulabgang

4) Die Übergangsquoten nach Ländern entsprechen dem in der Fachserie 11, Reihe 4.3.1, 1980–2008 veröffentlichten Stand. Der Jahrgang 2001 wurde gegenüber dem Bildungsbericht 2008 nicht mehr aktualisiert; für die Jahrgänge 2002 und 2003 liegen keine Daten vor.

5) Für das Jahr 2008 ist der Übergang in die Berufsakademien nicht als Studienaufnahme gewertet worden; die aus den Berufsakademien hervorgegangene Duale Hochschule Baden-Württemberg hat erst 2009 ihren Betrieb als Hochschule aufgenommen. Unter Berücksichtigung des Übergangs an die Berufsakademien ergibt sich für Baden-Württemberg eine Übergangsquote in der Bandbreite von 78 bis 84 %. Die Übergangsquote im Bundesdurchschnitt würde damit auf 71 bis 78 % steigen.

6) Werte der HIS-Prognosen einschließlich Schulabgänger mit schulischem Teil der Fachhochschulreife

7) Als Studienberechtigte mit einem Migrationshintergrund werden im HIS-Studienberechtigtenpanel Personen definiert, die eine ausländische oder doppelte Staatsangehörigkeit besitzen oder von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde oder in deren Elternhaus kein Deutsch bzw. Deutsch und eine andere Sprache gesprochen wird. Nach dieser Abgrenzung haben 16% der Studienberechtigten des Jahrgangs 2008 einen Migrationshintergrund.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik; HIS-Studienberechtigtenpanel

Tab. F1-3A: Aspekte, die gegen eine Studienaufnahme sprechen 2008 nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und Bildungsniveau des Elternhauses (Studienberechtigte 2008, in %)*

„Wie stark sprechen aus Ihrer Sicht folgende Aspekte gegen die Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule oder Universität?“	Insgesamt	Männer	Frauen	Allgemeine Hochschulreife	Fachhochschulreife	Mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss	Kein Elternteil mit Hochschulabschluss
	in %						
Der Wunsch, möglichst bald selbst Geld zu verdienen	81	84	79	82	80	76	84
Festes Berufsziel, das kein Studium voraussetzt	63	61	64	60	66	62	65
Das Fehlen eines passenden Studienangebots in der Nähe des Heimatorts	32	33	32	27	37	31	33
Lange Wartezeiten durch Zulassungsbeschränkungen im angestrebten Studienfach	37	26	41	42	31	38	36
Unkalkulierbare und unübersichtliche Anforderungen eines Studiums	45	47	44	43	47	48	44
Die Dauer eines Hochschulstudiums	52	54	52	53	52	48	55
Die nötigen finanziellen Voraussetzungen eines Universitäts- oder Fachhochschulstudiums	75	72	76	74	76	68	79
Schulden zu machen aus Krediten zur Ausbildungsfinanzierung (z. B. Studienkredit oder BAföG-Darlehensanteil)	71	67	73	67	75	68	73
Geringer Praxisbezug eines Hochschulstudiums	54	48	57	61	48	54	54
Unsichere Berufsaussichten in der infrage kommenden Studienrichtung	41	36	44	41	42	41	42
Nicht die nötigen Fähigkeiten für ein Studium mitzubringen	46	44	46	42	50	44	47
Für ein Studium die gewohnte Umgebung, Freunde und Familie verlassen zu müssen	39	44	36	36	41	38	39
Studiengebühren übersteigen meine finanziellen Möglichkeiten	68	61	72	65	72	61	73
Geringe Akzeptanz von Bachelorabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt	30	35	27	26	33	27	31

* *Werte 1 und 2 einer 5-stufigen Skala von 1 = „sehr stark“ bis 5 = „überhaupt nicht“; nur Studienberechtigte, die noch kein Studium begonnen haben und dies auch für die Zukunft ausschließen; ohne Befragte, die bereits ein Studium an einer Verwaltungsfachhochschule oder Berufsakademie aufgenommen haben (n = 840 Studienberechtigte, die erklärtermaßen auf ein Studium verzichten wollen)*

Quelle: HIS Studienberechtigtenpanel (Jahrgang 2008, 6 Monate nach Schulabschluss), Sonderauswertung

Tab. F1-4A: Zusammensetzung der deutschen Studienanfängerinnen und -anfänger* 1995 bis 2008 nach Art der Studienberechtigung und Hochschularten (in %)

Art der Studienberechtigung	Insgesamt				Universitäten				Fachhochschulen			
	1995	2000	2005	2008	1995	2000	2005	2008	1995	2000	2005	2008
	in %											
Gymnasium, Fachgymnasium, Gesamtschule	77,1	81,6	76,9	77,9	90,0	93,4	92,1	91,4	44,6	55,2	46,0	55,8
(Berufs-)Fachschule, Fachakademie	3,3	3,2	5,4	5,4	1,2	1,0	1,9	1,6	8,6	8,0	12,4	11,7
Fachoberschule	11,9	9,4	11,2	9,2	1,9	1,0	1,2	1,2	37,2	28,2	31,6	22,5
Zweiter Bildungsweg[1)]	3,8	2,6	3,3	3,3	3,3	1,8	2,1	2,1	5,2	4,4	5,6	5,1
Dritter Bildungsweg[2)]	0,5	0,7	1,0	1,1	0,4	0,5	0,6	0,6	0,5	1,1	1,9	1,8
Eignungsprüfung Kunst/Musik	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0
Ausländische Studienberechtigung (einschließlich Studienkolleg)	0,9	1,0	1,1	1,1	1,0	1,1	1,2	1,2	0,8	0,7	1,0	0,8
Sonstiges/ohne Angabe	2,1	1,4	0,9	1,9	1,7	0,9	0,7	1,7	2,9	2,4	1,5	2,2

** Wintersemester, ohne Verwaltungsfachhochschulen*
1) Abendgymnasien, Kollegs
2) Studienanfänger ohne traditionelle Studienberechtigung, mit Begabtenprüfung oder immatrikuliert aufgrund beruflicher Qualifizierung

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. F2-1A: Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger*, Frauenanteil und Studienanfängerquote 1975 bis 2009 nach Geschlecht

Studienjahr[1)]	Studienanfänger			Studienanfängerquote[2)]		
	Insgesamt	Weiblich	Anteil FH	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl	in %				
Früheres Bundesgebiet						
1975	163.447	36,9	26,2	•	•	•
1980	189.953	40,4	27,2	19,5	22,6	16,2
1985	206.823	39,8	30,1	19,3	22,6	15,8
1990	277.868	39,4	28,8	30,4	36,1	24,5
Deutschland						
1995	261.427	47,8	31,2	26,8	26,6	27,0
1998	271.999	48,5	31,3	29,2	29,3	29,2
1999	290.983	49,4	31,4	31,3	30,9	31,7
2000	314.539	49,2	31,3	33,5	33,4	33,6
2001	344.659	49,4	31,3	36,1	35,9	36,3
2002	358.792	50,6	32,0	37,1	35,9	38,3
2003	377.395	48,2	32,2	38,9	39,5	38,3
2004	358.704	48,8	33,2	37,1	37,2	37,1
2005	355.961	48,8	33,1	37,0	37,1	36,9
2006	344.822	49,4	34,0	35,7	35,5	35,9
2007	361.360	49,8	35,2	37,1	36,6	37,6
2008	396.610	49,6	38,4	40,3	39,9	40,8
2009[3)]	422.705	49,8	39,1	43,3	42,5	44,2

** Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen*
1) Studienjahr = Sommer- plus nachfolgendes Wintersemester
2) Berechnung nach dem OECD-Verfahren, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen; 1986 bis 1989: Bezugsgröße Durchschnitt der 18- bis unter 22-Jährigen
3) Vorläufige Zahlen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. F2-2A: Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger* 1995, 2000 und 2005 bis 2009 sowie Kennzahlen des Hochschulpakts nach Ländern

Land	Studienjahr[1]							Saldo 2008/09	Zielgröße des Hochschulpakts I bis 2010[3]	Zusätzliche Studienanfänger bis 2009[8]
	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009[2]			
	Anzahl							in %	Anzahl	
D	261.427	314.539	355.961	344.967	361.360	396.610	422.705	+ 6,6	91.370	101.929
BW	37.430	43.799	49.578	48.128	47.674	60.661	65.323	+ 7,7	15.544[4]	11.557
BY	34.859	42.435	50.518	51.916	52.833	55.001	59.081	+ 7,4	18.259	16.324
BE	17.518	21.075	20.704	20.318	22.339	23.967	26.045	+ 8,7	–[5]	10.239
BB	4.448	7.204	7.552	7.565	8.571	9.866	10.070	+ 2,1	–[6]	5.935
HB	3.307	4.287	5.256	4.810	5.483	5.848	5.752	– 1,6	–[6]	1.577
HH	9.202	10.726	11.864	11.920	12.729	14.095	15.255	+ 8,2	–[6,7]	6.017
HE	20.992	23.654	30.059	28.576	28.911	32.974	35.294	+ 7,0	8.791	7.002
MV[9]	3.987	5.782	6.169	6.394	6.766	7.080	7.662	+ 8,2	–[6]	2.661
NI	19.937	25.640	25.930	24.524	26.689	27.777	29.127	+ 4,9	11.193	8.480
NW	62.468	69.614	80.903	75.144	77.568	84.697	91.192	+ 7,7	26.307	11.176
RP	11.874	14.652	17.535	17.725	19.222	20.004	20.805	+ 4,0	5.796	7.426
SL[10]	3.193	3.370	3.740	3.653	3.617	4.456	5.218	+ 17,1	1.510	1.021
SN	14.115	18.013	19.940	18.600	20.847	20.659	21.079	+ 2,0	–[6]	2.765
ST[11]	5.484	8.271	8.765	8.487	9.346	10.120	10.045	– 0,7	–[6]	3.216
SH	6.788	7.247	8.123	7.925	8.616	8.824	9.485	+ 7,5	3.970	2.440
TH	5.825	8.770	9.325	9.282	10.149	10.581	11.272	+ 6,5	–[6]	4.093

** Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen*
1) Studienjahr = Sommer- und nachfolgendes Wintersemester
2) Vorläufige Zahlen
3) Zusätzliche Studienanfänger in den Jahren 2007 bis 2010
4) Baden-Württemberg plant, über den Hochschulpakt I hinaus 6.536 zusätzliche Studienanfänger aufzunehmen.
5) Berlin verpflichtet sich im Hochschulpakt, zwischen 2007 und 2010 eine durchschnittliche Studienanfängerzahl von 19.500 zu halten.
6) Der Hochschulpakt sieht für die neuen Länder, Bremen und Hamburg Studienanfängerzahlen auf dem Niveau von 2005 vor.
7) Hamburg plant, über den Hochschulpakt I hinaus bis 2010 2.908 zusätzliche Studienanfänger aufzunehmen.
8) Zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger gegenüber 2005; Basis sind die Studienanfängerzahlen des Jahres 2005, korrigiert um wegfallende bzw. neu hinzukommende Hochschulen; quantitativ ist hier vor allem die Duale Hochschule Baden-Württemberg bedeutsam.
9) Mecklenburg-Vorpommern: Doppelter Abiturientenjahrgang 2008
10) Saarland: Doppelter Abiturientenjahrgang 2009
11) Sachsen-Anhalt: Doppelter Abiturientenjahrgang 2007

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. F2-3A: Studienanfängerquoten* (ISCED 5A) im internationalen Vergleich 1998 bis 2007 (in %)**

Staat	1998[1]	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in %									
OECD-Mittel	40	45	47	48	52	53	53	55	56	56
Deutschland	29	31	30	32	35	36	37	36	35	34
Finnland	58	67	71	72	71	73	73	73	76	71
Frankreich	•	36	37	37	38	39	•	•	•	•
Großbritannien	48	45	47	46	48	48	52	51	57	55
Italien	42	40	39	44	50	54	55	56	55	53
Japan[1]	36	37	40	41	42	43	42	44	45	46
Kanada	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Niederlande	52	54	53	54	54	52	56	59	58	60
Österreich	28	•	34	34	31	34	37	37	40	42
Schweden	59	65	67	69	75	80	79	76	76	73
Schweiz	•	29	29	33	35	38	38	37	38	39
USA	44	45	43	42	64	63	63	64	64	65

** Nettoquoten nach OECD-Berechnungsmethode*
*** Studienjahr = Sommer- plus vorhergehendes Wintersemester*
1) Bruttoquoten

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; OECD

Tab. F2-4A: Studienanfängerinnen und -anfänger* 1975 bis 2009 nach Fächergruppen (in %)

Studienjahr[1)]	Fächergruppen								
	Sprach- und Kulturwiss.	Sport	Rechts-, Wirtschafts-, und Sozialwiss.	Mathematik/ Naturwiss.	Humanmedizin/ Gesundheitswiss.	Veterinärmedizin	Agrar-, Forst-, und Ernährungswiss.	Ingenieurwiss.	Kunst, Kunstwiss.
	in %								
Früheres Bundesgebiet									
1975	23,6	1,7	23,5	16,8	3,0	0,3	3,4	21,6	5,9
1976	21,5	1,7	25,5	15,3	3,7	0,3	3,2	24,0	4,7
1977	21,4	1,7	25,6	15,1	4,6	0,4	3,4	22,5	5,0
1978	21,5	1,9	26,4	15,1	5,1	0,4	3,4	20,7	5,4
1979	20,4	1,9	28,0	14,3	5,4	0,4	3,4	20,7	5,2
1980	20,5	1,6	29,5	14,7	5,4	0,5	3,1	19,9	4,7
1981	20,2	1,3	30,0	14,9	4,5	0,3	2,9	21,4	4,3
1982	18,7	1,1	29,9	15,4	3,9	0,3	2,7	23,6	4,3
1983	17,7	0,9	29,5	16,1	3,7	0,3	2,7	25,0	4,0
1984	18,3	0,8	29,1	16,3	4,0	0,3	2,9	24,1	4,1
1985	18,2	0,7	29,6	15,9	4,4	0,3	3,1	23,5	4,1
1986	17,6	0,7	31,2	15,5	4,5	0,3	2,9	23,1	4,0
1987	17,1	0,8	32,2	15,6	4,7	0,3	2,6	23,0	3,7
1988	16,7	0,8	32,3	16,1	4,5	0,3	2,5	23,1	3,5
1989	17,5	0,8	29,9	16,6	4,3	0,3	2,4	24,7	3,6
1990	18,0	0,9	31,6	16,8	3,5	0,3	2,2	23,3	3,3
1991	18,6	0,9	32,9	15,7	3,2	0,3	2,2	22,9	3,1
1992	19,2	0,8	33,3	15,2	3,7	0,3	2,2	22,0	3,2
Deutschland									
1993	19,8	0,9	33,9	14,0	4,1	0,3	2,4	21,0	3,5
1994	20,5	1,0	34,5	13,5	4,1	0,3	2,3	19,9	3,7
1995	21,5	1,2	35,3	13,0	4,2	0,4	2,4	18,2	3,7
1996	21,8	1,3	35,2	13,4	4,3	0,4	2,5	17,4	3,7
1997	21,2	1,2	35,6	14,0	4,1	0,4	2,6	16,9	3,7
1998	20,4	1,1	35,6	14,9	4,0	0,3	2,4	17,3	3,7
1999	20,1	1,1	35,5	16,3	3,9	0,3	2,2	16,8	3,6
2000	19,9	1,0	34,0	18,7	3,7	0,3	2,0	16,8	3,5
2001	20,7	1,1	33,7	18,6	3,5	0,3	1,9	16,6	3,4
2002	20,9	1,0	34,4	17,7	3,4	0,3	2,0	16,8	3,4
2003	20,3	1,1	33,1	18,1	3,2	0,3	2,1	18,4	3,2
2004	20,3	1,1	32,1	17,7	4,0	0,3	2,2	18,8	3,4
2005	19,8	1,1	32,0	17,9	4,3	0,3	2,2	18,9	3,3
2006	19,7	1,0	32,5	17,9	4,6	0,3	2,2	18,2	3,4
2007	18,9	1,0	33,1	17,4	4,4	0,3	2,2	18,9	3,5
2008	17,0	0,8	35,2	16,6	4,6	0,3	2,1	19,7	3,4
2009[2)]	17,3	0,9	35,1	16,7	4,4	0,2	2,1	19,6	3,4

** Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester, einschließlich Verwaltungsfachhochschulen*
1) Studienjahr = Sommer- plus nachfolgendes Wintersemester
2) Vorläufige Zahlen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. F2-5A: Bevölkerung und Studierende nach Migrationshintergrund* und Altersgruppen 2008

Migrationshintergrund	Bevölkerung	Anteil an der Gesamtbevölkerung (spaltenweise prozentuiert)	Studierendenanteil an der Bevölkerung	Anteil an allen Studierenden (spaltenweise prozentuiert)
	in Tsd.	in %		
Im Alter von 20 bis unter 30 Jahren				
Insgesamt	9.693	100	17,1	100
Ohne Migrationshintergrund	7.468	77,0	18,5	83,3
Mit Migrationshintergrund	2.226	23,0	12,4	16,7
Darunter:				
(Spät-)Aussiedler	626	6,5	14,9	5,6
In Deutschland geboren	406	4,2	13,1	3,2
Eingebürgerte	433	4,5	17,3	4,5
Ausländer im Ausland geboren (ohne Bildungsausländer)	760	7,8	7,4	3,4
Im Alter von 20 bis unter 25 Jahren				
Insgesamt	4.815	100	21,2	100
Ohne Migrationshintergrund	3.753	77,9	22,6	83,2
Mit Migrationshintergrund	1.063	22,1	16,1	16,8
Darunter:				
(Spät-)Aussiedler	334	6,9	17,7	5,8
In Deutschland geboren	219	4,5	15,1	3,2
Eingebürgerte	233	4,8	21,0	4,8
Ausländer im Ausland geboren (ohne Bildungsausländer)	276	5,7	10,9	2,9
Im Alter von 25 bis unter 30 Jahren				
Insgesamt	4.878	100	13,0	100
Ohne Migrationshintergrund	3.715	76,2	14,3	83,5
Mit Migrationshintergrund	1.163	23,8	9,0	16,5
Darunter:				
(Spät-)Aussiedler	292	6,0	11,6	5,3
In Deutschland geboren	187	3,8	10,7	3,1
Eingebürgerte	200	4,1	13,0	4,1
Ausländer im Ausland geboren (ohne Bildungsausländer)	484	9,9	5,4	4,1

* *Jeweils ohne Bildungsausländer, die mit ausländischer Studienberechtigung zum Studium nach Deutschland gekommen sind. In der Altersgruppe von 20 bis unter 30 Jahren handelt es sich dabei um 133.000 Studierende.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008, Hochschulstatistik

Tab. F3-1A: Studentische Urteile über die Umsetzung von Zielen zur Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes in der Einschätzung von Bachelorstudierenden* im Wintersemester 2007/08 (in %)

Ziele zur Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes	„Sind in Ihrem Studiengang folgende Vorgaben zur Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes (EHR) bislang verwirklicht worden?“[1]			„Wenn ja, wie gut oder schlecht ist die Verwirklichung Ihrer Ansicht nach gelungen?“[2]		
	Ja	Nein	Weiß nicht	(Sehr) schlecht	Mittel	(Sehr) gut
	in %			in %		
Umstellung auf die gestufte Studienstruktur (BA/MA)	98	0	2	23	32	45
Einführung eines Kreditpunktesystems (ECTS)	94	1	5	14	33	53
Modularisierung der Studiengänge (Aufbau und Abstimmung der Module)	92	2	6	25	33	42
Allgemeine Qualitätskontrolle und Evaluation der Lehre	78	6	16	30	29	40
Akkreditierung Ihres Studiengangs (Prüfung und Anerkennung)	62	7	31	11	35	53
Studentische Beteiligung an der Umsetzung der Ziele des EHR	15	13	72	42	38	20
Stipendienangebote für Auslands-aufenthalte	32	11	57	32	42	26
Internationale Kooperation mit ausländischen Hochschulen	67	7	26	13	34	53
Auslandssemester als fester Bestandteil des Studiengangs	12	82	6	16	20	63
Möglichkeit, Teile des Studiums im Ausland zu absolvieren	63	16	21	29	38	34
Lehrveranstaltungen in englischer Sprache	50	42	8	30	36	34
Studienangebote enthalten einen europäischen Aspekt (Eurostreaming)	20	41	39	15	44	42
Gleichzeitig deutscher und ausländischer Studienabschluss (Doppelabschluss)	8	63	29	27	31	41

** n = 1.636 Studierende in Bachelorstudiengängen, Daten entnommen aus: Multrus, F./Simeaner, H./Bargel, T./Ramm, M. (2008): Internationalisierung und Europäischer Hochschulraum. Online-Erhebung im Rahmen des Studierendensurvey, Universität Konstanz, AG Hochschulforschung, Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, Heft 56, S. 27 ff.*

1) Für die Items ab „Internationale Kooperation mit ausländischen Hochschulen wurde folgende Frage gestellt: „Sind in Ihrem Studiengang folgende Ziele zur Internationalisierung des Studiums bislang verwirklicht worden?“

2) Werte 1 und 2 bzw. 4 und 5 einer fünfstufigen Skala von 1 = „sehr schlecht“ bis 5 = „sehr gut“

Quelle: AG Hochschulforschung, Universität Konstanz 2008

Tab. F4-1A: Fachstudiendauer und Gesamtstudiendauer 1995, 2000, 2004 bis 2008 nach Abschlussarten (in Semestern)*

Jahr	Fachstudiendauer			Gesamtstudiendauer		
	1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil
	in Semestern					
Diplom (U) und entsprechende Abschlüsse (Erststudium)						
1995	9,6	11,4	13,2	10,5	12,4	14,6
2000	9,7	11,5	13,5	10,7	12,7	15,1
2004	9,6	11,3	13,2	10,4	12,3	14,6
2005	9,6	11,2	13,1	10,4	12,2	14,5
2006	9,5	11,1	12,9	10,3	12,0	14,2
2007	9,5	11,0	12,8	10,3	12,0	14,0
2008	9,5	11,0	12,8	10,4	12,1	14,1
Lehramtsprüfungen[1] (Erststudium)						
1995	7,7	9,1	11,0	8,3	10,2	12,9
2000	8,2	9,7	11,9	9,1	11,4	14,2
2004	7,9	9,6	11,8	8,9	11,1	14,0
2005	7,6	9,1	11,3	8,5	10,5	13,4
2006	7,6	8,9	10,9	8,5	10,3	13,1
2007	7,8	9,1	10,8	8,8	10,5	12,8
2008	7,4	9,0	10,8	8,6	10,5	12,8
Fachhochschulabschluss Diplom (Erststudium)						
1995	6,2	8,0	9,7	6,5	8,3	10,2
2000	7,1	8,5	10,0	7,3	8,9	11,3
2004	7,2	8,4	9,8	7,2	8,7	10,7
2005	7,2	8,4	9,8	7,3	8,8	10,7
2006	7,2	8,5	9,8	7,4	8,8	10,7
2007	7,4	8,5	9,8	7,5	8,8	10,7
2008	7,4	8,5	9,8	7,6	8,8	10,7
Bachelorabschluss (Erststudium)						
1995	–	–	–	–	–	–
2000	4,7	5,9	9,3	6,1	8,2	15,3
2004	5,4	6,0	7,1	5,6	6,7	8,6
2005	5,4	6,1	7,4	5,6	6,8	8,7
2006	5,5	6,2	7,4	5,7	6,9	8,7
2007	5,5	6,1	7,3	5,7	6,8	8,6
2008	5,4	5,9	7,1	5,6	6,5	8,1
Masterabschluss[2] (Erstabschluss)						
1995	–	–	–	–	–	–
2000	/	/	/	/	/	/
2004	3,0	4,1	5,4	/	/	/
2005	3,2	4,2	5,5	/	/	/
2006	3,3	4,4	5,6	/	/	/
2007	3,5	4,4	5,6	/	/	/
2008	3,3	4,2	5,2	/	/	/

** Angegeben sind das 1. Quartil (25 %), der Median (50 %) und das 3. Quartil (75 %).*
1) Staatsexamensprüfungen, Bachelor (Lehramt) sowie Master (Lehramt) mit Erstabschluss
2) Als Masterabschlüsse im Erststudium werden hochschulstatistisch die konsekutiven Masterstudiengänge erfasst. Allerdings ist davon auszugehen, dass aufgrund nicht einheitlicher Datenerfassung an den Hochschulen eine Untererfassung der konsekutiven Masterabschlüsse vorliegt. Die Gesamtstudiendauer der konsekutiven Masterstudiengänge wird nicht ausgewiesen. U.a. durch den hohen Anteil von Bildungsausländern in Masterstudiengängen, deren vorherige Studienzeit nicht erfasst wird, wird dieser Wert verzerrt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.3.1, 1980−2008

Tab. F4-2A: Studienabbruchquoten* für deutsche Studierende im Erststudium für die Jahre 1999, 2002, 2004, 2006 und 2008 nach Fächergruppen, Abschlussarten und ausgewählten Studienbereichen (in %)

Hochschulart Fächergruppe Studienbereich Abschlussart	Studienabbruchquote												
	Insgesamt					Männer[1]				Frauen[1]			
	1999	2002	2004	2006	2008[2]	1999	2002	2004	2006	1999	2002	2004	2006
	in %												
Insgesamt	23	25	22	21	**24**	25	27	25	26	20	23	18	15
Universitäten	24	26	24	20	/	26	29	27	25	23	24	21	16
Fachhochschulen	20	22	17	22	/	23	24	22	26	13	18	10	14
Nach Art des Abschlusses													
Diplom/Magister	/	/	/	26	**27**	/	/	/	/	/	/	/	/
Staatsexamen	/	/	/	7	**10**	/	/	/	/	/	/	/	/
Bachelor	/	/	/	30	**25**	/	/	/	/	/	/	/	/
Bachelor Universität	/	/	/	25	/	/	/	/	34	/	/	/	19
Bachelor Fachhochschule	/	/	/	39	/	/	/	/	42	/	/	/	35
Universitäten													
Sprach-, Kulturwiss., Sport	33	35	32	27	/	38	39	37	35	31	34	30	24
Sprach-, Kulturwiss.	41	45	43	32	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Pädagogik, Sport	28	23	16	20	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwiss.	30	28	26	19	/	28	30	29	24	31	26	23	14
Sozialwissenschaften	42	36	27	10	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Rechtswissenschaft	27	16	12	9	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Wirtschaftswissenschaften	31	32	31	27	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Mathematik, Naturwiss.	23	26	28	28	/	27	28	30	31	18	23	24	24
Mathematik	12	26	23	31	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Informatik	37	38	39	32	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Physik, Geowissenschaften	26	30	36	36	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Chemie	23	33	24	31	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Pharmazie	17	12	12	6	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Biologie	15	15	19	15	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Geografie	36	19	17	15	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Medizin	8	11	8	5	/	7	11	7	3	8	12	8	6
Humanmedizin	8	10	9	5	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Zahn-, Veterinärmedizin	8	16	2	3	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Agrar-, Forst, Ernährungswiss.	21	29	14	7	/	16	34	24	14	26	26	7	2
Ingenieurwissenschaften	26	30	28	25	/	27	30	27	28	19	28	31	16
Maschinenbau	25	34	30	34	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Elektrotechnik	23	33	33	33	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Bauwesen	35	30	22	16	/	/	/	/	/	/	/	/	
Kunst	30	26	21	12	/	27	30	22	17	32	23	21	10
Lehramt	14	12	13	8	/	18	19	20	8	12	9	10	8
Fachhochschulen													
Wirtschafts-, Sozialwesen	16	25	16	19	/	21	29	20	28	12	21	11	13
Sozialwesen	6	20	16	13	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Wirtschaftswissenschaften	25	27	17	24	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Mathematik, Naturwiss.	34	40	31	26	/	34	38	31	25	34	49	33	32
Informatik	36	39	29	25	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Agrar-, Forst, Ernährungswiss.	25	18	2	12	/	26	13	1	16	24	23	2	9
Ingenieurwissenschaften	21	20	21	26	/	23	21	24	28	14	11	9	19
Maschinenbau	25	21	25	32	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Elektrotechnik	20	32	31	36	/	/	/	/	/	/	/	/	/
Bauwesen	24	20	23	14	/	/	/	/	/	/	/	/	/

** Berechnungsmethode nach HIS, ohne ausländische Studierende und ohne Studierende im Zweitstudium. Studienabbruchquote berechnet als Quotient von Absolventen des Abschlussjahres und Studienanfängern der zugehörigen Studienanfängerjahrgäng (vgl. zum Verfahren ausführlich www.his.de/pdf/pub_kia/kia200501.pdf).*

1) Ausweis nach dem Geschlecht nur auf der Ebene der Fächergruppen möglich

2) Die Abbruchquoten für 2008 beziehen sich ausschließlich auf die Studienanfängerjahrgänge 2000 bis 2007.

Quelle: HIS Studienabbruchberechnungen

Tab. F4-3A: Internationale Mobilität Studierender – Matrix der zehn wichtigsten Ziel- und Herkunftsstaaten 2007*

Herkunftsstaaten	Zielstaaten für internationale Studierende											
	Gesamt	USA[1)]	Großbritannien[1)]	Deutschland	Frankreich	Australien[1)]	Kanada	Japan	Spanien	Italien	Russische Föd.[2)]	Andere Staaten
	Anzahl											
Gesamt	3.021.106	595.874	351.470	258.513	246.612	211.526	132.246	125.877	59.814	57.271	60.288	921.615
China	457.366	98.958	49.594	27.117	18.836	50.418	28.635	80.231	867	1.678	•	101.032
Indien	162.221	85.687	23.833	3.899	891	24.523	7.176	434	128	589	•	15.062
Korea	107.141	63.772	4.311	5.206	2.449	5.430	750	22.109	100	338	•	2.677
Deutschland	85.963	8.847	14.011	X	6.947	1.866	1.083	404	1.854	2.067	•	48.883
Frankreich	63.025	6.852	13.068	6.274	X	872	4.944	445	1.907	1.083	•	27.580
Türkei	59.150	11.760	2.233	24.602	2.339	254	690	168	71	384	•	16.649
Japan	56.060	36.062	5.706	2.385	2.071	3.249	1.611	X	192	316	•	4.468
USA	52.085	X	15.956	3.411	3.165	3.023	9.129	1.888	728	481	•	14.305
Marokko	50.917	1.229	212	8.095	27.684	12	2.769	47	5.328	1.017	•	4.525
Russische Föd.	50.724	4.856	2.580	12.831	3.219	530	1.383	375	696	930	X	23.324
andere Staaten[3)]	1.876.454	277.852	219.966	164.694	179.011	121.349	74.076	19.776	47.943	48.388	60.288	663.111

** Angaben zu internationalen Studierenden, soweit Staaten für die Tabelle C2.7 (Internetversion) des OECD-Bildungsberichts „Bildung auf einen Blick 2009" entsprechende Daten bereitgestellt haben*
1) Ausländische Studierende definiert nach Herkunftsstaat
2) Die Russische Föderation weist nur Angaben für die unabhängig gewordenen Staaten der früheren Sowjetunion aus. Nicht berücksichtigt sind private Institutionen.
3) Einschließlich Studierender, deren Herkunft nicht zuzuordnen ist

Quelle: OECD

Tab. F5-1A: Zahl der Erstabsolventinnen und -absolventen und Absolventenquote* 1995 bis 2008 nach Art des Hochschulabschlusses und Geschlecht (in %)

Prüfungsjahr[6)]	Absolventinnen/ Absolventen	Absolventenquote	Art des Hochschulabschlusses[1)]							
			Diplom (U) und entsprechender Abschluss[2)]	Promotion	Lehramt	Bachelor (U)[3)]	Master (U)[4,5)]	Fachhochschulabschluss	Bachelor (FH)	Master (FH)[5)]
	Anzahl	in %								
Insgesamt										
1995	197.015	•	51,5	0,2	11,4	–	–	36,9	–	–
1996	202.042	•	52,3	0,2	11,4	–	–	36,1	–	–
1997	201.073	16,4	51,5	0,2	11,6	–	–	36,7	–	–
1998	190.886	16,4	51,1	0,2	12,3	–	–	36,4	–	–
1999	185.001	16,8	50,8	0,1	12,5	–	–	36,6	–	–
2000	176.654	16,9	50,5	0,1	12,8	0,1	0,0	36,5	–	–
2001	171.714	17,0	50,0	0,1	12,4	0,1	0,1	37,3	0,0	0,0
2002	172.606	17,4	50,4	0,1	11,7	0,4	0,2	37,1	0,1	0,0
2003	181.528	18,4	49,1	0,1	10,6	0,8	0,2	38,7	0,5	0,0
2004	191.785	19,5	47,5	0,0	10,2	2,0	0,5	38,7	1,1	0,1
2005	207.936	21,1	45,9	0,0	10,2	3,3	0,7	38,2	1,4	0,3
2006	220.782	22,2	45,0	0,0	10,6	4,7	1,0	36,3	2,0	0,4
2007	239.877	24,1	44,0	0,0	10,7	6,0	1,2	34,0	3,7	0,5
2008	260.498	26,2	40,4	0,0	11,3	8,7	1,5	31,0	6,4	0,7
Männer										
1995	115.752	•	53,7	0,2	5,1	–	–	41,0	–	–
2000	96.020	17,5	51,5	0,1	6,9	0,1	0	41,3	–	–
2001	91.036	17,3	50,5	0,1	6,5	0,1	0,1	42,5	0,0	0,0
2002	89.606	17,5	50,4	0,1	6,4	0,4	0,2	42,3	0,1	0,0
2003	91.589	18,2	49,1	0,1	5,5	0,8	0,3	43,6	0,6	0,1
2004	96.121	19,2	47,5	0,0	5,2	1,9	0,6	43,3	1,2	0,1
2005	102.383	20,5	45,8	0,0	4,8	3,0	0,9	43,4	1,7	0,4
2006	106.809	21,3	44,8	0,0	5,1	3,9	1,2	42,1	2,3	0,5
2007	115.623	23,0	43,7	0,0	5,3	5,2	1,3	39,8	4,1	0,7
2008	124.515	24,7	39,8	0,0	5,8	7,4	1,5	37,5	7,1	0,8
Frauen										
1995	81.263	•	48,2	0,2	20,5	–	–	31,1	–	–
2000	80.634	16,2	49,2	0,1	19,9	0,1	0,0	30,6	–	–
2001	80.678	16,6	49,4	0,1	19,0	0,1	0,0	31,3	0,0	0,0
2002	83.000	17,2	50,3	0,1	17,5	0,5	0,1	31,4	0,1	0,0
2003	89.939	18,7	49,0	0,1	15,7	0,8	0,1	33,8	0,4	0,0
2004	95.664	19,7	47,4	0,0	15,3	2,0	0,3	34	0,9	0,0
2005	105.553	21,6	45,9	0,0	15,5	3,5	0,6	33,1	1,2	0,2
2006	113.973	23,2	45,2	0,0	15,8	5,5	0,8	30,8	1,7	0,2
2007	124.254	25,2	44,3	0,0	15,8	6,8	1,0	28,5	3,3	0,3
2008	135.983	27,7	40,9	0,0	16,4	9,8	1,4	25,1	5,8	0,5

** Absolventenquote in nationaler Abgrenzung: Anteil der Absolventen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Altersjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (Quotensummenverfahren).*

1) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

2) Einschließlich künstlerischer und sonstiger Abschlüsse

3) Einschließlich Bachelor (KH)

4) Einschließlich Master (KH)

5) Konsekutive Masterabschlüsse wurden bis einschließlich Sommersemester 2009 in der Hochschulstatistik als Erstabschlüsse gezählt. Dadurch entsteht das Problem der Doppelzählung von Erstabschlüssen, das wegen der bisher geringen Zahl an Masterabschlüssen allerdings nur geringe Auswirkungen hat. Seit dem Wintersemester 2009/10 werden konsekutive Masterabschlüsse als Zweitstudium bzw. -abschluss gezählt.

6) Prüfungsjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. G1-1A: Teilnahme* an Weiterbildung 2007 nach Weiterbildungstypen, Altersgruppen, allgemeinbildendem Abschluss und Geschlecht (in %)

Weiterbildungstyp Allgemeinbildender Abschluss	Insgesamt			Männer			Frauen		
	Davon nach Altersgruppen								
	Insge-samt	Unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	Insge-samt	Unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre	Insge-samt	Unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre
	Teilnahmequoten[1] in %								
Weiterbildung insgesamt	44,0	48,3	33,8	46,3	50,8	35,2	41,7	45,7	32,4
Ohne/Mit Hauptschulabschluss	28,7	32,4	23,4	33,3	37,5	26,4	23,3	25,6	20,8
Mittlerer Abschluss	48,5	51,3	39,4	50,4	53,9	38,7	46,9	49,0	39,9
(Fach-)Hochschulreife	59,8	61,2	54,8	61,0	63,8	51,8	58,7	58,7	58,8
Betriebliche Weiterbildung	29,3	32,1	22,7	33,2	36,2	25,9	25,4	28,0	19,5
Ohne/Mit Hauptschulabschluss	19,1	20,9	16,6	24,7	26,9	(21,0)	12,7	12,9	(12,4)
Mittlerer Abschluss	34,5	37	26,2	36,8	39,8	(26,8)	32,4	34,5	25,3
(Fach-)Hochschulreife	38,4	39,4	34,9	42,8	45,0	35,7	33,9	34,1	33,3
Individuell-berufsbezogene Weiterbildung	13,3	14,7	10,1	13,3	14,5	10,3	13,4	14,9	9,9
Ohne/Mit Hauptschulabschluss	6,7	7,7	(5,3)	7,1	(7,7)	/	(6,2)	(7,6)	/
Mittlerer Abschluss	13,1	13,7	(11,1)	13,3	14,2	/	13,0	13,3	(11,8)
(Fach-)Hochschulreife	22,7	22,9	22,0	22,2	22,8	(20,1)	23,2	22,9	(24,6)
Nicht berufsbezogene Weiterbildung	10,1	11,1	7,8	7,9	9,1	(5,1)	12,4	13,1	10,7
Ohne/Mit Hauptschulabschluss	6,6	7,4	(5,6)	(5,9)	(7,1)	/	(7,4)	(7,6)	/
Mittlerer Abschluss	9,3	9,2	(9,5)	7,2	(7,6)	/	11,1	10,6	(12,5)
(Fach-)Hochschulreife	15,1	15,9	(11,9)	10,5	11,7	/	19,8	20,0	(18,7)

** Mehrfachnennungen möglich*
1) Werte in Klammern für ungewichtete Fallzahl zwischen 40 und 80 Fälle

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G1-2A: Teilnahme* an Weiterbildung 2007 nach Weiterbildungstypen und Themenbereichen (in %)

Themenbereiche	Weiterbildung insgesamt	Betriebliche Weiterbildung	Individuell-berufsbezogene Weiterbildung	Nicht berufsbezogene Weiterbildung
	in %			
Sprachen, Kultur, Politik	19,8	15,1	26,7	43,3
Pädagogik, Sozialkompetenz	14,2	13,6	22,3	16,0
Gesundheit, Sport	19,9	18,1	21,8	34,3
Wirtschaft, Arbeit, Recht	39,7	48,4	40,1	25,6
Natur, Technik, Computer	41,5	45,5	38,6	42,0
Nicht klassifizierbar	7,6	8,7	9,9	6,9

** Mehrfachnennungen möglich*

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G1-3A: Teilnahme* an Weiterbildung 2007 nach Themenbereichen, Geschlecht und Altersgruppen (in %)

Themenbereiche	Insgesamt	Davon nach Geschlecht		Davon nach Altersgruppen	
		Männer	Frauen	19 bis unter 50 Jahre	50 bis unter 65 Jahre
	in %				
Sprachen, Kultur, Politik	19,8	15,9	24,2	18,9	22,8
Pädagogik, Sozialkompetenz	14,2	11,9	16,8	13,9	15,2
Gesundheit, Sport	19,9	12,0	28,9	20,3	18,5
Wirtschaft, Arbeit, Recht	39,7	41,6	37,6	38,6	43,5
Natur, Technik, Computer	41,5	50,1	31,6	42,7	37,1

** Mehrfachnennungen möglich*

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G1-4A: Teilnahmequote an Weiterbildung sowie Teilnahmestunden 2007 nach ausgewählten EU-Staaten

Staat	Teilnahmequote	Teilnahmestunden je Teilnehmer
	in %	in Stunden[1]
EU-15-Mittel[2]	34,6	71
Dänemark	37,6	121
Deutschland	43,1	76
Frankreich	34,1	57
Niederlande	42,1	59
Österreich	39,8	92
Schweden	69,4	73
Spanien	27,2	112
Vereinigtes Königreich	40,3	48

1) Teilnahmestunden aus Eurostat-Datenbank (www.ec.europa.eu/eurostat, 28.10.2009)
2) EU-15 ohne Luxemburg und Irland; vorläufige Werte für Frankreich

Quelle: Eurostat, AES 2007, eigene Berechnungen

Tab. G1-5A: Teilnahme an Weiterbildung 2007 nach ausgewählten EU-Staaten, Altersgruppen und Geschlecht (in %)

Staat	Insgesamt	Davon nach Altersgruppen			Davon nach Geschlecht	
		Bis unter 35 Jahre	35 bis unter 50 Jahre	50 Jahre und älter	Männer	Frauen
	in %					
EU-15-Mittel[1]	34,6	39,9	37,9	26,4	35,4	33,8
Dänemark	37,6	35,7	43,2	32,5	37,6	37,6
Deutschland	43,1	46,8	48,5	33,7	45,8	40,4
Frankreich	34,1	45,0	37,6	21,3	35,5	32,8
Niederlande	42,1	52,5	44,2	33,1	45,0	39,3
Österreich	39,8	40,2	46,2	30,7	41,8	37,8
Schweden	69,4	72,4	73,0	63,7	67,7	71,2
Spanien	27,2	32,5	29,6	18,4	27,3	27,1
Vereinigtes Königreich	40,3	44,3	41,9	35,6	39,2	41,4

1) EU-15 ohne Luxemburg und Irland; vorläufige Werte für Frankreich

Quelle: Eurostat, AES 2007, eigene Berechnungen

Tab. G2-1A: Gruppen von Weiterbildungsteilnehmern (Cluster*) 2007

	Insgesamt	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
Clustergröße: N (in%)	100	18,2	19,3	16,6	24,2	8,3	13,4
Clustergröße: n (Anzahl)	3.232	587	623	537	783	269	433
				in %			
Geschlecht							
Männlich	53,0	95,0	8,0	0,0	95,0	64,0	45,0
Weiblich	47,0	5,0	92,0	100,0	5,0	36,0	55,0
Alter							
19 bis unter 35 Jahre	33,3	43,3	23,9	24,5	18,6	26,6	75,1
35 bis unter 50 Jahre	43,9	52,8	58,4	55,6	41,5	42,7	1,7
50 bis unter 65 Jahre	22,8	4,0	17,7	20,0	39,8	30,7	23,2
Erwerbsstatus[1]							
Vollerwerbstätig	63,8	70,9	54,8	47,0	93,9	95,2	13,8
Teilweise erwerbstätig	17,1	2,6	34,7	47,3	2,1	2,6	9,9
Arbeitslos	5,3	19,0	4,4	2,3	0,9	0,5	3,2
Nichterwerbspersonen	13,5	7,2	5,7	3,3	3,2	1,6	71,9
Beruflicher Abschluss							
Keine Berufsausbildung	14,0	15,7	11,3	11,3	7,0	3,0	38,3
Lehre/Berufsfachschule	51,4	52,4	63,8	56,9	51,2	49,0	27,1
Meister/Fachschule	8,7	13,4	3,3	7,1	13,6	8,9	3,1
(Fach-)Hochschulabschluss	21,4	14,6	20,5	23,5	27,1	37,5	8,9
Anzahl der besuchten Kurse							
1 Kurs	50,4	94,4	100,0	0,4	20,0	0,0	67,7
2 bis 3 Kurse	39,4	5,5	0,0	89,8	79,5	8,2	26,9
Mehr als 3 Kurse	10,2	0,2	0,0	9,8	0,5	91,9	5,4
Teilnahmeanlass[2]							
Aus beruflichen Gründen	86,4	94,1	88,5	93,0	98,2	98,7	36,0
Aus privatem Interesse	24,6	7,3	11,4	32,0	13,4	35,4	71,4
Zeitaufwand (Teilnahmestd./Jahr)							
Niedrig (weniger als 18 Std.)	32,3	44,9	51,1	21,7	28,7	0,0	28,2
Mittel (18 bis unter 60 Std.)	34,1	33,3	23,0	44,2	45,3	15,3	30,1
Hoch (60 Std. und mehr)	33,6	21,8	25,9	34,2	26,0	84,7	41,8
				in % der Clustermerkmale			
Geschlecht							
Männlich	100	32,6	2,9	0,0	43,4	10,1	11,4
Weiblich	100	1,9	37,7	35,4	2,6	6,4	15,7
Alter							
19 bis unter 35 Jahre	100	23,6	13,8	12,2	13,6	6,6	30,2
35 bis unter 50 Jahre	100	21,8	25,6	21,0	22,9	8,1	0,5
50 bis unter 65 Jahre	100	3,2	15,0	14,6	42,4	11,2	13,7
Erwerbsstatus[1]							
Vollerwerbstätig	100	20,2	16,6	12,3	35,7	12,4	2,9
Teilweise erwerbstätig	100	2,8	39,2	46,0	2,9	1,3	7,8
Arbeitslos	100	64,6	15,8	7,1	3,9	0,7	8,0
Nichterwerbspersonen	100	9,6	8,2	4,0	5,8	1,0	71,5
Beruflicher Abschluss							
Keine Berufsausbildung	100	20,4	15,6	13,5	12,1	1,8	36,7
Lehre/Berufsfachschule	100	18,5	23,9	18,4	24,1	7,9	7,1
Meister/Fachschule	100	28,0	7,2	13,6	37,9	8,6	4,8
(Fach-)Hochschulabschluss	100	12,4	18,4	18,3	30,7	14,6	5,6
Anzahl der besuchten Kurse							
1 Kurs	100	34,0	38,2	0,1	9,6	0,0	18,0
2 bis 3 Kurse	100	2,5	0,0	37,8	48,8	1,7	9,1
Mehr als 3 Kurse	100	0,3	0,1	16,0	1,3	75,1	7,2
Teilnahmeanlass[2]							
Aus beruflichen Gründen	100	19,8	19,7	17,9	27,5	9,5	5,6
Aus privatem Interesse	100	5,4	9,0	21,6	13,2	12,0	38,9
Zeitaufwand (Teilnahmestd./Jahr)							
Niedrig (weniger als 18 Std.)	100	25,2	30,5	11,1	21,5	0,0	11,7
Mittel (18 bis unter 60 Std.)	100	17,7	13,0	21,5	32,2	3,7	11,8
Hoch (60 Std. und mehr)	100	11,8	14,8	16,9	18,8	21,0	16,7

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G2***

1) Erwerbsstatus wird im AES anhand einer Selbsteinschätzung der Befragten erfasst: Vollerwerbstätige (mindestens 35 Stunde pro Woche); Nichterwerbspersonen (Rentner, Hausfrauen/-männer, Erwerbsunfähige, Auszubildende, Studenten/Studentinnen, Zivil- und Wehrdienstleistende)

2) Mehrfachnennungen möglich

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G2-2A: Gruppen von Weiterbildungsteilnehmern (Cluster*) 2007 nach Migrationshintergrund (in %)

Migrationshintergrund	Insgesamt	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
	in %						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Mit Migrationshintergrund	14,1	21,4	16,2	6,3	8,9	8,6	22,5
Ohne Migrationshintergrund	85,9	78,6	83,8	93,7	91,1	91,4	77,5

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G2***

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G2-3A: Gruppen von Weiterbildungsteilnehmern (Cluster*) 2007 nach Wirtschaftsbranche (in %)

Wirtschaftsbranche	Insgesamt	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
	in %						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Gewerbliche Wirtschaft[1]	22,5	29,8	12,5	22,9	32,5	12,2	21,0
Baugewerbe	5,4	10,4	2,9	1,5	6,7	2,8	5,9
Handel (inkl. KFZ-Handel)	13,1	11,1	18,7	8,3	7,6	13,5	24,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4,7	5,9	4,1	4,9	4,9	3,8	5,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	9,4	10,6	8,6	10,9	8,4	9,6	9,6
Sonstige Dienstleistungen[2]	7,0	6,3	9,3	4,1	6,4	7,3	6,6
Öffentliche Verwaltung	10,3	8,4	9,4	15,4	13,5	8,1	5,9
Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	22,8	11,3	29,6	27,8	15,3	39,4	15,1
Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Gewinnung von Steinen, Sonstiges	4,8	6,1	4,7	4,1	4,6	3,4	6,3

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G2***
1) Textil, Möbel, Mineralöl, Chemie, Metall, Elektro, Fahrzeug- und Maschinenbau, sonstiges verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung
2) Sonstige Dienstleistungen: Grundstückswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

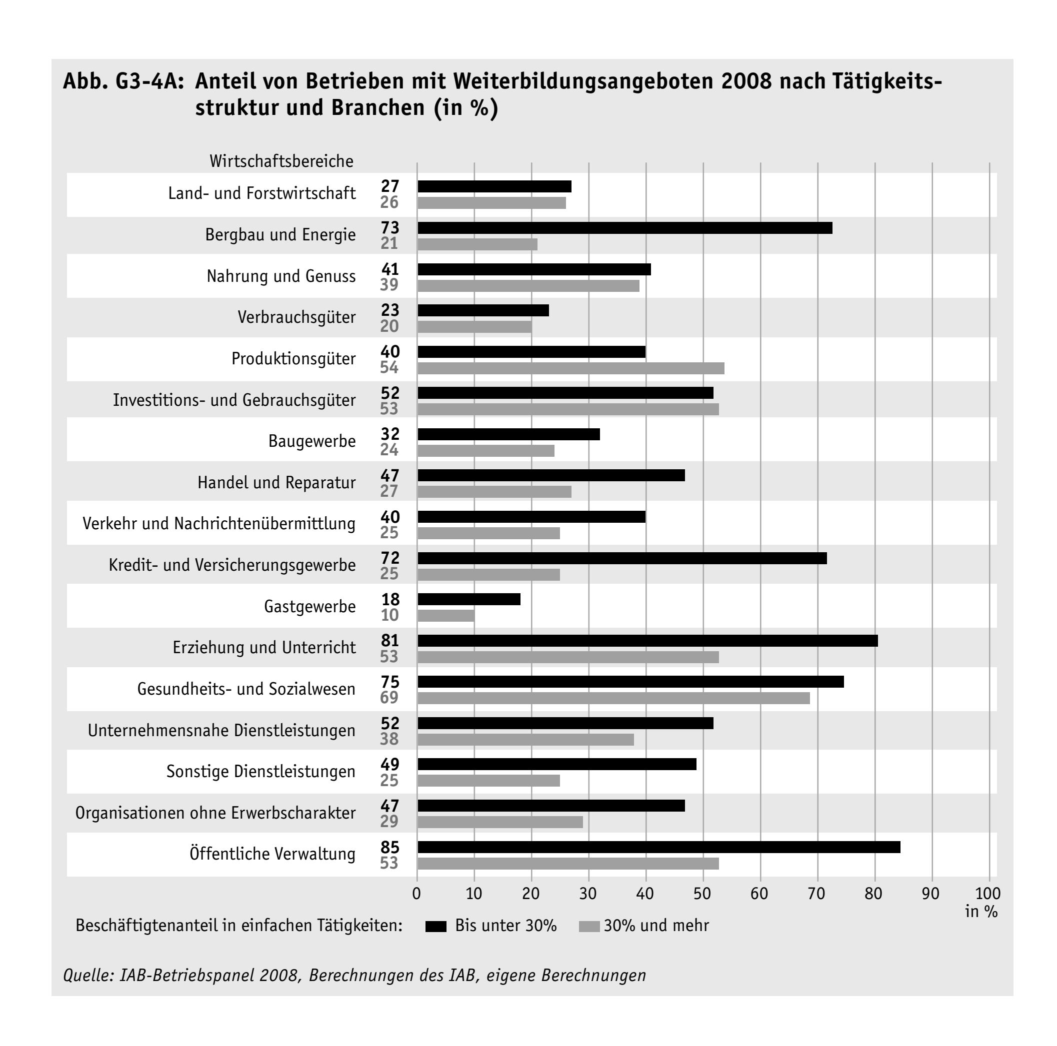
Tab. G2-4A: Gruppen von Weiterbildungsteilnehmern (Cluster*) 2007 nach Themenbereichen (in %)**

Themenbereiche	Insgesamt	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6
	in %						
Insgesamt**	142,7	104,4	100,1	178,6	153,6	240,5	130,6
Sprachen, Kultur, Politik	19,8	11,9	10,3	27,2	13,8	33,7	37,0
Pädagogik, Sozialkompetenz	14,2	10,6	8,3	20,0	13,2	31,6	11,3
Gesundheit, Sport	19,9	7,3	15,9	39,7	13,7	30,5	23,1
Wirtschaft, Arbeit, Recht	39,7	30,3	32,6	49,6	49,9	65,2	16,2
Natur, Technik, Computer	41,5	38,0	29,7	34,1	54,3	60,2	37,4
Nicht klassifizierbar	7,6	6,3	3,4	8,0	8,8	19,3	5,5

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G2***
*** Mehrfachnennungen möglich*

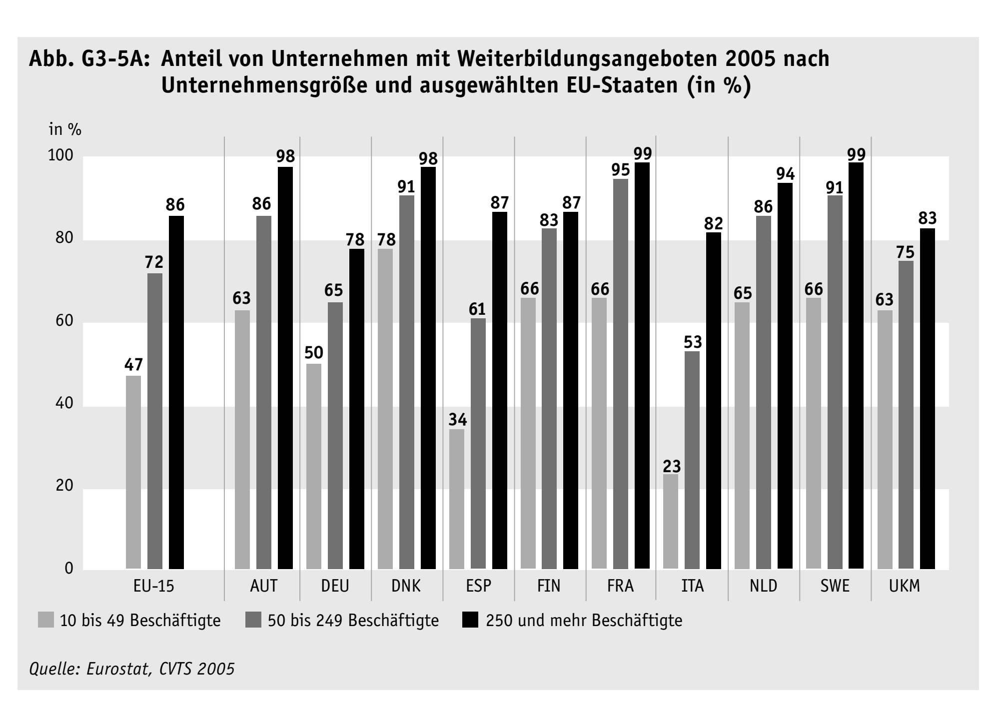
Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Abb. G3-4A: Anteil von Betrieben mit Weiterbildungsangeboten 2008 nach Tätigkeitsstruktur und Branchen (in %)



Quelle: IAB-Betriebspanel 2008, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Abb. G3-5A: Anteil von Unternehmen mit Weiterbildungsangeboten 2005 nach Unternehmensgröße und ausgewählten EU-Staaten (in %)



Quelle: Eurostat, CVTS 2005

Tab. G3-1A: Anteil von Betrieben mit Weiterbildungsangeboten 1999 bis 2008 nach Ertragslage* und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Ertragslage der Betriebe									
	1999		2003		2005		2007		2008	
	Gut/ sehr gut	Ausreichend/ mangelhaft	Gut/ sehr gut	Ausreichend/ mangelhaft	Gut/ sehr gut	Ausreichend/ mangelhaft	Gut/ sehr gut	Ausreichend/ mangelhaft	Gut/ sehr gut	Ausreichend/ mangelhaft
	in %									
Insgesamt	42	29	47	32	50	34	52	35	54	37
1 bis 9 Beschäftigte	34	22	41	27	44	29	46	29	48	30
10 bis 49 Beschäftigte	64	54	66	50	67	56	68	63	72	65
50 bis 249 Beschäftigte	86	75	86	81	87	84	87	81	88	84
250 und mehr Beschäftigte	96	92	96	92	97	95	97	92	97	96

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G3***

Quelle: IAB-Betriebspanel, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Tab. G3-2A: Anteil von Betrieben mit Weiterbildungsangeboten 1999 bis 2008 nach Innovationsaktivität* und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Betriebe mit Innovationsaktivität									
	1999		2003		2005		2007		2008	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
	in %									
Insgesamt	54	32	54	34	57	37	56	35	54	24
1 bis 9 Beschäftigte	43	26	47	29	47	33	47	29	46	19
10 bis 49 Beschäftigte	74	52	67	58	73	56	74	61	72	56
50 bis 249 Beschäftigte	86	78	86	84	88	80	89	82	89	81
250 und mehr Beschäftigte	98	89	96	95	97	96	96	94	97	94

** Vgl. Methodische Erläuterungen zu **G3***

Quelle: IAB-Betriebspanel, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Tab. G3-3A: Anteil von Betrieben mit Weiterbildungsangeboten 2008 nach Auslandsumsatz und Betriebsgröße (in %)

Betriebsgröße	Umsatzanteil der Betriebe mit dem Ausland			
	Insgesamt	Bis unter 25%	25 bis unter 50%	50% und mehr
	in %			
Insgesamt	45	43	58	60
1 bis 9 Beschäftigte	38	37	45	44
10 bis 49 Beschäftigte	71	68	66	85
50 bis 249 Beschäftigte	87	85	85	92
250 und mehr Beschäftigte	97	96	99	97

Quelle: IAB-Betriebspanel 2008, Berechnungen des IAB, eigene Berechnungen

Tab. G3-4A: Teilnahme an Weiterbildungskursen 2005 nach Branchen, Unternehmensgröße, Geschlecht und Altersgruppen (in %)

Wirtschaftsbereiche und Unternehmensgröße	Insgesamt	Davon nach Geschlecht		Davon nach Altersgruppen		
		Männer	Frauen	Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
	in %					
Insgesamt	30,3	32,1	27,4	24,7	32,4	20,7
Wirtschaftsbereiche						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erde	42,8	43,7	33,6	41,0	44,9	16,7
Verarbeitendes Gewerbe	34,6	36,6	29,3	33,8	36,0	25,8
Textil, Bekleidung, Möbel	18,7	19,3	17,7	22,0	19,5	10,9
Mineralöl, Chemie, Kunststoff	39,7	41,0	36,4	48,7	41,4	22,8
Metall und Elektro, Fahrzeugbau	38,3	39,8	32,1	36,0	39,4	31,9
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	23,7	22,4	25,1	24,7	25,2	13,4
Energie- und Wasserversorgung	55,0	58,0	46,6	36,3	60,0	27,5
Baugewerbe	18,5	18,1	21,6	18,4	19,3	14,0
Handel	22,7	27,2	19,2	16,2	25,2	14,4
Kfz (Handel und Instandhaltung)	32,8	33,7	29,4	27,8	36,5	13,5
Großhandel	27,5	28,5	26,1	17,5	30,5	15,9
Einzelhandel	16,5	19,8	15,4	13,2	17,7	13,3
Gastgewerbe	18,1	19,7	17,1	14,8	20,1	12,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	24,6	25,5	22,2	14,8	27,0	14,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	46,1	45,8	46,3	58,1	46,9	30,7
(Sonstige) Dienstleistungen	30,4	30,1	30,7	24,8	32,5	19,7
Unternehmensgröße						
10 bis 49 Beschäftigte	24,6	24,2	25,2	20,2	26,9	13,1
50 bis 249 Beschäftigte	27,4	28,8	25,1	25,4	29,4	16,1
250 und mehr Beschäftigte	33,0	35,6	28,8	25,9	35,0	24,7
250 bis 499 Beschäftigte	31,6	32,1	30,7	28,3	33,8	20,0
500 und mehr Beschäftigte	33,3	36,4	28,4	25,3	35,2	25,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, CVTS 2005

Tab. G3-5A: Teilnahme an Weiterbildungskursen 2005 nach Altersgruppen und ausgewählten EU-Staaten (in %)

Staat	Insgesamt	Davon nach Altersgruppen		
		Unter 25 Jahre	25 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter
	in %			
In allen Unternehmen				
EU-15-Mittel	34	30	34	25
Dänemark	35	29	35	36
Deutschland	30	25	32	21
Finnland	39	25	43	34
Frankreich	46	•	•	•
Italien	29	22	30	22
Niederlande	34	26	38	23
Österreich	33	36	34	21
Schweden	46	39	50	37
Spanien	33	30	35	25
Vereinigtes Königreich	33	34	34	26
In Unternehmen mit Lehrveranstaltungen				
EU-15-Mittel	44	38	43	30
Dänemark	37	32	38	38
Deutschland	39	34	41	27
Finnland	46	32	49	38
Frankreich	50	•	•	•
Italien	49	43	51	38
Niederlande	39	31	43	27
Österreich	38	42	39	25
Schweden	51	44	54	41
Spanien	51	46	53	36
Vereinigtes Königreich	39	40	41	30

Quelle: Eurostat, CVTS 2005

Tab. G3-6A: Intensitätskennziffern der Weiterbildung 1999 und 2005 nach ausgewählten EU-Staaten

Staat	Teilnahmequote der Beschäftigten an LV[1]		Teilnahmestunden an LV je Beschäftigten		Ausgaben für LV je Beschäftigten		Anteil der Ausgaben für LV an Personalaufwendungen		Anteil der Teilnahmestunden für LV an Arbeitsstunden	
	1999	2005	1999	2005	1999	2005	1999	2005	1999	2005
	in %		in Stunden		in Kaufkraftstandards		in %		in %	
EU-15-Mittel	40	34	12	9	601	508	2,3	1,6	0,7	0,5
AUT	31	33	9	9	360	525	1,3	1,4	0,5	0,5
DEU	32	30	9	9	483	487	1,5	1,3	0,5	0,6
DNK	53	35	22	10	1.058	1.011	3,0	2,7	1,4	0,9
ESP	25	33	11	9	380	370	1,5	1,2	0,6	0,5
FIN	50	39	18	10	656	448	2,4	1,5	1,1	0,6
FRA	46	46	17	13	733	842	2,4	2,3	1,0	0,8
ITA	26	29	8	7	525	420	1,7	1,2	0,5	0,5
NLD	41	34	15	12	805	677	2,8	2,0	1,1	0,8
SWE	61	46	18	15	841	763	2,8	2,1	1,2	1,0
UKM	49	33	13	7	678	345	3,2	1,3	0,7	0,3

1) LV = Lehrveranstaltungen

Quelle: Eurostat, CVTS

Tab. G4-1A: Zertifizierung von Weiterbildungsveranstaltungen 2007 nach Bescheinigungsart* (in %)

Bescheinigung	Bezogen auf Teilnehmende mit Bescheinigung	Bezogen auf alle Teilnehmenden
	in %	
Keine Bescheinigung	X	43,3
Bescheinigung erhalten	100	56,4
Davon		
Zeugnis über staatlich anerkannten Abschluss	4,8	2,7
Zeugnis aufgrund einer Kammerprüfung	1,7	1,0
Zertifikat mit bundesweiter Gültigkeit	18,9	10,7
Leistungsnachweis (mit Noten oder durch Beurteilung)	9,1	5,1
Teilnahmebescheinigung	63,1	35,6
Sonstiges	1,9	1,1

** Zu 100% fehlende Werte: keine Angabe*

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G4-2A: Zertifizierung von Weiterbildungsveranstaltungen 2007 nach ausgewählten Merkmalen* (in %)

Weiterbildungstyp Alter Erwerbsstatus Allgemeinbildender Abschluss	Insgesamt	Keine Bescheinigung erhalten	Bescheinigung erhalten	Davon	
				Zeugnis, Zertifikat, Leistungsnachweis	Teilnahmebescheinigung, Sonstiges
	in %				
Insgesamt	100	43,3	56,4	34,6	65,1
Weiterbildungstyp[1)]					
Betriebliche Weiterbildung	100	44,0	55,6	30,2	69,4
Individuell-berufsbezogene Weiterbildung	100	37,5	61,6	37,4	62,2
Nicht berufsbezogene Weiterbildung	100	51,1	48,3	41,5	58,5
Alter					
19 bis 34 Jahre	100	42,2	57,7	40,5	59,0
35 bis 49 Jahre	100	41,5	58,0	33,9	65,9
50 bis 64 Jahre	100	48,3	51,3	27,0	72,8
Erwerbsstatus					
Vollerwerbstätig	100	42,9	56,8	31,9	67,8
Teilweise erwerbstätig	100	44,4	55,5	31,2	68,7
Arbeitslos	100	40,2	58,5	49,1	50,9
Nichterwerbspersonen	100	51,4	48,1	(43,8)	54,5
In Ausbildung	100	39,3	60,5	52,7	47,1
Allgemeinbildender Abschluss					
Ohne/Mit Hauptschulabschluss	100	44,9	54,7	35,8	63,2
Mittlerer Abschluss	100	45,1	54,6	35,2	64,8
(Fach-)Hochschulreife	100	41,0	58,5	32,9	66,9

* *Zu 100% fehlende Werte: keine Angabe; Werte in Klammern für ungewichtete Fallzahl zwischen 40 und 80 Fälle*
1) Mehrfachnennungen möglich

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, eigene Berechnungen

Tab. G4-3A: Eintritte von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 2000 bis 2009 nach ausgewählten Merkmalen

Gegenstand der Nachweisung	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber 2000
	in Tsd.										in %
Insgesamt	522.939	441.907	454.699	254.718	185.041	131.521	246.789	341.262	433.007	503.842	−3,7
Nach Region											
Westdeutschland	305.948	242.012	259.166	161.042	123.952	91.096	173.032	233.360	298.977	353.621	+15,6
Ostdeutschland	216.991	199.895	195.533	93.676	61.089	40.425	73.757	107.902	134.030	150.221	−30,8
Nach Geschlecht											
Männlich	265.057	226.872	237.149	137.128	103.266	77.527	139.236	183.056	234.392	298.011	+12,4
Weiblich	257.882	215.035	217.550	117.590	81.775	53.994	107.553	158.206	198.615	205.831	−20,2
Nach Altersgruppen											
Unter 30 Jahre	139.514	115.258	123.670	84.714	58.567	52.807	81.395	95.884	122.396	140.844	+1,0
30 bis unter 45 Jahre	276.870	232.162	235.844	126.888	93.414	56.733	101.772	143.954	186.997	216.598	−21,8
45 Jahre und älter	106.555	94.487	95.185	43.116	33.060	21.981	63.622	101.424	123.614	146.400	+37,4
Nach geplanter Teilnahmedauer											
Unter 6 Monate	208.435	175.411	188.188	116.688	112.500	91.669	188.966	266.164	347.632	404.419	+94,0
6 bis unter 12 Monate	191.594	153.844	152.286	67.364	32.465	22.006	35.462	49.860	57.575	60.085	−68,6
12 Monate und mehr	122.910	112.652	114.225	70.666	40.076	17.845	22.361	25.238	27.800	39.338	−68,0
	in %										in %-Pkt.
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
Nach Region											
Westdeutschland	58,5	54,8	57,0	63,2	67,0	69,3	70,1	68,4	69,0	70,2	+11,7
Ostdeutschland	41,5	45,2	43,0	36,8	33,0	30,7	29,9	31,6	31,0	29,8	−11,7
Nach Geschlecht											
Männlich	50,7	51,3	52,2	53,8	55,8	58,9	56,4	53,6	54,1	59,1	+8,5
Weiblich	49,3	48,7	47,8	46,2	44,2	41,1	43,6	46,4	45,9	40,9	−8,5
Nach Altersgruppen											
Unter 30 Jahre	26,7	26,1	27,2	33,3	31,7	40,2	33,0	28,1	28,3	28,0	+1,3
30 bis unter 45 Jahre	52,9	52,5	51,9	49,8	50,5	43,1	41,2	42,2	43,2	43,0	−10,0
45 Jahre und älter	20,4	21,4	20,9	16,9	17,9	16,7	25,8	29,7	28,5	29,1	+8,7
Nach geplanter Teilnahmedauer											
Unter 6 Monate	39,9	39,7	41,4	45,8	60,8	69,7	76,6	78,0	80,3	80,3	+40,4
6 bis unter 12 Monate	36,6	34,8	33,5	26,4	17,5	16,7	14,4	14,6	13,3	11,9	−24,7
12 Monate und mehr	23,5	25,5	25,1	27,7	21,7	13,6	9,1	7,4	6,4	7,8	−15,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, eigene Berechnungen

Tab. G4-4A: Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 2000 bis 2009 nach Ländergruppen*

Verbleibsstatus		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009[1)]
Verbleib 1 Monat											
Deutschland											
Recherchierbare Austritte		432.411	477.211	450.416	349.881	255.178	159.812	239.493	318.716	390.413	418.572
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,0	23,9	20,6	21,5	24,2	27,2	28,7	30,1	30,9	30,4
	Weitere Nichtarbeitslose	18,3	20,9	21,1	18,3	17,4	20,6	21,9	18,5	17,1	15,1
	Arbeitslose	53,7	55,1	58,3	60,2	58,4	52,2	49,3	51,4	52,0	54,4
Westdeutschland											
Recherchierbare Austritte		244.264	269.880	250.099	204.676	164.986	109.764	163.717	218.687	267.825	295.602
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34,0	28,0	23,8	23,2	25,7	27,9	29,3	30,5	32,6	32,2
	Weitere Nichtarbeitslose	19,7	23,0	23,0	20,8	18,3	20,7	22,2	18,6	17,3	15,1
	Arbeitslose	46,4	49,0	53,1	56,0	56,0	51,4	48,6	50,9	50,2	52,7
Ostdeutschland											
Recherchierbare Austritte		188.147	207.331	200.317	145.205	90.192	50.048	75.776	100.028	122.588	122.970
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	20,3	18,7	16,6	19,0	21,5	25,6	27,6	29,1	27,4	26,3
	Weitere Nichtarbeitslose	16,4	18,3	18,6	14,8	15,8	20,4	21,4	18,3	16,6	15,2
	Arbeitslose	63,3	63,1	64,8	66,2	62,7	54,0	51,0	52,7	56,0	58,5
Verbleib 6 Monate											
Deutschland											
Recherchierbare Austritte		432.411	477.211	450.416	349.881	255.178	159.812	239.493	318.716	390.413	320.216
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	43,2	37,2	32,8	35,2	40,5	45,1	46,5	48,0	44,9	44,7
	Weitere Nichtarbeitslose	20,2	23,1	22,9	21,0	19,1	21,2	21,2	20,5	21,1	21,0
	Arbeitslose	36,6	39,7	44,3	43,8	40,4	33,6	32,3	31,5	34,0	34,3
Westdeutschland											
Recherchierbare Austritte		244.264	269.880	250.099	204.676	164.986	109.764	163.717	218.687	267.825	223.958
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	49,5	41,2	35,9	36,2	41,5	45,6	46,6	48,3	46,0	45,4
	Weitere Nichtarbeitslose	20,6	24,5	24,3	23,6	19,6	21,1	21,5	21,1	21,6	21,2
	Arbeitslose	29,9	34,3	39,8	40,1	38,9	33,4	31,9	30,7	32,4	33,4
Ostdeutschland											
Recherchierbare Austritte		188.147	207.331	200.317	145.205	90.192	50.048	75.776	100.028	122.588	96.258
Davon in %	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	35,1	32,1	28,8	33,7	38,6	44,2	46,1	47,5	42,6	43,2
	Weitere Nichtarbeitslose	19,6	21,2	21,2	17,3	18,1	21,6	20,6	19,2	20,0	20,3
	Arbeitslose	45,3	46,8	50,0	48,9	43,3	34,1	33,3	33,3	37,4	36,6

** Daten bis 2006 können gegenüber vorangegangener Bildungsberichte aufgrund von Datenrevision geringfügig abweichen.*
1) Nur Januar bis September 2009

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, eigene Berechnungen

Tab. G4-5A: Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach 6 Monaten 2008 nach Maßnahmedauer und Altersgruppen

Dauer der Maßnahme	Altersgruppe	Recherchierbare Austritte	Davon nach Verbleib (6 Monate)			Eingliederungsquote	Arbeitslosenquote
			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Weitere Nichtarbeitslose	Arbeitslose		
		Anzahl				in %	
Insgesamt	Insgesamt	390.768	175.633	82.519	132.616	44,9	33,9
	Unter 30 Jahre	109.613	53.735	24.640	31.238	49,0	28,5
	30 bis unter 45 Jahre	166.577	74.296	34.650	57.631	44,6	34,6
	45 Jahre und älter	114.578	47.602	23.229	43.747	41,5	38,2
Unter 6 Monate	Insgesamt	325.859	146.806	68.685	110.368	45,1	33,9
	Unter 30 Jahre	90.134	44.523	20.145	25.466	49,4	28,3
	30 bis unter 45 Jahre	136.722	60.770	28.584	47.368	44,4	34,6
	45 Jahre und älter	99.003	41.513	19.956	37.534	41,9	37,9
6 bis unter 12 Monate	Insgesamt	46.706	18.910	10.325	17.471	40,5	37,4
	Unter 30 Jahre	11.577	5.051	2.848	3.678	43,6	31,8
	30 bis unter 45 Jahre	21.231	8.751	4.498	7.982	41,2	37,6
	45 Jahre und älter	13.898	5.108	2.979	5.811	36,8	41,8
12 Monate und mehr	Insgesamt	18.203	9.917	3.509	4.777	54,5	26,2
	Unter 30 Jahre	7.902	4.161	1.647	2.094	52,7	26,5
	30 bis unter 45 Jahre	8.624	4.775	1.568	2.281	55,4	26,4
	45 Jahre und älter	1.677	981	294	402	58,5	24,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatisitk 2008, eigene Berechnungen

Tab. G4-6A: Verbleib von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung nach 6 Monaten 2008 nach Geschlecht und Altersgruppen

Geschlecht	Altersgruppe	Recherchierbare Austritte	Davon nach Verbleib (6 Monate)			Eingliederungsquote	Arbeitslosenquote
			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Weitere Nichtarbeitslose	Arbeitslose		
		Anzahl				in %	
Insgesamt	Insgesamt	390.413	175.441	82.423	132.549	44,9	34,0
	Unter 30 Jahre	104.924	51.475	23.652	29.797	49,1	28,4
	30 bis unter 45 Jahre	167.286	74.781	34.759	57.746	44,7	34,5
	45 Jahre und älter	118.203	49.185	24.012	45.006	41,6	38,1
Männlich	Insgesamt	211.037	100.339	40.340	70.358	47,5	33,3
	Unter 30 Jahre	63.207	31.636	13.316	18.255	50,1	28,9
	30 bis unter 45 Jahre	87.949	41.800	15.843	30.306	47,5	34,5
	45 Jahre und älter	59.881	26.903	11.181	21.797	44,9	36,4
Weiblich	Insgesamt	179.376	75.102	42.083	62.191	41,9	34,7
	Unter 30 Jahre	41.717	19.839	10.336	11.542	47,6	27,7
	30 bis unter 45 Jahre	79.337	32.981	18.916	27.440	41,6	34,6
	45 Jahre und älter	58.322	22.282	12.831	23.209	38,2	39,8

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik 2008, eigene Berechnungen

Tab. H2.1-1A: Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer nach Bildungsbereichen (in Tsd.)

Bildungsbereich	2008	2010	2015	2020	2025
	in Tsd.				
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung zusammen[1) 5)]	2.716	*2.803*	*2.783*	*2.781*	*2.724*
Kindertageseinrichtungen[1)]	2.633	*2.676*	*2.614*	*2.611*	*2.560*
Unter 3-Jährige	356	*454*	*552*	*545*	*522*
3 Jahre und älter[1)]	2.277	*2.221*	*2.062*	*2.066*	*2.039*
Kindertagespflege	83	*128*	*169*	*170*	*164*
Allgemeinbildende Schulen[2)] zusammen	8.996	*8.722*	*7.969*	*7.457*	*7.292*
Vorschulbereich	28	X	X	X	X
Primarbereich	3.033	*2.863*	*2.673*	*2.559*	*2.576*
Sekundarbereich I	4.589	*4.406*	*4.003*	*3.730*	*3.600*
Sekundarbereich II	979	*1.070*	*933*	*827*	*783*
Förderschulen	394	*383*	*361*	*341*	*334*
Berufliche Schulen[3)] zusammen	2.952	*2.735*	*2.547*	*2.295*	*2.172*
Duales System	1.666	*1.573*	*1.455*	*1.314*	*1.243*
Schulberufssystem	476	*427*	*402*	*367*	*350*
Übergangssystem	354	*306*	*283*	*252*	*238*
Berufliche Schulen zum Erwerb HZB	358	*343*	*327*	*291*	*273*
Sonstige berufliche Schulen	98	*86*	*79*	*72*	*69*
Hochschulen zusammen	2.036	*2.104*	*2.175*	*2.083*	*1.939*
Universitäten	1.398	*1.398*	*1.370*	*1.299*	*1.210*
Fachhochschulen[4)]	639	*706*	*804*	*784*	*729*
Bildungsteilnehmer insgesamt	16.699	*16.364*	*15.474*	*14.616*	*14.127*
Flächenländer West	13.275	*13.063*	*12.193*	*11.381*	*10.975*
Flächenländer Ost	2.217	*2.105*	*2.066*	*2.004*	*1.913*
Stadtstaaten	1.207	*1.197*	*1.215*	*1.232*	*1.239*

1) Ab 2010 einschließlich Vorschulbereich
2) Ohne Vorschulbereich
3) Einschließlich Schulen des Gesundheitswesen, Fachschulen, Beamtenausbildung mittlerer Dienst
4) Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Duale Hochschulen, Berufsakademien
5) Für Kohortenvergleich werden die Ergebnisse des Folgejahres dargestellt

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H2.1-2A: Absolventen/Abgänger 2008 bis 2025 nach Bildungsbereichen und Abschlussarten (in Tsd.)

Bildungsbereich	2008	2010	2015	2020	2025
	in Tsd.				
Allgemeinbildender Schulabschluss zusammen	1219,9	*1134,1*	*1091,7*	*980,1*	*925,2*
Ohne Hauptschulabschluss	64,9	*60,1*	*57,4*	*53,4*	*51,6*
Hauptschulabschluss	246,5	*208,7*	*187,4*	*166,2*	*158,3*
Mittlerer Abschluss	467,3	*429,1*	*411,5*	*364,1*	*344,0*
Fachhochschulreife	130,7	*132,2*	*129,3*	*115,0*	*107,6*
Allgemeine Hochschulreife	310,5	*303,9*	*306,1*	*281,3*	*263,7*
Beruflicher Schulabschluss zusammen	943,3	*904,1*	*827,0*	*744,7*	*699,8*
Darunter					
Dualer Abschluss	447,2	*446,9*	*403,7*	*365,9*	*343,1*
Andere berufliche Abschlüsse	137,3	*126,6*	*115,0*	*104,9*	*99,1*
Hochschulabschluss zusammen	309,4	*349,6*	*424,7*	*427,8*	*403,7*
Universitäten	203,9	*229,9*	*268,5*	*266,6*	*251,8*
Darunter Erstabsolventen	157,9	*171,3*	*173,7*	*153,5*	*141,2*
Fachhochschulen[1]	105,4	*119,6*	*156,2*	*161,2*	*151,9*
Darunter Erstabsolventen	96,3	*97,9*	*113,9*	*111,7*	*103,7*

1) Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Duale Hochschulen, Berufsakademien

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H2.1-3A: Annahmen der Bildungsvorausberechnung 2010 (Teilnehmer und Absolventen nach Bildungsbereichen)

	Bildungsbereich	Basisvariante	Obere Variante	Untere Variante
			Abweichungen zur Basisvariante	
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (E)				
E1	Betreuungsquoten für 0 bis unter 3-Jährige	Anstieg bis 2013 auf: Westdeutschland 32% u. Ostdeutschland (einschl. Berlin) 50% 2013−2025 konstante Quoten	2013−2025 weiterer Anstieg auf: Westdeutschland 46% u. Ostdeutschland (einschl. Berlin) 55%	
E2	Betreuungsquoten für 3−6 Jährige (Nichtschulkinder)	Anhebung der Betreuungsquoten bis 2013 auf 97%, 2013−2025 Betreuungskosten konstant bei 97%		
E3	Schnittstelle mit Schulanfängern	Berücksichtigung der Vorverlegung des Einschulungstermins		
E4	Anteil der Tagespflege an den neu geschaffenen Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige	Westdeutschland (einschl. Berlin) 30%, Ostdeutschland empirische Werte 2008		
Allgemeinbildende Schulen (A)				
A1	Schulanfänger	Berücksichtigung der Vorverlegung des Einschulungstermins		
A2	allgemeinbildende Schulen	Berechungen erfolgen nach länderspezifischen Schulartenstruktur auf Ebene der Klassenstufen		
A2	Gymnasien	Berücksichtigung der Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Schuljahre (G8)		
A3	Zusammenlegung von Schularten	berücksichtigt (Bsp. Realschule plus Rheinland-Pfalz)		
A4	Schüler	Schulverlaufs-, Absolventen- und Abgängerquoten bleiben konstant, verwendet werden die Quoten aus dem Schuljahr 2008/09		
A5	Absolventen und Abgänger			
A6	private und öffentliche Schulen	Keine Differenzierung		
Berufsausbildung (B)				
B1	Anfänger	Wahl der beruflichen Schule in Abhängigkeit der Vorbildung (allg.bild. Abschluss)		
B2	Anfänger Übergangssystem	Anfängerquoten aus B1	Verringerung der Anfänger zu Gunsten der dualen Ausbildung und des Schulberufssystems	
B2	Berufliche Schulen I	Abgrenzung nach Schularten und Teilsektoren entsprechend der Integrierten Ausbildungsstatistik		
B3	Berufliche Schulen II	Berechungen erfolgen nach länderspezifischen Schulartenstruktur auf Ebene der Klassenstufen bzw. nach Ausbildungsjahren		
B4	Schulverlauf	Schulverlaufs-, Absolventen- und Abgängerquoten bleiben konstant, verwendet werden die Quoten aus dem Schuljahr 2008/09		
B5	Absolventen und Abgänger			
B6	Schulen in freier Trägerschaft	Keine Differenzierung zwischen öffentlicher und freier Trägerschaft		
Hochschulbereich (H)				
H1	Studienanfänger	Berücksichtigung des außerordentlichen Studienanfängeranstiegs 2009 durch Anhebung der Übergangsquoten 2009, diese werden bis 2012 linear auf den 5 Jahresdurchschnitt gesenkt, ab 2012 Verwendung des 5 Jahresdurchschnitts	erhöhte Übergangsquoten 2009 gelten für den gesamten Vorausberechnungszeitraum	2009−2012 Basisvariante, Übergangsquoten werden über das Jahr 2012 hinaus gesenkt, ab 2015 reduzierte Quoten konstant
H2	Regionale Verteilung der Studienanfänger	Wanderungsmatrix 2008	Hochschulpakt	Wanderungsmatrix 2008
H3	Studienanfänger mit angestrebtem Abschluss Staatsexamen	Studienanfängerzahl in Human-, Zahn- und Veterinärmedizin sowie Rechtswissenschaften bleibt konstant (5 Jahresdurchschnitt)		
H4	Studienanfänger mit im Ausland erworbener HZB	Konstant (5 Jahresdurchschnitt)		
H5	Studienanfänger Berufsakademien bzw. Duale Hochschulen	12.800 (Wert 2008)		
H6	Studierende	Studienverlaufs- und Absolventenquoten, 2009−2012 Interpolation von Quoten 2008 zu 5 Jahresdurchschnitt, 2012−2025 5 Jahresdurchschnitt		
H7	Absolventen			
H8	Fächerstruktur	Konstant		
H9	Zweit-, Weiterbildungs- und Ergänzungsstudium	Gestaffelte Absenkung		
H10	Umstellung auf Bachelor-Master Abschlüsse	Lineare Absenkung der Anfänger in den Diplomstudiengängen (ohne Staatsexamen) bis 2012 auf 0		
H11	Masterstudierendenquote	U 60%, FH 40%	U 70%, FH 50%	U 50%, FH 25%
H12	Wanderung der Masteranfänger zwischen den Hochschularten	berücksichtigt		

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010

Tab. H2.2-1A: Pädagogisches Personal in Vollzeitäquivalenten 2008 bis 2025 nach Bildungsbereichen

Bildungsbereich	2008	2010	2015	2020	2025
	Vollzeitäquivalente in Tsd.				
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung[1] zusammen	264,1	*286,3*	*296,3*	*296,2*	*289,4*
Kindertageseinrichtungen unter 3-Jährige	54,8	*73,7*	*103,4*	*103,1*	*98,6*
Kindertageseinrichtungen 3 Jahre und älter	209,3	*212,6*	*192,9*	*193,1*	*190,8*
Nachrichtlich Tagespflege	28,5	*35,9*	*57,6*	*58,1*	*56,0*
Allgemeinbildende Schulen zusammen	593,1	*577,8*	*531,3*	*497,8*	*485,8*
Primarbereich	164,1	*155,1*	*145,1*	*138,9*	*139,6*
Sekundarbereich I	291,7	*281,5*	*257,9*	*241,3*	*233,0*
Sekundarbereich II	72,3	*77,9*	*68,7*	*61,3*	*58,1*
Förderschulen	65,0	*63,3*	*59,6*	*56,4*	*55,2*
Berufliche Schulen zusammen	131,8	*121,0*	*113,2*	*101,9*	*96,5*
Darunter					
Duales System	43,0	*40,5*	*37,6*	*34,0*	*32,2*
Schulberufssystem	38,2	*34,9*	*32,8*	*29,8*	*28,3*
Übergangssystem	23,1	*20,0*	*18,5*	*16,4*	*15,5*
Hochschulen[2] zusammen	146,0	*148,2*	*149,3*	*144,2*	*137,1*
Universitäten	120,1	*119,5*	*116,8*	*112,4*	*107,5*
Fachhochschulen[3]	26,0	*28,6*	*32,5*	*31,7*	*29,6*
Pädagogisches Personal insgesamt[1]	1.135,0	*1.133,3*	*1.090,1*	*1.040,1*	*1.008,8*
Flächenländer West	879,5	*878,4*	*834,4*	*788,4*	*765,6*
Flächenländer Ost	167,3	*166,4*	*165,1*	*159,7*	*151,1*
Stadtstaaten	88,4	*88,5*	*90,7*	*92,0*	*92,2*

1) Ohne Hort- und Tagespflegepersonal
2) Ohne Personal für Krankenbehandlung an Hochschulkliniken
3) Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Duale Hochschulen, Berufsakademien

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H2.2-2A: Bildungsausgaben in Abgrenzung des Bildungsbudgets* 2007 bis 2025

Bildungsbereich		2007	2010	2015	2020	2025
		in Milliarden Euro				
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	131,3	*130,7*	*123,5*	*116,1*	*111,4*
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	114,2	*113,6*	*107,2*	*100,9*	*97,1*
A31	Elementarbereich	12,6	*12,9*	*12,1*	*12,1*	*12,0*
A32	Schulen und schulnaher Bereich	73,3	*71,9*	*66,0*	*60,9*	*58,7*
A33	Tertiärbereich	25,9	*26,5*	*26,9*	*25,8*	*24,5*
A34	Sonstiges (keine ISCED-Stufe zugeordnet)	2,4	*2,3*	*2,2*	*2,0*	*1,9*
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	17,1	*17,1*	*16,2*	*15,2*	*14,2*
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung (z. B. Krippe, Hort, Weiterbildung)	16,5	*16,7*	*17,8*	*17,4*	*16,8*
A + B	Bildungsbudget insgesamt	147,8	*147,4*	*141,3*	*133,5*	*128,2*

** Abgrenzung siehe Erläuterung **Tab. B1-1A***

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H2.2-3A: Bildungsausgaben 2007 bis 2025 nach Bildungsbereichen

Bildungsbereich	2007	2010	2015	2020	2025
	in Milliarden Euro				
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung[1] zusammen	14,4	*15,4*	*15,8*	*15,8*	*15,5*
Kindertageseinrichtungen für unter 3 Jährige		*3,1*	*4,7*	*4,6*	*4,4*
Kindertageseinrichtungen für 3 Jahre und älter		*12,0*	*10,7*	*10,7*	*10,6*
Nachrichtlich Kindertagespflege		*0,3*	*0,5*	*0,5*	*0,5*
Allgemeinbildende Schulen zusammen	49,3	*47,8*	*44,0*	*41,0*	*39,9*
Primarbereich		*12,5*	*11,6*	*11,0*	*11,1*
Sekundarbereich I		*23,7*	*21,7*	*20,2*	*19,4*
Sekundarbereich II		*6,6*	*6,1*	*5,4*	*5,1*
Förderschulen		*5,0*	*4,8*	*4,5*	*4,4*
Berufliche Schulen zusammen	25,3	*24,3*	*22,2*	*20,0*	*18,9*
Darunter					
Duales System		*14,6*	*13,2*	*12,0*	*11,3*
Schulberufssystem[2]		*2,8*	*2,6*	*2,4*	*2,2*
Übergangssystem		*4,3*	*3,9*	*3,5*	*3,3*
Hochschulen	23,1	*23,4*	*23,8*	*23,0*	*21,8*
Weitere Bildungsausgaben (z. B. Bildungsförderung, Weiterbildung, Hort)	36,0	*36,6*	*35,4*	*33,7*	*32,1*
Bildungsausgaben insgesamt	147,8	*147,4*	*141,3*	*133,5*	*128,2*
Flächenländer West		*86,5*	*82,3*	*76,6*	*73,2*
Flächenländer Ost		*15,1*	*14,6*	*14,2*	*13,7*
Stadtstaaten		*9,0*	*9,1*	*9,1*	*9,2*

1) Ohne Hort und ohne Kindertagespflege
2) Einschließlich Schulen des Gesundheitswesen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H3-1A: Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2025 nach Berufshauptfeldern (einschließlich beruflicher Flexibilität) in zwei Varianten

Jahr	Insgesamt	1. Rohstoffgewinnende Berufe	2. Be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe	3. Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe	4. Berufe im Warenhandel, Vertrieb	5. Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	6. Gastronomie- und Reinigungsberufe	7. Büroberufe, Kaufmännische Dienstleistungsberufe
	Anzahl in Tsd.							
Erwerbstätige (Arbeitskräftebedarf)								
2005	38.851	920	5.257	1.915	4.189	3.507	3.954	6.630
2010	*39.788*	*867*	*5.222*	*1.821*	*4.216*	*3.590*	*4.279*	*6.579*
2015	*40.193*	*824*	*5.018*	*1.788*	*4.217*	*3.559*	*4.552*	*6.504*
2020	*40.230*	*782*	*4.822*	*1.747*	*4.173*	*3.503*	*4.794*	*6.376*
2025	*39.694*	*734*	*4.582*	*1.675*	*4.067*	*3.423*	*4.934*	*6.176*
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) FIT								
2005	43.277	1.087	6.246	2.283	4.726	4.143	4.609	7.285
2010	*43.152*	*1.041*	*5.996*	*2.211*	*4.672*	*4.035*	*4.560*	*7.337*
2015	*42.502*	*986*	*5.661*	*2.107*	*4.564*	*3.850*	*4.459*	*7.297*
2020	*41.180*	*916*	*5.256*	*1.969*	*4.382*	*3.604*	*4.287*	*7.130*
2025	*39.308*	*824*	*4.791*	*1.808*	*4.146*	*3.311*	*4.029*	*6.859*
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) DEMOS								
2005	43.277	1.087	6.246	2.283	4.726	4.142	4.609	7.286
2010	*43.658*	*1.070*	*6.199*	*2.279*	*4.735*	*4.147*	*4.619*	*7.404*
2015	*43.301*	*1.042*	*6.050*	*2.231*	*4.659*	*4.081*	*4.561*	*7.385*
2020	*42.254*	*1.004*	*5.830*	*2.163*	*4.520*	*3.960*	*4.444*	*7.237*
2025	*40.435*	*940*	*5.516*	*2.063*	*4.308*	*3.759*	*4.239*	*6.956*

Jahr	8. Technisch-Naturwissenschaftliche Berufe	9. Rechts-, Management- und Wirtschaftswissenschaftliche Berufe	10. Künstlerische, Medien-, Geistes- und Sozialwissenschaftliche Berufe	11. Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	12. Lehrberufe	Ungelernte bzw. keine Angabe über gelernten Beruf	In Schule/ Ausbildung
	Anzahl in Tsd.						
Erwerbstätige (Arbeitskräftebedarf)							
2005	3.224	1.738	1.138	4.275	1.418	686	2.297
2010	*3.224*	*1.899*	*1.249*	*4.710*	*1.471*	*662*	*2.538*
2015	*3.324*	*1.984*	*1.339*	*4.969*	*1.467*	*649*	*2.655*
2020	*3.345*	*2.045*	*1.402*	*5.163*	*1.446*	*631*	*2.725*
2025	*3.305*	*2.085*	*1.442*	*5.258*	*1.409*	*604*	*2.744*
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) FIT							
2005	3.564	1.861	1.246	4.736	1.490	•	•
2010	*3.604*	*1.975*	*1.314*	*4.897*	*1.510*	•	•
2015	*3.613*	*2.091*	*1.380*	*4.964*	*1.528*	•	•
2020	*3.580*	*2.184*	*1.433*	*4.904*	*1.533*	•	•
2025	*3.502*	*2.247*	*1.468*	*4.781*	*1.543*	•	•
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) DEMOS							
2005	3.564	1.861	1.246	4.735	1.490	•	•
2010	*3.588*	*1.935*	*1.266*	*4.905*	*1.512*	•	•
2015	*3.565*	*1.996*	*1.277*	*4.936*	*1.518*	•	•
2020	*3.485*	*2.027*	*1.270*	*4.823*	*1.493*	•	•
2025	*3.347*	*2.010*	*1.242*	*4.616*	*1.439*	•	•

Quelle: Helmrich, R./Zika, G. (2010), BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), eigene Darstellung

Tab. H3-2A: Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2025 nach Bildungsstand

Jahr	Insgesamt	ISCED 1–3A	ISCED 3B, 4	ISCED 5B	ISCED 5A, 6	Noch in Schule/ Ausbildung
	Anzahl in Tsd.					
Erwerbstätige (Arbeitskräftebedarf)						
2005	38.851	5.896	20.609	3.874	6.175	2.297
2010	*39.788*	*5.738*	*21.290*	*3.796*	*6.426*	*2.538*
2015	*40.193*	*5.619*	*21.533*	*3.763*	*6.623*	*2.655*
2020	*40.230*	*5.479*	*21.596*	*3.689*	*6.740*	*2.725*
2025	*39.694*	*5.278*	*21.341*	*3.564*	*6.767*	*2.744*
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) FIT						
2005	43.277	7.283	23.066	4.064	6.408	2.456
2010	*43.152*	*7.082*	*22.926*	*4.118*	*6.863*	*2.164*
2015	*42.502*	*6.708*	*22.216*	*4.133*	*7.367*	*2.078*
2020	*41.180*	*6.274*	*21.032*	*4.063*	*7.816*	*1.995*
2025	*39.308*	*5.794*	*19.537*	*3.907*	*8.212*	*1.859*
Erwerbspersonen (Arbeitskräfteangebot) DEMOS						
2005	43.277	7.283	23.066	4.064	6.407	2.456
2010	*43.658*	*7.258*	*23.390*	*4.060*	*6.656*	*2.295*
2015	*43.301*	*7.086*	*23.182*	*4.024*	*6.872*	*2.137*
2020	*42.254*	*6.873*	*22.549*	*3.895*	*6.950*	*1.987*
2025	*40.435*	*6.583*	*21.456*	*3.661*	*6.879*	*1.856*

Quelle: Helmrich, R./Zika, G. (2010), BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufshauptfeldprojektionen. Kurzexpertise im Auftrag des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), eigene Darstellung

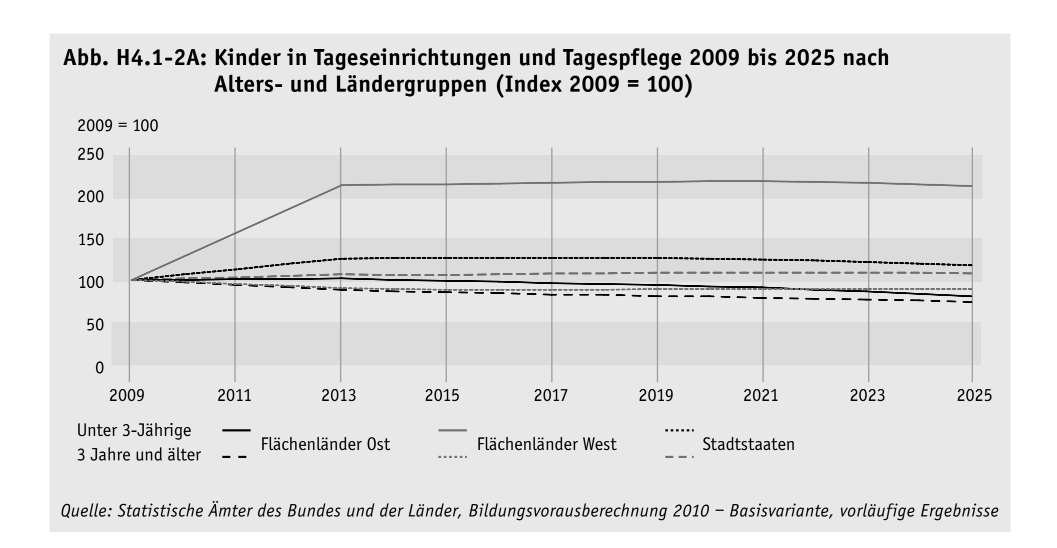
Tab. H3-3A: Qualifikationsstruktur der Berufsfelder und Zuordnung zu Berufshauptfeldern*

Berufshauptfelder	Berufsfelder	Qualifikationsniveau 2006			
		Insgesamt	Kein Berufsabschluss	Berufsausbildung inkl. Fortbildung	Akademischer Abschluss
		Anzahl	in %		
1. Rohstoffgewinnende Berufe	1 Land-, Tier-, Forstwirtschaft, Gartenbau	703.526	12,7	80,6	6,7
	2 Bergleute, Mineralgewinner	(29.116)	(14,0)	(86,0)	(0,0)
2. Be-, verarbeitende und instandsetzende Berufe	3 Steinbearbeitung, Baustoffherstellung, Keramik-, Glasberufe	106.388	29,4	70,6	0,0
	7 Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Installation, Montierer/-innen	1.067.458	19,8	79,9	0,2
	9 Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	667.276	7,8	91,1	1,1
	10 Feinwerktechnische, verwandte Berufe	151.255	6,0	91,3	2,7
	11 Elektroberufe	689.723	4,9	93,6	1,6
	13 Textilverarbeitung, Lederherstellung	89.934	28,3	67,5	4,2
	15 Fleischer/innen	69.871	20,3	78,5	1,2
	18 Bauberufe, Holz-, Kunststoffbe- und -verarbeitung	1.454.839	11,7	87,8	0,5
	20 Hilfsarbeiter/-innen o.n.T.	199.824	71,3	28,3	0,3
	42 Hausmeister/-innen	253.756	25,2	74,8	0,0
3. Maschinen und Anlagen steuernde und wartende Berufe	4 Chemie-, Kunststoffberufe	301.985	35,3	64,4	0,3
	5 Papierherstellung, -verarbeitung, Druck	278.783	22,9	74,0	3,1
	6 Metallerzeugung, -bearbeitung	632.271	15,3	84,7	0,0
	8 Industrie-, Werkzeugmechaniker/-innen	1.001.549	8,1	91,3	0,6
	12 Spinnberufe, Textilhersteller/-innen, Textilveredler/-innen	(39.612)	(40,8)	(59,2)	(0,0)
	17 Getränke, Genussmittelherstellung, übrige Ernährungsberufe	80.929	33,2	66,8	0,0
4. Berufe im Warenhandel, Vertrieb	27 Verkaufsberufe (Einzelhandel)	1.572.475	31,9	66,5	1,6
	28 Groß-, Einzelhandelskaufleute	895.573	6,4	85,1	8,5
	30 Sonstige kaufmänn. Berufe (ohne Groß-, Einzelh., Kreditgewerbe)	830.995	7,9	78,7	13,3
5. Verkehrs-, Lager-, Transport-, Sicherheits- und Wachberufe	19 Warenprüfer/-innen, Versandfertigmacher/innen	549.437	50,1	48,7	1,3
	32 Verkehrsberufe	1.052.418	36,6	62,8	0,6
	33 Luft-, Schifffahrtsberufe	(52.390)	(13,7)	(67,2)	(19,2)
	34 Packer/-innen, Lager-, Transportarbeiter/-innen	948.334	48,5	50,7	0,8
	41 Personenschutz-, Wachberufe	184.467	33,2	65,9	1,0
	43 Sicherheitsberufe	527.761	2,6	61,5	35,9
6. Gastronomie- und Reinigungsberufe	14 Back- Konditor-, Süßwarenherstellung	151.386	17,4	81,2	1,4
	16 Köche und Köchinnen	369.103	38,2	61,3	0,5
	53 Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	650.864	39,3	59,4	1,3
	54 Reinigungs-, Entsorgungsberufe	859.471	72,8	27,1	0,1
7. Büroberufe, Kaufmännische Dienstleistungsberufe	29 Bank-, Versicherungsfachleute	922.180	1,1	84,3	14,6
	36 Verwaltungsberufe im ÖD	1.439.836	2,2	62,1	35,7
	37 Finanz-, Rechnungswesen, Buchhaltung	695.073	4,7	70,8	24,5
	39 Kaufmännische Büroberufe	2.040.992	9,3	85,0	5,7
	40 Bürohilfsberufe, Telefonisten und Telefonistinnen	412.728	37,4	56,2	6,4
8. Technisch-Naturwissenschaftliche Berufe	21 Ingenieure und Ingenieurinnen	1.040.008	0,4	9,2	90,3
	22 Chemiker/-innen, Physiker/-innen, Naturwissenschaftler/-innen	137.513	2,5	9,5	88,0
	23 Techniker/-innen	1.023.884	1,6	89,8	8,5
	24 Technische Zeichner/innen, verwandte Berufe	62.692	0,0	99,2	0,8
	25 Vermessungswesen	56.718	4,6	76,1	19,4
	26 Technische Sonderkräfte	120.973	5,1	90,7	4,2
	38 IT-Kernberufe	818.677	1,2	47,8	51,0
9. Rechts-, Management- und Wirtschaftswissenschaftliche Berufe	35 Geschäftsführung, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung	1.205.805	1,1	44,1	54,7
	44 Rechtsberufe	238.488	0,0	20,3	79,7
10. Künstlerische, Medien-, Geistes- und Sozialwissenschaftliche Berufe	31 Werbefachleute	256.978	5,7	48,3	45,9
	45 Künstler/-innen, Musiker/-innen	127.573	14,7	47,4	37,9
	46 Designer/-innen, Fotografen/-innen,Reklamehersteller/-innen	138.540	6,9	54,3	38,7
	51 Publ., Bibliotheks-, Übersetzungs-, verw. Wissenschaftsberufe	389.537	10,4	28,5	61,1
12. Gesundheits- und Sozialberufe, Körperpfleger	47 Gesundheitsberufe mit Approbation	332.248	0,3	8,8	90,9
	48 Gesundheitsberufe ohne Approbation	2.188.291	5,2	88,3	6,5
	49 Soziale Berufe	1.122.611	6,5	50,1	43,3
	52 Berufe in der Körperpflege	190.290	2,2	97,8	0,0
13. Lehrberufe	50 Lehrer/-innen	1.662.457	1,7	13,1	85,2

* *Absolute Zahlen basieren auf BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2006, Berechnungen: Bundesinstitut für Berufsbildung. Werte in Klammer für ungewichtete Fallzahl unter 30 Fälle. Wir danken an dieser Stelle Michael Tiemann für Kooperation und zur Verfügungsstellung der absoluten Zahlen.*

Quelle: Tiemann, M./Schade, H.-J./Helmrich, R./Hall, A./Braun, U./Bott, P. (2008), Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992, wissenschaftliches Diskussionspapier 105, S. 23 f.

Abb. H4.1-2A: Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege 2009 bis 2025 nach Alters- und Ländergruppen (Index 2009 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010 – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H4.1-1A: Bildungsausgaben im Elementarbereich 2007 bis 2025 nach Betreuungsform und Ländergruppen (in Mrd. Euro)*

Ländergruppe	Betreuungsform	2007 (Ist)	2009	2013	2020	2025	Veränderung des Finanzbedarfs		
							2007–2025	2009–2013	2013–2025
		in Milliarden Euro							
Basisvariante[1)]									
Deutschland	Kindertageseinrichtungen Unter 3-Jährige	/	*2,8*	*4,4*	*4,6*	*4,4*	/	*+1,6*	*+0,0*
	Kindertageseinrichtungen 3 Jahre und älter	/	*12,1*	*11,1*	*10,7*	*10,6*	/	*−1,0*	*−0,5*
	Kindertagespflege	/	*0,2*	*0,4*	*0,5*	*0,5*	/	*+0,2*	*+0,1*
	Insgesamt	**14,4**	***15,1***	***15,9***	***15,8***	***15,5***	***+1,1***	***+0,8***	***−0,4***
Flächenländer West		/	*11,1*	*11,9*	*12,0*	*11,9*	/	*+0,8*	*+0,0*
Flächenländer Ost		/	*2,9*	*2,8*	*2,5*	*2,3*	/	*−0,1*	*−0,5*
Stadtstaaten		/	*1,1*	*1,3*	*1,3*	*1,3*	/	*+0,2*	*+0,0*
Ländergruppe		**2007 (Ist)**	**2009**	**2013**	**2020**	**2025**	**Veränderung des Finanzbedarfs**		
							2007–2025	**2009–2013**	**2013–2025**
		in Milliarden Euro							
Entwicklungsszenario[2)]									
Deutschland		**14,4**	***15,1***	***15,9***	***16,6***	***17,0***	***+2,6***	***+0,8***	***+1,1***
Flächenländer West		/	*11,1*	*11,9*	*12,7*	*13,2*	/	*+0,8*	*+1,3*
Flächenländer Ost		/	*2,9*	*2,8*	*2,5*	*2,3*	/	*−0,1*	*−0,5*
Stadtstaaten		/	*1,1*	*1,3*	*1,4*	*1,4*	/	*+0,2*	*+0,1*

** einschließlich Vorklassen, nur Nichtschulkinder, ohne Hort*
1) Annahmen über Betreuungsquoten im Jahr 2025: WFL: 32%, ÖFL: 50%, STA: 42%
2) Annahmen über Betreuungsquoten im Jahr 2025: WFL: 46%, ÖFL: 55%, STA: 51%

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010, vorläufige Ergebnisse

Tab. H4.1-2A: Pädagogisches Personal* im Elementarbereich 2008 bis 2025 nach Betreuungsform und Ländergruppen (Vollzeitäquivalente in Tsd.)

Ländergruppen	Betreuungsform		2008 (Ist)	2009	2013	2020	2025	Veränderung des Personalbedarfs		
								2008–2025	2009–2013	2013–2025
			Vollzeitäquivalente in Tsd.							
Basisvariante[1]										
Deutschland	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	54,8	63,8	103,4	103,1	98,6	+43,8	+39,6	−4,8
		3 Jahre und älter	209,3	217,6	197,5	193,1	190,8	−18,5	−20,1	−6,7
		Zusammen	**264,1**	**281,4**	**300,9**	**296,2**	**289,4**	**+25,3**	**+19,5**	**−11,5**
	Kindertagespflege		28,5	28,8	57,5	58,1	56,0	+27,5	+28,7	−1,5
Flächenländer West	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	30,3	37,4	74,9	76,3	74,6	+44,3	+37,5	−0,3
		3 Jahre und älter	168,6	172,5	155,3	153,1	152,9	−15,7	−17,2	−2,4
		Zusammen	**198,8**	**209,9**	**230,2**	**229,4**	**227,5**	**+28,7**	**+20,3**	**−2,7**
	Kindertagespflege		21,7	21,6	49,0	50,0	48,7	+27,0	+27,4	−0,3
Flächenländer Ost	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	16,9	18,7	19,0	17,2	15,0	−1,9	+0,3	−4,0
		3 Jahre und älter	27,3	30,4	26,6	24,1	22,2	−5,1	−3,8	−4,4
		Zusammen	**44,1**	**49,1**	**45,6**	**41,4**	**37,2**	**−6,9**	**−3,5**	**−8,4**
	Kindertagespflege		4,0	4,5	4,6	4,2	3,7	−0,3	+0,1	−0,9
Stadtstaaten	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	7,7	7,7	9,5	9,5	9,0	+1,3	+1,8	−0,5
		3 Jahre und älter	13,5	14,7	15,6	15,9	15,7	+2,2	+0,9	+0,1
		Zusammen	**21,2**	**22,4**	**25,1**	**25,4**	**24,7**	**+3,5**	**+2,7**	**−0,4**
	Kindertagespflege		2,9	2,6	3,9	3,9	3,6	+0,7	+1,3	−0,3
Entwicklungsszenario[2]										
Deutschland	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	54,8	63,8	103,4	120,1	132,0	+77,2	+39,6	+28,6
		3 Jahre und älter	209,3	217,6	197,5	193,6	190,8	−18,5	−20,1	−6,7
		Zusammen	**264,1**	**281,4**	**300,9**	**313,7**	**322,9**	**+58,8**	**+19,5**	**+22,0**
	Kindertagespflege		28,5	28,8	57,5	70,7	80,1	+51,6	+28,7	+22,6
Flächenländer West	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	30,3	37,4	74,9	92,4	104,9	+74,6	+37,5	+30,0
		3 Jahre und älter	168,6	172,5	155,3	153,9	152,9	−15,7	−17,2	−2,4
		Zusammen	**198,8**	**209,9**	**230,2**	**246,3**	**257,8**	**+59,0**	**+20,3**	**+27,6**
	Kindertagespflege		21,7	21,6	49,0	62,1	71,4	+49,7	+27,4	+22,4
Flächenländer Ost	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	16,9	18,7	19,0	17,5	16,5	−0,4	+0,3	−2,5
		3 Jahre und älter	27,3	30,4	26,6	24,0	22,2	−5,1	−3,8	−4,4
		Zusammen	**44,1**	**49,1**	**45,6**	**41,6**	**38,7**	**−5,4**	**−3,5**	**−6,9**
	Kindertagespflege		4,0	4,5	4,6	4,3	4,0	+0,0	+0,1	−0,6
Stadtstaaten	Kindertages-einrichtungen	Unter 3-Jährige	7,7	7,7	9,5	10,2	10,7	+3,0	+1,8	+1,2
		3 Jahre und älter	13,5	14,7	15,6	15,7	15,7	+2,2	+0,9	+0,1
		Zusammen	**21,2**	**22,4**	**25,1**	**25,9**	**26,4**	**+5,2**	**+2,7**	**+1,3**
	Kindertagespflege		2,9	2,6	3,9	4,4	4,7	+1,8	+1,3	+0,8

** Einschließlich Vorklassen, nur Nichtschulkinder, ohne Hort*
1) Annahmen über Betreuungsquoten im Jahr 2025: WFL: 32%, ÖFL: 50%, STA: 42%
2) Annahmen über Betreuungsquoten im Jahr 2025: WFL: 46%, ÖFL: 55%, STA: 51%

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010, vorläufige Ergebnisse

Tab. H4.2-1A: Schülerzahl in allgemeinbildenden Bildungsgängen* 2008/09 bis 2025/26 nach Schulstufen und Ländergruppen

Länder-gruppe	Schulstufe/ -bereich	2008/09	2010/11	2015/16	2020/21	2025/26	2015/16	2020/21	2025/26
		in Tsd.					in % von 2008/09		
D	Insgesamt	9.353	9.065	8.297	7.747	7.565	89	83	81
	Primarbereich	3.033	2.863	2.673	2.559	2.576	88	84	85
	Sekundarbereich I	4.589	4.406	4.003	3.730	3.600	87	81	78
	Sekundarbereich II	979	1.070	933	827	783	95	84	80
	Förderschulen	394	383	361	341	334	92	87	85
	Berufliche Schulen	358	343	327	291	273	92	81	76
WFL	Zusammen	7.724	7.447	6.607	6.067	5.923	86	79	77
	Primarbereich	2.460	2.293	2.096	2.001	2.035	85	81	83
	Sekundarbereich I	3.874	3.660	3.214	2.931	2.823	83	76	73
	Sekundarbereich II	782	899	746	641	594	95	82	76
	Förderschulen	307	296	268	249	244	87	81	80
	Berufliche Schulen	301	299	283	245	227	94	81	75
ÖFL	Zusammen	1.038	1.034	1.094	1.066	1.015	105	103	98
	Primarbereich	381	381	375	354	333	99	93	88
	Sekundarbereich I	441	470	509	502	476	115	114	108
	Sekundarbereich II	113	93	112	112	112	99	99	99
	Förderschulen	65	66	70	69	67	109	107	103
	Berufliche Schulen	38	25	27	27	27	71	72	72
STA	Zusammen	592	584	596	615	628	101	104	106
	Primarbereich	193	189	202	204	207	105	106	108
	Sekundarbereich I	274	275	281	297	301	102	108	110
	Sekundarbereich II	84	79	75	74	77	88	88	92
	Förderschulen	22	22	22	23	23	100	103	106
	Berufliche Schulen	19	18	18	18	19	95	97	101

** Allgemeinbildende Schulen sowie berufliche Schulen mit Bildungsgängen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung 2010, Basisvariante, vorläufige Ergebnisse

Tab. H4.2-2A: Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 10 und von 10 bis unter 16 Jahren 1990 bis 2025 nach Kreistypen und Ländergruppen (Index, 2008 = 100)

Jahr	Flächenländer West				Flächenländer Ost				Stadt-staaten
	Kernstädte	Verdichtetes Umland	Ländliches Umland	Ländlicher Raum	Kernstädte	Verdichtetes Umland	Ländliches Umland	Ländlicher Raum	
6 bis unter 10 Jahre									
1990	101	98	100	102	210	192	191	232	120
1995	114	114	117	117	178	176	175	206	129
2000	109	114	117	117	77	87	87	93	104
2005	105	109	110	110	88	94	96	97	102
2008	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2009	98	98	97	97	99	99	100	99	98
2010	*97*	*95*	*94*	*94*	*101*	*98*	*98*	*97*	*98*
2015	*98*	*86*	*85*	*86*	*107*	*93*	*93*	*91*	*100*
2020	*98*	*85*	*83*	*84*	*103*	*86*	*85*	*81*	*99*
2025	*98*	*87*	*84*	*86*	*94*	*79*	*80*	*73*	*99*
10 bis unter 16 Jahre									
1990	93	85	86	87	257	214	200	244	113
1995	100	95	98	97	251	228	221	259	125
2000	106	104	106	106	207	216	216	236	124
2005	104	104	106	106	111	115	115	118	105
2008	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2009	98	99	98	98	102	104	105	102	100
2010	*97*	*98*	*97*	*97*	*108*	*109*	*110*	*106*	*100*
2015	*91*	*87*	*85*	*85*	*124*	*115*	*114*	*108*	*98*
2020	*91*	*79*	*77*	*78*	*130*	*108*	*107*	*100*	*98*
2025	*91*	*78*	*75*	*76*	*126*	*101*	*99*	*90*	*98*

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnung (Anpassung der Daten der Vorausschätzung der BBSR an die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

Tab. H4.2-3A: Schülerzahl je Grundschule, 6- bis unter 10-jährige sowie 10- bis unter 16-jährige Bevölkerung 2008 und 2025 nach Kreistypen

Zusammengefasste Kreistypen	Flächenländer West				Flächenländer Ost			
	Kreise	Schüler je Grundschule	Bevölkerung je qkm[1] 6 bis unter 10 Jahre	Bevölkerung je qkm[1] 10 bis unter 16 Jahre	Kreise	Schüler je Grundschule[2]	Bevölkerung je qkm[1] 6 bis unter 10 Jahre	Bevölkerung je qkm[1] 10 bis unter 16 Jahre
	Anzahl							
2008								
Kernstädte	56	223	14,91	15,63	11	182	8,04	6,20
Verdichtetes Umland	149	190	2,92	3,26	12	139	1,38	1,18
Ländliches Umland	57	159	1,18	1,34	28	140	0,73	0,65
Ländlicher Raum	61	171	1,15	1,29	35	133	0,57	0,50
2025								
Kernstädte	56	*220*	*14,76*	*14,28*	11	*176*	*7,75*	*7,95*
Verdichtetes Umland	149	*164*	*2,52*	*2,52*	12	*111*	*1,09*	*1,17*
Ländliches Umland	57	*133*	*0,99*	*0,99*	28	*111*	*0,58*	*0,63*
Ländlicher Raum	61	*146*	*0,97*	*0,98*	35	*97*	*0,42*	*0,45*

1) Durchschnittliche Jahresbevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe
2) Unterstellt wird eine gleiche Anzahl von Grundschulen wie 2008

Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen (Anpassung der Daten der Vorausschätzung der BBSR an die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

Tab. H4.2-4A: Aspekte des Berufsschulangebots 2008 nach Ländergruppen und Kreistypen

Ländergruppe	Kreistypen	Verhältnis Berufsschüler/ Auszubildende	Schüleranteil auf gymnasialen Oberstufen[1]	Schüleranteil in zur Hochschulreife führenden beruflichen Schulen	Verhältnis Gymnasiale Oberstufe/berufliches Gymnasium
		in %			
Deutschland	Insgesamt	1,1	32,7	10,2	3,2
	Kernstädte	1,3	44,9	13,7	3,3
	Verdichtetes Umland	0,9	31,0	8,1	3,8
	Ländliches Umland	1,0	24,7	10,0	2,5
	Ländlicher Raum	1,1	24,7	11,0	2,2
Flächenländer West	Zusammen	1,1	32,7	9,7	3,4
	Kernstädte	1,4	45,5	13,6	3,3
	Verdichtetes Umland	0,9	31,6	7,9	4,0
	Ländliches Umland	0,9	24,1	10,2	2,4
	Ländlicher Raum	1,1	24,6	11,2	2,2
Flächenländer Ost	Zusammen	1,2	26,6	12,6	2,1
	Kernstädte	1,3	36,7	21,7	1,7
	Verdichtetes Umland	1,1	21,5	13,1	1,6
	Ländliches Umland	1,1	26,1	9,4	2,8
	Ländlicher Raum	1,2	25,0	10,6	2,4
Stadtstaaten		1,1	46,3	11,2	4,1

1) Einschließlich Oberstufen von Gesamtschulen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik regional; Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

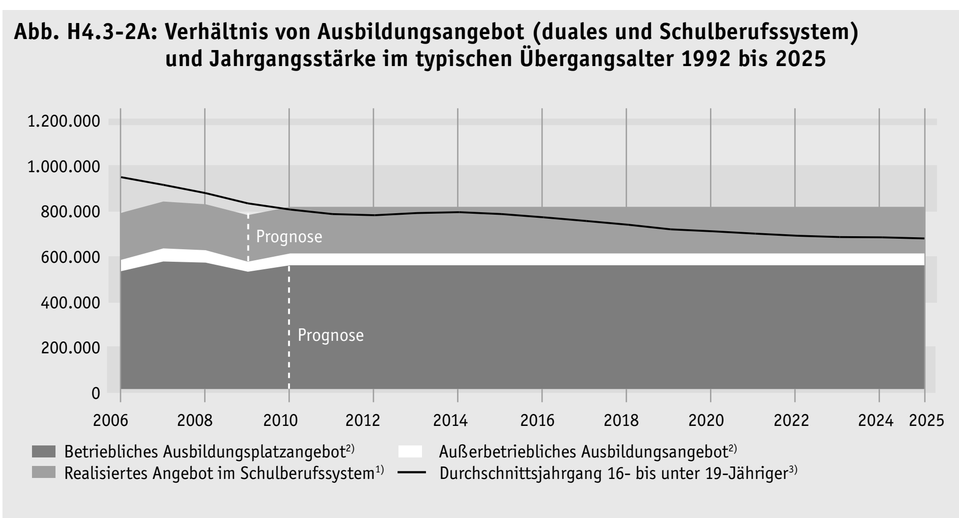
Tab. H4.2-5A: Anzahl an Förderschulen im Schuljahr 2008/09 nach Förderschwerpunkt und Träger in Deutschland

Förderschwerpunkt	Förderschulen	Darunter Schulen in freier Trägerschaft	
	Anzahl		in %
Insgesamt[1]	3.524	659	18,7
Lernen	1.413	33	2,3
Geistige Entwicklung	763	242	31,6
Körperliche und motorische Entwicklung	191	51	26,7
Sehen (Blinde und Sehgeschädigte)	65	16	24,6
Hören	84	11	13,1
Sprache	289	12	4,2
Emotionale und soziale Entwicklung	395	207	52,4
Schulen für Kranke	137	47	34,8
Übergreifende Förderzentren	187	40	20,3

*1) Einrichtungen mit mehreren Förderschwerpunkten werden mehrfach gezählt. Dadurch weicht die Gesamtzahl der Förderangebote von der Zahl der Schulen in **D2** (3.302) ab.*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schulstatistik 2008/09, eigene Berechnungen

Abb. H4.3-2A: Verhältnis von Ausbildungsangebot (duales und Schulberufssystem) und Jahrgangsstärke im typischen Übergangsalter 1992 bis 2025



*1) Teilweise Schüler im 1. Schuljahr (vgl. **E1**); das schulische Ausbildungsangebot wurde ab 2009 als Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 fortgeschrieben.*

*2) Das betriebliche Ausbildungsangebot wurde nach der gesetzlichen Definition berechnet (vgl. **E2**) und enthält auch außerbetriebliche Ausbildung. Die Werte wurden ab 2010 als Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 fortgeschrieben.*

3) Hier wurde die durchschnittliche Jahrgangsstärke der 16- bis unter 19-Jährigen verwendet, da diese am ehesten einen Schulentlassjahrgang repräsentieren.

Quelle: Ausbildungsangebot bis 2009: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik zum 30.09. (ohne zugelassene kommunale Träger); Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.; Bevölkerung bis 2008: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsfortschreibung; ab 2009: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisvariante), eigene Berechnungen

Tab. H4.3-1A: Verhältnis von Ausbildungsangebot (duales und Schulberufssystem) und Jahrgangsstärke im typischen Übergangsalter 2006 bis 2025

Jahr	Ausbildungsplatz-angebot im dualen System[1]	Darunter: außerbetrieblich	Realisiertes Angebot im Schulberufssystem[2]	Jahrgangsstärke der Bevölkerung im typischen Übergangsalter[3]	Ausbildungsangebot je typischem Altersjahrgang [1] [2] [3]
	Anzahl				in %
2006	591.544	51.947	215.226	970.363	83,1
2007	644.028	59.866	214.782	935.096	91,8
2008	635.758	56.778	210.552	897.315	94,3
2009	583.135	45.812	*213.520*	850.333	93,7
2010	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*822.000*	*101,5*
2011	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*801.333*	*104,1*
2012	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*796.000*	*104,8*
2013	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*806.000*	*103,5*
2014	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*810.000*	*103,0*
2015	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*801.333*	*104,1*
2016	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*786.333*	*106,1*
2017	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*769.667*	*108,4*
2018	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*752.333*	*110,9*
2019	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*731.333*	*114,1*
2020	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*722.333*	*115,5*
2021	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*711.667*	*117,3*
2022	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*702.000*	*118,9*
2023	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*696.000*	*119,9*
2024	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*694.667*	*120,1*
2025	*620.974*	*54.152*	*213.520*	*689.667*	*121,0*

1) Das betriebliche Ausbildungsangebot wurde nach der gesetzlichen Definition berechnet (vgl. ***E2****) und enthält auch außerbetriebliche Ausbildung. Die Werte wurden ab 2010 als Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 fortgeschrieben.*

2) Teilweise Schüler im 1. Schuljahr (vgl. ***E1****); das schulische Ausbildungsangebot wurde ab 2009 als Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 fortgeschrieben.*

3) Hier wurde die durchschnittliche Jahrgangsstärke der 16- bis unter 19-Jährigen verwendet, da diese am ehesten einen Schulentlassjahrgang repräsentiert.

Quelle: Ausbildungsangebot bis 2009: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik zum 30.09. (ohne zugelassene kommunale Träger); Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.; Bevölkerung bis 2008: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsfortschreibung; ab 2009: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisvariante), eigene Berechnungen

Tab. H4.3-2A: Verhältnis von Ausbildungsangebot (duales* und Schulberufssystem) und Jahrgangsstärke im typischen Übergangsalter*** 2006 bis 2025 nach Ländergruppen**

Jahr	Ausbildungsangebot je typischem Altersjahrgang			
	Deutschland	Östliche Flächenländer	Westliche Flächenländer	Stadtstaaten
	in %			
2006	83,1	90,6	80,6	93,5
2007	91,8	106,9	87,9	106,0
2008	94,3	120,4	88,9	113,1
2009	93,7	146,0	85,8	115,7
2010	*101,5*	*177,7*	*91,4*	*123,5*
2011	*104,1*	*182,4*	*93,8*	*126,1*
2012	*104,8*	*175,5*	*95,0*	*126,1*
2013	*103,5*	*163,9*	*94,5*	*124,3*
2014	*103,0*	*155,4*	*94,6*	*124,3*
2015	*104,1*	*149,8*	*96,3*	*124,3*
2016	*106,1*	*146,2*	*98,8*	*125,2*
2017	*108,4*	*144,1*	*101,6*	*126,1*
2018	*110,9*	*144,6*	*104,4*	*127,1*
2019	*114,1*	*146,7*	*107,7*	*128,9*
2020	*115,5*	*145,1*	*109,6*	*128,0*
2021	*117,3*	*145,6*	*111,7*	*127,1*
2022	*118,9*	*145,6*	*113,8*	*124,3*
2023	*119,9*	*145,6*	*115,2*	*122,6*
2024	*120,1*	*143,7*	*116,0*	*120,0*
2025	*121,0*	*143,7*	*117,1*	*119,2*

* *Das betriebliche Ausbildungsangebot wurde nach der gesetzlichen Definition berechnet (vgl.* ***E2****) und enthält auch außerbetriebliche Ausbildung. Die Werte wurden ab 2010 als Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 fortgeschrieben.*

** *Teilweise Schüler im 1. Schuljahr (vgl.* ***E1****); das schulische Ausbildungsangebot wurde ab 2009 als Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 fortgeschrieben.*

*** *Hier wurde die durchschnittliche Jahrgangsstärke der 16- bis unter 19-Jährigen verwendet, da diese am ehesten einen Schulentlassjahrgang repräsentiert.*

Quelle: Ausbildungsangebot bis 2009: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik zum 30.09. (ohne zugelassene kommunale Träger); Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.; Bevölkerung bis 2008: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsfortschreibung; ab 2009: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisvariante), eigene Berechnungen

Tab. H4.4-1A: Studienanfängerinnen und -anfänger*, Studierende, Erstabsolventinnen und -absolventen 2008 bis 2025 nach Hochschulart (in Tsd.)**

Studien-jahr	Studienanfänger			Studierende			Erstabsolventen		
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon	
		Univer-sitäten[1)]	Fachhoch-schulen[2)]		Univer-sitäten[1)]	Fachhoch-schulen[2)]		Univer-sitäten[1)]	Fachhoch-schulen[2)]
	in Tsd.								
2008	396,8	244,2	152,6	2036,1	1397,5	638,6	254,2	157,9	96,3
2009	423,4	257,2	165,5	2119,5	1447,8	671,7	258,9	163,8	95,1
2010	*419,3*	*254,6*	*164,7*	*2104,0*	*1398,0*	*705,9*	*269,2*	*171,3*	*97,9*
2011	*429,9*	*264,2*	*165,8*	*2135,1*	*1396,1*	*739,0*	*274,8*	*173,3*	*101,5*
2012	*428,3*	*263,8*	*164,4*	*2159,6*	*1393,4*	*766,1*	*276,6*	*170,7*	*105,9*
2013	*441,1*	*273,2*	*167,9*	*2190,8*	*1401,2*	*789,5*	*278,8*	*168,8*	*110,0*
2014	*420,8*	*258,1*	*162,7*	*2190,8*	*1390,0*	*800,8*	*282,8*	*170,5*	*112,3*
2015	*409,1*	*249,5*	*159,6*	*2174,5*	*1370,2*	*804,3*	*287,6*	*173,7*	*113,9*
2016	*413,2*	*252,7*	*160,4*	*2161,5*	*1356,0*	*805,4*	*287,1*	*171,8*	*115,3*
2017	*409,0*	*250,3*	*158,8*	*2146,4*	*1342,4*	*804,0*	*279,7*	*164,8*	*114,9*
2018	*402,6*	*246,4*	*156,2*	*2128,6*	*1328,8*	*799,8*	*270,6*	*157,5*	*113,1*
2019	*397,2*	*243,2*	*154,0*	*2107,9*	*1314,8*	*793,1*	*266,5*	*154,4*	*112,1*
2020	*389,0*	*238,0*	*151,0*	*2082,6*	*1298,6*	*784,0*	*265,2*	*153,5*	*111,7*
2021	*381,9*	*233,5*	*148,4*	*2054,6*	*1281,2*	*773,4*	*262,5*	*151,8*	*110,7*
2022	*374,4*	*228,6*	*145,8*	*2023,6*	*1262,0*	*761,6*	*258,8*	*149,5*	*109,3*
2023	*369,8*	*225,8*	*144,1*	*1993,1*	*1243,2*	*749,9*	*254,4*	*146,8*	*107,6*
2024	*366,6*	*223,8*	*142,8*	*1964,7*	*1225,7*	*738,9*	*249,7*	*144,0*	*105,7*
2025	*363,8*	*222,2*	*141,6*	*1938,9*	*1210,0*	*728,9*	*244,9*	*141,2*	*103,7*

** Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester*
*** Jeweils Basisvariante*
1) Universitäten, Kunsthochschulen, theologische und pädagogische Hochschulen
2) Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Duale Hochschule, Berufsakademien

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsvorausberechnung – Basisvariante, vorläufige Ergebnisse, eigene Berechnungen

Tab. H4.4-2A: Wanderung der Studienanfängerinnen und -anfänger zwischen Westdeutschland, Ostdeutschland* und Berlin in den Wintersemestern 2003/04 und 2008/09 nach Geschlecht und Ort des Erwerbs der Studienberechtigung

Wintersemester 2003/04					Wintersemester 2008/09				
Studienaufnahme mit Studienberechtigung aus ...		Davon Studienbeginn in ...	Anzahl	in %	Studienaufnahme mit Studienberechtigung aus ...		Davon Studienbeginn in ...	Anzahl	in %
Insgesamt									
W	211.363	W	202.705	95,9	**W**	235.805	W	225.621	95,7
		O	6.215	2,9			O	6.977	3,0
		BE	2.443	1,2			BE	3.207	1,4
O	50.023	W	9.418	18,8	**O**	51.518	W	10.625	20,6
		O	37.289	74,5			O	37.183	72,2
		BE	3.316	6,6			BE	3.710	7,2
BE	11.525	W	1.437	12,5	**BE**	13.227	W	2.221	16,8
		O	2.850	24,7			O	4.064	30,7
		BE	7.238	62,8			BE	6.942	52,5
Männer									
W	113.798	W	109.158	95,9	**W**	121.353	W	116.280	95,8
		O	3.363	3,0			O	3.465	2,9
		BE	1.277	1,1			BE	1.608	1,3
O	24.754	W	3.848	15,5	**O**	25.249	W	4.742	18,8
		O	19.365	78,2			O	18.746	74,2
		BE	1.541	6,2			BE	1.761	7,0
BE	6.003	W	693	11,5	**BE**	6.654	W	964	14,5
		O	1.307	21,8			O	1.948	29,3
		BE	4.003	66,7			BE	3.742	56,2
Frauen									
W	97.565	W	93.547	95,9	**W**	114.452	W	109.341	95,5
		O	2.852	2,9			O	3.512	3,1
		BE	1.166	1,2			BE	1.599	1,4
O	25.269	W	5.570	22,0	**O**	26.269	W	5.883	22,4
		O	17.924	70,9			O	18.437	70,2
		BE	1.775	7,0			BE	1.949	7,4
BE	5.522	W	744	13,5	**BE**	6.573	W	1.257	19,1
		O	1.543	27,9			O	2.116	32,2
		BE	3.235	58,6			BE	3.200	48,7

* *Ostdeutschland ohne Berlin*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik

Tab. H4.5-1A: Status-quo-Schätzung der Teilnehmer an Weiterbildung 2025 nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	2007		Vorausberechnung 2025	
	Bevölkerung	Teilnehmer	Bevölkerung	Teilnehmer
	Anzahl			
Insgesamt	63.873.532	24.036.000	*60.443.000*	*21.458.123*
19–35	15.530.079	7.481.000	*13.191.000*	*6.354.241*
35–50	19.924.026	9.861.000	*14.932.000*	*7.390.296*
50–65	15.314.763	5.115.000	*17.889.000*	*5.974.773*
65–81	13.104.664	1.579.000	*14.431.000*	*1.738.812*

Quelle: TNS Infratest Sozialforschung, AES 2007, deutscher Fragebogen, Projekt EdAge an der LMU München; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechung – Basisvariante, Bevölkerungsstatistik 2007, eigene Berechnungen

Tab. H4.5-2A: Schätzung der Kursbelegungen* an Volkshochschulen 2025 nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	2008		Vorausberechnung 2025	
	Bevölkerung	Kursbelegung	Bevölkerung	Kursbelegung
	Anzahl			
Insgesamt	82.002.356	6.503.344	*78.789.000*	*6.111.887*
Unter 25	20.518.575	916.972	*17.050.000*	*761.961*
25–35	9.686.862	1.112.072	*8.741.000*	*1.003.485*
35–50	19.560.488	2.198.130	*14.932.000*	*1.677.999*
50–65	15.507.418	1.463.252	*17.889.000*	*1.687.974*
65 und älter	16.729.013	812.918	*20.177.000*	*980.467*
	in %			
Insgesamt	100	100	*100*	*100*
Unter 25	25,0	14,1	*21,6*	*12,5*
25–35	11,8	17,1	*11,1*	*16,4*
35–50	23,9	33,8	*19,0*	*27,5*
50–65	18,9	22,5	*22,7*	*27,6*
65 und älter	20,4	12,5	*25,6*	*16,0*

* *Angaben zur Kursbelegung nach Alter liegen für etwa 84% der VHS vor. Insgesamt wurden nur etwa 65% aller Kursbelegungen nach Alter erfasst; hier wurden die fehlenden Angaben auf die Kurszahl hochgerechnet.*

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Reichart/Huntemann (2009), Volkshochschul-Statistik 2008; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechung – Basisvariante, Bevölkerungsstatistik 2008, eigene Berechnungen

Tab. H4.5-3A: Schätzung der Teilnahmequote 65- bis unter 81-Jähriger an Weiterbildung 2025 nach allgemeinbildendem Abschluss*

Allgemeinbildender Abschluss	2007		Vorausberechnung 2025		
	Bevölkerung	Teilnahmequote	Bevölkerung	Zahl der Teilnehmer	Teilnahmequote
	in %		Anzahl		in %
Insgesamt	100	12,4	*14.431.000*	*2.388.381*	***16,6***
Ohne/mit Hauptschulabschluss	46,5	6,9	*6.707.082*	*462.789*	*6,9*
Mittlerer Abschluss	30,9	24,0	*4.457.920*	*1.069.901*	*24,0*
(Fach-)Hochschulreife	22,6	26,2	*3.265.999*	*855.692*	*26,2*

** Der Bildungsstand der 65- bis unter 81-Jährigen 2025 wurde anhand des Bildungsstands der 47- bis unter 63-Jährigen im Jahr 2007 geschätzt. Die Teilnahmequote nach Bildungsstand 2025 wurde von 2007 fortgeschrieben.*

Quelle: AES 2007, Projekt EdAge an der LMU München; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechung – Basisvariante, Mikrozensus 2007, Bevölkerungsstatistik 2007, eigene Berechnungen

Tab. H4.5-4A: Volkshochschulkurse und Ausgaben je 10.000 Einwohner 2008 nach Ländern

Land	Kurse insgesamt	Kurse je 10.000 Einwohner	Kurse je 10.000 Einwohner im Alter von 50–80 Jahren	Ausgaben insgesamt	Ausgaben je 10.000 Einwohner
	Anzahl			Euro in Tsd.	
Deutschland	569.108	69,4	198,2	967.871	118,0
Baden-Württemberg	113.883	105,9	318,5	137.135	127,6
Bayern	117.707	94,0	279,9	157.704	126,0
Berlin	17.871	52,1	155,1	33.464	97,5
Brandenburg	6.374	25,3	64,8	9.620	38,1
Bremen	4.417	66,7	189,5	10.376	156,8
Hamburg	6.181	34,9	111,3	13.152	74,2
Hessen	42.531	70,1	203,9	78.121	128,8
Mecklenburg-Vorpommern	5.147	30,9	79,2	10.191	61,2
Niedersachsen	61.688	77,6	223,3	156.805	197,3
Nordrhein-Westfalen	101.456	56,6	163,9	231.379	129,0
Rheinland-Pfalz	28.173	69,9	199,3	35.149	87,3
Saarland	6.698	65,0	172,7	11.649	113,1
Sachsen	14.652	34,9	88,5	21.366	51,0
Sachsen-Anhalt	7.161	30,1	74,3	11.874	49,9
Schleswig-Holstein	25.530	90,1	253,7	36.347	128,2
Thüringen	9.639	42,5	107,6	13.539	59,7

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Reichart/Huntemann (2009), Volkshochschul-Statistik 2008; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik 2008, eigene Berechnungen

Tab. I1-1A: Anteil 15-jähriger Schülerinnen und Schüler unterhalb von Kompetenzstufe II im Lesen für PISA 2000, 2003 und 2006 nach Staaten (in %)

Staat	Jahr			Staat	Jahr		
	2000	2003	2006		2000	2003	2006
	in %				in %		
AUS	19,3	20,7	21,5	ITA	18,9	23,9	26,4
BEL	19,0	17,9	19,4	LAT	30,1	18,0	21,2
BUL	40,3	•	51,1	LIE	22,1	10,4	14,3
CZE	17,5	19,4	24,8	LUX	•	22,7	22,9
DEU	22,6	22,3	20,0	NLD	•	11,5	15,1
DNK	17,9	16,5	16,0	NOR	17,5	18,2	22,4
ESP	16,3	21,1	25,7	POL	23,2	16,8	16,2
FIN	7,0	5,7	4,8	PRT	26,3	22,0	24,9
FRA	15,2	17,5	21,7	ROM	41,3	•	53,5
GRC	24,4	25,2	27,7	SLO	•	24,9	27,8
HUN	22,7	20,5	20,6	SVK	•	24,9	27,8
IRL	11,0	11,0	12,1	SWE	12,6	13,3	15,3
ISL	14,5	18,5	20,5	TUR	•	36,8	32,2

Quelle: OECD (2001), Lernen für das Leben; OECD (2004), Lernen für die Welt von Morgen; OECD (2007) – PISA 2006 Naturwissenschaftliche Kompetenzen für die Welt von Morgen

Tab. I1-2A: Staatliche Ertragsraten* für Personen mit Abschluss des Sekundarbereichs II bzw. des Tertiärbereichs im Jahr 2004 nach Staaten und Geschlecht (in %)

Staat	Sekundarbereich II		Tertiärbereich	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in %			
Belgien	9,7	7,9	15,4	18,5
Dänemark	16,7	8,9	7,2	5,6
Deutschland	5,6	5,6	9,4	5,3
Finnland	4,1	1,0	8,4	5,3
Frankreich	1,8	0,7	6,9	5,1
Irland	7,0	5,1	13,5	12,4
Kanada	6,5	5,1	7,9	7,3
Korea	1,7	4,2	10,5	9,2
Neuseeland	5,8	−3,5	8,1	6,1
Norwegen	3,0	1,0	6,8	5,0
Polen	6,1	5,7	17,0	12,8
Portugal	8,5	2,9	16,5	14,5
Schweden	4,4	6,3	4,8	2,2
Schweiz	3,5	4,7	6,2	5,6
Spanien	5,4	2,5	5,8	5,7
Tschechische Republik	5,4	4,7	17,7	13,3
Ungarn	5,7	7,9	22,5	16,7
Vereinigtes Königreich	12,2	5,7	12,6	12,9
Vereinigte Staaten	8,1	9,2	12,9	9,1

* *Vgl. Methodische Erläuterungen zu **I1***

Quelle: OECD (2008), Bildung auf einen Blick

Tab. I2-1A: Anteil Erwerbstätiger, Erwerbsloser und Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und Altersgruppen (in %)

Alter von … bis unter … Jahren	Insgesamt[1]	Lehr-/Anlernausbildung[2]	Fachschulabschluss[3]	Fachhochschul- und Hochschulabschluss[4]	Ohne beruflichen Bildungsabschluss
	in %				
Insgesamt					
Erwerbstätige					
25–35	76,8	81,1	89,8	87,2	53,5
35–45	83,3	84,5	92,3	90,5	64,3
45–55	81,3	81,4	91,1	91,5	63,6
55–65	53,6	52,1	63,1	71,5	38,0
25–65	74,9	75,9	84,8	86,3	55,2
Erwerbslose					
25–35	6,7	6,6	2,4	3,5	10,8
35–45	5,7	5,7	2,3	2,5	11,8
45–55	6,0	6,3	3,0	2,7	10,2
55–65	5,0	5,1	4,2	3,1	6,5
25–65	5,8	6,0	3,0	2,9	9,9
Nichterwerbspersonen					
25–35	16,5	12,2	7,8	9,2	35,7
35–45	10,9	9,8	5,4	6,9	23,9
45–55	12,7	12,2	5,9	5,8	26,2
55–65	41,5	42,7	32,7	25,3	55,5
25–65	19,3	18,2	12,3	10,8	34,9
Männlich					
Erwerbstätige					
25–35	83,1	87,2	95,2	92,0	62,8
35–45	89,9	90,4	96,5	96,0	73,6
45–55	86,5	85,7	93,9	94,7	70,8
55–65	61,5	58,9	66,6	74,6	46,6
25–65	81,4	81,7	88,0	90,0	64,8
Erwerbslose					
25–35	7,4	7,2	2,1	3,1	12,7
35–45	5,9	5,9	1,8	2,2	14,6
45–55	6,2	6,7	2,5	2,4	13,2
55–65	5,4	5,7	4,5	3,2	9,2
25–65	6,2	6,4	2,7	2,7	12,7
Nichterwerbspersonen					
25–35	9,4	5,5	2,7	4,9	24,5
35–45	4,2	3,7	1,7	1,8	11,8
45–55	7,4	7,6	3,6	3,0	16,0
55–65	33,1	35,4	28,9	22,1	44,2
25–65	12,4	12,0	9,3	7,3	22,5
Weiblich					
Erwerbstätige					
25–35	70,4	74,9	84,0	82,9	43,7
35–45	76,5	78,7	86,3	83,4	56,5
45–55	76,2	77,3	87,1	87,1	58,7
55–65	45,9	45,9	56,8	65,9	33,9
25–65	68,3	70,2	80,2	81,4	47,9
Erwerbslose					
25–35	6,0	6,0	2,8	3,9	8,8
35–45	5,6	5,6	3,0	2,9	9,4
45–55	5,8	6,0	3,6	3,1	8,1
55–65	4,5	4,6	3,8	3,0	5,1
25–65	5,5	5,6	3,3	3,2	7,8
Nichterwerbspersonen					
25–35	23,7	19,1	13,2	13,2	47,5
35–45	17,9	15,7	10,6	13,7	34,1
45–55	18,1	16,7	9,2	9,8	33,2
55–65	49,6	49,5	39,3	31,1	60,9
25–65	26,2	24,2	16,4	15,3	44,3

1) Einschließlich der Personen ohne Angabe zur Art des beruflichen Abschlusses
2) Einschließlich eines beruflichen Praktikums
3) Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens und Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR
4) Einschließlich Ingenieurschulabschluss, Lehrerausbildung und Promotion

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. I2-2A: Anteil Erwerbstätiger, Erwerbsloser und Nichterwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren 2008 nach beruflichem Bildungsabschluss und Ländern (in %)

Land	Ohne beruflichen Bildungsabschluss			Lehr-/Anlernausbildung[1]			Fachschulabschluss[2]			Fachhochschul- und Hochschulabschluss[3]		
	Erwerbs-tätige	Erwerbs-lose	Nicht-erwerbs-personen	Erwerbs-tätige	Erwerbs-lose	Nicht-erwerbs-personen	Erwerbs-tätige	Erwerbs-lose	Nicht-erwerbs-personen	Erwerbs-tätige	Erwerbs-lose	Nicht-erwerbs-personen
	in %											
D	55,2	9,9	34,9	75,9	6,0	18,2	84,8	3,0	12,3	86,3	2,9	10,8
BW	62,4	5,7	31,9	80,5	3,2	16,3	88,5	1,5	10,0	88,6	1,9	9,5
BY	59,4	6,8	33,8	79,2	3,1	17,7	87,1	1,9	11,0	87,9	2,0	10,2
BE	44,7	20,6	34,6	67,8	11,9	20,2	75,7	7,4	16,9	82,4	6,2	11,3
BB	51,4	16,9	31,7	72,9	11,2	15,8	83,0	3,8	13,2	85,7	4,0	10,3
HB	51,7	12,1	36,2	72,0	6,9	21,1	87,7	/	/	81,2	/	14,8
HH	56,3	8,5	35,2	77,2	5,0	17,9	82,6	/	/	86,7	3,2	10,1
HE	54,6	9,5	35,9	76,8	4,5	18,7	87,2	/	10,8	87,0	2,8	10,2
MV	45,5	16,8	37,7	69,4	14,8	15,8	78,7	5,4	16,0	84,7	4,2	11,1
NI	53,8	9,9	36,3	75,5	5,1	19,4	85,3	2,5	12,2	85,5	2,6	11,9
NW	52,8	10,4	36,7	75,3	4,7	20,0	85,3	2,5	12,2	85,7	2,7	11,6
RP	58,6	7,7	33,7	78,1	4,0	17,9	88,3	/	10,5	87,6	1,7	10,7
SL	55,0	8,5	36,5	74,2	4,0	21,7	84,9	/	/	85,5	/	10,3
SN	45,2	18,4	36,4	70,9	13,3	15,8	81,3	4,8	13,9	84,8	4,0	11,2
ST	43,9	18,9	37,2	70,4	13,4	16,3	81,7	4,7	13,6	83,7	4,8	11,5
SH	60,0	8,8	31,2	75,7	5,2	19,1	83,8	/	12,8	86,6	2,2	11,1
TH	50,0	15,1	34,9	73,7	10,1	16,2	80,4	4,2	15,4	84,8	4,5	10,7

1) Einschließlich eines beruflichen Praktikums
2) Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens und Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR
3) Einschließlich Ingenieurschulabschluss, Lehrerausbildung und Promotion

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2008

Tab. I2-3A: Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 30- bis 60-Jährigen 1992, 2000 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergund (in Jahren)

Jahr	Bildungsstand	Insgesamt	Davon		Davon	
			Männlich	Weiblich	Ohne Migrations-hintergrund	Mit Migrations-hintergrund
		in Jahren				
1992	Maximal Hauptschulabschluss	0,8	1,3	0,5	0,7	0,9
	Mittlerer Abschluss und höher	0,4	0,4	0,4	0,3	0,7
2000	Maximal Hauptschulabschluss	1,4	1,7	1,2	1,3	1,6
	Mittlerer Abschluss und höher	0,6	0,6	0,6	0,5	0,9
2008	Maximal Hauptschulabschluss	2,5	2,7	2,3	2,6	2,3
	Mittlerer Abschluss und höher	1,1	1,0	1,2	1,0	1,5

Quelle: SOEP, Sonderauswertung durch das DIW

Tab. I2-4A: Relative Einkommensposition (Bruttostundenlohn) von 30- bis 60-Jährigen 1992, 2000 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)*

Jahr	Bildungsstand	Insgesamt	Davon		Davon	
			Männlich	Weiblich	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
		in %				
1992	Maximal Hauptschulabschluss	95,6	110,2	84,9	93,9	98,7
	Mittlerer Abschluss und höher	130,1	139,6	114,0	130,6	125,4
2000	Maximal Hauptschulabschluss	86,0	101,4	71,6	86,8	84,8
	Mittlerer Abschluss und höher	124,4	137,4	106,1	124,5	123,4
2008	Maximal Hauptschulabschluss	84,6	101,0	70,7	85,7	83,3
	Mittlerer Abschluss und höher	124,9	140,8	105,8	126,8	113,8

** in % des Medians der Bruttostundenlöhne aller Erwerbstätigen*

Quelle: SOEP, Sonderauswertung durch das DIW

Tab. I2-5A: Merkmale der Erwerbstätigkeit und des Einkommens von 30- bis 60-Jährigen 2008 nach Bildungsstand*

Bildungsstand*	Anteil der aktiv Erwerbstätigen	Dauer der Vollzeit-erwerbs-tätigkeit	Dauer der Teilzeit-erwerbs-tätigkeit	Dauer der Arbeits-losigkeit	Relative Einkommensposition	
					Monatliches Erwerbs-einkommen	Brutto-stundenlohn
	in %	in Jahren			in %[1]	
Insgesamt	80,9	16,5	3,1	1,2	122	127
1ab: Ohne Hauptschulabschluss und ohne beruflichen Abschluss	58,8	13,4	3,9	2,5	85	86
1c: Hauptschulabschluss und beruflicher Abschluss	80,1	19,7	3,2	1,3	107	113
2b: Mittlerer Schulabschluss	68,2	13,4	3,2	2,1	111	103
2a: Mittlerer Schulabschluss und beruflicher Abschluss	82,4	17,1	3,0	1,2	107	119
2c_allg.: (Fach-)Hochschulreife	41,0	8,3	3,2	0,4	121	123
2c_berufl.: (Fach-)Hochschulreife und beruflicher Abschluss	85,2	13,5	2,9	0,6	125	134
3a: Fachhochschulabschluss	90,7	16,1	2,2	0,6	163	164
3b: Hochschulabschluss	88,7	14,1	2,8	0,7	174	179

** CASMIN-Klassifikation*
1) In % des Medians der monatlichen Bruttoerwerbseinkommen bzw. Bruttostundenlöhne aller Erwerbstätigen

Quelle: SOEP 2008, Sonderauswertung durch das DIW

Tab. I2-6A: Politische, soziale und kulturelle Teilhabe von 30- bis 60-Jährigen 2008 nach Bildungsstand* (in %)

Bildungsstand*	Politsches Interesse[1)]	Politische Beteiligung[2)]	Ehrenamtliche Tätigkeit[2)]	Besuch kultureller Veranstaltungen[2)]	Sportliche Aktivität[2)]
	in %				
Insgesamt	31,3	2,3	17,3	7,0	48,7
1ab: Ohne Hauptschulabschluss und ohne beruflichen Abschluss	12,4	0,5	8,1	1,8	26,8
1c: Hauptschulabschluss und beruflicher Abschluss	20,1	1,9	17,6	3,1	38,1
2b: Mittlerer Schulabschluss	22,4	2,2	17,1	5,2	34,4
2a: Mittlerer Schulabschluss und beruflicher Abschluss	27,1	1,9	17,0	5,0	49,2
2c_allg.: (Fach-)Hochschulreife	49,2	3,3	13,8	9,1	55,3
2c_berufl.: (Fach-)Hochschulreife und beruflicher Abschluss	41,5	3,8	21,7	11,3	63,8
3a: Fachhochschulabschluss	52,8	4,1	23,1	10,3	64,9
3b: Hochschulabschluss	57,9	3,2	18,8	18,1	67,8

** CASMIN-Klassifikation*
1) Personenanteil mit zustimmenden Antworten bei einer vierstufigen Skala („sehr stark" bis „überhaupt nicht")
2) Personenanteil mit Engagement mindestens einmal pro Monat

Quelle: SOEP 2008, Sonderauswertung durch das DIW

Tab. I3-1A: Bildungsherkunft der 30- bis 60-Jährigen 1992, 2000 und 2008 nach Bildungsstand, Geschlecht und Migrationshintergrund (in %)

Jahr	Bildungsstand der Eltern	Insgesamt	Davon		Davon	
			Männlich	Weiblich	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
		in %				
Anteil von Personen mit maximal Hauptschulabschluss nach Bildungstand der Eltern (Abstrom)						
1992	Maximal Hauptschulabschluss	33	22	44	26	59
	Mittlerer Abschluss und höher	10	6	15	9	22
2000	Maximal Hauptschulabschluss	26	20	31	17	40
	Mittlerer Abschluss und höher	6	5	8	5	14
2008	Maximal Hauptschulabschluss	27	21	31	17	38
	Mittlerer Abschluss und höher	6	5	7	5	13
Anteil der Eltern mit maximal Hauptschulabschluss nach Bildungsstand der Kinder (Zustrom)						
1992	Maximal Hauptschulabschluss	46	49	45	38	67
	Mittlerer Abschluss und höher	17	18	15	16	28
2000	Maximal Hauptschulabschluss	45	45	46	32	67
	Mittlerer Abschluss und höher	14	14	13	11	33
2008	Maximal Hauptschulabschluss	44	42	45	27	63
	Mittlerer Abschluss und höher	11	11	12	8	30

Quelle: SOEP 1992, 2000 und 2008 (gewichtet), Sonderauswertung durch das DIW



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333